

Stand: 08.07.2025 10:23:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13465

"Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 16/13465 vom 11.09.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 108 vom 25.09.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14946 des HA vom 10.10.2012
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14999 des HA vom 18.10.2012
5. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14945 des HA vom 15.11.2012
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14994 des HA vom 27.11.2012
7. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14995 des HA vom 27.11.2012
8. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14996 des HA vom 27.11.2012
9. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14998 des HA vom 27.11.2012
10. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15000 des HA vom 27.11.2012
11. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15004 des HA vom 27.11.2012
12. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15016 des HA vom 27.11.2012
13. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15018 des HA vom 27.11.2012
14. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15030 des HA vom 27.11.2012
15. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15017 des HA vom 28.11.2012
16. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15019 des HA vom 28.11.2012
17. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15102 des HA vom 06.12.2012
18. Beschluss des Plenums 16/15226 vom 11.12.2012
19. Beschluss des Plenums 16/15227 vom 11.12.2012
20. Beschluss des Plenums 16/15236 vom 11.12.2012
21. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 11.12.2012 (EPL 2)
22. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 11.12.2012 (EPL 1)
23. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 11.12.2012 (EPL 11)
24. Beschluss des Plenums 16/15228 vom 12.12.2012
25. Beschluss des Plenums 16/15229 vom 12.12.2012
26. Beschluss des Plenums 16/15230 vom 12.12.2012
27. Beschluss des Plenums 16/15231 vom 12.12.2012
28. Beschluss des Plenums 16/15233 vom 12.12.2012
29. Beschluss des Plenums 16/15235 vom 12.12.2012
30. Beschluss des Plenums 16/15237 vom 12.12.2012
31. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 12)
32. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 5)
33. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 7)
34. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 10)
35. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 4)
36. Plenarprotokoll Nr. 116 vom 12.12.2012 (EPL 3B)
37. Beschluss des Plenums 16/15232 vom 13.12.2012
38. Beschluss des Plenums 16/15234 vom 13.12.2012

39. Beschluss des Plenums 16/15238 vom 13.12.2012
40. Beschluss des Plenums 16/15239 vom 13.12.2012
41. Beschluss des Plenums 16/15240 vom 13.12.2012
42. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012 (EPL 8)
43. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012 (EPL 6)
44. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012 (EPL 13)
45. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 13.12.2012 (EPL 15)
46. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2012

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014)

Das Haushaltsgesetz und die Einzelpläne sind in den nachstehenden Links abrufbar:

[Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013/2014](#)

[Einzelplan 01 \(Landtag\)](#)

[Einzelplan 02 \(Ministerpräsident und Staatskanzlei\)](#)

[Einzelplan 03 A \(Staatsministerium des Innern\)](#)

[Einzelplan 03 B \(Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung\)](#)

[Einzelplan 04 \(Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz\)](#)

[Einzelplan 05 \(Staatsministerium für Unterricht und Kultus\)](#)

[Einzelplan 06 \(Staatsministerium der Finanzen\)](#)

[Einzelplan 07 \(Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie\)](#)

[Einzelplan 08 \(Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\)](#)

[Einzelplan 10 \(Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen\)](#)

[Einzelplan 11 \(Bay. Oberster Rechnungshof\)](#)

[Einzelplan 12 \(Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit\)](#)

[Einzelplan 13 \(Allgemeine Finanzverwaltung\)](#)

[Einzelplan 15 \(Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst\)](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Volkmar Halbleib

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Erika Görnitz

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Karsten Klein

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Georg Winter

Abg. Christine Kamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)**

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)
(Drs. 16/13465)**

- Erste Lesung -

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein der Titel, den unsere Präsidentin vorgelesen hat - die Einbringung des Haushaltsentwurfs und des Finanzausgleichsgesetzes -, klingt zunächst etwas spröde. In der Tat waren Haushaltsdebatten früher eher etwas für Technokraten und vielleicht, wie man immer abschätzig sagte, für Buchhalter. Heute ist Finanzpolitik die Mutter aller Politikfelder.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Und der Vater!)

Laut vieler Umfragen sorgen sich 80 % der Deutschen und der Bayern um die finanzielle Zukunft der Währung und um ihre Einkommen; denn Haushalt und Währung sind die Basis für Wohlstand, die Basis für Arbeitsplätze und die Basis für sichere Renten und Pensionen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir in Bayern geben heute darauf eine Antwort. Wir nehmen diese Sorgen auf.

Unser Haushaltsentwurf ist ein Dokument der Sicherheit und der Stabilität, ein Konzept der Zukunft und der Stärke, eine Antwort auf die Schuldenkrise in Europa und eine Aufforderung an Deutschland, es uns auf Dauer gleichzutun. Der Haushalt 2013/2014 ist der Premiumhaushalt in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Bravo!)

Dies wird auch von anderen so gesehen. Die neue Studie der "Wirtschaftswoche" und der Initiative für Neue Soziale Marktwirtschaft - NSM - hat im neuesten Bundesländer-ranking erneut festgestellt, dass Bayern die absolute Nummer eins in Deutschland ist, sowohl was Wirtschaft und Lebensqualität als auch soziale Ausgewogenheit betrifft. Meine Damen und Herren, wir sind nicht nur die Nummer eins, der Abstand zum Zweiten, zu Baden-Württemberg, hat sich vergrößert. Ich zitiere: "Der Freistaat Bayern trägt im zehnten Bundesländerranking zum neunten Mal die Krone des Siegers im Bestandsranking. Der Vorsprung ist dabei so deutlich, dass sich daran auch in den nächsten Jahren nichts ändern dürfte". Meine Damen und Herren, wir werden stärker, und andere werden schwächer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Grund dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit. An dieser Stelle sind wir top. Wir machen keine Schulden. Schulden sind - das ist in ganz Europa spürbar - nicht nur eine Hypothek für die Zukunft, weil sie die nächste Generation belasten, sondern auch durch die Zinsen, die gezahlt werden müssen, eine Lähmung der Gegenwart. Deswegen ist es der richtige Weg, Schulden zu tilgen. Ein Vergleich zeigt, wie stark wir sind und wie richtig unser Weg ist. Unser Nachbarland Baden-Württemberg ist immer als ein Land bezeichnet worden, das solide wirtschaftet. Baden-Württemberg macht drei Milliarden Euro neue Schulden. Dort ist vor der Wahl versprochen worden, es besser zu machen. Nach der Wahl machen sie Schulden. Das ist der Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Mappus! - Alexander König (CSU): Trotz steigender Einnahmen!)

Wir legen Ihnen und damit auch den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemein ausgeglichenen Haushalt vor. Wir haben mit einer Verschuldung von 2.593 € pro Kopf die mit Abstand niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und 833 € pro Kopf für die Landesbank!)

Im Schnitt ist der Schuldenstand in Deutschland dreimal so hoch. Nordrhein-Westfalen hat einen aktuellen Schuldenstand von 180 Milliarden Euro. Dieser ist damit fünfmal höher als in Bayern. Sie legen sogar noch mit neuen Schulden nach. Meine Damen und Herren, wer an die Zukunft junger Menschen denkt, der muss in Bayern sein und nicht woanders.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir machen nicht nur keine Schulden, sondern wir tilgen alte Schulden: Eine Milliarde Euro im Jahre 2012 und eine Milliarde im Doppelhaushalt 2013/2014. Die Finanzplanung für die Jahre 2015 und 2016 zeigt ganz deutlich, dass wir wieder eine Milliarde Euro tilgen werden. Wir sind die Einzigen in Deutschland, die nachhaltig jedes Jahr Schulden tilgen. Es gibt kein vergleichbares Land.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir kommen damit unserem Ziel, bis zum Jahre 2030 schuldenfrei zu sein, Herr Ministerpräsident, sehr nahe. Das haben wir fest im Blick. Das machen wir nicht nur - das spürt man diese Tage -, um eine Milliarde Euro Zinsersparnis zu erzielen, die für die Pensionsvorsorge wichtig ist. Das machen wir nicht nur, um der jungen Generation in zehn oder fünfzehn Jahren ein bestelltes Feld zu übergeben. Meine Damen und Herren, einer der wesentlichen Gründe, die heute unterschätzt werden, ist die Emanzipation von den Finanzmärkten. Das spüren wir bei den Ländern, die massiv Schulden machen. Schuldenfrei zu sein, bedeutet nicht nur zinsfrei zu sein, sondern auch

unabhängig und autark. Wir wollen Bayern selber gestalten und wir wollen nicht, dass andere mit uns spekulieren. Das ist der Grund für ein schuldenfreies Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sogar die Landesbank, unsere größte Herausforderung in den letzten Jahren, befindet sich wieder auf einem soliden Weg. Keiner wird bestreiten können, dass die Chancen, Herausforderungen und Risiken für Banken aufgrund der Finanzmärkte derzeit insgesamt groß sind. Gerade in diesem Jahr haben wir jedoch die Weichen dafür neu gestellt. Wir haben gemeinsam im Parlament Fehler aufgearbeitet und die Landesbank neu ausgerichtet.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Zum selben Zeitpunkt - das ist ein historisch wichtiges Datum -, als die WestLB mit weiteren Milliardenverlusten für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen abgewickelt werden musste, hat die Europäische Union mit ihrer Entscheidung anerkannt, dass die Bayerische Landesbank lebensfähig ist. Mit dem Abschluss des Beihilfeverfahrens eröffnen sich in der Tat neue Perspektiven. Die Bank wird regionaler und mittelstandsorientierter. Die Bank wird kleiner und halbiert ihre Bilanzsumme. Die Bank wird ab dem Jahr 2013 bis zum Jahr 2019 fünf Milliarden Euro an den Steuerzahler zurückzahlen. Meine Damen und Herren, deswegen bleibt es in jeder Form eine Herausforderung, heute auf diesen Märkten tätig zu sein. Wenn wir zukünftig für die Steuerzahler Erfolge erzielen wollen, dürfen wir nicht Woche für Woche versuchen, Partner, Investoren und Mitarbeiter zu verschrecken. Wir müssen motivieren. Der Blick zurück ist gut. Der Blick in die Zukunft ist jedoch noch wichtiger.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Haushaltsentwurf ist hinsichtlich der Finanzdaten grundsolide. Es gibt jedoch Risiken. Zunächst handelt es sich bei den Risiken um externe Faktoren. Wie geht es

weiter mit der Stabilität im Euroraum? Die Währung ist für die wirtschaftliche Entwicklung und damit für die Einnahmesituation und die Stabilität der Konjunktur wichtig.

Wir haben vor der Sommerpause eine Warnung erhalten: Moody's, eine Ratingagentur, hat Deutschland und letztlich auch die Bundesländer gewarnt. Sie hat gesagt: Die aktuellen Probleme der einzelnen Länder der Eurozone können dann überspringen, wenn man das Problem der ausufernden Zahlungen nicht in den Griff bekommen kann. Deswegen ist es für uns ganz wichtig klarzumachen: Wenn wir heute über den Euro reden, so handelt es sich nicht um ein Problem der Währung, sondern um ein Problem einzelner Länder der Eurozone. Es reicht daher auf Dauer nicht - in diesem Punkt hat die Bayerische Staatsregierung eine klare Haltung -, Geld zu geben. Konzepte, die Märkte mit Geld zu fluten, helfen nicht langfristig. Hilfspakete sind Schmerzmittel, Reformen aber die Therapie. Deswegen braucht es Reformen in den Schuldnerstaaten, um Europa wieder sicherer zu machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn die Analyse stimmt, wonach Reformen das Entscheidende sind, gibt es Unterschiede in Deutschland in Bezug auf den Weg, den man gehen soll. Sigmar Gabriel hat im "Deutschlandfunk" gesagt, der beste Weg, um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, seien Eurobonds. Wir in Bayern aber sagen ganz klar: Wir wollen keine Vergemeinschaftung, wir wollen nicht Schulden mit anderen teilen, sondern jeder muss seine Schulden selbst tilgen.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Was macht die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag?)

Nur nebenbei, Herr Rinderspacher: In Bezug auf den Gipfel, auf welchem die Eurobonds behandelt worden sind, gab es einen bemerkenswerten Vorgang, der in der Geschichte der Bundesrepublik noch eine besondere Beachtung erfahren wird. Kurz vor diesem Gipfel reisten drei potenzielle Kanzlerkandidaten der SPD nach Paris und haben beim französischen Präsidenten für Eurobonds geworben, und zwar gegen die

Position der deutschen Bundesregierung. Ich habe kein Problem damit, dass wir im Parlament und in der deutschen Öffentlichkeit hart um den Kurs der Währung ringen und uns überlegen, wie wir uns aufstellen. Dass aber deutsche Politiker nach Frankreich fahren, um gegen deutsche Politik Stimmung zu machen, ist ein unerhörter Vorgang, der sich nicht wiederholen darf.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Wenn jemand Stimmung gegen Frau Merkel macht, dann sind Sie es, Herr Söder!)

Wir haben Europa im Herzen und den Euro im Blick. Wer auch Europa im Herzen und den Euro im Blick hat, der muss aber auf das Geld der Steuerzahler in Bayern und Deutschland achten. Daher lehnen wir nicht nur Eurobonds ab, sondern wir sind in großer Sorge in Bezug auf neue Vorschläge in Europa, zum Beispiel in Bezug auf die Bankenunion. Wir akzeptieren keine Schwächung unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Wir wehren uns gegen Einlagensicherungsfonds für alle europäischen Banken.

(Beifall bei der CSU)

Es kann doch nicht sein, dass am Ende die bayerischen Sparer mit ihren Konten indirekt für die Bankgeschäfte in Griechenland, Spanien oder Zypern haften sollen. Sparkassenpräsident Zellner sagte zu Recht, er lehne dies ab und es dürfe keine Refinanzierung maroder Banken mit den Einnahmen unserer Sparer geben. Dafür stehen wir Bayern, um dies nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dagegen dürften Sie nun wirklich nicht schreien, denn ich hoffe, dass das auch Ihre Meinung ist. Wir bleiben auch grundsätzlich skeptisch gegenüber einer EZB-Politik des ungebremsen Ankaufs von Staatsanleihen. Das übrigens nicht nur, weil es eine Umwidmung des Mandats der EZB ist, und nicht nur, weil es die Gefahr einer schleichenden Inflation birgt. Inflation ist für denjenigen, der wohlhabend ist und Ver-

mögen hat, immer schlecht. Inflation ist nur für den gut, der Schulden hat. Wissen Sie, wohin dieses Konzept führt? Dieses Konzept führt dazu, dass das Konstrukt ESM und Fiskalpakt geschwächt wird, weil einzelne Staaten, die sich bisher einem starken Regime hätten unterwerfen müssen, dann möglicherweise leichter an Geld kommen. Die ersten Signale aus Spanien und Italien stimmen uns sorgenvoll, weil dort bereits gesagt wird: Das Geld nehmen wir gerne, aber bei den Bedingungen sind wir skeptisch. Einzelne Zeitungen dort haben schon getitelt: Danke, Herr Draghi.

Unser Bundesbankpräsident hat massiv davor gewarnt und sich deutlich eingebracht. Was war die Reaktion von einigen deutschen Politikern? Jürgen Trittin, der Bundesfinanzminister werden will und Spitzenkandidat der GRÜNEN, hat gesagt, Herr Weidmann solle sich mit seinen Lehrbuchweisheiten gefälligst zurückhalten. Wenn die Deutschen zu entscheiden haben, wem sie vertrauen - Herrn Trittin oder Herrn Weidmann - ist die Wahl klar: Wir vertrauen Herrn Weidmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Kurs in Bayern ist klar, klar auch auf der Grundlage des Bundesverfassungsgerichts. Wir sagen Ja zum Euro, Ja zu ESM und Fiskalpakt, aber Nein zur Aufweichung und Verschiebung von Bedingungen, Nein zur Ausweitung und Vergemeinschaftung von Schulden. Wir sagen auch ein klares Ja zu einer Neugewichtung von Stimmen in der EZB. Wer für 27 % haftet, muss auch entsprechend für 27 % mitbestimmen dürfen.

(Beifall bei der CSU)

Um Risiken für Steuerzahler abzuwenden, helfen wir gerne, aber am Ende helfen wir nicht alleine. Unser Konzept zur Sicherung der Stabilität ist eine moderne politische Architektur. Diese besteht nicht nur im Sparen, sondern wir investieren auch. Unser Haushalt wächst in Bezug auf das Jahr 2013 um 5,7 %. Mit fast 95 Milliarden Euro ist es das größte Konjunkturpaket, das ein Bundesland in den nächsten zwei Jahren darstellen kann. Wir setzen politische Schwerpunkte dort, wo wir uns eine ökonomische

und gesellschaftliche Dividende erwarten. Wir investieren in Bildung und Forschung, und zwar in zwei Jahren 33 Milliarden auf beiden Feldern. Während andere Bundesländer Lehrerstellen abbauen - wir hatten gerade eine Debatte darüber -, bauen wir auf. Wir haben in dieser Periode 7.000 Lehrer angestellt, während andere Lehrerstellen abbauen. Wir etablieren neue Studienplätze, und zwar noch einmal 10.000 neue, sodass wir in dieser Zeit fast 48.000 Studienplätze geschaffen und 400 Professoren angestellt haben. Aus ganz Deutschland wollen Studenten bei uns in Bayern studieren, und zwar trotz Studiengebühren. Ich kann nur eines sagen: Bei uns gibt es bessere Startchancen als in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen einen Schwerpunkt bei Kindern und Familien. Wir geben rund drei Milliarden im Doppelhaushalt für Kinderbetreuung aus. Dies geschieht durch Betriebskostenförderung der Kitas für neue Betreuungsplätze sowie durch Hilfe beim Kindergartenbeitrag. Wir setzen Schwerpunkte bei Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Wir tätigen dabei Gesamtinvestitionen von 11 Milliarden. Dies betrifft Breitbandförderung, Regionalmittel, Städtebau, Dorferneuerung, Brachlandförderung und und und. Die stärkste Konjunkturspritze vor Ort erfahren unsere Kommunen. Wir leisten uns eine beispiellose Teilhabe für Städte, Landkreise und Gemeinden. Unser FAG ist mit 7,7 Milliarden Euro der bisher höchste mit einer absoluten Grenze und der stärkste. Der Ausgleich ist nicht nur hoch, er ist auch gerecht. Andere sparen auf Kosten der Kommunen, aber wir investieren in die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Mit den Stabilisierungshilfen - dies ist ein gerechter Ansatz - von 100 Millionen Euro werden die Schwächsten unterstützt. Mit der neuen Einwohnergewichtung wird gerade der ländliche Raum gestärkt, und mit mehr Selbstständigkeit durch die höhere Verbundquote erweisen wir Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Wir sind das Land, in dem vor Ort die meisten Investitionen getätigt werden. Deswegen wollen wir,

dass die Kommunen stark sind, und zwar auch im zukünftigen Wettbewerb. Ich glaube, dass der Umfang von 7,7 Milliarden Euro das Maß der Unterstützung belegt. Vergleichen Sie und finden Sie eine so kommunalfreundliche Landesregierung. Sie werden in Deutschland keine vergleichbare finden.

(Beifall bei der CSU)

Ein letzter Punkt: Wir investieren auch in unsere Mitarbeiter - in den letzten Jahren war dies ein großes Diskussionsthema -, in die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Wir wissen um die Qualität und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Bayern. Mit einem Paket von über 280 Millionen Euro setzen wir mehr Leistungsanreize, schaffen eine gerechtere Arbeitszeit, eine sichere Altersvorsorge und bieten viele Möglichkeiten der Beförderung. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes sagt in einem Zeitungsinterview, dies sei ein beachtliches Paket, das bundesweit seinesgleichen sucht. Damit hat er recht. Wir tun etwas für unsere Mitarbeiter.

(Beifall bei der CSU)

Es gibt in diesem Haushalt - ich muss das zugeben - eine echte Schwachstelle. Es gibt einen Punkt, der offenkundig macht, dass wir Geld nicht sinnvoll ausgeben. Das betrifft rund 8 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Dieses Geld, das dem Zugriff des Landtags und dem Zugriff der Bayern entzogen ist, obwohl sie es verdient haben, betrifft den Länderfinanzausgleich. Was bedeuten eigentlich acht Milliarden? Acht Milliarden, Herr Rinderspacher, bedeuten umgerechnet rund 150.000 Lehrerstellen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Jetzt hören Sie einmal zu, das haben Sie noch nicht gewusst. Meine Damen und Herren, wenn das Gesang wäre, dann würde man einen Chor hören. So aber versteht man das nicht, meine Damen und Herren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Seehofer, hören Sie genau zu! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Herr Rinderspacher, hören Sie zu. Ich weiß, das tut Ihnen weh. Haben Sie trotzdem Interesse an der Diskussion.

(Anhaltende Unruhe)

Acht Milliarden Euro, das wären, wenn wir sie für Bayern ausgeben dürften, 150.000 Lehrer, 400.000 Krippenplätze oder 4.000 Kilometer Straße in Bayern. Meine Damen und Herren, jeder, der im bayerischen Haushalt mehr Geld haben will, hat die beste Chance, etwas dafür zu tun, nämlich den Länderfinanzausgleich zu ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben fast 40 Jahre lang Geld erhalten und dafür sagen wir Danke: 3,5 Milliarden Euro. Seit dieser Zeit haben wir aber fast 40 Milliarden Euro bezahlt. Und wir zahlen auch im nächsten Doppelhaushalt. Wir bezahlen inzwischen jedes Jahr mehr, als wir in 40 Jahren bekommen haben. Wir sind wirklich gerne bereit zu helfen,

(Markus Rinderspacher (SPD): Und Herr Seehofer hat das alles vermerkt!)

aber wenn inzwischen fast nur noch einer zahlt, dann ist das schon schlimm. Was aber einer bekommt, das ist noch viel schlimmer, und zwar das eine Bundesland, das durch seine hervorragenden Flughafenplanungen in Deutschland aufgefallen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen deshalb entscheiden: Die Schmerzgrenze ist erreicht. Am Ende müssen wir Bayern sogar die Schadensersatzansprüche für die Planung des Willy-Brandt-Flughafens zahlen. Ich sagen Ihnen deshalb eines: Wir werden klagen. Sie müssen hier im Landtag entscheiden, wo Sie stehen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist Ihre Verantwortung?)

Ich habe gelesen, dass die SPD kürzlich zum Wandern mit Wowereit eingeladen hat. Hier im Landtag wird die Wahl zu treffen sein: Wollen Sie wandern mit Wowereit oder klagen mit Seehofer, meine Damen und Herren? - Wir wollen klagen, denn ausnehmen lassen wir uns nicht, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind also, glaube ich, top aufgestellt. Der Entwurf lässt uns beruhigt in die Zukunft schauen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist mit Herrn Ramsauer?)

Ich glaube, wir haben mit dem Haushaltsentwurf und mit dem, was wir für die Kommunen tun, auch ein Bollwerk gegen eine international schwächere Konjunktur gesetzt. Allerdings, das muss man offen sagen, dieser Haushalt allein wird uns nicht reichen, wenn wir uns in Deutschland selbst schwächen. Die größte Herausforderung für die Binnenkonjunktur in Deutschland ist deshalb am Ende die Steuerpolitik. Ich bin fest davon überzeugt, es ist nicht die Zeit, Versprechungen für weitere Entlastungen zu machen. Es ist aber auch nicht die Zeit für Steuerexperimente oder radikale Steuerbelastungen. Herr Gabriel hat erklärt, er möchte eine Steuerpolitik nach französischem Vorbild in Deutschland etablieren. Er möchte mehr Belastung für die Mittelschicht, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer und er will die Mobilität verteuern. Er möchte die Energiekosten erhöhen. Über 22 Milliarden Euro wären damit von den Deutschen zusätzlich zu bezahlen. Die SPD blockiert im Bundesrat schon jetzt Entlastungen für Geringverdiener und die Mittelschicht. Zusätzlich soll es aber massive Erhöhungen geben! - Meine Damen und Herren, das Ausland wartet doch geradezu darauf, dass Deutschland sich schwächt. Sie werden deshalb von uns erbitterten Widerstand erfahren. Wir lassen nicht zu, dass Deutschland durch Steuererhöhungen schwächer wird. Das kann nicht die Zukunft unseres Landes sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden die Entwürfe nun beraten. Ich glaube aber, man kann schon jetzt sagen, selbst wenn man sich anstrengt, wird es schwer werden, viel zu kritisieren. Sie werden es trotzdem schaffen. Das müssen Sie auch, und das ist in Ordnung. Ich glaube aber, wenn Sie unseren Haushalt und unsere Haushaltsentwürfe mit dem vergleichen, was anderswo geboten wird, dann hat diese Staatsregierung, getragen von den Koalitionspartnern, getragen von den Ministern und den Fraktionen, einen, so finde ich, bemerkenswerten Entwurf vorgelegt, der ein Signal setzt,

(Inge Aures (SPD): Das stimmt!)

ein Signal für eine solide Grundlage für unser Land, ein Signal für die Zukunft Bayerns. Er ist aber auch ein Kompass für alle anderen Länder in Deutschland und, was sogar noch wichtiger ist, er ist eine Blaupause für die Zukunft in Europa. Wir bitten deshalb ganz herzlich, ihn seriös zu beraten und ihn zu unterstützen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Ich darf das Wort jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Halbleib erteilen. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Dr. Söder, Ihr Auftritt vor dem Bayerischen Landtag

(Zuruf von der CSU: War super! - Weitere Zurufe: Bravo, Bravo!)

passt zu der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt vorbereitet haben.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen von der bayerischen Oase in der Finanzwüste Europas. Diese angebliche Oase ist jedoch eine Fata Morgana, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie und Ihr Finanzminister sind finanzpolitische Scheinriesen, so wie der Scheinriese Herr Turtur im Lummerland. Wir alle kennen ihn. Je weiter man sich von ihm entfernt, desto größer erscheint er. Nur wenn man sich ganz nahe an ihn heranwagt, erkennt man, dass er genauso groß ist wie jeder normale Mensch. Sie, Herr Ministerpräsident, sind ein finanzpolitischer Scheinriese, und Sie, Herr Finanzminister Dr. Söder, ebenso.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Das fängt schon bei der Schuldentilgung an. Es ist schon ein absurdes Schauspiel, wenn sich die CSU gerade als diejenige politische Kraft aufspielt, die angeblich die Schulden tilgt. Die CSU ist doch vielmehr die politische Kraft, die dafür gesorgt hat, dass sich der Schuldenstand Bayerns seit 2008 mit 10 Milliarden Euro, also mit 10.000 Millionen Euro, um 45 % erhöht hat.

(Unruhe bei der CSU)

Das tut Ihnen weh. Das weiß ich.

(Alexander König (CSU): Da tut uns gar nichts weh!)

Damit ist die Schuldenlast um 800 € je Einwohner angestiegen. Diese Schuldenerhöhung haben Sie zu vertreten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind Sie die Scheinriesen in der Schuldentilgung, Sie sind vielmehr die Riesen im Schuldenaufbau!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Sie sind auch Scheinriesen in Sachen Stabilität, das wissen Sie auch selbst. Die CSU hat dem Steuerzahler nicht nur 10 Milliarden Euro Landesbank-Debakel hinterlassen

mit einer Zinszahlung von jährlich 350 Millionen Euro. Das entspricht der Finanzierung von 7.000 Lehrern. Die CSU hinterlässt in Sachen Landesbank noch weitere Risiken für die Zukunft. Das erste Risiko wird sich schon in diesem Doppelhaushalt realisieren: Es ist eine Garantiezahlung in Höhe von weiteren 1,6 Milliarden Euro.

(Zurufe von der CSU)

Hinzu kommen die Risiken bei der MKB, die Risiken der Rückzahlung des Darlehens oder des Eigenkapitals. Das wird von der Landesbank noch zu klären sein. Ist das die Stabilität, die Sie hier verkünden wollen? - Es sind vielmehr milliardenschwere Risiken für Bayern und für die bayerischen Steuerzahler, und das ist die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo, Bravo!)

Nun komme ich zum Scheinriesen Zukunftssicherung. Sie sind es doch, CSU und FDP, allen voran der Ministerpräsident und der Finanzminister, die in diesem Bayerischen Landtag mit der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds das zentrale Instrument der Zukunftsvorsorge im Freistaat Bayern zerschlagen.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

CSU und FDP wollen die Pensionskassen, die Zukunftsvorsorge des Freistaats Bayern, bis zum Jahr 2014 - und nun hören Sie sich die Zahl in aller Ruhe an -, um 1,22 Milliarden Euro plündern.

(Thomas Hacker (FDP): Der Fonds wird weiter angespart!)

Das ist Ihre Art der Zukunftsvorsorge. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Scheinriesen Zukunftssicherung!

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Wir werden der CSU und der FDP hier im Hause nicht den Gefallen tun, die positive Entwicklung in Bayern mit den positiven Folgen für die Einnahmesituation in unserem

Freistaat schlechtzureden. Aber wir sehen genau hin. Wir sehen uns auch die Schattenseiten an, wir blicken auch auf die Kehrseiten der Medaillen, die Sie sich selbst umhängen wollen. Wir blasen den Trockeneisnebel Ihrer Rocky-Horror-Haushaltsshow auf die Seite,

(Heiterkeit bei der SPD)

um die Sicht freizubekommen für die finanzpolitischen Tarnungen, Täuschungen und leider auch Lügen, die Sie, Herr Finanzminister, uns und den bayerischen Bürgern auch heute wieder zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen die Pflicht ernst, Ihre politischen Fehlentscheidungen und Ihre Versäumnisse aufzudecken. Sie wollen sie mit diesem bayerischen Haushaltsentwurf unter dem Teppich kehren. Wir haben gerade wegen Ihrer überzogenen Lügenrhetorik, für die Ihr Redebeitrag das beste Beispiel war, Herr Minister, auch die Aufgabe, deutlich zu machen, dass Sie sich bei vielen positiven Entwicklungen in Bayern mit fremden Federn schmücken. Da sind wir auch sehr selbstbewusst.

Natürlich ist die wirtschaftliche Entwicklung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Unternehmern in Bayern zu verdanken, aber neben Ihrem Anteil, den wir gar nicht leugnen wollen, auch drei sozialdemokratischen Leistungen - ich weiß, dass Ihnen das wehtut, aber es entspricht der Wahrheit -: Das ist erstens die Arbeitsmarktreform unter Gerhard Schröder. Es sind zweitens die sozialdemokratischen, nicht die liberalen und konservativen Konzepte in der Wirtschaftskrise 2008 und 2009. Das war eine wirksame Reaktion auf den wirtschaftlichen Einbruch aufgrund der Finanzmarktkrise. Bayern hat davon am meisten profitiert. Dies ist mit sozialdemokratischen Namen verbunden: Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Olaf Scholz für die Kurzarbeiterregelung. Das ist unser Anteil an diesem Erfolg.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir über die Anteile der Gebietskörperschaften reden - damit meine ich Bund, Land und Kommunen -, die zur Wirtschafts- und Steuerkraft beitragen, dann lassen Sie uns auch einmal über den Beitrag im Freistaat Bayern reden, den das seit vielen Jahrzehnten sozialdemokratisch regierte Kraftzentrum München mit seiner hohen Wirtschafts- und Steuerkraft zu den Einnahmen des Freistaats Bayern leistet. Oberbayern liegt 129 % über dem Durchschnitt der bayerischen Steuerkraft. Einen entscheidenden Beitrag dazu hat auch die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in der Landeshauptstadt München geleistet. Das ist doch ohne Zweifel richtig.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister - Sie haben das richtig angesprochen -, wir haben es auch dem Euro zu verdanken, dass Bayern so gut dasteht; denn der Export nimmt in Bayern bekanntermaßen eine zentrale Stellung ein. Mit einer Exportquote des verarbeitenden Gewerbes von 51 % wird mehr als jeder zweite Euro im Export erwirtschaftet, was die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft unterstreicht. Im Exportgeschäft können die höchsten Zuwächse seit langen Jahrzehnten verzeichnet werden. Mit einem Anstieg um 11 % beliefen sich die Ausfuhren 2011 auf knapp 160 Milliarden Euro. Deswegen, Herr Staatsminister, ist Ihr Gerede während der Sommerpause zum Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone nicht nur verantwortungslos, sondern dies schädigt elementar die wirtschaftlichen Interessen Bayerns. Das muss man an dieser Stelle einmal sagen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Franz Maget (SPD): Der Wirtschaftsminister stimmt zu!)

Dies schädigt die Interessen der bayerischen Unternehmen sowie die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern. Bayern hat - das ist doch klar - das größte wirtschaftliche Interesse, die Turbulenzen in der Eurozone endlich zu lösen und hinter sich zu bringen und sie nicht durch populistisches Geschwätz dieses Finanzministers noch anzufachen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Bravo!)

Herr Ministerpräsident, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten Klarheit hinsichtlich des bayerischen Kurses zur Eurorettung. Die Vielstimmigkeit in Ihrer Partei, Herr Ministerpräsident, Herr CSU-Vorsitzender, schadet diesem Land. Die CSU ist mit Söder und Dobrindt auf der einen Seite mit "Griechenland raus!" und mit Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite mit "Griechenland retten!" richtungslos und nicht handlungsfähig.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten, dass sich der Ministerpräsident nach diesem Sommer der unmöglichen Äußerungen in dieser Plenarsitzung erklärt, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei "ein Exempel zu statuieren". Er soll hier und heute sagen, welche Ansteckungsgefahren der geforderte sofortige Austritt von Eurostaaten auf andere Euroländer hat und welche Konsequenzen damit auch für das exportorientierte Bayern verbunden sind, und zwar für die konjunkturelle Entwicklung Bayerns und für die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Bayern.

Herr Seehofer, Sie sollten gegenüber diesem Landtag und der bayerischen Öffentlichkeit auch vollumfänglich erklären, welche unmittelbaren Kosten der deutsche und bayerische Steuerzahler tragen muss, die mit dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone unweigerlich auf ihn zukommen, und was die Auswirkungen auf diesen Doppelhaushalt und die Finanzplanung des Freistaats Bayern wären. Die Form der Auseinandersetzung mit der Eurokrise, die der Finanzminister hier betreibt, ist unsäglich. Herr Ministerpräsident, wir erwarten in der heutigen Plenarsitzung ein klares Wort.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss sagen: Das, was der Finanzminister hier zur Eurokrise gesagt hat, war eine der unfundiertesten und unsäglichsten Oppositionsreden - -

(Zuruf von der CSU)

- Ich antworte auf die Erklärung des Staatsministers. Auch er hat leider nicht zum Staatshaushalt geredet. Deswegen muss ich mich mit seinen Ausführungen befassen.

- Das war eine der unsäglichsten Oppositionsreden gegen Bundeskanzlerin Merkel in dieser Frage; denn alles, was Sie kritisiert haben, wird im Augenblick von der Bundesregierung in der Eurozone und bei der Eurorettung verantwortlich vorangetrieben. Das sind genau die Punkte, für die diese Regierungskoalition in Berlin steht. Statt die SPD zu kritisieren, Herr Finanzminister, sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir bei schwierigen Entscheidungen in der Eurofrage nicht - wie Sie - auf das parteipolitische Klein-Klein gesetzt haben, sondern auf staatspolitische Verantwortung. Zudem haben wir zu bestimmten Entscheidungen dieser Regierungskoalition, die nicht unsere ist, im Deutschen Bundestag gestanden und haben dazu auch klar Position bezogen. Dafür muss die Sozialdemokratie Lob erhalten statt Kritik. Das, was Sie hier aufführen, ist unsäglich!

(Beifall bei der SPD - Franz Maget (SPD): Ohne uns habt ihr ja gar keine Mehrheit im Bundestag!)

Zurück nach Bayern:

(Zurufe von der CSU)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben noch genug Grund, sich aufzuregen. Das kann ich Ihnen versprechen.

Kommen wir doch einmal zur Kehrseite manch glänzender Medaille in Bayern. Greifen wir einmal das auf, was der Finanzminister zur Situation in Nordrhein-Westfalen gesagt hat.

Zur Situation in Baden-Württemberg sage ich nur eines: Wenn Sie in der Staatsregierung die Lehrer-Schüler-Relation, also das Verhältnis von Lehrern zu Schülern, endlich einmal wie in Baden-Württemberg hinbekämen

(Georg Schmid (CSU): Da baut man doch endlos ab!)

und wenn Sie hinbekämen, dass die bayerischen Kommunen so gut behandelt würden wie die baden-württembergischen Kommunen, dann reden wir in beiden Bereichen weiter; denn bei dem zentralen Bereich der Bildung und bei der kommunalen Unterstützung ist Baden-Württemberg weit vorne.

(Georg Schmid (CSU): Wo wohnen Sie denn?)

Die Erblasten eines Herrn Mappus müssen Sie schon Herrn Mappus und der CDU anlasten, aber nicht der SPD in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): So ein Blödsinn!)

Sie haben zu Nordrhein-Westfalen, zu einem aufgrund der Strukturkrise schwer gebeutelten Land, kritische Worte gesagt.

(Widerspruch bei der CSU)

- Hören Sie doch einmal in aller Ruhe zu! Ich weiß, dass Ihnen das wehtut. - Jetzt frage ich einmal, warum auch in Bayern die wirtschaftliche Schere zwischen den Regionen und den Regierungsbezirken so weit auseinandergeht, wie dies der Fall ist. Der Unterschied innerhalb der Regierungsbezirke Bayerns bei der wirtschaftlichen Entwicklung ist größer als der Unterschied zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): In Berlin ist alles schlimmer!)

Das Bruttoinlandsprodukt Oberfrankens liegt nur bei 83 % des Bayerndurchschnitts. Oberbayern liegt bei etwa 120 % des Bayerndurchschnitts. Das heißt, die CSU hat es innerhalb ihrer langen Regierungszeit, in ihrer Regierungsverantwortung, also seit über 54 Jahren, nicht geschafft, die wirtschaftliche Schere innerhalb Bayerns näher zusammenzubekommen als die unterschiedlichen Verhältnisse zwischen Bayern und Berlin.

(Georg Schmid (CSU): Das lernt ihr nie! Das lernen die Sozis nie!)

Sie kritisieren andere Bundesländer, schaffen es aber nach 50 Jahren Regierungsverantwortung nicht einmal in Ihrem eigenen Bundesland, annähernd gleichwertige Verhältnisse zu schaffen. Das ist doch der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht weiter bei der Schere, die Sie völlig außen vor lassen und gegen die Sie kein auch nur irgendwie geartetes Rezept anbieten. In Bayern ist die soziale Herkunft so maßgeblich für den schulischen und beruflichen Erfolg wie in keinem anderen Bundesland. Das wissen Sie. Die bayerische Bildungspolitik zementiert soziale Ungleichheiten, statt sie zu beheben. Die unsozialen, ungerechten Studiengebühren leisten einen weiteren Beitrag dazu. Ich will dies wegen der vorhergehenden bildungspolitischen Debatte nicht weiter ausführen.

Aber zu einem Punkt, bei dem Sie eine maßgebliche Verantwortung haben und bei dem Sie Ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, möchte ich schon noch etwas sagen, nämlich zu der Schere bei den Arbeitsverhältnissen. Unsichere, schlecht bezahlte Arbeit nimmt auch in Bayern drastisch und deutlich zu. Jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte arbeitet inzwischen im Niedriglohnbereich. Wir brauchen endlich wirksame Maßnahmen, aber Sie verweigern sich diesen. CSU und FDP verweigern sich einem flächendeckenden Mindestlohn, und sie verweigern sich einem bayerischen Vergabegesetz. Damit subventionieren Sie weiter die wirtschaftliche Ungleichheit, und die Schere bei den Arbeitsverhältnissen wird größer. Damit subventionieren Sie weiter Unternehmer, die Dumpinglöhne zahlen, mit öffentlichen Haushaltsmitteln zulasten sozialer Unternehmer, die normale, vernünftige Löhne zahlen. Das ist Ihre Art und Weise, auf diese wirtschaftliche Schere zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir schon bei den Vergleichen sind: Es ist doch eine Tatsache, dass die Altersarmut im Freistaat Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional hoch ist. Der vom bayerischen Sozialministerium aktuell vorgelegte Bericht zur sozia-

len Lage in Bayern ist doch alarmierend. Wenn in Bayern jeder fünfte Mensch über 65 Jahren von Altersarmut bedroht ist und der Anteil bei den alleinstehenden Frauen sogar bei 28,3 % liegt, dann ist rasches politisches Handeln gefordert. Aber dazu sind Sie nicht in der Lage. Seit über einem Jahr liegen Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Empfehlungen der von Ihnen selbst eingerichteten sogenannten Schösser-Kommision vor. Obwohl darin zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Prävention von Altersarmut aufgezeigt werden, ignorieren Sie und die Staatsregierung diese Vorschläge. Damit tragen Sie zu einer Vergrößerung der wirtschaftlichen Schere innerhalb Bayerns bei. Das ist ein Umstand, den wir nicht akzeptieren können.

Last but not least ist die Schere zwischen Arm und Reich zu nennen. Herr Söder, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen. Schauen Sie nur einmal, was sich nach dem Entwurf für den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht entwickelt hat: Zwischen 2007 und 2012, innerhalb von wenigen Jahren, hat sich das private Nettovermögen in Deutschland um 1,4 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro erhöht. Hinter dieser Zahl steckt eine gravierend ungleiche Verteilung des Privatvermögens. In der gleichen Zeit mussten 40 % der Vollzeitbeschäftigten Verluste beim Einkommen hinnehmen. Die Entwicklung beim privaten Reichtum - das ist vielleicht auch im Zuge der Haushalt-splanberatungen wichtig - steht auch in einem deutlichen Kontrast zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Während das Nettovermögen des deutschen Staats zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012, also innerhalb von zwanzig Jahren, um 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte im gleichen Zeitraum von knapp 4,6 Billionen Euro auf 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Staatliches öffentliches Vermögen geht also zurück, privates Vermögen wächst. Die Rettungsmaßnahmen im Zuge der Finanzkrise haben diese Entwicklung eher forciert, als sie zu korrigieren.

Und jetzt kommt's - wenn man dem Finanzminister zuhört, ist es eine Bestätigung -: CSU und FDP haben nicht nur keine Antwort auf diese Frage, sondern sie vergrößern mit ihrer Politik die Kluft zwischen Arm und Reich. Die CSU hat mit ihrer jahrzehnte-

lang praktizierten Unterbesetzung der Finanzämter auch in Bayern die Steuergerechtigkeit zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen getreten. Herr Söder will erklärtermaßen die Erbschaftsteuer für die Reichen noch einmal halbieren, wodurch die soziale Kluft in Deutschland noch größer wird, und die FDP spielt sich lieber beim Ankauf von Steuerdaten als Verteidigerin der Steuerhinterzieher auf, anstatt wenigstens für die ganz Kleinen und für die ganz unten für Mindestlöhne zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Solange die FDP in dieser Form mitregiert und solange die CSU so agiert, bekommen wir keine Politik, die diese Schere zwischen Arm und Reich schließt. Darauf kommt es aber uns, darauf kommt es der SPD an.

Nun ein paar Worte zu Ihrem "wunderbaren" Haushaltsplanentwurf, Herr Finanzminister. Er ist - das wissen Sie selbst am besten - im Prinzip eine etwas dicklich gewordene Wahlkampfbroschüre von CSU und FDP. Das, was die Staatsregierung heute der Öffentlichkeit und dem Bayerischen Landtag vorlegt, ist eigentlich gar kein Doppelhaushalt, sondern es ist nur ein Haushalt für das Jahr 2013. Das wissen Sie auch. Es ist eigentlich ein Haushalt bis zum 15. September 2013. Noch genauer: Das ist - das merkt man an allem - ein Haushalt für den 15. September 2013, den Tag der bayerischen Landtagswahl. Danach wird dieser Haushaltsplanentwurf Makulatur sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU - Glocke der Präsidentin)

Das ist ein Wahlkampfhaushalt, mit dem Sie versuchen, die politischen Fehler der letzten vier Jahre auf den letzten Drücker zu korrigieren. Die CSU baut in alter Manier auf die Vergesslichkeit der Wähler; aber das wird Ihnen dieses Mal nichts nützen. Diese Zeiten sind Gott sei Dank vorbei. Die Menschen erkennen, dass Sie nur ein kurzes Wahlkampf-Strohfeuer abbrennen.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Bevor Sie sich noch weiter erregen: Ein paar Beispiele gefällig? Im öffentlichen Dienst haben Sie in den vergangenen Jahren eine Grausamkeit nach der anderen begangen. Als es aber auf den Wahltermin zuing, hat der Wolf seinen Schafspelz angezogen. Finanzminister Söder ist zu den Beamten gegangen und hat gesagt: Bisher waren wir brutal; ab jetzt sind wir wieder friedlich.

(Zurufe von der CSU)

Die Kürzungen der Doppelhaushalte 2009/2010 und 2011/2012 - Sie wissen selber aus Ihrer örtlichen Arbeit, was im Detail gekürzt worden ist - versuchen Sie jetzt wieder geradezubiegen.

Bei den Kommunalfinanzen ist es das Gleiche. Diese hinkten den Staatsausgaben hinterher. Jetzt versuchen Sie in der letzten Minute, zumindest die Flanke bei den Kommunen zu schließen. Bei den Staatsstraßen war es ganz klassisch. Da waren die Ansätze viel zu niedrig. Jetzt sind wir wieder bei Ansätzen, über die man vernünftig sprechen kann.

(Zurufe von der CSU)

Das beste Beispiel ist das Thema DSL, auf das ich später gerne noch näher eingehe. Warum müssen Sie denn in diesem Doppelhaushalt Millionenbeträge einstellen? Doch nur deshalb, weil Sie das Thema DSL in den letzten vier Jahren nicht so vorangebracht haben, wie es die Bürgerinnen und Bürger in Bayern erwarten, weil Sie bei der DSL-Politik versagt haben und jetzt auf den letzten Metern signalisieren wollen: Es geht voran, das Defizit der letzten vier Jahre wird abgebaut. - Das versuchen Sie mit diesem Haushalt.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Den Unterschied zwischen den Übertragungsgeschwindigkeiten kennen Sie nicht, oder?)

- Lieber Herr Kollege, der Haushalt ist von Unwahrhaftigkeit, auch von Verschleierung und Ablenkung geprägt. Das stellt man vor Wahlen immer wieder fest. Der Finanzmi-

nister schreckt in seiner Rhetorik sogar vor einer glatten Lüge nicht zurück. Bisher waren es immer Äußerungen, die leicht angreifbar waren; aber hier wird das Haushaltsgesetz mit einer Lüge begonnen. Im Vorblatt zum Gesetzentwurf heißt es - - Herr Finanzminister, Ihr Satz, der Ausgleich des Haushalts erfolge zum achten und neunten Mal ohne Einnahmen aus Krediten, ist Ihr politischer Stil. Sie haben keinen Skrupel, diesen Entwurf mit einer Lüge zu beginnen. Sie wissen genau, dass der Freistaat Bayern zwischen 2006 und 2012 jedes Jahr durchschnittlich 1,42 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung zu verzeichnen hatte. Selbst wenn Sie die Tilgung des Jahres 2012 abziehen, von der wir nicht wissen, ob sie schon getätigt wurde, sind es immer noch 1,3 Milliarden Euro Nettoneuverschuldung jedes Jahr. Und Sie behaupten, dies sei der achte oder neunte - -

(Georg Schmid (CSU): Wo denn? Sie müssen anders rechnen! Sie rechnen falsch!)

- Ja, klar. Wir rechnen falsch. Rechnen Sie einmal nach, Herr Kollege Schmid. Vielleicht kann Ihnen der Finanzminister dabei Hilfestellung leisten.

(Harald Güller (SPD): Wir haben bei der Landesbank gesehen, wohin es führt, wenn die CSU rechnet!)

Das wird bestimmt sehr instruktiv. Sie behaupten, der Haushalt komme zum achten oder zum neunten Mal ohne Nettoneuverschuldung aus. Tatsächlich sind es jedes Jahr durchschnittlich 1,3 Milliarden Euro gewesen.

Sie versuchen in diesem Haushalt auch, die Folgen der Landesbankaffäre zu verschleiern. Es ist ganz klar, dass sie auch weiterhin die Zukunft des Freistaats Bayern belasten werden, und es ist nach diesem Haushaltsplanentwurf und nach den Informationen zum gegenwärtigen Zustand der Landesbank mit seinen vielen offenen Fragen klar: Diese CSU-Staatsregierung hinterlässt der nächsten Staatsregierung und dem nächsten Parlament eine finanzielle Erblast von dramatischer Dimension.

(Zuruf von der CSU: Mein Gott! - Weitere Zurufe von der CSU)

- Das ist nichts als die Wahrheit. Schauen Sie selbst in den Finanzplan des Finanzministers hinein. Darin steht es. Es ist doch ganz klar, dass die Garantie, die in Höhe von 1,6 Milliarden Euro noch fällig werden wird, die Mindestsumme ist, die wir zahlen müssen. Es ist doch ganz klar, dass weitere Risiken bestehen. Befassen Sie sich einmal mit dem Entwurf des Herrn Staatsministers. Dann werden Sie mir nicht mehr widersprechen können.

(Zurufe von der CSU)

Natürlich ist auch Ablenkung mit dabei. Das Thema des Länderfinanzausgleichs ist doch ganz klar ein Ablenkungsthema. Denn dass die Belastung Bayerns, Baden-Württembergs und Hessens im Rahmen des Länderfinanzausgleichs zu groß ist, dass dieser Beitrag limitiert werden muss, dass der Finanzausgleich anreizgerechter gestaltet werden muss, ist doch eine Position in der Breite dieses Landtags, ist die Position der SPD-Landtagsfraktion.

(Georg Schmid (CSU): Sie unterstützen doch die Klage nicht!)

Nicht unterstützen können wir eine reine Wahlkampfaktion in Form einer Klage, die nur von der Verantwortung der CSU und der politischen Verantwortung dieses Ministerpräsidenten ablenken soll, der den Länderfinanzausgleich ausgehandelt und auf den Weg gebracht hat. Das wissen Sie doch selbst am besten.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! Die Bedingungen waren ganz anders! Das wissen Sie selbst!)

Das war Ihr Finanzausgleich!

(Georg Schmid (CSU): Ich beantrage eine namentliche Abstimmung darüber, ob Sie für diese Klage sind!)

Die Empörung des Finanzministers Dr. Söder richtet sich doch gegen die Regierungspolitik der CSU. Es ist ihr Länderfinanzausgleich. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Da lachen ja die Hühner!)

Wenn Sie vor dem Wahltag von diesem Länderfinanzausgleich ablenken wollen, brauchen Sie nicht zu glauben, dass wir Ihnen zu diesem Ablenkungsmanöver noch die Hand reichen. Das können Sie von uns wirklich nicht erwarten.

(Thomas Hacker (FDP): Ihr kümmert euch um die Renten und macht da eine Rolle rückwärts! - Markus Rinderspacher (SPD): Das werden wir im Wahlkampf verwenden!)

Schauen wir uns einmal den großen Schuldentilgungsplan an, den der Ministerpräsident angekündigt hat. Was ist von dem verbindlichen, durchgerechneten und umfassenden Schuldentilgungsplan, der der präziseste aller Zeiten war, heute übrig geblieben?

(Inge Aures (SPD): Nichts!)

Ein einziger dürrer Satz im Entwurf eines neuen Artikels 18 Absatz 1 Satz 2 der Bayerischen Haushaltsordnung. Der große Schuldentilgungsplan des Freistaates Bayern lautet - bitte halten Sie sich alle fest - ich zitiere:

Die Verschuldung am Kreditmarkt ist bis 2030 abzubauen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU und der FDP, dieser Satz hat in etwa die Qualität und Verbindlichkeit wie folgender Satz: "Im nächsten Jahr wird das Wetter schöner, und wenn das Wetter schlechter wird, kann man eben auch nichts machen." Dieser Satz hat eine solche Unverbindlichkeit, dass nicht einmal Ihre sonstigen Operationen notwendig sind, um das Haushaltsgesetz auszuhebeln.

(Beifall bei der SPD)

Die politische Fallhöhe zwischen Ihren großen Ankündigungen und der banalen Unverbindlichkeit Ihrer Politik, wie Sie sie hier vorschlagen, könnte nicht größer sein.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen Schulden!)

Schauen wir einmal, was Sie bei der Tilgung machen. Schauen wir doch einmal rein.

(Georg Schmid (CSU): Das passt euch auch wieder nicht! Was passt euch überhaupt? Ist es zu wenig?)

- Was uns daran nicht passt, kann ich gleich sagen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir tilgen eine Milliarde Euro Schulden! - Georg Schmid (CSU): Ihr hättet das Geld lieber ausgegeben!)

Diese Schuldentilgung ist keine Schuldentilgung. Das wissen Sie selbst am besten. Ich kann es Ihnen auch ganz klar begründen. Sie bezahlen die Schuldentilgung mit der Zerschlagung des Vorsorgesystems für die Beamtenpensionen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist doch ein Schmarrn! - Renate Will (FDP): Das eine ist der eine Topf und das andere ein anderer Topf! - Markus Rinderspacher (SPD): Das mit euren vielen Töpfen kapiert sowieso keiner!)

Herr Schmid, Sie haben sich offensichtlich überhaupt nicht mit dem Haushalt befasst. Ich lese Ihnen einmal die Zahlen vor: 2010 haben Sie aus dem Pensionsfonds gegenüber der jetzigen Regelung 35 Millionen Euro herausgenommen.

(Thomas Hacker (FDP): Wir haben nichts aus dem Fonds entnommen!)

2011 waren es 252 Millionen Euro, 2012 sind es 280 Millionen Euro. 2013 kommen 310 Millionen Euro hinzu und 2014 noch einmal 345 Millionen Euro. Insgesamt werden dem Vorsorgesystem, das der Landtag in der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat, allein zwischen 2010 und 2014 insgesamt 1,22 Milliarden Euro ent-

zogen. Nicht getätigte Rückstellungen - das ist eine ökonomische Binsenweisheit, danach können Sie jeden Fachmann fragen - für bereits absehbare Verpflichtungen wie zum Beispiel Pensionsverpflichtungen sind ökonomisch eindeutig neue Schulden. Das heißt, Sie bezahlen die Tilgung von Schulden, die Sie erst vor Kurzem mit zehn Milliarden Euro aufgebaut haben, mit neuen Schulden, indem Sie die Vorsorgesysteme zerschlagen. Wenn das solide sein soll, brauchen wir über Solidität in diesem Hause nicht mehr zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Haushalt ist und bleibt ein Haushalt der versteckten Verschuldung. Auch das wollen Sie nicht hören, aber es ist die Wahrheit.

(Markus Rinderspacher (SPD): Der Stoiber ärgert sich über euch grün und blau!)

Die versteckte Verschuldung Nummer 1: Sie sorgen nicht mehr für die Pensionsverpflichtungen vor. Die versteckte Verschuldung Nummer 2: Sie leisten nicht mehr für den Bauunterhalt. Er geht um 20 % zurück. Sie stecken nichts mehr in die maroden Straßen. Sie geben nicht einmal mehr etwas aus für kleine Um- und Neubauten, die notwendig wären. Das heißt, Sie leben von der Substanz.

Last but not least - damit komme ich zum Schluss - bedienen Sie sich an den Kommunen.

(Renate Will (FDP): Das stimmt aber wirklich nicht!)

Sie leisten keinen Beitrag dazu, dass sich die bayerischen Kommunen entschulden können. Das wäre das Mindeste, was man von dieser Staatsregierung erwarten muss. Offensichtlich kann man es nicht, wie man auch andere Maßnahmen, die in der Haushaltspolitik erforderlich wären, nicht erwarten kann. Deswegen garantiere ich Ihnen eine engagierte Auseinandersetzung mit Ihrer Haushaltspolitik in der Öffentlichkeit, mit einer Fata Morgana von CSU und FDP. Bei dieser Auseinandersetzung werden wir

deutlich machen, dass Ihre Haushaltspolitik unsolide und nicht auf die Zukunft gerichtet ist.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Görlitz von der CSU das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Sie erlauben mir, dass ich wieder in unsere bayerische Welt zurückkomme. Herr Halbleib, ich muss ganz ehrlich sagen, dass mich Ihre Rede in weiten Strecken an eine Märchenstunde erinnert hat.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben mit den schlimmsten Bildern ein Schreckgespenst an die Wand gemalt, das mit bayerischen Verhältnissen überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Die Landesbank hat mit bayerischen Verhältnissen nichts zu tun?)

Wir bringen heute den Doppelhaushalt 2013/2014 ein. Für mich ist es eine wahre Freude, wenn ich den kommunalen Finanzausgleich präsentieren darf. Bayern unterstützt seine Kommunen wie kein anderes Land. Das ist Tatsache.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dieser Finanzausgleich ist ein Rekordfinanzausgleich. 7,7 Milliarden Euro bedeuten eine Steigerung von 6,3 %. Es gibt kein anderes Land, das seine Kommunen in der Finanzausstattung so reich unterstützen kann. Das ist einfach Tatsache.

Sie haben gesagt, Baden-Württemberg solle für uns ein glorreiches Beispiel sein. Dazu möchte ich an der Stelle nur eine Zahl nennen: 11.000 Lehrerstellen wurden in

Baden-Württemberg gestrichen. Wenn das in Bayern nur einem Menschen einfallen würde, wäre die Hölle los.

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie haben nicht zugehört!)

Wir haben zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. In Baden-Württemberg werden sie gestrichen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich stellt sich in besonderer Weise dar. Man muss auch immer die Voraussetzungen anschauen. Die Kommunen in Bayern stehen mit den Steuereinnahmen weit besser da als der Freistaat Bayern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Fragen Sie einmal Oberfranken, den Landkreis Wunsiedel!)

Ich blicke einmal auf die letzten zehn Jahre zurück. Bei den Kommunen sind die Einnahmen um 56 % gestiegen, während die Einnahmen des Freistaates Bayern nur um 32,3 % stiegen. Auch das ist eine stattliche Summe. Überall dort, wo viel Steuern gezahlt werden, wird auch viel verdient. Unsere Unternehmen und unsere Arbeitnehmer haben sich dies hart erarbeitet und dies auch verdient. Deswegen geht es uns in Bayern um ein ganzes Stück besser als in anderen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommunen sind bereit und auch in der Lage, die notwendige Infrastruktur für ihre Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Die Investitionsquote der bayerischen Kommunen ist mit 24,9 % doppelt so hoch wie die des Freistaates und liegt damit auf einer wirklich guten Höhe. Hier wird sehr viel für die Kommunen getan.

Auch die Zukunft sieht gut aus. Die Steuerschätzung im Mai hat ergeben, dass im Jahr 2012 bundesweit die Steuereinnahmen der Kommunen um 5,1 % steigen. Bei

den Ländern sind es zwar immerhin 4,4 %, aber lange nicht so viel wie bei den Kommunen.

Der kommunale Finanzausgleich ist gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in langen Sitzungen so erarbeitet worden, dass beide Seiten gut damit zurechtkommen. Er wird in gewohnt guter Manier umgesetzt. Die Vorstellungen der Kommunen sind im Finanzausgleich gut wiedergegeben; es wird nicht einfach irgendetwas bestimmt. Wir tragen den Bedürfnissen der Kommunen Rechnung.

Vor allem für die kleineren Gemeinden wird es Verbesserungen geben. Das war auch Ziel der Verhandlungen. Für kleine Gemeinden wird die Eingangsstufe der Hauptsatzstaffel von 108 auf 112 % erhöht. Großstädte ab 500.000 Einwohner werden den entsprechenden Zuschlag nicht mehr bekommen. Damit erfolgt eine Verschiebung hin zu den kleineren Gemeinden. Sie zu stärken ist unser erklärtes Ziel.

Zwar haben Kommunen nach wie vor Schulden, aber immer mehr Kommunen sind schuldenfrei; im Jahr 2005 waren es in Bayern 75, im Jahr 2010 schon 187. Mir liegen leider die neuesten Zahlen noch nicht vor.

Dennoch gibt es Kommunen, die von negativen Entwicklungen - zurückgehende Einwohnerzahlen, Einbrüche bei den Gewerbesteuerereinnahmen - betroffen sind. Gerade für diese Kommunen haben wir die Bedarfszuweisungen zur Stabilisierungshilfe ausgeweitet und damit ein wichtiges Instrument geschaffen, um den Kommunen bei der Bewältigung ihrer Probleme zu helfen. Es gibt hier eine gewaltige Aufstockung, von 75 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro. Inzwischen sind Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt worden, um auszuhandeln, an welche Bedingungen diese Hilfen geknüpft werden. Man ist übereingekommen, dass man die Vorgaben, die man für die Konsolidierungshilfe gewählt hat, auch hier anwenden will. Die Unterstützung für die Kommunen kann sich durchaus über mehrere Jahre erstrecken. Damit wird ihnen auch langfristig geholfen.

Aber auch die Investitionen sind den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat ein wichtiges Anliegen, sodass die Investitionspauschalen erhöht werden. Nach der Aufstockung um 60 Millionen Euro werden in Zukunft 350 Millionen Euro zur Verfügung stehen, um die Investitionskraft der Kommunen weiter zu stärken. Der Mindestbetrag bei durchschnittlicher Umlagekraft wird von 68.000 Euro um ein Drittel auf 90.000 Euro erhöht. Die Obergrenze liegt bei 130.500 Euro; dieser Mindestbetrag kommt Kommunen zugute, deren Umlagekraft je Einwohner unter 50 % des Landesdurchschnitts liegt. Diese Kommunen zu unterstützen ist uns ein sehr wichtiges Anliegen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Erika Görnitz (CSU): Ja.

(Georg Schmid (CSU): Er hat so lange geredet!)

- Eigentlich schon. Aber bitte.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Kollegin, ich habe drei Fragen. Erstens. Sie haben eingeräumt, dass es in Bayern durchaus Regionen gibt, in denen die Kommunen riesige Probleme haben. Worauf führen Sie das zurück? Kann es sein, dass die Struktur- und Regionalpolitik in den letzten Jahren und Jahrzehnten so manche offene Frage hinterlassen hat?

Zweite Frage: Wenn es um die Bedarfszuweisungen geht, würde mich schon interessieren, warum Sie, Frau Kollegin, dem Antrag der SPD-Fraktion, eingebracht in die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2012, auf Erhöhung von Bedarfszuweisungen abgelehnt haben, obwohl sie jetzt die Notwendigkeit von Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen betonen.

Drittens. Was sagen Sie den Bürgermeistern der Gemeinden aus dem Landkreis Wunsiedel, aber auch denen der anderen oberfränkischen Landkreise - ich glaube, es sind insgesamt fünf -, die sich an den Finanzminister gewandt haben, weil sie auch mit Stabilisierungshilfen und vielem anderen Drum und Dran die Zukunft ihrer Kommunen nicht mehr gewährleisten sehen, da der Schuldendienst so hoch ist? Für die strukturellen Probleme können diese Kommunen alle nichts. Was sagen Sie diesen Kommunen? Etwa das, was anscheinend aus dem Finanzministerium als Botschaft an diese Bürgermeister zurückging: "Wir erwarten, dass ihr uns für unseren tollen Finanzausgleich auf die Schulter klopft, anstatt uns immer zu kritisieren!"?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, das war eine Zwischenbemerkung in Form einer Zwischenfrage. Ich gebe jetzt Kollegin Görlitz wieder das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Das war eine sehr lange Frage; die hätte ich fast mitschreiben müssen, Herr Kollege. - Auch Sie wissen, dass morgen eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich stattfindet. Da werden sicherlich auch diese Fragen angesprochen und beantwortet werden. Ich möchte Sie einfach auf morgen vertrösten. Wir werden sicherlich interessante Dinge erfahren.

Zum anderen muss ich sagen: Bedarfszuweisungen haben bisher im Großen und Ganzen ausgereicht. Wenn es Stabilisierungshilfen gibt, dann gelten ganz andere Bedingungen. So wird verlangt, dass die Kommune einen Plan vorlegt, wie sie in den nächsten fünf Jahren die Finanzen in den Griff bekommen will. Das wird ein Geben und ein Nehmen sein, also Hilfe zur Selbsthilfe. Die Stabilisierungshilfen haben einen ganz eigenen Charakter.

Was die Konsolidierungshilfen angeht, so hat sich gezeigt, dass die Kommunen, wenn man sie unterstützt, durchaus bereit sind, wieder auf eigene Beine zu kommen. Ich bin insoweit ganz guter Dinge.

Es trifft zu, dass manche Kommune besonders stark von Abwanderung betroffen ist. Wir haben in Bayern aber immer noch eine bessere Situation als andere Länder. Unsere Hochschuleinrichtungen sind breit gestreut und auch in ländlichen Regionen vertreten. Das garantiert ein hohes Niveau an Arbeitsplätzen. Ich denke, dass wir auch dort die richtigen Entscheidungen getroffen haben.

Nichtsdestotrotz werden wir im Rahmen unseres kommunalen Finanzausgleichs noch viele Dinge anpacken können. Die Investitionspauschalen habe ich angesprochen; es wird eine deutliche Verbesserung für die Kommunen geben.

Beim Kraftfahrzeugsteuerverbund werden wir bei 51 % bleiben und den Anteil am Kompensationsbeitrag weitergeben. Beim kommunalen Straßenbau legen wir tüchtig drauf; der Ansatz wird um 30 Millionen Euro angehoben. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, ihre Straßen in ordentlichem Zustand zu halten und gegebenenfalls neu zu bauen. Beim Staatsstraßenbau sind es 220 Millionen Euro mehr; darauf wird Kollege Winter noch eingehen. Den Härtefonds, der in ganz besonders schwierigen Situationen einspringt, wird es weiterhin geben.

Der Härtefondsanteil der ÖPNV-Investitionen beträgt im Jahr 2013 67,3 Millionen Euro. Für Straßenbau und -unterhalt stehen 276 Millionen Euro oder 32 Millionen Euro mehr zur Verfügung als 2012. Für Infrastrukturmaßnahmen wenden wir wirklich eine gewaltige Summe auf.

Zur Krankenhausfinanzierung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, angesichts des hohen Bedarfs und der steigenden Bautätigkeit die bayerischen Kliniken zu unterstützen. Wir haben 70 Millionen Euro draufgelegt. Damit stehen 500 Millionen Euro zur Verfügung, um die Kliniken in Bayern wirklich auf den neuesten Stand zu bringen. Mit diesem Betrag können im nächsten Jahr zahlreiche Baumaßnahmen durchgeführt werden.

Den kommunalen Hochbau möchte ich ebenso ansprechen. Die Mittel dafür werden noch einmal um 30 Millionen Euro auf 376 Millionen Euro erhöht. Wir begrüßen es,

dass unsere Kommunen, unsere Bürgermeister Schulen, Kindergärten und Krippen bauen. Wir unterstützen das voll. Damit durch den Wegfall der Zweidrittelförderbeschränkung bei Kindertageseinrichtungen keine finanzielle Lücke entsteht, haben wir den entsprechenden Betrag noch einmal gewaltig heraufgesetzt. Damit unterstützen wir weiterhin die intensiven Bemühungen um die Erhaltung bzw. Schaffung guter Bildungseinrichtungen. Den Zuschussanteil für die Schülerbeförderung halten wir auf dem Niveau von 60 %; weitere vier Millionen Euro - insgesamt sind es 305 Millionen Euro - werden das sicherstellen.

Die Überweisungen an die Bezirke steigen um 20 Millionen Euro, obwohl sie durch die Übernahme von Kosten der Grundsicherung durch den Bund circa 55 Millionen Euro gewinnen und aufgrund der hohen Umlagekraft neun Prozent mehr Einnahmen erhalten werden. Dennoch haben wir, wie gesagt, noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt, um den Bezirken die Möglichkeit zu geben, die Umlagen zu senken. Das ist in den meisten Bezirken schon passiert. Für den oberbayerischen Bezirk weiß ich definitiv, dass die Bezirksumlage gesenkt wurde. Das sind positive Nachrichten.

An dieser Stelle darf ich feststellen: Der Freistaat Bayern steht zu seinen Kommunen und schafft es immer wieder, gute Voraussetzungen für ein gutes Miteinander zu schaffen. Ich freue mich auf die weiteren Beratungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Manfred Pointner von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Söder, ich möchte zunächst auf den Länderfinanzausgleich eingehen, den Sie angesprochen haben. Wir haben heuer im ersten Halbjahr mehrmals in diesem Hause über dieses Thema diskutiert. Das Thema wurde auch vor einem oder zwei Jahren schon einmal angesprochen. Herr Dr. Söder, Sie und der Ministerpräsi-

dent haben angekündigt, dass eine Klage erhoben wird. Davon hört man nichts mehr. Sie sprechen heute davon, dass hier unbedingt was passieren müsste. Wir haben das unterstützt, aber Sie haben bisher nichts getan. Wir halten den Finanzausgleich, wie er von Ihrer Vorgängerregierung ausgehandelt wurde, für ungerecht und erwarten, dass hier etwas passiert. Vielleicht können Sie eine Erklärung dazu abgeben, wie weit der Stand der Dinge ist, bevor wir weiter über dieses Thema diskutieren und nichts geschieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zum Doppelhaushalt 2013/2014. Was die Zahlen betrifft, ist dies ein Rekordhaushalt. Dieser war möglich, weil die Steuereinnahmen in den Jahren 2013 und 2014 voraussichtlich so hoch sein werden wie niemals zuvor. Wir gehen davon aus, dass die Steuerschätzungen, die bisher vorliegen, diese Richtung bestätigen werden. Diese Steuereinnahmen - das ist heute noch nicht konkret angeklungen - haben wir dem Fleiß und der Arbeit unserer Bürgerinnen und Bürger, der Innovationskraft unserer Unternehmen, aber auch den weitsichtigen Planungen in unseren Städten und Gemeinden zu verdanken; denn ohne Gewerbegebiete und ohne Erschließung wären keine Betriebsansiedlungen und keine Arbeitsplätze möglich. Man sollte nicht vergessen, dass in dieser Beziehung in unseren Gemeinden einiges geleistet wurde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Staatsregierung nutzt diese hohen Steuereinnahmen, um einen klassischen Wahlkampfhaushalt vorzulegen. Sie will mit diesem Doppelhaushalt zahlreiche Wünsche erfüllen und vor allem Versäumnisse der Vergangenheit bereinigen. Zudem verspricht sie eine Schuldentilgung bis zum Jahr 2030. Dies alles soll den Eindruck der Nachhaltigkeit und Solidität erwecken, ist aber gerade das Gegenteil. Vor den Wahlen wird nämlich das Geld, das die Steuerzahler erwirtschaftet haben, über das Land ausgeschüttet. Für die Zukunft werden haltlose Versprechungen gemacht. Eine nachhaltige und verlässliche Finanzierung, die bei Zuschüssen für Bau- und Unterhaltsmaßnahmen

men so entscheidend zum Gelingen beiträgt, hat es in dieser Legislaturperiode nicht gegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine Damen und Herren, dieses Versäumnis kann auch jetzt nicht mehr korrigiert werden. Stattdessen befeuert die Staatsregierung das ständige Wechselspiel zwischen Abfinanzierungsstaus und Sonderfinanzierungsprogrammen. Das ist keine vernünftige und schon gar keine nachhaltige Haushaltspolitik. Zwar erfüllt die Staatsregierung jetzt viele Forderungen, die wir FREIEN WÄHLER bereits zu Beginn der Legislatur erhoben haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für ein Jahr! Das Verfallsdatum steht schon drauf!)

- Für ein Jahr. Wir werden sehen, was nach dem Jahr 2013 kommen wird.

Hätte die Staatsregierung aber auf die FREIEN WÄHLER gehört, hätte sie sich diese durchschaubare Wahlkampfstrategie sparen können. Das gilt insbesondere für die Beamtenstellen in der Justiz und an den Finanzämtern, die jetzt wenigstens im Ansatz geschaffen werden. Auch hier würde eine vernünftige Politik und Personalplanung darin bestehen, kontinuierlich die benötigten Stellen zu schaffen und das Personal ordentlich zu behandeln, anstatt durch kurzfristige Wahlmanöver die Gewogenheit der Staatsbediensteten zu erkaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Diese Taktik wird von den Beschäftigten des Freistaats längst durchschaut, und sie wird Ihnen bei der Wahl auf die Füße fallen, insbesondere weil Sie mit der Neuregelung der Pensionsrückstellungen weitere Unsicherheit streuen. Sie haben ein vernünftiges, nachvollziehbares und vorausschauendes Konstrukt sang- und klanglos beerdigt.

Ich komme damit zu den konkreten Politikfeldern, zunächst zum kommunalen Finanzausgleich. Seit wir im Landtag sind, haben wir eine bessere Finanzausstattung der Kommunen gefordert. Beim Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund hat sich dadurch nach und nach eine Verbesserung für die Kommunen ergeben. Sie haben den Anteil auf jetzt 12,75 % angehoben, obwohl Sie bei der Ablehnung unserer Forderungen in den letzten Jahren ständig darauf hingewiesen haben, dass es den Kommunen sehr gut gehe und dass sie mehr als gut bedient seien. Diese 12,75 % sind ohne Zweifel ein Schritt in die richtige Richtung. Sie können aber noch nicht das Ende sein, weil die Finanzlage in manchen bayerischen Kommunen - nicht in allen - nach wie vor prekär ist. Frau Görlitz, Sie brauchen nur draußen herumzufahren und sich mit den Bürgermeistern zu unterhalten. Wir waren in Oberfranken. Was wir dort gehört haben, stimmt nicht mit Ihrer Aussage überein, dass es den Kommunen in Bayern prächtig geht.

Die Erhöhung der Investitionspauschale, die im Finanzausgleich vorgenommen wurde, und die Wiederauffüllung der Krankenhausfinanzierung haben die FREIEN WÄHLER in den letzten Jahren ebenfalls gefordert. Sie haben die Mittel für die Krankenhausfinanzierung gekürzt; jetzt haben Sie sie wieder aufgefüllt. Das Gleiche gilt für die Erhöhung des Sozialhilfeausgleichs bei den Bezirken. Auf den Finanzausgleich werde ich später noch zu sprechen kommen.

Sie haben in diesem Haushalt eine weitgehende Gleichbehandlung der kommunalen und kirchlichen Schulen mit den staatlichen Schulen eingeführt. Auch das haben wir in den vergangenen Jahren ständig gefordert. Weitere Beispiele für Forderungen der FREIEN WÄHLER, die Sie in der Vergangenheit immer abgelehnt haben und denen Sie jetzt nachkommen, sind die regionale Wirtschaftsförderung, der Staatsstraßenbau - allerdings nicht beim Bauunterhalt - und teilweise der Ausbau der Hochschulen sowie Bildungsmaßnahmen in der Jugendarbeit beim Sportstättenbau.

Beim Ausbau der Breitbandversorgung, einer der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in unserem ländlichen Raum, ist zumindest bei der Bereitstellung von Mitteln etwas

passiert. Allerdings fehlt immer noch, jedenfalls nach unserem heutigen Kenntnisstand, das Programm für die Verteilung dieser Mittel, sodass strukturschwache Gebiete bei diesem Thema nicht vorankommen. Zumindest hat Bad Staffelstein erreicht, dass das Kloster Banz mit Breitband versorgt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Somit konnte die CSU auf ihrer Klausurtagung von der digitalen Zukunft Bayerns schwärmen. Von dieser digitalen Zukunft können allerdings viele Gemeinden in Bayern nur träumen.

Sie haben endlich Ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zum kostenfreien Kindergartenjahr einigermaßen erfüllt. Bei der Umsetzung knirscht es noch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungsbank und den Regierungsfractionen, was ich gerade aufgeführt habe, klingt zunächst gut und schön. Das bedeutet aber nicht, dass wir die Hände zufrieden in den Schoß legen und diesen Doppelhaushalt freudig abnicken könnten. Der Haushaltsplan ist nicht nur da, um über das Land zu fahren und Geschenke zu verteilen, zum Beispiel den Konzertsaal in Nürnberg, den Ausbau der Festung Marienberg in Würzburg oder das Museum der Franken. Man kann darüber diskutieren; das ist überhaupt keine Frage. Man kann sich mit dem Thema beschäftigen. Aber nach meiner Meinung - ich denke, das müsste auch Ihre Meinung sein - müsste erst das Parlament über die Einstellung der Mittel entscheiden, bevor man sie verteilt.

Der Haushaltsplan ist das Werkzeug zur Verteilung der Mittel, die dem Staat vom Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden. Die Verteilung - darauf haben unsere Steuerzahler einen Anspruch - muss gerecht sein. Der Haushalt muss gegenüber den einzelnen Regionen in Bayern gerecht sein, gegenüber den strukturschwachen im Vergleich zu den starken Regionen. Er muss gegenüber den Menschen in Bayern, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht sein, gerecht gegenüber denen, denen es gut geht, und denen, denen es nicht so gut geht.

Der Staat muss auch gegenüber den Generationen gerecht sein, gegenüber der jetzigen Generation im Vergleich zu den nachfolgenden Generationen. Die Generationengerechtigkeit ist vor allem deshalb wichtig, weil wir durch den gigantischen Ressourcenverbrauch, den wir alle momentan verursachen, die Möglichkeiten und Chancen der nachfolgenden Generationen permanent einschränken. Es darf nicht sein, dass wir, nur damit es uns gut geht, Lasten in die Zukunft verschieben.

Zur Gerechtigkeit zwischen den Generationen gehört zweifelsfrei auch der Schuldenabbau. Allerdings halten wir nichts davon, wenn in der Haushaltsordnung steht, dass bis 2030 - das betrifft den allgemeinen Haushalt, also beispielsweise nicht die Landesbankgeschichte - die Schulden auf null zurückgeführt werden müssen.

Das Ziel ist richtig. Aber wenn es schon eine gesetzliche Regelung gibt, dann müsste es im Haushaltsgesetz entsprechende Vorschriften geben, die den Weg zum Ziel beschreiben und "Leitplanken" setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn bei den vorauszusehenden höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten alljährlich jeweils 500 Millionen Euro und Beträge in Höhe der eingesparten Zinsen getilgt werden, dann erscheint es nicht glaubwürdig, dass das Ziel der Schuldenfreiheit im Jahr 2030 ernsthaft verfolgt wird. Wenn man jedes Jahr 500 Millionen Euro und den Betrag der eingesparten Zinsen und Zinseszinsen tilgt, dann kommt man in den nächsten 17 Jahren - so viel Zeit haben wir noch bis 2030 - nur auf ungefähr die Hälfte des Schuldenstandes von zurzeit zwischen 20 und 22 Milliarden Euro.

(Zuruf von der CSU: Sie wissen aber nicht, wie sich das Zinsniveau entwickelt!)

- Wie sich die Zinsen entwickeln, kann keiner sagen. Ich gehe einmal von 3 % aus; das ist für den Staat sehr günstig gerechnet. Über den Zinssatz können wir nachher noch reden.

(Zuruf von der CSU: Aber die Rechnung stimmt doch nicht!)

- Ich war im Kopfrechnen gut. Die Rechnung stimmt doch. Sie brauchen es bloß nachzurechnen.

Alle Unwägbarkeiten, die die Zukunft bringen kann, sind natürlich nicht eingerechnet. Der ESM ist schon genannt worden. Die Bundesrepublik soll zunächst für 190 Milliarden Euro haften; das Wort "haften" muss man wohl in Anführungszeichen setzen. Wenn allerdings die Hebelung käme, die jetzt im Gespräch ist, besteht ein erheblich höheres Risiko, weil 190 Milliarden Euro vorrangig haften. Der Haftungsfall für die 190 Milliarden Euro kann viel schneller eintreten.

Bei der EZB wird ein weiteres Risiko geschaffen. Es wurde schon angesprochen. Dieses Risiko ist überhaupt nicht abschätzbar. Bei meiner Rechnung müsste man derartige Unwägbarkeiten mitberücksichtigen.

Ich komme zurück zur bayerischen Schuldentilgung. Ich möchte hier nicht missverstanden werden. Ich fordere nicht, dass ein höherer Betrag eingesetzt wird, es sei denn, die Steuerschätzungen im November oder das Jahresergebnis 2012 ergeben weitere Spielräume. Ich stelle nur fest, dass es höchst unglaublich ist, wenn Sie ein Ziel formulieren, es aber nicht konsequent verfolgen.

Wir fordern auch schon deshalb momentan keine höhere Tilgung, weil Ihr Haushaltsentwurf erhebliche Mängel hinsichtlich der vorhin genannten Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufweist.

Als Erstes darf ich Bildung und Erziehung nennen. Im Doppelhaushalt wird zwar Geld eingesetzt, um einiges zu verbessern, aber es bestehen nach wie vor erhebliche Defizite, die es verhindern, unseren Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit zu gewährleisten. Gerade auch in diesem Bereich sind wir als eines der im Ländervergleich reichsten Länder Deutschlands keineswegs im Spitzenfeld zu finden.

Bei Bildung und Ausbildung ist die Chancengleichheit zwischen Kindern, die aus sozial schwächeren Familien kommen, gegenüber den Kindern aus bessergestellten Fa-

milien nicht gegeben. Wir müssen schon bei den Kindertagesstätten ansetzen, wenn wir hier eine Verbesserung erreichen wollen. Auf jeden Fall brauchen wir eine Qualitätsverbesserung, um allen Kindern die gleichen Chancen für ihr Leben zu geben. Dies gilt vor allem - das wissen wir - für Kinder mit Migrationshintergrund und für Kinder mit Entwicklungsdefiziten.

Herr Ministerpräsident, es wäre besser und vernünftiger, das von Ihnen geforderte Betreuungsgeld für eine Verbesserung der Betreuungsqualität in den Kindertagesstätten einzusetzen, als es mit der Gießkanne über das Land zu verstreuen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwar wird das Betreuungsgeld aus Bundesmitteln gezahlt. Aber es dürfte keine große Schwierigkeit sein, die Mittel zur Verbesserung der Betreuung in den Kindertagesstätten über die Länder auf die Kommunen umzuschichten.

Den nächsten Handlungsbedarf sehen wir in den Schulen. Die Ganztagschulen müssen weiter ausgebaut werden, um vor allem zu erreichen, dass möglichst viele Schüler einen Abschluss erreichen und damit die Chance bekommen, eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Es darf nicht hingenommen werden, dass ein relativ hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler keinen Schulabschluss erhält und dann auch keine Berufsausbildung bekommen kann.

Ich bin immer wieder bei Verabschiedungen aus der Berufsschule oder bei der Freisprechung von Junghandwerkern dabei. Da beobachte ich, wie wenig Kinder mit Migrationshintergrund überhaupt die Abschlüsse erreichen.

Weiter nenne ich die Hochschulen. Wir fordern nach wie vor die Abschaffung der Studiengebühren. Bayern ist nun bald das letzte Land, das weiterhin Studiengebühren erhebt. Wir sehen hierin eine Ungerechtigkeit gegenüber unseren Studenten, aber auch eine Beeinträchtigung der Chancengleichheit. Denn Studiengebühren halten junge Leute immer wieder davon ab, ein Studium aufzunehmen.

Nun zu den Kommunen. Der Finanzausgleich funktioniert gut. Er kann aber sicher noch verbessert werden. Bevor ich auf Einzelheiten eingehe, möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident - er unterhält sich gerade, aber er kriegt es wohl schon mit -, nochmals eindringlich auffordern, alles zu tun, dass das versprochene Bundesleistungsgesetz endlich vorankommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben dies der Bundeskanzlerin im Rahmen der Verhandlungen über den Fiskalpakt abgerungen. Aber ich habe den Eindruck, dass in letzter Zeit nichts mehr vorangegangen ist. Angeblich hat man es auf die Zeit nach 2013 verschoben.

Fakt ist, dass die Steigerungen bei der Eingliederungshilfe, die hauptsächlich die Bezirke zu tragen haben, mehr oder weniger die zusätzlichen Finanzausgleichsleistungen auffressen, sodass die Kommunen, die über Umlagen den Bezirk finanzieren, unter dem Strich genauso oder noch schlechter dastehen als vorher.

Wenn vorher Vergleiche mit anderen Bundesländern angestellt worden sind, muss man natürlich auch die unterschiedlichen Strukturen sehen. Sozialleistungen werden in anderen Bundesländern zum Teil von den sogenannten Landschaftsverbänden erbracht. Dabei gibt es auch staatliche Gelder. Man muss somit alle Fakten einrechnen, die die Kommunen besserstellen.

Unabhängig vom Bundesleistungsgesetz sind nach wie vor Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich erforderlich. Die Kommunen fordern seit Langem eine Anhebung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 15 %. Wir wollen natürlich nicht sofort so weit gehen, aber wir denken, dass diese Angleichung nach und nach erfolgen sollte. Wie das Geld im Detail eingesetzt werden soll, muss dann natürlich verhandelt werden. Morgen haben wir auch eine Anhörung zum kommunalen Finanzausgleich.

Nach wie vor - das ist heute schon angesprochen worden - haben die Gemeinden, die von starker Abwanderung betroffen sind, erhebliche Probleme, ihre Haushalte auszugleichen. Zwar sind im Finanzausgleich 2013 die Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen auf 100 Millionen erhöht worden, aber über die Wirkung und Verteilung dieser Mittel besteht noch erhebliche Unsicherheit.

Nicht zufriedenstellend ist für die Kommunen nach wie vor der Zuschuss des Staates für die Schülerbeförderung und die Beteiligung der Kommunen an den Kompensationszahlungen des Bundes für die Kfz-Steuer. Sie haben zwar hervorgehoben, dass der Anteil an der Kfz-Steuer jetzt bei 51 % liegt und der Zuschuss zur Schülerbeförderung 60 % beträgt, aber ich muss doch immer wieder daran erinnern, dass der Zuschuss zur Schülerbeförderung ursprünglich bei 80 % lag und der Anteil an der Kfz-Steuer bei 65 %. Das haben Sie gekürzt und nie wieder angehoben.

Nachhaltiges Wirtschaften und die Lasten nicht in die Zukunft zu verschieben, bedeuten auch, sich rechtzeitig um das Vermögen des Staates zu kümmern. Das gilt insbesondere für den Bauunterhalt an staatlichen Straßen und Gebäuden. Der Rechnungshof stellt hier immer wieder erhebliche Mängel fest, die nur nach und nach ausgeglichen, aber nicht entscheidend verbessert werden. Im Ergebnis sind teure Sanierungen nötig oder, im Falle von Gebäuden, ein Abbruch und eventuell ein kostspieliger Neubau. Auch hier gibt es zwar etwas mehr Geld, das aber bei Weitem nicht ausreicht, um die Unterlassungen der Vergangenheit zu beheben. Gerade bei der jetzt guten Finanzsituation des Staates müsste ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass es der Staat mit der Substanzerhaltung seines Vermögens ernst meint.

Zusätzliche Mittel sind auch für die Energiewende notwendig. Ein ganz wichtiger Baustein der Energiewende ist die Energieeinsparung. Die energetische Sanierung staatlicher Gebäude und die Unterstützung der Sanierung kommunaler Gebäude müssen uns hier ein besonderes Anliegen sein. Gerade das Konjunkturpaket II hat gezeigt, dass hier erheblicher Handlungsbedarf besteht. Auch dafür sollten zusätzliche Mittel eingesetzt werden.

Beim Personal der Finanzämter - das wurde schon angesprochen - hat die Staatsregierung zwar nachgebessert. Allerdings sind mehr Stellen notwendig, um den dringenden Bedarf abzudecken. Die Ausbildung von Finanzanwärtlern muss noch verstärkt werden. Auch das ist eine Investition in die Zukunft; denn vom Rechnungshof wird immer wieder festgestellt, dass jeder Finanzbeamte, der zum Beispiel in der Prüfung tätig ist, ein Mehrfaches dessen für den Staat erbringt, als er selbst kostet.

Für die Justiz ist im Doppelhaushalt zwar eine Verbesserung zu sehen, aber der Bedarf ist noch nicht gedeckt. Ein funktionierendes Rechtswesen ist für unsere Wirtschaft ein wichtiger Standortfaktor, der uns gegenüber vielen Konkurrenten in der Welt Vorteile bringt. Bei den Rankings der besten Investitionsstandorte für internationale Unternehmen spielen Rechtssicherheit und ein Rechtswesen mit relativ kurzen Verfahrensdauern eine ganz wichtige Rolle.

Ein besonderes Kapitel sind der Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage. Sie wollen den Versorgungsfonds und die Rücklage aufheben und stattdessen einen Pensionsfonds einführen. Die Einzahlungsbeträge in diesen Fonds liegen aber weit unter denen, die für den Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage vorgesehen waren. Der Zweck des Versorgungsfonds und der Versorgungsrücklage, die zusätzlichen Belastungen für den Staatshaushalt aufzufangen, wenn ab Mitte 2020 die Zahl der Pensionisten erheblich ansteigen wird, kann mit diesem Pensionsfonds nicht erreicht werden; das ist jetzt schon absehbar, meine Damen und Herren. Das heißt, dass ab diesem Zeitpunkt auf den Staatshaushalt erhebliche zusätzliche Belastungen zukommen werden. Je nach finanzieller Lage, die wir jetzt noch nicht abschätzen können, wird es heftige Diskussionen darüber geben, ob die Pensionen für die Beamten gerechtfertigt sind oder ob die Beamten in dieser Zeit diese Pensionslasten durch entsprechende Kürzungen ihrer Beamtengehälter tragen sollen.

Zum Schluss darf ich noch auf die Einnahmenseite eingehen. Ein Thema, das ich immer gerne anspreche: Obwohl es angekündigt war, ist die Darlehensrückführung durch die Flughafen München GmbH an den Freistaat und an die anderen Gesell-

schafter - Letzteres können wir natürlich nicht in unserem Haushalt verbuchen - nicht vorgesehen. Auch das werden wir einfordern, wobei wir nicht eine bestimmte Zweckbindung vorschlagen, sondern diese Mittel für den allgemeinen Staatshaushalt vorsehen, aus dem sie schließlich gekommen sind. Dazu müsste nach unserer Auffassung die Flughafen München GmbH, nachdem es ihr ihren eigenen Angaben zufolge wirtschaftlich sehr gut geht, eine Gewinnausschüttung mindestens in der Höhe der dann eingesparten Zinsen an den Freistaat leisten. Das wäre ein bescheidener Ausgleich dafür, dass die Flughafen München GmbH einen Betrag von fast einer Milliarde an Zinsen eingespart hat, weil sie einen für einen Darlehensnehmer einmaligen Darlehensvertrag erhalten hat. Sie muss nämlich nur dann Zinsen für das Darlehen zahlen, wenn sie Gewinne macht.

Ich will noch kurz die Kapitalaufstockung des Flughafens Nürnberg ansprechen, die auch im Haushaltsplan enthalten ist. Diese Kapitalaufstockung wird aus dem Grundstock vorgenommen. Ich kann Ihnen prophezeien, dass das Grundstockvermögen, das eigentlich nicht angetastet werden soll, um diesen Betrag geschmälert wird, wenn die Konkurrenzfähigkeit des Flughafens Nürnberg nicht gestärkt wird. Der Ausbau des Flughafens München durch die dritte Startbahn ist zwar meines Erachtens vom Tisch, aber wenn die Staatsregierung dieses Ziel weiterhin langfristig verfolgt, werden sich die Fluggesellschaften in der Hoffnung, dass sie irgendwann einmal für Punkt-zu-Punkt-Verbindungen Slots bekommen, nicht anderen Flughäfen zuwenden, zum Beispiel Nürnberg, um die Urlauber in die Urlaubsgebiete - Antalya oder Mallorca - zu bringen.

Zuletzt möchte ich noch eine besondere Eigenart ansprechen, die mir aus anderen Haushalten nicht bekannt ist. Das ist das Spielgeld für die Abgeordneten, diese 40 Millionen, die im Haushalt ausgebracht worden sind. Es ist unglaublich, dass hier Beträge ohne eine bestimmte Zweckbindung ausgewiesen werden, damit jeder Abgeordnete - natürlich nur die Abgeordneten der Koalition - in seinem Stimmkreis den Wählern ein Wunschprojekt verkaufen kann. Wir werden natürlich versuchen, diese Mittel auch in

Anspruch zu nehmen. Wir werden dann sehen, ob es eine Art Gleichbehandlung der Abgeordneten gibt.

Zusammenfassend kann man sagen: Die Staatsregierung gibt das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen aus, ohne die richtigen und nachhaltigen Konzepte für die Zukunft Bayerns zu haben. Die Menschen im Freistaat dürfen nach dieser Politik nach Kassenlage nicht darauf vertrauen, dass diese Staatsregierung kontinuierlich an der Verbesserung ihrer Zukunftschancen arbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Pointner. Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Bayern steht gut da; daran gibt es keinen Zweifel. Man muss aber nicht besonders genau hinschauen, um die riesigen Berge an versteckten Schulden zu sehen, um zu sehen, dass die Staatsregierung keine Vorsorge für die Zukunft trifft, also auf Kosten unserer Kinder haushaltet, dass es die PR-Abteilung ist, die im Haushalt am besten funktioniert, und dass die Tilgung aller Schulden allein aus den Rücklagen passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss nicht besonders genau hinschauen, um zu erkennen, dass dieser Doppelhaushalt als reiner Wahlkampfhaushalt aufgestellt ist.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Man sieht, dass falsche bzw. keine Prioritäten gesetzt werden, und man sieht leicht, dass das Landesbankdebakel wieder einmal unter den Teppich gekehrt wird. Man sieht, dass der Schuldenabbau bis 2030 nichts weiter als ein prosaischer Satz im

Haushaltsgesetz ist; Kollege Volkmar Halbleib hat das schon angesprochen. Dieser Haushalt ist alles andere als nachhaltig und gerecht.

Ich könnte Sie allerdings zuerst einmal auch loben, weil sie in punkto Steuerverwaltung tatsächlich endlich einmal auf uns gehört haben.

(Beifall des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Bayern stellt im Zeitraum dieses Doppelhaushalts zwar Anwärter und Anwärtinnen für die Finanzverwaltung ein - wir haben das jahrzehntelang gefordert, und Finanzminister Söder hat uns GRÜNEN offenbar endlich zugehört -, aber das geschieht erstens viel zu spät.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und viel zu wenig!)

Zweitens ist es eine aufholende Entwicklung, wie man es in den Entwicklungsländern nennt, und außerdem geht diese Entwicklung in Bayern viel zu langsam und zu widerwillig voran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nämlich drittens noch sehr viel mehr Personal in der Steuerverwaltung. Bislang nehmen wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern wirklich in jedem Punkt den allerletzten Platz ein. Dabei will doch Bayern immer spitze sein.

Es sind immer noch viel zu wenige. Deshalb werden wir in den Beratungen zu diesem Doppelhaushalt mit unseren Anträgen weiter Druck machen. Denn Bayern kann mehr. Mantramäßig betonen wir, dass Beamte und Beamtinnen der Finanzämter den Staat nichts kosten, vielmehr bringen sie dem Staat ein Vielfaches dessen, was sie an Personalkosten verursachen.

Bayern hat bislang mit seiner Politik indirekt eine Standortpolitik und Wirtschaftsförderung betrieben, um Millionäre nach Bayern zu locken. Vielleicht gibt es ja jetzt ein Einsehen, wenn das auch wie immer viel zu spät kommt.

Ein anderes Beispiel sind die Krippen. Früher war es Teufelszeug.

(Volkmar Halbleib (SPD): Genauso war es!)

Auch hier hat Ihnen unser jahrelanger Druck geholfen, endlich die bayerische Wirklichkeit wenigstens ansatzweise wahrzunehmen, so, wie sie ist, und nicht, wie Sie sie gerne hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE können das eben besser.

Beispiel Atomkraft. Zunächst war Ihre unbedingte Haltung: Ohne Atomkraft würden Deutschland und Bayern als Industriestandorte zusammenbrechen. Dann, nach dem schrecklichen Gau in Fukushima, tat die CSU so, als ob sie die treibende Kraft beim Atomausstieg sei. Wenn der Anlass nicht so tragisch gewesen wäre, gäbe das viel Grund zur Erheiterung. Es ist eine geradezu bizarre Selbsteinschätzung; das zeigt sich, wenn man genauer hinsieht. Ihre Energiewende ist mehr Schein als Sein. Nein, es ist nicht nur mehr Schein als Sein, sondern der Schein ersetzt das Sein in Gänze.

Es ist schon darauf hingewiesen worden: Bayern braucht eine stärkere energetische Sanierung der staatlichen Gebäude. Ich sage, wir brauchen keinen neuen Straßenbau, sondern eine komplett andere Verkehrspolitik, um die Energiewende hinzubekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

All dies sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie spät und widerwillig die CSU akzeptiert, wo der Hase langläuft. Doch Bayern hat Besseres verdient; Bayern kann mehr. Wir wollen und werden Bayern nachhaltiger und gerechter gestalten. Wir wollen einen ehrlichen Haushalt. Transparenz und Wahrheit sind die Grundpfeiler eines jeden Haushalts. Dieser Haushalt ist alles andere als ehrlich, genauso wie Ihre Politik auf der großen Ebene auch. Wir haben uns lange anhören müssen, wie Sie Politik betrei-

ben; das scheint zum Markenzeichen der CSU zu werden. Wir nehmen die Euro-Rettungsmaßnahmen und das, was Sie dazu gesagt haben, als Beispiel. In Brüssel schreit die CSU - namentlich Herr Ferber - Hurra. In Berlin stimmen Sie alle bis auf ein paar wenige Rebellische unter Ihnen zu und hier in München müssen wir uns populistische, tumbe Sprüche anhören, und das nicht nur in Interviews im Sommerloch, sondern auch hier im Plenum, Herr Minister Söder!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Ihrer Rede gerade habe ich mir überlegt, ob der Haushaltsausschuss nicht bereits heute im Bierzelt ist und nicht erst morgen Abend, wozu Sie uns eingeladen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern hat nach Jahren tatsächlich wieder einmal rechtzeitig den Haushalt aufgestellt, nämlich bereits vor dem Jahr des Inkrafttretens. Dafür ein ganz dickes Lob an den neuen Finanzminister. Nachdem sein Vorgänger Fahrenschon offiziell zu den Sparkassen ging und dort Präsident geworden ist, ist Minister Söder bei all dem Hin und Her in der Nachfolgesuche zunächst nur eine Notlösung gewesen. Zumindest wirkte dieses Hin und Her so. Wenn man sich nun ansieht, wie der oberste Herr im Finanzministerium mit dem Geld der Steuerzahler umgeht, ist es tatsächlich eine Notlösung. Herr Söder nutzt das Finanzministerium als Ort, um sich selbst zu präsentieren. Es hat sich dort ein Imagewandel ohne Ende vollzogen. Sieht man sich die Webseiten an, findet man keine Zahlen, was man bei einem Haushalt eventuell erwarten könnte, sondern man sieht ein Foto von Minister Söder nach dem anderen: einmal mit Schwänen in einer Grotte, einmal hier, einmal dort.

(Alexander König (CSU): Nur kein falscher Neid! - Volkmar Halbleib (SPD): Eine Oase der Erholung!)

Es wirkt wie eine Werbeseite für eine Versicherung: statt dem netten Herrn Kaiser jetzt der nette Herr Söder. Das ist die neue Webseite des Finanzministeriums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit nicht genug. Nach den diversen Finanzempfängen, die unter einem Markus Söder neu eingeführt wurden - auch das eine Möglichkeit, sich zu produzieren und zu profilieren -, wird soeben einmal eine neue Titelgruppe in dem Haus im Einzelplan 06 eingeführt, um Orden und Nadeln zu verleihen. Genaues weiß man allerdings nicht.

Finanznadeln, überreicht von Minister Söder? Oder gibt es künftig den Orden für einen reuigen Steuersünder, der aus der Schweiz zurückkehrt? Werden damit vielleicht auch die Beamtinnen und Beamten entlohnt, die trotz des Personalmangels und der hohen Arbeitsdichte jahrzehntelang anständig bis sehr gut geprüft haben, wie es der Ländervergleich zeigt? Oder gibt es vielleicht sogar Unternehmen, die kommen und sagen: Hören Sie mal zu. Wir sind so und so lange nicht mehr geprüft worden, wollen aber Steuern zahlen, weil wir wissen, dass unsere Solidargemeinschaft genau davon lebt, dass wir Steuern zahlen, in Straßen investieren und auch genügend Lehrerinnen und Lehrer bezahlen müssen?

Solidarität ist das Stichwort für Ihr Wahlkampfgerassel. Was wollen Sie eigentlich, Herr Minister Söder und Sie, Herr Ministerpräsident Seehofer? Aus Europa und aus der Bundesrepublik aussteigen? Wird Bayern sich auf eine Insel verlagern oder wird Bayern dann zu einer einsamen Insel? Was glauben Sie, wer in der Welt, in Deutschland dann noch die bayerischen Autos kaufen wird? Bayern lebt doch von den Exporten und seinem Image. Das geht aber nicht mit Ihren tumben Sprüchen.

(Reserl Sem (CSU): Wenn Sie doch nicht alles kaputtreden wollten!)

Soweit denken Sie überhaupt nicht, weil Sie sowieso nur an das Wahljahr denken und an Ihre PR.

Auch wir GRÜNE wollen einen anderen Länderfinanzausgleich, aber es muss ein gerechterer für beide Seiten, für Nehmer- und Geberländer sein, einer, der Anreize schafft, tatsächlich Steuern zu erheben und auch in Bayern für Steuergerechtigkeit zu

sorgen. Hören Sie bitte mit Ihren tumben Sprüchen auf. Der Länderfinanzausgleich ist bescheuert, das stimmt. Aber erarbeiten Sie endlich ein Konzept, verhandeln Sie mit den anderen Bundesländern. Handeln Sie tatsächlich so, als ob wir in einer Solidargemeinschaft lebten. Kommen Sie nicht immer mit Ihrem dummen Wahlkampfgerassel daher und reden Sie nicht immer von Klagen, ohne dass überhaupt etwas da ist, geschweige denn eine Klageschrift existiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Public relations, das ist das, was gut in der bayerischen Haushaltspolitik funktioniert, spätestens seit Herr Söder der oberste Dienstherr im Finanzministerium ist. Da geht es mehr um Schein als um Sein. Der Posten für die Öffentlichkeitsarbeit ist in allen Einzelplänen gestiegen. Sein eigener Einzelplan ist jetzt im Wahljahr sogar um das Vierfache erhöht worden. Wer da Böses denkt!

Das, was wir in den Händen halten, ist ein Wahlkampfhaushalt. Die Ausgaben sollen um zwei Milliarden steigen. Das haben wir bereits gehört. Wenn man die Geschichte der Haushalte anschaut, sieht man: Das hat Tradition. Besser erkennt man es noch, wenn man die Ausgaben für die Investitionen ansieht. Der erste große Anstieg lag im Jahre 2002. Wir erinnern uns: Edmund Stoibers Kanzlerkandidatur stand bevor. Die Ausgaben sind damals auf knapp fünf Milliarden Euro gestiegen.

Dann kam die Landtagswahl 2003; damals stiegen die Ausgaben nochmals auf 5,1 Milliarden. Nun könnte man sagen, Ausgaben für Investitionen seien gut für unser Land. Aber warum fallen sie im Jahre 2004 dann rasant auf vier Milliarden zurück? Das ist durchsichtig. Die Ausgaben sinken dann weiter bis zur Landtagswahl im Jahre 2008. Zur Landtagswahl 2008 stiegen sie wieder an. Aber vielleicht sind sie nicht genügend gestiegen und vielleicht ist damit auch die Niederlage des damaligen Ministerpräsidenten aus Franken zu erklären. Also nicht die Dirndlverweigerung seiner Frau oder irgendwelche Zwei-Maß-Sprüche oder seine Herkunft, sondern einfach weil im

entsprechenden Haushalt nicht genügend Geld für den Wahlkampf, fürs Ausgeben bereitgestellt war, um Wohltaten im Land verbreiten zu können.

Für diese Wahl haben Sie nun gut vorgesorgt. Im Haushaltsjahr 2013 steigt das Investitionsvolumen massiv an. Wir liegen jetzt mit dem neuen Entwurf bei 5,7 Milliarden Euro. Die Staatsregierung setzt mit diesem Haushaltsentwurf auf Wachstum, Wachstum, Wachstum. Immer höher, weiter, schneller, ganz nach Ihrem Motto, Herr Minister Söder. Aber passen Sie auf, nicht zu hoch hinaus zu wollen, denn Sie könnten sonst möglicherweise wie Ikarus verbrennen. Bei Wikipedia ist zu lesen, der Ikarus-Mythos werde im Allgemeinen so gedeutet, dass Absturz und Tod des Übermütigen die Strafe der Götter für seinen unverschämten Griff nach der Sonne sind.

(Beifall bei den GRÜNEN - Volkmars Halbleib (SPD): Das war der Guttenberg!)

2013 passiert der Glaube an Wachstum, Wachstum, Wachstum, ohne Umstrukturierungsvorschläge in diesem Haushaltsentwurf, mit Geschenken unterm Arm und einem auch noch ausgeglichenen Haushalt. Im Jahre 2014 ist die Wahl vorbei. Der Haushalt wächst weiterhin um 1,5 Milliarden Euro. Allerdings wird dieser Haushalt bereits mit einem Finanzierungssaldo von 215 Millionen Euro veranschlagt. Das bedeutet, die Einnahmen decken nicht die Ausgaben. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: Die Staatsregierung, die Steuern ohne Ende einnimmt und posaunt, dass wir in 18 Jahren schuldenfrei sind, und sich als Oase der Stabilität verkauft, stellt nach der Wahl einen Haushalt auf, der einen Finanzierungssaldo aufweist.

Schauen wir uns einmal die Rücklagen an. Das ist bereits angesprochen worden. Diese schmelzen nicht wie das Eis in Zeiten des Klimawandels, sondern tatsächlich wie Speiseeis in der Sonne. Ende des Jahres 2011 betrug der Stand der Rücklagen 3,7 Milliarden Euro. Nach der Wahl beträgt der Stand der Rücklagen nach ihrer eigenen Haushaltsaufstellung 2,2 Milliarden Euro. Der Rücklagenstand wird im Jahre 2014 voraussichtlich 1,8 Milliarden Euro betragen. Konkret bedeutet das: Die Staatsregierung haushaltet auf Kosten unserer Kinder. Ich vermisse schon die Unruhe. Wie kann

man so etwas sagen? Wie kann man im Hinblick auf die Schuldentilgung davon sprechen, dass wir auf Kosten unserer Kinder haushalten? Sie tilgen jedoch auf Kosten der zukünftigen Generationen. Die Tilgung lässt sich gut verkaufen. Das ist eine bessere PR-Geschichte. Auf diese Weise wird man gerne und gut landauf und landab gefeiert, anders als wenn man zum Beispiel den Pensionsfonds anständig bedienen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert im Jahre 2030, wenn wir auch nach Ihren eigenen Berechnungen sechs bis sieben Milliarden Euro alleine an Pensionsverpflichtungen haben werden? In 18 Jahren müssen wir alleine für die Pensionen, nicht für die Beamten im Dienst, sechs bis sieben Milliarden Euro aufbringen. Was wird dann passieren? Mit einer Schuldenbremse, die zu diesem Zeitpunkt in Kraft treten wird, dürfen eigentlich keine Nettokredite aufgenommen werden. Das sind keine Umstände, die nicht vorhersehbar gewesen wären. Es handelt sich auch nicht um Notfälle. Lieber Herr Söder, Ihren Kindern wird nichts anderes übrig bleiben, als Kredite aufzunehmen, um die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand zu versorgen. Das ist allerdings nicht die ganze Wahrheit. Die ganze Wahrheit lautet: Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, so wie Sie haushalten und wirtschaften, müssen zwangsläufig die Pensionen gekürzt werden. Es wird nicht anders funktionieren. Diese Wahrheit sollten Sie Ihren Beamtinnen und Beamten einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wer heute einen Pensionsfonds auflöst - das machen Sie mit Ihrem Gesetzentwurf -, diesen vorgestern erst eingeführt und gestern bereits nicht mehr bedient hat, der muss seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Wahrheit sagen und ehrlich sein. Wenn man schon über Gerechtigkeit und Wahrheit redet, muss man dem einfachen Polizisten, der auf der Straße Schichtdienst leistet und Streife fährt, sagen: Wir werden uns deine Pension nicht leisten können. Denken Sie an die nachfolgenden Generatio-

nen und sorgen Sie einigermaßen für das, was die Beamten im Ruhestand kriegen werden. Lösen Sie den Pensionsfonds nicht auf, sondern lassen Sie ihn in voller Höhe weiterlaufen. Ziehen Sie Ihren Gesetzentwurf zur Auflösung des Fonds zurück. Haushalten Sie endlich wirklich generationengerecht und nicht nach kurzfristigen Show- bzw. PR-Effekten heischend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dieses Jahr tilgen Sie gut 500 Millionen Euro Schulden. Das nehmen Sie aus der Rücklage, um damit andere Verbindlichkeiten zu bedienen. Das ist ein Taschenspielertrick. Das muss man noch einmal betonen: Sie sparen gar nicht, ganz im Gegenteil. Der Haushalt wächst und wächst und wächst. Die Tilgung erfolgt auf Kosten der Rücklagen. Sie verfrühstücken unsere Rücklagen und sorgen trotzdem nicht nachhaltig und gerecht für die Zukunft vor. Bayern kann aber mehr. Bayern hat mehr verdient.

Sie tilgen Ihre Schulden auf Kosten der Vorsorge für die Beamten. Sie tilgen Schulden auf Kosten unserer Studierenden in Bayern. Bayern steht als vorletztes Land fast alleine da und hält starr an den Studiengebühren fest. Investieren Sie lieber in die Zukunft und tun Sie etwas dafür, dass der Abschluss eines Kindes auch in Bayern nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Um nachhaltig zu haushalten, muss der Haushalt umstrukturiert werden. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Das vermisst dieser Haushalt wie jeder Haushalt vorher.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Wir setzen ganz klare Prioritäten. Wir schichten im Haushalt zugunsten der Energiewende, der Inklusion und der Bildung um. Bildung heißt bei uns von ganz klein bis inklusive Studium. Deswegen sind wir für die Abschaffung der Studiengebühren und mehr Grundlagenforschung - nicht so viele kleine Geschenkchen, nicht so viele Mittel für irgendwelche Projekte, die aus dem Einzelplan 07 bedient werden und im Rahmen derer man im Jahre 2013 einen Spatenstich nach dem anderen setzen kann.

Sie setzen entweder keine oder die falschen Prioritäten. Wer profitiert denn von Ihrem angeblich kostenfreien Kindergartenjahr? Heute war es schon ein bisschen ehrlicher. Sonst ist es immer als kostenfreies Kindergartenjahr verkauft worden. Es ist eben nicht kostenfrei. Die Beiträge werden lediglich reduziert. Genau diejenigen, die sich die reduzierten Beträge leisten können, profitieren davon. Diejenigen, die wenig verdienen, bezahlen entweder gar nichts oder fast nichts für den Kindergarten.

Grundsätzlich wollen wir auch, dass die Vorschule kostenfrei ist. Selbstverständlich ist das unser Fernziel. Man muss mit dem Geld, das man hat, jedoch haushalten. Momentan müssen wir in die Qualität investieren, in einen anderen Stellenschlüssel. Und wir müssen es auch endlich schaffen, eine bessere Bezahlung und Anerkennung von Erzieherinnen und Erziehern hinzukriegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Und das ist für mich ganz klar, und sagen Sie nicht wieder: Das geht nicht. Nehmen Sie endlich das Geld von Ihrem Projekt "CSU-allein-Zuhause"; es ist definitiv so: Sie sind ganz allein auf weiter Flur - CSU allein zu Hause. Wirtschaftsverbände, katholische Verbände und alle sagen, dieses Betreuungsgeld ist widersinnig und setzt die falschen Anreize. Falsches wird dadurch nicht besser, dass man weiteren Kuhhandel betreibt. Nehmen Sie das Geld und geben Sie es den Fachkräften, die für unsere Kinder verantwortlich sind. In dieser Verantwortung müssen Sie endlich einmal entsprechend bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Johannes Hintersberger (CSU))

- Ich verstehe Sie nicht. Das ist wahrscheinlich auch besser.

Schuldenfrei im Jahre 2030 - das ist ihr leeres Schlagwort. Ein wichtiger Pfeiler ist dabei die Kosteneinsparung beim Personal. Wie soll das denn gehen? Personalabbau funktioniert nur mit Aufgabenkritik. Machen Sie das endlich. Sie ziehen wieder nach

Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes Personal ein und prüfen nicht, ob der Mensch gebraucht wird oder nicht. Das ist keine Personalpolitik, die Sie betreiben. Auch wir wollen einen schlanken Staat, aber nur, wenn es sinnvoll ist. Deswegen werden wir im Laufe der Doppelhaushaltsberatungen einen Antrag stellen, mit dem wir Sie auffordern, endlich Ihrer Aufgabe nachzukommen. Sie sollen prüfen, an welchen Stellen Personal benötigt wird, und dieses nicht einfach pauschal nach Artikel 6 b des Haushaltsgesetzes einkassieren. Wir werden auch wieder den Antrag stellen, dass der Landtag - -

Heute habe ich viel über das Selbstbewusstsein eines Parlaments lesen können. Wir werden mit unserem Antrag dazu auffordern, dass sich der Landtag endlich an seinen eigenen Beschluss halten soll, nämlich genügend Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Im Jahre 1999 hat dieses Hohe Haus das beschlossen. Es hat beschlossen, endlich mehr und genug Geld für den Bauunterhalt einzustellen. Mit dem letzten Doppelhaushalt ist das einkassiert, 20 % pauschal rasiert worden. Mit diesem Doppelhaushalt wird das nicht nachgeholt. Tun Sie dies endlich. Damit verkommen unsere Gebäude und unser Eigentum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auffällig ist, dass relativ viel Geld in den Bauunterhalt der Schlösser- und Seenverwaltung fließt. Dies würde ich grundsätzlich für gut befinden, wenn ich nicht vermuten müsste, dass dieses Geld für Fotoposier-Aktionen auf der Website des Finanzministeriums dienen soll. Aber egal, auch da sehen wir das Gute. Wir wollen unser Kulturerbe erhalten. Das ist die ureigenste Aufgabe des Staates. Die Priorität muss auf Erhalt und Sanierung und nicht auf Neubau, Neubau, Neubau gelegt werden. Sie können sich aussuchen, welche drei Projekte ich damit meine.

Das Absurdeste, was den Bauunterhalt anbelangt, werden wir diese Woche im Haushaltsausschuss beraten. Der Staat verkauft tatsächlich einen Turm für einen Euro an eine Gemeinde, weil dieser so baufällig ist, dass ihn niemand mehr betreten darf.

Warum ist der Turm so baufällig? Es ist kein Bauunterhalt angesetzt worden. Das ist wirklich unglaublich. Es ist noch nicht einmal geprüft worden, ob es weiterhin Staatsbedarf gibt oder nicht. Dieser Turm ist einfach so baufällig, dass der Staat ihn nicht mehr sanieren möchte. Deswegen drückt man ihn an eine Gemeinde für einen Euro ab. Jetzt ist ein Museum drin. Diese Geschichte zeigt, dass es uns auf lange Sicht auf die Füße fällt, wenn wir Gebäude nicht unterhalten. Diese versteckte Verschuldung kommt uns teurer. Das, was Sie tun, ist alles andere als nachhaltiges Haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis zu diesem Punkt ging es mir nur um die Ausgaben. Die Ausgaben, die der Staat tätigt, müssen sinnvoll sein und die Ausgaben, die der Staat macht, müssen sich auf Staatsaufgaben beziehen. Dort muss genau hingeschaut werden. Es sollten nicht merkwürdige Projekte gefördert werden, die in den Aufgabenbereich der Industrie fallen. Derartige Projekte sollten nicht wahlkampfbedingt in den Haushalt geschrieben werden.

In diesen Tagen wurde über den Armutsbericht diskutiert. Die Zahlen haben wir bereits vom Kollegen Halbleib gehört. Es ist eine Diskussion über die Einnahmenseite und darf bei einer Haushaltsdebatte auch nicht fehlen. Versuchen Sie bitte nicht wieder eine Steuersenkung ohne Gegenfinanzierung. Wir brauchen die Einnahmen, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Schließen Sie sich auf Bundesebene einer sinnvollen Bundesratsinitiative an, wie es die eines rot-grün-orange-geführten Bundeslandes ist, nämlich eine Vermögensabgabe einzuführen. Es schadet nicht, sich öfter einer sinnvollen Bundesratsinitiative - Stichwort Frauenquote - anzuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch hier werden Sie schon noch merken, wo der Hase langläuft. Es reicht nicht, nur das Jahr der Frauen auszurufen und das war es dann. Oder vielleicht ja eine ... naja, das lass' ich jetzt hier. - Nein, lieber nicht.

Es gibt viele Menschen mit Vermögen und Reichtum, die sich beteiligen wollen und die sagen: Wir wissen, dass der Staat Geld braucht. Sie wollen sich beteiligen, damit die öffentlichen Aufgaben erfüllt oder Schulden abgebaut werden können. Sie wollen sich aber nur dann beteiligen, wenn sie wissen, dass das Geld in richtigen und guten Händen ist.

Zum Schluss noch eine kleine Anekdote: Als ich in den Haushaltsausschuss nachgerückt bin, saßen wir am Frühstückstisch. Als ich darüber geredet habe, hat mich meine große Tochter ernsthaft gefragt: Musst du, wenn du in den Haushaltsausschuss gehst, da auch putzen? Erst mal hab ich natürlich geschmunzelt. Ich finde aber, sie hat tatsächlich gar nicht unrecht, weil dieser Haushalt, der Doppelhaushalt 2013/2014, viel Anlass zum Aufräumen und zum ordentlich Rauskehren gibt. Einmal mehr haben Sie den Haushalt nicht aufgeräumt, Sie haben nicht geputzt, sondern überall ein bisschen mehr draufgesattelt, überall noch ein bisschen mehr, damit im großen Wahljahr landauf, landab die Wohltaten verteilt werden können und ein Spatenstich nach dem anderen getan werden kann. Aber Bayern kann mehr, nämlich auch nachhaltig und gerecht haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin Stamm, auch für Ihre interessanten Einblicke in die Arbeit des Haushaltsausschusses. Als Nächster hat Herr Kollege Karsten Klein von der FDP das Wort.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über den Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014. Wir diskutieren über einen Entwurf. Dieser Entwurf, der hier vorgelegt wird, ist der erste mit einem echt ausgeglichenen Haushalt. Es darf uns alle mit Freude erfüllen, dass wir es geschafft haben, in dieser Legislaturperiode nicht nur ausgeglichene Haushalte, das heißt Haushalte ohne Neuverschuldung, vorzulegen, sondern auch, einen Haushalt in das Parlament einzubringen, der echt ausgeglichen ist. Es war nicht immer einfach,

den Geist in den Haushaltsverhaltungen aufrechtzuerhalten, der an die künftigen Generationen und eine solide Haushaltspolitik erinnert. Man darf an dieser Stelle durchaus sagen, dass die FDP einen direkten Anteil daran hatte, dass dieser Geist wach gehalten wurde.

(Beifall bei der FDP)

Der Rücklagenstand ist nach vor hoch. Wir werden am Ende dieses Doppelhaushalts immer noch Rücklagen und Reserven im Umfang von 2,3 Milliarden Euro haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gespeist aus der Landesbank!)

Wir kennen die vom Obersten Rechnungshof angestoßene Diskussion, wonach die vom Freistaat Bayern angehäuften Rücklagen zu hoch sein sollen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns für gute Zeiten wappnen und die Rücklagen hochhalten. Wichtig ist aber auch, mehr darüber hinaus zu tun. Sie werden in diesem Haushalt auch die Fortsetzung dessen finden, was in Bayern und Europa einzigartig ist, nämlich die Schuldentilgung. Wir tilgen auf der Grundlage dieses Haushalts nochmals über eine Milliarde Euro. Damit - das ist unser und mein erklärtes Ziel - werden wir am Ende der Verhandlungen soweit sein, dass wir die Rückzahlung dieser Schulden auf den Weg gebracht haben, nachdem wir 10 % Haushaltsschulden 2008 übernommen haben, nämlich 21,6 Milliarden Euro. Das ist ein großer Erfolg dieser Koalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Nichts macht die Unterschiede zwischen den Politikansätzen von Grün-Rot und Schwarz-Gelb deutlicher als Schuldenpolitik und Staatsverschuldung. Baden-Württemberg war eine Perle der deutschen Industriekultur, die eine schwarz-gelbe Regierung dort abgeben musste.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Halbleib zu?

Karsten Klein (FDP): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

In der Zeit mit den besten Steuereinnahmen bringt es Grün-Rot in Baden-Württemberg fertig, 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg zu bringen. Während in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro Neuverschuldung auf den Weg gebracht werden, tilgen wir in Bayern über 2 Milliarden Euro.

(Beifall bei der FDP - Volkmars Halbleib (SPD): 10 Milliarden habt ihr aufgenommen!)

Zwischen 3 Milliarden Euro Neuverschuldung in Baden-Württemberg bei Grün-Rot und 2 Milliarden Tilgung in Bayern - Schwarz-Gelb - liegen 5 Milliarden Euro. Das sind Welten in der politischen Kultur.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Strategie ist klar: Basierend auf einem ausgeglichenen Haushalt haben wir die Struktur des Haushalts klar vor Augen. Indem wir die Schulden tilgen und damit strukturelle Ausgaben zurückfahren, stärken wir die Investitionskraft und die Investitionsmöglichkeiten des Freistaats. Wir investieren in Bayern wie kein anderes Land in die Zukunft.

Das alles ist natürlich kein Selbstzweck. Mit diesen Investitionen stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern in Bezug auf die Unternehmen und die Arbeitsplätze. Diese Wettbewerbsfähigkeit ist ausschlaggebend für das, was Sie immer wieder negativ darstellen - Kollegin Stamm hat es gerade wieder getan -, nämlich das Wachstum. Ohne Wachstum ist der Erhalt des Wohlstands in diesem Land nicht möglich. Das ist es, was die Bürgerinnen und Bürger interessiert.

(Beifall bei der FDP)

Es geht um den Wohlstand, der hier über Jahrzehnte erarbeitet worden ist. Dafür leisten wir mit unserer Politik die Rahmenbedingungen und bilden ein solides Fundament.

Dieses Wachstum sorgt für Wohlstand und bildet die Grundlage für unser politisches Handeln, nämlich die Steuereinnahmen für den Freistaat zu sichern. Dabei schließt sich der Kreis. Sie stellen dabei fest, dass wir als einzige Kraft einen ganzheitlichen politischen Ansatz verfolgen, anstatt nur markante Schlagzeilen zu produzieren.

(Beifall bei der FDP)

Diese Erfolge, die ich gerade angeführt habe und die Ihnen vielleicht nicht schmecken, lassen sich messen. Wenn Sie auf die Internetseite des Steuerzahlerbundes in Bayern gehen, dann werden Sie dort eine Schuldenuhr sehen, die aktuell beim Zuwachs der Schulden eine Null aufweist. Das ist nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland einzigartig: eine Schuldenuhr, die nicht weiterläuft. Wenn der Steuerzahlerbund am Ende des Jahres noch die Milliarde abzieht, die wir getilgt haben, dann ist es das erste Mal, dass in einer solchen Größenordnung eine Schuldentilgung vorgenommen worden ist. Das ist sehr erfreulich und ein guter Tag für Bayern.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wie viel Zinsen sind bei der Landesbank aufgelaufen?)

Der Erfolg ist auch beim Finanzierungssaldo messbar. Der Finanzierungssaldo aus dem Regierungshandeln der FDP ist positiv. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal, und zwar nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland und Europa. Einen ausgeglichenen Haushalt und einen positiven Finanzierungssaldo werden Sie nirgends anders finden.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Politik hat die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen, den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger und die Handlungsfähigkeit der aktuell Regierenden und unserer Kollegen im Bayerischen Landtag im Blick. Das zeigt der Haushaltsentwurf 2013/2014. Er ist eine Etappe unseres politischen Handelns in der Regierungsarbeit, die sich noch einige Jahrzehnte hinziehen wird. Lassen Sie mich kurz an dieser Stelle

auf ein paar gemeinsame Erfolge dieser Koalition eingehen, die in diesem Haushaltsentwurf sichtbar werden. Ich finde, es ist gut, dass Sie an dieser Stelle äußerst nervös werden. Ich kann Ihnen nur zurufen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition: Ihre Nervosität ist berechtigt. Sie werden auch die nächsten zehn Jahre noch auf der Oppositionsbank sitzen.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich kurz einige FDP-Erfolge schildern. Zunächst möchte ich auf das Feld der Familienpolitik eingehen. Die Familien haben jegliche Unterstützung von uns verdient. Gerade die jungen Familien in Bayern sind es, die das Rückgrat unserer Leistungsträger bilden. Es ist deshalb richtig, dass wir mit diesem Haushalt, mit dem Nachtragshaushalt 2012 und dem Doppelhaushalt, den Startschuss für das kostenfreie letzte Kindergartenjahr geben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben lange dafür kämpfen müssen und viele Zahlen diskutiert. Ab 01.09.2012 gibt es im letzten Kindergartenjahr 50 Euro für die Familien und im nächsten Jahr, ab 01.09.2013, 100 Euro. Das ist ein guter Tag für die Familien in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte den Ausbau der Krippenplätze erwähnen, der hier schon oft genannt wurde. Wir haben eine beispiellose Aufholjagd mit dieser Staatsregierung aus CSU und FDP gestartet.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Sind wir im Jahr 2008 noch mit einer Mittelausstattung von 13 Millionen Euro gestartet, so liegen wir heute im Doppelhaushalt bei 436 Millionen Euro.

(Beifall bei der FDP)

Das sind Steigerungen von über 400 Millionen Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein wirklicher Kraftakt. Wem die Millionenzahlen zu schwer verständlich sind, für den will ich aufzeigen, wie sich die Betreuungsquote entwickelt hat. Die Betreuungsquote, die wir 2008 in der Koalition vorgefunden haben, lag bei 13 %. Wir werden, und das ist die klare Botschaft und die Leistung dieser Koalition, nach den Hochrechnungen am Ende des nächsten Jahres bei 38 % liegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, als sich die Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gemacht hat, die Betreuung der Kinder unter drei Jahren in die Hand zu nehmen, war man in der Bundesrepublik der Meinung, dass Bayern keinen Wert über 31 % erreichen werde. Wir erreichen aber nicht nur das bundesdeutsche Ziel, sondern wir liegen auch bei Weitem über diesem Ziel.

(Volkmar Halbleib (SPD): Durch die sozialdemokratischen Kommunen! Schauen Sie beispielsweise mal nach München!)

Wer jetzt noch glaubt, dass man für diese Leistung kein engagiertes und überzeugtes politisches Handeln benötigt, der weiß nicht, in welcher Welt wir leben.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben zum wiederholten Mal den Anstellungsschlüssel und damit die Betreuungsqualität in den Krippen- und Kindereinrichtungen verbessert. Wir haben die Ganztagsangebote mit diesem Haushaltsentwurf auf über 4.700 erhöht. Dafür werden wir noch einmal zusätzlich 427 Millionen Euro in die Hand nehmen. Das zeigt, dass der Weg, den diese Koalition aus FDP und CSU eingeschlagen hat, richtig ist. Wir sind nicht der Meinung, dass wir den Menschen und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern vorgeben, wie sie ihr persönliches und ihr gesellschaftliches Leben zu organisieren haben, sondern wir nehmen die Entwicklung in der Gesellschaft ernst, greifen die Probleme auf und transferieren sie in politisches Handeln. Das ist doch der Kraftakt dieser Koalition!

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Und was ist mit dem Betreuungsgeld?)

Wir Liberale sind da sicher unverdächtig. Ein weiterer sehr großer Erfolg ist im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftspolitik gelungen. Wenn man sich überlegt, dass wir in den letzten vier Jahren 53.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen haben, mit diesem Doppelhaushalt jetzt noch einmal 10.000, dann kann man sich vorstellen, was das für eine Leistung ist. Das ist der größte Anstieg aller Zeiten in Bayern. Zeigen Sie mir ein Bundesland, das mit Bayern vergleichbar wäre! Das schafft weder Nordrhein-Westfalen noch Baden-Württemberg. Kein anderes Bundesland hat diesen Kraftakt auch nur annähernd geleistet. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier ist Bayern mit seinem Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch und seinen Hochschulen spitze. Deshalb geht mein Dank an Wolfgang Heubisch, der heute nicht da sein kann, für diese hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Weil der früher angefangen hat!)

Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, das erwähnte ich schon. Es geht um die Arbeitsplätze hier in Bayern. Das darf man nicht vergessen. Dafür tun wir eine ganze Menge. Wir investieren erhebliche Mittel beispielsweise in den Technologietransfer, weil die Bürgerinnen und Bürger in Bayern von uns nicht nur eine Debatte über die Ängste beim Thema Globalisierung erwarten, sondern weil sie Antworten erwarten. Wir als FDP-Fraktion haben diese Antwort. Ein Teil der Antwort heißt: Wir machen den Unternehmen ein Angebot, damit sie mit der Hochschule vor Ort ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern, sich weiterentwickeln können. Wir machen dieses Angebot, und dafür setzen wir in diesem Doppelhaushalt noch einmal 200 Millionen Euro zusätzlich ein. Für die Forschungseinrichtungen, die mit dem Bund zusammen finanziert werden, stellen wir noch einmal 150 Millionen ein. Das macht insgesamt 350 Millionen Euro. Wir sprechen heute über den Staatshaushalt, da darf man schon einmal ein paar Zahlen nennen. Das haben einige vielleicht vergessen. Wir bringen also 350 Millionen Euro in diesem Bereich auf den Weg, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu unterstützen.

Wir sehen uns die Wettbewerbsfähigkeit auch an anderen Stellen an, beispielsweise im Hinblick auf den Breitbandausbau, der hier auch schon einmal erwähnt worden ist, allerdings vielleicht mit einer etwas falschen Bemerkung. Wir jedenfalls haben von Anfang an erkannt, dass es in Bayern Regionen gibt, in denen es Marktversagen beim Breitbandausbau und beim schnellen Internet geben wird. Wir haben von Anfang an verstanden, dass wir dafür ein Förderprogramm brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das brauchen wir, um das zu regeln, was an dieser Stelle der Markt nicht regeln kann. Es ist deshalb Martin Zeil zu danken, der engagiert ein Förderprogramm auf den Weg gebracht hat, mit dem wir Ende letzten Jahres eine Grundversorgung mit einem flächendeckenden Internetausbau realisieren konnten.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist wohl ein Wunschtraum! - Volkmar Halbleib

(SPD): Seit einem Jahr warten wir darauf!)

Wir verstärken diese Anstrengungen jetzt noch einmal mit über 400 Millionen Euro, um gerade in den Bereichen, in denen unsere einheimischen Gewerbe vor Ort sind, mit dem schnellen Internet eine Versorgung zu generieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Programme, die wir auf den Weg gebracht haben, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, sind in der Bundesrepublik Deutschland beispiellos.

Wir arbeiten auch in einem dritten Bereich, und zwar bei der Energiewende. In dieser Frage sind viele auf einem etwas schlingernden Kurs unterwegs. Es gibt bei der Energiewende eine klare Aufgabenteilung. Unsere Aufgabe ist es in erster Linie, Unterstützung bei der Energieforschung, bei der Speichertechnologie und bei der Technologieforschung zu leisten. Dafür geben wir jetzt allein 260 Millionen Euro aus. 140 Millionen Euro gehen allein in diesen Forschungsbereich. Wir arbeiten mit unserem Wirtschaftsminister Martin Zeil, dem ich an dieser Stelle auch recht herzlich danken will, an gesicherten, zukunftsfesten Rahmenbedingungen. Das ist richtige, engagierte Wirtschaftspolitik. Sie erleben Sie hier in Bayern seit vier Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Wir haben einen kommunalen Finanzausgleich auf Rekordniveau mit 7,7 Milliarden Euro. Damit manche Kollegen nicht wieder auf dem Weg der Fehlinterpretationen wandeln können: Das sind 21,3 % unserer prognostizierten Steuereinnahmen. Wir statten unsere Kommunen finanziell nicht schlechter als andere Bundesländer aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das könnte Bayern schon lange tun!)

Ich habe dieses Mal auch die Anfrage von Herrn Kollegen Rinderspacher dabei. Bevor hier wieder falsch zitiert wird, bitte ich Sie, auf Seite zwei zu sehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dort ist klar festgehalten, dass Bayerns Kommunen bei der Pro-Kopf-Verschuldung auf Platz zwei in der Bundesrepublik liegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nach Baden-Württemberg!)

Den bayerischen Kommunen geht es gut. Wir leisten einen erklecklichen Beitrag dafür, dass es den Kommunen gut geht. Diese Staatsregierung ist ein starker Partner der Kommunen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist wichtig, den Sachverhalt anzuerkennen, dass es in Regionen Bayerns schwache Kommunen gibt. Es gibt strukturell schwach aufgestellte Kommunen, die man unterstützen muss. Wir haben deshalb die Stabilisierungshilfen im aktuellen Entwurf noch einmal auf 100 Millionen Euro ausgeweitet.

Auch über den Personalbereich wurde schon einiges gesagt. Wir haben eine richtungsweisende Änderung vorgenommen. Wir haben die Versorgungsproblematik, die Versorgungsausgaben, die drückend auf uns zukommen, neu geordnet. Dazu haben wir den aktuellen Versorgungsfonds und die Versorgungsrücklage zusammengeführt und nicht aufgelöst, auch nicht geplündert, wie Frau Kollegin Stamm das hier skizziert hat,

sondern wir haben die Mittel zusammengelegt und damit erhalten. Wir nehmen keine Mittel heraus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Natürlich tun Sie das!)

Wir werden in den nächsten Jahren in diesen neuen Fonds je 100 Millionen Euro zusätzlich einlegen. Das Ganze basiert auch auf einem Konzept, denn wir werden damit ab 2023 in der Lage sein, Mittel aus diesem Fonds herauszunehmen, um die Versorgungsausgaben zu dämpfen. Ab 2030 werden wir, auch das haben wir festgelegt, die Milliarde nehmen, die wir nicht mehr für Zinszahlungen brauchen, weil wir bis dahin die Schulden getilgt haben - darauf haben wir uns verständigt -, um die Pensionen zu bezahlen. Damit stellen wir uns hinsichtlich der Generationengerechtigkeit besser als im jetzigen System, in dem im Saldo maximal 600 Millionen Euro aus dem Fonds in den Staatshaushalt geflossen wären. Schauen Sie sich die Zahlen an: 1 Milliarde Euro zu 600 Millionen Euro macht bei mir eine Verbesserung in der Generationengerechtigkeit von 400 Millionen Euro. Ich denke, das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Wir halten auch Wort, egal ob es um die Absenkung bei der Eingangsbesoldung geht, um die Wiederbesetzungssperre, die wir wieder auf drei Monate zurückführen, oder um die Wochenarbeitszeit, die auf 40 Stunden reduziert wird. Alles das, was wir angekündigt und gemeinsam entschieden haben, ist in diesem Haushalt niedergelegt und mit Finanzmitteln in nicht unerklecklichem Maße hinterlegt.

Es ist richtig, dass wir diese Botschaft aussenden: Wir sind ein starker Partner der Kommunen. Aber wir wissen auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamtinnen und Beamten ein wichtiger Teil des Freistaats Bayern sind; denn ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist nun einmal das Rückgrat der Staatsverwaltung.

Wenn das Ganze, was wir für die Wettbewerbsfähigkeit bisher investiert haben, noch untermauert werden muss, dann möchte ich Ihnen einmal einen kurzen Überblick über

die Programme geben. In Bezug auf die Programme, die wir neben den normalen Mitteln im Haushalt auf den Weg gebracht haben, gibt es kein anderes Bundesland in Deutschland, das neben seinem normalen Haushalt einen solchen Kraftakt auf den Weg bringt. Wir haben mit dem Programm "Aufbruch Bayern" 1 Milliarde Euro in die Zukunft investiert. Wir haben Programme im Bereich Energie, Bildung und ländlicher Raum auf den Weg gebracht, die schon jetzt insgesamt 2,1 Milliarden Euro betragen. Das sind insgesamt 3,3 Milliarden Euro neben den normalen Haushaltsausgaben, die wir in die Zukunft dieses Landes investieren. Das ist die Stärke und macht die Stärke Bayerns aus.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Auch diese Erfolge lassen sich wieder messen: Erstens. Die Investitionsquote, die 2008 bei 12 % und 2012 im Westdurchschnitt bei 9,9 % lag, werden wir mit 12,2 % im nächsten Jahr gegenüber 2008 nicht nur noch steigern; wir liegen auch noch immer weit über 2 % über dem Westdurchschnitt. Bei allem, was hier geredet und kritisiert wird, macht das deutlich: Wir sind an der Spitze, wenn es um Investitionen in die Zukunft geht; denn diese Investitionsquote ist ja nicht von uns erfunden worden.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der FDP: Wir sind überhaupt spitze!)

Ein Zweites, womit sich unsere Arbeit messen lässt: Die Deutsche Forschungstiftung hat vor Kurzem eine Erhebung gemacht, wie die Professoren und die Hochschulen die Entwicklung, die Veränderungen an den Hochschulen bewerten. Da liegt Bayern über den Zeitraum der letzten vier Jahre an der Spitze. Das macht noch einmal deutlich, wie erfolgreich die Wissenschaftspolitik in Bayern in den letzten Jahren war: Sie war auf diesem Feld in Deutschland spitze.

Ein Drittes, das ich an dieser Stelle noch erwähnen möchte, ist das Bundesländerranking, das von der Initiative "Neue Soziale Marktwirtschaft" erstellt wird. Natürlich haben wir dort Bestnoten beim Bestandsranking. Wir haben unter den Westländern aber auch Bestnoten beim Dynamikranking. Das sage ich gleich, nicht dass nachher

wieder falsche Interpretationen bei einigen auftauchen. Wir haben Bestnoten in beiden Bereichen. Das zeigt noch einmal, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt haben. Wem das noch nicht reicht, der sollte einmal das nachlesen, was dort festgehalten ist, nämlich dass Bayern am besten aus der Krise herausgekommen ist.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Jeder, der davon redet, dass die wirtschaftliche Situation in Bayern, das Wirtschaftswachstum, die guten Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit usw. von Gott gegeben sind, hier vorhanden waren und nicht durch die Rahmenbedingungen gesetzt worden sind, die wir in dieser Staatsregierung erreicht haben, der sollte sich einmal vor Augen führen: Wir sind aus der Krise am besten herausgekommen, weil wir die richtigen Rahmenbedingungen und die richtigen Akzente setzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von der FDP: Weil wir die richtige Politik gemacht haben!)

Dieser Haushalt ist nach den Haushalten, die wir in dieser Koalition schon eingebracht haben, noch einmal eine Steigerung. Wir werden jetzt die Einzelpläne im Haushaltsausschuss durchdiskutieren. Aber ich bin mir sicher, dass es so enden wird wie beim letzten Mal, nämlich dass wir kurz vor Weihnachten hier an diesem Redepult stehen und feststellen werden, dass Sie keine politische Alternative vorzuweisen haben, die besser für dieses Land wäre, als die Koalition aus CSU und FDP dies anzubieten hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf Sie bitten, für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib noch zur Verfügung zu stehen. - Bitte schön, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich weiß nicht, welche Pillen in der Fraktionssitzung ausgeteilt worden sind. Aber zum Versorgungsfonds würden mich die Zahlen schon einmal interessieren. Wir vergleichen das, was Sie jetzt auf den Weg bringen wollen, mit einem Feigenblatt. Schauen wir uns einmal hinsichtlich der Vorsorge, was die Beam-

tenpensionen betrifft, die Rechtslage an, die gegolten hat, als der Landtag in diese Legislaturperiode gestartet ist. Wenn Sie einmal das, was Sie vorhaben, mit dem vergleichen, was der Landtag hier in breiter Mehrheit beschlossen hat, dann muss ich sagen, dass der Unterschied in den nächsten Jahren dramatisch ist. Sie nehmen 2,8 Milliarden Euro an Ansparsumme aus dem Beschluss des Landtags heraus. Das, was Sie übrig lassen, ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Das wissen Sie selbst. Aber Sie sollten dann so ehrlich sein, das auch hier im Bayerischen Landtag einmal zuzugeben. Sie nehmen keine Vollzerschlagung vor, weil Sie das in der Öffentlichkeit nicht darstellen können, aber Sie zerschlagen die wesentliche Grundkonstruktion dessen, was der Bayerische Landtag auf den Weg gebracht hat. Das sind im Ergebnis knapp 3 Milliarden Euro. Das können Sie vergleichen, mit was Sie wollen.

Zweitens verstehe ich Ihre Position, dass Sie als FDP sich Fehler der CSU nicht anlasten lassen. Aber Sie sollten schon sagen, dass Sie, was die Schuldentilgung betrifft, von einer Legislaturperiode reden, in der wir zunächst einmal mit einer Nettoneuverschuldung von 10 Milliarden Euro konfrontiert sind. Auch das sollten Sie der Ehrlichkeit halber sagen, auch wenn Sie sich als FDP diesen Schuh nicht anziehen müssen. Das gestehe ich Ihnen durchaus zu.

Dann möchte ich noch etwas zu DSL sagen. Sie haben durchaus recht, dass die CSU in diesem Bereich wirklich versagt hat. Der Kollege Wirtschaftsminister Zeil hat das in der "Main-Post" sehr pointiert auf den Punkt gebracht:

Das

- also DSL -

haben meine Vorgänger schlicht verschlafen. ... Die CSU stand bei dem Thema Breitband lange Zeit auf der Bremse, da waren andere Bundesländer sehr viel schneller. Die CSU hatte vergessen, dass der Laptop auch einen Anschluss braucht.

Das ist richtig, aber seitdem hat sich unter Ihrer Verantwortung nichts geändert. Erst hatten Sie kein Geld, aber ein Förderprogramm. Jetzt haben Sie Geld, aber kein Förderprogramm, weil Sie nämlich auf die Notifizierung dieses Verfahrens warten. Das ist eigentlich der Skandal. Wir kommen in Bayern nicht voran, egal ob die CSU oder die FDP die Verantwortung hat.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Grundversorgung erledigt!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. - Bitte schön, Herr Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege, ich kann das mit dem Fonds jetzt gerne noch einmal sagen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir eine nachhaltigere Lösung gefunden haben als die, die bisher bestanden hat, indem wir nämlich weiterhin den zusammengelegten Fonds ansparen, damit wir ab 2023, also in dem Zeitraum, in dem wir noch Schulden tilgen, die Versorgungsausgaben dämpfen können. Ab 2030 haben wir dann einen neu strukturierten Haushalt, aus dem wir 1 Milliarde Euro Mittel frei haben, um sie für die Pensionslasten zu verwenden.

Noch einmal: Wir stellen uns in dieser Konzeption 400 Millionen Euro besser, und zwar in der Spitze.

(Volkmar Halbleib (SPD): Gegenüber was?)

- Gegenüber der Welt, in der wir uns jetzt befinden. - Aus dem Fonds und der Rücklage wären im Saldo maximal 600 Millionen Euro herausgekommen, weil man immer weiter angespart hätte. Wenn man diese 600 Millionen Euro mit einer Milliarde Euro vergleicht, dann macht das nach meiner Rechnung 400 Millionen Euro Differenz. Deshalb ist das die nachhaltigere Lösung.

(Beifall bei der FDP)

Zum Thema Neuverschuldung in Höhe von zehn Milliarden Euro: Es ist sicherlich richtig - dazu gab es einen Untersuchungsausschuss -, dass wir aufgrund des Fehlverhaltens von Verwaltungsräten unter anderem zehn Milliarden Euro in die Landesbank geben mussten. Aber das hat nicht diese Koalitionsregierung zu verantworten. Ich möchte in keiner Weise auch nur den Anschein erwecken, dass ich die Verantwortung dafür übernehmen will.

Zum Thema DSL kann ich Ihnen sagen, dass das, was Sie gesagt haben, falsch ist. Wir haben schon an Grundversorgung auf den Weg gebracht. Wir sind jetzt dabei, uns noch einmal strukturell zu verbessern. Die Prozesse in Brüssel - auch wenn das auf Ihrer Seite des Hauses immer schwierig ist, egal um welches Thema es geht - werden nicht durch die Bayerische Staatsregierung gelenkt, auch wenn der eine oder andere manchmal diesen Anschein erwecken möchte, sondern in Brüssel wird die Politik von anderen Leuten gelenkt und organisiert.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. - Dann kommen wir zum nächsten Redner. Der Kollege Winter hat für die CSU-Fraktion noch einmal um das Wort gebeten. Danach kommt Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Herr Kollege Winter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine verehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat sich die Mühe gemacht, in den Süden Deutschlands zu schauen, wo gerade die Haushaltsaufstellung stattfindet, und hat in einer Zusammenfassung, die sehr hilfreich ist, die wichtigsten Veränderungen herausgearbeitet. Ich möchte Ihnen vortragen, wie es aussieht, wenn man sich den Artikel vom vergangenen Freitag zu Gemüte führt.

2.200 Lehrerstellen werden nicht mehr besetzt.

(Zuruf von der FDP: In Baden-Württemberg, nicht wahr? - Eduard Nöth (CSU): Wo?)

Die Bezüge der Beamten der dritten und vierten Qualifikationsebene werden in den ersten drei Jahren dauerhaft um 4 % gekürzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habt ihr doch schon die ganze Zeit gemacht!)

Der kommunale Finanzausgleich für 2013 und 2014 wird jeweils um 600 Millionen Euro gekürzt.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das Landeserziehungsgeld, das überwiegend für sozial Schwache gewährt wurde, wird gestrichen.

(Eduard Nöth (CSU): Wo? In Baden-Württemberg?)

Das Verbot der Schuldenaufnahme steht nur in der Haushaltsordnung und wird mittels Haushaltsgesetz ausgehebelt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wie bei euch! Das habt ihr auch schon gemacht! Die haben von Bayern und von euch gelernt!)

Überschrift: "Liste der Grausamkeiten".

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sollten alle, ganz gleich ob Regierungsfraktion oder Opposition, froh sein, dass wir nicht in diesem Land leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Erblasten von CDU und FDP!)

- Wenn man der Opposition zuhört, hätte man fast meinen können, das sei für uns passend. Aber alle diese Punkte treffen nachweislich auf Bayern nicht zu. Deshalb versuche ich darauf einzugehen, wie es bei uns aussieht.

Da kann man nur sagen: Gott sei Dank nicht so wie in diesem grün-rot regierten Land. Allerdings - das möchte ich auch sagen -, ist es für uns als Schwaben schon eine Er-

nüchterung, lieber Herr Fraktionsvorsitzender, dass dieses Land, das über Jahrzehnte hinweg das wirtschaftsstärkste Land Deutschlands war, Baden-Württemberg, nun eine solche Regierung hat und den Bürgern eine solche Liste von Veränderungen - die "FAZ" nennt sie Grausamkeiten - heute mit dem Beschluss der Landesregierung vorgestellt wird.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- So ist es, Herr Ministerpräsident. Danke. Dies ist umso schlimmer, da sich die Bürger anstrengen.

Wie sieht es bei uns aus? Es ist auch das Anliegen der Opposition, dass wir uns heute mit Bayern befassen und streng am Haushalt orientieren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben uns am Finanzminister orientiert!)

Der Staatsminister hat Wichtiges getan: Er hat den Rahmen abgesteckt, der uns betrifft; denn wir leben ja nicht auf einer Insel, sondern wir leben in Deutschland, in Europa und letztlich in dem globalen Dorf dieser Erde. Deswegen war es wichtig, die Rahmenbedingungen zu bestimmen. Herr Kollege Halbleib hat sogar noch erläutert, was dies mit dem Export zu tun hat, was für uns wichtig ist. Insofern sind wir ganz nah bei-
einander.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Nun greife ich einmal die Ausführungen zu den Lehrern auf. Darüber haben wir uns ja schon in der Aktuellen Stunde intensiv auseinandergesetzt, Frau Will. Ich kann nur sagen: Die demografische Rendite des Doppelhaushalts 2013/2014 beträgt bei uns in Bayern 2.762 Stellen. Soweit sind wir uns noch einig; aber dann gehen die Meinungen oft schon auseinander. Im Gegensatz zu unseren Nachbarn unter der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs - dort werden 2.200 Lehrerstellen gestrichen - setzen wir dieses Volumen weitestgehend für Verbesserungen ein. Konkret: 1.082 Stel-

len werden durch den "Aufbruch Bayern" weiterfinanziert, und die kw-Vermerke werden gestrichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Des Weiteren werden 1.309 Stellen für die zusätzliche Verbesserung im Schulbereich geschaffen. Es wird ja noch eine Beratung dieses Haushalts geben, und am Ende, im Dezember, werden wir dann sehen, wie es insgesamt aussieht. Jetzt lässt sich schon sagen: Wir setzen diese demografische Rendite nahezu wieder ein, und sie kommt damit unseren Schülern und der Bildung in Bayern zugute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Winter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Georg Winter (CSU): Ich kann sie am Schluss beantworten, Herr Präsident.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Das machen wir so.

Georg Winter (CSU): Nun komme ich zu den Verbesserungen im Personalbereich. Dazu kann man nur sagen: Das ist schlichtweg gigantisch. Ich habe selber noch einmal nachgefragt, ob das Zahlen für die ganze Wahlperiode sind oder ob das alleine für den Doppelhaushalt gilt. Ja. Sie gelten ganz allein für den Doppelhaushalt 2013/2014:

Rückführung der Wochenarbeitszeit, 95 Millionen Euro; Stellenhebungen und zusätzliche Beförderungen, 62 Millionen Euro; Verkürzung der Wiederbesetzungssperre von zwölf auf drei Monate, 50 Millionen Euro; auslaufende Absenkung der Eingangsbesoldung - für die Ersten endet es bereits, weil wir, lieber Kollege Klein, auf 18 Monate befristet haben, zum 31. Oktober -; hierfür sind 30 Millionen Euro erforderlich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Grausamkeiten, die ihr schon hattet!)

- Wir sind eine große Familie. Wir reden jetzt von dieser Wahlperiode, von dieser Regierung und von dem, was aktuell stattfindet.

(Zurufe von den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Jetzt haben Sie wieder etwas dagegen, dass wir uns steigern, besser werden, die Ansätze anheben, mehr tun. Nun frage ich mich: Was sollen wir denn machen?

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): "Was müssen wir denn machen?")

Ihr fordert es Tag und Nacht, wir setzen es um, und dann ist es auch nicht recht und die Enttäuschung ist noch größer. Das ist ja schrecklich! Welche Lösungen gibt es denn?

(Ingrid Heckner (CSU): Sollen wir es so machen wie in Baden-Württemberg?)

- Anscheinend wäre das besser.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es lässt sich - anscheinend zur Unfreude - feststellen: deutliche Verbesserung bei der Personalausstattung in den Bereichen Schule, Polizei, Finanzämter. Sie wissen es aus den Haushaltsberatungen und dem Nachtrag 2012: 1.000 Azubis allein im Finanzamtsbereich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will es bloß einwerfen, aber zu fragen ist doch, welchen Sinn es macht, wenn wir mehr Finanzbeamte haben, mehr Steuern eintreiben und das dann beim Länderfinanzausgleich wieder 1 : 1 an die anderen Länder abgeben? Das ist doch der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das wissen wir doch!)

Darum stellt sich die Frage: Um wie viel sollen wir die Zahl der Finanzbeamten steigern, wenn das so frustrierend ist, weil das Geld schließlich nicht in unserer Kasse verbleibt?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das nur an dieser Stelle zum Länderfinanzausgleich. Vielleicht wird dadurch das Thema besser verstanden. Finanzminister Dr. Söder hat ganz klar gesagt: Bei diesem Thema gibt es bloß eines: mit Wowereit wandern oder eben mit Seehofer klagen.

Ich komme auf den Pensionsfonds zurück. Herr Kollege Klein hat es angesprochen und die Zwischenfrage beantwortet. Auch hierbei muss man doch die Unterschiede herausarbeiten. Wir zahlen jetzt 100 Millionen Euro jährlich. Nun kann man sagen, die Summe sei aber kleiner, als zunächst für zwei Fonds bis 2017 oder 2018 gedacht war; aber wir zahlen bis 2030, das heißt, wir haben eine viel längere Strecke. Das ist die eine Veränderung. Die zweite Veränderung - die Kolleginnen Goderbauer und Görlitz haben es schon gesagt - besteht darin, dass wir bis zu diesem Jahr 2030 die Schulden abbauen und dass damit Spielräume entstehen. Allein die geringeren Zinsaufwendungen - Herr Kollege Klein, das war auch immer Ihr Hinweis - bieten die Möglichkeit, dann mehr zu tun.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind doch alles Luftbuchungen, die ihr macht! Das wisst ihr doch!)

Das Interessante ist, dass die Betroffenen, der Beamtenbund und seine Mitglieder, nach einer ersten Überlegungsphase sehr schnell erkannt haben, dass es unterm Strich einfach wesentlich besser und mehr ist, wenn alle Schulden abgebaut werden und trotzdem 100 Millionen Euro jährlich bis 2030 eingezahlt werden. Deshalb wird dieser Weg auch breit akzeptiert.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Des Weiteren könnte man noch fragen: Wie könnte man es noch besser machen? Es gibt die politische Zusage, Frau Kollegin Heckner, dass der Tarifabschluss 2013 für die Beamtinnen und Beamten übernommen wird. Besser geht es nicht, denke ich.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Das hätte man in der Vergangenheit auch machen können!)

Herr Kollege Halbleib, nun kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich. In Baden-Württemberg wird er um 600 Millionen Euro gekürzt. In Bayern wird er im gleichen Zeitraum um 400 Millionen Euro erhöht. Das heißt, bei der Art und Weise, wie man die Kommunen unterstützt, besteht zwischen Baden-Württemberg und Bayern nun ein Unterschied von exakt einer Milliarde Euro. Das ist ein konkretes Beispiel.

Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen: Morgen wollen wir uns in der Anhörung mit dem kommunalen Finanzausgleich befassen. Unser Ziel ist, dass wir diesen Ausgleich weiter verbessern, verfeinern und - dieses Wort höre ich immer öfter - auch gerechter gestalten. Der Herr Finanzminister hat bereits einige Punkte erwähnt, die heuer gelungen sind, um das Ziel einer gerechteren Gestaltung und feineren Justierung des Finanzausgleichs zu erreichen. Eine wichtige Botschaft war es auch, Herr Finanzminister und Herr Ministerpräsident, dass wir 100 Millionen Euro für Stabilisierungshilfen einsetzen, um die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen in Bayern auszugleichen. 100 Millionen Euro setzen wir dafür 2013 ein.

(Volkmar Halbleib (SPD): 7 Milliarden Euro!)

Sie werden sehen, dass wir Wege finden werden, um dieses Ziel zu erreichen.

Ein weiteres Thema, das aktuell aus unterschiedlichen Gründen wieder auf der Tagesordnung steht, möchte ich ansprechen: Familie und Kinder. Eine Nachricht freute uns sicher nicht so sehr: Die Geburtenrate in Deutschland ist 2011 wieder leicht gesunken. Sie ist auf 1,36 Kinder je Frau zurückgegangen. Bisher haben wir noch nicht das Ei des Kolumbus entdeckt, wie wir dazu beitragen können, dass wir wieder mehr Kinder

haben und dass die Geburtenrate nicht weiter absinkt. Trotzdem kann man nur sagen: Jede Leistung, die dazu dient, die Geburtenrate wieder zu verbessern, ist gut und richtig. Darum ist es auch richtig, dass Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Regierung im Bundesrat und als Partner in der Koalitionsregierung in Berlin alles tun, um weitere Verbesserungen zu erreichen. Das Patentrezept kennt keiner. Nichts zu tun, ist der allerschlechtesten Ansatz.

Was tun wir in Bayern ganz konkret? Wir wollen, dass die Kinder in Bayern ein Zuhause haben. Wir wollen die Kinderbetreuung verbessern. Unsere Maßnahmen sind im Gegensatz zu der Kritik, die Sie vorgetragen haben, alles andere als ein Strohfeder. Wir tun viel. Baden-Württemberg schafft das Landeserziehungsgeld ab. Bayern - -

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): - behält es bei! - Claudia Stamm (GRÜNE): Sie wollten doch in Bayern bleiben, haben Sie gerade gesagt!)

- Wir bleiben in Bayern, und deswegen freuen wir uns, dass für das Landeserziehungsgeld 83 Millionen Euro ausgegeben werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist die größte Leistung eines Landes in Deutschland, die für Kinder erbracht wird.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Auch für bedürftige Kinder!)

- So ist es. Sie sagen es, Herr Ministerpräsident. 40 % der bayerischen Familien profitieren vom Landeserziehungsgeld. Damit erreichen wir die, die es wirklich brauchen. Das sei an dieser Stelle auch gesagt, weil immer wieder versucht wird, das Gegenteil darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Wir als Volkspartei kümmern uns um die, die diese Unterstützung tatsächlich gut brauchen können.

Ein weiteres Ziel sind kleinere Gruppen und mehr Qualität in den Kindertagesstätten. Deswegen haben wir den Personalschlüssel auf 11,0 verbessert. Auch das kostet Geld. Darüber hinaus gab es die Anregung - darüber haben wir uns mit dem Koalitionspartner verständigt -, dass die Kindergartengebühr heuer um 600 Euro und nächstes Jahr noch einmal um die gleiche Summe abgesenkt wird; das sind 1.200 Euro pro Eltern und Jahr. Damit haben wir die Chance, dass für das dritte Kindergartenjahr keine Gebühren mehr erhoben werden müssen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt, zur Investitionskostenförderung. Die Zahl der Krippenplätze hat sich nahezu vervierfacht. Es sind mittlerweile 93.000. Wir sind sicher, dass wir das gesetzlich vorgegebene Ziel erreichen werden. Die Investitionsmittel betragen einschließlich des Bundesanteils schon heute 1 Milliarde Euro. Wenn wir über Ausgaben reden, fragen wir oft, wie es mit 1 Milliarde Euro wäre, damit unsere Forderung gut herüber kommt. Bei den Kinderkrippen haben wir diese eine Milliarde bereits erreicht. Bei der Betriebskostenförderung steigen die Ausgaben an. Wir sind jetzt schon bei 1 Milliarde. 2014 werden wir 1,2 Milliarden erreicht haben.

Ein Drittes möchte ich noch sagen: Auch im kommunalen Finanzausgleich konnten wir für die Kinder und die Bildung Wichtiges tun. Wir haben bei den Verhandlungen mit den Spitzenverbänden dafür gesorgt, dass die Kindergärten künftig nicht mehr nur zu zwei Dritteln gefördert werden, sondern dass das gesamte Volumen zu 100 % förderfähig ist. Auch damit ist eine wichtige Verbesserung für die Kindergärten erreicht. In einem ganz kurzen Zeitraum, zwischen 2011 und 2013, ist es gelungen, die Ausgaben für Schulen und Kindergärten im kommunalen Finanzausgleich um 50 %, nämlich von 250 Millionen Euro auf 375 Millionen Euro im Jahr 2013 zu steigern. Mit 50 % mehr unterstützen wir diesen wichtigen Aufgabenbereich Bildung und Kindergärten.

(Beifall bei der CSU)

Eine wichtige Botschaft muss immer wieder betont werden, damit nichts Falsches verbreitet wird. Auch nach Auslaufen des Programms für die Kinderkrippenförderung werden wir diese Einrichtungen in Bayern weiter unterstützen. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Verschuldung. Dazu haben wir von den FREIEN WÄHLERN gehört, dass der Abbau richtig ist, dass er aber noch schneller vorangehen muss. Die anderen glauben es nicht. Dazu kann man nur Folgendes festhalten. Im Januar hat der Ministerpräsident das Ziel des Schuldenabbaus ausgerufen und dafür Zustimmung auf breiter Front bekommen. Die Menschen haben gesagt, das ist richtig. Gefragt wurde aber auch, ob wir das schaffen, ob machbar ist, was da verkündet wurde. Jetzt im September ist diese Ankündigung neun Monate alt. Wie weit sind wir gekommen? Gefragt wurde, ob mit dem Schuldenabbau schon begonnen wurde. Eine Milliarde Euro ist tatsächlich bereits getilgt. Eine weitere Milliarde steht im Doppelhaushalt 2013/2014. Herr Kollege Pointner, Sie haben es angesprochen. Wenn es die Steuerschätzung im November zulässt, werden die Staatsregierung und die Regierungskoalition den Schuldenabbau weiter beschleunigen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr. Ihre Redezeit ist schon überschritten. Die Schuldentilgung findet schon außerhalb der Redezeit statt.

Georg Winter (CSU): Entschuldigung, Herr Präsident. Dann kann ich nur sagen: Der Schuldenabbau ist noch - -

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sie bekommen aber einen Nachschlag, wenn Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm zulassen. Wenn Sie es geschickt machen, bringen Sie den Rest Ihrer Rede in der Antwort unter.

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, Sie haben mich zwar ein bisschen zu früh gestoppt, aber machen wir es so.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann machen wir es so. Frau Kollegin Stamm, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Kollege Winter, zunächst möchte ich einen gemeinsamen Punkt ansprechen, den ich auch schon in meiner Rede erwähnt habe. Der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Darin, glaube ich, sind wir uns alle einig. Allerdings haben Sie - nicht Sie persönlich, sondern die CSU und namentlich Herr Seehofer - über den Länderfinanzausgleich in Berlin verhandelt. Herr Seehofer hat sich dann auch in Bayern dafür feiern lassen, wie toll er ist.

(Thomas Hacker (FDP): Das haben wir schon einmal gehört!)

Hören Sie deshalb endlich auf mit Ihrem tumben Wahlkampfgerassel und Ihren Klageandrohungen und legen Sie ein Konzept vor. Wir wollen auch Steuergerechtigkeit in Nehmer- und Geberländern. Das geht aber nur mit einem sinnvollen Konzept für den Länderfinanzausgleich.

Mit den Wohltaten, die Sie für die bayerischen Beamtinnen und Beamten verkündet haben, haben Sie indirekt die Liste der Grausamkeiten der Mehrheit in diesem Landtag manifestiert. Alles das, was vorher genommen wurde, und zwar nicht zu Recht genommen wurde - die Steuermehreinnahmen sind nämlich schon im letzten Doppelhaushalt geflossen -, geben Sie jetzt wieder zurück. Sie haben eben aufgezählt, was alles - welch Wunder! - im Wahljahr 2013 zurückgegeben werden soll. Teilweise ist schon vorherzusehen, wie. Die Eingangsbesoldung soll wieder angehoben werden und auch die 42-Stunden-Woche soll im Wahljahr 2013 zurückgenommen werden.

Ganz kurz zum Pensionsfonds. Darüber ist heute schon oft diskutiert worden. Ich habe es immer noch nicht verstanden, dass es mehr und besser ist, wenn man nur

100 Millionen einzahlt, obwohl man eigentlich 240 Millionen einzahlen müsse. Vielleicht verstehe ich es noch im Laufe der Beratungen des Doppelhaushalts.

(Thomas Hacker (FDP): Wir erklären es noch ein paarmal!)

Zum letzten Punkt. Schon beim letzten Doppelhaushalt haben Sie sich gerne an der Regierung in Nordrhein-Westfalen oder anderen rot-grünen oder grün-roten Regierungen abgearbeitet. Die Stellen, die in Baden-Württemberg gestrichen werden müssen, waren unter Ministerpräsident Mappus nicht etatisiert. Vielleicht haben Sie vorher nicht zugehört. In Baden-Württemberg kommen auf einen Lehrer 14,1 Schülerinnen und Schüler. In Bayern ist das Verhältnis dagegen 1 : 16. Trotz der Streichungen haben wir in Baden-Württemberg immer noch ein besseres Verhältnis.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. - Herr Kollege Winter, jetzt haben Sie zwei Minuten.

Georg Winter (CSU): Das ist aber wenig, Herr Präsident. Es waren vier Fragen in einer; deshalb müssten es eigentlich acht Minuten sein.

Die Statistik der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zur Schüler-Lehrer-Relation für Grundschulen zeigt auf, dass sie in Baden-Württemberg 18,2 beträgt und in Bayern mit 17,9 Schülern pro Lehrer besser ist. Das ist eindeutig so.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Zweite: Wir haben aufgehört, uns mit den Nordländern zu vergleichen, weil das zu einfach wäre. Deswegen haben wir uns entschieden, uns einer größeren Herausforderung zu stellen. Ich kann nur sagen: Ein noch besseres Bundesland als Baden-Württemberg können wir Ihnen nicht mehr übergeben. Bayern wollen wir nicht abgeben. Baden-Württemberg ist nach Bayern das beste Bundesland, aber selbst dort kriegt ihr es nicht hin. Auch das muss man hier eindeutig feststellen.

(Beifall bei der CSU)

Was den Länderfinanzausgleich angeht, so ist klar: Wir sind solidarisch und helfen. Jetzt nenne ich eine Summe, die vielleicht auch Sie von der Opposition überzeugt: In dieser Wahlperiode zahlt der Freistaat Bayern in den Finanzausgleich einschließlich Umsatzsteuervorwegabzug 26 Milliarden Euro ein. Jetzt sagen Sie mir bitte, welches Problem in einem Haushalt dieser Legislaturperiode größer ist als 26 Milliarden Euro? Das ist die Herausforderung. Angesichts dessen muss man sagen: Das ist aus dem Ruder gelaufen. Das System stimmt nicht mehr. Es muss angepasst werden. Das ist unser Anliegen.

Sie von der Opposition müssen sich entscheiden, ob Sie für Bayern, für die Interessen der bayerischen Bürger sind oder ob Sie anderes im Blick haben, etwa die Hauptstadt zu fördern bzw. zu stützen. Letzteres ist in Amerika eine Aufgabe des Bundes. Andere Länder müssen sich beteiligen. Es kann jedenfalls nicht nur die Aufgabe Bayerns sein. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Von diesem Haushalt geht eine weitere wichtige Botschaft aus - Kollege Halbleib, ich sage das, weil das Thema immer wieder hochkam -: Die Bank wird den Haushalt 2013/2014 nicht belasten. Das konnten wir, anders als beim Länderfinanzausgleich, ohne Klage erreichen. Wenn wir Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellen, erkennen wir, dass - so der Plan - 235 Millionen Euro mehr in der Kasse sind. Ich wiederhole die Nachricht: Die Bank belastet den Haushalt nicht. Es sind 235 Millionen Euro mehr Einnahmen.

Herr Finanzminister, für diesen schwierigen Job ganz herzlichen Dank!

Ich schließe mit Uli Hoeneß, der am Sonntagabend bei "Günther Jauch" gesagt hat: "Wir leben im Paradies", und mit Peter Löscher, der in Banz erklärte: "Selbst wenn der Export aus Deutschland zurückgeht, lebt Bayern immer noch auf einer Insel der Seligen."

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollten die Grundlagen eines Haushaltsplans sein. Herr Kollege Winter, mit Ihren Ausführungen vorhin haben Sie nicht dazu beigetragen.

Die Studie, die Sie zu dem Lehrer-Schüler-Verhältnis in Baden-Württemberg zitiert haben, betrifft lediglich die Situation an den Grundschulen.

(Zuruf von der CSU: Was heißt denn hier "lediglich"?)

Wenn man den gesamten Bildungshaushalt zugrunde legt, stellt man fest, dass derzeit in Baden-Württemberg trotz Rücknahme der nicht etatisierten Stellen eine bessere Lehrer-Schüler-Relation besteht als in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlichkeit, Transparenz, Klarheit - das sollte auch die Grundlage des Finanzausgleichs sein. In diesem Sinne wünschte ich mir, dass auf Ihrer Homepage, Herr Finanzminister, nicht nur die beschönigenden Darstellungen aus Ihrem Hause zu sehen wären, sondern auch das Tableau des kommunalen Finanzausgleichs, wie er sich in Wirklichkeit darstellt.

Wie ist die Situation? Wir haben vorhin gehört, alle möglichen Töpfe seien erhöht worden. Fakt ist, dass der kommunale Finanzausgleich um zwei Prozent erhöht wird - das war es.

All die Töpfe, die Sie vorhin aufgeführt haben - hören Sie zu, Herr Kollege! -, beispielsweise die Stabilisierungshilfen oder die Erhöhung der Ansätze für die Bezirke, die Schulen und die Krankenhäuser -, werden direkt aus den den Kommunen zustehen-

den Mitteln des Finanzausgleichs refinanziert, das heißt, aus Mitteln des kommunalen Steuerverbundes entnommen. "Linke Tasche, rechte Tasche" hat Kollege Mütze vorhin zu Recht dazwischengerufen. Zu versuchen, mit solchen Taschenspielertricks das Wahlvolk zu verblödeln, ist wirklich ärgerlich.

So geht es weiter. Wenn man sich die Zahlen anschaut, sieht man, dass sich die Schlüsselmasse trotz erhöhter Steuereinnahmen lediglich um 108 Millionen Euro erhöhen wird. Diese Schlüsselmasse soll nun etwas anders verteilt werden. Die kleinen Gemeinden sollen mehr bekommen. Es ist zu begrüßen, wenn kleine Gemeinden, insbesondere solche in schwierigen Regionen, mehr bekommen. Erste Modellrechnungen haben aber ergeben, dass von der beabsichtigten Verteilung durchaus auch Kommunen im Speckgürtel der Zentren profitieren. Das andere ist: Wo Gewinner sind, sind auch Verlierer. Der wesentliche Teil der Erhöhung für die kleinen Gemeinden wird natürlich nicht aus der Summe von 108 Millionen Euro gestemmt, sondern geht zulasten anderer Kommunen. Es wird nicht die Stadt München betreffen, die ohnehin keine Schlüsselzuweisungen bekommt, sondern andere Kommunen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Unser Anliegen ist - deswegen bitten wir Sie um Zustimmung zu unserem Antrag "Mehr Transparenz im FAG" -, dass Modellrechnungen angestellt werden, um festzustellen, wie sich die Veränderungen an den Stellschrauben für die Kommunen in Bayern tatsächlich auswirken. Wahrscheinlich liegen diese Modellberechnungen längst in Ihren Ministerien vor. Halten Sie sie nicht geheim, sondern veröffentlichen Sie sie! Schaffen Sie Transparenz, schaffen Sie Klarheit! Bevor an Stellschrauben gedreht wird, müssen die Auswirkungen dargestellt werden.

Wir wollen die Verbesserung der Situation aller Kommunen mit Strukturproblemen. Der Finanzausgleich muss in Zukunft gerechter sein. Das Grundproblem, dass ein Drittel der bayerischen Kommunen seinen Investitionsbedarf nicht erwirtschaften kann, muss endlich gelöst werden.

Zudem warten wir immer noch auf das versprochene Eingliederungsgesetz, das heißt, auf Ihre Initiativen auf Bundesebene. Diese haben wir noch nicht gesehen.

Wir gehen ferner davon aus, dass in Zukunft auch andere Belastungen, die in den Kommunen unterschiedlich stark zu Buche schlagen, im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Insofern freuen wir uns auf die morgige Anhörung und erwarten neue Erkenntnisse. Wir hoffen auf einen zukünftig transparenteren und klareren Umgang mit dem Finanzausgleich. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass der Gesetzentwurf zur Änderung des kommunalen Finanzausgleich, wie er mit der Drucksachenummer 16/13464 vorliegt, nicht beschlossen wird, bevor die morgige Anhörung ausgewertet worden ist und bevor die Modellrechnungen zu den Auswirkungen der vorgeschlagenen Änderungen vorgelegt worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Kamm. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Der Herr Staatsminister der Finanzen hat das Wort zu einer zusammenfassenden Stellungnahme. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, nur ganz kurz; denn das meiste wurde schon ausführlich und auf, wie ich fand, gute Weise von den Kollegen Winter und Klein angesprochen, denen ich für die Beiträge, die sie heute gebracht haben, noch einmal herzlich danken möchte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der gesamten Debatte nach elementaren Schwachstellen gesucht. Ehrlich gesagt: Ich habe keine gefunden. Allerdings habe ich viele persönliche Angriffe gehört: "Lügner!", "Plump!", "Dumm!" und

Ähnliches mehr. Ich verstehe, was Wahlkampf bedeutet, und bin dort selbst ein leidenschaftlicher Kämpfer. Aber man muss auch vor Wahlen aufpassen, dass man nicht verbissen oder verbittert wirkt. Ich glaube, persönliche Angriffe sind kein fairer Stil. Argumente müssen das Hohe Haus beherrschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Ich möchte nur wenige Punkte zum Thema Schulden ansprechen. Es ist schon beeindruckend, was hier gesagt worden ist. Bayern ist - das zeigt auch ein Blick in die Geschichte - das einzige Land, das Schulden in einer solchen Höhe tilgt. Wir tilgen in diesem Jahr eine Milliarde Euro - reell. Wir werden im nächsten Doppelhaushalt eine Milliarde Euro tilgen; das ist zumindest unser Vorschlag. Im Finanzplan, der so wichtig ist und der vorhin oft zitiert wurde, wenn es um andere Themen ging, gehen wir genauso vor. Dann wird tatsächlich versucht, den Eindruck zu erwecken, wir würden an dieser Stelle täuschen. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir täuschen nicht, wir tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem wird der Eindruck erweckt, es gehe hin und her. Man kann nur mit den Mitteln tilgen, die man erwirtschaftet. Wir haben eine Tilgungsoption, weil wir Überschüsse haben und durch eine solide Haushaltspolitik dafür sorgen, dass diese Überschüsse nicht verfrühstückt werden. Warum können wir tilgen, und warum haben wir so hohe Rücklagen? Weil wir nicht das ganze Geld ausgeben. Allein die Forderungen der Opposition zum Nachtragshaushalt 2012 und zum Doppelhaushalt 2011/2012 belaufen sich insgesamt auf mehr als zwei Milliarden Euro. Sie werfen uns vor, zu wenig Rücklagen zu haben. Ich kann nur sagen: Wer selber fordert, alles zu verfrühstücken, kann anderen keine Vorschriften machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Argument der verdeckten Schulden entspringt einer faszinierenden Denkweise. Schulden sind das, wofür man Zinsen zahlt. Wir haben einige solcher Schulden aufgehäuft, wenn auch weniger als andere. Es gibt jedoch keine verdeckten Schulden. Es gibt Verbindlichkeiten, die wir erfüllen müssen. Dazu gehören übrigens auch die Gehälter der Parlamentarier. Keiner käme auf die Idee zu sagen, weil wir uns gebunden haben, in jedem Monat Gehälter auszuzahlen, haben wir doch Schulden. Ganz im Gegenteil.

Sie erwecken den Eindruck, wir würden etwas gegen unsere Beamten tun. Das ist geradezu absurd. Sie waren doch beim Bayerischen Beamtenbund dabei. Sie haben gehört, was uns die Vertreter des Beamtenbunds gesagt haben. Sie haben auch gehört, was die Gewerkschaften gesagt haben. Alle haben uns bestätigt, dass der Weg, den wir in Bayern gehen, deutschlandweit ein einzigartiger Weg ist. Wenn wir jetzt einen Pensionsfonds anlegen würden, hätten wir am Ende auch eine Milliarde, die wir so durch eingesparte Zinsen haben. Was wäre es für eine Vorsorge, wenn Zinsen für alte Schulden gezahlt und immer wieder neue Belastungen generiert werden müssten? Wir tilgen und ersparen uns die Zinsen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben erklärt, wir wären auch beim Thema Kommunen nicht gut. Georg Winter war ein sehr brillanter und fachkundiger Architekt des kommunalen Finanzausgleichs. Wir haben drei widerstreitende kommunale Spitzenverbände. Am Tag vorher schien eine Einigung zwischen dem Gemeindetag und dem Städtetag nicht möglich. Am Ende ist es uns gelungen, einen Reformweg zu finden, bei dem fast alle bessergestellt sind. Die Schwachstellen bei der Gerechtigkeit, die öffentlich benannt wurden, wurden abgeschwächt und aufgehoben. Wir hören damit nicht auf, sondern gehen auf diesem Weg weiter. Im Wesentlichen gibt es aus der Sicht der kommunalen Spitzenverbände nur eine Kommune, die zu viel bekommt, nämlich die Landeshauptstadt. Wenn Sie hier bereit sind, Kürzungen vorzunehmen, können wir darüber reden. Wir haben einen guten Finanzausgleich gemacht, der auch gelobt wurde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Euro: Bei diesem Thema ist Streit in Ordnung. Man sollte diesem Thema aber nicht generell ausweichen und sagen, jeder, der die Sorgen der Bürger aufnimmt, sei plump, dumm oder schaue aufs Bierzelt. Der Bundesbankpräsident ist kein Bierzeltredner. Das Ifo-Institut ist nie durch plumpe Aussagen aufgefallen. Viele Wirtschaftler und Mittelstandsverbände sagen dasselbe. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie 70 bis 80 % der Bayern ignorieren, Wirtschaftswissenschaftler ausblenden und den Bundesbankpräsidenten verhöhnen, brauchen Sie sich nicht wundern, wenn Sie auch in Zukunft in der Opposition bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Frau Stamm hat vom Putzen und vom Haushalt gesprochen. Ich finde, dies ist ein Haushalt, der sich sehen lassen kann. Da muss nichts aufgeräumt werden. Das ist ein echter Meister-Propert-Haushalt, der einzigartig in Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich schlage gemäß der Geschäftsordnung vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Ich sehe, dass damit Einverständnis besteht. Dann ist das so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Ministerpräsidenten und Staatskanzlei**

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Mannfred Pointner**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. in Kap. 02 03 (Allgemeine Bewilligungen) der Titel 681 03 „Preis des Ministerpräsidenten für kulturelle Projekte im Ehrenamt“ neue geschaffen und in 2013 und 2014 mit jeweils 30.000,--€ dotiert wird.
2. bei Kap. 02 05 (Bayerische Medienförderung) Tit. 893 01 (Zuschüsse für Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen von Einrichtungen im Medienbereich) der Ansatz für 2013
von 208.400,--€
um 10.000,-- €
auf 218.400,--€
erhöht wird.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit der Änderung in den vorstehenden Nummern ist der Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodel u.a. CSU, Thomas Hacker, Prof. Dr. Georg Barfuß, Dr. Annette Bulfon u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Kosten für Orden und Ehrenzeichen (Kap. 02 03 Tit. 540 01) Drs. 16/14898 erledigt.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Erstellung eines Masterplans zur Energiewende (Kap. 02 02 neuer Tit.) Drs. 16/13806
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat (Kap. 02 03 Tit. 526 13) Drs. 16/13820
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22) Drs. 16/13810
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22) Drs. 16/13821
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21) Drs. 16/13807

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
der repräsentativen Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
und der Kosten für Orden und Ehrenzeichen
(Kap. 02 03 Tit. 540 01)
Drs. 16/13811
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 16/13822
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 16/13823
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Mannfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 16/13808
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 16/13824
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen statt Unterhaltung teurer Repräsentanzen
(Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 16/13812
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wertevermittlung statt Werte-PR!
(Kap. 02 03 Tit. 526 54 und 533 54)
Drs. 16/13813
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für den Wertekongress
(Kap. 02 03 Tit. 533 54)
Drs. 16/13825
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Weniger Preisverleihungen
(Kap. 02 04 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 02 05 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 15 05)
Drs. 16/13814
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung lokaler Fernsehangebote
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 16/13809
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Dauersubventionierung der Anbieter privater lokaler Fernsehprogramme!
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 16/13815
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bedarfsgerechte Förderung der Medien-Messen
(Kap. 02 05 Tit. 685 01)
Drs. 16/13816
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 02 05 Tit. 686 07; Kap. 05 02)
Drs. 16/13817

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele
(Kap. 02 05 Tit. 892 02; Kap. 15 05)
Drs. 16/13818
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mediennetzwerk Bayern
(Kap. 02 05 TG 55)
Drs. 16/13819

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 02 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 02 in seiner 182. Sitzung am 10. Oktober 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

I. Beschlussempfehlung:

Z u s t i m m u n g

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter:

Hans Herold

Mitberichterstatter:

Volkmar Halbleib

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 11 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 11 in seiner 184. Sitzung am 18. Oktober 2012 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Berichterstatter: **Martin Bachhuber**
Mitberichterstatter: **Volkmar Halbleib**

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Zuschüsse an die Fraktionen (Kap. 01 01 Tit. 684 01)
Drs. 16/14624
wird zur **Ablehnung** empfohlen.

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 01 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 01 in seiner 191. Sitzung am 15. November 2012 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des
Bayerischen Staatsministeriums des Innern
- Staatsbauverwaltung –**

Berichterstatter: **Josef Miller**
Mitberichterstatter: **Markus Reichhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 64 (Wohnraumförderung)
Tit. 863 69 (Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung nach dem Landesrecht zur Wohnraumförderung aus Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen des Freistaates Bayern nach dem Gesetz über die Verwendung von Rückflüssen) wird der Ansatz der Verpflichtungsermächtigungen in 2013 und 2014

von	120.000.000,-- €
um	5.000.000,-- €
auf	125.000.000,-- €

erhöht.

Von der Verpflichtungsermächtigung 2013 werden fällig frühestens in den Jahren

2014:	50.000.000,-- €
2015:	50.000.000,-- €
2016:	25.000.000,-- €

Von der Verpflichtungsermächtigung 2014 werden fällig frühestens in den Jahren

2015:	50.000.000,-- €
2016:	50.000.000,-- €
2017:	25.000.000,-- €

2. Bei Kap. 03 65 (Städtebauförderung)
Tit. 883 82 (Zuschüsse des Landes an Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen des Bayer. Städtebauförderungsprogramms und für sonstige städtebauliche Maßnahmen) wird der Ansatz der Verpflichtungsermächtigungen in 2013 und 2014

von	38.000.000,-- €
um	10.000.000,-- €
auf	48.000.000,-- €

erhöht.

Von der Verpflichtungsermächtigung 2013 werden fällig frühestens in den Jahren

2014:	9.600.000,-- €
2015:	12.000.000,-- €
2016:	12.000.000,-- €
2017:	7.200.000,-- €
2018:	7.200.000,-- €

Von den Verpflichtungsermächtigungen 2014 werden fällig frühestens in den Jahren

2015:	9.600.000,-- €
2016:	12.000.000,-- €
2017:	12.000.000,-- €
2018:	7.200.000,-- €
2019:	7.200.000,-- €

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 63, 03 75 und 03 80 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Darlehen des Landes für die Wohnraumförderung - Erhöhung des Bewilligungsrahmens (Kap. 03 64 Tit. 863 69)
Drs. 16/14459

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Bayer. Städtebauförderungsprogramm Erhöhung des Bewilligungsrahmens (Kap. 03 65 Tit. 883 82) Drs. 16/14460

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Erhöhung der Mittel für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude (Kap. 03 63 Tit. 701 48) Drs. 16/14237
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude (Kap. 03 63 Tit. 701 48) Drs. 16/14254
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Deutliche Erhöhung der Ausgaben für energetische Sanierung staatlicher Gebäude aller Einzelpläne (Kap. 03 63 TG 75 - 76) Drs. 16/14358
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Wohnraumförderung (Rahmen für neue Bewilligungen) (Kap. 03 64 Tit. 863 69, 863 66) Drs. 16/14255
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Förderung der Schaffung von Studentenwohnheimen (Kap. 03 64 Tit. 894 78) Drs. 16/14238
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Aufstockung des Programms "Soziale Stadt" (Kap. 03 65 Tit. 883 63) Drs. 16/14359
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau (Kap. 03 65 Tit. 883 82) Drs. 16/14239
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Landesmittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen (Kap. 03 65 TG 81 - 90) Drs. 16/14256
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Staatliche Bauämter: Kürzung des Personalsolls (Kap. 03 80 Tit. 422 01 und 428 01) Drs. 16/14360
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00) Drs. 16/14361
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Staatsstraßenbau (Kap. 03 80 Tit. 750 00) Drs. 16/14240
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Mehr Mittel für den Bau von Radwegen (Kap. 03 80 Tit. 770 06) Drs. 16/14362

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen - Planung und Bauleitung für Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 16/14257
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Staatliche Bauämter: Kürzung der Vergabe von Ingenieurleistungen, Fachplanungen und Entwurfsbearbeitung an Staatsstraßen
(Kap. 03 80 Tit. 773 71)
Drs. 16/14363

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 B wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 B in seiner 188. Sitzung am 08. November 2012 und 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 03 B

Staatsministerium des Innern
- Staatsbauverwaltung -

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-2	Erstattung des Bundesanteils am Wohngeld nach dem	A	68.000,0	66.000,0	A	66.500,0	64.500,0
233	Wohngeldgesetz	B	-2.000,0		B	-2.000,0	
	<i>Vermerk unverändert.</i>						
	Gesamteinnahmen	A	74.101,0	72.101,0	A	66.510,0	64.510,0
		B	-2.000,0		B	-2.000,0	
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
681 01-7	Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz -Mietzuschuss-	A	136.000,0	132.000,0	A	133.000,0	129.000,0
233	<i>Vermerk unverändert.</i>	B	-4.000,0		B	-4.000,0	
	Gesamtausgaben	A	165.462,0	161.462,0	A	155.283,0	151.283,0
		B	-4.000,0		B	-4.000,0	

03 63

Allgemeine Bewilligungen

Erläuterungen

Zu 03 63/231 01

Weniger 2.000,0 Tsd. € infolge der voraussichtlichen Einnahmen.

Zu 03 63/681 01

Weniger 4.000,0 Tsd. € infolge des voraussichtlichen Bedarfs.

03 63 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	10,0	10,0	A	10,0	10,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	68.000,0	66.000,0	A	66.500,0	64.500,0
		B	-2.000,0		B	-2.000,0	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	6.091,0	6.091,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	74.101,0	72.101,0	A	66.510,0	64.510,0
		B	-2.000,0		B	-2.000,0	
	Personalausgaben	A	183,0	183,0	A	124,0	124,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	575,0	575,0	A	567,0	567,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	137.597,0	133.597,0	A	134.592,0	130.592,0
		B	-4.000,0		B	-4.000,0	
	Baumaßnahmen	A	20.000,0	20.000,0	A	20.000,0	20.000,0
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	7.107,0	7.107,0	A	0,0	-
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	165.462,0	161.462,0	A	155.283,0	151.283,0
		B	-4.000,0		B	-4.000,0	
	Zuschuss	A	91.361,0	89.361,0	A	88.773,0	86.773,0
	Überschuss						
		B	2.000,0		B	2.000,0	

03 75 Autobahndirektionen und Landesbaudirektion

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
518 01-0 711	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.650,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 1.650,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2014 bis 2018 jährlich Tsd. € 330,0</i>	A B	335,0	335,0	A B	335,0	335,0
	Gesamtausgaben	A B	107.937,9 -	107.937,9	A B	110.167,6 -	110.167,6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	85,0 -	85,0	A B	85,0 -	85,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.500,0 -	1.500,0	A B	1.800,0 -	1.800,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	12.500,0 -	12.500,0	A B	12.500,0 -	12.500,0
	Gesamteinnahmen	A B	14.085,0 -	14.085,0	A B	14.385,0 -	14.385,0
	Personalausgaben	A B	68.880,9 -	68.880,9	A B	70.263,6 -	70.263,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	7.374,0 -	7.374,0	A B	7.874,0 -	7.874,0
	Baumaßnahmen	A B	31.295,0 -	31.295,0	A B	31.642,0 -	31.642,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	388,0 -	388,0	A B	388,0 -	388,0
	Gesamtausgaben	A B	107.937,9 -	107.937,9	A B	110.167,6 -	110.167,6
	Zuschuss	A	93.852,9	93.852,9	A	95.782,6	95.782,6

03 75

Autobahndirektionen und Landesbaudirektion

Erläuterungen

Zu 03 75/518 01

Der Mietvertrag für die Unterbringung der Dienststelle München der Autobahndirektion Südbayern in Maisach läuft Ende 2013 aus. Bei dieser Gelegenheit soll die Dienststelle München für ihre Aufgaben in einer örtlich günstiger gelegenen Anmietung untergebracht werden. Die Verpflichtungsermächtigung von 1,65 Mio. € dient der Erstbegründung des neuen Mietverhältnisses in 2013. Die voraussichtliche Laufzeit des Mietvertrages beträgt zunächst fünf Jahre (2014 bis 2018).

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Einnahmen						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.						
124 01-6 012	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	A B	875,0 +42,0	917,0	A B	875,0 +42,0	917,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen						
231 01-6 016	Erstattung der Verwaltungsausgaben sowie der Kosten für Prozessvertretung und Rechtsstreitführung durch den Bund	A B	108.000,0 -46.000,0	62.000,0	A B	108.000,0 -46.000,0	62.000,0
231 03-4 016	Erstattung von Verwaltungsausgaben durch die Gaststreitkräfte <i>Vgl. Vermerk zu 799 80.</i>	A B	--- ---	---	A B	--- ---	---
231 06-1 016	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundes im Rahmen von Hochbaumaßnahmen außerhalb der Kostenerstattungsvereinbarung <i>Vgl. Vermerk zu 798 80.</i>	A B	--- ---	---	A B	--- ---	---
231 11-4 016	Erstattung von Verwaltungsausgaben des Bundes für die Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute im Rahmen von Hochbaumaßnahmen <i>Vgl. Vermerk zu 799 80.</i>	A B	--- +46.000,0	46.000,0	A B	--- +46.000,0	46.000,0
	Gesamteinnahmen	A B	147.513,0 +42,0	147.555,0	A B	146.713,0 +42,0	146.755,0
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
511 01-7 012	Geschäftsbedarf, Bücher und Zeitschriften, Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände <i>Zu 511 01 bis 546 49: Die Titel können bis zu 2.000,0 Tsd. € verstärkt werden zu Lasten der TG 70-71, 798 80 und 799 80.</i>	A B	3.928,0 ---	3.928,0	A B	3.928,0 ---	3.928,0
517 01-1 012	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	A B	2.895,0 +42,0	2.937,0	A B	2.895,0 +42,0	2.937,0
518 01-0 012	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 2.000,0 Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 2.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren 2014 bis 2018 jährlich Tsd. € 400,0</i>	A B	250,0 ---	250,0	A B	200,0 ---	200,0
547 02-4 012	Sonstige Sachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung von Hochbaumaßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 799 80.</i>	A B	1.524,0 ---	1.524,0	A B	1.524,0 ---	1.524,0

Erläuterungen

Zu 03 80/124 01

Mehr 42,0 Tsd. € infolge von Erstattungen für Bewirtschaftungskosten und Gebühren die zusätzlich aufgrund Kleinstvermietungen (Vermietung von Räumen für Veranstaltungen usw.) an Externe anfallen. Vgl. Erläuterung zu Tit. 517 01.

Zu 03 80/231 01

Weniger 46.000,0 Tsd. € infolge Umschichtung nach Tit. 231 11 (vgl. Erläuterung zu TG 80).

Nach einem aufgrund des § 8 Abs. 7 FVG zwischen dem Bund und dem Freistaat Bayern abgeschlossenen Verwaltungsabkommen vom 15. August/ 28. September 2006 ist die Erledigung der Bauaufgaben des Bundes der Bauverwaltung des Landes übertragen worden. Der Bund erstattet dem Land die durch die Wahrnehmung dieser Bauaufgaben entstehenden Kosten aufgrund einer besonderen Kostenerstattungsvereinbarung vom 26. April/ 15. Mai 2006. Die bis zum 31. Dezember 2007 befristete Geltungsdauer dieser Vereinbarung wurde mit den Zusatzvereinbarungen vom 21. Dezember 2009/ 14. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2011 und anschließend nochmals bis zum 31. Dezember 2012 verlängert.

Für 2013 wird eine neue Kostenerstattungsvereinbarung abgeschlossen. In Abstimmung mit den Ländern stellt der Bund die Kostenerstattung auf Istkostenerstattung mit Kostenobergrenzen um.

Von den veranschlagten Einnahmen in Höhe von je 62.000,0 Tsd. € in 2013 und 2014 fließen 46.192,0 Tsd. € (2013) und 46.204,0 Tsd. € (2014) als allgemeine Deckungsmittel dem Staatshaushalt zu. Die Differenz in Höhe von 15.808,0 Tsd. € (2013) und 15.796,0 Tsd. € (2014) ist anteilig für Verwaltungsausgaben für Hochbaumaßnahmen des Bundes und Dritter (Tit. 428 80) sowie anteilig bei Tit. 511 01 und Tit. 547 02 veranschlagt.

Zu 03 80/231 11

Mehr 46.000,0 Tsd. € infolge Umschichtung von 231 01 (vgl. Erläuterung zu TG 80).

Zu 03 80/517 01

Mehr 42,0 Tsd. € infolge von Bewirtschaftungskosten und Gebühren die zusätzlich aufgrund Kleinstvermietungen (Vermietung von Räumen für Veranstaltungen usw.) an Externe anfallen. Den Mehrausgaben stehen korrespondierende Mehreinnahmen bei Tit. 124 01 gegenüber.

Zu 03 80/518 01

Der Bereich Straßenbau des Staatlichen Bauamts Nürnberg soll künftig in einer Anmietung untergebracht werden.

Die Verpflichtungsermächtigung von 2,0 Mio. € dient der Erstbegründung des Mietverhältnisses in 2013. Die voraussichtliche Laufzeit des Mietvertrages beträgt zunächst fünf Jahre (2014 bis 2018).

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Titelgruppen						
	80 Verwaltungsausgaben für Hochbaumaßnahmen <i>Gegenseitig deckungsfähig: 525 80 mit 799 80. Einseitig deckungsfähig zugunsten 453 01. Titel der TG übertragbar.</i>						
428 80-3 016	Entgelte der Arbeitnehmer <i>Einseitig deckungsfähig zu Lasten 798 80 und 799 80. Zu Lasten dieses Titels dürfen zusätzlich bis zu fünf Angestellte mit zeitlich befristeten Verträgen beschäf- tigt werden.</i>	A B	25.319,0	25.319,0	A B	24.507,0	24.507,0
<u>798 80-5</u> 016	Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute bei Bauangelegenheiten des Bundes und Dritter im Ausland <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 428 80 und 547 02. Vgl. Vermerk zu 511 01. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahmen bei 231 06.</i>	A B		---	A B		---
799 80-4 016	Vergabe von Leistungen an Architekten, Ingenieure und Sonderfachleute bei Bauangelegenheiten des Bundes und Dritter im Inland <i>Einseitig deckungsfähig zugunsten 428 80 und 547 02. Vgl. Vermerk zu 511 01. Die Ausgabebefugnis erhöht oder vermindert sich um die Mehr- oder Mindereinnahme bei 231 03 und 231 11.</i>	A B	46.000,0	46.000,0	A B	46.000,0	46.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	71.319,0 -	71.319,0	A B	70.507,0 -	70.507,0
	Gesamtausgaben	A B	646.250,1 +42,0	646.292,1	A B	648.692,4 +42,0	648.734,4

03 80

Staatliche Bauämter

Erläuterungen

Zu 03 80/80

Die Änderungen sind erforderlich aufgrund der voraussichtlichen Änderung der Verwaltungskostenerstattung ab 2013 (vgl. Erläuterung zu Tit. 231 01) und der zeitlich befristeten personellen Unterstützung des Bundes für die Betreuung von einzelnen Projekten in zivilen Auslandsbau.

03 80 Staatliche Bauämter

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	15.593,0 +42,0	15.635,0	A B	14.793,0 +42,0	14.835,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	115.420,0 -	115.420,0	A B	115.420,0 -	115.420,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	16.500,0 -	16.500,0	A B	16.500,0 -	16.500,0
	Gesamteinnahmen	A B	147.513,0 +42,0	147.555,0	A B	146.713,0 +42,0	146.755,0
	Personalausgaben	A B	273.081,1 -	273.081,1	A B	275.188,4 -	275.188,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	64.986,0 +42,0	65.028,0	A B	64.970,0 +42,0	65.012,0
	Baumaßnahmen	A B	294.170,0 -	294.170,0	A B	294.420,0 -	294.420,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	14.013,0 -	14.013,0	A B	14.114,0 -	14.114,0
	Gesamtausgaben	A B	646.250,1 +42,0	646.292,1	A B	648.692,4 +42,0	648.734,4
	Zuschuss	A	498.737,1	498.737,1	A	501.979,4	501.979,4

Epl. 03B Staatsministerium des Innern - Staatsbauverwaltung -

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 03B						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	17.193,0	17.235,0	A	16.393,0	16.435,0
		B	+42,0		B	+42,0	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	204.220,0	202.220,0	A	203.020,0	201.020,0
		B	-2.000,0		B	-2.000,0	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	158.694,0	158.694,0	A	147.691,0	147.691,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	380.107,0	378.149,0	A	367.104,0	365.146,0
		B	-1.958,0		B	-1.958,0	
	Personalausgaben	A	453.399,1	453.399,1	A	459.886,8	459.886,8
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	88.482,0	88.524,0	A	89.841,0	89.883,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 4.650	B	+42,0		B	+42,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 1.000						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	159.797,0	155.797,0	A	157.792,0	153.792,0
		B	-4.000,0		B	-4.000,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 1.800						
	Baumaßnahmen	A	348.707,0	348.707,0	A	348.704,0	348.704,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 105.625	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 85.500						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	19.691,4	19.691,4	A	18.746,8	18.746,8
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	261.429,0	261.429,0	A	253.752,0	253.752,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 331.140	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 332.287						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	1.927,4	1.927,4	A	2.048,4	2.048,4
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.333.432,9	1.329.474,9	A	1.330.771,0	1.326.813,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 443.215	B	-3.958,0		B	-3.958,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 418.787						
	Zuschuss	A	953.325,9	951.325,9	A	963.667,0	961.667,0
	Überschuss	B	2.000,0		B	2.000,0	

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucher-
schutz**

Berichterstatter: **Alexander Radwan**
Mitberichterstatter: **Markus Reichhart**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 04 (Gerichte und Staatsanwaltschaften) werden
 - a) bei Tit. 686 03 (Ausgaben für die Einrichtung von ambulanten Nachsorgestellen für unter Führungsaufsicht stehende entlassene Straftäter) die Erläuterungen neu gefasst (Anlage),
 - b) die Ansätze bei Tit. 701 01 (Kleine Um- und Erweiterungsbauten)
in 2013

von	8.383.600,-- €
um	2.000.000,-- €
auf	10.383.600,-- €

erhöht und
 - c) die Ansätze bei Tit. 815 99 (Erwerb von elektronischen Datenverarbeitungsanlagen, Ausrüstungs- und Ausrüstungsgegenständen sowie von Software)
in 2013

von	10.309.400,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	11.309.400,-- €

erhöht.

2. Bei Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten)

- a) werden die Ansätze
 - aa) bei Tit. 701 01 (Kleine Um- und Erweiterungsbauten)
in 2013

von	6.645.300,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	7.645.300,-- €,
 - bb) bei Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter)
in 2013

von	168.266.200,-- €
um	29.000,-- €
auf	168.295.200,-- €,

für 2014

von	171.704.600,-- €
um	29.000,-- €
auf	171.733.600,-- €

und
 - cc) bei Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer)
für 2013

von	15.470.200,-- €
um	26.000,-- €
auf	15.496.200,-- €,

für 2014

von	15.734.700,-- €
um	26.000,-- €
auf	15.760.700,-- €

erhöht.
 - b) wird bei Tit. 428 01 in den Erläuterungen folgender Satz angefügt: „Ferner 26,0 Tsd € für die Gewährung der sog. Gitterzulage für die in der Bayerischen Justizvollzugsschule Straubing beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in entsprechender Anwendung der einschlägigen besoldungsrechtlichen Regelungen.“
3. Bei Kap. 04 07 (Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen) wird der Ansatz bei Tit. 686 01 (Förderung der Verbraucheraufklärung)
in 2013

von	2.749.900,-- €
um	100.000,-- €
auf	2.849.900,-- €

erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14290
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 35 weitere Ernennungsstellen für Gerichtsvollzieher
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Kap. 04 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14297
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 16/14495
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Baumaßnahmen Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 04 Tit. 701 01 und Kap. 04 05 Tit. 701 01)
Drs. 16/14845
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gerichte und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 815 99)
Drs. 16/14461

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Justizvollzugsanstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/14462
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
Drs. 16/14463
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbraucherschutz statt staatlicher Veranstaltungen
(Kap. 04 07 Tit. 540 52 und Tit. 686 01)
Drs. 16/14367

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 04 02 Tit. 112 01 und neue TG)
Drs. 16/14364
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bewährungshelfer
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14289
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 10 neue Stellen für die Bewährungshilfe
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14299

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Justizwachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und 517 01)
Drs. 16/14291
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 140 neue Stellen für Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen und weitere Stellenhebungen im Justizwachtmeisterdienst
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Kap. 04 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14296
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine privaten Wachdienste in bayerischen Gerichtsgebäuden - zusätzliche Mittel für Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister
(Kap. 04 04 Tit. 517 01 und Tit. 422 01)
Drs. 16/14365
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellenhebungen bei den Justizfachwirten
(Kap. 04 04 Tit. 422 01 und Kap. 04 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14298
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 16/14293
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 150 neue Stellen für Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14300
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14292
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 100 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 16/14301
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Weitere Umwandlung befristeter in unbefristete Arbeitsverhältnisse bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 428 01)
Drs. 16/14302
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Psychotherapeutische Fachambulanzen für Sexualstraftäter – Projektförderung einer psychotherapeutischen Fachambulanz für Sexualstraftäter in Ostbayern
(Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 16/14303
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Steiger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Behindertengerechter Umbau von Justizgebäuden
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
Drs. 16/14304
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Justizvollzug
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/14294

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 200 neue Stellen für den Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/14305
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Übergangsmanagement ausbauen
(Kap. 04 05 Tit. 681 02 und Tit. 422 01)
Drs. 16/14366
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Projekt "Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe"
(Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 16/14306
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbraucheraufklärung
(Kap. 04 07 Tit. 686 01)
Drs. 16/14295

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 04 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitbratung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 04 in seiner 189. Sitzung am 08. November 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

ANLAGE**04 04****Gerichte und Staatsanwaltschaften****Erläuterungen****Zu 04 04/686 03**

Aufgrund des Gesetzes zur Reform der Führungsaufsicht müssen faktisch ambulante Nachsorgeeinrichtungen für entlassene Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg aufgebaut und betrieben werden. Mit den veranschlagten Mitteln werden die psychotherapeutischen Fachambulanzen in München, Nürnberg und Würzburg finanziell gefördert. Zusätzlich sollen über jeweils 3 Jahre von zwei Fachambulanzen besonders gefährliche Gewaltstraftäter therapeutisch mitversorgt werden. Die therapeutische Mitversorgung besonders gefährlicher Straftäter ist innerhalb von drei Jahren nach Beginn der ersten Projektförderung unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu evaluieren. Die ambulanten Nachsorgestellen sollen spätestens nach 10 Jahren evaluiert werden.

2013 gegenüber 2012:

Mehr 400,0 Tsd. € wegen Aufstockung des Personals der Fachambulanzen, Kostensteigerungen und Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

2014 gegenüber 2013:

Mehr 200,0 Tsd. € u.a. zur Mitversorgung von besonders gefährlichen Gewaltstraftätern.

Psychotherapeutische Fachambulanzen:

Die psychotherapeutischen Fachambulanzen für Sexualstraftäter in München, Nürnberg und Würzburg sowie für besonders gefährliche Straftäter werden durch die jeweiligen kirchlichen Träger aus sozialen und christlichen Motiven betrieben. Die Fachambulanzen erzielen hierbei keinerlei wirtschaftliche oder monetäre Vorteile. Da staatlicherseits ein herausragendes öffentliches Interesse daran besteht, spezialisierte ambulante Nachsorgeeinrichtungen für unter Führungsaufsicht stehende Sexualstraftäter/Gewaltstraftäter extern zu betreiben, wird eine Förderung besonderer Art gewählt und auf eine Eigenbeteiligung seitens der kirchlichen Träger verzichtet. Die näheren Einzelheiten hierzu werden in den jährlichen Zuwendungsbescheiden festgelegt.

Psychotherapeutische Fachambulanz des Evangelischen Hilfswerks München, Magdalenenstraße 7, 80638 München**Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für Istergebnis 2012 Tsd. €	2011 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	507,2	518,8	433,9	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	141,1	144,3	126,7	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	648,3	663,1	560,6	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	648,3	663,1	560,6	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	648,3	663,1	560,6	

Personalsoll: 6,5 Arbeitnehmer

04 04**Gerichte und Staatsanwaltschaften****Erläuterungen****Psychotherapeutische Fachambulanz der Stadtmission Nürnberg e.V., Pirckheimerstraße 16a, 90408 Nürnberg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für Istergebnis 2012 Tsd. €	2011 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	509,6	521,0	402,9	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	127,1	123,0	84,1	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	636,7	644,0	487,0	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	636,7	644,0	487,0	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	636,7	644,0	487,0	

Personalsoll: 6 Arbeitnehmer**Psychotherapeutische Fachambulanz des Caritasverbandes für die Diözese Würzburg e.V.,
Franziskanergasse 3, 97070 Würzburg****Übersicht über den vorläufigen Plan der Finanzierung (staatliche Förderung)**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für Istergebnis 2012 Tsd. €	2011 Tsd. €
Ausgaben				
1. Personalausgaben	-	349,0	-	
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	-	106,0	-	
3. Schuldendienst	-	-	-	
4. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen)	-	-	-	
5. Ausgaben für Investitionen	-	-	-	
6. Besondere Finanzierungsausgaben	-	-	-	
Zusammen	-	455,0	-	
Einnahmen				
1. Eigene Mittel des Zuwendungsempfängers und Mittel nichtöffentlicher Stellen	-	-	-	
2. Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	-	-	-	
3. Zuwendungen des Landes	-	455,0	-	
4. Kassenrest des Vorjahres	-	-	-	
Zusammen	-	455,0	-	

Personalsoll: 4,5 Arbeitnehmer

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums der Finanzen**

Berichterstatter: **Philipp Graf von und zu Lerchenfeld**
Mitberichterstatter: **Eike Hallitzky**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 06 05 (Finanzämter) wird
 - a) bei Tit. 518 01 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume)
 - aa) der ausgebrachte Vermerk aufgehoben und
 - bb) der Ansatz für 2013 und 2014

von	13.500.000,-- €
um	7.400.000,-- €
auf	6.100.000,-- €

vermindert,
 - b) bei Tit. 519 01 (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen) für 2013 und 2014

von	4.500.000,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	5.500.000,-- €

erhöht.
2. In der Anlage S wird bei Kap. 06 05 (Finanzämter) bei Tit. 711 01 (Finanzamt München, De-roystraße 4-22) wird der Ansatz für 2013 und 2014

von	0,-- €
um	6.400.000,-- €
auf	6.400.000,-- €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 06 16 und der Anlage S entsprechend der Nachschubliste der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Vervielfachung der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit des Finanzministeriums
(Kap. 06 01 Tit. 531 11, Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 16/13797
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Orden aus dem Finanzministerium
(Kap. 06 01 Tit. 540 01)
Drs. 16/13798
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 16/13794
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Ausgaben für die Nutzung von Räumen der staatlichen Schlösserverwaltung
(Kap. 06 02 Tit. 981 16)
Drs. 16/13795

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Prestigeveranstaltungen in repräsentativen Gebäuden des Freistaats
(Kap. 06 02 Tit. 981 16)
Drs. 16/13799
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/13796
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 16/13800
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuerberechtigung in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/13802
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamts München nach Höchstädt a.d. Donau
(Kap. 06 05 Tit. 710 00 und Tit. 729 22)
Drs. 16/13801
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für die Bewertungsstelle Höchstädt a.d. Donau des Finanzamts München
(Kap. 06 05 Tit. 729 22 Anlage S)
Drs. 16/13803

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zwei neue Oberamtsmeisterstellen für die Finanzgerichtsbarkeit
(Kap. 06 13 Tit. 422 01)
Drs. 16/13804
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Christa Naaß u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheit an den Finanzgerichten
(Kap. 06 13 neuer Tit. 821 31)
Drs. 16/13805

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 06 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 181. Sitzung am 09. Oktober 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 06

Staatsministerium der Finanzen

06 16 Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Baumaßnahmen						
710 00-4	Staatliche Hochbaumaßnahmen (siehe Anlage S)	A	15.000,0	16.000,0	A	17.500,0	21.200,0
188	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 17.500,0</i>	B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 17.500,0</i>						
	<i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>						
	Gesamtausgaben	A	98.118,5	99.118,5	A	100.733,6	104.433,6
		B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	47.687,4	47.687,4	A	47.687,4	47.687,4
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	3.520,0	3.520,0	A	3.520,0	3.520,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	1.294,8	1.294,8	A	1.294,8	1.294,8
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	52.502,2	52.502,2	A	52.502,2	52.502,2
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	43.198,8	43.198,8	A	43.932,1	43.932,1
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	32.110,2	32.110,2	A	31.512,0	31.512,0
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	3,0	3,0	A	3,0	3,0
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	20.994,0	21.994,0	A	23.494,0	27.194,0
		B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	1.812,5	1.812,5	A	1.792,5	1.792,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	98.118,5	99.118,5	A	100.733,6	104.433,6
		B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	Zuschuss	A	45.616,3	46.616,3	A	48.231,4	51.931,4
		B	1.000,0		B	3.700,0	

Epl. 06 Epl. Staatsministerium der Finanzen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss Epl. 06						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	272.814,9 -	272.814,9	A B	273.309,9 -	273.309,9
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	138.944,8 -	138.944,8	A B	123.012,7 -	123.012,7
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	43.821,1 -	43.821,1	A B	45.192,2 -	45.192,2
	Gesamteinnahmen	A B	455.580,8 -	455.580,8	A B	441.514,8 -	441.514,8
	Personalausgaben	A B	1.520.143,0 -	1.520.143,0	A B	1.562.434,9 -	1.562.434,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 8.013,8 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 9.242,6	A B	230.910,5 -	230.910,5	A B	230.668,6 -	230.668,6
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 52.000,0	A B	64.370,0 -	64.370,0	A B	59.750,0 -	59.750,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 46.800,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 46.800,0	A B	50.894,0 +1.000,0	51.894,0	A B	52.894,0 +3.700,0	56.594,0
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 4.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 12.700,0	A B	45.535,0 -	45.535,0	A B	48.333,5 -	48.333,5
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	37.901,6 -	37.901,6	A B	38.762,1 -	38.762,1
	Gesamtausgaben	A B	1.949.754,1 +1.000,0	1.950.754,1	A B	1.992.843,1 +3.700,0	1.996.543,1
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 110.813,8 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 68.742,6						
	Zuschuss	A B	1.494.173,3 1.000,0	1.495.173,3	A B	1.551.328,3 3.700,0	1.555.028,3

Anlage S

Sonderausweis
der staatlichen Hochbaumaßnahmen
mit mehr als 1.000.000 € Gesamtkosten im Einzelfall
für den Bereich des
Epl. 06

**Epl. 06
Anlage S**

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
06 16	Verwaltung der staatl. Schlösser, Gärten und Seen						
718 23-9	Schlossbesitz Linderhof	A	---	---	A	800,0	1.800,0
188	Bauliche Sanierung und Restaurierung der Venusgrotte - z. T. Planung - <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 800,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 3.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	B			B	+1.000,0	
725 04-3	Schloss Neuschwanstein	A	200,0	700,0	A	850,0	1.550,0
188	Sanierungs- und Restaurierungsmaßnahmen im Bereich der Prunkräume und des Führungslinienbereichs - Planung - <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	B	+500,0		B	+700,0	
<u>741 15-0</u>	Festung Marienberg Würzburg	A	---	500,0	A	---	2.000,0
188	Generalsanierung einschl. des Bereichs des Mainfränkischen Museums - Planung -	B	+500,0		B	+2.000,0	
	Summe Kapitel 06 16						
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 17.500,0</i>	A	15.000,0	16.000,0	A	17.500,0	21.200,0
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 17.500,0</i>	B	+1.000,0		B	+3.700,0	
	Summe Epl. 06						
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 41.000,0</i>	A	39.000,0	40.000,0	A	41.000,0	44.700,0
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 41.000,0</i>	B	+1.000,0		B	+3.700,0	

Baufachliche Festsetzung vom	Festgesetzte Baukosten Tsd. €	bis 31.12.2011 verausgabt Tsd. €	ab 2015 noch benötigt Tsd. €	Erläuterungen
7	8	9	10	11
02.09.2008	1.900,0	1.598,6	-	- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Mit den zusätzlich veranschlagten Mitteln soll die Detailplanung beschleunigt werden.
-	-	-	-	- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Durch die zusätzlich veranschlagten Mittel soll die Planung beschleunigt werden.
-	-	-	-	- Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Diese Baumaßnahme ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts". Mit den veranschlagten Mitteln soll die Planung erfolgen.

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/14998 des HA vom 27.11.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit**

Berichterstatlerin: **Gertraud Goderbauer**
Mitberichterstatler: **Reinhold Strobl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 12 02 (Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 12) wird der Ansatz bei Tit.684 74 (Errichtung und Betrieb von Umweltstationen) in 2013

von	1.400.000,-- €
um	415.000,-- €
auf	1.815.000,-- €

 und in 2014

von	1.400.000,-- €
um	50.000,-- €
auf	1.450.000,-- €

 erhöht.
2. Bei Kap. 12 08 (Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen) wird der Ansatz bei Tit. 883 98 (Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verbesserung der medizinischen Versorgung)

in 2013	mit 1.000.000,--€
und in 2014	mit 2.000.000,--€

 dotiert und in 2013 eine Verpflichtungsermächtigung von 1.000.000,--€ - fällig frühestens 2014 – ausgebracht.
3. Bei Kap. 12 77 (Wasserwirtschaftsämter) wird der Ansatz bei Tit 782 93 (Ausbau von Wildbächen einschließlich Sanierung der Einzugsgebiete) in 2013

von	6.795.400,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	7.795.400,-- €

 erhöht.

Die Ansätze und Vermerke bei Kap. 12 04 und 12 08 werden entsprechend der **Nachschubliste** der Staatsregierung geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74) Drs. 16/14849
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Besondere Fachaufgaben - Gesundheit (Kap. 12 08 TG 98) Drs. 16/14850
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Errichtung und Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74) Drs. 16/14102
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Ausbau von Wildbächen einschließlich Sanierung der Einzugsgebiete (Kap. 12 77 TG 93) Drs. 16/14103

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gutachten zur Klimabilanz (ökologischer Fußabdruck) der Staatsregierung (Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 16/13963
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bildung zu Energiewende und Klimaschutz - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen (Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 16/13998
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 TG 72)
Drs. 16/13965
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 16/13983
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gentechnik, Chemikaliensicherheit, Umweltökonomie, Umweltkonzepte, Umsetzung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung und sonstige Aufgaben des Umweltschutzes (Kap. 12 04 TG 81)
Drs. 16/13985
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS (Kap. 12 08 TG 52)
Drs. 16/13999
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen im Bereich Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (Kap. 12 08 Tit. 547 62)
Drs. 16/13986
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Begleitende Versorgungsforschung zum Modellversuch Darmkrebscreening (Kap. 12 08 TG 91)
Drs. 16/14000
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie (Kap. 12 08 Tit. 531 92)
Drs. 16/13966
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für Maßnahmen für Menschen mit psychischen Störungen (Kap. 12 08 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 16/13987
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie – Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte (Kap. 12 08 Tit. 684 92)
Drs. 16/14001

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben
(Kap. 12 08 TG 92)
Drs. 16/14002
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Organspenden fördern - Vertrauen gewinnen
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/13988
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation
(Kap. 12 08 Tit. 531 93)
Drs. 16/14003
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Heilbäder
(Kap. 12 08 Tit. 686 98)
Drs. 16/13967
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmар Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung des Präventionsprogramms "0,0 Promille in der Schwangerschaft"
(Kap. 12 08 neue TG)
Drs. 16/14004
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 09 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 16/13989
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einnahmen aus der Verwertung von Holz im Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 125 01)
Drs. 16/13990
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Externe Vergabe Holzeinschlag Nationalpark Bayerischer Wald
(Kap. 12 14 Tit. 542 12)
Drs. 16/13991
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 16/13968
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 7 Stellen für Laborassistentinnen und -assistenten im Bereich Futtermittelkontrolle beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13992
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 10 Stellen für Futtermittelkontrolleurinnen und -kontrolleure beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
(Kap. 12 23 Tit. 422 01 Stellenplan)
Drs. 16/13993
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Futtermittelüberwachung - Erstattung an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13969
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erstattungen an Labore im Rahmen der Futtermittelüberwachung - Aufstockung des Budgets
(Kap. 12 23 Tit. 632 01)
Drs. 16/13994

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für die Personalausgaben der Staatlichen Veterinärverwaltung bei den Landratsämtern
(Kap. 12 41 Tit. 422 01)
Drs. 16/14005

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 16/13995

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Trinkwasserbrunnen
(Kap. 12 77 Tit. 883 97 und 887 97)
Drs. 16/13996

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zum Bau von Abwasseranlagen
(Kap. 12 77 Tit. 887 98 und 893 98)
Drs. 16/13997

Der Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aufstockung des Etats für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 16/13964
wird für erledigt erklärt.

Folgende Änderungsanträge wurden von den Antragstellern im Lauf der Beratung zurückgezogen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Stellenmehrungen im Ministerium
(Kap. 12 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/13981

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
Kürzung der Kosten für die Datenverarbeitung
(Kap. 12 01 Tit. 511 99)
Drs. 16/13982

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unterhalt von Geräten für die Altlastensanierung des Neue-Maxhütte-Schlackenbergs
(Kap. 12 04 Tit. 812 80)
Drs. 16/13984

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwaner, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung Nabelschnur-Stammzellbank
(Kap. 12 08 TG 91 neuer Tit.)
Drs. 16/14068

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 12 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 12 in seiner 185. Sitzung am 23. Oktober 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
- CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
- mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 12

Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	75 Luftreinhaltung, Schutz vor Lärm, Erschütterung und nichtionisierender Strahlung						
	<i>Aus den Ansätzen kann 06 16/701 01 bis 500,0 Tsd. € verstärkt werden.</i>						
	<i>Vermerk im Übrigen unverändert.</i>						
<u>861 75-5</u>	Darlehen an öffentliche Unternehmen	A			A		
332		B		---	B		---
	Summe der Titelgruppe	A	13.860,2	13.860,2	A	13.848,5	13.848,5
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	112.125,4	112.125,4	A	113.154,5	113.154,5
		B	-		B	-	

12 04

Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz**Erläuterungen****Zu 12 04/75**

Durch den neuen Verstärkungsvermerk sollen Mittel für eine modellhafte energetische Sanierung an einem denkmalgeschützten Gebäude (Kaiserburg Nürnberg) eingesetzt werden.

Zu 12 04/861 75

Für Planung, Errichtung und Betrieb zweier Hightech-Ökosolarparks wird die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB mbH) die Projektdurchführung übernehmen. Der Leertitel ermöglicht die hierzu erforderliche Ausreichung eines Gesellschafterdarlehens des Freistaats im Rahmen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titelgruppe.

12 04 Besondere Fachaufgaben - Naturschutz, Erholung, Umweltschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2.890,0 -	2.890,0	A B	2.890,0 -	2.890,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	16.420,0 -	16.420,0	A B	16.120,0 -	16.120,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	8.939,0 -	8.939,0	A B	8.939,0 -	8.939,0
	Gesamteinnahmen	A B	28.249,0 -	28.249,0	A B	27.949,0 -	27.949,0
	Personalausgaben	A B	348,6 -	348,6	A B	352,7 -	352,7
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	22.746,2 -	22.746,2	A B	22.409,5 -	22.409,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	43.902,6 -	43.902,6	A B	45.564,3 -	45.564,3
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	300,0 -	300,0	A B	300,0 -	300,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	44.828,0 -	44.828,0	A B	44.528,0 -	44.528,0
	Gesamtausgaben	A B	112.125,4 -	112.125,4	A B	113.154,5 -	113.154,5
	Zuschuss	A	83.876,4	83.876,4	A	85.205,5	85.205,5

12 08 Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
683 02-0 165	Zuschuss zum Betrieb der Reptilienauffangstation <i>Einseitig deckungsfähig bis 28,0 Tsd. € zu Lasten der Ausgaben des Epl. 03A, bis 21,0 Tsd. € zu Lasten TG 57-60 und bis 21,0 Tsd. € zu Lasten 12 04 TG 72. Vermerk im Übrigen unverändert.</i>	A B	290,0	290,0	A B	290,0	290,0
	Gesamtausgaben	A B	49.003,7 -	49.003,7	A B	49.180,7 -	49.180,7
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	1.037,0 -	1.037,0	A B	1.037,0 -	1.037,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.037,0 -	1.037,0	A B	1.037,0 -	1.037,0
	Personalausgaben	A B	2.423,9 -	2.423,9	A B	2.435,9 -	2.435,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	8.381,1 -	8.381,1	A B	8.439,1 -	8.439,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	33.909,7 -	33.909,7	A B	34.016,7 -	34.016,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	4.124,0 -	4.124,0	A B	4.124,0 -	4.124,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	165,0 -	165,0	A B	165,0 -	165,0
	Gesamtausgaben	A B	49.003,7 -	49.003,7	A B	49.180,7 -	49.180,7
	Zuschuss	A	47.966,7	47.966,7	A	48.143,7	48.143,7

12 08

Besondere Fachaufgaben - Gesundheit und Veterinärwesen

Erläuterungen

Zu 12 08/683 02

Neuer Deckungsvermerk zur langfristigen Sicherstellung des Betriebs der Reptilienauffangstation.

Epl. 12 Epl. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 12						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	36.000,0 -	36.000,0	A B	36.000,0 -	36.000,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	23.103,5 -	23.103,5	A B	23.303,5 -	23.303,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Aus- nahme für Investitionen	A B	25.596,2 -	25.596,2	A B	25.296,2 -	25.296,2
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	30.196,0 -	30.196,0	A B	30.196,0 -	30.196,0
	Gesamteinnahmen	A B	114.895,7 -	114.895,7	A B	114.795,7 -	114.795,7
	Personalausgaben	A B	416.256,1 -	416.256,1	A B	425.915,6 -	425.915,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.475,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 5.290,0	A B	87.899,9 -	87.899,9	A B	87.342,0 -	87.342,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 35.056,5 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 35.056,5	A B	83.713,3 -	83.713,3	A B	85.482,0 -	85.482,0
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 45.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 45.000,0	A B	99.187,2 -	99.187,2	A B	102.687,2 -	102.687,2
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 3.344,9 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 1.650,0	A B	12.149,8 -	12.149,8	A B	11.898,5 -	11.898,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 23.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 22.600,0	A B	99.681,4 -	99.681,4	A B	99.381,4 -	99.381,4
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	4.895,5 -	4.895,5	A B	5.118,6 -	5.118,6
	Gesamtausgaben	A B	803.783,2 -	803.783,2	A B	817.825,3 -	817.825,3
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 111.876,4 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 109.596,5						
	Zuschuss	A	688.887,5	688.887,5	A	703.029,6	703.029,6

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15004 des HA vom 27.11.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung –**

Berichterstatter: **Peter Winter**
Mitberichterstatlerin: **Susann Biedefeld**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 03 18 (Landespolizei) werden die Ansätze
 - a) bei Tit. 701 01 (Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten)

von	4.761.000,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	5.761.000,-- €
 - b) bei Tit. 811 01 (Erwerb von Dienstfahrzeugen)

von	4.624.500,-- €
um	2.000.000,-- €
auf	6.624.500,-- €
erhöht.	
2. Bei Kap. 03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz) wird der Ansatz bei Tit. 614 01 (Zuweisungen an den Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes) in 2013

von	3.675.000,- €
um	435.000,-- €
auf	4.110.000,-- €
erhöht.	

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 03 02, 03 03, 03 08, 03 18, 03 23 und 03 24 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Landespolizei (Kap. 03 18 Tit. 811 01) Drs. 16/14809
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Rettungsdienst und Katastrophenschutz (Kap. 03 24 Tit. 614 01) Drs. 16/14458

Folgende Anträge werden zur **Ablehnung** empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Sachausstattung Polizei (Kap. 03 18 Tit. 511 01 - 547 04) Drs. 16/14219
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: 20 Stellen für Lebensmittelkontrolleurinnen und -kontrolleure bei den Landratsämtern (Kap. 03 09 Tit. 422 01) Drs. 16/14354

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mittel für Vorsorgekuren
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 16/14223
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Oberamtsmeisterstellen beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
(Kap. 03 05 Tit. 422 01)
Drs. 16/14224
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheit am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof
(Kap. 03 05 neuer Tit. 821 31)
Drs. 16/14225
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zwei neue Oberamtsmeisterstellen für die Verwaltungsgerichte
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 16/14226
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheit an den Verwaltungsgerichten
(Kap. 03 06 neuer Tit. 821 31)
Drs. 16/14227
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen in der Futtermittelüberwachung
(Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 16/14215
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 71 neue Stellen für Waffenkontrolleure
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 16/14228
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kontrollaufgaben wahrnehmen - staatliche Aufgaben in den Landratsämtern finanzieren
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 16/14353
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst
(Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 16/14216
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 16/14229
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Reduktion der Kosten für das Landesamt für Verfassungsschutz
Umschichtung des Personals zur Polizei
(Kap. 03 15 Tit. 422 01 und Tit. 534 01,
Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 16/14355
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Beförderungsstau bei der Polizei beheben;
Stellenhebungen in die BesGr A 9, A 9+AZ, A 10, A 11 und A 12
(Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 422 01
Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14231
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 50 neue Planstellen in der BesGr A 13
(Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 422 01
Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14230

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Stellenhebungen in die 4. Qualifikationsebene (4. QE)
(Kap. 03 17 und 03 18 jeweils Tit. 422 01
Kap. 03 02 Tit. 461 01)
Drs. 16/14232
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: IT-Spezialisten für die bayerische Polizei
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 16/14217
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Experten zur Bekämpfung des Extremismus
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 16/14218
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verstärkungsmittel für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und Betriebsstoffe
(Kap. 03 03 neuer Tit. und Kap. 03 17 bis 03 21 jeweils Tit. 511 01, 511 22, 514 01, 812 01)
Drs. 16/14222
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Generalsanierung PI Regensburg-Süd
(Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 16/14220
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erwerb von Dienstfahrzeugen für die Landespolizei
(Kap. 03 18 Tit. 811 01)
Drs. 16/14233
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76 und Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 16/14234
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Abschaffung der Sicherheitswacht
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 16/14356
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Polizeidienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 16/14221
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 500 neue Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 16/14235
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bereitschaftspolizei: Verstetigung der Einstellungszahlen
Mobile Reserve für Schwangerschafts- und Elternzeitvertretungen aufstocken!
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 16/14357
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unterstützung für Führer nichtstaatlicher Rettungshunde
(Kap. 03 24 Tit. 684 01)
Drs. 16/14253
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: 10 neue Brandamtmänner, Brandamtfrauen für die Feuerwehrsulen
(Kap. 03 26 Tit. 422 01)
Drs. 16/14236

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 03 A wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 03 A in seiner 188. Sitzung am 08. November 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 03 A

Staatsministerium des Innern
- Allgemeine Innere Verwaltung -

Hinweis:

Die in den Spalten 4 und 6 angegebenen neuen Sollbeträge berücksichtigen sowohl die Änderungsvorschläge dieser Nachschubliste der Staatsregierung als auch bereits die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bisher beschlossenen Änderungsanträge.

Die in den Summenzeilen gegenüber dem Regierungsentwurf (Betrag A) errechneten Betragsänderungen (Betrag B) umfassen beide Veränderungen. Die Summen weichen daher von den in dieser Nachschubliste dargestellten Einzeländerungen insoweit ab, als der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bereits anderweitige Änderungen am Regierungsentwurf beschlossen hat.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
547 07-3 012	Sächliche Verwaltungsausgaben für E-Government-Maßnahmen <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 47,0 Tsd. €/Jahr zu Lasten Kap. 03 24 Tit. 894 01 für die Abgeltung der Nutzung von Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung durch die Hilfsorganisationen des Rettungsdienstes. Kommunale Körperschaften dürfen Lizenzen für das Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem Fabsoft eGov-Suite+Bayern unentgeltlich überlassen werden (gegen Beteiligung am jeweiligen Pflegeentgelt). Erstattungen des Pflegeentgelts für die Landeslizenz DMS/VBS dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden. Landratsämter, kommunale Körperschaften und die in Art. 2 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit für die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners im Freistaat Bayern (Bayerisches EA-Gesetz – BayEAG), GVBl S. 626 genannten Kammern dürfen die Erreichbarkeitsplattform unentgeltlich nutzen. Einseitig deckungsfähig - bis zu 235,7 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 04, - bis zu 254,0 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 06, - bis zu 217,8 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 10, - bis zu 207,1 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 11, - bis zu 221,4 Tsd. € zu Lasten der Sachausgaben des Epl. 15 für zentralen Sachaufwand im Zusammenhang mit der Einführung der elektronischen Akte im StMI, StMJV, StMWFK, StMF, StMAS sowie ORH und ihren Betrieb bei den Rechenzentren Nord und Süd sowie beim Kompetenzzentrum DMS bei der Regierung von Schwaben. Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.300 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	2.335,7	2.335,7	A B	2.255,9	2.255,9
	Gesamtausgaben	A B	1.025.001,2 -	1.025.001,2	A B	1.038.703,6 -	1.038.703,6

03 02

Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Erläuterungen

Zu 03 02/547 07

Aufnahme eines Haushaltsvermerks zur Finanzierung zentraler Sachkosten für die Einführung und den Betrieb der elektronischen Akte.

03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03 A - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	632,0 -	632,0	A B	632,0 -	632,0
	Gesamteinnahmen	A B	632,0 -	632,0	A B	632,0 -	632,0
	Personalausgaben	A B	1.016.375,2 -	1.016.375,2	A B	1.029.453,5 -	1.029.453,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	8.173,6 -	8.173,6	A B	8.087,8 -	8.087,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	3.245,0 -	3.245,0	A B	3.245,0 -	3.245,0
	Baumaßnahmen	A B	2.285,8 -	2.285,8	A B	2.995,8 -	2.995,8
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	20,0 -	20,0	A B	20,0 -	20,0
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-5.098,4 -	-5.098,4	A B	-5.098,5 -	-5.098,5
	Gesamtausgaben	A B	1.025.001,2 -	1.025.001,2	A B	1.038.703,6 -	1.038.703,6
	Zuschuss	A	1.024.369,2	1.024.369,2	A	1.038.071,6	1.038.071,6

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Einnahmen						
	Titelgruppen						
	85 Einnahmen bei der Errichtung und dem Betrieb des Digitalfunks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Bayern <i>Vermerk unverändert.</i>						
<u>235 85-3</u> 042	Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit	A B		---	A B		---
	Summe der Titelgruppe	A B	0,0 -	-	A B	0,0 -	-
	Gesamteinnahmen	A B	20.183,1 -	20.183,1	A B	11.944,8 -	11.944,8

03 03

Allgemeine Bewilligungen

Erläuterungen

Zu 03 03/235 85

Eingliederungszuschüsse der Bundesagentur für Arbeit gem. SGB III.

03 03 Allgemeine Bewilligungen

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	2,0	2,0	A	2,0	2,0
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	20.181,1	20.181,1	A	11.942,8	11.942,8
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	20.183,1	20.183,1	A	11.944,8	11.944,8
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	2.628,1	2.628,1	A	2.683,1	2.683,1
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	30.520,4	30.520,4	A	39.666,5	39.666,5
		B	-		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	38.756,9	38.756,9	A	26.942,6	26.942,6
		B	-		B	-	
	Baumaßnahmen	A	31.866,1	31.866,1	A	11.312,0	11.312,0
		B	-		B	-	
	Sonstige Sachinvestitionen	A	28.956,0	28.956,0	A	30.203,9	30.203,9
		B	-		B	-	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	29.089,0	29.089,0	A	38.369,0	38.369,0
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	161.816,5	161.816,5	A	149.177,1	149.177,1
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	141.633,4	141.633,4	A	137.232,3	137.232,3

03 08 Regierungen

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Die Hälfte der Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 01, 119 49 und 124 01 dieses Kapitels erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 DBestHG genannten Ansätze in diesem Kapitel.						
	Personalausgaben						
428 11-8 012	Entgelte für sonstige Hilfsleistungen durch Arbeitnehmer <i>Vermerk unverändert.</i>	A B	19.611,5 +2.300,0	21.911,5	A B	19.950,9	19.950,9
	Gesamtausgaben	A B	176.385,2 +2.300,0	178.685,2	A B	180.205,1 -	180.205,1
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	15.265,9 -	15.265,9	A B	15.256,4 -	15.256,4
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	115,0 -	115,0	A B	115,0 -	115,0
	Gesamteinnahmen	A B	15.380,9 -	15.380,9	A B	15.371,4 -	15.371,4
	Personalausgaben	A B	152.134,0 +2.300,0	154.434,0	A B	155.556,5 -	155.556,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	17.457,9 -	17.457,9	A B	17.356,5 -	17.356,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	66,4 -	66,4	A B	66,4 -	66,4
	Baumaßnahmen	A B	3.130,0 -	3.130,0	A B	3.585,0 -	3.585,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	2.310,9 -	2.310,9	A B	2.306,6 -	2.306,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	1.286,0 -	1.286,0	A B	1.334,1 -	1.334,1
	Gesamtausgaben	A B	176.385,2 +2.300,0	178.685,2	A B	180.205,1 -	180.205,1
	Zuschuss	A B	161.004,3 2.300,0	163.304,3	A	164.833,7	164.833,7

Erläuterungen

Zu 03 08/428 11

Mehr 2.300,0 Tsd. € in 2013 aufgrund der gestiegenen Asylbewerberzahlen zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten bei den Regierungen für die Betreuung der Gemeinschaftsunterkünfte, bei den Zentralen Aufnahmeeinrichtungen sowie den Zentralen Rückführungsstellen Nord- und Südbayern bei den Regierungen von Mittelfranken und Oberbayern.

03 18 Landespolizei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
518 01-0 042	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <i>Aus dem Haushaltsansatz dürfen auch zusätzliche Räumlichkeiten für die Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München angemietet werden. Eine Weitervermietung dieser Räumlichkeiten an die jeweiligen Betreuungspersonen der Kinderbetreuungseinrichtung kann auch unter dem vollen Wert erfolgen, soweit dies für einen wirtschaftlichen Betrieb der Einrichtung erforderlich ist (Art. 63 Abs. 3,5 BayHO). Die Miet- und Nebenkostenerstattungen dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i> Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 5.000 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 5.000 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.	A B	12.000,0	12.000,0	A B	12.000,0	12.000,0
519 01-9 042	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen <i>Aus dem Haushaltsansatz kann auch das fachgerechte Herrichten von Räumlichkeiten für die Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München bestritten werden. Baukostenerstattungen und -zuschüsse dürfen von den Ausgaben abgesetzt werden (Rotabsetzung).</i> Vgl. Vermerk bei Tit. 518 12.	A B	8.883,6	8.883,6	A B	8.883,6	8.883,6
	Gesamtausgaben	A B	1.605.111,5 -	1.605.111,5	A B	1.640.454,8 -	1.640.454,8

03 18
Landespolizei

Erläuterungen

Zu 03 18/518 01 und 519 01

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat die im Nachtragshaushalt 2012 enthaltenen Sperrvermerke bei Kap. 03 18 Tit. 518 01 und 519 01 (Haushaltsmittel für die Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung beim Polizeipräsidium München) mit Beschluss vom 3. Juli 2012 aufgehoben. Die bisherigen Sperrvermerke können daher entfallen.

03 18 Landespolizei

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	14.075,0 -	14.075,0	A B	14.075,0 -	14.075,0
	Gesamteinnahmen	A B	14.075,0 -	14.075,0	A B	14.075,0 -	14.075,0
	Personalausgaben	A B	1.389.988,3 -	1.389.988,3	A B	1.429.117,2 -	1.429.117,2
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	162.946,4 -	162.946,4	A B	163.273,8 -	163.273,8
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	1.423,3 -	1.423,3	A B	1.423,3 -	1.423,3
	Baumaßnahmen	A B	32.069,0 -	32.069,0	A B	28.846,0 -	28.846,0
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	18.684,5 -	18.684,5	A B	17.794,5 -	17.794,5
	Gesamtausgaben	A B	1.605.111,5 -	1.605.111,5	A B	1.640.454,8 -	1.640.454,8
	Zuschuss	A	1.591.036,5	1.591.036,5	A	1.626.379,8	1.626.379,8

03 23 Brandschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
546 49-0 044	Vermischte Verwaltungsausgaben	A B	5,0 +27,5	32,5	A B	5,0	5,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
685 01-7 044	Beiträge und Zuschüsse	A B	820,8 +150,0	970,8	A B	545,8 +150,0	695,8
686 01-6 044	Zuschuss an den Bayerischen Landesfeuerwehrverband	A B	440,0 +10,0	450,0	A B	440,0 +10,0	450,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-7 044	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä. <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um</i> <i>- die Mehreinnahmen und Minderausgaben der</i> <i>Kap. 03 23</i> <i>und 03 26 und</i> <i>- die Mehreinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei</i> <i>Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Die Ausgabebefugnis vermindert sich um</i> <i>- die Mindereinnahmen bei Kap. 03 23 und 03 26 und</i> <i>- die Mindereinnahmen aus der Feuerschutzsteuer bei</i> <i>Kap. 13 01 Tit. 059 01 und 059 02.</i> <i>Diese Mindereinnahme ist als Vorgriff auf die Mittel</i> <i>des</i> <i>folgenden Haushaltsjahres zu behandeln. Hierfür ist</i> <i>ein</i> <i>Verfahren nach Art. 37 BayHO nicht erforderlich.</i> <i>Aus dem Ansatz dürfen auch die gemeinsam bewirt-</i> <i>schafteten Personalausgaben des Kap. 03 26 ver-</i> <i>stärkt werden.</i> <i>Im Übrigen vgl. Vermerk bei Anlage S Kap. 03 26</i> <i>Tit. 710 01, 740 02 und 745 01, Kap. 03 03 Tit. 631</i> <i>85, Kap. 03 23 Tit. 526 11 und 883 02, Kap. 03 24</i> <i>Tit. 685 01, 894 02 und 887 89, Kap. 03 26</i> <i>Tit. 519 01, 532 01, 701 01 und 821 01.</i> <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	32.023,4 -187,5	31.835,9	A B	33.129,1 -160,0	32.969,1
	Gesamtausgaben	A B	49.827,2 -	49.827,2	A B	50.607,9 -	50.607,9

Erläuterungen

Zu 03 23/546 49

Durchführung einer Kampagne zur Steigerung der Bekanntheit der Notrufnummer "112".

Zu 03 23/685 01

Erhöhung zur Finanzierung von Unterstützungsleistungen für Feuerwehrdienstleistende in Fällen, in denen die gesetzliche Unfallversicherung eine Leistung aus medizinischen Gründen ausgeschlossen hat.

Zu 03 23/686 01

Erhöhung des Zuschusses an den bayerischen Landesfeuerwehrverband wegen gestiegener Personal- und Sachkosten.

Zu 03 23/883 01

Gegenfinanzierung der Kampagne zur Notrufnummer "112" (Tit. 546 49), der Unterstützungsleistungen für Feuerwehrleute (Tit. 685 01) und der Erhöhung des Zuschusses an den Landesfeuerwehrverband (Tit. 686 01).

Erweiterung des Haushaltsvermerks zur Deckung des Feuerwehranteils bei der staatlichen Unterstützung des Ausbaus und Betriebs des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung (vgl. Kap. 03 24 Tit. 685 01 und 894 02).

03 23 Brandschutz

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Abschluss						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	62,0	62,0	A	62,0	62,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	62,0	62,0	A	62,0	62,0
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	543,0	570,5	A	493,0	493,0
		B	+27,5		B	-	
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	1.260,8	1.420,8	A	985,8	1.145,8
		B	+160,0		B	+160,0	
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	48.023,4	47.835,9	A	49.129,1	48.969,1
		B	-187,5		B	-160,0	
	Gesamtausgaben	A	49.827,2	49.827,2	A	50.607,9	50.607,9
		B	-		B	-	
	Zuschuss	A	49.765,2	49.765,2	A	50.545,9	50.545,9

03 24 Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
614 01-1 045	Zuweisungen an den Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes	A B	4.110,0	4.110,0	A B	3.675,0 +500,0	4.175,0
685 01-5 045	Zuschuss zum laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von jährlich 60,0 Tsd. € zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 für den auf den Feuerwehrrbereich entfallenden Anteil.</i>	A B	+577,5	577,5	A B	+577,5	577,5
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
894 02-1 045	Zuschuss zum Ausbau des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung <i>Einseitig deckungsfähig in Höhe von 185,0 Tsd. € (2013) bzw. 195,0 Tsd. € (2014) zu Lasten von Kap. 03 23 Tit. 883 01 für den auf den Feuerwehrrbereich entfallenden Anteil. Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.897,5 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	+1.542,5	1.542,5	A B	+1.702,5	1.702,5
	Gesamtausgaben	A B	15.871,6 +2.120,0	17.991,6	A B	15.141,8 +2.780,0	17.921,8
	Abschluss						
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.088,6 -	1.088,6	A B	1.195,7 -	1.195,7
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	4.185,6 +577,5	4.763,1	A B	3.750,6 +1.077,5	4.828,1
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	918,9 -	918,9	A B	333,3 -	333,3
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	9.678,5 +1.542,5	11.221,0	A B	9.862,2 +1.702,5	11.564,7
	Gesamtausgaben	A B	15.871,6 +2.120,0	17.991,6	A B	15.141,8 +2.780,0	17.921,8
	Zuschuss	A B	15.871,6 2.120,0	17.991,6	A B	15.141,8 2.780,0	17.921,8

03 24

Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Erläuterungen

Zu 03 24/614 01

Erhöhung der Zuweisung an den Katastrophenschutzfonds zur Stärkung des staatlichen Investitionsprogramms im Katastrophenschutz.

Die Mittelerhöhung erfordert in der Anlage B (Sondervermögen "Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes") nachstehende Folgeänderungen für 2014:

Kap. 8047 /

Titel 332 01 "Zuführungen des Freistaates Bayern": + 500,0 Tsd. € = 4.175,0 Tsd. €,

Titel 811 01 "Beschaffung von Einsatzfahrzeugen": + 290,0 Tsd. € = 1.600,0 Tsd. €,

Titel 812 01 "Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen": + 210,0 Tsd. € = 1.308,0 Tsd. €.

Zu 03 24/685 01

Der Freistaat Bayern unterstützt den laufenden Betrieb des Hubschraubersimulationszentrums im Bergwacht-Zentrum für Sicherheit und Ausbildung. Hierunter zählen u. a. Personalkosten, Kosten für Versicherung, Einsatzmittel und Schutzausrüstung.

Enthalten ist der in den Haushaltsjahren voraussichtlich auf Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei entfallende Kostenanteil, für den Feuerwehrranteil erfolgt die Deckung aus Kap 03 23 Tit. 883 01 (siehe Haushaltsvermerk: Anteil Feuerwehr Tit. 685 01 und 894 02: 500,0 Tsd. €).

Zu 03 24/894 02

Der Freistaat Bayern unterstützt den Ausbau des Bergwacht-Zentrums für Sicherheit und Ausbildung zu einem organisationsübergreifenden Hubschraubersimulationszentrum für Rettungsdienst, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei. Enthalten ist der in den Haushaltsjahren voraussichtlich auf Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Spezialeinheiten der Polizei entfallende Kostenanteil; für den Feuerwehrranteil erfolgt die Deckung aus Kap. 03 23 Tit. 883 01 (siehe Haushaltsvermerk: Anteil Feuerwehr Tit. 685 01 und 894 02: 500,0 Tsd. €).

Epl. 03A Staatsministerium des Innern - Allgemeine Innere Verwaltung -

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss Epl. 03A						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	427.823,6 -	427.823,6	A B	427.906,1 -	427.906,1
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	22.707,0 -	22.707,0	A B	14.271,7 -	14.271,7
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	28.557,0 -	28.557,0	A B	29.568,0 -	29.568,0
	Gesamteinnahmen	A B	479.087,6 -	479.087,6	A B	471.745,8 -	471.745,8
	Personalausgaben	A B	3.160.424,9 +2.300,0	3.162.724,9	A B	3.238.201,4 -	3.238.201,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 40.066,0 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 26.214,9	A B	360.591,6 +27,5	360.619,1	A B	370.102,5 -	370.102,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 25.971,0	A B	55.102,0 +737,5	55.839,5	A B	50.183,2 +1.237,5	51.420,7
	Baumaßnahmen Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 51.100,0 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 53.465,0	A B	101.723,6 -	101.723,6	A B	79.933,8 -	79.933,8
	Sonstige Sachinvestitionen Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 35.997,2 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 26.734,2	A B	76.666,4 -	76.666,4	A B	75.539,6 -	75.539,6
	Investitionsförderungsmaßnahmen Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 54.119,9 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 39.800,0	A B	86.790,9 +1.355,0	88.145,9	A B	97.360,3 +1.542,5	98.902,8
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	-3.637,1 -	-3.637,1	A B	-3.577,9 -	-3.577,9
	Gesamtausgaben	A B	3.837.662,3 +4.420,0	3.842.082,3	A B	3.907.742,9 +2.780,0	3.910.522,9
	Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 207.254,1 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 146.214,1						
	Zuschuss	A B	3.358.574,7 4.420,0	3.362.994,7	A B	3.435.997,1 2.780,0	3.438.777,1

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen
Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und
Forsten**

Berichtersteller: **Kurt Eckstein**
Mitberichtersteller: **Reinhold Strobl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

Bei Kap. 08 03 (Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft) werden die Ansätze

- a) bei Tit. 683 19 (Zuschüsse für produktionstechnische und betriebswirtschaftliche Verbundberatung in der Landwirtschaft) in 2013
von 6.184.000,-- €
um 1.200.000,-- €
auf 7.384.000,-- €,
- b) bei Tit. 887 75 (Zuschüsse für Dorferneuerungsmaßnahmen) in 2013
von 6.500.000,-- €
um 1.000.000,-- €
auf 7.500.000,-- €
und
- c) bei Tit. 684 80 (Zuschüsse an nichtstaatliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen) in 2013
von 1.610.000,-- €
um 300.000,-- €
auf 1.910.000,-- €
erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 08 02, 08 03 und 08 05 entsprechend der **Nachschubliste der Staatsregierung** geändert (Anlage).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft (Kap. 08 03 Tit. 683 19) Drs. 16/14669
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Maßnahmen zur Begleitung des demografischen Wandels im ländlichen Raum (Kap. 08 03 TG 75) Drs. 16/14670
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft (Kap. 08 03 TG 79 - 80) Drs. 16/14671

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Stellenmehrung im Ministerium
(Kap. 08 01 Tit. 422 01)
Drs. 16/14521
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Nutzung staatlicher Schlösser
(Kap. 08 02 Tit. 981 16)
Drs. 16/14522
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pressearbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 16/14523
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 16/14527
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 16/14473
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 16/14474
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 16/14483
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pflanzenzucht
(Kap. 08 03 Tit. 683 20)
Drs. 16/14528
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme
(Kap. 08 03 Tit. 683 38)
Drs. 16/14525
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/14475
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketingagentur, Ausstellungen und Kongresse; Regionalvermarktung hat Vorrang!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/14484
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Agrarmarketing
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/14526

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 44)
Drs. 16/14485
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Ausbildung und zum Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern
(Kap. 08 03 Tit. 684 01)
Drs. 16/14472
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 16/14529
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gesamtkonzept "Nachwachsende Rohstoffe"
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 16/14486
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbesserung der heimischen Eiweißversorgung durch finanzielle Unterstützung der Futtertrocknungen
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 16/14476
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung
(Kap. 08 03 TG 55 und Kap. 08 20 Tit. 533 51)
Drs. 16/14530
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 16/14477
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ernährungsbildung - Kochen in Grundschulen und Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 16/14478
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Die Kulapmaßnahmen Schnitzzeitpunkt (A 28) und Sommerweidehaltung für Rinder (A 49) wieder anbieten, sowie die Programme einjährige Blühstreifen und Erhalt und Neuanlage von Streuobstwiesen ab 2013 neu installieren
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
Drs. 16/14487
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einzelbetriebliche Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 16/14479
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einzelbetriebliche Förderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 16/14531
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 16/14480

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Alm-/Alpwegebau
(Kap. 08 03 Tit. 893 87)
Drs. 16/14532
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung - insbesondere Förderung des Imker- und Schäfernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 16/14481
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 16/14488
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte
(Kap. 08 04 Tit. 892 14)
Drs. 16/14533
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: "Gewinnablieferung"
(Kap. 08 05 Tit. 121 11)
Drs. 16/14534
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zentrum Nachhaltigkeit Wald
(Kap. 08 05 Tit. 893 01)
Drs. 16/14535
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erweiterung der Forschungsvorhaben um den Bereich des Lärmschutzwaldes
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 16/14489
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2012
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 16/14490
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Umsetzung von Stellen aus der Landesanstalt für Landwirtschaft in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten
(Kap. 08 20 und 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 16/14536
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ankauf Hengste
(Kap. 08 20 Tit. 812 84)
Drs. 16/14537
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth
(Kap. 08 30 Tit. 422 21)
Drs. 16/14491
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmarr Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 16/14492

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für die Wasserberatung
(Kap. 08 40 Tit. 428 01)
Drs. 16/14482
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben
(Kap. 08 40 Tit. 511 22)
Drs. 16/14493
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Besserstellung des Präsidenten der Führungsakademie
(Kap. 08 42 Tit. 422 01 a))
Drs. 16/14538

Folgender Änderungsantrag wurde von den Antragstellern im Laufe der Beratung zurückgezogen:

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bankenvergütung
(Kap. 08 03 Tit. 547 03)
(Drs. 16/14524)

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 08 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 08 in seiner 190. Sitzung am 13. November 2012 und in seiner 192. Sitzung am 27. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage

Freistaat Bayern

Nachschubliste**Doppelhaushalt 2013/2014**

zum

Entwurf des Einzelplans 08

Staatsministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und ForstenHinweis:

Die in den Spalten 4 und 6 angegebenen neuen Sollbeträge berücksichtigen sowohl die Änderungsvorschläge dieser Nachschubliste der Staatsregierung als auch bereits die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bisher beschlossenen Änderungsanträge.

Die in den Summenzeilen gegenüber dem Regierungsentwurf (Betrag A) errechneten Betragsänderungen (Betrag B) umfassen beide Veränderungen. Die Summen weichen daher von den in dieser Nachschubliste dargestellten Einzeländerungen insoweit ab, als der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bereits anderweitige Änderungen am Regierungsentwurf beschlossen hat.

08 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 08

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Sächliche Verwaltungsausgaben						
519 02-1	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	A	392,0	892,0	A	392,0	392,0
512	(Forstliche Liegenschaften) <i>Vermerk unverändert.</i>	B	+500,0		B		
	Gesamtausgaben	A	219.620,5	220.120,5	A	225.436,5	225.436,5
		B	+500,0		B	-	
	Abschluss						
	Personalausgaben	A	214.475,3	214.475,3	A	220.291,3	220.291,3
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	5.250,5	5.750,5	A	5.250,5	5.250,5
		B	+500,0		B	-	
	Baumaßnahmen	A	88,0	88,0	A	88,0	88,0
		B	-		B	-	
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	-193,3	-193,3	A	-193,3	-193,3
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	219.620,5	220.120,5	A	225.436,5	225.436,5
		B	+500,0		B	-	
	Zuschuss	A	219.620,5	220.120,5	A	225.436,5	225.436,5
		B	500,0				

08 02**Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 08****Erläuterungen****Zu 08 02/519 02**

Mehr 500,0 Tsd. € zur dringend notwendigen Instandhaltung der Bausubstanz. Umschichtung von Kap. 08 03 Tit. 683 72.

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen						
671 01-4 523	Erstattung von Aufwendungen für die Untersuchung der Anlieferungsmilch auf der Basis der Milchgüterverordnung <i>Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zur Deckung eines besonderen Bedarfs für Zwecke der Bayerischen Milchwirtschaft im Jahr 2013 einmalig Mittel auf Tit. 683 39, TG 53 und TG 79-80 umzusetzen. Mit der Ermächtigung soll beihilferechtlichen Unwägbarkeiten im EU-Recht Rechnung getragen werden können. Sie steht unter der Maßgabe, dass sowohl im Jahr 2013 als auch für das Jahr 2013 keine Erstattungen nach Art. 6 Abs. 2 Tired 1 - 5 BayAgrarWiG erfolgen. Die Mittel sind übertragbar.</i>	A B	2.670,0	2.670,0	A B	2.670,0	2.670,0
683 39-6 521	Absatzförderung, Agrarmarketing, Ausstellungen und Kongresse <i>Einseitig deckungsfähig zu Gunsten 683 12. Die Mittel sind übertragbar. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahme bei 261 02. Aus diesen Mitteln können die Ansätze des Epl. 15 verstärkt werden. Vgl. Vermerk zu Tit. 671 01. Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 5.500,0 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 5.500,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	6.000,0	6.000,0	A B	6.000,0	6.000,0
	Titelgruppen						
	53 Forschungsvorhaben						
	<i>Titel der TG gegenseitig deckungsfähig und übertragbar. Gegenseitig deckungsfähig mit TG 54. Einseitig deckungsfähig zu Lasten 683 17, TG 55 und 96. Vgl. Vermerke zu Tit. 671 01 und zu TG 72-74. Aus diesen Mitteln können die einschlägigen Ansätze des Einzelplans 15 verstärkt werden. Die Ansätze der TG 53 können aus den bei Kap. 12 04 TG 72 und 81 veranschlagten Mittel verstärkt werden. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei 231 34.</i>						
547 53-3 165	Sachaufwand für Forschungsvorhaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 700,0 Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 700,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	1.000,0	1.000,0	A B	1.000,0	1.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	2.450,0 -	2.450,0	A B	2.450,0 -	2.450,0

08 03

Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Erläuterungen

Zu 08 03/671 01

Augrund EU-beihilferechtlicher Unwägbarkeiten ist ungewiss, ob die Erstattungen nach Art. 6 Abs. 2 BayAgrarWiG von Aufwendungen für übertragene Aufgaben weiterhin geleistet werden dürfen. Um diesem Umstand bei Bedarf Rechnung zu tragen, wird im Haushaltsvermerk zu Kap. 08 03 Tit. 671 01 vorsorglich eine Ermächtigung zur Umsetzung von Mitteln ausgebracht.

Zu 08 03/683 39

Vgl. Vermerk zu Tit. 671 01.

Zu 08 03/53

Vgl. Vermerk zu Tit. 671 01.

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	59 Förderung gesunder Ernährung <i>Vermerk unverändert.</i>						
683 59-1 523	Zuschüsse zur Verbraucheraufklärung in Ernährungsfragen und für Projekte zur ernährungsbezogenen Gesundheitsförderung <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	3.000,0 -300,0	2.700,0	A B	3.000,0	3.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B	5.069,9 -300,0	4.769,9	A B	5.069,9 -	5.069,9
	72 - 74 Maßnahmen nach VO (EG) Nr. 1698/2005 zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) <i>Vermerk unverändert.</i>						
683 72-4 521	Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen - Landesmittel - <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 72.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 72.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 72.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 bis 2017 jährlich Tsd. € 18.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2014 in Höhe von 72.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2015 bis 2018 jährlich Tsd. € 18.000,0</i>	A B	80.865,5 -800,0	80.065,5	A B	80.865,5	80.865,5
892 74-9 521	Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen <i>Vermerk unverändert.</i> <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 20.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	24.886,7 +2.500,0	27.386,7	A B	24.886,7 +2.500,0	27.386,7
	Summe der Titelgruppe	A B	315.962,7 +1.700,0	317.662,7	A B	315.962,7 +2.500,0	318.462,7

08 03

Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Erläuterungen

Zu 08 03/683 59

Weniger 300,0 Tsd. € wegen Umschichtung nach Kap. 08 03 Tit. 533 80.

Zu 08 03/683 72

Weniger 800,0 Tsd. €. Umschichtung nach Kap. 08 02 Tit. 519 02 und Kap. 08 05 Tit. 683 85.

Zu 08 03/892 74

Mehr jeweils 2.500,0 Tsd. € zur Verbesserung der artgerechten Tierhaltung in der Landwirtschaft.

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Angemessene Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft							
Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	79 - 80 Maßnahmen zur Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft <i>Titel der TG übertragbar.</i> <i>Gegenseitig deckungsfähig: 459 80, 532 80, 533 80, 534 80, 547 80, 681 80, 633 80, 684 80, 686 80, 883 80.</i> <i>Einseitig deckungsfähig: 686 80 zu Gunsten 633 79.</i> <i>Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Isteinnahmen bei 111 22, 111 23, 261 03 und 261 04 sowie um die Mehreinnahmen bei 111 21.</i> <i>Vgl. Vermerk zu Tit. 671 01.</i>						
533 80-6 153	Sachaufwand für die Durchführung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen	A B	245,0 +300,0	545,0	A B	245,0	245,0
	Summe der Titelgruppe	A B	7.660,0 +600,0	8.260,0	A B	7.660,0 -	7.660,0
	Gesamtausgaben	A B	445.362,3 +4.200,0	449.562,3	A B	445.186,4 +2.500,0	447.686,4

08 03

Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Erläuterungen

Zu 08 03/79 - 80

Vgl. Vermerk zu Tit. 671 01.

Zu 08 03/533 80

Mehr 300,0 Tsd. € zur Durchführung dringend erforderlicher Fortbildungsmaßnahmen im Bereich Landwirtschaft.
Umschichtung von Tit. 683 59.

08 03 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Landwirtschaft

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	2.530,0 -	2.530,0	A B	2.530,0 -	2.530,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	2.445,5 -	2.445,5	A B	2.445,5 -	2.445,5
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	124.726,0 -	124.726,0	A B	124.576,0 -	124.576,0
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	70.015,0 -	70.015,0	A B	70.015,0 -	70.015,0
	Gesamteinnahmen	A B	199.716,5 -	199.716,5	A B	199.566,5 -	199.566,5
	Personalausgaben	A B	8.384,9 -	8.384,9	A B	8.384,9 -	8.384,9
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	14.747,2 +300,0	15.047,2	A B	14.741,3 -	14.741,3
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	275.745,5 +400,0	276.145,5	A B	275.595,5 -	275.595,5
	Sonstige Sachinvestitionen	A B	194,0 -	194,0	A B	194,0 -	194,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	146.290,7 +3.500,0	149.790,7	A B	146.270,7 +2.500,0	148.770,7
	Gesamtausgaben	A B	445.362,3 +4.200,0	449.562,3	A B	445.186,4 +2.500,0	447.686,4
	Zuschuss	A B	245.645,8 4.200,0	249.845,8	A B	245.619,9 2.500,0	248.119,9

08 05 Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
	Ausgaben						
	Titelgruppen						
	85 Maßnahmen zur Förderung der Jagd <i>Vermerk unverändert.</i>						
683 85-4 531	Zuschüsse für laufende Zwecke	A B	1.200,0 +300,0	1.500,0	A B	1.200,0 -	1.200,0
	Summe der Titelgruppe	A B	1.259,8 +300,0	1.559,8	A B	1.259,8 -	1.259,8
	Gesamtausgaben	A B	29.217,5 +300,0	29.517,5	A B	29.137,5 -	29.137,5
	Abschluss						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	1.200,0 -	1.200,0	A B	1.200,0 -	1.200,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	70.010,0 -	70.010,0	A B	70.010,0 -	70.010,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	445,0 -	445,0	A B	445,0 -	445,0
	Gesamteinnahmen	A B	71.655,0 -	71.655,0	A B	71.655,0 -	71.655,0
	Personalausgaben	A B	4,3 -	4,3	A B	4,3 -	4,3
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	2.826,5 -	2.826,5	A B	2.826,5 -	2.826,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen	A B	15.436,7 +300,0	15.736,7	A B	15.356,7 -	15.356,7
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	10.950,0 -	10.950,0	A B	10.950,0 -	10.950,0
	Gesamtausgaben	A B	29.217,5 +300,0	29.517,5	A B	29.137,5 -	29.137,5
	Zuschuss	B	300,0				
	Überschuss	A	42.437,5	42.137,5	A	42.517,5	42.517,5

08 05

Allgemeine Bewilligungen - Bereich Forsten

Erläuterungen

Zu 08 05/683 85

Mehr 300,0 Tsd. € für die einmalige Förderung der Neugestaltung der Ausstellung des Deutschen Jagd- und Fischereimuseums in München anlässlich des 75-jährigen Jubiläums im Jahr 2013. Umschichtung von Kap. 08 03 Tit. 683 72.

Epl. 08 Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss Epl. 08						
	Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben sowie EU-Eigenmittel	A B	3.730,0 -	3.730,0	A B	3.730,0 -	3.730,0
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	89.339,0 -	89.339,0	A B	89.339,0 -	89.339,0
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	183.207,8 -	183.207,8	A B	183.057,8 -	183.057,8
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungseinnahmen	A B	125.189,3 -	125.189,3	A B	125.189,3 -	125.189,3
	Gesamteinnahmen	A B	401.466,1 -	401.466,1	A B	401.316,1 -	401.316,1
	Personalausgaben	A B	535.376,3 -	535.376,3	A B	547.896,6 -	547.896,6
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 9.580,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 9.580,0	A B	82.945,0 +800,0	83.745,0	A B	81.659,1 -	81.659,1
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Aus- nahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 110.185,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 110.185,0	A B	375.875,2 +700,0	376.575,2	A B	375.645,2 -	375.645,2
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 10.920,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 19.970,0	A B	11.328,0 -	11.328,0	A B	13.028,0 -	13.028,0
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.009,8 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 4.210,0	A B	7.398,3 -	7.398,3	A B	7.039,8 -	7.039,8
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 113.820,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 109.320,0	A B	248.922,9 +3.500,0	252.422,9	A B	248.902,9 +2.500,0	251.402,9
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	6.853,3 -	6.853,3	A B	6.899,3 -	6.899,3
	Gesamtausgaben	A B	1.268.699,0 +5.000,0	1.273.699,0	A B	1.281.070,9 +2.500,0	1.283.570,9
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 249.514,8 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 253.265,0						
	Zuschuss	A B	867.232,9 5.000,0	872.232,9	A B	879.754,8 2.500,0	882.254,8

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15030 des HA vom 27.11.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

Berichterstatter: **Karsten Klein**
Mitberichterstatter: **Dr. Paul Wengert**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 07 03 (Allgemeine Wirtschaftsförderung) werden die Ansätze
 - a) bei Tit. 686 60 (Zuschüsse und Sonstige Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung) in 2013

von	19.050.000,-- €
um	400.000,-- €
auf	19.450.000,-- €

und in 2014

von	20.150.000,-- €
um	400.000,-- €
auf	20.550.000,-- €,
 - b) bei Tit. 683 62 (Zuschüsse und Sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms „Neue Werkstoffe“ in 2013

von	2.700.000,-- €
um	500.000,-- €
auf	3.200.000,-- €

- c) bei Tit. 683 65 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien) in 2013

von	7.400.000,-- €
um	500.000,-- €
auf	7.900.000,-- €,
- d) bei Tit. 683 69 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Unterstützung von Unternehmensgründungen im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien) in 2013 und 2014 jeweils

von	200.000,-- €
um	300.000,-- €
auf	500.000,-- €,
- e) bei Tit. 686 69 (Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur angewandten Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien) in 2013

von	9.650.000,-- €
um	1.000.000,-- €
auf	10.650.000,-- €

und in 2014

von	9.650.000,-- €
um	1.500.000,-- €
auf	11.150.000,-- €

erhöht.
2. Bei Kap. 07 05 (Verkehrswesen, Energiewirtschaft, Landesentwicklung) werden die Ansätze bei Tit. 633 58 (Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an Sonstige für bedarfsorientierte Bedienformen des allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum) in 2013 und 2014 jeweils

von	2.000.000,-- €
um	250.000,-- €
auf	2.250.000,-- €

erhöht.

Ferner werden die Ansätze und Vermerke bei Kap. 07 03 und 07 07 entsprechend den **Nachschublisten der Staatsregierung** geändert (Anlage 1 - 3).

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund dieser Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Durchführung des Aktionsprogramms „Neue Werkstoffe“
(Kap. 07 03 Tit. 683 62)
Drs. 16/14826
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU,
Thomas Hacker, Karsten Klein,
Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Allgemeine Wirtschaftsförderung - Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 Tit. 683 65)
Drs. 16/13903
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein,
Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP),
Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Informations- und Kommunikationstechnologie-Förderung
(Kap. 07 03 Tit. 683 69)
Drs. 16/13904
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein,
Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP),
Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Informations- und Kommunikationstechnologie-Förderung
(Kap. 07 03 Tit. 686 69)
Drs. 16/13905

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU,
Thomas Hacker, Karsten Klein,
Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ergänzende ÖPNV-Maßnahmen
(Kap. 07 05 Tit. 633 58)
Drs. 16/14894

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mittel für die Infrastruktur Nichtbundeseigener Eisenbahnen
(Kap. 07 07 neuer Tit.)
Drs. 16/14660
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer,
Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für die "Nebenstaatskanzlei" des stellvertretenden Ministerpräsidenten
(Kap. 07 01 und 07 02)
Drs. 16/13871
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 07 01 Tit. 428 11 und 531 21)
Drs. 16/13906
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ausgaben zur Förderung des Handwerks
(Kap. 07 03 TG 51 - 52)
Drs. 16/13907
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ausgaben zur Förderung der Wirtschaft
(Kap. 07 03 TG 55 - 59)
Drs. 16/13908

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Entwicklungsprojekt Smart Operator/Virtuelles Kraftwerk
(Kap. 07 03 TG 60 - 61)
Drs. 16/13844
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Konzepterstellung künftiger Stromspeicherung in bzw. für Bayern
(Kap. 07 03 TG 60 - 61 neuer Tit.)
Drs. 16/13845
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderprogramm "Elektromobilität"
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 16/13846
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Luft- und Raumfahrttechnologien
(Kap. 07 03 TG 62 - 67 Tit. 683 65)
Drs. 16/13909
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine schnelle Umsetzung biotechnologischer Forschungsergebnisse
(Kap. 07 03 Tit. 686 64 und 892 64)
Drs. 16/13910
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
Streichung der Mittel für die Clusterförderung
(Kap. 07 03 TG 92 Tit. 686 92)
Drs. 16/13911
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Breitband
(Kap. 07 04 Tit. 883 72)
Drs. 16/13847
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Breitbandkompetenzzentrum
(Kap. 07 04 Tit. 546 72)
Drs. 16/13872
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 16/13848
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72)
Drs. 16/13873
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christa Naaß, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Sonderprogramm zur Weiterentwicklung des Fränkischen Seenlandes
(Kap. 07 04 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 16/13874
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs einschließlich Saisonverlängerung
(Kap. 07 04 TG 78)
Drs. 16/13912
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Modellprojekt Elektrobus
(Kap. 07 05 Tit. 686 57)
Drs. 16/13851
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine weitere Förderung des Nahluftverkehrs
(Kap. 07 05 TG 74)
Drs. 16/13913

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energie-Projektmanager - Zuschüsse an Kommunen für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 Tit. 526 75)
Drs. 16/13875
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung innovativer Energietechnologien und der Energieeffizienz; Energieagenturen
(Kap. 07 05 Tit. 893 75)
Drs. 16/13849
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energetische Sanierung von privaten Geschossmietwohnungen
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 16/13876
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energetische Sanierung - Abwrackprämie für Heizkessel
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 16/13877
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
Modernisierung alter Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 16/13878
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energiewende - Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung von Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 16/13879

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner, Dr. Thomas Beyer u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Energieberatung für Bewohner von gefördertem Wohnungsbau
(Kap. 07 05 TG 75 - 76 neuer Tit.)
Drs. 16/13880
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Konkrete Markteinführung für kleine KWK-Anlagen statt undurchschaubare Förderung von Modellprojekten
(Kap. 07 05 TG 75 - 76)
Drs. 16/13914
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zugbestellungen zur Erhöhung der Taktdichten
(Kap. 07 07 Tit. 682 03 Tit. 892 05)
Drs. 16/13915
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Programm zur Modernisierung bayerischer Bahnhöfe
(Kap. 07 05 neue TG)
Drs. 16/13881

II. Bericht:

1. Der Einzelplan 07 wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Eine Mitberatung durch andere Ausschüsse erfolgte gemäß § 148 Satz 3 GeschO nicht.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan 07 in seiner 183. Sitzung am 16. Oktober 2012 und in seiner 194. Sitzung am 28. November 2012 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Georg Winter
Vorsitzender

Anlage 1

Freistaat Bayern

Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A Bisheriger Betrag 2014 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Ausgaben				
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen				
685 02- 9 162	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den laufen- den Betrieb des Ludwig-Erhard-Hauses in Fürth	A B +100,0	100,0	A B +200,0	200,0
	Titelgruppen				
	62 - 67 Ausgaben zur Förderung neuer Tech- nologien und des Technologietransfers <i>Vermerk unverändert.</i>				
893 62- 4 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitio- nen zur Förderung neuer Technologien und ihrer wirtschaftlichen Verwertung <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B 5.500,0	5.500,0	A B 6.000,0	6.000,0
893 66- 0 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitio- nen für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet" sowie für die bayerischen Modellregio- nen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 12.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm.</i> <i>2013 in Höhe von 12.000,0 Tsd. € werden fällig</i> <i>frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 6.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 6.000,0</i>	A B 10.000,0	10.000,0	A B 6.000,0	6.000,0
	Summe der Titelgruppe	A B 60.000,0 -	60.000,0	A B 53.500,0 -	53.500,0
	Gesamtausgaben	A B 283.147,6 +100,0	283.247,6	A B 268.903,8 +200,0	269.103,8

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/685 02

Der Ministerrat hat beschlossen, zu den Haushaltsberatungen im Bayerischen Landtag einen Vorschlag für ein "Bayerisches Kulturkonzept" vorzulegen. Die Förderung des laufenden Betriebs des geplanten Ludwig-Erhard-Hauses in Fürth ist Bestandteil des "Bayerischen Kulturkonzepts".

Zu 07 03/893 62

Die Bewilligung des vorgesehenen Zuschusses zum Aufbau eines Anwenderzentrums für Karbonfaser-Technologien in Augsburg kann voraussichtlich erst im Jahr 2013 erfolgen. Dazu ist die erneute Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung notwendig. Die Verpflichtungsermächtigung 2012 wird insoweit nicht in Anspruch genommen.

Zu 07 03/893 66

Der Freistaat Bayern beteiligt sich am bayerisch-sächsischen Schaufensterprojekt „Elektromobilität verbindet“ mit insgesamt 15,0 Mio. €. Davon werden Beiträge im Umfang von 3,0 Mio. € im Rahmen der Modellregionen Elektromobilität eingebracht. Zusätzlich bereitgestellt werden 12,0 Mio. €, davon 2014 6,0 Mio. €. Entgegen den Annahmen bei der Haushaltsaufstellung muss die Bewilligung der zusätzlich bereitgestellten Mittel aufgrund der Vorgaben des Bundes bereits 2013 erfolgen. Dazu ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe notwendig.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013		Neuer Betrag 2013	A Bisheriger Betrag 2014		Neuer Betrag 2014
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €			B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		
1	2	3		4	5		6
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 41.850,0 B -		41.850,0	A 42.331,5 B -		42.331,5
	Gesamteinnahmen	A 41.850,0 B -		41.850,0	A 42.331,5 B -		42.331,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 137,0 B -		137,0	A 137,0 B -		137,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 181.312,9 B +100,0		181.412,9	A 183.003,2 B +200,0		183.203,2
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 101.697,7 B -		101.697,7	A 85.763,6 B -		85.763,6
	Gesamtausgaben	A 283.147,6 B +100,0		283.247,6	A 268.903,8 B +200,0		269.103,8
	Zuschuss	A 241.297,6 B 100,0		241.397,6	A 226.572,3 B 200,0		226.772,3

Epl. 07 Epl. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013	Neuer	A Bisheriger Betrag 2014	Neuer
		B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Betrag 2013 Tsd. €	B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Betrag 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
	Abschluss Epl. 07				
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schul- dendienst u. dgl.	A 101.513,8 B -	101.513,8	A 102.513,8 B -	102.513,8
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 1.119.366,2 B -	1.119.366,2	A 1.136.047,7 B -	1.136.047,7
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuwei- sungen und Zuschüssen für Investitionen, beson- dere Finanzierungseinnahmen	A 63.207,0 B -	63.207,0	A 63.207,0 B -	63.207,0
	Gesamteinnahmen	A 1.284.087,0 B -	1.284.087,0	A 1.301.768,5 B -	1.301.768,5
	Personalausgaben	A 71.144,7 B -	71.144,7	A 72.720,4 B -	72.720,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 3.200,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 3.200,0</i>	A 96.080,3 B -	96.080,3	A 95.833,5 B -	95.833,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 5.666.558,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 4.413.254,0</i>	A 1.234.985,9 B +100,0	1.235.085,9	A 1.191.276,2 B +200,0	1.191.476,2
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 5.300,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 8.300,0</i>	A 3.737,4 B -	3.737,4	A 4.937,4 B -	4.937,4
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 7.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 7.000,0</i>	A 4.203,3 B -	4.203,3	A 5.258,9 B -	5.258,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 338.800,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 294.700,0</i>	A 525.279,7 B -	525.279,7	A 578.488,6 B -	578.488,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A 1.525,2 B -	1.525,2	A 1.565,7 B -	1.565,7
	Gesamtausgaben	A 1.936.956,5 B +100,0	1.937.056,5	A 1.950.080,7 B +200,0	1.950.280,7
	Zuschuss	A 652.869,5 B 100,0	652.969,5	A 648.312,2 B 200,0	648.512,2

Anlage 2

Freistaat Bayern

2. Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Hinweis:

Die in den Spalten 4 und 6 angegebenen neuen Sollbeträge berücksichtigen sowohl die Änderungsvorschläge dieser Nachschubliste der Staatsregierung als auch bereits die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bisher beschlossenen Änderungsanträge einschl. der ersten Nachschubliste vom 9. Oktober 2012.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
883 01-0 651	Förderung des Neubaus einer Messehalle in Augsburg <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 1.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	 +500,0	500,0	A B	 +1.500,0	1.500,0
	Titelgruppen						
	60 - 61 Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung <i>Vermerk unverändert.</i>						
686 60-7 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Wirtschaftsforschung <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 26.750,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 26.750,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 15.250,0</i> <i>2015 Tsd. € 7.500,0</i> <i>2016 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	 +2.000,0	21.050,0	A B	 +2.000,0	22.150,0
	Summe der Titelgruppe	A B	 +2.000,0	28.850,0	A B	 +2.000,0	29.950,0
	62 - 67 Ausgaben zur Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers <i>Vermerk unverändert.</i>						
683 65-5 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung von Luft- und Raumfahrttechnologien <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 19.300,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 19.300,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 9.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 8.300,0</i> <i>2016 Tsd. € 2.000,0</i> <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. € 3.500,0</i> <i>Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>	A B	 +5.000,0	12.900,0	A B	 +5.000,0	12.400,0
892 64-3 165	Zuschuss zur Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 15.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 15.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 10.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 5.000,0</i>	A B	 5.000,0	5.000,0	A B	 +5.000,0	10.000,0

Erläuterungen

Zu 07 03/883 01

Im Rahmen eines Gesamtkonzepts soll der Messeplatz Augsburg dynamisch weiterentwickelt werden. Voraussetzung hierfür ist insbesondere ein entsprechender Hallenneubau, um die Attraktivität der Messe im starken regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb zu erhöhen. Mit der beabsichtigten Maßnahme wird der drittgrößte Messeplatz Bayerns deutlich aufgewertet. Zur Förderung des Hallenneubaus werden insgesamt maximal 2.000,0 Tsd. € in den Jahren 2013 und 2014 bereitgestellt.

Zu 07 03/686 60

Durch eine Optimierung sowohl der Versorgungsprozesse (Prozessinnovation) als auch der Strukturen im Gesundheitssystem (Strukturinnovationen) sollen in einer „Modellregion für innovative Gesundheitswirtschaft“ die Ausgaben im Gesundheitswesen gesenkt werden. Für 2013 und 2014 werden dafür jeweils 2.000,0 Tsd. € bereitgestellt. Die Bewilligungen sollen zum Großteil bereits 2013 erfolgen, weshalb 2013 zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung über 1.000,0 Tsd. € benötigt wird.

Zu 07 03/683 65

Zur Förderung bayerischer Luftfahrtforschungsprojekte mit Schwerpunkt bei Projekten, die die Entwicklung eines neuen zivilen Hubschraubermodells einschließlich etwaiger Komponenten der Zulieferindustrie unterstützen, sollen in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils 5.000,0 Tsd. € bereitgestellt werden.

Zu 07 03/892 64

Zur Förderung der Errichtung einer Demonstrations- und Referenzanlage der industriellen Biotechnologie sind im Haushaltsentwurf bereits 10.000,0 Tsd. €, jeweils 5.000,0 Tsd. € 2013 und 2014, vorgesehen. Bei den bisherigen Finanzplanungen wurde ein Zuschuss des Bundes in Höhe 20.000,0 Tsd. € unterstellt. Der Bund hat nunmehr mitgeteilt, dass für ihn keine Fördermöglichkeiten bestehen. Damit dieses zentrale Projekt für die Energiewende im ländlichen Raum nicht scheitert, ist eine Erhöhung der Förderung durch den Freistaat um 10.000,0 Tsd. € erforderlich.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A B Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2	3	4	5	6
893 66-0 165	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Investitionen für das Leuchtturmprojekt "Elektromobilität verbindet" sowie für die bayerischen Modellregionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 19.500,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 19.500,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 9.750,0</i> <i>2015 Tsd. € 9.750,0</i>	A 10.000,0 B	10.000,0	A 6.000,0 B +3.750,0	9.750,0
	Summe der Titelgruppe	A 60.500,0 B +5.000,0	65.500,0	A 53.500,0 B +13.750,0	67.250,0
	71 - 75 Zuschüsse an gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen gemäß Art. 91 b GG				
	71 Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Forschung e.V., München <i>Vermerk unverändert.</i>				
893 71-3 164	Zuschüsse für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 40.600,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 40.600,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 10.150,0</i> <i>2015 Tsd. € 10.150,0</i> <i>2016 Tsd. € 10.150,0</i> <i>2017 Tsd. € 10.150,0</i>	A 46.240,8 B +5.400,0	51.640,8	A 40.716,7 B +5.400,0	46.116,7
	Summe der Titelgruppe	A 51.697,5 B +5.400,0	57.097,5	A 46.446,3 B +5.400,0	51.846,3
	73 Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e.V., Köln <i>Vermerk unverändert.</i>				
893 73-1 164	Zuschüsse für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 4.000,0</i> <i>Von der veranschlagten Verpflichtungserm. 2013 in Höhe von 4.000,0 Tsd. € werden fällig frühestens in den Haushaltsjahren</i> <i>2014 Tsd. € 1.000,0</i> <i>2015 Tsd. € 1.000,0</i> <i>2016 Tsd. € 1.000,0</i> <i>2017 Tsd. € 1.000,0</i>	A 7.286,0 B +1.000,0	8.286,0	A 3.375,0 B +1.000,0	4.375,0
	Summe der Titelgruppe	A 16.403,7 B +1.000,0	17.403,7	A 12.936,1 B +1.000,0	13.936,1
	Gesamtausgaben	A 285.047,6 B +13.900,0	298.947,6	A 270.903,8 B +23.650,0	294.553,8

07 03

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Erläuterungen

Zu 07 03/893 66

Für die bayerischen Modellregionen Elektromobilität werden bislang insgesamt 30.000,0 Tsd. € (2011, 2012, 2013 jeweils 10.000,0 Tsd. €) bereitgestellt. Insbesondere aufgrund einer Ausweitung des Gebietes der Modellregion E-Wald von drei auf sechs Landkreise sind zusätzliche Mittel in Höhe von 7.500,0 Tsd. € (2014 und 2015 jeweils 3.750,0 Tsd. €) erforderlich. Um das Gesamtkonzept nicht zu gefährden, müssen die Bewilligungen bereits 2013 erfolgen. Dazu ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in entsprechender Höhe notwendig.

Zu 07 03/893 71

Für das Projekt "Effiziente Wärme-Energienutzung" beim FhG-Zentrum für Hochtemperatur-Leichtbau in Bayreuth sollen über einen Zeitraum von 5 Jahren jährlich jeweils 1.900,0 Tsd. € (insgesamt 9.500,0 Tsd. €) bereitgestellt werden. Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Energieminimierung bei der industriellen Wärmebehandlung und dessen exemplarische Umsetzung.

Am Standort Würzburg soll ein Zentrum der FhG zur Entwicklung von zellulär basierten Therapien (z. B. innovative Behandlungsmethoden für die Volkskrankheiten Arthrose und Osteoporose) aufgebaut werden. Hierfür sollen über einen Zeitraum von 5 Jahren jährlich jeweils 3.500,0 Tsd. € (insgesamt 17.500,0 Tsd. €) bereitgestellt werden.

Zu 07 03/893 73

Für den Aufbau einer Abteilung und später eines Instituts für Plasmaforschung beim DLR in Oberpfaffenhofen sollen verteilt über 5 Jahre insgesamt 5.000,0 Tsd. € bereitgestellt werden.

07 03 Allgemeine Wirtschaftsförderung

Titel FKZ		A Bisheriger Betrag 2013 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €		A Bisheriger Betrag 2014 B Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	
		Neuer Betrag 2013 Tsd. €		Neuer Betrag 2014 Tsd. €	
1	2	3		5	
	Abschluss				
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A 41.850,0 B -	41.850,0	A 42.331,5 B -	42.331,5
	Gesamteinnahmen	A 41.850,0 B -	41.850,0	A 42.331,5 B -	42.331,5
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A 137,0 B -	137,0	A 137,0 B -	137,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A 183.212,9 B +7.000,0	190.212,9	A 185.003,2 B +7.000,0	192.003,2
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A 101.697,7 B +6.900,0	108.597,7	A 85.763,6 B +16.650,0	102.413,6
	Gesamtausgaben	A 285.047,6 B +13.900,0	298.947,6	A 270.903,8 B +23.650,0	294.553,8
	Zuschuss	A 243.197,6 B 13.900,0	257.097,6	A 228.572,3 B 23.650,0	252.222,3

Epl. 07 Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A	Bisheriger Betrag 2013	Neuer Betrag 2013	A	Bisheriger Betrag 2014	Neuer Betrag 2014
		B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €	B	Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A	101.513,8	101.513,8	A	102.513,8	102.513,8
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A	1.119.366,2	1.119.366,2	A	1.136.047,7	1.136.047,7
		B	-		B	-	
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A	63.207,0	63.207,0	A	63.207,0	63.207,0
		B	-		B	-	
	Gesamteinnahmen	A	1.284.087,0	1.284.087,0	A	1.301.768,5	1.301.768,5
		B	-		B	-	
	Personalausgaben	A	71.144,7	71.144,7	A	72.720,4	72.720,4
		B	-		B	-	
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A	96.080,3	96.080,3	A	95.833,5	95.833,5
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 3.200,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 3.200,0						
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A	1.236.885,9	1.243.885,9	A	1.193.276,2	1.200.276,2
		B	+7.000,0		B	+7.000,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.677.558,0						
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 4.413.254,0						
	Baumaßnahmen	A	3.737,4	3.737,4	A	4.937,4	4.937,4
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.300,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 8.300,0						
	Sonstige Sachinvestitionen	A	4.203,3	4.203,3	A	5.258,9	5.258,9
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 7.000,0	B	-		B	-	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 7.000,0						
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A	525.279,7	532.179,7	A	578.488,6	595.138,6
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 383.400,0	B	+6.900,0		B	+16.650,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 294.700,0						
	Besondere Finanzierungsausgaben	A	1.525,2	1.525,2	A	1.565,7	1.565,7
		B	-		B	-	
	Gesamtausgaben	A	1.938.856,5	1.952.756,5	A	1.952.080,7	1.975.730,7
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 6.076.458,0	B	+13.900,0		B	+23.650,0	
	<i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 4.726.454,0						
	Zuschuss	A	654.769,5	668.669,5	A	650.312,2	673.962,2
		B	13.900,0		B	23.650,0	

Anlage 3

Freistaat Bayern

3. Nachschubliste

Doppelhaushalt 2013/2014

zum

Entwurf des Einzelplans 07

Staatsministerium für Wirtschaft,
Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Hinweis:

Die in den Spalten 4 und 6 angegebenen neuen Sollbeträge berücksichtigen sowohl die Änderungsvorschläge dieser Nachschubliste der Staatsregierung als auch der ersten Nachschubliste vom 9. Oktober 2012 und der zweiten Nachschubliste vom 20. November 2012 sowie die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen bisher beschlossenen Änderungsanträge.

07 07 Schienenpersonennahverkehr

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
1	2		3	4		5	6
	Ausgaben						
	Haushaltsvermerk unverändert.						
	Investitionsförderungsmaßnahmen						
892 05-6 741	Leistungen an private Verkehrsunternehmen für Investitionen und die Beschaffung von Fahrzeugen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs	A B	62.575,0	62.575,0	A B	125.218,0	125.218,0
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. € 459.000,0 Fällig frühestens im nächsten Haushaltsjahr.</i>						
	<i>Die Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Freigabe bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.</i>						
	Gesamtausgaben	A B	1.077.100,0 -	1.077.100,0	A B	1.093.300,0 -	1.093.300,0
	Abschluss						
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.077.100,0 -	1.077.100,0	A B	1.093.300,0 -	1.093.300,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.077.100,0 -	1.077.100,0	A B	1.093.300,0 -	1.093.300,0
	Personalausgaben	A B	445,0 -	445,0	A B	452,0 -	452,0
	Sächliche Verwaltungsausgaben	A B	1.500,0 -	1.500,0	A B	1.500,0 -	1.500,0
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	A B	957.080,0 -	957.080,0	A B	910.630,0 -	910.630,0
	Investitionsförderungsmaßnahmen	A B	118.075,0 -	118.075,0	A B	180.718,0 -	180.718,0
	Gesamtausgaben	A B	1.077.100,0 -	1.077.100,0	A B	1.093.300,0 -	1.093.300,0

Erläuterungen

Zu 07 07/892 05

Die Kosten der 2. S-Bahn-Stammstrecke betragen nach aktuellem Planungsstand 2.047 Mio. € (Anteil Bund 957 Mio. €). Daneben ist im Bau- und Finanzierungsvertrag ein Risikobudget von 500 Mio. € (Anteil Bund 300 Mio. €) vereinbart.

Zur Realisierung der 2. Stammstrecke ist vom Freistaat Bayern gegenüber der DB AG anzuzeigen, dass die Durchfinanzierung der Maßnahme gesichert ist. In diesem Fall haftet der Freistaat für den Bundesanteil.

Ausgehend von den im Rahmen des GVFG-Bundesprogramms zu erwartenden Jahrestanchen sind nach derzeitigem Stand der Bundesanteil in Höhe von 700 Mio. € sowie 300 Mio. € Anteil am Risikobudget nicht gesichert.

Die Finanzierungslücke von 700 Mio. € soll wie folgt gedeckt werden:

- Einsatz der Darlehen der Flughafengeschafter (492 Mio. €, davon Freistaat 251 Mio. €, Bund 128 Mio. € und Landeshauptstadt München 113 Mio. €). Für den Einsatz des Darlehens des Freistaats Bayern wird vorausgesetzt, dass der Bund und die Landeshauptstadt München ihre FMG-Gesellschafterdarlehen ebenfalls bereitstellen.
- Entlastung des Freistaats Bayern durch den Bund bei Bedarfsplanprojekten 108 Mio. €; die bisher hierfür eingeplanten Regionalisierungsmittel werden zur Finanzierung der 2. Stammstrecke eingesetzt unter der Voraussetzung, dass der Bund diese Bedarfsplanprojekte weiterhin zeitgerecht umsetzt.
- Bereitstellung von Landesmitteln i. H. v. 100 Mio. €.

Die veranschlagte Verpflichtungsermächtigung setzt sich dementsprechend zusammen aus dem FMG-Gesellschafterdarlehen des Freistaats Bayern von 251 Mio. € und der Finanzierung der nach Einsatz der FMG-Darlehen verbleibenden Deckungslücke von 208 Mio. €. Auf dieser Basis können die Planungen fortgeführt werden und erste Ausschreibungen erfolgen.

Die Verpflichtungsermächtigung beinhaltet deshalb nicht die Absicherung des Bundesanteils am Risikobudget. Hierüber ist zu entscheiden, wenn aufgrund der ersten Ausschreibungsergebnisse die bisherigen Kostenschätzungen aktualisiert werden können. Für eine Übernahme durch den Freistaat Bayern wäre eine zusätzliche haushaltsrechtliche Ermächtigung notwendig.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bedarf der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen.

Die im Nachtragshaushalt 2012 eingestellte Verpflichtungsermächtigung über 350 Mio. € zur Vorfinanzierung des Bundesanteils wurde nicht in Anspruch genommen.

Epl. 07 Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Titel FKZ		A B	Bisheriger Betrag 2013 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2013 Tsd. €	A B	Bisheriger Betrag 2014 Wegfall (-) Hinzu (+) Tsd. €	Neuer Betrag 2014 Tsd. €
			3	4		5	6
1	2						
	Abschluss Epl. 07						
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst u. dgl.	A B	101.513,8 -	101.513,8	A B	102.513,8 -	102.513,8
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	A B	1.119.366,2 -	1.119.366,2	A B	1.136.047,7 -	1.136.047,7
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	A B	63.207,0 -	63.207,0	A B	63.207,0 -	63.207,0
	Gesamteinnahmen	A B	1.284.087,0 -	1.284.087,0	A B	1.301.768,5 -	1.301.768,5
	Personalausgaben	A B	71.144,7 -	71.144,7	A B	72.720,4 -	72.720,4
	Sächliche Verwaltungsausgaben <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 3.200,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 3.200,0	A B	96.080,3 -	96.080,3	A B	95.833,5 -	95.833,5
	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.677.558,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 4.413.254,0	A B	1.243.885,9 -	1.243.885,9	A B	1.200.276,2 -	1.200.276,2
	Baumaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 5.300,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 8.300,0	A B	3.737,4 -	3.737,4	A B	4.937,4 -	4.937,4
	Sonstige Sachinvestitionen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 7.000,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 7.000,0	A B	4.203,3 -	4.203,3	A B	5.258,9 -	5.258,9
	Investitionsförderungsmaßnahmen <i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 842.400,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 294.700,0	A B	532.179,7 -	532.179,7	A B	595.138,6 -	595.138,6
	Besondere Finanzierungsausgaben	A B	1.525,2 -	1.525,2	A B	1.565,7 -	1.565,7
	Gesamtausgaben	A B	1.952.756,5 -	1.952.756,5	A B	1.975.730,7 -	1.975.730,7
	<i>Verpflichtungserm. 2013 Tsd. €</i> 6.535.458,0 <i>Verpflichtungserm. 2014 Tsd. €</i> 4.726.454,0						
	Zuschuss	A B	668.669,5 -	668.669,5	A B	673.962,2 -	673.962,2

Beschlussempfehlung mit Bericht 16/15019 des HA vom 28.11.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/13465

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 16/14821

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/14822

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Georg Winter, Renate Dodell u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)

Drs. 16/14823

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD

Drs. 16/14824

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:

„Art. 1 Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2013 auf 47 376 313 300 € und
2. für das Haushaltsjahr 2014 auf 48.965 561 500 € festgestellt.“
2. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 12 wird gestrichen; die bisherigen Abs. 13 und 14 werden Abs. 12 und 13.
 - b) Es werden folgende Abs. 14 und 15 angefügt:

„(14) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, aus den bei Kap. 15 70 Tit. 633 01 und Tit. 637 01 veranschlagten Mitteln (Plan-)Stellen zur Verstaatlichung des Glasmuseums Frauenau sowie des Porzellanikons in Selb und Hohenberg an der Eger zu schaffen. ²Eine Ausweitung des Stellenbestandes ist hierdurch nicht möglich.

(15) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts, zur Deckung des personellen Bedarfs in den Rechenzentren Nord und Süd sowie bei den Regierungen zur Einfüh-

rung und für den Betrieb der elektronischen Akte (Plan-) Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 15 in die Kapitel 03 07, 03 08 und 06 04 umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und/oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht.“

3. Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der UnternehmerTUM GmbH ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 1890/2 der Gemarkung Garching von bis zu 4 500 m² für die Errichtung eines Gebäudeteils des TUM Entrepreneurship Zentrums einzuräumen.“

4. Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) wird wie folgt geändert:

- a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Es wird folgende Nr. 4 eingefügt:
„4. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Justizvollzugsanstalten,“ die Worte „an der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing,“ eingefügt.“

- bb) Die Nrn. 4 bis 6 werden Nrn. 5 bis 7.

- b) In Abs. 2 werden die Worte „Nr. 4“ durch die Worte „Nr. 5“ ersetzt.

5. Es wird folgender neuer Art. 15 (Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes) eingefügt:

„Art. 15

Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes

In Art. 96 Abs. 3 Satz 5 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBl S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 13 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 94), werden die Worte

„1. 6 € je Rechnungsbeleg bei ambulanten ärztlichen, zahnärztlichen, psychotherapeutischen Leistungen sowie bei Leistungen von Heilpraktikern und Heilpraktikerinnen,

2.“

gestrichen.“

6. Die bisherigen Art. 15 bis 18 werden Art. 16 bis 19.

7. Die Anlage DBestHG 2013/2014 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgende neue Nr. 12.5.2 eingefügt.
„12.5.2 Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben
Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Gruppe 548 gilt nur als einseitige Verstärkung zu Lasten der Titel dieser Gruppe.“
- b) Die bisherige Nr. 12.5.2 wird Nr. 12.5.3.

Berichterstatter zu 1 und 4: **Hans Herold**
Berichterstatter zu 2: **Markus Reichhart**
Berichterstatter zu 3: **Claudia Stamm**
Berichterstatter zu 5: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstatter zu 1 und 4: **Volkmar Halbleib**
Mitberichterstatter zu 2, 3, 5: **Hans Herold**

II. Bericht:

- Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
Zum Gesetzentwurf wurden die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 eingereicht.
- Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 in seiner 194. Sitzung am 28. November 2012 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14823 hat der Ausschuss einstimmig Zustimmung empfohlen.
Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14821, 16/14822 und 16/14824 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 16/14821, Drs. 16/14822, Drs. 16/14823 und Drs. 16/14824 in seiner 89. Sitzung am 6. Dezember 2012 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

FDP: Zustimmung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt**.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 16/14823 hat der Ausschuss einstimmig **Zustimmung** empfohlen.

Der Änderungsantrag hat durch die Aufnahme in I. seine Erledigung gefunden.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 16/14821, 16/14822 und 16/14824 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

Georg Winter

Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags Drs. 16/14945

Dem Einzelplan 01 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und Staatskanzlei

Dem Einzelplan 02 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/14946) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten Rechnungshofs
Drs. 16/14999**

Dem Einzelplan 11 wird zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Ministerpräsident Horst Seehofer

Abg. Markus Rinderspacher

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Georg Schmid

Abg. Hubert Aiwanger

Zweiter Vizepräsident Franz Maier

Abg. Margarete Bause

Abg. Thomas Hacker

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

**Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten
und der Staatskanzlei**

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14898),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13820 mit
16/13825),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13806 mit 16/13809)
sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
16/13810 mit 16/13819)

Zu diesem Einzelplan wurde in den zurückliegenden Jahren folgende Redezeitregelung getroffen: Die Gesamtredezeit und die Zahl der Redner sind nicht begrenzt. Jeder Redner darf bis zu 15 Minuten sprechen. Auf Antrag einer Fraktion erhält ein Redner der Fraktion bis zu 45 Minuten Redezeit. Diese Redezeit kann bis zu 15 Minuten auf damit maximal 60 Minuten verlängert werden.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Herr Ministerpräsident. - Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort. Bitte sehr.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast wöchentlich gibt es von unabhängigen Stellen Erfolgsmeldungen zum Freistaat Bayern. Gestern hat der Bayerische Rundfunk seine neue Bayernstudie für das Jahr 2012 veröffentlicht. Danach leben 98 % der Menschen gerne in Bayern. Die Menschen bewerten ihre Lebensqualität wiederum deutlich höher als vor drei Jahren, und auch der Stolz auf die Heimat ist weiter gewachsen. Diese Ergebnisse zeigen, meine Damen und Herren: In Bayern lässt es sich gut leben; die

Menschen sind stolz auf "ihr" Bayern. Dass dies so ist, verdanken wir auch den anwesenden Produktköniginnen, weil sie unsere Kultur vorantreiben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir leben andererseits in einer Zeit der zwei Realitäten. Bayern und Deutschland geht es so gut wie seit Langem nicht mehr, und gleichzeitig spüren wir bei jeder Begegnung mit der Bevölkerung: Es herrschen Sorge und Unsicherheit über die Zukunft der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und der Welt. Die Menschen wissen ganz genau: Was auch immer in der Welt geschieht – wir in Bayern und Deutschland sind mit betroffen.

Mich hat ein Befund besonders elektrisiert, der nach meiner Auffassung an die Grundfesten des Vertrauens in die Zukunft und in unsere soziale Marktwirtschaft rührt. Das Emnid-Institut hat die Bürger gefragt: Werden es unsere Kinder einmal besser oder schlechter haben? – Diese Frage gibt es übrigens seit dem Zweiten Weltkrieg, und sie ist in etwa immer gleich beantwortet worden. Noch vor wenigen Jahren haben 70 % der Befragten in Deutschland wie in allen Jahrzehnten vorher geantwortet: Unsere Kinder werden es besser haben. Im Jahr 2011 haben nur noch 38 % der Gefragten so geantwortet. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es eine solche Beunruhigung und langfristige Unsicherheit aufgrund der Globalisierung, der Vernetzung, der Finanzkrise, der Weltwirtschaftskrise und der unsicheren Währung. Trotz bisher unerreichter materieller Sicherheit spüren die Menschen: Die Zeiten sind rau. Schuldenkrise, weltweit neue Konkurrenten: Europa ist nicht mehr der Nabel der Welt. In den Krisenländern gerade in Südeuropa können wir sehen, was für die Menschen auch in Deutschland immer wichtiger wird: Sicherheit, Stabilität und Zukunftsvorsorge. Diese drei Leitbegriffe sind für die Menschen von besonderer Bedeutung.

Mit unserem Haushalt, den wir in diesen Tagen beraten, werden wir genau diesen Bedürfnissen und Herausforderungen gerecht: Sicherheit, Stabilität, Zukunftsvorsorge.

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 steht für Finanzkompetenz und Wirtschaftskompetenz, für Zukunftskraft und soziale Sicherheit.

Meine Damen und Herren, zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir Bayern zur Top-Region in Europa gemacht, krisenfest und chancenreich. In Bayern geht es den Menschen besser, und vor allem können die Menschen in Bayern mit mehr Vertrauen in die Zukunft blicken als anderswo. Deshalb lautet meine erste Botschaft: Bayern gehört zu den wohlhabendsten Regionen in der Welt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Noch nie gab es im Freistaat so viele Beschäftigte. 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte - das ist ein neues Allzeithoch. Ich betone: Das sind nicht prekäre Arbeitsverhältnisse, sondern sozialversicherungspflichtige, vollwertige Arbeitsplätze, das Grundarbeitsverhältnis in einer sozialen Marktwirtschaft. Wir sind in Bayern mit einer Arbeitslosigkeit von 3,4 % nah an der Vollbeschäftigung und haben mit Abstand die niedrigste Arbeitslosenquote in ganz Deutschland. In fast der Hälfte unserer Kreise und Städte liegt die Arbeitslosenquote unter 3 %: Das ist Vollbeschäftigung, und, meine Damen und Herren, das ist soziale Sicherheit. Das Bundesländer-Ranking in der "Wirtschaftswoche" spricht Bände. Im zehnten Jahr liegt Bayern zum neunten Mal auf dem ersten Platz. Ich meine, darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was uns besonders mit Stolz erfüllen sollte, ist die Entwicklung im Vergleich des Landes. Schweinfurt hatte vor 20 Jahren noch eine Arbeitslosenquote von fast 20 %. Das war westdeutscher Höchstwert. Im Jahr 2007 hat es Schweinfurt im Prognos-Zukunftsatlas von Platz 439 auf Platz 1 geschafft. So sieht Strukturwandel in Bayern aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Schere zwischen dem stärksten und dem schwächsten Regierungsbezirk schließt sich. Der Unterschied beträgt gerade noch etwas über 1 %. Das ist eine der wichtigs-

ten Bestätigungen für unsere Chancenpolitik überall im Land und beweist: Auch in der Politik gilt der Grundsatz: Das Leben belohnt Anstrengungen und nicht Nörgeleien.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut! - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wir betreiben im Freistaat Bayern traditionell eine aktive Wirtschaftspolitik. Wir haben in der Krise 4.400 Unternehmen geholfen und damit 77.000 Arbeitsplätze erhalten, Unternehmen, bei denen wir gefragt haben: Haben Sie Produkte, die zukunftssträftig sind, mit denen Sie die Zukunft erobern können? Wir mussten ihnen dann nur vorübergehend, temporär helfen; ohne jede Öffentlichkeit haben wir eine wirksame und aktive Wirtschaftspolitik gemacht. In den letzten sieben Jahren haben wir in engem Schulterschluss mit unseren bayerischen Unternehmerinnen und Unternehmern rund 600.000 neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen. Was uns wichtig ist: Das gilt überall im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für diesen Erfolg danke ich allen Beteiligten, insbesondere dem dafür verantwortlichen Minister, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Martin Zeil und der Staatssekretärin Katja Hessel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Jugendarbeitslosigkeit ist in Bayern praktisch nicht vorhanden. Sie liegt bei 2,6 %. Das bedeutet für unsere jungen Leute: Sie haben beste Chancen im Vergleich zu den Jugendlichen im restlichen Teil Europas. Ich bin immer wieder erschüttert, wenn ich zum Beispiel nach Spanien schaue. Dort liegt der Anteil arbeitsloser junger Menschen bei über 50 %. Wir haben am Sonntagabend mit Ministerpräsident Samaras gesprochen: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Griechenland aktuell bei 57 %. Die hohen Arbeitslosenraten bei Jugendlichen in Europa sind eine Tragödie. Es ist eine Tragödie, wenn das Feuer in unseren jungen Menschen mit Hoffnungslosigkeit ausgelöscht

wird, wenn jungen Leuten signalisiert wird: Wir brauchen dich nicht, statt ihnen zu sagen: Du bist die Zukunft unseres Landes, wir brauchen dich. In Bayern gilt: Wir brauchen jeden – Erfahrene, Junge, Frauen, Männer, Facharbeiter, Akademiker, Handwerker, Dienstleister, Arbeitnehmer und Selbstständige: Jeder ist für uns wertvoll und deshalb ist Bayern das Chancenland Nummer 1 und das Zukunftsland Nummer 1.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin überzeugt – ich sagte es bereits in meiner ersten Regierungserklärung im Jahr 2008 –: Je stärker das wirtschaftliche Bayern ist, desto stärker kann das soziale Bayern sein, denn die beste Sozialpolitik ist immer noch ein sicherer Arbeitsplatz. Dafür steht unsere aktive Wirtschaftspolitik. Wir haben ein partnerschaftliches Verhältnis zu unserer Wirtschaft in Bayern, keine Planwirtschaft. Dafür steht unser christliches Menschenbild und dafür steht die soziale Marktwirtschaft. Der angelsächsische Spekulationskapitalismus ist ebenso gescheitert wie der real existierende Sozialismus. Keine andere Gesellschaftsordnung – das ist mir wichtig, weil es der Kompass für unser Handeln war – garantiert so wie unsere soziale Marktwirtschaft nachhaltig sozialen Frieden, wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb haben wir gemeinsam – CSU und FDP, Martin Zeil und ich – im Jahre 2008 eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft gefordert und für Bayern angekündigt. Ich kann heute bestätigen: Diese Renaissance der sozialen Marktwirtschaft hat in Bayern stattgefunden und sie ist von Bayern ausgegangen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Kein anderes Land hat so festen Boden unter den Füßen wie Bayern. Wir haben nämlich vor allem solide Finanzen. Wir sind auch in guten Zeiten nicht übermütig geworden. Wir haben nicht das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Wir haben in die Zukunft investiert und vorgesorgt. Ich halte es vor Wahlkampfzeiten für bemerkenswert,

wenn eine Koalition die Kraft aufbringt, trotz voller Kassen zukunftsgerichtete Politik zu machen und nicht das Geld mit vollen Händen auszugeben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es wäre ein Leichtes gewesen, bei den sprudelnden Steuereinnahmen Geschenke zu verteilen. Wir haben uns dazu nicht hinreißen lassen, und dafür danke ich unserem Finanzminister Dr. Markus Söder und seinem Staatssekretär Franz Josef Pschierer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe als Ministerpräsident auch den beiden Regierungsfractionen zu danken und insbesondere den beiden Haushaltssprechern, die für eine Regierung, genauso wie die Fraktionsvorsitzenden, harte Prüfsteine sind, aber sehr kooperativ, kameradschaftlich und kollegial zusammengewirkt haben: Danke den beiden Haushaltssprechern Georg Winter und Karsten Klein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke den beiden Fraktionsvorsitzenden, die sehr dazu beitragen, dass diese Koalition frisch und handlungsfähig ist, Georg Schmid und Thomas Hacker.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was mir im Rahmen der Finanzpolitik auch sehr wichtig ist – etwas, das wir beide, Martin Zeil und ich, übernommen haben – ist, dass auch die Bayerische Landesbank auf den Erfolgskurs zurückgekehrt ist. Die Rückzahlung von 351 Millionen Euro an staatlichen Hilfgeldern ist ein gutes Zeichen.

(Harald Güller (SPD): Aus Rücklagen!)

Mir liegt nach vier harten Restrukturierungsjahren heute sehr daran, Folgendes festzuhalten: Wir von der Bayerischen Staatsregierung haben im Zusammenhang mit der Bayerischen Landesbank in jedem Punkt Wort gehalten. Wir haben die Fehler der

Vergangenheit vollständig aufgeklärt und wir haben ein tragfähiges Zukunftsmodell entwickelt, weshalb die Europäische Kommission im Beihilfeverfahren die Bayerische Landesbank im Unterschied zur WestLB nicht zerschlagen hat. Sie hat uns dabei bestätigt: Wir haben ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell. Wir können heute sagen: Die Landesbank verursacht ab jetzt keine Kosten mehr für den Staat. Sie trägt sich selbst. Die Bank hat in Aussicht gestellt – das ist eine Folge des Beihilfeverfahrens –, dass sie in den nächsten Jahren Rückzahlungen in Höhe von 5 Milliarden Euro an den Freistaat Bayern leisten wird. So schaut ehrliche, offene und erfolgreiche Finanzpolitik aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Wo sind die Schadensersatzklagen?)

Solide Finanzen sind auch eine Frage der Gerechtigkeit. In Spanien zahlen die jungen Menschen heute die Zeche für die Verschuldungspolitik ihrer Väter. Heute zahlt der junge Grieche mit seiner Perspektivlosigkeit für die bequeme Verschuldung seiner Großeltern und Eltern. Ich kann die junge Generation in diesen Ländern verstehen, wenn sie protestiert. Immer weniger werden an immer mehr Lasten beteiligt. Wir müssen nach meiner festen Überzeugung heute eine neue Gerechtigkeitsfrage stellen. Es geht nicht nur – auch, aber nicht nur – um die Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich, sondern es geht zunehmend auch um die Gerechtigkeit zwischen heute und morgen, Gegenwart und Zukunft. Das ist die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Neue Schulden für Konsumausgaben sind eine Umverteilung zulasten der Schwächeren, nämlich unserer Kinder, und das ist ungerecht. Gerechtigkeit hat eine Zukunftsdimension und die heißt Generationengerechtigkeit. Deshalb schaffen wir zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Neuverschuldung. Der Gesamthaushalt umfasst 46,8 Milliarden Euro für das Jahr 2013 und 48,2 Milliarden Euro für das Jahr 2014. Das ist ein Konjunkturmotor mit 95 Milliarden PS in Bayern.

Wir tilgen in den nächsten beiden Jahren erneut Schulden, und zwar über eine Milliarde Euro. Das sind dann über zwei Milliarden Euro Tilgung in drei Jahren,

(Volkmar Halbleib (SPD): Auf Kosten der Vorsorge!)

rund zehn Prozent der Altschulden im allgemeinen Haushalt. Wir bleiben bei dem großen und ehrgeizigen Ziel: Bayern wird 2030 schuldenfrei.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

So war es immer in Bayern. Auch mein Vorgänger hat mir das erzählt. Als er das Ziel "ausgeglichener Haushalt" ausrief, rief die Opposition genau wie jetzt wieder: nicht machbar, nicht vermittelbar, utopisch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Stimmt auch!)

Und wir holen Sie jedes Mal in der Realität schneller ein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt hören Sie gut zu, weil das in den nächsten Monaten noch einmal eine große Rolle spielen wird. Wir tilgen. Wir vermeiden neue Schulden. Wir zahlen alte Schulden zurück – und gleichzeitig haben wir die Kraft für Reserven. Wir haben trotz dieser Weichenstellung noch Reserven von deutlich über zwei Milliarden Euro als Vorsorge für schlechtere Zeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Landesbank!)

Ich sprach eingangs davon. Wir werden sehen, wie wir jetzt konjunkturell über den Winter kommen. Im Frühjahr des nächsten Jahres werden wir dann, je nach Entwicklung, entscheiden, ob wir neue Impulse für die Konjunktur durch Investitionen setzen müssen oder ob wir eine zusätzliche Schuldentilgung durchführen können. Vielleicht sind wir sogar in der Lage zu sagen: Wir können neue Impulse setzen und Schulden-

tilgung betreiben. Jetzt sagen Sie mir mal ein Land in ganz Europa – die Welt kann ich nicht so intensiv beurteilen –, wo dies der Fall ist.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Schweiz, Österreich!)

Meine Damen und Herren, darauf kann diese Regierungskoalition stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben noch eine gute Philosophie. Schuldentilgung steht oft im Verdacht: Jetzt werden Leistungen gekürzt. Ich möchte Ihnen gar nicht alles vorlesen, was nach Ihren Behauptungen den Kommunen alles zusammengestrichen wird, was an Sozialleistungen gekürzt wird. Nicht mit einem Euro ist das passiert.

Wir haben etwas verbunden, was nach unserer Überzeugung zusammengehört und was wir auch den Krisenstaaten in Südeuropa und der Europäischen Union raten: Wir tilgen und gleichzeitig investieren wir, wie es jeder gute Betrieb macht. Er organisiert solide Finanzen, aber gleichzeitig investiert er, weil solide Finanzen ohne Investitionen auf Dauer nicht möglich sind. Deshalb werden wir jedes der beiden nächsten Jahre weit mehr als fünf Milliarden Euro in die Zukunft investieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Investitionsquote liegt auch im nächsten Jahr bei über zwölf Prozent. Auch da dürfen Sie Länder suchen, wo dies der Fall ist. Das ist deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer West in Deutschland. Wir steigern unsere Investitionsausgaben auf insgesamt über elf Milliarden Euro.

Gelegentlich wird gefragt: Welcher Anteil daran, dass wir in Bayern sichere sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse haben, ist auf die Politik zurückzuführen? Das liegt auch an dieser hohen Investitionstätigkeit in Bayern durch den Freistaat Bayern, die so hoch ist wie noch nie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen vor – dies ist ein weiteres Element: Schuldenvermeidung, Schuldentilgung, Zukunftsinvestitionen -, indem wir jährlich 100 Millionen Euro in den Bayerischen Pensionsfonds fließen lassen. Meine Damen und Herren, das ist wichtig, weil wir nur durch diese Vorsorge für unsere Beamtenpensionen gewährleisten können, dass wir die Beamtenpensionen in 20, 30 Jahren nicht wie in Südeuropa kürzen müssen, sondern sie mithilfe unseres Pensionsfonds auch bezahlen können.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das haben unsere Beschäftigten auch verdient. Ich sage heute, nach einer viereinhalbjährigen Erfahrung mit der bayerischen Staatsverwaltung: Wir haben eine wirklich exzellente Staatsverwaltung. Sie ist ein riesiges Plus für Bayern. Wir haben viel für sie getan, weil sie, die Beschäftigten, viel für unser Land getan haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sorgen vor – und gleichzeitig haben wir noch die Kraft, neues Personal einzustellen, zum Beispiel für die Justiz insgesamt 226 Stellen für Gerichte und Staatsanwaltschaften und für die Sicherheit an Gerichten mehr Wachtmeister. Auch da haben wir Wort gehalten. 2013 und 2014 werden 2.200 neue Polizisten ihren Dienst im Freistaat Bayern antreten. Wir verwirklichen auch hier einen Grundsatz vom Beginn der Legislaturperiode. Damals habe ich gesagt: Wir brauchen in Bayern nicht mehr Paragraphen, sondern mehr Polizisten. Das haben wir verwirklicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wichtig ist mir, dass wir trotz neuer Stellen für Lehrkräfte, Polizisten und Justizmitarbeiter, also für staatliche Dienstleistungen, eine Personalquote haben, die nicht steigt. Das ist verantwortliche Personalpolitik. Dort, wo die Bürger Personalzuwächse mit mehr Bürokratie verbinden, sparen wir, bauen wir ab, und dort, wo der Staat als Dienstleister für die Bürger auftritt, bauen wir auf. Das ist richtig so.

Bayern ist deshalb eines der sichersten Länder auf der Welt, und dafür möchte ich heute dem Innenminister Joachim Herrmann, seinem Staatssekretär Gerhard Eck und unserer Justizministerin Beate Merk danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein weiteres Juwel Bayerns sind die Kommunen. In Bayern gilt der Satz: Starke Kommunen, starkes Bayern. Unsere Kommunen erhalten im kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2013 die Rekordsumme von 7,8 Milliarden Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine Steigerung um 7,8 %. Dieser Zuwachs liegt wiederum höher als der Zuwachs des Gesamthaushalts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Hervorragend!)

Das schafft – man kann es nicht oft genug sagen – nicht nur Kommunalfreundlichkeit in Bayern – das ist ein Wert an sich, das ist richtig -, aber noch wichtiger ist, dass wir damit in den Kommunen und Regionen Investitionskraft und Aufträge für Handwerk und Mittelstand schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): CSU-Politik!)

Was mich besonders freut, ist eine strukturelle Weiterentwicklung des Finanzausgleichs in diesem Jahr für das nächste Jahr. Mit Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen in beachtlicher Größenordnung unterstützen wir gezielt Kommunen, die von strukturellen Härten und finanziellen Notlagen besonders betroffen sind. Zum Beispiel haben wir 2012 für die Region Wunsiedel 6,8 Millionen Euro über diesen Weg bewilligt und weitere Kommunen, gerade in Oberfranken, besonders gefördert. Für Oberfranken insgesamt sind dies zusätzlich 15 Millionen Euro.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Für 2013 haben wir einen weiteren Kraftakt der Solidarität geleistet und den Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen von 25 Millionen auf 100 Millionen Euro

vervierfacht. Kein anderes Land in Deutschland ist so kommunalfreundlich wie Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir in Bayern beweisen: Stabilität und Dynamik gehören zusammen, ich sagte es. Tilgung und Wachstum gehören zusammen. Deshalb hat, wie ich eingangs sagte, kein anderes Land diese Zukunftskraft wie Bayern.

Gelegentlich wird von Ignoranz, bayerischer Besserwisserei geredet. Ich sage Ihnen: Bayern ist der moralische Maßstab, aber nicht aus Arroganz, sondern aus Verantwortung für unsere Kinder und Enkel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, findet unsere konsequente und solide Haushaltspolitik so großen Rückhalt bei den Menschen in Bayern und löst auch Stolz auf dieses Land aus. Diese wertgebundene, verantwortungsvolle Grundhaltung macht Bayern so besonders.

(Margarete Bause (GRÜNE): Aber nicht von Ihnen!)

Uns in Bayern steht die Zukunft offen, weil wir auch das Grundprinzip der Eigenverantwortung realisieren und groß schreiben. Dieses Prinzip sollte auch in Europa gelten, genauso wie in anderen deutschen Ländern. Deshalb fordern wir von Ländern wie Berlin, dass sie die gleichen Anstrengungen unternehmen, die die Menschen in Bayern leisten. Wir in Bayern stehen für Solidarität. Ich sage aber klar: Der Länderfinanzausgleich war als Hilfe zur Selbsthilfe gedacht,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum wird jetzt auch geklagt!)

nicht als Dauersubvention.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat 2011 mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs gezahlt, rund 3,7 Milliarden Euro von insgesamt 7,3 Milliarden Euro. Das ist ein schöner Zahlendreher und deshalb leicht zu merken. Wir als Bayern haben allein in den vergangenen drei Jahren mehr in den Länderfinanzausgleich einbezahlt, als wir vorher in vierzig Jahren bekommen haben. Deshalb muss uns in Sachen Solidarität niemand Nachhilfeunterricht geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Doppelhaushalt 2013/2014 hat Finanzminister Söder für den Länderfinanzausgleich 8,2 Milliarden Euro eingestellt. Das sind knapp 10 % unseres Haushaltes. Knapp 10 % unseres Haushaltes wenden wir für andere Länder auf. Baden-Württemberg macht zur gleichen Zeit über 3 Milliarden Euro neue Schulden. Gleichzeitig muss Baden-Württemberg als Geberland Berlin mitfinanzieren. Gleichzeitig leistet sich Berlin eine milliardenschwere Rückverstaatlichung der Wasserwerke, ein Begrüßungsgeld für Studenten und kostenlose Kitas.

(Zuruf von der CSU: Hört! Hört!)

Vom Flughafen, wenn er denn einmal fertig wird, will ich gar nicht reden. Das kann nicht so weitergehen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern – das werden wir gleich wieder hören – hat in der Tat vor über zehn Jahren dem Länderfinanzausgleich zugestimmt. Dieser Länderfinanzausgleich ist aber aus dem Ruder gelaufen. Deshalb kann ich Ministerpräsident Kretschmann nur recht geben. Er sagte wörtlich – er nimmt kein Wort davon zurück -: Das ist ein absolut bescheuertes System.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Ihr habt es unterschrieben!)

Wir werden für einen gerechteren Länderfinanzausgleich kämpfen. Da die Verhandlungen, die auch für uns immer das Mittel erster Wahl sind, gescheitert sind, bleibt uns Bayern nur der Klageweg. Wir klagen beim Bundesverfassungsgericht. Wir befinden uns in der Endphase der Klagevorbereitung. Dann werden wir hier im Bayerischen Landtag den Patriotismustest machen. Wenn die Opposition da nicht mitzieht, fehlt ihr eben das Bayern-Gen, und dann müssen wir alleine vorwärtsgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Margarete Bause (GRÜNE): Lächerlich!)

Weil wir solide Finanzen haben, können wir Reserven bilden und für die junge Generation Spielräume schaffen. Weil wir solide Finanzen haben, können wir dauerhaft in die Zukunft investieren. Mit unserem Programm "Aufbruch Bayern", einem Erfolgsmodell, investieren wir wie kein anderes Land in Familie, Bildung, Innovation, in den Umbau der Energieversorgung, in den ländlichen Raum und in die digitale Revolution. Das ist Wachstum und Dynamik.

Familie ist die Grundlage jeder zukunftsfähigen Gesellschaft. Auch hier gibt es beeindruckende Zahlen, die im Grunde die Gesellschaftspolitik in Bayern ausdrücken. Wir investieren in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 2,8 Milliarden Euro in die Familienpolitik. Das ist eine Steigerung um 75 % gegenüber 2008. Drei Viertel mehr in nur einer Legislaturperiode für die Familien – das ist ein Kraftakt, und das ist auch ein glaubwürdiges Bekenntnis zur Familienpolitik in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir unterstützen die Kinder und Jugendlichen durch mehr Sozialarbeit an den Schulen. Wir verbessern die Beratungsangebote für Familien. Wir zahlen das Landeserziehungsgeld weiter. Baden-Württemberg will es abschaffen, auch die GRÜNEN in diesem Hohen Hause. Damit treffen sie genau die kleinen Leute, nämlich die Geringverdiener und die Bedürftigen; denn für sie ist das Landeserziehungsgeld gedacht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir stärken die Wahlfreiheit der Familien. Wir fördern die Kinderkrippen in einem Maße wie kein anderes Bundesland, und wir haben das Betreuungsgeld durchgesetzt. Ich nenne Ihnen einmal eine Zahl. Die Zahl der Krippenplätze hat sich seit 2006 von über 23.000 auf rund 92.000 vervierfacht. Wir haben ein Förderprogramm ohne Deckelung aufgelegt. Das heißt: Für jeden Krippenplatz, den eine Kommune schaffen will, tragen wir bis zu 80 % der Investitionskosten. 680 Millionen Euro für Krippenplätze geben wir ausschließlich aus der Landeskasse aus. Das ist Spitze in Deutschland. Wir leiten also nicht nur das Geld des Bundes für die Krippenplätze an die Kommunen weiter, sondern wir legen 680 Millionen Euro aus dem Freistaatshaushalt für die Kommunen, für die Krippenplätze drauf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Kraftakt für die Krippen hat zu einer riesigen Ausbaudynamik geführt. Ich danke den hoch engagierten Kommunen, und ich danke unserer Staatsministerin Christine Haderthauer und ihrem Staatssekretär Markus Sackmann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viele Gemeinden haben bereits Bedarfsdeckung signalisiert. Im nächsten Jahr gibt es den Rechtsanspruch. Nur Nürnberg und München hinken hinterher. Mehr als auf dem Silbertablett servieren können wir aber nicht. Wir können nur garantieren, dass wir sie fördern;

(Beifall bei der CSU)

handeln müssen sie dann aber schon selbst. Hinsichtlich des Krippenausbaus sollen unsere Kritiker zunächst einmal ihre eigenen Hausaufgaben machen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was auch zum sozialen Klima, zum gesellschaftlichen Klima in Bayern gehört, das sollte über Parteigrenzen hinweg gelten: Jede Familie verdient unseren Respekt, unsere Hochachtung und unsere Unterstützung. Wie Familien ihr Leben gestalten, ist ihre Sache – individuell, vielfältig, von Fall zu Fall unterschiedlich. Dieser Vielfalt müssen wir bestmöglich gerecht werden. Das ist moderne Familienpolitik. Der Staat ist nicht Vormund, sondern die Menschen gestalten ihr Leben selbst.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht zuletzt durch die Krise in Europa wird immer klarer: Grundlage für Arbeit, Wohlstand und Teilhabe sind Bildung und Wettbewerbsfähigkeit. Alle Gäste aus Europa erkundigen sich nach unserem erfolgreichen Bildungssystem. Gerade die berufliche Bildung ist den Krisenländern besonders wichtig, weil sie ahnen, dass die Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit mit Quoten von über 50 % nur mit beruflicher Bildung zu erreichen ist. Das hat uns auch der griechische Ministerpräsident Samaras bei unserem Gespräch vor zwei Tagen gesagt. Ich darf darauf hinweisen – das darf man in einem solchen Gespräch auch vermitteln -: Die bayerischen Schülerinnen und Schüler sind bundesweit Rekordmeister in allen Leistungsvergleichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist Bildungsland. Das können wir gut begründet sagen. Wir geben mehr als ein Drittel unserer Staatsausgaben für die Bildung aus – das sind 33,6 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt.

Meine Damen und Herren, neben dem Kraftakt, den wir für die anderen Bundesländer erbringen, neben der Solidarität gegenüber unseren eigenen bayerischen Kommunen geben wir noch mehr als jeden dritten Euro in Bayern für die Bildung aus, weil wir überzeugt sind, dass die Bildungspolitik die beste Sozialpolitik für die Zukunft ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Allein in dieser Legislaturperiode haben wir fünfzehn neue Realschulen und zehn neue Gymnasien ermöglicht.

(Zuruf von der SPD: Aber nur in Oberbayern!)

- Eines der zehn neuen Gymnasien, das ich ermöglicht habe, war in Buchloe, das bekanntlich in Schwaben liegt. Das nur zum Zwischenruf.

Mit dem neuen Doppelhaushalt stellen wir in Bayern noch einmal 1.300 Lehrerstellen für zusätzliche Aufgaben bereit. Das bedeutet mehr Ganztagsangebote, weniger Unterrichtsausfall, mehr individuelle Förderung. Wir sichern die Durchlässigkeit und ein wohnortnahes Schulangebot in ganz Bayern. Und was mich besonders freut: Wir steigen in die Inklusion von Schülern mit Behinderung stark ein. Insgesamt haben wir seit Beginn dieser Legislaturperiode 8.200 Lehrerstellen für neue Aufgaben bereitgestellt. Noch nie gab es in der Geschichte des Freistaates Bayern so viele Lehrkräfte im Verhältnis zur Schülerzahl.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: So wenige!)

Zum Vergleich: Baden-Württemberg baut 2.200 Lehrerstellen ab und streicht langfristig 11.600 Lehrerstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Noch besser als bei uns!)

Auch für unsere Hochschulen nehmen wir viel zusätzliches Geld in die Hand. Wir schaffen jetzt nochmals 10.000 neue Studienplätze zusätzlich zu den 38.000, die wir seit 2008 geschaffen haben. Die bayerischen Hochschulen fahren beste Zeugnisse ein. Heute studieren mehr junge Menschen in Bayern als je zuvor. Allein im letzten Jahrzehnt hat die Zahl der Studierenden um ein Drittel auf jetzt 320.000 zugenommen. An den Fachhochschulen ist die Zahl der Studierenden um knapp 80 % gestiegen. Das ist eine Abstimmung für Qualität. Dabei betone ich: Berufliche Bildung und Studium sind für uns gleichgewichtig. Über 40 % aller Studienberechtigten in Bayern haben

nicht das Gymnasium besucht, sondern eine berufliche Schule. Auch das ist eine Sonderstellung Bayerns, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir bieten für jeden jungen Menschen, für jeden Gipfelstürmer ein gutes Basislager und die beste Ausrüstung, egal, welchen Gipfel sich der junge Mensch aussucht und welche Route er wählt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir schaffen Chancen für die junge Generation. Das ist unser Markenzeichen. Und dafür, dass dieses besonders glänzt, danke ich Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, dem Staatssekretär Bernd Sibler und unserem Wissenschafts-, Forschungs- und Kunstminister Dr. Wolfgang Heubisch.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wovon wollen wir morgen leben, wenn China genauso gute Autos bauten sollte, wenn Brasilien genauso gute Maschinen herstellt? Unsere Antwort ist seit Jahren klar: Ideen, Innovationen, Mut zu Neuem für sichere Arbeitsplätze! Wir brauchen ein selbsttragendes, qualitatives Wachstum. Deshalb investieren wir in die Megatrends der Zukunft: Biosystemforschung, Elektromobilität, Umwelttechnik, Karbonfaser, erneuerbare Energien und Hightechmedizin.

Und wir alle wissen: Digitales Know-how ist eine Schlüsselqualifikation des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Mit "Bayern digital" fahren wir eine umfassende Strategie, vom Ausbau des schnellen Internets bis zur Befähigung jedes Einzelnen. Wir verdoppeln den Bewilligungsrahmen für das Hochgeschwindigkeitsinternet von 100 Millionen Euro auf jeweils 200 Millionen Euro im Jahr. Das sind 400 Millionen Euro in zwei Jahren für ein schnelles Internet.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd ein vergleichbares Investitionsprogramm.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir wollen alle wichtigen digitalen Zukunftsfelder voranbringen: Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Verwaltung und sicheres Datenmanagement. Meine Damen und Herren, auch hier noch einmal eine Zahl: Zwei Milliarden Euro stehen für "Bayern digital" in den Jahren 2012 bis 2014 zur Verfügung.

(Zwiegespräch zwischen den Abgeordneten Thomas Hacker (FDP) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) - Alexander König (CSU): Zuhören, sonst wisst ihr wieder nichts!)

Wir werden als Freistaat Bayern innerhalb der nächsten fünf Jahre an der Weltspitze stehen, wenn es um die Digitalisierung unseres Landes geht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für das neue Energiezeitalter und für den Klimaschutz werden wir im neuen Doppelhaushalt über 260 Millionen Euro investieren, insgesamt eine Milliarde Euro zusätzlich bis 2016. Der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter ist eine riesige Chance für Bayern. Wir bleiben Produktionsstandort und wir halten bei der Energieversorgung die Wertschöpfung im Land. Wir sind ein Land der Bürgerenergie: Energie aus der Heimat für die Heimat! Und wir stehen zu unseren kleinen und mittelständischen Unternehmern. Wir wissen, dass viele Arbeitsplätze an den Energiepreisen hängen. Deshalb arbeiten wir für sichere und bezahlbare Energie.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Stimmt doch nicht!)

Wir in Bayern – da danke ich allen Beteiligten, auch der Energieagentur – sind auf Kurs. Dafür danke ich neben dem federführenden Wirtschaftsminister Martin Zeil auch unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber und seiner Staatssekretärin Melanie Huml.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte im Rahmen dieses Doppelhaushalts auch ein Wort zur bayerischen Forst- und Landwirtschaft sagen. Sie ist Vorbild für unsere Nachhaltigkeit und Generationenverantwortung. Unsere Land- und Forstwirte leisten einen wichtigen Dienst für die besondere Lebensqualität in Bayern. Meine Damen und Herren, wann immer wir über den ländlichen Raum diskutieren, die Landwirte und die Forstwirte sind das Rückgrat des ländlichen Raums. Wir haben im Jahre 2011 Agrarprodukte im Wert von 7,8 Milliarden Euro exportiert, so viel wie nie zuvor. Die Land- und Forstwirtschaft ist der viertgrößte Wirtschaftszweig in Bayern. Mit jeweils knapp 1,3 Milliarden Euro für den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums sichern wir auch in den kommenden beiden Jahren verlässliche Grundlagen für eine Nahrungsmittelproduktion im Einklang von Qualität, Ökologie und Ökonomie. Mein Dank gilt für seine praxisnahe und zukunftsorientierte Arbeit Helmut Brunner, unserem Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

"Aufbruch Bayern – Aktionsplan demografischer Wandel" – das ist unsere Strategie für den ländlichen Raum. Wir geben von 2012 bis 2016 dafür 1,3 Milliarden Euro als Investitionen aus. Wir vernetzen unsere Stärken. Und unser Staatsminister Thomas Kreuzer kümmert sich intensiv um die Kommunen und Regionen, die von der Bundeswehrreform betroffen sind. Wir lassen als Bayerische Staatsregierung und als bayerische Koalition keine Kommune alleine. Deshalb möchte ich unserem Staatsminister Thomas Kreuzer für seinen unermüdlichen Dialog mit Bürgermeistern und Landräten Danke sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn es um den ländlichen Raum geht, geht es natürlich auch um Förderung. Ich habe die Zahlen genannt. Meine Damen und Herren, es geht aber auch um die Fortsetzung des Weges, den wir im Zusammenhang mit Quelle Fürth beschritten haben, nämlich verstärkt darauf zu achten, die Arbeitsplätze in die ländlichen Räume zu bringen. Wir können viel an Daseinsvorsorge fördern, betreiben und unterstützen. Ohne Arbeitsplätze wird es uns nicht gelingen, die ländlichen Räume zu stabilisieren. Deshalb werde ich zu Beginn des nächsten Jahres unsere Bemühungen verstärken, die da lauten, sich mit Experten aus Wirtschaft und Verwaltung sowie mit betroffenen Abgeordneten vor allem aus Nordbayern und Franken weiterhin darüber zu unterhalten, welches Konzept wir für die nächsten Jahre entwickeln können, damit wir auf der einen Seite über die Wirtschaft Arbeitsplätze nach Nordbayern bekommen, auf der anderen Seite aber auch überlegen, welche öffentlichen Einrichtungen wir in Nordbayern noch ansiedeln können, damit Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist bekanntlich in der ganzen Welt vernetzt und zu Hause. Bei all meinen Besuchen im Ausland schlagen mir großer Respekt und Anerkennung für Bayern entgegen. Bayern ist ein international hoch geschätzter Gesprächspartner. Deshalb danke ich allen Abgeordneten in diesem Hohen Hause, die sich unermüdlich für die internationale Zusammenarbeit und die Pflege dieses Netzwerkes einbringen, und ich danke stellvertretend für die Staatsregierung unserer Staatsministerin Emilia Müller, die sich gerade in der Europapolitik besonders engagiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gemeinsam mit allen Menschen in Bayern haben wir unser Land zu einer Insel der Lebensqualität und der Zukunftskraft gemacht – und das ist nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und kulturell zu verstehen. Deshalb geht mein Dank auch an die Regierungskoalition für das Kulturkonzept, das unser Engagement in der Breite des Kulturstaates Bayern ausweitet.

Meine Damen und Herren, mir ist am 3. Oktober, als wir Gastgeber für den Tag der Deutschen Einheit waren und, wie ich glaube, eine gute Visitenkarte für Bayern abgegeben haben, durch den Kopf gegangen: Wir profitieren von vielem, was unsere Vorfahren im Bereich von Kultur und Architektur an Bleibendem geschaffen haben. Deshalb sind dieser Begriff "Kulturstaat Bayern" und unser Konzept für den Zusammenhalt und die innere Identität unseres Landes so unheimlich wichtig. Damit schaffen wir über den Tag hinaus Bleibendes für unsere Kinder und für unsere Enkel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden auch unserer Verantwortung für die Schöpfung und für die künftigen Generationen gerecht. Eine ganz besondere Herausforderung wird dabei die Anfang des nächsten Jahres anstehende Entscheidung zum Donauausbau sein. Dabei geht es nicht nur um Technik, Zahlen und Ähnliches, sondern auch um eine Grundentscheidung zwischen Maximierung und Optimierung. Es geht auch um eine Grundentscheidung zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum. Darüber müssen wir in diesem Zusammenhang diskutieren.

Wir müssen einen vernünftigen Ausgleich zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen finden. Wir sollten dies auf einer vernünftigen geistigen Grundlage tun. Der gestrige Tag und die Qualität der Diskussion haben mich ermutigt. Dies gilt nicht nur für die Diskussion mit den Experten, sondern auch für die Diskussion mit der Bevölkerung, der ich für ihre ungeheure Sachlichkeit danken möchte. Ich habe gestern zur Bevölkerung gesagt, dass ich den ehrlichen Eindruck habe, dass alle, die sich hier versammelt haben – und es waren nicht wenige –, ihre Heimat und auch die Donau lieben. Bei unserer Entscheidung sollten wir auch die Emotionen der Bevölkerung ausreichend berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das gilt auch für Attaching!)

Mit diesem Doppelhaushalt und unserer Politik der letzten Jahre haben wir alle Ankündigungen in meiner Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 und des Koalitionsvertrages umgesetzt. Diese Regierungskoalition hat die lebenswerte Gesellschaft in Bayern mit einem klaren Wertekompass gesichert und vorangebracht. Gerade wo es um Bleibendes geht, haben wir Maßstäbe für Verlässlichkeit und Beständigkeit gesetzt: Familie, Bildung, Generationengerechtigkeit und Kultur. Kein anderes Land hat in den letzten vier Jahren eine solch verlässliche, beständige und wertgebundene Zukunftsvorsorge für die Menschen geschaffen wie wir im Freistaat Bayern.

Der Doppelhaushalt 2013/2014 steht einerseits für Generationengerechtigkeit und andererseits für Zukunftskraft. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf, über den heute und in den nächsten Tagen verhandelt wird. Ich bitte Sie, stimmen Sie diesem Haushalt zu, damit Bayern zu einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor wenigen Tagen hat der frühere CSU-Staatssekretär Dr. Bernd Weiß öffentlich eine legitime Frage gestellt – fast schon pünktlich zur Regierungserklärung –, die sich auch heute wieder stellt: "Ich frage mich", so Bernd Weiß in der "tz", "was hat die CSU inhaltlich die letzten vier Jahre auf den Weg gebracht?" Der ehemalige Staatssekretär – 25 Jahre Mitglied in der CSU, Ortsvorsitzender, Kreisverbandsvorsitzender – hat diese Frage weitgehend beantwortet: "Viel ist das nicht."

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident konnte dieses Urteil aus den eigenen Reihen gewiss nicht widerlegen. Im Gegenteil, er hat es bestätigt. Stattdessen sonnt sich der Ministerpräsident heute wie ein von sich selbst beseelter Monarch darin, dass die Menschen in Bayern ihre Heimat lieben, die Berge und Seen, die Schlösser und Denkmäler, unsere Kunst und Kultur. Sie schätzen unsere Produktköniginnen und sie lieben die bayerischen Dialekte, das Brauchtum, die Festungen und die Musik. Sie lieben den FC Bayern, den FCA, die Kleeblätter aus Fürth und die Clubberer.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Den FC Ingolstadt!)

- Meinetwegen auch den FC Ingolstadt, Herr Ministerpräsident.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Spielvereinigung Unterhaching!)

Herr Ministerpräsident, bei allem Respekt: Sie mögen ein stattlicher und auch attraktiver Mann sein, aber Sie haben nicht die bayerischen Alpen aufgeschüttet. Sie haben nicht die bayerischen Seen eigenständig ausgehoben. Sie haben nicht den FC Bayern zum Rekordmeister gemacht. Sie haben nicht den FCA und die Fürther zum Aufstieg in die Bundesliga geführt. Das Wittelsbacher Kulturerbe haben Sie wie wir alle geschenkt bekommen.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Die SPD hat 1860 München auch nicht wieder in die erste Liga gebracht!)

Nach dieser Regierungserklärung muss man fast den Eindruck gewinnen: Je banaler die Botschaften der Staatsregierung, desto pathetischer werden die Gebärden und desto einfallsreicher wird die Selbstreklame. Je kurzatmiger das politische Hinterherhecheln nach Stimmungen und Strömungen, desto größer die Gesten. Je kleinteiliger das politische Lavieren, desto großspuriger der Auftritt. Auch das haben wir heute wieder erlebt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat den bayerischen Staatshaushalt heute als Grabbeltisch beschrieben und sich selbst als Kaufhausdirektor. Das war der Schlussverkauf von Horst Seehofer. Die schwarz-gelbe Saison geht zu Ende. Jetzt gibt es noch ein bisschen was für alle und einen Schluck Freibier obendrauf. Das ist es, was der Ministerpräsident heute mit diesem Staatshaushalt zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein durcheinandergewürfeltes Themensortiment aus einem Gemischtwarenkatalog, vermarktet mit selbstherrlichem Werbegesäusel. Eigentlich hätten wir heute vom Ministerpräsidenten klare politische Zielsetzungen mit klaren politischen Prioritäten erwartet. Eine solche Erklärung ist uns der Ministerpräsident jedoch schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Einmal mehr ist deutlich geworden: Diese Regierung steht für alles, und sie steht zugleich für nichts. Ihre Beschlüsse haben keine lange Halbwertszeit. Was heute noch stürmisch begrüßt wird, wird morgen schon verneint. Kann man bei diesem Ministerpräsidenten und bei dieser Regierung wirklich sicher sein, dass ein klares Ja zu einer politischen Position nicht morgen schon ein ebenso kraftvolles Nein wird?

(Thomas Hacker (FDP): Dafür gibt es die FDP!)

Wohl selten zuvor in der Geschichte Bayerns hat es eine Regierung gegeben, die so wenig einen Anspruch an sich selbst erhoben hat, Leitlinien für das eigene Handeln zu zeichnen und Orientierung zu geben. Die Regierungszeit von Horst Seehofer ist von solchen Ansprüchen weit entfernt. Sie wird als Zeit der permanenten Wendemanöver in Erinnerung bleiben mit einer Politik, die sich von Umfragen leiten lässt und sich an den Schlagzeilen der Tageszeitungen orientiert.

Ich zitiere nochmals Bernd Weiß, Staatssekretär im Seehofer-Kabinett.

(Tobias Thalhammer (FDP): Instrumentalisieren Sie doch nicht den Herrn Dr. Weiß!)

Er ist seit einem Vierteljahrhundert CSU-Mitglied und stellvertretender Bezirksvorsitzender:

Statt zu regieren, drehen wir uns seither nach dem Wind, rufen ins Volk: "Sagt ihr uns halt, was wir denken sollen, damit ihr uns wieder wählt" und garnieren das Ganze mit Begriffen wie "Mitmach-Partei". Sobald wir Stimmungen im Volk gegen uns spüren, schwenken wir um.

Dr. Weiß führt weiter aus:

Das Lavieren wird regelrecht zur Kunstform erhoben. Man meint inzwischen, es geht gar nicht mehr darum, Mehrheiten für irgendetwas Inhaltliches zu gewinnen. Die Mehrheit für die CSU ist für sich genommen Grund genug für Politik.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat heute mit großem Gestus von einem Wertekompass gesprochen, von Verlässlichkeit und Beständigkeit. Das glaubt ihm noch nicht einmal mehr der Abgeordnete in den eigenen Reihen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch ein Fakt!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich fällt es mittlerweile schwer, Themen zu identifizieren, bei denen der Ministerpräsident Kurs und Wort gehalten hätte. Er ist mit seinen politischen Verrenkungen mittlerweile bundesweit berühmt. Die beliebteste politische Turnübung des Ministerpräsidenten ist der Seehofer-Salto. Unter Experten gilt er mittlerweile als besonders schwindelerregende akrobatische Meisterleistung und Drehbewegung; denn sie entspricht nicht den physikalischen Gesetzmäßigkeiten. Das ist ein Salto, dessen Bewegungsablauf sowohl nach vorne als auch nach hinten, seitwärts, nach links und rechts

und auch diagonal geht. Das ist eine halsbrecherische Übung, und die CSU hat mittlerweile dabei eine bestimmte Routine.

Hier nenne ich einige Beispiele, Pflicht und Kür, bunt gemischt, ohne Chronologie und Vollständigkeit, das heißt, auch ohne Bewertung von technischen Haltungsfehlern. Ich nenne die Top Zwölf der spektakulärsten Salti mortali des CSU-Chefs und Ministerpräsidenten Horst Seehofer, also desjenigen, der heute hier ernsthaft behaupten wollte, er habe alles umgesetzt und habe immer Wort gehalten.

Salto eins, mehr Netto vom Brutto: Versprochen haben Horst Seehofer und Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle.

(Thomas Hacker (FDP): Rentenversicherungsbeiträge werden zum 1. Januar gesenkt!)

Heraus kamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpause.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Im Jahr 2011 - liebe FDP, da dürfen Sie auch gerne zuhören – musste die arbeitende Bevölkerung so viele Abgaben an Staat und Sozialkassen zahlen wie nie zuvor. Insgesamt zahlte ein Durchschnittsverdiener im vergangenen Jahr an Staat und Sozialkassen 9.943 Euro, damit knapp 600 Euro mehr als im Vorjahr. Das war der stärkste Anstieg seit 1995.

(Thomas Hacker (FDP): Weil die Gehälter steigen! - Zurufe von der CSU)

Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie

(Zurufe von der FDP)

- da darf die FDP gerne wieder laut werden -, für schwerreiche Erben und für gewinnstarke Finanzinstitute. Mehr Netto vom Brutto – das war nach der Wahl so schnell ver-

gessen, wie es vor der Wahl hastig und konzeptlos propagiert wurde. Der Netto-Purzelbaum: eine CSU-Wahllüge par excellence.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Was soll das? – Weitere Zurufe von der CSU und der FDP)

- Es kommen noch elf Beispiele; ich kann es Ihnen nicht ersparen.

Beispiel zwei, die Atomkraft: Noch im Februar 2011 verlautbarte Horst Seehofer: Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, werden wir sie am Netz lassen. Horst Seehofer hat als treibende Kraft dafür geworben, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht, wie von Herrn Röttgen vorgeschlagen, um 8, 10 oder 12 Jahre zu verlängern, sondern sie unbegrenzt zu lassen. Er hatte damit die Maximalposition der Atomlobbyisten eingenommen, ohne irgendeine Kompromissbereitschaft zu zeigen. Die rot-grüne Energiewende sei ein Irrweg; das Licht werde ausgehen; mit Rot-Grün müssten die Menschen frieren; der Industriestandort Deutschland sei dem Untergang geweiht, intonierte der Ministerpräsident.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Gänzlich ungeniert übernahm er dann über Nacht all jene Argumente von Rot-Grün, die er selbst jahrzehntelang bekämpft hatte. Meine Damen und Herren, kein Wunder, dass wir mit dieser CSU bei der Energiewende noch nicht viel weiter sind. Seehofers Atomkraftüberschlag fand bisher noch keine Landung auf dem Boden einer echten Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel drei, gleich im Kontext, das Bayernwerk: Im Mai dieses Jahres stellte Herr Seehofer medienwirksam die Rückkehr zu einem eigenen staatlichen Energieversorger in Aussicht. Wenn die Berliner Koalition nicht zu schnellen Lösungen komme, dann gründen wir ein Bayernwerk, sagte der CSU-Chef. Er bestätigte auch einer gro-

ßen Tageszeitung, es würde eine Rückkehr zur Stromwirtschaft bedeuten, wie sie vor der Privatisierungspolitik von Stoiber Bestand hatte. Zwei Tage später – es dauerte gerade einmal 48 Stunden – kam die Korrektur per CSU-Pressemitteilung: Seehofers Vorschlag – Herr Strepp war damals noch im Amt – habe mit dem Bayernwerk alter Art nichts zu tun, das sei ein Missverständnis gewesen; der Freistaat solle nicht als Unternehmer tätig werden; vielmehr gehe es darum, die ganzen Player in einem modernen Bayernwerk zusammenzufassen; bis zum Herbst solle über die Gründung entschieden werden. Entschieden ist, wie wir wissen, bis heute gar nichts, allenfalls das Gegenteil ist der Fall. Seehofers Bayernwerk war zwar nur einer der üblichen Knallfrösche, aber das reichte immerhin für eine halbe Seite in einer großen Tageszeitung. Das eigentliche Ziel war erreicht, nämlich politische Dominanz durch schiere Medienpräsenz vorzutäuschen.

Beispiel vier, die Wehrpflicht: Noch wenige Tage vor der spektakulären Ankündigung von Verteidigungsminister zu Guttenberg, einen Parteitagsbeschluss der SPD aus einigen Jahren vorher umzusetzen – Aussetzung der Wehrpflicht aus Gerechtigkeitsgründen –, machte Herr Seehofer Front gegen alle Kritiker. Am 7. Juni 2010 hieß es: Wir sagen Ja zur Wehrpflicht; wir können nicht alle paar Monate unsere politischen Entscheidungen ändern.

(Lachen bei der SPD)

Sie können das nicht alle paar Monate, aber alle paar Tage.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Immerhin!)

Die Wehrpflicht sei ein Markenkern der CSU. Es dauerte tatsächlich nicht lange, bis die CSU markenentkernt von der Wehrpflicht Abschied nahm. Wenn es einen Grundsatz gibt, den Horst Seehofer befolgt, dann den, dass es im Grundsatz keinen Grundsatz gibt, wonach Grundsätze nicht grundsätzlich auch schon ins grundsätzliche Gegenteil zu verkehren wären: die Bundeswehr-Riesenfelge mit eingebauter CSU-Markenentkernung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Beispiel fünf:

(Zuruf von der CSU: Wie viele kommen denn noch?)

- Noch sieben, dann werde ich aufhören müssen, weil irgendwann meine Redezeit begrenzt wird.

(Thomas Hacker (FDP): Sind auch welche zum Landeshaushalt dabei?)

- Das Beispiel fünf, Länderfinanzausgleich.

(Thomas Hacker (FDP): Das ist okay, endlich!)

- Das gefällt Ihnen, Herr Hacker? – Dann darf ich das gerne ausführen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist ein gutes Beispiel!)

Es war im Sommer 2001, als im Deutschen Bundestag der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer und seine Kollegen Gerda Hasselfeldt, Ramsauer, Aigner sowie die gesamte CSU-Landesgruppe den Länderfinanzausgleich mit ihrer Stimme in Gesetzesform gegossen haben. Der damalige CSU-Vorsitzende Stoiber hatte diesen Länderfinanzausgleich federführend ausgehandelt und ihn in einer eigens anberaumten Regierungserklärung im Landtag mit genauso großem Gestus wie Herr Seehofer heute als wegweisend für den Föderalismus und als gut für Bayern gefeiert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Was damals die CSU selbst auf den Weg gebracht hat, wird heute als nicht verfassungskonform und als bayernfeindlich beschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Eines ist klar: Bayern zahlt mit 3,7 Milliarden Euro deutlich zu viel in den Länderfinanzausgleich. Die CSU hat zum Nachteil der bayerischen Steuerzahler schlecht verhan-

delt. Die CSU hat eben nicht den Patriotismustest bestanden, sondern sie ist krachend durchgefallen.

(Beifall bei der SPD)

Die heutige Kehrtwende, die Klage gegen sich selbst, zeigt besonders eindrucksvoll das Versagen beim Aushandeln des Länderfinanzausgleichs, und das wird auch noch mit eindrucksvollen Zahlen untermauert. Die CSU bestätigt mit ihrem Protest gegen ihre eigene Politik schwarz auf weiß: Sie hat damals entweder entgegen den Warnungen der Landtags-SPD die Interessen der bayerischen Steuerzahler auf dem Altar von Stoibers Kanzlerkandidatur geopfert, oder sie hat sich, wie bei der Landesbank und der Landesstiftung, schlicht als unfähig erwiesen, solide und weitsichtig mit bayerischem Volksvermögen umzugehen, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, eines darf ich auch noch sagen. Sie sagen, all jene, die sich der Klage nicht anschließen wollen, seien nicht patriotisch. Lesen Sie doch bitte mal die Studie, die das Land Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat. Professor Häde, übrigens jemand, der der Bundesregierung als Gutachter gut bekannt ist, sagt, die Klage könnte für Bayern total nach hinten losgehen; denn wenn die kommunalen Haushalte einbezogen werden – gegenwärtig werden sie das zu 64 % -, dann könnte Bayern am Ende nicht weniger in den Finanzausgleich einbezahlen, sondern mehr. Das wollen wir in jedem Fall verhindern, und ich denke, zumindest darin sind wir uns einig.

Beispiel sechs, Bayerns Beamte und der öffentliche Dienst: Wohl in keinem anderen Bereich gibt es so regelmäßige Leibesübungen in so kurzer Zeit. Pünktlich zum Wahltermin wird aus der 42-Stunden-Woche, wie sie einmal von der CSU beschlossen wurde, die 40-Stunden-Woche. In Bayern gab es im Jahr 2011 eine Nullrunde, in einem Jahr, in dem in 14 anderen Bundesländern die Bezüge angepasst worden waren. Ausgerechnet jetzt, im Wahljahr 2013, gibt es wie in allen anderen Wahljahren zuvor für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst so viele Beförderungen wie in all den

Jahren zuvor niemals. Erst groß neue Stellen ankündigen, dann eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre; erst das neue Dienstrecht mit großem Tamtam verabschieden, dann das zentrale Element dieser Dienstrechtsreform, die Vergabe von Leistungsbezügen, aussetzen; erst Wegstreckenentschädigung anpassen, kurz danach wieder kassieren. Dieser CSU-Dauerkreisel ist für die bayerischen Beamten eine Zumutung. Verlässlichkeit und Kontinuität sehen anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel sieben, der Donauausbau: 30 Jahre lang hatte die CSU die Donauausbaugesegner als naturromantische Wirklichkeitsverweigerer beschimpft. Herr Seehofer hatte sich wiederholt mit großer Entschlossenheit für die Staustufenvariante C 280 ausgesprochen. In der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 3. November 2009 steht – ich zitiere wörtlich:

Ich bin dezidiert für den Donauausbau in der Variante C 280, der Lösung mit der Staustufe.

Herr Seehofer sagte damals mit großer Geste, er stehe ohne Wenn und Aber hinter der CSU-Linie, einen schleichenden Abschied von den Ausbauplänen werde es mit ihm nicht geben. Das hatte er damals die bayerische Öffentlichkeit wissen lassen. Herr Ministerpräsident, davon, dass die vielen Schutz- und Auwaldgebiete an der frei fließenden Donau vielen Zugvogelarten als Ruheplätze für die jährlichen Wanderungen im Frühjahr und im Herbst dienen, konnten Sie sich gestern persönlich überzeugen. Wir fordern Sie deshalb heute auf, den Bundestagsbeschluss zum sanften und staustufenfreien Donausausbau mit flussbaulichen und naturverträglichen Maßnahmen aus dem Jahr 2002 zum Wohle Bayerns nicht weiter zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Es wird an dieser Stelle Zeit für einen weiteren Seehofer-Salto. Nehmen Sie Anlauf, holen Sie Schwung; SPD, GRÜNE und FREIE WÄHLER sind Ihnen gerne beim Überschlag behilflich.

Beispiel acht, die Studiengebühren:

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind drei Beispiele in einem!)

Im Grundsatzprogramm der CSU ist auf Seite 94 ein klares strategisches Bekenntnis zu dauerhaften Studienbeiträgen, unabhängig von der Entwicklung des Staatshaushalts, festgeschrieben. Eine solche Leibesübung, das Grundsatzprogramm zu ändern, bedarf normalerweise – wir wissen es alle – ganz besonderer Anstrengungen. Nicht so ist es bei Herrn Seehofer und der CSU. Die CSU-Fraktion wirft das eigene Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007, das eigentlich ein Vierteljahrhundert halten sollte, mir nichts, dir nichts über den Haufen, aber nicht etwa unter Beteiligung der Mitglieder – die Mitmachpartei! – und auch nicht aufgrund eines Parteitagbeschlusses, sondern nur deswegen, weil der Vorsitzende gerade einmal ein Machtwort gesprochen hat. Auch da zitiere ich gerne wieder Bernd Weiß, langjähriges CSU-Mitglied und Staatssekretär a. D. - -

(Georg Schmid (CSU): Sonst fällt euch keiner ein! - Thomas Hacker (FDP): Zitieren Sie doch einmal Landrat Adam!)

Es ist einfach so schön, und ich freue mich über die Zwischenrufe, weil ich merke, dass ich bei Ihnen Emotionen auslöse, das muss in einer Debatte auch so sein. Ich zitiere:

Bei Seehofer gibt es gar keine Linie. Heute so, morgen so. Das ist wie ein schwerfälliger Sattelzug, wo einer vorne am Führerbock das Lenkrad hin- und herreißt und der Anhänger hinten ausbricht, herumschlingert, sich aufschauelt.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Aber fahren kann er trotzdem! - Thomas Hacker (FDP): Hauptsache, es geht nach vorne!)

Der Ministerpräsident beteuert in den Medien mit Blick auf die Studiengebühren, es gehe ihm um das soziale Bayern, was nichts anderes heißt, als dass die CSU in den letzten Jahren eine unsoziale Politik zulasten vieler junger Talente in Bayern gemacht hat. Die CSU hat viele Studierwillige und Studierfähige auf der Strecke gelassen. Die CSU hat viele junge Menschen im Stich gelassen, die gerne studiert hätten, denen aber die Kostenbarriere, die die CSU aufgebaut hatte, schlichtweg zu hoch war. Noch weiß in Bayern an den Hochschulen niemand, ob man dem Ganzen trauen kann.

(Thomas Hacker (FDP): Ein Drittel ist befreit!)

Egal, ob Hochschulstudent oder Hochschulprofessor, es gibt niemand an den Hochschulen, der über das schwarz-gelbe Chaos derzeit nicht den Kopf schüttelt. Wir wissen nicht, wohin der Zug rollt. Eines ist klar: Wie auch immer das Volksbegehren ausgeht, eine SPD-geführte Bayerische Staatsregierung mit Christian Ude wird innerhalb der ersten hundert Tage die schwarz-gelbe Uni-Maut abschaffen und die Kosten aus dem Staatshaushalt vollständig kompensieren.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das wird frühestens 2092 der Fall sein! Warten wir einmal!)

Beispiel neun. Herr Hacker, hören Sie zu, es betrifft indirekt auch die FDP.

(Thomas Hacker (FDP): Zur Landespolitik!)

Das betrifft in erheblichem Maße auch das Land Bayern. Ich meine den Euro und die Europapolitik. Hier macht die CSU mit Dobrindt und Söder auf der einen Seite, die Griechenland aus der Eurozone heraushaben wollen, und Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite, die Griechenland retten wollen, einen schmerzhaften Dauerspagnet. Politisch formuliert heißt das: Die CSU ist richtungslos und nicht handlungsfähig. Peter Gauweiler bezeichnete die roten Linien von Herrn Seehofer als Wanderdüne, aber Herr Seehofer weigert sich, im Bayerischen Landtag Rechenschaft abzulegen. Trotz wiederholter Aufforderung ist er nicht bereit, eine Regierungserklärung zur bayerisch-

en Europapolitik abzugeben. Er bleibt die Erklärung schuldig, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei ein Exempel zu statuieren. Herr Ministerpräsident, es würde uns interessieren, ob Sie sich dafür gestern bei Herrn Samaras entschuldigt haben und ob dies auch ein Thema war.

Die Folgen für das exportorientierte Bayern sollte der Ministerpräsident mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitslosigkeit ebenso darstellen wie den Ansteckungseffekt für andere Euroländer. Der Ministerpräsident ist eigentlich in der Pflicht, die unmittelbaren Kosten für deutsche und bayerische Steuerzahler vollumfänglich zu beziffern, die mit einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone verbunden wären, wie es aus seinen eigenen Reihen immer wieder gefordert wird. Noch nicht einmal seine eigene Europaministerin kann ihn bei dieser Debatte noch vertreten, denn Emilia Müller wurde von den eigenen Leuten in der Oberpfalz dermaßen abgestraft, dass sie allenfalls noch eine Ministerin auf Abruf ist.

Beispiel zehn, die zweite Stammstrecke: Fünfzehn Jahre lang war klar, dass Bund und Freistaat in der Finanzierungsverantwortung stehen. Im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Spitzenkandidatur von Christian Ude kam acht Wochen nach deren Ankündigung in der Staatskanzlei ganz plötzlich die Idee auf, die Münchner Bürgerschaft solle entgegen allen gesetzlichen Regelungen für die klammen Finanzen von Schwarz-Gelb im Bund und im Land bezahlen müssen. Der Ministerpräsident hatte zu lasten der Pendler die zweite Tunnelröhre bereits im Frühjahr dieses Jahres im Alleingang per öffentliche Verlautbarung gegenüber den Medien beerdigt und für tot erklärt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein Begräbnis erster Klasse war das!)

Wir haben es auch den CSU-Abgeordneten hier im Hohen Haus zu verdanken – Herr Bocklet, vielen Dank dafür –, dass dem Ministerpräsidenten das Heft des Handelns aus der Hand genommen wurde. Dafür war es höchste Zeit, denn Seehofers Spielereien mit diesem großen Projekt waren absolut unverantwortlich. Deshalb haben wir

heute nicht wegen, sondern trotz dieses Ministerpräsidenten eine Perspektive, das Projekt der zweiten Stammstrecke in München endlich zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel elf, das Amerika-Haus: Zwei Jahre lang hatte die Staatsregierung die Kulturinstitution in München aus allen Rohren beschossen. Jetzt schlägt der Ministerpräsident überraschend seinen Purzelbaum. Das Ergebnis: Gleich drei Institutionen sind beschädigt, das Amerika-Haus, die Acatech und die Staatliche Lotterieverwaltung. Kein Problem ist gelöst, sondern ein Chaos sondergleichen ist ausgelöst.

Beispiel zwölf – und damit komme ich zum eigentlichen Thema, nämlich zum Haushalt und zu Bayerns Staatsverschuldung. Auch hier waren die Positionen von Horst Seehofer vielfältigst, Herr Schmid. Zunächst lieferte er sich mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ein Rededuell über die Medien und sagte, es sei nicht hinnehmbar, dass der ORH eine höhere Entschuldung einfordere. Er als Ministerpräsident lasse sich nicht dreinreden, so der Tenor, wann, ob und wie seine Regierung Schulden auf- oder abbaue. Kurze Zeit später kam auch zur Überraschung seiner eigenen Fraktion der erste rhetorische Salto vorwärts. Bayern solle, möge oder dürfe sich bis 2030 entschulden. Herr Seehofer ist dann 81 Jahre alt. Ein Entschuldungsgesetz mit festgelegten Tilgungsraten müsse erlassen werden. Ein solches Gesetz werde Finanzminister Söder noch im Herbst 2012 im Bayerischen Landtag vorlegen. Sogleich folgt der kalkulierte Salto rückwärts. Die Überschrift ist gesetzt, das Mediengetöse ist gelungen, und damit ist die Regierungsarbeit schon getan. Das Entschuldungsgesetz kommt natürlich nicht.

(Thomas Hacker (FDP): Wir werden es am Donnerstag beschließen!)

Der angebliche Plan ist im Kern genauso schnell wieder verworfen, wie er entworfen wurde. Er ist also hinfällig.

Schauen wir uns den aktuellen Haushalt an. Die tatsächlichen Tilgungen, die nun im Doppelhaushalt vorgenommen werden, sind bei Weitem nicht mehr so üppig, wie es bei der Klausurtagung der CSU großspurig angekündigt wurde. Wie es vonstatten geht, ist auch bemerkenswert: Die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds werden abgeschafft. Der bayerische Pensionsfonds wird eingeführt. In den werden jährlich aber nur noch 100 Millionen eingezahlt. Das ist etwa so, wie wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschafft und sie durch ein klitzekleines Sparschwein ersetzt, das man auch noch zu jeder Zeit mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis Ende 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage mindestens eine Milliarde Euro.

(Zuruf von der SPD: Trickserie!)

Das ist die Milliarde. Hemmungslos bedienen Sie sich an Opa Edmunds Sparschwein. Künftige Generationen werden diese Politik zu bezahlen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident heute von Zukunftsvorsorge und Generationengerechtigkeit spricht, ist das vor dem Hintergrund der nackten Fakten geradezu zynisch. Diese Regierung plündert die Rücklagen in einem Ausmaß, dass es einem geradezu die Sprache verschlägt. Wir Sozialdemokraten hatten im Übrigen auch einen kommunalen Entschuldungsfonds gefordert. Die Kommunen werden bei der Schuldentilgung aber nicht mitgenommen, obwohl sie innerhalb der staatlichen Organisation Teil der Länder sind. Wenn der kommunale Schuldenanteil 28,9 % beträgt, wäre es nur recht und billig, kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Dem haben Sie sich jedoch verweigert.

(Beifall bei der SPD)

Ungeachtet der Seehoferschen Überschriftenproduktionen bleiben die harten Fakten. Richtig ist: Dieser Ministerpräsident steht für Schuldenaufbau, nicht für Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Keine andere Staatsregierung in der Geschichte des Freistaats Bayern seit 1945, Herr Kollege Schmid, hat in so kurzer Zeit so hohe Schulden aufnehmen müssen wie die Regierung von Horst Seehofer. Durch das Versagen der CSU bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaats um sage und schreibe 44 % gestiegen.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro an neuen Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern. 833 Euro an neuen Verbindlichkeiten bedeutete das für jeden Bayern, pro Kopf und auf einen Schlag, vom Kleinkind bis zum Senior. Allein im Jahr 2009 hat Bayern 8,5 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen. Allein in diesem Jahr hat Bayern ein Drittel der Schulden aller Bundesländer in der Bundesrepublik aufgenommen. Das ist ein Schuldenrekord, den weder Franz Josef Strauß noch Edmund Stoiber erreicht haben. Damit kam es rein rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 zu einer Neuverschuldung von mehr als 1,2 Milliarden Euro, selbst wenn die jüngsten Tilgungen eingerechnet werden.

Richtig ist also auch: Alleine an Zinsen fallen für das Landesbank-Desaster jeden Tag knapp eine Million Euro an. Die CSU-Schuldenuhr zeigt heute unter Berücksichtigung der angefallenen Zinsen 1,057 Milliarden Euro an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie läuft weiter!)

- Die Schuldenuhr läuft weiter. Sie tickt Minute für Minute, Sekunde für Sekunde.

(Thomas Hacker (FDP): 2012 1 Milliarde, 2013 520 Millionen, 2014 540 Millionen!)

Und damit ist es nicht genug. Die Staatsregierung hat entgegen ihrer selbstgefälligen Darstellungen keinen Tilgungsplan für die Landesbankschulden. Das Gegenteil ist der Fall. Der Oberste Rechnungshof hat in seinem Bericht deutlich gemacht: Es gibt erhebliche Milliardenrisiken für den Steuerzahler durch den massenhaften Ausfall von Schrottpapieren. Das Ende der Fahnenstange ist im Fall der Landesbank noch nicht erreicht. Ab 2014 wird der Steuerzahler über die Bürgschaften und Garantien mit 1,6 Milliarden Euro erneut in Anspruch genommen.

Heute erreicht uns eine weitere Meldung. Sie ist vor wenigen Minuten über den Ticker gelaufen. Das Drama um die Hypo Group Alpe Adria könnte in eine neue Runde gehen. Die Republik Österreich will den Kauf der Skandalbank möglicherweise rückgängig machen. Das berichtet die dpa. Die Finanzprokuratur habe eine entsprechende Klage gegen die BayernLB auf Rückabwicklung des Kaufs wegen Irrtums oder arglistiger Täuschung vorbereitet. Wer will da ernsthaft davon sprechen, dass alle Landesbankprobleme mittlerweile gelöst seien, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die CSU-Verwaltungsräte haben von all dem nichts gemerkt!)

Die Landesbank bringt uns nicht etwa in absehbarer Zeit Erlöse, sondern sie verursacht weitere Kosten. Sie steht für die Steuerzahler nicht auf der Haben-, sondern auf der Sollseite. Meine Damen und Herren, es gäbe wohl noch eine Reihe von Beispielen für Seehofersche Kehrtwenden, aber ich wollte bei einem Dutzend aufhören, obwohl mir noch mindestens ein weiteres Dutzend eingefallen wäre.

Atemberaubend ist es allerdings, wenn dieser Ministerpräsident heute im Hohen Hause verkündet, er habe in jedem Punkt Wort gehalten. Wer so oft seine Prinzipien verändert, sollte nicht über moralische Maßstäbe oder über eine wertgebundene Politik sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir in der letzten Viertelstunde eine kurze Bemerkung dazu, welche Themen der Ministerpräsident heute nur angerissen oder gänzlich ausgespart hat. Ich finde es gänzlich unzureichend, Herr Ministerpräsident, dass Sie den demografischen Wandel mit schönen Worten weggewischt haben: Bayern sei eines der großartigsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt. Natürlich sind wir wirtschaftlich erfolgreich. Wer wollte das infrage stellen?

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Aber die Zahlen des Innenministers aus der vergangenen Woche beschreiben Bayern als Land der Gegensätze. Das, was Sie als wohlhabendste Region der Welt beschrieben haben, wird ganz differenziert dargestellt durch das, was der Innenminister letzte Woche in einer Pressekonferenz dekretiert hat. Es gibt nämlich auch eine Kehrseite der Medaille, die Sie heute nicht beleuchtet haben: Ein dramatischer Bevölkerungsschwund in manchen Landstrichen steht einem immensen Wachstum von Einwohnerzahlen an anderer Stelle gegenüber. Das bedeutet: Schulsterben versus notwendigen Schulneubau, leer stehende Kindergärten versus zu wenig Infrastruktur für die Kinderbetreuung, Wohnungsleerstand versus Mietenexplosion. Der Freistaat befindet sich ganz gewiss nicht im Gleichgewicht. Die Staatsregierung hat regionale Strukturpolitik jahrzehntelang vernachlässigt und damit die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten beschleunigt statt gebremst. Bayerns CSU-Zentralstaat hat Leuchtturmpolitik betrieben und das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen aus den Augen verloren. Dabei hat die CSU so ein schlechtes Gewissen, dass jetzt sogar die Verfassung geändert werden muss – wir unterstützen dies und hatten dies gefordert –, damit die Unzulänglichkeiten der letzten Jahre nicht allzu deutlich werden.

(Thomas Hacker (FDP): Wird das jetzt kritisiert oder gelobt? - Alexander König

(CSU): Das ist von den Realitäten Lichtjahre entfernt!)

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt haben auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen für ein Land im Gleichgewicht eingebracht. Eine zielgerichtete Strukturpolitik für junge Menschen und Familien als Antwort auf das deutliche Geburtendefizit außerhalb der Ballungsräume setzt zum Beispiel auf eine bessere Finanzausstattung der bayerischen Kommunen durch die Staatsregierung. Aus unserer Sicht bedarf es einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund durch eine schrittweise Anhebung der Verbundquote auf 15 %. Es bedarf einer gezielten regionalen Wirtschaftsförderung und guter Arbeit für die Menschen statt einseitiger Förderung von Leuchttürmen und Prestigeprojekten der Staatsregierung. Es bedarf der Städtebauförderung und der Dorferneuerung, nicht der Kürzung entsprechender Programme durch Bundesbauminister Ramsauer, CSU.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin: Die SPD hat bei der bayerischen Städtebauförderung den Bewilligungsrahmen um jeweils 19 Millionen Euro erhöhen wollen. Beschlossen wurde ein Betrag von 10 Millionen Euro. Das ist gut für die Kommunen und gut für die Bürger.

Ein weiteres Thema hat der Ministerpräsident nur gestreift: die Kinderbetreuungssituation in Bayern. Er hat sie schönegeredet. Bayern hinkt hier im Vergleich der Bundesländer weiter hinterher, wie uns die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts gezeigt haben. Der Freistaat liegt mit einer Betreuungsquote von nur 23 % im Bundesländer-Ranking lediglich auf einem enttäuschenden 12. Platz in der Statistik über die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Die bundesweit niedrigsten Betreuungsquoten weisen zum Stichtag 1. März 2012 die kreisfreie Stadt Amberg und der Landkreis Berchtesgadener Land auf. Unter den bundesweiten Top Ten der auf den hinteren Plätzen bei der Kinderbetreuung liegenden Kommunen liegen auch die bayerischen Städte Straubing und Kaufbeuren. Das ist das Ergebnis einer gesellschaftspolitisch rückwärtsgewandten Politik; denn Sie haben jahrelang verhindert, dass wir die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Bayern ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Eltern müssen sich darauf verlassen können, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur der Kinderbetreuung und kein Betreuungsgeld als Prämie zur Fernhaltung von Bildungschancen.

(Beifall bei der SPD)

Statt teure Prämien für die Nichtinanspruchnahme von öffentlichen Infrastrukturleistungen mit Fehlanreizen auszuloben, müssen wir der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen unbedingte Priorität einräumen und die Mittel hierfür gezielt einsetzen. Übrigens können wir Sozialdemokraten das besonders gut.

(Lachen bei der CSU)

Das hat uns sogar Frau Ministerin Haderthauer bestätigt. Ich wollte von Frau Ministerin Haderthauer wissen, wie es um die Quote der Betreuung von Ein- bis Dreijährigen in Bayern steht, und siehe da: Entgegen Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, liegt München mit 54 % unter den bayerischen Städten nach Frau Haderthauers Zahlen auf einem sehr guten dritten Rang hinter den sozialdemokratisch regierten Städten Coburg – Oberbürgermeister Norbert Kastner – und Passau – Oberbürgermeister Jürgen Dupper. Gold, Silber und Bronze unter den 25 kreisfreien Städten gehen an die SPD.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Lügen haben kurze Beine, Herr Ministerpräsident!)

Allein die bayerische Landeshauptstadt stellt mit 14.729 Kinderkrippenplätzen knapp die Hälfte – 52 % – aller bayerischen Kinderkrippenplätze zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist spitze.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Schmid fragt mich, wie es denn bei den Landkreisen aussieht. Er weiß, dass die SPD nur zehn Landräte in Bayern stellt. Man könnte vermuten, dass die Sozialdemokratie im Ranking keine große Rolle spielt. Doch nach Frau Haderthauers Zahlen schneiden die Sozialdemokraten im gesamtbayerischen Vergleich besonders gut ab. Die SPD führt auch hier mit dem Landkreis Coburg – 65 % – mit Landrat Michael Busch vor dem Landkreis München mit Landrätin Johanna Rumschöttel und dem Landkreis Erlangen-Höchststadt – 55 % – mit Landrat Eberhard Irlinger. Auch hier: Gold, Silber und Bronze für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Vom Ministerpräsidenten gab es heute kein Wort zum Arbeitsmarkt, zur prekären Beschäftigung und dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Bayern weiter auseinandergegangen ist. Richtig ist: Wir haben in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern eine niedrige Arbeitslosenquote – den Konjunkturpaketen von Steinbrück und Steinmeier und dem Kurzarbeitergeld von Olaf Scholz sei Dank. Deshalb sind wir so gut durch die Krise gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen aber auch: Von einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, die der Ministerpräsident mit dieser Bayerischen Staatsregierung herbeigeführt haben will, kann doch keine Rede sein. Im europäischen Maßstab fallen Haftung und Risiko immer noch auseinander. Die FDP weigert sich immer noch, die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Mit der Hypo Real Estate haben wir im eigenen Land ein gutes Beispiel für eine Bank, die mit 100 Milliarden Euro gerettet werden musste.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Und die WestLB?)

Herr Kollege, wir haben im Freistaat Bayern einen Arbeitsmarkt der zwei Geschwindigkeiten. Auf der einen Seite suchen die Unternehmen händeringend nach qualifiziertem

Fachpersonal, auf der anderen Seite wird der Niedriglohnsektor permanent ausgeweitet. Die Kluft zwischen hohen Einkommen und Niedriglöhnen wird immer größer. Sozial ist nicht das – so haben Sie es wieder formuliert –, was Arbeit schafft. Es geht um faire Löhne und gute Arbeit, damit die Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und nicht am Ende des Monats zum Amt gehen müssen, um sich Stütze abzuholen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder dritte Arbeitsplatz in Bayern, der neu entstanden ist, ist in Ihrer Regierungszeit, Herr Ministerpräsident, in der Leih- und Zeitarbeit entstanden. Mittlerweile haben wir mehr als 200.000 Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer. Das sind mehr als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die SPD wird sich deshalb im Bund mit Blick auf die Leiharbeit für die Durchsetzung des Prinzips "Equal Pay – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

In Regierungsverantwortung in Bayern werden wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Weg bringen, wie es in den meisten Bundesländern bereits existiert. Wir sagen: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge darf es keine Förderung von Dumpinglöhnen geben, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen. Die öffentliche Hand muss neben dem eigentlichen Vergabeauftrag eine zusätzliche Lohnsubvention hinterherschließen.

Sie haben heute kein Wort dazu gesagt, wie Sie in Bayern für mehr Bildungsfortschritt und Gerechtigkeit sorgen wollen. In Bayern hat ein Kind aus einer Arbeiterfamilie eine immer noch siebenfach geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. Im Umland der Verdichtungsräume geht laut aktuellem Bildungsbericht des Kultusministers fasst die Hälfte der Grundschulkinder aufs Gymnasium. In den ländlichen Teilräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist es nicht einmal jedes dritte Kind. Die mangelhafte Infrastrukturplanung der Staatsregierung trägt

dazu bei, dass in Bayern ganze Regionen abgehängt werden. Bildungschancen dürfen eben nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder vom Wohnort der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wo sind diese Regionen?)

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 mehr als die Hälfte der noch bestehenden Haupt- und Mittelschulstandorte wegbrechen werden – von wegen kurze Beine, kurze Wege. Für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern ist eine Anfahrt von 60 bis 70 Minuten und eine Abfahrt von 60 bis 70 Minuten Alltag. Die SPD wird das Schulsterben zu bremsen wissen, indem wir – hören Sie zu – die Schüler wie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unter einem Dach unterrichten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinschaftsschule, in der alle Schulabschlüsse angeboten werden, das längere gemeinsame Lernen, die Erhaltung von Schulstandorten, mehr Chancen für die Kinder sowie moderne Konzepte und Ganztagsschulangebote werden wir dort einführen und ermöglichen, wo Kommune und Schulfamilie dies beantragen. Wir werden mehr Eigenverantwortung in die Schule verlagern und nicht alles durch die Schablone des Münchner Kultusministeriums pressen. Wir werden den Druck aus den Familien nehmen und auch in Bayern ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten einführen. Die Familien können wählen, ob das Abitur in acht oder neun Jahren absolviert werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden endlich für eine vernünftige Ganztagsunterrichtsversorgung eintreten. Dort ist Bayern im Bundesländervergleich Schlusslicht. Nur knapp fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bayern kommen in den Genuss von Ganztagsschulunterricht.

Meine Damen und Herren, am Ende der Legislaturperiode ist unverkennbar – das ist auch heute deutlich geworden –, dass die CSU auf die Vergesslichkeit der Wähler setzt. Mit einem Haushalt des "Schwamm drüber" holen Sie jetzt nach, was Sie jahrelang versäumt haben. Jetzt werden Trostpflasterchen geklebt und weiße Salbe verabreicht: Dort ein paar Milliönchen, hier eine kleine Überweisung, da ein Geschenkchen zur rechten Zeit. Schwarz-Gelb will sich mit Scheckbuch-Politik reinsten Wassers in die nächste Legislaturperiode retten. Nun rächt es sich, dass diese Regierung viele Jahre nicht mit politischem Gestalten beschäftigt war, wie Dr. Weiß es beschrieben hat, sondern mit sich selbst: Politisches Heckmeck, Zank und Streit, Neid und Eifersucht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Erst vor wenigen Wochen haben die Schwarzen und die Gelben gedroht, dass die Gemeinsamkeiten aufgebraucht seien und das Vertrauen verspielt sei. Man brauche dringend Neuwahlen. Meine Damen und Herren, die Luft ist raus. Der Regierung Seehofer geht es nicht ums Gestalten. Dieser Regierung geht es nur ums Machthaben. Deshalb waren die Einlassungen des Ministerpräsidenten heute nichts anderes als rednerisches Blendwerk und politische Gaukelkunst.

(Harald Güller (SPD): So ist es! - Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem hat der Ministerpräsident recht:

(Georg Schmid (CSU): Na immerhin!)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land. Sie lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sich die Menschen in Bayern einen Ministerpräsidenten mit festem Standpunkt und klaren Prinzipien.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sie sich eine Regierung, die sich beim Wort nehmen lässt. Sie wünschen sich eine Regierung, die Herausforderungen erkennt, benennt und anpackt. Deshalb hat Bayern eine bessere Regierung verdient, eine, die für ihre Ziele einsteht und die Menschen mit auf den Weg nimmt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Ihre Rede ist Lichtjahre von der Realität entfernt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich erteile Herrn Kollegen Schmid für die CSU-Fraktion das Wort.

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, die Alpen haben weder wir noch Sie aufgeschüttet. Eines kann ich Ihnen sagen: Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren am besten von allen Ländern in dieser Republik entwickelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht in den letzten vier Jahren!)

Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren von einem Agrarland zu einem Hightech-Land entwickelt. Dazu haben die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mutigen Unternehmer, aber auch eine kluge, vernünftige, wegweisende und zukunftsorientierte Politik in der Verantwortung der Christlich-Sozialen Union und in den letzten vier Jahren zusammen mit der FDP beigetragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist sicher.

Ich kann Ihnen sagen: Mit den Vorstellungen, die Sie heute vorgetragen haben, Herr Rinderspacher, können Sie dieses Land niemals führen. Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen Bayern niemals anvertrauen; da können Sie sicher sein, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zurufe von der SPD)

- Ich habe die 43 Minuten, die Ihre Rede gedauert hat, genau zugehört. Sie haben nicht einen einzigen Satz zu Ihren Vorstellungen von Bayern gesagt. Sie haben wie 2011 – das sollten Sie im Protokoll nachlesen – nicht ein einziges Wort dazu gesagt, wie Sie dieses Land regieren wollen. Lieber Kollege Rinderspacher, Sie haben keinen einzigen positiven Vorschlag gemacht. Das, was Sie hier geboten haben, ist konzeptionslos, ideenlos, visionslos, verantwortungslos, hilflos, hilflos!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage Ihnen noch etwas. Auch bei Ihrem Spitzenkandidaten hat sich nichts geändert. Deswegen sind Sie weiterhin bei 20 %, und dort werden Sie bleiben, Herr Rinderspacher.

Sie haben heute den Kollegen Weiß zitiert. Ich möchte einen anderen Kommunalpolitiker aus Ihren Reihen zitieren. Der hat relativ sauber beschrieben, wie Ihre Wahlchancen sind. Ihr Hoffnungsträger – so wird er bezeichnet -: Nur Speichellecker und Jaser sind in der SPD-Zentrale erwünscht. "Christian Ude" – das sagt er, nicht wir – "tut mir wirklich leid; mit diesem Ballast gewinnt er die Wahl nie". Der Adam hat nicht immer recht, aber an der Stelle hat er recht - ganz sicher.

(Beifall bei der CSU)

Ihre Rede wird niemals eine Regierungserklärung werden. Darauf können Sie sich bei den 20 % verlassen.

Herr Rinderspacher, wir wollen nicht dahin kommen, wohin die SPD andere Länder in Deutschland gebracht hat. Das wollen wir Bayern ersparen. Überall, wo die SPD schon einmal Verantwortung getragen hat oder trägt, hat sie gezeigt, dass sie nicht regieren kann. Ich nenne dafür ein paar Beispiele. Ich brauche übrigens nicht zwölf Beispiele anzuführen, mir reichen ganz wenige.

Nordrhein-Westfalen: Steinbrück war Minister und drei Jahre Ministerpräsident. Seine Bilanz - er will jetzt Bundeskanzler werden – sieht so aus: 1,1 Millionen Arbeitslose, 110 Milliarden Euro Schulden, 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall. Steinbrück ist kein Macher, sondern ein Schuldenmacher.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und der will jetzt Bundeskanzler werden. In den Jahren von 1998 bis 2005 hat er 32 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Sie haben, Herr Kollege Rinderspacher, gerade über Schulden geredet. Der genannte Betrag ist mehr, als der gesamte Freistaat Bayern in 60 Jahren an Schulden aufgenommen hat. So sieht SPD-Politik aus. Glauben Sie, dass Verantwortung für ein Land so aussieht?

(Zurufe von der SPD)

- Herr Halbleib, hören Sie doch einmal zu. Auch ich habe zugehört. Verdammt noch mal! Ja, ein bisschen Kultur brauchen wir im Parlament schon. Ich habe Ihnen zugehört, und da sollten Sie auch mir zuhören.

(Beifall bei der CSU)

Nordrhein-Westfalen hat insgesamt nicht nur 160 Milliarden Euro Schulden, sondern in den besten Tagen, nämlich in diesem Jahr, hat Ministerpräsidentin Kraft noch einmal 4,7 Milliarden Euro an Schulden aufgenommen. Es ist finanzpolitischer Irrsinn, wenn man in den besten Jahren noch einmal zur Bank geht, um mehr als viereinhalb Milliarden Euro auszuleihen. Das ist politischer Irrsinn!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe ein bisschen den Eindruck – Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, ob Sie den Eindruck teilen können -: Die Schuldenbremse wird in Nordrhein-Westfalen offensichtlich gar nicht mehr beachtet, obwohl sie auch dort gilt. Ich habe ein bisschen auch den Eindruck, dass man sich dem Gedanken hingibt: Wir können bedenkenlos Schul-

den machen; eines Tages kommt irgendjemand, der diese Schulden tilgen wird. Ich kann Ihnen eines sagen: Dieser Tag wird niemals kommen. Wir aus Bayern werden diese Schulden jedenfalls nicht tilgen. Wer Schulden macht, muss sie am Ende auch tilgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich komme zu meinem zweiten Beispiel. Ihre Genossinnen und Genossen in Hamburg erhöhen die Gebühren einfach um 40 Millionen Euro und kürzen die Mittel für bürgerschaftliches Engagement um 80 %. Ich frage: Wo ist da die Großstadtkompetenz der SPD? Sie heißt offensichtlich Sozialabbau und höhere finanzielle Lasten für die Bürgerinnen und Bürger.

Das dritte Beispiel ist ein beliebtes, aber auch ein offenkundiges. Schauen wir einmal nach Berlin! Diese Stadt kann letztlich nur überleben, weil sie aus dem Länderfinanzausgleich 3 Milliarden Euro bekommt. Und wir, unsere Bürgerinnen und Bürger, zahlen dies. Aber sie haben keine Lust mehr, für eine solche Politik zu zahlen. Das werden wir den Menschen in unserem Land im Wahlkampf auch sagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man muss sich auch einmal ansehen, welche Politik dort im Übrigen gemacht wird. Sie haben heute von Bildungspolitik geredet. Ja, Entschuldigung, wohin wollen Sie denn mit dieser Bildungspolitik? In Berlin wird der Zugang zum Gymnasium per Losverfahren verteilt. Ist das nicht ein Irrsinn? Aber da reden Sie hier im Bayerischen Landtag über Ihre Kompetenz in der Bildungspolitik. Hoffentlich kommt so etwas nie in Bayern, liebe Freunde!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Stichwort Jugendarbeitslosigkeit ist für uns ein SPD-regiertes Bundesland überhaupt kein Beispiel. In Berlin sind 14,2 % der jungen Menschen arbeitslos, das heißt, fast jeder achte. In Bayern sind es 2,6 %. Das haben Sie hier übergangen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und was ist mit Griechenland?)

- Hubert, du kommst mit Griechenland noch dran. Vorerst reden wir über Deutschland. Es ist sinnvoll, an dieser Stelle zunächst über unser Land zu reden. Wir reden jetzt über Bayern; da mach' dir keine Sorgen. Wir können uns an anderen Ländern kein Vorbild nehmen.

Über den Flughafen will ich an dieser Stelle nicht reden, obwohl ich es mir eigentlich vorgenommen hatte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber was ist mit dem Münchener Flughafen? Und dann die dritte Startbahn!)

Was den Willy-Brandt-Flughafen betrifft, so gibt es da keine Starts und keine Landungen. Das beherrscht man dort nicht. Dort gibt es nur Abstürze und Bruchlandungen der SPD. Wenn so etwas in Bayern passieren würde, hätten wir hier jeden Tag eine Aktuelle Stunde und Dringlichkeitsanträge. Das, liebe Freunde, sollten wir mit bedenken.

Was uns am meisten wehtut – dieses letzte oder vorletzte Beispiel darf ich noch erwähnen –, ist dies: In dem wunderbaren Land Baden-Württemberg sind Sie jetzt kleiner Koalitionspartner, Herr Rinderspacher, - kleiner Koalitionspartner. Lieber Hubert Aiwanger, an dieser Stelle sind die FREIEN WÄHLER unbedeutend.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich will dazu nichts sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Einen Augenblick, bitte, Herr Kollege Schmid. - Ich erinnere daran, dass man zwar dazwischenrufen kann, aber bitte nicht permanent.

Georg Schmid (CSU): Danke, Frau Präsidentin. Es fällt der SPD doch schwer, Wahrheiten zu hören.

Ich komme noch einmal auf die Bildungspolitik zu sprechen. Wie sieht es denn damit in Baden-Württemberg aus? Kaum ist die SPD mit an der Macht und stellt den Kultusminister, werden 2.200 Stellen aktuell gestrichen. 11.600 Stellen werden langfristig gestrichen. Aber Sie kritisieren die Bayerische Staatsregierung und unsere Koalition, weil wir 1.300 neue Stellen schaffen. Was Sie hier sagen, ist doch Irrsinn! Das glaubt Ihnen kein Mensch hier im Lande, Herr Rinderspacher. Sie sind so unglaublich wie nur irgendjemand. Das reiche Land Baden-Württemberg – mein Stimmkreis grenzt an dieses Land unmittelbar an – muss in diesen guten Tagen, kaum ist seine grün-rote Regierung im Amt, 3,1 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen.

(Zuruf von der SPD)

- Entschuldigung! Ach, Sie haben doch gar keine Ahnung. – Das reichste Land neben Bayern war immer Baden Württemberg. Aus guter Tradition heraus war es ein wirtschaftlich starkes Land. Aber die Grünen und die Roten haben es geschafft, das Land in zwei Jahren so weit zu bringen, dass es über 3 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen muss.

Von Rheinland-Pfalz und dem Kollegen Beck will ich überhaupt nicht reden. Er hat es immerhin geschafft – das ist sein Vermächtnis; Gott sei Dank hat er die Verantwortung weitergegeben -, die Verschuldung pro Kopf auf 9.000 Euro zu bringen. Ein Armutszeugnis! Mehr braucht man an dieser Stelle nicht zu sagen. SPD und solide Haushaltspolitik sind, lieber Herr Rinderspacher, ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Üble Polemik ist das, Herr Kollege!)

Sie haben heute unsere Finanzpolitik kritisiert; zu kritisieren sind aber Ihre Genossinnen und Genossen von der SPD in ganz Deutschland. Sie gehen unverantwortlich mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um. Ich darf Ihnen noch einmal kurz die Schulden addieren: Berlin: Von 2012 bis 2014 sollen 1,55 Milliarden neue Schulden gemacht werden,

(Markus Rinderspacher (SPD): In Berlin regiert die CDU!)

in Baden Württemberg 3,1 Milliarden. Nordrhein-Westfalen hat 2012 4,7 Milliarden Schulden gemacht und plant – das ist noch viel spannender – für die Jahre 2013 und 2014 in diesen Tagen, bei dieser guten wirtschaftlichen Lage, noch einmal 7,295 Milliarden neue Schulden. Die machen dieses Land mit ihrer Schuldenaufnahme kaputt, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Die Sozialdemokraten sind die Schuldenmacher der Nation, und Sie kritisieren heute unsere Haushaltspolitik. Bei diesen Zahlen haben Sie nicht das Recht dazu, Herr Rinderspacher. Wo man nur hinsieht, gilt: Sozi am Steuer, das wird teuer. So ist die Lage, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden alles tun, um dem Land Bayern das zu ersparen. Die SPD hat bei den jüngsten Haushaltsverhandlungen eben einmal 300 Millionen Euro mehr und 3.700 neue Stellen gefordert. Seit 1979 hat die SPD übrigens bei Haushaltsverhandlungen 30 Milliarden Euro zusätzlich gefordert. Ich frage: Wo wäre dieses Land heute, wenn man das alles gemacht hätte? Es wäre so weit wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.

Die Menschen haben Sie durchschaut. Die Finanzkompetenz der SPD liegt bei mageren 14 %, und nur 9 % der Bürger trauen Ihnen zu, den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern. Die Finanzkompetenz der CSU liegt übrigens bei 57 %, und 71 % der Bevölkerung trauen der CSU zu, den Wirtschaftsstandort Bayern zu sichern. Deshalb gibt es auch in Bayern keine Wechselstimmung. Wie denn auch bei einem derartigen Versagen der SPD landauf, landab?

(Markus Rinderspacher (SPD): Die beste Wechselstimmung hat der Ministerpräsident selbst! Das habe ich ja in zwölf Punkten aufgeführt!)

- Herr Kollege Rinderspacher, ich darf nun die Grande Dame der SPD, unsere ehemalige Kollegin Renate Schmidt, zitieren. Ich habe sie selbst in diesem Parlament noch erlebt. Die haben Sie übrigens wegen eines Wahlergebnisses von knapp unter 30 % - ich glaube, es waren 29,9 % - vom Hof gejagt.

(Kurt Eckstein (CSU): Das waren noch Zeiten!)

Sie hat der SPD ins Stammbuch geschrieben – ich darf aus der "Abendzeitung" vom 22. Oktober zitieren -, eine Wechselstimmung sehe sie akut nicht. Sie ist eine kluge Frau, und wo sie recht hat, hat sie recht. Es gibt keine Wechselstimmung. Wohin denn? Doch nicht zu einer Politik, wie Sie sie propagieren!

(Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie haben heute die CSU, die FDP, die Koalition und vor allem auch den Ministerpräsidenten in Ihrem Zwölf-Punkte-Paket kritisiert.

(Inge Aures (SPD): Das ist euer Paket, nicht unseres!)

Aber seien Sie doch einmal ehrlich. Horst Seehofer ist ein herausragender Ministerpräsident in einer schwierigen Zeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Allein von der Körpergröße!)

Er zeigt Handlungsstärke, er geht verantwortlich und maßvoll mit öffentlichen Geldern um, er setzt die richtigen Impulse und er denkt dabei an das ganze Land. Das sehen auch die Menschen in Bayern so. 62 % der Menschen sehen in Horst Seehofer und der CSU den Garanten für eine stabile Regierung und für ein stabiles Land. Liebe Freunde, das ist die Wahrheit!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Herr Rinderspacher, Sie wären froh, wenn Sie so einen hätten.

(Beifall bei der CSU)

Horst Seehofer hat Handlungsstärke bewiesen. Er hat – wir haben darüber auch von diesem Redepult aus diskutiert – mitten in der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, also in keiner leichten Situation, die Regierungsgeschäfte übernommen und hat diese Aufgabe mit uns, mit der Koalition aus CSU und FDP, glänzend bewältigt. Kein Land ist so gut aus der Krise gekommen wie Bayern. Das ist unbestritten.

Wir haben antizyklisch gehandelt,

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

zusätzlich investiert, das Konjunkturprogramm des Bundes finanziell begleitet, Schirme aufgespannt und damit Betriebe unterstützt und Arbeitsplätze gesichert. Der Doppelhaushalt 2009/2010 war ein erfolgreicher Konjunkturhaushalt, der positive Signale ausgesandt hat, die bis heute wirken. Dank der klugen Politik der Staatsregierung und der Regierungsfractionen von CSU und FDP hat Bayern heute in vielen Regionen Vollbeschäftigung, und die Auftragsbücher der Wirtschaft sind gut gefüllt. Das ist unbestritten.

(Inge Aures (SPD): Da können die auch nichts dafür!)

Unser Ministerpräsident ist verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürger umgegangen. Seine Politik war eben kein bloßes Konjunkturprogramm, sondern sie ist nachhaltig ausgerichtet. Er hat den Weg, einen ausgeglichenen Haushalt zu fahren, fortgesetzt. Bayern hat seit 2006 einen ausgeglichenen Haushalt, jetzt hat es den achten und den neunten. Das war in den Jahren 2009, 2010 und 2011 ein ganz schwieriges Unterfangen. Und mehr noch: Als erster Regierungschef in ganz Deutschland hat er begonnen, sein Land zu entschulden. Das war eine kluge und richtige Entscheidung. Wir haben 2012 eine Milliarde getilgt, wir werden 2013 520 Millionen tilgen. Wir werden 2014 540 Millionen tilgen. In diesem Doppelhaushalt ist es wieder über eine Milliarde.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist die Hälfte dessen, was ihr versprochen hattet!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, welches Land kann das noch, und welches Land tut das noch in dieser Republik? Das ist verantwortungsvolle Politik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auf eine solche Idee hätte die Opposition gar nicht kommen können, weil sie Weltmeister im Geldausgeben ist. Die GRÜNEN haben für den Doppelhaushalt auch Mehrforderungen in Höhe von 925 Millionen Euro in den Raum gestellt. Sie haben 1.600 neue Stellen gefordert.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das stimmt doch überhaupt nicht! Das ist eine Lüge!)

Die FREIEN WÄHLER haben 3.600 neue Stellen gefordert und Forderungen in Höhe von insgesamt 2,5 Milliarden zusätzlich gestellt.

Wir wollen bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Das ist ein ambitioniertes Ziel; aber mit Horst Seehofer und der Grundausrichtung seiner Politik sichern wir den Handlungsspielraum für kommende Generationen. Nur wer anfängt, kann das Ziel erreichen. Und wir haben in diesem Jahr damit begonnen. Je schneller und je besser wir ein Ergebnis im Länderfinanzausgleich erreichen, desto schneller werden wir auch ans Ziel kommen. Ich bin ganz sicher, wir werden es schaffen. Bayern ist in der Zwischenzeit zum Inbegriff für solide Finanzen in ganz Deutschland und in ganz Europa geworden. Solide Finanzpolitik ist unser Markenzeichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber nicht nur wegen der soliden Finanzen haben Bayerns Menschen die besten Zukunftsaussichten. Mit dem Programm "Aufbruch Bayern" hat unser Ministerpräsident die richtigen Schwerpunkte gesetzt: Familie, Bildung, Innovation. In allen drei Bereichen steht Bayern nicht nur besser da als vier Jahre zuvor; in allen drei Bereichen ist Bayern auch deutschlandweit spitze. Kein Land investiert so viel in den Ausbau der Kinderkrippen wie Bayern.

Herr Rinderspacher, Sie haben dieses Thema angesprochen. Die Wahrheit ist doch, dass wir in vielen Teilen des Landes eine sehr gute, flächendeckende Versorgung haben. Wenn ich aber in die Landeshauptstadt München komme und dort mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rede, erfahre ich, dass es dort Defizite gibt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben mir nicht zugehört, oder? Sie kennen, glaube ich, auch die Zahlen von Frau Haderthauer nicht!)

Da, liebe Freunde, wo die größeren Probleme bestehen, muss ich auch ein bisschen mehr tun als dort, wo die Themen schon erledigt sind. Das ist das, was wir kritisieren. München hat in den letzten Jahren zu wenig für den Ausbau von Kinderkrippen gemacht; denn hier besteht ein höherer Bedarf. Das ist doch die Wahrheit, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Die Hälfte aller Kinderkrippenplätze in Bayern! Hören Sie doch auf, wider besseres Wissen so einen Unsinn zu erzählen!)

Im Übrigen werden wir im Parlament auch einmal eine ausführliche Debatte zum Thema Wohnungsbau führen müssen. Diesbezüglich besteht doch genau dasselbe Problem. Das ist doch kein Problem draußen in den ländlichen Regionen. Da, wo mehr Bedarf besteht, wo mehr Menschen sind, wo es Prosperität gibt, wo Wirtschaftswachstum ist, wohin Menschen ziehen, brauche ich mehr Wohnungen. Gerade in München sind in der Verantwortung Ihres Kandidaten zu wenige Wohnungen gebaut worden. Das ist seine Verantwortung und nicht die Verantwortung von irgendjemand anderem. Die kann man nicht einfach abschieben, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun zum Thema Bildung. Im Bildungsranking sehe ich, dass wir bei allen Vergleichen, wer immer sie macht, vorn sind, liebe Frau Will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Letzter Platz bei den Ganztagschulen!)

Wir sind vorn. Bayern ist stark.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nur, wenn man die Tabelle der Ganztags-schulen umdreht!)

Ich sagen Ihnen: Wir werden niemals zulassen, dass dieses gegliederte, so erfolgreiche, optimale Schulwesen von Ihnen zertrümmert wird. Das wird niemals geschehen. Darauf werden wir achten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist doch Irrsinn! Da reden Sie heute von der Gemeinschaftsschule, die in ganz Deutschland gescheitert ist. Keiner will das Zeug.

(Markus Rinderspacher (SPD): Schleswig-Holstein! Peter Harry Carstensen: 100 Gemeinschaftsschulen!)

Herr Rinderspacher, das will in Deutschland niemand. Die Kinder haben unterschiedliche Talente und müssen unterschiedlich gefördert werden. Wir haben ein gegliedertes Schulwesen, und wir haben, lieber Karl Freller, ein System geschaffen, in welchem seit den letzten Jahren gilt: Kein Abschluss ohne einen Anschluss. Hierbei brauchen wir von niemandem Belehrungen. Solange wir die Besten in Deutschland sind, müssen und dürfen wir feststellen: Wir sind auf dem richtigen Weg, und wir werden niemals in diesen guten Zeiten für die Menschen, die in diesen Bildungssystemen sind, das Pferd wechseln und zu neuen Konstruktionen kommen, die anderwärts keinen Erfolg haben. Deswegen sage ich Ihnen heute: Ihre Bildungspolitik ist verfehlt, und es darf niemals passieren, dass unser Land diese Bildungspolitik der SPD ertragen muss.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Finanzzuwendungen anbelangt: Auf keinem Feld sind die eingesetzten Mittel so stark gestiegen wie im Bildungsbereich. Bei den Schulen sind wir heute bei 10 Milli-

arden Euro, für die Hochschulen bei 6 Milliarden Euro und in der Summe weit über 16 Milliarden Euro. Welches Land kann noch sagen, dass es 16 Milliarden Euro, ein Drittel des Haushalts, für die Bildung der jungen Menschen ausgibt? Das kann nur Bayern, und deswegen ist Bayern so erfolgreich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was die Zukunftsperspektive angeht: Es war unsere Fraktion, es war die CSU-Fraktion, die mit der Digitalisierungsstrategie Bayern 3.0, nach der Luft- und Raumfahrt und den Hightech-Offensiven den dritten Modernisierungsschritt für Bayern eingeleitet hat. Übrigens haben die Sachsen vor wenigen Wochen diese Strategie aufgegriffen, und auch in den anderen Ländern in Deutschland registrieren wir, dass diese Politik übernommen und kopiert wird. Gutes übernimmt man, Schlechtes lässt man an der Seite liegen. Das ist sehr gut. Ich bin dem Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er dieses Thema auch in der nächsten Legislaturperiode zu einem Leitthema machen wird. Die Digitalisierung ist eine zentrale Herausforderung, der wir uns stellen müssen und die in allen Lebensbereichen von essenzieller Bedeutung ist. Deswegen ist es richtig, dass wir diesem Thema besondere Bedeutung beimessen. Herr Ministerpräsident, wir haben von 2012 bis 2014 für den Breitbandausbau 500 Millionen zur Verfügung gestellt. In Baden-Württemberg reden sie von fünf Millionen Euro; das ist lächerlich wenig. Zugleich werden wir bis 2018 eine Digitalisierungsmilliarde bereitstellen. Das ist eine zukunftsorientierte Politik, so wie die Regierungskoalition aus CSU und FDP sie versteht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Menschen erkennen an, dass die CSU, dass die Union Zukunftskompetenz hat. Das ist auch wichtig für die Entscheidung am 15. September. Die Menschen wollen der CSU und Horst Seehofer das Land weiterhin anvertrauen. Wir werden auch im kommenden Jahr Vertrauen zurückerhalten. Wir ermöglichen Fortschritt und achten darauf, dass alle Menschen mitkommen. Wir verfallen weder in Fortschrittswahn noch

in Technikfeindlichkeit. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Wer verkörpert das besser als unser Ministerpräsident? Unsere gemeinsame Politik spricht auch in diesem Punkt eine klare Sprache. Wir halten das Land zusammen. In vielen Regionen Bayerns herrscht nahezu Vollbeschäftigung. In jeder Region ist die Arbeitslosenquote niedriger als im Bundesdurchschnitt, und der Unterschied zwischen den Regionen ist so gering wie noch nie in der Geschichte Bayerns, Herr Rinderspacher. Es gibt 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Ich weiß sehr wohl, dass es auch prekäre Arbeitsverhältnisse gibt. Auch die Praktikumsproblematik ist mir geläufig. Aber dennoch hatten wir noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, und das sollte man auch einmal ein Stück weit anerkennen. Wir müssen in der Politik ehrlich miteinander umgehen. Das ist ein großartiger Erfolg der Politik dieser Koalition.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit, die meisten Lehrstellen und die wenigsten Hartz-IV-Empfänger – ich will es gar nicht mit Zahlen hinterlegen. In keinem anderen Bundesland haben Menschen mit Migrationshintergrund so viele Chancen, aufzusteigen. Sie haben vorhin von sozialer Gerechtigkeit gesprochen, Herr Rinderspacher. Ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Bund und den anderen Bundesländern reden. Dass von der SPD eine Steuerentlastung der Bürgerinnen und Bürger im Bundesrat blockiert wird, dass es keine Abmilderung der kalten Progression gibt, betrifft doch gerade die kleinen und mittleren Einkommen. Dabei könnten Sie doch einmal ein Beispiel setzen, ehrlich sagen, was Sie wollen und den Menschen zur Seite stehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Landeserziehungsgeld bekommen doch nicht die Reichen. Das bekommen die, die es dringend brauchen. Die GRÜNEN in Baden-Württemberg haben es schon abgeschafft. Und Sie würden es, wie ich höre, auch in Bayern abschaffen. Das hat doch nichts mit sozialer Gerechtigkeit zu tun. Da würden diejenigen bestraft, die diese Un-

terstützung am dringendsten bräuchten. Darum geht es. Wir brauchen keine Belehrungen! Die soziale Gerechtigkeit ist für uns ein essenzielles Thema. Es hilft aber nichts, jeden Tag die Fahne der sozialen Gerechtigkeit vor sich herzutragen, wenn sie nicht gelebt und dafür keine Politik gemacht wird. Wir machen sie vor allem auch dadurch, dass wir die Menschen in Arbeit, Lohn und Brot bringen. Das ist die beste Sozialpolitik, die es für dieses Land gibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, im kommenden Jahr führen wir gerne einen Bilanz-, Kompetenz- und Personenwahlkampf. Ich sage Ihnen: Die Bilanz stimmt, Bayern steht so gut da wie noch nie. Es ist die Erfolgsregion in Deutschland und Europa, und darauf können wir auch ein Stück weit stolz sein.

Sie hätten auch sagen können: Das habt ihr gut gemacht in den letzten 50 Jahren und in den letzten viereinhalb Jahren. Ich habe gedacht, Sie schaffen es, aber Sie bringen es nicht über das Herz. Es ist aber die Wahrheit, Herr Rinderspacher. Wir haben die Zukunftskompetenz. Wir investieren in Zukunft, in Familie, in Bildung und in Innovation. Das sind auch die Schwerpunkte dieses Doppelhaushalts. Was den Personenwahlkampf angeht: Mit Horst Seehofer haben wir die beste Persönlichkeit des Landes für das Amt des Ministerpräsidenten. Unser Kandidat und Ministerpräsident wird gegenüber Ihrem Kandidaten ein ganz großes Stück voraus sein, weil er für dieses Land in der Verantwortung in den letzten viereinhalb Jahren eine exzellente Politik gemacht hat und dieses Land hervorragend vorangebracht hat. Da können Sie sicher sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, was sollte denn Ihr Notbündnis, das Sie mit den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN zu schmieden versuchen, noch besser machen? Da gibt es doch nur den Willen zur Macht, der zusammenführt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann werden die Ideen schneller umgesetzt!)

Ich will nicht alle Zitate bringen, lieber Hubert Aiwanger, in denen du dich schon geäußert hast, ich glaube, du hast in den Presseberichterstattungen alle Koalitionsmöglichkeiten dieser Welt schon durchgemacht. Deswegen wäre ich da ein bisschen vorsichtig.

Die "Süddeutsche Zeitung" ist davon überzeugt – ich zitiere die Ausgabe vom 31. August; ich zitiere sie nicht oft, aber an dieser Stelle ist es notwendig –: Ude kann keine wirklich interessante Alternative zu Schwarz-Gelb anbieten. Das hat die "Süddeutsche Zeitung" geschrieben. Du liest sie immer falsch, ich weiß schon. Ude wirft umgekehrt den GRÜNEN eine beachtliche Stille vor, der Kollege Pohl sieht riesige Gräben zwischen SPD und den FREIEN WÄHLERN, und Ude beschuldigt die GRÜNEN öffentlich, ihr Nein zu Großprojekten trage Züge des Religionskrieges. Die SPD will die zweite Stammstrecke zwar nicht bezahlen, aber hingestellt bekommen. Die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN sind dagegen. Die dritte Startbahn hat die SPD gewollt, die GRÜNEN und die FREIEN WÄHLER sind ein bisschen dagegen. SPD und GRÜNE sind für die Griechenlandhilfe, aber die FREIEN WÄHLER sind dagegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch wissen sie es auch nicht!)

Ich darf noch einmal die "Süddeutsche Zeitung" vom gleichen Tag zitieren – ich glaube, dieser Satz braucht keinen Kommentar mehr –:

Die Bürger wissen nicht, was sie bekommen, wenn sie SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN ihre Stimme geben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bei euch wissen sie es auch nicht!)

Im Moment wissen es die drei Parteien selbst nicht.

Das braucht keinen Kommentar mehr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Hubert Aiwanger, ich freue mich schon auf Ihren Beitrag nachher.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der kommt gleich!)

Aber wie stehen Sie eigentlich zum Treiben Ihrer kunterbunten Freunde andernorts?

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Da habe ich etwas gelesen, auch in der "Süddeutschen", aber es war in vielen Presseorganen zu lesen. Nils Schmid von der SPD, immerhin Vize-Ministerpräsident in unserem Nachbarland, sagt:

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

"Ich habe nicht viel übrig für die Landwirtschaft." Ihm seien andere Dinge wichtiger als die Frage, ob es einen Bauern mehr oder weniger gibt. "Da wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu." Da sieht man, wie verantwortliche SPD-Ministerpräsidentenstellvertreter über die Landwirtschaft denken, lieber Albert Füracker, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Das haben die im Sinn. Das sollten Sie, Herr Aiwanger, auch einmal Ihren Landwirten erklären.

(Margarete Bause (GRÜNE): Schwache Rede, Herr Schmid!)

Ich sage nur: Das Modell "kunterbunt" darf in diesem Land niemals Realität werden. Dafür arbeiten wir.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bleiben wir lieber in Bayern und halten am bayerischen Erfolgsweg fest. Außerhalb Deutschlands orientieren sich viele an Bayern.

(Martin Güll (SPD): Alle!)

Wir stehen für finanzpolitische Solidität, wirtschaftliche Kraft und menschlichen Zusammenhalt.

Wir hatten kürzlich eine spannende Zusammenkunft. Wir waren in Portugal beim Staatspräsidenten Silva

(Inge Aures (SPD): Sauber!)

und bei Ministerpräsident Coelho.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr wart's das?)

Beide haben Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der Frau Landtagspräsidentin bestätigt, dass Bayern auch für sie Vorbild ist. Wenn wir Vorbild für andere sind, dann sind wir besser als andere und sind stark, ein gutes Land mit einer guten Politik, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Diese Regierungskoalition ist in den letzten viereinhalb Jahren gut vorangekommen. Wir haben ein gutes Stück des Weges in der Weiterentwicklung des Landes zurückgelegt. Der Doppelhaushalt ist bundes- und europaweit einmalig. Er ist ein Beleg für finanzpolitische Solidität und die Stärke Bayerns.

Ich danke an dieser Stelle auch für unsere Fraktion unserem Finanzminister Markus Söder, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dir, lieber Georg Winter, den FDP-Fraktionskollegen Thomas Hacker und Karsten Klein. Ihr habt in den letzten Wochen exzellente Arbeit geleistet bei der Vorbereitung dieses Haushalts. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wir investieren in diesem Haushalt in Bildung, Familie und Innovation. Wir bewahren das soziale Gesicht. Wir bauen Schulden ab. Wir bilden Rücklagen. Wir investieren in die Zukunft, und wir bereiten die Zukunft Bayerns vor. Setzen wir den bayerischen Weg fort. Ich bitte um Zustimmung zum Doppelhaushalt 2013/2014.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion FREIE WÄHLER darf ich Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

(Zurufe von der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr könnt ja gehen, wenn es euch zu langweilig ist.

Präsidentin Barbara Stamm: Beginnen Sie einmal in Ruhe, Herr Kollege. Das wird alles. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern braucht mehr Bürgernähe und weniger Größenwahn. Ich glaube, so können wir auf den Punkt bringen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

was Bayern in den nächsten Jahren braucht.

(Zuruf der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Sie brauchen mehr Einsicht in die kleinen Themen, die Sie in den vergangenen Jahren so beiseite geschoben haben. Sie sind den großen Themen hinterhergerannt. Das war früher der Transrapid. Heute sind es der Donauausbau, die dritte Startbahn, die zweite S-Bahn-Röhre. Sie vergessen im Windschatten dieser Diskussion die vielen kleinen Baustellen, die in der Summe aber wichtiger sind als die wenigen Großprojek-

te, die unsere finanziellen Möglichkeiten binden, und für vieles Kleine, Bürgernähe umzusetzen.

Meine Damen und Herren, uns FREIEN WÄHLERN ist eine gute Bildungspolitik wichtig. Da müssen wir, beginnend beim frühkindlichen Bereich, feststellen, dass bei den Kindertagesstätten einfach noch sehr viel zu tun ist.

(Alexander König (CSU): Wer hat sie denn in den letzten Jahren ausgebaut?)

Hier haben wir noch Nachholbedarf, Qualitätsverbesserungen sind dringend nötig.

(Alexander König (CSU): Wer gibt Investitionsgarantien? Der Freistaat Bayern!)

Wir müssen auch die Erzieherinnen besser bezahlen, sonst haben wir nur teure Kinderbetreuungseinrichtungen, aber bald keine Erzieherinnen mehr. Frau von der Leyen denkt ja darüber nach, Schlecker-Mitarbeiterinnen umzuschulen und dort hineinzustecken.

Meine Damen und Herren, deshalb ist auch das Ziel der FREIEN WÄHLER, eine Sockelförderung des Freistaats Bayern in angemessener Form zur Verfügung zu stellen, um das Personal an dieser so sensiblen Stelle zu animieren, zum einen tätig zu werden und zum anderen noch mehr Qualität hineinzubringen. Soweit zum frühkindlichen Bereich, meine Damen und Herren. Dort sind wir auf einem guten Weg, aber wir müssen noch eine kräftige Schippe drauflegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Wir sind auf einem guten Weg, das stimmt!)

Es geht weiter mit dem Bereich Grundschule und der wohnortnahen Beschulung. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass hier sehr vieles wackelt, dass vor allem die Klassen an vielen Grundschulstandorten noch deutlich zu groß sind. 27 bis 28 Kinder sind in einer Grundschulklasse in Bayern im Jahr 2012 nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER))

Wir brauchen mehr Lehrer, um die Klassenstärken zu senken und die guten Ergebnisse Bayerns weiter voranzubringen. Es nützt uns nichts, wenn wir uns mit sozialen Problemstandorten in Berlin vergleichen und sagen: Bayern steht aber deutlich besser da. Das mag so sein, auch aufgrund der noch funktionierenden Sozialstrukturen in Bayern. Aber das, was wir tun können, ist noch nicht voll ausgeschöpft. Die klare Botschaft der FREIEN WÄHLER ist also: Runter mit den Klassengrößen, gerade in den Grundschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Das machen wir seit Jahren, das wissen Sie! Wir hatten noch nie so kleine Klassen!)

Um die ideologische Debatte über das dreigliedrige oder sonstige Schulsystem zu entschärfen, fordern wir eine Regionalisierung der Bildungspolitik, indem wir regionalere Bildungsmodelle zulassen wollen. Das heißt für uns, Mittelschule und Realschule dort enger kooperieren zu lassen, wo es Sinn macht,

(Renate Will (FDP): Das machen wir doch, Herrgott noch mal!)

und die Hürden abzubauen. Eine engere Kooperation ist heute nur in Einzelfällen Praxis. Das muss Standard werden, wo es Sinn macht. Bitte tut das und steht dieser Entwicklung nicht länger aus ideologischen Gründen im Wege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Alexander König (CSU): Wir haben überhaupt keine ideologischen Hürden, haben wir noch nie gehabt!)

Thema achtjähriges Gymnasium. Wir haben momentan das neunjährige G 8, weil Sie das bewährte neunjährige Gymnasium eigentlich in einem Akt des Größenwahns über den Haufen geworfen haben,

(Alexander König (CSU): Unsinn! Alle anderen Länder haben es auch abgeschafft!)

weil Sie die Bürgernähe nicht haben gelten lassen, weil Sie mit den betroffenen Schulleitern usw. nicht gesprochen haben. Mit der Zweidrittelmehrheit meinte man, Bayern und die Welt neu erschaffen zu können, und hat das mit einem Federstrich gemacht.

(Alexander König (CSU): Das ist eine Geschichte aus der Mottenkiste!)

Die Probleme des G 8 sind bis heute nicht gelöst, das wissen Sie. Hier muss korrigiert werden. Sie sind noch Antworten schuldig. Ziel muss es sein, nicht nur Lernen auf Wiederausspucken, nicht nur Lernen auf die Prüfung zu produzieren, sondern nachhaltiges Lernen. Dafür fehlen bis heute die Voraussetzungen. Das sind nicht zuletzt ausreichende Lehrerstellen, um differenzierteren Unterricht in kleineren Gruppen anbieten zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, beim Thema Studiengebühren haben Sie im Prinzip in den letzten Jahren großen politischen Flurschaden angerichtet.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was?)

- Dann bleiben Sie doch bei den Studiengebühren, wenn sie so gut waren.

(Alexander König (CSU): Deshalb haben wir so viele Studierende wie noch nie in Bayern!)

- Wir haben so viele Studierende wie noch nie, hätten aber noch mehr. Sie wissen genau, dass viele junge Leute Bayern verlassen und zum Studieren nach Österreich oder in andere Bundesländer gehen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin - Thomas Hacker (FDP): Weil es dort keinen Numerus clausus gibt!)

um so den Studiengebühren zu entgehen. Niedersachsen und Bayern sind die letzten beiden Länder in der Bundesrepublik Deutschland, die Studiengebühren haben. Diese

müssen weg, lieber gestern als heute, meine Damen und Herren. Vielleicht sind Sie Ihrem Ministerpräsidenten zu lange im Weg gestanden, vielleicht wären sie schon weg, wenn Sie ihn hätten machen lassen. Meine Damen und Herren, wenn wir das Ding weiterschleppen, ist Gefahr im Verzug. Deshalb haben wir das Volksbegehren initiiert. Die Studiengebühren könnten politisch schon längst erledigt sein. Sie haben sich aber jahrelang dagegen gewehrt. Das war ein politischer Fehler. Das sehen Sie heute ein. Ich respektiere auch, dass Sie jetzt auf unsere Linie eingeschwenkt sind. Ich fordere Sie auf, unser Volksbegehren nach Kräften zu unterstützen und gemeinsam mit unserer Unterstützung aufzurufen, damit wir in der zweiten Januarhälfte kommenden Jahres 10 % der Unterschriften zusammenbekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben im Zuge der Debatte um die Studiengebühren auch die Meisterausbildung ins Gespräch gebracht. Jahrelang war Ihr politischer Fehler zu sagen: Wenn der Meister zahlen muss, soll auch der Student zahlen. Bei genauerem Hinsehen aber nutzt es doch dem Meister nichts, wenn der Student zahlen muss. Andersherum wird ein Schuh daraus. Bildung muss kostenfrei sein, zumindest das Erststudium, und die Meisterausbildung muss erschwinglicher werden.

(Thomas Hacker (FDP): Was ist mit dem Kindergarten?)

Deshalb der Vorschlag, erstens einen Bildungsgutschein einzurichten, um die Kosten der Meisterkurse für den angehenden Meister zu senken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Thomas Hacker (FDP): Und was ist mit dem Kindergarten?)

Zweitens soll der Zuschussanteil für das Meister-BAföG – das ist dann auch Bundespolitik – erhöht werden, damit die Meisterausbildung erschwinglicher wird. Siehe da – warum haben Sie das in Ihrer Weisheit nicht längst gemacht? Sie haben auch die Meister bluten lassen, weil die Studenten bluten. Andersherum hätten Sie es machen

müssen: Sie hätten die Studenten entlasten und dies dann als Bezug verwenden müssen, um auch die Kosten für den Meister zu senken und damit die Kosten der Meisterausbildung zu reduzieren. Damit sind Sie an dieser Stelle dem Mittelstand lange Jahre unnötigerweise im Weg gestanden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER kämpfen auch für starke Kommunen. Deshalb fordern wir, den Kommunalanteil am Steuerverbund noch einmal deutlich zu erhöhen.

(Alexander König (CSU): Wir haben ihn gerade noch einmal erhöht!)

Meine Damen und Herren, in einer Zeit, in der Sie sagen: Wir können Schulden zurückzahlen, uns geht es so gut wie nie, steigen die Schulden der Kommunen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Dort müssen Sie ansetzen.

(Thomas Hacker (FDP): Auch das stimmt nicht!)

Sie müssen den Kommunen 15 % Kommunalanteil am Steuerverbund gönnen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Thomas Hacker (FDP): Die kommunalen Schulden sind rückläufig!)

damit wir bei den Bürgern wohnortnah investieren können, damit die Strukturen vor Ort, damit das Lebensumfeld der Menschen vor ihrer Haustüre in Ordnung gebracht wird. Die Kommunen sind hierfür ein guter Partner. Ich muss aber ehrlicherweise sagen: Diese Partnerschaft wurde seitens der CSU zu wenig gelebt. Man hat die Kommunen immer etwas stiefmütterlich behandelt,

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

hat sie immer um Gelder kämpfen lassen, die ihnen zustehen und hat sie lieber mit sonstigen Negativsegnungen bedacht. Beispielsweise wurde der Zuschussanteil des Staates an den Kosten der Schülerbeförderung von etwa 80 % auf eine Größenordnung von etwa 60 % reduziert, um damit Lehrer zu sparen – das war Ihre Politik. Die steigenden Beförderungskosten hat die Kommune bezahlt. Hier sollten Sie bitte schön nachbessern und die Kommunen ernster nehmen – das ist ein wichtiger Rat für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wie lange haben wir dafür gekämpft, das Splitting bei der Gewerbesteuer bei den erneuerbaren Energien nicht nur auf die Windenergie, sondern auch auf die Photovoltaik anzuwenden? Wir haben das hier 2009 vorgetragen. Da waren die Rufe aus dieser Ecke – ich höre sie heute noch -: Dazu haben wir von den Bürgermeistern noch nie etwas gehört; also tun wir nichts. Meine Damen und Herren, jetzt lenken Sie Gott sei Dank ein. Das waren drei verlorene Jahre. Sie hätten bei den erneuerbaren Energien, bei der Gewerbesteuer die Kommunen früher ordentlich mit ins Boot nehmen können. Sie aber wollten die Gewerbesteuer abschaffen. Das war Ziel der FDP. Man hat Modelle vorgegaukelt, mit denen man die Gewerbesteuer irgendwie anders regeln wollte. Sie sind Gott sei Dank zu der Erkenntnis gekommen: So lange man nichts Besseres hat, lässt man das Bewährte. Mit Ihnen war die Gewerbesteuer in Gefahr. Es war höchste Zeit, dass Sie erkannt haben, wie wichtig diese Gewerbesteuer ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD - Thomas Hacker (FDP): Nur weil man es nicht versteht, muss es nicht gleich schlecht sein!)

Die Kommunen sind auch bei weiteren politischen Themen ein wichtiger Partner. Wenn wir heute von der Stärkung des ländlichen Raumes reden, geht dies nicht ohne die Kommunen. Meine Damen und Herren, Sie haben zu lange Metropolitik betrieben. Sie haben zu lange gemeint: Die paar Bauerndörfer interessieren uns nicht.

Heute stellen wir fest, dass wir dort Nachholbedarf haben, dass wir das schnelle Internet noch nicht so haben, wie wir es hätten haben können, wenn Sie rechtzeitig auf unsere Vorschläge eingegangen wären. Ihr Wirtschaftsminister hat den Breitbandausbau im Jahr 2011 für abgeschlossen erklärt, weil wir annähernd ein Megabit hatten. Mitte 2012 haben Sie gemerkt, dass das nicht reicht, und haben in Brüssel noch ein hingestopseltes Programm nachgereicht, das ein Jahr in der Warteschleife war. Sie brüsten sich heute mit Finanzmitteln, die hier zur Verfügung stehen, aber nicht abgerufen werden können, weil wir kein Programm haben,

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

weil Sie geschlafen haben, weil Sie die Situation falsch eingeschätzt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Klare Botschaft: Herr Schmid glaubt das bis heute nicht und wirft mir vor, ich würde Märchen erzählen.

(Georg Schmid (CSU): Die stehen zur Verfügung; die sind da!)

Herr Schmid, Sie haben zu lange nicht gemerkt, dass der Breitbandausbau ein Problem ist. Ihre eigene Partei hat noch bis zur Landtagswahl gesagt: Das brauchen wir nicht. Die FDP hat ihn dann für abgeschlossen erklärt. Jetzt korrigieren Sie nach. Schnelles Internet – eine versäumte Geschichte. Hier haben Sie ein paar Jahre versäumt. Wir könnten weiter sein. Der Rest der Republik hatte das Bundesförderprogramm mit 500.000 Euro pro Projekt; Bayern hat jahrelang mit 100.000 Euro herumgefuhrt, hat damit Geld, hat damit Potenzial verschenkt. Das ist meine Feststellung. Diese Feststellung ist kein Märchen, Herr Schmid, sondern sie ist die Realität. Hören Sie eher auf diese Dinge; hören Sie eher auf die kleinen Themen; träumen Sie nicht nur von der dritten Startbahn, sondern sprechen Sie mit den Kommunalpolitikern. Diese sagen Ihnen das seit Jahren. Das interessiert Sie aber anscheinend nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Georg Schmid (CSU): Wir machen das selber seit dreißig Jahren! Da brauchst du mir nichts zu erzählen! Wir sind doch nicht blöd!)

- Seit dreißig Jahren? – Okay; jawohl. Wenn Sie das dreißig Jahre lang gemacht haben, wundert es mich, dass es heute noch nicht so weit ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Georg Schmid (CSU): Das ist blödes Geschwätz! Entschuldigung!)

Meine Damen und Herren, die Gewichtung der Situation des ländlichen Raums lässt sich auch an der Einschätzung der Großprojekte ablesen. Als es geheißen hat, die dritte Startbahn ist nicht mehrheitsfähig, kam sehr schnell der Ruf: Dann muss das Geld in die Röhre fließen. Meine Damen und Herren, warum nicht in einen Eisenbahnanschluss in Plattling, in Oberfranken, in Unterfranken oder sonst wo? Warum automatisch nur in die Röhre in München? Überlegen Sie einmal, dass hier Milliarden zur Debatte stehen und dass Bayern weitere Finanzierungsrisiken in Höhe von Hunderten Millionen Euro eingeht. Wenn das Ding teurer wird, haftet Bayern zu einem Großteil. Meine Damen und Herren, momentan werden dort bei den Planungskosten wahrscheinlich wieder Weichen in der falschen Richtung, in Richtung Milliardenrisiken gestellt, aber für die kleinen Dinge ist kein Geld da. Wenn wir draußen sagen, dass man angesichts der Landesgartenschau in Deggendorf darüber nachdenken sollte, den Personenverkehr auf einer kurzen Strecke zu reaktivieren, kommt die Antwort: Dafür ist kein Geld da. Bei den Milliarden sind wir aber immer schnell. 100.000 Euro können wir uns nicht leisten, aber die Milliarden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Am Umgang mit den Infrastrukturprojekten liest man also ab, auf welcher Seite Sie wirklich stehen. Sie stehen bis heute nicht wirklich an der Seite des ländlichen Raumes.

(Georg Schmid (CSU): Wir machen das schon seit fünfzig Jahren! Da hat es euch noch gar nicht gegeben!)

Sie träumen bis heute weiter von der Startbahn in München. Trotz Bürgerentscheid gegen die dritte Startbahn sagen Sie eiskalt: Wir machen das trotzdem. Meine Damen und Herren, Sie schreiben das auch noch in Ihren Landesentwicklungsplan. Gleichzeitig vergessen Sie aber, dass es auf dem Land auch noch die Landwirtschaft gibt. Die Landwirtschaft ist nicht enthalten, aber die abgelehnte dritte Startbahn. Das zeigt Ihre Wertschätzung für Stadt und Land.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie an dieser Stelle: Beerdigen Sie die dritte Startbahn für die nächsten paar Legislaturperioden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Kümmern Sie sich stattdessen lieber um die ordentliche Anbindung der jetzigen zwei Startbahnen. Wir haben bis heute nicht die seit ewigen Zeiten versprochene Anbindung Ostbayerns über die Neufahrner Kurve. Mir wurde in Beantwortung einer Anfrage im letzten Jahr mitgeteilt, 2012 gehe es los. Heuer wurde mir mitgeteilt, nächstes Jahr geht es los. Wenn ich nächstes Jahr die Anfrage stelle, wird es heißen, 2014 geht es los. Sie schieben die Realisierung bezahlbarer und einigermaßen durchgeplanter Projekte vor sich her, weil hierfür das Geld angeblich nicht vorhanden ist, in Wirklichkeit aber planen Sie Größeres und Ostbayern soll dabei nur die zweite Geige spielen. Diese Anbindung ist dann offensichtlich nicht so wichtig. Meine Aufforderung an Sie: Realisieren Sie schnellstmöglich die Neufahrner Kurve, diese direkte Anbindung Ostbayerns.

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Meine Damen und Herren, setzen Sie sich bitte auch für eine bessere Anbindung des Chemiedreiecks ein. Dort ist seit Jahren die Er-

stellung einer durchfinanzierten Planung verschlafen worden. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, haben einen Bundesverkehrsminister, der sich darum kümmern sollte. Es ist schön, wenn er sich um die Wiedereinführung der nostalgischen Auto-kennzeichen kümmert. Wer das haben will, gut, der kann es haben, das ist in Ordnung. Aber der Minister darf dabei nicht die wichtigen Projekte vergessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Und warum vergisst er die? – Weil der Verkehrsetat gnadenlos unterfinanziert ist. Wir brauchen etwa zwei Milliarden im Bundesverkehrsetat mehr, damit ausreichend Geld bei der Straße und der Schiene ankommt. In diese Richtung bitte ich einmal Rettungsschirme aufzustellen und vielleicht sogar über Nacht einen Sondertopf einzurichten, statt die Rettung von Großbanken zu finanzieren. Bei letzterem sind Sie schneller zur Hand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ländlicher Raum bedeutet auch Landwirtschaft. Wir haben zu diesem Haushaltsentwurf einen Antrag dahin eingebracht, die Vermarktungsstrukturen zu fördern und die Landwirte dabei zu unterstützen, ihre Produkte besser im Markt zu platzieren. Sie machen von der großen Politik her den Fehler, auf der einen Seite den Abnehmern mit ihren Monopolstrukturen die Füße zu küssen, die Produzenten auf der anderen Seite aber als Billiglieferanten zu missbrauchen. Das ist in der Milchpolitik ebenso wie in der Fleischpolitik der Fall. Großen Schlachthofketten und großen Handelsunternehmen wird Tür und Tor geöffnet, während die kleinen Landwirte mit ihren Bündelungswünschen allein gelassen werden.

(Albert Füracker (CSU): Lüge! - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Reserl Sem (CSU))

Helfen Sie den kleinen Landwirten bei der Bündelung der Milcherzeugung und tragen Sie dazu bei, dass kleine Schlachthöfe erhalten bleiben. Sorgen Sie nicht nur dafür, dass einige große Ketten die Märkte übernehmen, sondern stehen Sie auch an der Seite der kleinen Bauern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es gilt, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Sie haben die Fehlentwicklungen lange Zeit nicht erkannt. Das gilt auch für den Bereich der Gesundheitspolitik. Heute gehen die Hausärzte und die Fachärzte auf die Barrikaden, weil sie Angst davor haben, dass die Freiberuflichkeit der Ärzteschaft in Gefahr ist und die flächendeckende Versorgungsstruktur nicht mehr aufrechterhalten bleiben kann. Die kommunalen Kliniken gehen vielfach Pleite und müssen verkauft werden. Sie sind gefordert, dieses Wegbrechen der Gesundheitsstrukturen gerade im ländlichen Raum zu verhindern, das heißt zu den alten Verträgen bei den Hausärzten zurückzukehren, für eine bessere Krankenhausfinanzierung und für Rahmenbedingungen, die den Haus- und Fachärzten helfen, zu sorgen. Das heißt auch einmal Klartext gegenüber den Krankenkassen zu reden, die sich seit Langem weigern, vernünftige Verträge mit den Ärzten auszuhandeln.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Letzten Endes bedeutet es ein klares Bekenntnis zu einer guten Versorgungsstruktur statt eine börsennotierte Gesundheitsmedizin und Gesundheitsindustrie, wie sie vor den Türen steht, zu protegieren. Vor allem die FDP ist gefordert, in diese Richtung die richtigen Weichen zu stellen. Die richtigen Weichen wurden in der Vergangenheit nicht gestellt, sonst wären diese Ärzte heute nicht auf den Barrikaden zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir von richtigen Strukturen sprechen, werfe ich Ihnen auch vor, die Strukturentwicklung in der Energiepolitik lange Zeit falsch eingeschätzt zu haben. Es gab das

große Ziel, alles zu privatisieren mit der Aussage, dann werde es billiger. Man hat das Bayernwerk unnötig über Bord geworfen. Der Vorstoß des Ministerpräsidenten war im Grunde richtig, aber er ist leider wieder zurückgerudert, als die FDP geschimpft und gesagt hat, die Staatsregierung solle sich nicht in die Energiewirtschaft einmischen. Ich meine, sie muss sich einmischen, Herr Ministerpräsident!

Wir müssen daran festhalten: Wenn Eon, Gazprom oder andere nicht in der Lage sind, die beim Abschalten der Atomkraftwerke entstehende Lücke durch Gaskraftwerke zu ersetzen, ist es besser, seitens des Freistaates ein paar hundert Millionen in die Hand zu nehmen, um diese Lücke zu schließen, anstatt sich damit zufriedengeben, dass Gazprom oder Eon sagen: Das wollen wir nicht, also tun wir es nicht. Wir müssen dieses Ziel umsetzen, das ist unsere Aufgabe als bayerische Politiker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Energiepolitik wurde in Bayern lange Jahre falsch aufgehängt, indem man nur auf die Atomlaufzeitverlängerung abzielte. Bis heute hat man nicht nur den Eindruck, sondern eigentlich den Anscheinsbeweis, dass für kleinere Strukturen kein besonderes Herz schlägt. Wenn der kleine Landwirt eine Biogasanlage baut, muss er lange betteln, bis er die Einspeisevergütung bekommt. Viel lieber stimmen Sie den Entschädigungen für die Offshore-Investoren zu, meine Damen und Herren, Investoren – ich sage das noch einmal –, die in Windanlagen vor der Küste investiert haben, aber ihren Strom nicht liefern können.

(Alexander König (CSU): Allerschlimmste Polemik, wirklich schlimm!)

Sie haben investiert, aber können den Strom nicht liefern, und bekommen auch noch Geld für den nicht gelieferten Strom. Für solche Dinge heben Sie die Hand, für nicht gelieferten Strom irgendeines Großinvestors.

(Alexander König (CSU): Infame Polemik!)

Sie sollten sich dafür einsetzen, dass kleine Dinge im Land geschehen, die den Kommunen helfen wie beispielsweise die Rückübertragung von Netzen in den Fällen, in denen es sinnvoll ist. Hören Sie auf mit Milliarden für Großinvestoren, die dem Bürger am Ende keinen Strom liefern, sondern nur für Planungen bezahlt werden.

(Alexander König (CSU): Übler Vergleich, üble Polemik!)

Wir müssen bei der Energiepolitik auf eine ehrliche Wende hin zu den Bürgern setzen. Da ist es ein geradezu politisches Trauerspiel, wie die erneuerbaren Energien als die Preistreiber verschrien werden. Gleichzeitig werden die Kosten der Atomenergiewirtschaft ausgeblendet, obwohl wir doch überhaupt noch nicht abschätzen können, was in den nächsten Jahrhunderten auf uns zukommt. Hier wird dagegen die Meinung vertreten, dass es uns das Genick bricht, wenn sich ein paar Leute für erneuerbare Energien einsetzen. Meine Damen und Herren, uns wird am Ende nichts anderes übrig bleiben, als unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien selbst zu bewerkstelligen. Wir müssen dabei verstärkt in die Energieeinsparung investieren. Es ist doch geradezu peinlich, wenn die Energiekommission, die nach Fukushima als überparteiliches Gremium eingerichtet wurde, um parteiübergreifend Lösungswege zu finden, nicht einmal ein paar Millionen Euro Zuschuss bekommt. Kein sinnvoller Vorschlag von dort, wie beispielsweise die energetische Gebäudesanierung oder ähnliches, hat Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden. Man missbraucht diese Energiekommission dazu, dieses brisante Thema aus der Landtagsdebatte herauszuhalten, und versucht, ein Thema hinter verschlossenen Türen zu entschärfen, das unangenehm zu sein scheint. Am Ende heißt es dann: Außer Spesen nichts gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lasst diese Leute doch arbeiten, gewährt ihnen ein kleines Budget oder nehmt sie zumindest ernst. Und wenn dann von dort ein parteiübergreifender Vorschlag kommt, dem sie auch zugestimmt haben, für den dann aber kein Geld fließt, frage ich mich schon: Wieso sitzen die zusammen? Das alles ist symptomatisch für die letzten Jahre.

Ich hatte zu Beginn dieser Legislaturperiode so sehr gehofft, bei diesem Thema das Parteibuch in der Tasche lassen zu können und stattdessen anhand von Themen entscheiden zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Anhaltende Unruhe - Lebhafter Widerspruch von der CSU)

Das gilt auch für andere Themen. Wenn von den FREIEN WÄHLERN beispielsweise der Vorschlag kam, die Studiengebühren abzuschaffen, haben Sie geradezu das Gegenteil vertreten. Sie haben immer das Gegenteil von dem gesagt, was wir gesagt haben. Vielleicht hätten wir etwas sagen müssen, was wir gar nicht wollten. Dann wären wir vielleicht dahin gekommen, wohin wir wollten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir tut es um viele gute Ideen leid, die auf der linken Seite des Plenums entstanden sind, die aber radikal niedergebügelt wurden. Für mich heißt Bürgernähe, auch einmal mit den anderen zu reden und nicht alles niederzubügeln, was von der linken Seite vor diesem Graben kommt.

(Thomas Hacker (FDP): Ich habe kein Bügeleisen!)

Ich habe gesagt, dieser Graben solle keine Demarkationslinie sein, sondern ein Durchgang. Sie haben politisch etwas anderes praktiziert. Damit haben wir einige Jahre kostbarer Zeit verloren. Das ist meine klare Ansage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin gesagt, die Energiekommission sei eine Selbstbeschäftigungsgruppe, um ein brisantes Thema aus der parlamentarischen Debatte herauszuhalten. Sie haben bis heute nicht viel für die Idee übrig, aus den erneuerbaren Rohstoffen Energie produzieren zu lassen und sich mit Speichertechnik für die Zukunft aufzustellen. Beim Aufbau der Atomenergie sind Milliarden und Abermilli-

arden in die Forschung und in den Aufbau der ersten Kernkraftwerke geflossen. Sie sollten nur einen Bruchteil dieses Engagements aufwenden, um die Speichertechnik salonfähig und praxistauglich zu machen. Wir haben die Technik. Diese Technik gibt es in Deutschland, nämlich die Methanisierung. Dann kommen aber sofort die Gegenargumente: Das ist zu teuer. Meine Damen und Herren, Sie finanzieren mit diesem Geld lieber die Atommüll-Endlagerung als die Zukunftstechnik.

Meine klare Botschaft an Sie: Bitte öffnen Sie diese Scheuklappen. Sagen Sie Ja zu mehr Speichertechnik. Machen Sie nicht nur eine Feigenblattpolitik, sondern sagen Sie Ja zu diesen erneuerbaren Energien. Zerschlagen Sie sich nicht den Kopf darüber, wie Sie den Sonnenstrom und den Windstrom deckeln können. Vor ein paar Jahren hat es noch geheißen: Die leisten keinen Beitrag. Dieser Beitrag sei verschwindend gering. Heute sagt man: Man muss die Einspeisung deckeln, damit sie nicht zu viel produzieren. Wir haben hier ein Luxusproblem. Bringen Sie diese Energie in die Speicherkapazität. Das ist unser Vorschlag an Sie.

Sagen Sie nicht wieder Nein. – Sie lächeln wieder. Sie schütteln wieder den Kopf. Was ist Ihre Alternative, außer am Ende den Atomstrom aus Tschechien zu holen?

(Karsten Klein (FDP): Lesen Sie unser Energiekonzept! Sie haben keine Ahnung!)

Bis vor einem Jahr wollten Sie die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern. Heute sagen Sie: Das geht nicht. Dieses Ziel der Energiewende werden wir vielleicht nicht erreichen. Sie wollen nicht. Sie zerbrechen sich den Kopf darüber, wie die Lobbyisten von gestern auch die Lobbyisten von morgen sein können, statt die Kommunen und die Bürger verdienen zu lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Sie haben diese Fehlentwicklung damals mit der Privatisierung der Bayernwerk AG selbst eingeleitet. Sie haben den Staat aus der Verantwor-

tung entlassen. Heute stellen wir fest, dass wir an dieser Front nicht mehr handlungsfähig sind. Ich sage Ihnen ganz klar: Wir müssen in den nächsten Jahren in erster Linie das Niveau in Bayern dort sichern, wo wir Nachholbedarf haben. Wir müssen bei der Bildung und anderen Themen noch etwas draufsetzen.

Wir müssen aber auf alle Fälle verhindern, dass uns Strukturen wegbrechen, die heute so wichtig sind. Das sind die Gesundheitsversorgung, die Energieversorgung und das Verkehrsinfrastruktursystem, an dem die Staatsstraßen einen großen Anteil haben, für die wir mehr Mittel brauchen. Ich glaube nicht allen Statistiken, aber angeblich hat Bayern bundesweit den schlechtesten Zustand der Staatsstraßen vorzuweisen. Wir fordern mehr Mittel, um diese Strukturen zu erhalten. Es macht keinen Sinn, wenn auf Bayerns Straßen immer mehr Schilder zu sehen sind, mit denen die Autofahrer aufgefordert werden, aufgrund der Schlaglöcher langsamer zu fahren. Bitte machen Sie diese Löcher dicht, bevor Sie weitere Milliardenlöcher an anderer Stelle aufreißen.

Ich sage deshalb ein klares Nein zur Donaustaustufe. Für dieses Projekt sind mittlerweile rund 100 Millionen Euro an Planungs- und Gutachterkosten vergeudet worden. Hätten Sie mit den Bürgermeistern vor Ort gesprochen, hätten diese Ihnen kostenlos gesagt: Bitte staut mir das Wasser hier nicht an, weil mir sonst mein Gewerbegebiet absäuft. Nehmt das Geld lieber in die Hand und baut damit einen Hochwasserschutz. Sie werden – so hoffe ich – noch auf diese Lösung kommen. Sie haben jahrelang Zeit und Geld vergeudet. Sie haben trotzdem nichts anderes vorzuweisen, als heute zu sagen, wir müssten ergebnisoffen diskutieren, obwohl Sie schon jahrelang die vorgefertigte Meinung hatten, dass die Staustufe kommen müsse. Heute sehen Sie, dass nach jüngsten Umfragen nur 9 % der Bevölkerung in dieser Gegend für die C-280-Lösung sind. Der Rest ist entweder für die sanftere Ausbauvariante oder für gar keinen Ausbau.

Sollten Sie an der dritten Startbahn festhalten, wäre das die erste Fehlentscheidung. Sollten Sie an der Staustufe festhalten, wäre das die zweite Fehlentscheidung. Die

Menschen wollen diese Größenwahnpolitik nicht. Lassen Sie Bürgernähe walten. Hören Sie auf die Leute. Hören Sie auf die Kommunalpolitiker, und nicht auf Ihre Gutachter mit zweifelhafter Herkunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Tochtergesellschaften von Energieversorgern haben diese Gutachten erstellt. Da fragt man sich, wer hier welches Ziel verfolgt. Meine Damen und Herren, fragen Sie die Menschen; das sind die besten Gutachter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso deutlich möchte ich an dieser Stelle die klare Ablehnung der dritten Startbahn durch die FREIEN WÄHLER bekräftigen. Herr Ministerpräsident, Sie sind immer ein Freund von Volksabstimmungen. Heute habe ich gelesen, dass CSU und FDP wohl eine Initiative in den Bundesrat einbringen wollen mit dem Ziel, über Themen der Europapolitik, beispielsweise über die Rettungspakete, Volksabstimmungen abhalten zu lassen. Wo jedoch Volksabstimmungen stattgefunden haben, wie zum Beispiel in München, respektieren Sie sie nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genauso deutlich sage ich Ihnen: Wir brauchen nicht mehr Beton. Wir brauchen intelligente Anbindungen an den Flughafen. Wir brauchen Planungen und Realisierungen für eine Verbesserung des Bahnnetzes, um Kurzstreckenflüge innerhalb Deutschlands einzusparen und die Passagiere dieser Kurzstreckenflüge auf die Bahn zu bringen. Die Bahn darf nicht kaputtgehungert werden, damit man am Ende sagen kann: Das geht leider nicht. Vor allem brauchen wir keine dritte Startbahn. Was in 20 Jahren ist, soll in 20 Jahren entschieden werden.

Sie wissen, dass wir momentan die Voraussetzungen haben, um 400.000 Flugbewegungen abzuwickeln. Wir können noch auf 500.000 Flugbewegungen und darüber hinaus gehen. Hier besteht Spielraum nach oben. Respektieren Sie das, und nehmen

Sie Abstand von dieser Planung. Wenn Sie aber bei der Landtagswahl ins Messer laufen wollen, dann schreien Sie möglichst lange und laut: Die CSU will die dritte Startbahn. Dann brauchen wir bei diesem Thema keinen Wahlkampf mehr zu machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der öffentliche Dienst ist eine weitere Baustelle.

(Widerspruch bei der CSU)

Wir brauchen in Bayern mehr Lehrer. Wir brauchen mehr Polizisten. Wir brauchen auch einen fairen Umgang mit diesen Leuten. Der öffentliche Dienst ist jahrelang an der Nase herumgeführt worden. Wir sind dort nicht so aufgestellt, wie wir aufgestellt sein könnten, wenn Sie die Forderungen der Berufsverbände und der Opposition ernster genommen hätten.

Meine Damen und Herren, Sie haben Jahre mit einer Polizeistrukturereform in der Hoffnung vergeudet, plötzlich würden irgendwelche Polizisten vom Baum springen, die es vorher nicht gab. Heute stellen Sie fest, dass nicht mehr Polizei auf der Straße ist. Sie haben Jahre dadurch verloren, dass Sie nicht rechtzeitig eine ausreichende Zahl junger Polizistinnen und Polizisten eingestellt haben. Damit haben Sie der inneren Sicherheit keinen Gefallen getan.

Meine Damen und Herren, Sie wollen jetzt 100 Millionen Euro in den Pensionsfonds einzahlen. Sie müssten noch 300 Millionen Euro drauflegen; erst dann wäre das Pensionsgefüge halbwegs sturmsicher. Sie haben einen geschönten Haushalt vorgelegt, der diese Folgekosten ausblendet, die uns in der Zukunft massiv treffen werden. Sie gaukeln uns eine Situation vor, in der wir Schulden zurückzahlen könnten, sorgen aber für die Folgekosten des öffentlichen Dienstes nicht vor. Anstatt so zu tun, als könnten Sie eine Milliarde zurücklegen oder zurückzahlen, sollten Sie ganz offen sagen: Dieses Geld ist aus dem System nicht anders als durch Bilanztricks herausholbar. Lassen Sie die Finger davon. Rechnen Sie ehrlich und geben Sie zu, dass die

Entschuldung auf null bis zum Jahre 2030 vielleicht ein schöner PR-Gag war, aber mit der Realität nichts zu tun hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben immer wieder gefordert, auch die Kommunen an den Segnungen einer Entschuldung teilhaben zu lassen. Die Kommunen in Bayern können ihren Schuldenanteil leider nicht zurückführen, sondern er steigt jährlich. Auch hier lautet die Botschaft: Wenn wir abbauen, dann müssen wir symmetrisch abbauen. Es darf nicht sein, dass der Freistaat Bayern außen vor bleibt und fein dran ist und uns die Kommunen nichts angehen. Nein, die Kommunen müssen dabei mindestens genauso bedient werden.

Das werden sie aber nicht. Wir stellen fest, die Kommunen werden mit ihren Schuldenproblemen weiterhin nicht so ernst genommen, wie das sein müsste. Nehmen Sie Abschied von Ihren Entschuldungszielen an der Stelle; beginnen Sie erst einmal mit den Kommunen und schauen dann, was noch übrig bleibt. Wenn Sie so tun, als könnte man den Kommunen das Geld vorenthalten, muss ich feststellen, dass wir finanzpolitisch leider falsch aufgestellt sind, so schön der Traum einer Entschuldung auch ist.

(Reserl Sem (CSU): Von Nachhaltigkeit haben Sie keine Ahnung!)

Sie haben am Sonntag den Premierminister von Griechenland empfangen und sind jetzt zum schnurrenden Kätzchen mutiert. Früher haben Sie klare Kante gezeigt und deutlich gemacht, dass Sie diejenigen sind, die für eine solide Europolitik kämpfen, aber jetzt haben Sie sich leider als Kätzchen unter den Rockschoß von Mutti geflüchtet.

(Ministerpräsident Horst Seehofer droht mit dem Finger – Allgemeine Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie haben alles über Bord geworfen, was die Gründungsväter des Euro produziert haben. Sie haben über Bord geworfen, was Horst Köhler als damaliger deutscher Verhandlungsführer in die Verträge geschrieben hat: Jeder haftet

für seine Schulden selbst. Sie haben über Bord geworfen, was Theo Waigel damals haben wollte: Jeder haftet für seine Schulden selbst.

Sie öffnen heute die Tür zur Vergemeinschaftung der Schulden. Sie öffnen die Tür zu einer Schuldengemeinschaft auf europäischer Ebene und kündigen gleichzeitig eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich innerhalb Deutschlands an. Auf europäischer Ebene aber unterschreiben Sie Rettungspakete, wo Sie überall noch eine oder zwei Nullen gegenüber der deutschen Situation dranhängen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich fordere Sie auf, entweder offen zu sagen, dass Sie die Schuldengemeinschaft innerhalb Europas wollen, wie Sie das derzeit durch Ihr Abstimmungsverhalten bekunden, oder das Gegenteil zu tun. In letzterem Fall dürfen Sie dann nicht die Hand für das letzte Griechenlandpaket mit über 40 Milliarden Euro heben. Im Sommer haben Sie noch jeden Eid darauf geschworen, dass das zweite Paket das letzte ist. Es ist aber noch nicht einmal Weihnachten geworden, und schon ist das dritte Paket gekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Karsten Klein (FDP): Was sagen die SPD und die GRÜNEN dazu, eure künftigen Koalitionspartner?)

- Dazu sage ich auch einen Satz; damit habe ich gar keine Probleme. Ich kreide hier auch der SPD und den GRÜNEN an, dass sie anscheinend mit dieser Umverteilung von unten nach oben kein Problem haben. Diese Euro-Rettungsschirme sind eine Umverteilung vom Steuerzahler, vom Sparer auf die große Finanzindustrie. Sehen Sie sich einmal an, wer von den Rettungspaketen in letzter Zeit profitiert hat. Das sind die Finanzjongleure, die damals diese Staatsanleihen billig gekauft haben. Sie haben sie zum Nennwert von 15 v. H. gekauft und bekommen heute 30 v. H. dafür, weil das Zeug von Goldman Sachs & Co. auf Kosten des Steuerzahlers zurückgekauft wird. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese Rettungspolitik rettet nur die Renditeerwartungen der Finanzindustrie, aber leider nicht den kleinen Griechen. Ich sage das ganz offen: Wenn es Ihnen mit der europäischen Solidarität wirklich ernst wäre, dann müssten Sie Programme zur Verbesserung der Finanzsituation des Mittelstands und der Wirtschaft in den Kommunen in Griechenland machen, um damit die Wirtschaft anzukurbeln, anstatt irgendwelche maroden Papiere von den Großbanken für Milliardenbeträge zurückzukaufen. Davon hat der kleine Grieche nichts außer Ärger und den Vorwurf der deutschen Steuerzahler, er würde auf unsere Kosten leben.

(Alexander König (CSU): Wann kommen Sie wieder auf die bayerische Landespolitik zurück?)

Diese Rettungsschirm-Politik bedeutet keine Rettung für die kleinen Leute, sondern ist eine Umverteilung von unten nach oben. Wir als FREIE WÄHLER stehen weiterhin auf dem Standpunkt, dass jeder für seine Schulden selbst haften muss, wie das bei der Einführung des Euro versprochen wurde. In Griechenland, das ja nicht mehr haften kann, muss leider Gottes die Finanzindustrie mit dem Ofenrohr ins Gebirge schauen.

(Alexander König (CSU): Wie Sie das vortragen, ist das Demagogie!)

- Dann haben Sie jahrelang Demagogie betrieben. – Meine Damen und Herren, mit dieser Euro-Finanzpolitik stellen Sie die Weichen falsch, und das wird uns am Ende Kopf und Kragen kosten. Sie ruinieren damit die Geldwertstabilität, und das wissen Sie auch. Sie wissen, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind, aber leider nicht mehr herunter können. Auch hier gilt: Kümmern Sie sich darum, Schlimmeres zu verhindern. Kümmern Sie sich darum, dass die deutschen und bayerischen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nicht in diesen Strudel hineingezogen werden. Reden Sie mit denen, dann werden Sie hören: Bitte keine Bankenunion, bitte keine Haftungsunion. Ich prophezeie eines: Eine Haftungsunion wird in Kürze mit Ihrer Zustimmung kommen. Man wird sagen, dass man sich gegenseitig stützen muss. Sie werden auch die

bayerischen Sparkassen in die Haftung für Goldman Sachs & Co. nehmen lassen. Sie hatten schon bisher kein Problem damit, diese Leute über die Rettungsschirme zu bedienen.

Unsere Lösung ist ganz klar: Wir wollen an der bewährten Struktur festhalten, die wir heute haben.

(Alexander König (CSU): Was machen wir jetzt?)

Wir brauchen heute die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken gar nicht in Haftung für die Unfälle der Großen zu nehmen. Lasst die in Ruhe, die solide gewirtschaftet haben, und lasst die Großen auch einmal für ihre Fehler selbst bezahlen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meinen Damen und Herren, das regionale Bankensystem ist noch einigermaßen sturmsicher, wenn wir als Politiker nicht das Dach davon herunterreißen. Lassen Sie also diese Dinge unangetastet, lassen Sie davon die Finger! Ich appelliere nochmals an Sie: Lassen Sie Sparkassen und Genossenschaftsbanken außerhalb der Eurokrise! Ziehen Sie die nicht mit hinein in der Hoffnung, dass dann noch ein paar Milliarden Euro fällig werden, dass wir diesen Wahnsinn dann noch ein paar Monate länger durchhalten können. Nein, wir müssen heute fordern, dass das System von unten her nach oben stabil und solide aufgebaut sein soll.

Dazu brauchen wir in Bayern die Landwirtschaft vor Ort; dafür brauchen wir eine Energiepolitik, die regionale Wertschöpfung zulässt; dafür brauchen wir eine gute Bildungspolitik; dafür brauchen wir eine vernünftige Verkehrsinfrastrukturpolitik; dafür brauchen wir eine Politik, die den Mittelstand nicht vergisst. Wir müssen die ländlichen Räume mitnehmen und dürfen die Probleme in den Städten nicht ohne Not durch immer mehr forcierte Zuwanderung vergrößern. Das heißt, wir müssen auch Mittel in den ländlichen Raum investieren, damit nicht alle jungen Leute in die Städte abwandern, wo sie die Mieten nicht bezahlen können.

Wir brauchen dafür auch eine solide Finanzpolitik. Das bedeutet, in die Zukunft und in die Strukturen zu investieren. Wir müssen in Bildung und Infrastruktur investieren anstatt in die Landesbank und in Großprojekte.

Bisher wurde noch gar nichts zu den ABS-Papieren gesagt, die Sie aus Amerika gekauft haben,

(Alexander König (CSU): Wir haben überhaupt keine gekauft, die Landesbank hat welche gekauft!)

die uns in den nächsten Jahren weitere Risiken in Milliardenhöhe einbrocken werden und die uns weitere Milliarden kosten werden. Das sind schlummernde Zeitbomben. Bauen Sie also nicht ohne Not weitere schlummernde Zeitbomben, die uns viel Geld kosten. Streichen Sie die Großprojekte, die ich aufgezählt habe. Kümmern Sie sich um die Zukunft dieses Landes. Das ist Programm genug, und zwar nicht nur bis zur Landtagswahl 2013, sondern mindestens für die nächsten vier Jahre. Ich bitte Sie, diese Argumente nicht wieder vom Tisch zu wischen und darüber zu lachen, sondern diese Dinge ernst zu nehmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Aiwanger. Wir setzen die Aussprache fort. Das Wort hat die Vorsitzende der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich, lieber Markus Rinderspacher, habe vor Kurzem mit großem Interesse das Interview mit Bernd Weiß gelesen. Ich finde, er hat die Misere seiner eigenen Partei, der CSU, wunderbar auf den Punkt gebracht. Weil es so schön ist und weil es so treffend ist, zitiere auch ich gerne Herrn Weiß:

Ich frage mich, was hat die CSU inhaltlich die letzten vier Jahre auf den Weg gebracht. Viel ist das nicht. (...)

(Beifall den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Statt zu regieren, drehen wir uns seither nach dem Wind. (...)

Der Doppelhaushalt, den Sie uns heute vorlegen, ist der Beleg für genau diese Bewertung Ihres Kollegen Weiß. Der Doppelhaushalt ist zwar viele Seiten dick, er ist Milliarden schwer, und er ist mit viel Selbstbeweihräucherung getränkt, aber er steht unter dem Motto: Viel Geld, wenig Ideen, keine Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch die Devise Ihrer gesamten Politik, Herr Seehofer. Ihr Prinzip ist die Prinzipienlosigkeit. Ihre Überzeugung ist die Überzeugungslosigkeit. Ihre Orientierung ist die Orientierungslosigkeit.

(Alexander König (CSU): So gut kann es Bayern gar nicht gehen, dass Sie nicht solche Geschichten erzählen!)

Das Charakteristikum Ihrer gesamten Politik ist die völlige Beliebigkeit. Markus Rinderspacher hat es anhand vieler Beispiele aufgelistet. Das muss ich nicht wiederholen. Das Charakteristikum Ihrer Politik ist die völlige Beliebigkeit. Sie, Herr Seehofer, sind Spieler und Spielball in einem. Sie spielen mit allen Positionen. Es kann die sein, es kann die andere sein, aber Sie sind auch Spielball, denn Sie sind Getriebener. Sie gucken danach, wie gerade die Stimmung ist, wie gerade die Umfragewerte sind und welche Position gerade am besten ankommt. Damit sind Sie Spieler und Spielball in einem, aber kein Gestalter von Politik.

(Alexander König (CSU): Die wenigsten dieser Theorien sind wahr!)

Ihr Doppelhaushalt ist Ausdruck dieser Beliebigkeit. Er ist der Versuch, sich mit mehr oder weniger sinnvollen Geschenken bei möglichst vielen Wählern möglichst kurz vor der Wahl möglichst beliebt zu machen. Ihr einziges Ziel ist der Machterhalt für die CSU, koste es, was es wolle. Die FDP macht dabei auch noch brav mit. Ihre Politik

kostet in der Tat etwas. Wir haben einen Haushalt auf Rekordhöhe, weil wir uns in Bayern trotz Unterbesetzung der Finanzbehörden über ein herausragend hohes Steueraufkommen freuen dürfen. Wir freuen uns über dieses hohe Steueraufkommen. Es ist hervorragend, es ist wunderbar. Damit könnte man wirklich etwas machen. Damit könnte man Versäumtes nachholen. Damit könnte man verdeckte Schulden abbauen. Damit könnte man Ungerechtigkeiten mindern. Damit könnte man nachhaltig investieren. Und damit könnte man mutig die Weichen für zukünftige Herausforderungen stellen.

Was machen Sie aber in dieser wirklich vorteilhaften Situation? Sie sind mit diesem Doppelhaushalt allenfalls in der Lage, Ihre eigenen Fehler und Versäumnisse zu korrigieren. Darauf komme ich später noch einmal. Wo ist Ihre Antwort auf die strukturellen Probleme? Welche Weichen stellen Sie denn für die Zukunft? Welche Vision haben Sie davon, wo unser Bayern in zehn Jahren stehen soll? Haben Sie denn eine Idee, wohin Sie Bayern in der Zukunft bringen wollen?

(Alexander König (CSU): Wir planen nicht nur für zehn Jahre, sondern bis 2030!)

Sie wollen immer nur so weitermachen wie bisher. Sie wollen in den ausgefahrenen Bahnen weitermachen. Damit werden Sie die Zukunft nicht gestalten können. Damit werden Sie für unsere Kinder keine lebenswerte Zukunft erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie nutzen die Gunst der Stunde nicht. Es ist eine Gunst der Stunde, dass wir so viele Milliarden zur Verfügung haben. Sie nutzen aber die Gunst der Stunde nicht, weil es Ihnen nur um das Hier und Jetzt geht. Ihnen geht es nur um einen kurzfristigen Effekt. Ihnen geht es um die Show und das selbstgefällige Schulterklopfen. Sie haben keine Idee für eine gute Zukunft für Bayern, für eine gute Zukunft für die Menschen in Bayern.

(Georg Schmid (CSU): Ihr wollt eine andere Zukunft!)

Ihre einzige Idee, Herr Schmid, ist es, dass alles so weitergehen muss wie bisher und dass die CSU an der Macht bleiben muss.

(Georg Schmid (CSU): Stimmt doch nicht!)

Das ist wirklich armselig und das ist wirklich kein Zukunftsprogramm für Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Sie wollen an die Macht, und das ist auch kein Zukunftsmodell!)

Kommen wir zu Ihren Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit. Jahrelang haben Sie den Krippenausbau blockiert, weil die Realität in den Familien nicht zu Ihrer verstaubten Familienideologie gepasst hat.

(Alexander König (CSU): Wir bringen den Krippenausbau rasend schnell voran, Frau Kollegin! Nur in München sind die Plätze zu wenig!)

Letztendlich merken Sie, dass Sie sich mit dieser Position ins gesellschaftliche Abseits manövriert haben und jetzt bemühen Sie sich, das Versäumte endlich aufzuholen. Sie investieren ordentlich. Das muss man sagen. Allerdings sollten Sie nicht permanent die Zahlen frisieren, Herr König.

(Alexander König (CSU): Ich doch nie, Frau Bause!)

Ausnahmsweise sollten Sie einmal ehrlich sein, Herr König, denn das fällt Ihnen irgendwann einmal auf die Füße.

(Alexander König (CSU): Bitte den Beweis!)

Schauen Sie sich einfach die Zahlen des Statistischen Landesamts an. Bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren haben wir in Bayern eine Deckungsquote von gerade einmal 23 %, aber nicht die 40 %, mit denen Frau Haderthauer dauernd durchs Land läuft.

(Alexander König (CSU): Wie viel ist es in München?)

Wenn wir die Quote von 37 % erreichen wollen, die erforderlich ist, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, müssen wir in Bayern bis August nächsten Jahres noch 45.000 Plätze schaffen. Das werden Sie nicht schaffen. Da werden Sie nicht hinkommen. Dafür müssten Sie noch 60 % zusätzlich schaffen. Hier rächen sich Ihre jahrelangen Versäumnisse. Ihre Schönrechnerei hilft den Familien, die auf der Suche nach einem Krippenplatz sind, nichts. Zuerst haben Sie jahrelang die Realität verleugnet. Jetzt wollen Sie sich mit Ihrer atemlosen Aufholjagd selbst loben. Das ist eher peinlich und kein Ruhmesblatt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherzulaufen, ist noch keine Tatkraft. Trotz dieser zusätzlichen Investitionen setzen Sie die Anreize an der falschen Stelle. Natürlich ist eine kostenfreie Bildung von der Kinderkrippe über die Schule bis hin zur beruflichen Bildung und zur Hochschule wünschenswert. Bevor wir die Beiträge für die Kinderkrippen und Kindertagesstätten senken können, müssen wir jedoch zuerst in die Qualität der Kindertagesstätten investieren. Das ist vordringlich. Das wünschen sich die Familien.

(Thomas Hacker (FDP): Also brauchen wir Studienbeiträge, damit wir das andere zuerst erledigen können!)

Da haben wir noch große Aufgaben vor uns. Wir brauchen kleinere Gruppen. Wir müssen in die Inklusion investieren. Wir brauchen verbesserte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher. Wir brauchen eine bessere Bezahlung für den Knochenjob, den die Erzieherinnen und Erzieher leisten. Das sind nachhaltige Investitionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am Ende haben wir zwar schöne Kinderkrippen, es fehlen aber die Erzieherinnen, die sich um unsere Kinder kümmern.

(Thomas Hacker (FDP): Und hoffentlich auch mehr Erzieher!)

- Das war mit dem großen "I", das haben Sie nicht gehört.

Hinterherlaufen ist noch keine Tatkraft, Kolleginnen und Kollegen! Das gleiche Muster erleben wir bei den Ganztagschulen, beim DSL-Ausbau und bei der Energiewende. Erst blockieren Sie, dann verpennen Sie die Entwicklung, und am Ende wollen Sie sie schönreden. Dann übernehmen Sie die Konzepte der Opposition und tun so, als hätten Sie sie erfunden. Auch Folgendes ist bei Ihnen sehr beliebt: Zuerst streichen, rasieren und kürzen und dann, je näher der Wahltag kommt, nehmen Sie diese Kürzungen Schritt für Schritt zurück und verkaufen das Ganze als großartiges und großzügiges Geschenk.

Ein Beispiel dafür ist der öffentliche Dienst, der heute schon des Öfteren erwähnt wurde. Zuerst haben Sie von der CSU die 42-Stunden-Woche eingeführt. Jetzt lassen Sie sich für die Rücknahme feiern. Was ist das für ein Geschenk? Zuerst nehmen Sie den Beamten etwas weg, und dann lassen Sie sich groß dafür feiern, dass Sie es wieder zurückgeben. Sie haben die Nullrunde für Beamte durchgezogen, die Eingangsbeholdung abgesenkt, die Leistungsbezüge ausgesetzt, die Wiederbesetzungssperre verlängert. Alles das wird jetzt kurz vor der Wahl rückgängig gemacht. Wenn Sie schon Geschenke verteilen, Kolleginnen und Kollegen, die Sie den Beschenkten vorher weggenommen haben, dann sollten Sie die Empfänger wenigstens nicht für so dumm halten, als würden sie diesen Trick nicht durchschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren, ist zwar richtig. Eine zukunftsweisende Politik ist das noch nicht. Schmerzlich vermissen wir in Ihrer gesamten Politik und auch in diesem Doppelhaushalt Transparenz, Klarheit und Ehrlichkeit. Wieso ist es eigentlich eine schier unmögliche Detektivaufgabe, in diesem Haushalt herauszufinden, wie viele neue Lehrerstellen es tatsächlich an den Schulen gibt? Sie jubeln über Tausende neuer Stellen, aber vor Ort in den Schulen wurden

keine neuen Lehrer gesehen. Sind diese Lehrer unterwegs in einem schwarzen Loch verschwunden, oder was sonst ist mit ihnen passiert? Fakt ist: Die Hälfte Ihrer so großartig verkündeten neuen Stellen schafft nur einen Ausgleich für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche.

(Renate Will (FDP): Also jetzt!)

- So ist es. Fakt ist: Die Hälfte dieser neuen Stellen schafft nur einen Ausgleich für die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Fakt ist auch, Frau Will, dass die sogenannte demografische Rendite nur zur Hälfte in den Schulen belassen wird, obwohl Sie versprochen haben, sie in den Schulen zu belassen, und nicht zu 100 %. Sagen Sie den Schulen wenigstens die Wahrheit und betreiben Sie nicht dauernd Ihre Vernebelungsstrategie.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fakt ist auch, dass die Ausgaben für Bildung und Erziehung im Kultushaushalt in den letzten zehn Jahren prozentual nicht angestiegen sind. Sie loben sich hier selbst dauernd für die großartigen Erhöhungen im Bildungsetat, aber wenn man betrachtet, wie der Etat insgesamt gestiegen ist, merkt man, dass der Anteil der Bildungsausgaben in den Schulen nicht in gleicher Weise angestiegen ist. Er ist proportional gleich geblieben oder sogar abgesunken. Sehen Sie sich einmal die Zahlen des Statistischen Landesamtes an. Der Anteil der Mittel aus dem Bildungs- und Erziehungshaushalt betrug im Jahr 2004 12,8 % des gesamten Haushaltes, im Jahr 2008 12,4 % des gesamten Haushaltes und im Jahr 2012 11,5 % des gesamten Haushaltes. In den nächsten beiden Jahren des von Ihnen so hoch gerühmten Doppelhaushaltes, in dem angeblich viel in die Bildung investiert wird, liegt der Anteil bei 11,8 % bzw. bei 11,7 %. Ich frage mich: Wo bleibt denn Ihre viel gerühmte Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik? Sie ist ein billiger Marketingtrick und sonst nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Energiewende. Zunächst zum Erfreulichen: Der Zuwachs an erneuerbaren Energien in Bayern ist beeindruckend. Bundesweit beträgt der Anteil circa 25 %, in Bayern circa 33 %. Das ist beeindruckend, und es zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger die Energiewende wollen. Sie engagieren sich, sie investieren in saubere und sichere Energien. Demnach ist das Ziel, langfristig zu 100 % erneuerbare Energien zu nutzen, keine Illusion, wie Sie es jahrelang dargestellt haben, sondern dieses Ziel ist erreichbar, wenn man es in gute Hände nimmt und wenn man es gut gestaltet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser erfreuliche Zuwachs bei den erneuerbaren Energien in Bayern ist einzig und allein den Bedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zu danken und keiner einzigen anderen Maßnahme auf Bundes- und auf Landesebene. Einzig und allein das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat zu diesem raschen und dynamischen Ausbau geführt. Deswegen fordere ich Sie auf: Beenden Sie endlich Ihre unqualifizierten Angriffe auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz und machen Sie sich mit uns auf den Weg, dieses wichtige und gute Gesetz zukunftsfest zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nach wie vor hakt es in Bayern allerdings bei der Windenergie. – Herr Zeil, schön, dass Sie da sind.

(Staatsminister Martin Zeil: Ich bin immer da!)

Wir warten seit mehr als einem Jahr darauf, dass Sie endlich den Wind-Atlas vorlegen. Immer noch liegt kein planungssicherer, vernünftiger und zuverlässiger Wind-Atlas für Bayern vor. Im Herbst letzten Jahres haben Sie uns versprochen, er solle vor Weihnachten erscheinen. Dann sollte er im Frühjahr erscheinen, dann sollte er im Sommer erscheinen. Jetzt ist bald wieder Weihnachten, und der Wind-Atlas ist immer noch nicht da.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Ein Dauergeschenk!)

Was machen Ihre Beamten im Ministerium den ganzen Tag über? Können Sie nicht endlich die Planungsgrundlage für die Windenergie auf den Weg bringen, damit die Kommunen endlich wissen, wie und wo sie hinsichtlich der Windenergie planen können? Es handelt sich um eine ausgewachsene Blamage Ihrer Politik, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wo bleibt denn, Herr Zeil, die Verteilnetzstudie? Auch auf diese warten wir seit Sommer, auch diese haben Sie uns versprochen. Wir müssen die Verteilnetze in Bayern ausbauen, und eine gute Planungsgrundlage bedarf erst einmal einer guten Studie. Auch darauf warten wir seit Monaten vergebens.

Was ist eigentlich mit dem Pumpspeicherkataster? Auch das haben Sie uns seit Ewigkeiten versprochen, und auch das liegt immer noch nicht vor. Also: Fehlanzeige auf der ganzen Linie. Sie blockieren seit Monaten die Energiewende. Sie sind diesem Job nicht gewachsen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Und Sie blockieren wichtige Vorhaben für die Energiewende mit Ihrer Basta-Politik!)

Welchen tatsächlichen Stellenwert die Energiewende für die Fraktionen von Schwarz-Gelb in diesem Hause hat, haben wir bei den Haushaltsberatungen leider wieder erfahren müssen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die kommen erst noch, Frau Bause, die Haushaltsberatungen!)

In der Energiekommission – Herr Aiwanger hat es schon erwähnt – haben Vertreter aller Fraktionen – und ich glaube, Sie auch, Herr Thalhammer – die vergleichsweise geringen Investitionen in vier zentralen Aufgabenbereichen der Energiewende gefor-

dert und einen Beschluss darüber verabschiedet. Die vier zentralen Aufgabenbereiche lauten: Förderung der Kraft-Wärme-Koppelung zur Verbesserung der Versorgungssicherheit, ökologisch verträglicher Ausbau der Wasserkraft, verstärkte Forschung über die Stromspeicherung und schließlich ein Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude. Insgesamt beläuft sich die Umsetzung dieser Forderungen auf knapp 60 Millionen Euro jährlich für ein Generationenprojekt. Angesichts eines Haushaltes von mehr als 45 Milliarden Euro kann es wirklich nicht so schwer sein, 60 Millionen Euro für die Energiewende lockerzumachen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Was haben Sie gemacht? In der Energiekommission waren Sie noch dafür, und als es zum Schwur kam, haben Sie, Gelb und Schwarz, bei den Haushaltsberatungen dagegen gestimmt. So kommen Sie mit der Energiewende nicht weiter, in Ihre Hände kann man die Energiewende wahrlich nicht legen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Es gab keine Abstimmung darüber!)

Das gleiche Trauerspiel gibt es bei der Energieeinsparung. Seit über 20 Jahren sagt uns der Oberste Rechnungshof – und alle klugen Menschen, die sich damit auskennen, wissen es –, dass wir bei der Gebäudesanierung endlich vorankommen müssen und wie wichtig Gebäudesanierung für den sparsamen Umgang mit Energie und für den Klimaschutz ist.

(Thomas Hacker (FDP): Dann verhindert halt im Bundesrat keine Gesetze, sondern lässt sie durchgehen!)

Was sagen die Zahlen in Ihrem Haushalt dazu? 2008 waren im Haushalt 30 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude vorgesehen.

(Thomas Hacker (FDP): Da könnten Sie mal ein Zeichen setzen, Frau Bause!
Tun statt reden!)

- Herr Hacker, es ist gut, Sie kommen ja gleich dran.

2009 waren 45 Millionen für die energetische Sanierung vorgesehen, 2010 und 2011 waren 37,5 Millionen Euro vorgesehen und in diesem Jahr 2012 und für die nächsten beiden Jahre dieses Rekordhaushaltes, dieses Jubelhaushaltes, sind jämmerliche, läppische 20 Millionen Euro für die energetische Sanierung vorgesehen. Das ist ein Trauerspiel.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben eine Verdreifachung der einschlägigen Mittel eingefordert, allerdings haben wir auch hierfür bisher keine Mehrheit bekommen.

Im Übrigen – das wissen Sie auch – machen sich diese Investitionen wirklich schnell bezahlt. Die Energiekosten für die öffentlichen Gebäude steigen nämlich schmerzhaft und dauernd an. Im Jahr 2007 hatten wir 300 Millionen Euro an Energiekosten für die öffentlichen Gebäude, im Jahr 2014 werden wir 425 Millionen Euro zu verzeichnen haben. Das ist eine Steigerung von nahezu 50 %. Sie wissen doch, wo Sie sinnvoll zukunftsfähig und nachhaltig investieren müssen, nämlich in die energetische Sanierung. In diesem Zusammenhang sind die 20 Millionen Euro wirklich ein absolutes Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist definitiv kein Haushalt für den Klimaschutz, kein Haushalt für die Energiewende, kein Haushalt für die Nachhaltigkeit und auch kein Haushalt für die Interessen unserer Kinder.

Ich will ein bisschen in die Zukunft schauen und überlegen, worum es heute geht. Wo muss man heute die Weichen stellen, damit wir auch in Zukunft ein gutes Leben

haben werden? In welche Richtung müssen wir heute steuern, wenn wir die Grundlagen für ein gelungenes Leben für unsere Kinder legen wollen? In welcher Gesellschaft wollen wir in Zukunft leben? Dabei geht es erstens um einen konsequenten und wirksamen Klimaschutz. Dieser Klimaschutz beginnt bei uns und nicht erst dann, wenn alle weltweit mitmachen. Das Weltklima wird bei uns und auch durch uns gerettet. Wie heißt der Staatssekretär aus dem Wirtschaftsministerium noch einmal?

(Theresa Schopper (GRÜNE): Hessel!)

- Nein, das Finanzministerium.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Pschierer!)

- Ja genau, Herr Pschierer aus dem Finanzministerium.

(Unruhe)

- Ja mei, der Franz Josef Pschierer.

Letzte Woche hat Herr Pschierer gesagt, dass das Weltklima in China und nicht in Bayern gerettet werde. Da muss ich widersprechen. Das Weltklima wird auch bei uns und durch uns gerettet. Es wird nicht nur in China und Amerika gerettet. Klimaschutz heißt, eine andere Mobilitätspolitik zu gestalten mit weniger Straßen, mit weniger Start- und Landebahnen, mit weniger Beton in der Landschaft und weniger Flächenfraß.

(Tobias Thalhammer (FDP): Und weniger Wohlstand!)

Herr Thalhammer, stattdessen brauchen wir effiziente, umweltschonende, flexible, intelligente und vernetzte Lösungen. Klimaschutz heißt, eine andere Energiepolitik zu gestalten mit weniger Verschwendung, weniger Verbrennung und weniger Konzernmacht, liebe FDP. Stattdessen müssen wir langfristig auf 100 % erneuerbare Energien setzen. Diese sollten so dezentral wie möglich erzeugt und so effizient wie möglich ge-

nutzt werden und in der Hand der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen liegen.

Klimaschutz heißt auch, eine andere Landwirtschaftspolitik zu gestalten mit weniger Massentierhaltung, weniger Antibiotika und weniger Belastung für Boden und Wasser. Stattdessen sollte auf gesunde Lebensmittel, Artenvielfalt und die Wertschätzung der Region gesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens geht es um Lebensqualität. Die zukünftigen Kriterien für unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität sind nicht "immer mehr", "immer schneller" und "immer weiter". Unseren zukünftigen Wohlstand und unsere Lebensqualität sichern wir eben nicht mit einem "Weiter wie bisher", nicht mit einem sinnentleerten Weiterlaufen in den alten Bahnen und schon gar nicht mit Wachstum um jeden Preis. Heute geht es um ganz andere Dinge, um Kreativität, um Gemeinsinn sowie um intelligente, vielfältige und vernetzte Lösungen. Es geht um den Erhalt von Vielfalt und unwiederbringlicher Natur. Deswegen fordere ich Sie noch einmal auf: Stoppen Sie endlich Ihren Plan, die Donau mit Staustufen auszubauen. Damit zerstören Sie das letzte Stück Fluss- und Auenlandschaft mit einer einzigartigen Vielfalt von Arten und Pflanzen. Unsere Kinder brauchen diese Vielfalt der Natur und keine weitere Wasserstraße in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht um Bescheidenheit statt Großkotzigkeit. Es geht um Teilhabe und Entfaltung aller in unserer Gesellschaft. Deswegen brauchen wir drittens auch eine andere Bildungspolitik. Wir brauchen eine Bildungspolitik, die Grundlagen für eine Schule schafft, in der die Besonderheiten und Talente jedes Einzelnen gesehen und gefördert werden. Wir brauchen eine Schule, die nicht im Gleichschritt durch den Stoff marschiert und in der unsere Kinder nicht unter Zeit- und Notendruck lernen müssen. Wir brauchen eine Schule, die die Unterschiedlichkeit der Kinder als Bereicherung wahrnimmt und sie eben nicht aussortiert. Heute geht es um Schulen, die den Eigensinn

fördern. Sie fördern das Erleben von Gemeinschaft. Wir brauchen eine Schule, in der auch das Unangepasste und Unkonventionelle seinen Raum hat. Wir brauchen eine Schule, die auf Vertrauen und Eigenverantwortung statt auf Kontrolle und Belehrung setzt. All diese Fähigkeiten brauchen wir dringend für die Gestaltung unserer Zukunft, für die Herausforderungen, die vor uns stehen, und für die Verteidigung und Weiterentwicklung unserer Demokratie. Das Zauberwort heißt Beteiligung statt Bevormundung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beteiligung bedeutet nicht, dass man vorher schon weiß, was am Ende herauskommen soll. Beteiligung heißt, offen zu sein und Kontrolle abzugeben. Ich habe mich über die jüngste Äußerung von Ministerpräsident Seehofer gewundert. Wo hat er sich gerade versteckt? – Da ist er wieder. Herr Seehofer, Sie haben heute wieder so nett mit den Journalisten beim Weihnachtsessen geplaudert. Am Ende haben Sie gesagt: Das können Sie alles schreiben. Es ist sehr bezeichnend und entlarvend, welches Verständnis von Bürgerbeteiligung Sie uns zum Besten geben. Herr Seehofer in der dapd-Meldung von heute: "Wenn wir also Mitgliederentscheide oder Bürgerbeteiligungen oder Ähnliches machen, dann soll das zum Nutzen, zum Mehrwert für die Christlich-Soziale Union sein – und nicht der Parteiführung in besonderer Weise auf die Finger schauen."

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen Sie selber!)

Herr Seehofer, da entlarven Sie sich kolossal. Sie reden nur von der Mitmach-Partei und der Mitmach-Demokratie, wenn es Ihnen nutzt und Ihnen in den Kram passt. Dann sind Sie für Mitmachen und Beteiligung. Wenn es Ihnen schadet, wollen Sie davon nie etwas gewusst haben. Da zeigen Sie, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Seehofer, all Ihrer Freundlichkeit und Nettigkeit zum Trotz stehen Sie für ein autoritäres Politikverständnis und für eine Politik von oben herab. Aber diese Zeiten sind zum Glück vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir GRÜNEN haben mit diesem Doppelhaushalt gezeigt, wie und wo man zukunftsweisend investieren muss: in Kinder, in Klimaschutz und in die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Wir machen ehrliche und nachhaltige Politik. Wir machen auch eine ehrliche und nachhaltige Haushaltspolitik. Deshalb bauen wir die verdeckten Schulden ab und sichern den Pensionsfonds, bevor wir uns an die weitere Schuldentilgung machen. Unser grüner Haushalt ist ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden. Unser grüner Haushalt ist ein wirklicher Zukunftshaushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Eberhard Sinner (CSU): Märchenbuch!)

Ich danke allen herzlich, die daran mitgearbeitet haben. Allen voran danke ich unseren Haushälterinnen und Haushältern, Claudia Stamm und Eike Hallitzky. Ihr habt in den letzten Wochen und Monaten einen Knochenjob geleistet. Ihr habt eine tolle Arbeit abgeliefert. Herzlichen Dank an euch.

Herr Seehofer, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfaktionen, Sie haben sich in den zurückliegenden Jahren darauf beschränkt, den Bestand zu erhalten, statt etwas Neues zu gestalten. Herr Seehofer, Sie haben heute das Bundesländerranking der "Wirtschaftswoche" angesprochen. Sie haben gesagt, Bayern stehe auf dem ersten Platz. Das ist richtig. Hinsichtlich des Bestands steht Bayern auf dem ersten Platz. Dieses Ranking hat jedoch zwei Teile. Ein Teil enthält den aktuellen Bestand und der andere Teil die Dynamik der Zukunftsentwicklung. Interessanterweise befindet sich Bayern im zweiten Teil, der die Zukunftschancen betrifft, auf dem mittleren achten Platz. Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Sie können nicht so weitermachen wie bisher, wenn Sie die Zukunftschancen unseres Landes erhalten und gestalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Doppelhaushalt schreiben Sie Ihre Politik des "Weiter so" auch in den kommenden Jahren fest. Kolleginnen und Kollegen, Bayern kann mehr, und die Bürgerinnen und Bürger wissen das. Im Herbst nächsten Jahres werden die Karten neu gemischt. Wir freuen uns darauf, und wir sind bereit.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Hacker für die FDP-Fraktion. Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zum Einzelplan 02 beantragt hat. - Herr Hacker, Sie haben das Wort.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident! Ich habe der Diskussion des heutigen Nachmittags aufmerksam zugehört und bin ihr gefolgt. Wir haben sehr interessante Redebeiträge der Opposition gehört. Aber jetzt, am Abend, bin ich etwas ratlos, wie die Parteien der SPD und der GRÜNEN gemeinsam mit ihrer Helforganisation, den FREIEN WÄHLERN, einen Politikansatz für dieses Land schaffen wollen, wie sie bei dem Sammelsurium, das hier heute vorgetragen wurde, einen Politikansatz finden wollen und wie sie den Bürgerinnen und Bürgern eine Vision für die Zukunft dieses Landes geben wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir wissen von den Annäherungsversuchen, die Sie in den letzten 12, 14, 18 Monaten gemacht haben. Wir haben davon gehört, dass die SPD mit den FREIEN WÄHLERN eine Stadtrundfahrt durch München macht, natürlich per U-Bahn; da sieht man die Stadt nicht so gut, da ist es etwas dunkler. Dass man dann noch gemeinsam die Ferkel besucht, lasse ich nicht unerwähnt. Mit diesem Besuch will man nach außen ein schönes Bild abgeben, um den Städtern seine landwirtschaftliche Kompetenz zu zeigen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, um Regierungsverantwortung zu tragen,

braucht es mehr als Stadtrundfahrten im Dunkeln und Ferkelstreicheln auf dem Bauernhof.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mein Taschentuch, liebe Frau Bause, hatte ich für Ihren Redebeitrag schon vorbereitet. Aber ich habe es nicht gebraucht. Sie können das Bild von Bayern noch düsterer malen. Heute jedoch waren Sie relativ zahm und harmlos.

Bei dem, was von anderer Seite gesagt wurde – ich denke an die wenigen landes- und haushaltspolitischen Aussagen des Kollegen Rinderspacher –, ist zu fragen: Wo ist denn der Vergleich? Wo ist denn das, was Bayern anders macht als andere Bundesländer? Wir haben jetzt – aus unserer Sicht dankenswerterweise – einen grün-roten Nachbarn. Grün-Rot versucht, sich an Landeshaushalte heranzuwagen. Die Baden-Württemberger Freunde sind darüber traurig, weil sie nicht mehr mitgestalten können und zusehen müssen, wie ihr Land Stück für Stück verliert. Die Kollegen in Brandenburg freuen sich, weil Unternehmen aus Baden-Württemberg in den Speckgürtel um Berlin abwandern. Das ist die Politik, die in Baden-Württemberg ganz konkret betrieben wird.

Wir gestalten Bayern. Wir bringen Bayern nach vorn. Das ist die Aufgabe unserer Regierungskoalition.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Thomas!)

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg sieht die Schwerpunkte seiner Politik darin, dass er Radwege ausbaut – das ist sicherlich sehr sinnvoll –, dass er Froschteiche anlegt und Bienenstöcke an seinem Amtssitz schafft. – Keine Angst, ich will nicht zu den GRÜNEN gehen; auch ich habe einen Froschteich, ich habe auch Bienenstöcke. Aber dafür habe ich keine 70.000 Euro ausgegeben. Was in Baden-Württemberg betrieben wird, ist verfehlte Haushaltspolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Was machen wir in Bayern denn anders? Wir achten auf Haushaltsdisziplin. Wir investieren. Wir investieren in Infrastruktur und Bildung. Wir stellen zusätzliche Lehrer ein, wir setzen nicht wie Baden-Württemberg die Lehrer auf die Straße. Dort werden die Infrastrukturinvestitionen bis auf die Fahrradwege eingestellt.

Wir bringen Bayern nach vorn. Deswegen ist das Bundesland Bayern im Vergleich mit allen anderen Bundesländern einzigartig. Wir haben finanzpolitische Stabilität seit vielen Jahren, dazu Beweglichkeit, Kraft und Dynamik durch die Regierungskoalition. So bringen wir Bayern gemeinsam nach vorn, und wir werden das über den Herbst 2013 hinaus tun.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Warum legen wir denn Gelder zurück? Warum investieren wir in die Schuldentilgung? Warum tilgen wir in Bayern Schulden? Weil wir zukünftigen Generationen keine weiteren Lasten aufbürden wollen.

Die Landesbanksituation kennen wir alle. Da geht es um 10 Milliarden Euro, um die Kommunen zu schützen. Gerade Hubert Aiwanger – ich sehe ihn jetzt nicht – sagte: Wir müssen die Kommunen stärken. Über die Sparkassen haben wir die Kommunen durch die 10 Milliarden Euro gestützt. Das ist gut. Der Finanzminister hat lange und hartnäckig verhandelt. Es ist gut, dass wir in dem Beihilfeverfahren zu einem ordentlichen Ergebnis gekommen sind. Die ersten Zahlungen flossen in den Landeshaushalt zurück. Bei der WestLB schaut es hingegen düster aus. Da haben ja auch die Sozialdemokraten die Verantwortung getragen.

Wir tilgen Schulden. Bis 2030 werden wir Bayerns Schulden zurückgezahlt haben. Es ist doch klar, dass wir diesen Weg beschreiten wollen. Wir wollen Schritt für Schritt 1 Milliarde Euro im Jahr 2012, 520 Millionen Euro im Jahr 2013, 540 Millionen Euro im Jahr 2014 tilgen. Das ist der Plan und der Weg, den wir beschreiten. Wenn wir es geschafft haben, die Schulden zurückzuzahlen, haben wir den Spielraum wieder erreicht, den wir brauchen, um die zukünftigen Pensionsverpflichtungen einhalten zu können.

Heute zahlen wir über 1 Milliarde Euro Zinsen für Schulden. Wir können dieses Geld nicht für Investitionen ausgeben. Diese 1 Milliarde Euro bleibt nach Rückzahlung dann zur Verfügung, um die Pensionsverpflichtungen abzufedern. Mit 1 Milliarde Euro haben wir mehr Geld zur Verfügung, als alle anderen Planungsrechnungen für die jährliche Entnahme zur Abfederung der zukünftigen Pensionslasten bedeutet hätten. Wir sorgen vor. Wir sparen für die Pensionsverpflichtungen. Wir entschulden, damit die frei werdenden Mittel in der Zukunft sinnvoll verwendet werden können.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist der Unterschied zwischen Bayern und anderen Bundesländern. Wir zahlen Schulden zurück. Wir investieren. Andere investieren in Zinszahlungen. Das ist der verkehrte Weg. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Inge Aures (SPD): Worüber reden Sie jetzt?)

- Wir sind jetzt beim Haushalt. Im Unterschied zu Herrn Rinderspacher spreche ich schon seit Beginn meiner Rede, liebe Frau Kollegin Aures, zum Haushalt.

Warum werden wir denn in der Zukunft den Länderfinanzausgleich kritisch analysieren, kritisch untersuchen? Wir, die Fraktionen der FDP in den Landtagen von Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, haben gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben. Auch die Regierungen dieser drei Länder haben gemeinsam Gutachten in Auftrag gegeben und sind in der Auffassung überein gekommen: Das gegenwärtige Verfahren ist verfassungswidrig. Deswegen brauchen wir eine Veränderung. Es haben Gespräche stattgefunden. Unser Ministerpräsident hat über Monate hinweg immer und immer wieder mit den anderen Ministerpräsidenten gesprochen. Aber er stieß nicht auf die Bereitschaft, an dem bestehenden System etwas zu verändern. Also ist die logische Konsequenz, eine Klage einzureichen.

Wir alle wissen um das bestehende System. Wir wissen, dass ihm alle zugestimmt haben. Aber jetzt brauchen wir eine Neufassung. Denn 4 Milliarden Euro pro Jahr sind

zu viel, wenn die anderen Bundesländer nicht bereit sind, ihre eigenen Haushalte in Ordnung zu bringen. Diese Haltung spricht nicht gegen die Schaffung von Chancengerechtigkeit in der Bundesrepublik. Wir sind solidarisch, aber nicht unbegrenzt. Die Klage wird deswegen Erfolg haben. Wir werden eine Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ja, in Bayern wird investiert. In Bayern wird auch in Infrastruktur investiert. Bayern ist das Bundesland, das die Kraft hat, große Infrastrukturprojekte durchzuziehen. Wir haben in Sachen der zweiten Stammstrecke jetzt endlich mit gemeinsamem Schweiß, gemeinsamen Ideen und gemeinsamen Diskussionen über Monate und Jahre hinweg einen Weg beschritten, der die Finanzierung unter Dach und Fach gebracht und die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass der Großraum München entlastet wird. Viele, die aus den ländlichen Räumen kommen, meinen zwar, hier würden lediglich Großinvestitionen im Zentrum der Landeshauptstadt getätigt, aber denen ist zu sagen: Die zweite Stammstrecke ist für den ganzen Bereich zwischen Augsburg und Passau wichtig, wichtig für den Flughafen auch für den Bereich bis Regensburg. Hier werden Regionen miteinander verbunden. Durch das Nadelöhr München müssen wir hindurch.

Dass wir hier vorangekommen sind, verdanken wir Martin Zeil. Er ist hartnäckig drangeblieben. Es ist wichtig, dass wir eine Staatsregierung haben, die weiß, wohin sie will, und ihre Ziele nicht aus den Augen verliert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch das Thema Flughafen wird auf der Agenda bleiben. Denn wenn wir über ländliche Räume und über die Entwicklung auch in der Oberpfalz und in Niederbayern und über die dort erzielten Erfolge sprechen, dann müssen wir uns klarmachen, dass der Flughafen ein wesentlicher Motor für die positive Beeinflussung der Zahlen zur Arbeitslosigkeit und zur Beschäftigung ist. Auch hier geht es nicht ausschließlich um

Maßnahmen zugunsten der Landeshauptstadt, wie die Weisheit mancher Gegner es darstellt, sondern hier geht es um ganz Bayern. Deswegen erklären wir und bleiben dabei: Der Bau der dritten Start- und Landebahn ist für die zukünftige Entwicklung des Freistaates notwendig. Zukünftige Entscheidungen werden auch dafür sorgen, dass der Flughafen erweitert und ausgebaut wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dann komme ich zur Donau. Von der Opposition wird manchmal so getan, als sei die Regierungskoalition nicht handlungsfähig, als würden wir uns bei jeder Maßnahme, die wir gemeinsam durchführen, beieinander einhängen.

(Zurufe)

- Nein. Die Diskussion zwischen zwei Fraktionen, zwischen zwei Parteien, das Gespräch, die Idee weiterzuentwickeln ---

(Markus Rinderspacher (SPD): Vier Jahre dauert es!)

- Ja, aber bezüglich der Donau sind ja auch bereits Positionen im Koalitionsvertrag festgelegt. Wenn wir jetzt eine Lösung finden, die die naturnahe Nutzung ermöglicht, dann ist das, so meine ich, eine gute Lösung.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Daran sieht man auch, dass Koalition ein Aufeinander-Zugehen von Koalitionsparteien bedeuten kann, dass Koalition bedeutet, nach vorn zu kommen. Bayern kommt dank dieser Regierungskoalition aus CSU und FDP nach vorn.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wenn wir bei der Wirtschaftspolitik sind, dann ist es auch wichtig, dass wir einen Wirtschaftsminister haben, der einen klaren ordnungspolitischen Kurs hat, der ganz genau weiß, wo die Stärke dieses Landes liegt, nämlich beim Mittelstand, der sich kümmert,

der unterstützt, der einen Neuanfang ermöglicht, der aber genauso Nein sagt, wenn es darum geht, Großkonzerne zu stützen, die aufgrund eigener Fehler in die Insolvenz geraten sind oder auf dem Markt nicht mehr ankommen. Genauso ist es ordnungspolitisch korrekt, hier Nein zu sagen. Der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Der Staat kann unterstützen, er kann Anschub leisten; aber der Staat wird nie derjenige sein, der es in der Wirtschaft richtet. Das sollen die Leute machen, die es am besten können. Die Unternehmer und die Unternehmen sind auch diejenigen, die die Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): So wie bei Schlecker!)

- Ja, Sie wollten das Elend verlängern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist zynisch gegenüber den Betroffenen bei Schlecker!)

Gerade, was Schlecker angeht, sollten Sie, Herr Rinderspacher, einmal mit der Agentur für Arbeit reden. Suchen Sie das Gespräch und fragen Sie, wie viele der Betroffenen bereits untergekommen sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Viel zu wenige!)

Deutlich über 50 % sind untergekommen.

(Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Markus Rinderspacher (SPD))

Schauen Sie sich doch auch einmal an warum das so ist: Weil die Gehälter bei Schlecker in der Schlussphase relativ hoch waren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch zynisch für jemanden, der arbeitslos ist!)

Lassen Sie einmal die nächsten drei Monate ins Land gehen. Dann wird die Beschäftigungslage noch viel besser sein.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist eine Politik der Herzlosigkeit, die Sie hier machen!)

Was die Schlecker-Mitarbeiterinnen angeht, so darf man die Menschen nicht abstem-peln, wegschieben, in einer Beschäftigungsgesellschaft wegsperren, sondern man muss ihnen die Chance auf eine aktive Teilnahme am ersten Arbeitsmarkt geben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Auf Arbeitslosigkeit!)

Das ist das Ziel unserer Politik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Arbeitslosigkeit liegt in Bayern unter 4 %, die Jugendarbeitslosigkeit unter 3 %. Das sind doch die besten Belege dafür, dass unsere Politik in diesem Land, in diesem Freistaat Bayern, wirkt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wie wollen wir nach vorn kommen? Wie schaffen wir es denn, diesen Wohlstand auch zu halten? Wir brauchen – das ist die Kehrseite der guten Wirtschaftsentwicklung – Fachkräfte. Das Thema der Fachkräftesicherung ist in den Vordergrund gerückt. Während wir vor fünf oder zehn Jahren – in Oberbayern ist es noch ein bisschen länger her, bei mir in Oberfranken noch nicht ganz so lange – dringend nach Möglichkeiten der Ausbildung für junge Menschen gesucht haben – es gab mehr junge Menschen, die in den Ausbildungsmarkt gehen wollten, als Plätze –, so ist es heute umgekehrt. Selbst in Oberfranken ist es heute umgekehrt. Das ist die große Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Deswegen müssen wir in die Bildung investieren. Da reicht nicht ein klein wenig, wie es Herr Aiwanger beschrieben hat, sondern da brauchen wir

noch kräftigere Investitionen. Wir müssen ganz vorn anfangen, bei der frühkindlichen Bildung, beim Krippenausbau.

(Maria Noichl (SPD): Dann fangen Sie einmal an! Dann machen Sie einmal!)

Wir kommen in Siebenmeilenstiefeln voran. Ich habe Ihnen schon erklärt, dass Bayern nach der letzten Analyse von Frau Schröder das beste West-Bundesland ist. Das Verhältnis von Bedarf und Angebot an Krippenplätzen ist in Bayern so gut wie in keinem anderen Bundesland. Lieber Herr Rinderspacher, dabei kann ich auch nicht nur Quoten miteinander vergleichen. Ich muss mir schon noch anschauen, ob es vielleicht auch ein Gemeindeleben oder familiäre Strukturen gibt. Wir wollen nicht vorschreiben, wie die Kinder betreut sind. Wir wollen Angebote schaffen. Wir wollen Möglichkeiten schaffen.

(Zurufe der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE) und Isabell Zacharias (SPD))

Aber die Entscheidung müssen die Eltern treffen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wer sonst?)

Deshalb dürfen Sie nicht nur ausschließlich kleine Quoten miteinander vergleichen, sondern dann müssen Sie schon die ganze Wahrheit sagen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es ist wichtig, im Kindergarten weiter nach vorn zu kommen. Eine Abwägung ist wichtig, es muss gefragt werden. Was machen wir zuerst? Gehen wir in die Beitragsfreiheit? Gehen wir in kleinere Gruppen? Wir haben uns für beides entschieden. Beides ist richtig. Wir brauchen eine höhere Qualität. Wir brauchen Erzieherinnen und, Frau Bause, auch Erzieher im Kindergarten. Wir müssen beim Thema der Bezahlung vorankommen. Wir brauchen gerade am Anfang die notwendigen Mittel. Deswegen bleiben wir auch bei unserem klaren Bekenntnis zu Studienbeiträgen.

(Maria Noichl (SPD): Schauen wir einmal!)

Das Geld, das der Staat einnimmt, muss zuerst in die frühkindliche Bildung investiert werden. Hier holen wir auf, aber hier sind wir noch lange nicht am Ende. Das muss weitergehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Ganztagschulen, die flexible Grundschule, die Kooperationsschule, die eigenverantwortlichen Schulen, die Hochschulen, die die Exzellenz des Landes auch nach außen tragen, die zum Magneten werden für ausländische Studierende, die zu uns kommen, die am Bildungsstandort, am Wissenschaftsstandort mitwirken, ihn voranbringen – all das sind Aufgaben, die wir in den vergangenen vier Jahren angegangen und bei denen wir deutlich nach vorn gekommen sind, bei denen wir noch viel Herzblut und – der Herr Finanzminister mag es verschmerzen – auch noch viel Geld investieren müssen. Wenn wir Ganztagsschulangebote am besten in der gebundenen Ganztagschule über das ganze Land ausrollen, dann wissen wir, dass wir hierfür zusätzliche Lehrerkapazitäten brauchen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ausrollen! Bei fünf Prozent! - Volkmar Halbleib (SPD): Das sind beinahe mehr Prozent als bei der FDP!)

- Das heißt "Roll-out". Ich habe einen Anglizismus eingedeutscht. Verzeihung. – Es geht deutlich voran, bei der offenen Ganztagschule noch schneller als bei der gebundenen; aber wir kommen voran. Wir stellen die Mittel, die notwendig sind, zur Verfügung. Hierbei haben wir in den vergangenen vier Jahren deutlich aufgeholt und wir werden in den nächsten Jahren gemeinsam mit dem Koalitionspartner noch weiter aufholen.

Unsere klare Aussage lautet - weil wir auch um Haushaltsklarheit ringen und diese einführen wollen -, dass man zusätzliche Lehrer nicht unbedingt verbeamtet muss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sollen gleich Sozialversicherungsbeiträge zahlen? Verabschieden Sie sich vom Berufsbeamtentum? Was sagt denn da der Koalitionspartner? Das wäre ein interessanter Beitrag!)

Auch das ist eine Möglichkeit, um die zukünftigen Pensionslasten in den Griff zu bekommen: bereits heute die Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen und die Schule wirklich in die Eigenverantwortung zu entlassen und sie so weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben einen Wirtschaftsminister, der erkannt hat, wie groß gerade für die ländlichen Räume die Notwendigkeit des Breitbandausbaus ist. Stufe eins: Grundversorgung. Haken dran; erledigt. Stufe zwei: Notifizierung erteilen. Das gehen wir an. Hierfür stellen wir Mittel zur Verfügung: 400 Millionen Euro für zwei Jahre. Das Programm ist auf fünf Jahre gerechnet. Hier geben wir die Unterstützung für die Kommunen, nach vorn zu gehen. Die Kommunen gerade im ländlichen Raum brauchen auch diese Unterstützung, damit sie sich dem demografischen Wandel entgegenstemmen können.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

So wie Bayern insgesamt an Bevölkerung zunimmt, so werden auch die Regionen wieder an Bevölkerung zunehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

- Frau Aures, Sie wissen es wahrscheinlich: Unser Heimatbezirk Oberfranken hat im letzten Jahr das erste Mal seit vielen Jahren einen positiven Zuwanderungssaldo gehabt. Nach einem Ausbluten – 2.000, 1.200, 700 – sind im letzten Jahr 600 Menschen nach Oberfranken gezogen. Der Turnaround ist geschafft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist regional sehr unterschiedlich!)

Wir sind es, die den jungen Menschen in den Regionen die Chance geben, nach vorne zu gehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD), Markus Rinderspacher (SPD) und Inge Aures (SPD))

Meine Damen und Herren, der vorliegende Doppelhaushalt ist das Ergebnis intensiver Beratungen zwischen den Koalitionsfraktionen. Er enthält die Schwerpunktsetzung, die wir gemeinsam im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Die große Überschrift sind die Bildungsinvestitionen gewesen. Der Doppelhaushalt ist die Fortsetzung der Maßnahmen, die wir bisher getroffen haben. Heute geben wir über ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung aus. Im Jahr 2014 werden es weit über drei Milliarden Euro mehr sein, die wir gegenüber dem Haushalt 2008 für die Bildung ausgeben. Das Angebot, das diese Regierungskoalition aus FDP und CSU den Bürgern mit dem vorliegenden Doppelhaushalt macht, ist ein Angebot der Kraft, der Stärke, der Chancengerechtigkeit, der Entwicklungsmöglichkeiten, der Selbstbestimmung, auch der Freiheit. Das ist immer verlockender als das Sammelsurium an Themen, das Sie heute angeboten haben. Ich bin zuversichtlich, dass die Regierungskoalition bis zum September existieren wird

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

und vor allem auch darüber hinaus; denn die Bürgerinnen und Bürger haben es verdient.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Hacker. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13806 mit 16/13825 und 16/14898 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses auf

Drucksache 16/14946 zugrunde. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme empfohlen, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Darüber gibt die Drucksache 16/14946 Auskunft. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 02 mit den vorgeschlagenen Änderungen. Für die Abstimmung sind die Urnen bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann jetzt begonnen werden. Fünf Minuten stehen hierzu zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18.00 bis 18.05 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind vorüber. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Darf ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten: Wem gehört dieser Autoschlüssel, Marke BMW? Er liegt seit vier Stunden hier herum. Autoschlüssel mit Büroschlüssel. Er liegt bei mir. Schauen Sie nach.

Wir ermitteln das Abstimmungsergebnis außerhalb des Plenarsaals, und ich gebe es Ihnen im Anschluss sofort bekannt. Wir fahren einstweilen in der Tagesordnung fort.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Dann darf ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 02 bekannt geben: Mit Ja haben 92 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt.

(Siehe Anlage 2)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist jetzt die letzte Übung. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14946 weise ich darauf hin, dass der Änderungsantrag Drucksache 16/14898 seine Erledigung gefunden hat.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 3: Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Ministerpräsidenten und Staatskanzlei

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine			
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald			
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone			
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	92	52	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erstellung eines Masterplans zur Energiewende (Kap. 02 02 neuer Tit.)
Drs. 16/13806
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 16/13807
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 16/13808
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung lokaler Fernsehangebote (Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 16/13809
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Ausgaben zur Erforschung der öffentlichen Meinung (Kap. 02 03 Tit. 526 22)
Drs. 16/13810
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Deutliche Kürzung der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei (Kap. 02 03 Tit. 531 21)
der repräsentativen Verpflichtungen der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 535 01)
und der Kosten für Orden und Ehrenzeichen (Kap. 02 03 Tit. 540 01)
Drs. 16/13811
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der internationalen Beziehungen statt Unterhaltung teurer Repräsentanzen (Kap. 02 03 TG 53)
Drs. 16/13812
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wertevermittlung statt Werte-PR! (Kap. 02 03 Tit. 526 54 und 533 54)
Drs. 16/13813
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Weniger Preisverleihungen (Kap. 02 04 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 02 05 Tit. 547 01 und 681 01, Kap. 15 05)
Drs. 16/13814

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Dauersubventionierung der Anbieter privater lokaler Fernsehprogramme!
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 16/13815
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bedarfsgerechte Förderung der Medien-Messen
(Kap. 02 05 Tit. 685 01)
Drs. 16/13816
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Förderung der Medienkompetenz
(Kap. 02 05 Tit. 686 07; Kap. 05 02)
Drs. 16/13817
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Förderung künstlerisch und qualitativ hochwertiger Softwareentwicklung im Bereich Spiele
(Kap. 02 05 Tit. 892 02; Kap. 15 05)
Drs. 16/13818
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mediennetzwerk Bayern
(Kap. 02 05 TG 55)
Drs. 16/13819
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Annette Karl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für den Zukunftsrat
(Kap. 02 03 Tit. 526 13)
Drs. 16/13820
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für die so genannte Erforschung der öffentlichen Meinung
(Kap. 02 03 Tit. 526 22)
Drs. 16/13821
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Reduzierung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 16/13822
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kürzung der Mittel für so genannte Informationsaufgaben der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 16/13823
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Rückzahlung von Haushaltsmitteln, die für Parteizwecke missbraucht wurden
(Kap. 02 03 neuer Tit.)
Drs. 16/13824
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung der Mittel für den Wertekongress
(Kap. 02 03 Tit. 533 54)
Drs. 16/13825

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 1 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 01 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Landtags

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14624)

Hierzu findet keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Einzelplan 01 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen unverändert zur Annahme empfohlen. Wer Einzelplan 01 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Der Einzelplan 01 ist einstimmig angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gilt zugleich der vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagene Änderungsantrag auf Drucksache 16/14624 als erledigt.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor – ich zitiere -:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtigungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Sehe ich keine. Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 01 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 11 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Obersten

Rechnungshofs

Hierzu findet ebenfalls keine Aussprache statt. Wir kommen deshalb wiederum zur Abstimmung. Der Einzelplan 11 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur unveränderten Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 11 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Einzelplan 11 ist einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen schlägt noch folgende Beschlussfassung vor – ich zitiere erneut -:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die erforderlichen Berichtungen, insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dies ist einstimmig beschlossen.

Die Beratung des Einzelplans 11 ist damit abgeschlossen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern – Allgemeine Innere Verwaltung –

Dem Einzelplan 03 A wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15016) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern – Staatsbauverwaltung –

Dem Einzelplan 03 B wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/14994) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

Dem Einzelplan 04 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/14995) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Dem Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/14998) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Dem Einzelplan 07 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15017) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Dem Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15004) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit

Dem Einzelplan 12 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15000) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Gertraud Goderbauer

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christian Magerl

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Theresa Schopper

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dr. Karl Vetter

Abg. Dr. Otto Bertermann

Staatsminister Dr. Marcel Huber

Abg. Dr. Leopold Herz

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

**Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Umwelt und Gesundheit**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14102 und 16/14103, 16/14849 und 16/14850),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13998 mit 16/14005),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13963 mit 16/13969)
sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/13983 und 16/13985 mit 16/13997)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15137)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtzeit von 2 Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion; das sind 30 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich schon jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über den interfraktionellen Änderungsantrag auf Drucksache 16/15137 in namentlicher Form abzustimmen.

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erster der Frau Kollegin Goderbauer das Wort erteilen.

Gertraud Goderbauer (CSU): Frau Präsidentin, herzlichen Dank! Zu fortgeschrittener Stunde haben wir jetzt die beste Fernsehzeit. Da darf ich ein paar finanzielle Schwerpunkte des Einzelplans 12 vorstellen.

Das Ausgabenvolumen des Einzelplans 12 steigt im Jahr 2013 um 23 auf 806,2 Millionen Euro und 2014 nochmals um 13,7 auf 819,9 Millionen Euro. Die Erhöhungen in den kommenden beiden Jahren kommen im Wesentlichen durch eine Erhöhung im Bereich Naturschutz- und Landschaftspflege/Biodiversität um drei Millionen Euro und eine Erhöhung im Rahmen des Programms "Aufbruch Bayern" um eine Million Euro für das Zentrum für Bionik zustande. Schwerpunkt ist auch eine Erhöhung im Rahmen des Aktionsplans "Ländlicher Raum/Demografischer Wandel" um vier Millionen Euro im Jahr 2013 und um weitere zwei Millionen Euro im Jahr 2014. Damit tragen wir dafür Sorge, dass insbesondere die Qualität der medizinischen Versorgung in Heilbädern und Kurorten verbessert wird. Ebenso wird damit einmalig die Infrastruktur unserer Kur- und Heilbäder gefördert.

Schwerpunkt ist auch die fachpolitisch notwendige Erhöhung der Budgets der Landesämter und der Nationalparkverwaltungen sowie eine pauschale Erhöhung für kleinere Baumaßnahmen und für den Bauunterhalt um 10 %, für sächliche Ausgaben um 1,5 % sowie für die allgemeinen Tarif- und Besoldungserhöhungen.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen wurden auch wichtige Akzente im Bereich der Umweltstationen gesetzt. Hier werden die Mittel in den kommenden beiden Jahren um 465.000 Euro erhöht. Für den Ausbau der Wildbäche stehen im kommenden Jahr zusätzlich eine Million Euro zur Verfügung und auch die Entwicklung in den Kur- und Heilbädern fördern wir in den kommenden beiden Jahren mit drei Millionen Euro.

Der wesentliche Anteil des Einzelplans 12 entfällt auf die Personalkosten. Wir liegen hier bei 52,1 %, was deutlich über dem Schnitt des Gesamthaushalts liegt. Von den Ausgabensteigerungen entfallen im Jahr 2013 knapp 60 % und im Jahr 2014 rund 42 % auf Personalkosten. Die Investitionsquote geht zwar von 27,2 % auf 26,3 %

leicht zurück, liegt aber immer noch deutlich über der Investitionsquote des Gesamtbereichs.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu den wesentlichen finanziellen Schwerpunkten sagen. Im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege wird der Ansatz im Jahr 2013 um drei Millionen Euro und im Jahr 2014 um eine weitere Million auf dann 45,2 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel dienen insbesondere dem Vertragsnaturschutzprogramm und dem Erschwernisausgleich, dem Landschaftspflegeprogramm und den Maßnahmen zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie. Die Erhöhung im Jahr 2014 erfolgt auch im Zusammenhang mit der Schaffung eines Zentrums für Bionik.

Im Bereich des Wasserbaus und des Hochwasserschutzes stehen in den kommenden beiden Jahren nahezu unverändert 54 Millionen Euro und 53 Millionen Euro zur Verfügung. Zusammen mit EU-, GAK- sowie Drittmitteln stehen im nächsten Doppelhaushalt Investitionen für den Hochwasserschutz von jährlich 115 Millionen Euro auf dem Plan. Für die Förderung kommunaler Abwasserentsorgungs- und Wasserversorgungsanlagen stehen insgesamt circa 87 Millionen Euro bereit. Es werden je nach dem Zeitpunkt der Anforderung bei gemeindlichen Vorhaben der Wasserver- und Abwasserentsorgung allenfalls kurze Wartezeiten auftreten.

Für die Förderung von Kleinkläranlagen stehen nach Schätzungen die notwendigen 16 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wird sichergestellt, dass die zu erwartenden Anträge zeitnah bedient werden können. Die Wartezeit konnten wir durch das einmalige Sonderprogramm im heurigen Jahr abbauen.

Im Bereich der Suchtbekämpfung und der Drogentherapie werden zusätzliche Mittel in Höhe von 300.000 Euro für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten und für den Staatsbeauftragten für psychische Erkrankungen verwendet.

Die Mittel für den Titel "Gesundheitsstandort Bayern" werden um weitere 4 Millionen Euro auf 11,1 Millionen Euro im Jahr 2013 und um eine weitere Million im Jahr 2014

auf dann 12,1 Millionen Euro aufgestockt. Sie dienen in erster Linie dem Erhalt und der Verbesserung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, der Förderung der Niederlassung von Hausärzten sowie einem Studienprogramm für Medizinstudenten.

Im Rahmen der Nachschubliste wurden weitere Mittel in Höhe von 70.000 Euro für die Reptilienauffangstation eingesetzt. Außerdem wird ein Titel zur Ausreichung eines niedrigverzinslichen Gesellschafterdarlehens an die GAB neu aufgenommen. Die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern wird die Planung, Errichtung und den Betrieb von Hightech-Ökosolarparks übernehmen. Die Hightech-Solarparks sollen als Informationsdrehscheibe dienen.

Zusätzlich gibt es erstmals einen Verstärkungsvermerk von Kapiteln aus dem Einzelplan 12 und einem Kapitel aus der Schlösser- und Seenverwaltung. Diese Mittel in Höhe von 500.000 Euro dienen zur Unterstützung der modellhaften energetischen Sanierung eines geschützten Kulturdenkmals, nämlich der Kaiserburg in Nürnberg. Gerade in diesem Bereich gibt es sehr oft Probleme mit der energetischen Sanierung. Es soll eine Signalwirkung für das Thema der energetischen Gebäudesanierung an Kulturdenkmälern erzielt werden.

Für den Umweltfonds stehen pro Jahr 2,05 Millionen Euro zur Verfügung, für den Naturschutzfonds und für den Altlastensanierungsfonds jeweils 2,5 Millionen Euro. Der Bereich der Hochbaumaßnahmen beinhaltet schwerpunktmäßig den Ersatzbau des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit in Erlangen, die Sanierung der Flussmeisterstelle in Deggendorf sowie die Projektierung der Sanierung der Flussmeisterstelle in Günzburg. Hierfür stehen im nächsten Jahr 4 Millionen Euro und im übernächsten Jahr 7,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich bitte, dem in seinen finanziellen Schwerpunkten aufgezeigten Einzelplan 12 des Haushaltsplanentwurfs zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Jetzt ist das vorgeschriebene Manuskript zu Ende!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Jetzt darf ich Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort erteilen. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Gesund ist das nicht, was wir tun. Seit annähernd 12 Stunden beraten wir hier.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Und das ausgerechnet bei Umwelt und Gesundheit!)

- Genau. Als Ärztin würde ich meinen Patienten streng verbieten, so lange herumzusitzen, ohne sich zu bewegen. Es hilft aber nichts. Ich sage trotzdem etwas zum Gesundheitshaushalt.

Wer jetzt erwartet, dass ich wie die Kollegin alle Haushaltsposten einzeln vorlese, den muss ich herb enttäuschen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

- Da müssen Sie jetzt alle leider durch. – Ich beschränke mich auf wenige Schwerpunkte der SPD-Fraktion.

Der erste Schwerpunkt – da wird es dann schon weniger humoristisch – betrifft die Mittel, die wir für die Öffentlichkeitsarbeit und für Aufklärungsmaßnahmen zur Organtransplantation gefordert haben. Diese Mittel sind jetzt deswegen besonders wichtig, weil, wie Sie alle wissen, die ohnehin schon sehr geringe Organspendebereitschaft der Bevölkerung durch die aktuelle Situation noch weiter gesunken ist und weil wir wirklich alles tun müssen, um das Vertrauen in die Organspende zurückzugewinnen. Dafür sind die Mittel, die wir beantragt haben, nun wirklich nicht zu viel.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Der zweite Schwerpunkt sind die Gelder für Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids. Herr Staatsminister, wir waren vorletzten Freitag gemeinsam bei der 25-Jahrfeier der Aidsberatungen. Dort ist gesagt wor-

den, dass Bayern viel tut; aber es gibt auch noch viel zu tun. Die Zahl der Neuinfektionen ist in diesem Jahr wieder um 20 auf 410 gestiegen. Insbesondere bei der Aufklärung von Frauen und bei der Aufklärung in Bezug auf die Diagnostik bei Frauen, die nämlich häufig viel zu spät erst erfolgt, weil die Ärzte beim Thema Aids die Frauen nicht im Kopf haben, gäbe es noch viel zu tun. Auch da sind die 400.000 Euro, die wir fordern, wirklich nicht zu viel verlangt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper
(GRÜNE))

Ein ganz, ganz drängendes Thema, das wir neulich im Ausschuss im Zusammenhang mit der Methadonsubstitution gestreift haben, sind die Zuschüsse für die Mittel zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie in den bayerischen Justizvollzugsanstalten. Wenn Sie es uns nicht glauben, glauben Sie es Ihrem Kollegen Dr. Zimmermann, der im Ausschuss tatsächlich gesagt hat, in den JVA's finde Therapie an dieser Stelle nicht statt. Regen Sie sich nicht auf, Frau Goderbauer. Das schadet Ihren Herzkranzgefäßen. Ich darf Ihnen versichern, dass die Mittel, die Sie im Haushalt haben, natürlich nicht genügen. Das sind nämlich ungefähr die gleichen wie bisher. Damit werden Sie dieses Problems nicht Herr. Davon verstehe ich tatsächlich etwas, das habe ich nämlich einmal gelernt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da brauchen Sie sich wirklich nicht aufzuregen. Lassen Sie sich einfach überzeugen.

Ähnliches gilt für die Suchtbekämpfung, die Drogentherapie und Präventionsvorhaben, hier insbesondere das Projekt HaLT. Wir haben heute ganz aktuell der Presse entnommen, dass im vergangenen Jahr 5.494 Jugendliche im Koma in Krankenhäuser eingeliefert wurden, weil sie zu viel getrunken hatten. Das waren nochmals 163 mehr als im Vorjahr. Da besteht dringender Handlungsbedarf.

Dringender Handlungsbedarf, Kollegen und Kolleginnen, besteht auch im Bereich der neuen oder Modedrogen wie Crystal Meth, wo man gut daran täte, entsprechende Kampagnen im Internet, wo sich die Zielgruppe bewegt, in die Wege zu leiten. Da gibt es nämlich bisher noch gar nichts. Auch diese Mittel braucht der Freistaat ganz, ganz dringend.

Zum Thema Förderung des Präventionsprogramms "0,0 Promille in der Schwangerschaft", das auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossen wurde, aber leider nicht mit zusätzlichen Mitteln versehen wurde, sage ich ganz deutlich: Diese Kampagne ist gut, das sind wunderschöne Bilder. Sie ging bisher nur nicht weit genug. Die Gelder, die bisher dafür verwendet wurden – übrigens genau diese 200.000, wie wir dem Pressegespräch, Herr Huber oder Frau Huml, entnehmen konnten, die wir fordern -, stehen in Konkurrenz zu anderen wichtigen Präventionsmitteln. Deswegen glauben wir, dass das Geld an dieser Stelle zusätzlich eingesetzt werden muss und dass tatsächlich noch sehr viel mehr passieren muss als diese Plakatkampagne, damit in der Breite der Gesellschaft bekannt wird, dass Alkohol in der Schwangerschaft, in welcher Dosis auch immer, schadet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper
(GRÜNE))

Wir haben damit unsere wichtigen gesundheitspolitischen Forderungen in einem finanzpolitisch sehr verantwortungsvollen und sehr bescheidenen Rahmen, nämlich 2,3 Millionen, als Anträge in dieses Haus eingebracht. Wir bedauern sehr, dass Sie sich an keiner Stelle dazu haben durchringen können, diesen nahezutreten. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf. Spätestens im nächsten September wird es besser.

Ein Satz noch vorab zu dem, was Sie sagen werden, jedenfalls gehe ich davon aus. Wir würden uns sehr wünschen, dass Ihr Landärzteprogramm Erfolg hat, weil das tatsächlich für die Menschen wichtig wäre. Wir haben aber starke Bedenken, ob die Maßnahmen, die Sie ergriffen haben, tatsächlich in der Breite helfen. Weiterbildungs-

verbünde wären unserer Meinung nach ein wichtiger Baustein gewesen, der aber zu kurz gekommen ist. Wie gesagt, wenn es hilft, dann soll es uns recht sein. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung Herr Kollege Dr. Fahn, bitte.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei mir kommt jetzt der Bereich Umwelt. Der Bereich Gesundheit kommt am Ende noch dreimal bei drei kompetenten Kollegen zur Sprache.

Ich beginne zunächst mit einem Lob. Umweltbildung ist eine klassische Querschnittsaufgabe nach dem Prinzip des lebenslangen Lernens, das auch in der Natur stattfindet. Umweltbildung ist eine Bildung mit Herz, Kopf und Hand. Deshalb begrüßen wir es, dass der Haushaltsansatz für Umweltstationen 2013 und 2014 auf rund 1,8 Millionen aufgestockt wird. Derzeit werden die Umweltstationen in Bayern schwerpunktmäßig über Projektförderung finanziert. Auf einen hauptamtlichen Mitarbeiter kommen in der Regel zehn ehrenamtliche. Der Nachteil einer solchen Projektfinanzierung ist meist, dass man sich immer neue Projekte überlegen muss, um in den Genuss staatlicher Förderung zu kommen. Besser wäre es, Herr Minister, wenn man auch bewährte Konzepte mittel- und langfristig finanzieren würde. Das würde den Umweltstationen auch mehr Planungssicherheit bringen. Aber aus den Mitteln des Umweltfonds wird es in der Regel von Jahr zu Jahr neu festgesetzt. Das bedeutet für viele Öko- oder Umweltzentren eine gewisse Unsicherheit. Ein Vergleich zwischen den verschiedenen Ministerien in Bayern zeigt, dass die größte Unterstützung für die Umweltstationen bzw. für die außerschulische Bildung vom Umweltministerium kommt. Das finden wir auch gut so. Auf der anderen Seite ist es auch wichtig, Umweltstationen mit Leben zu erfüllen. Dafür benötigt man Lehrkräfte, die zum Teil abgeordnet werden. Hier ist das Kultusministerium viel stärker als bisher gefordert. Das ist ein Defizit, das wir insgesamt bedauern.

Wir haben im Haushaltsausschuss verschiedene Anträge gestellt, zum Beispiel die bayerische Biodiversitätsstrategie offensiver als bisher umzusetzen. Dafür wurden zwar einige Millionen vorgeschlagen, allerdings haben wir zusätzlich eine Million insgesamt gefordert. Da geht es um die Sicherung der Arten- und Sortenvielfalt, den Erhalt verschiedener Lebensräume und die Verstärkung der ökologischen Bildung, auch um Reduzierung des Flächenverbrauchs, einen Punkt, den wir immer wieder anprangern. Deshalb wäre es wichtig gewesen, hierfür noch zusätzlich Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Koalition hat den Antrag mit der Begründung abgelehnt, es sei schon genug Geld für die Renaturierung von Mooren vorgesehen, aber darum ging es uns gar nicht. Es geht um einen umfassenden Ansatz.

Ein weiterer Punkt ist der sogenannte ökologische Fußabdruck in Bayern. Der ist viel zu groß. Es gibt vom Entwicklungsnetzwerk Bayern eine Ausstellung, die Bayern ein Entwicklungsland nennt. Hier geht es einfach darum, dass der ökologische Fußabdruck pro Bürger in Bayern dreimal so groß ist, wie er eigentlich sein dürfte. Wir leben also dreifach über unsere Verhältnisse. Dem müsste eine nachhaltige Politik entgegensteuern.

Im Umweltausschuss haben wir den Antrag gestellt, dass die staatliche Verwaltung eine CO₂-neutrale Klimabilanz ausweist, zum Beispiel bis zum Jahr 2030. Es geht um den Energieverbrauch der staatlichen Gebäude, den Kraftstoffverbrauch der staatlichen Fahrzeugflotte und unter anderem auch um die Dienstreisen der Mitarbeiter. Wir haben dafür gute Beispiele, Herr Umweltminister. In Hessen und in Nordrhein-Westfalen wird das von der dortigen Staatsregierung umgesetzt, die Landtage haben zum Teil einstimmig dafür gestimmt. Deswegen verstehen wir nicht, dass etwas, was in Hessen und in Nordrhein-Westfalen geht, in Bayern einfach abgelehnt wird. Wir haben ja zunächst nur gefordert, dass ein Gutachten für 50.000 Euro erstellt wird. Auch dies wurde insgesamt abgelehnt. Wir meinen, da gehen die Lippenbekenntnisse der Bayerischen Staatsregierung zum Thema Klimaschutz ins Leere. Wichtig wäre auch die öffentliche Vorbildwirkung gewesen, die durch diese Ablehnung leider nicht gegeben ist.

Ein weiterer Punkt, der für uns im Umwelt- und Gesundheitsausschuss auch wichtig gewesen wäre, ist das aktuelle Fluglärmgesetz. Das Thema Fluglärm und menschliche Gesundheit wird immer und immer wieder im Wirtschaftsausschuss behandelt. Da Fluglärm aber die Gesundheit belastet, meinen wir, dass dieses Thema originär dem Umwelt- und Gesundheitsausschuss zugeordnet werden müsste, was leider nicht der Fall ist. Der Deutsche Ärztetag hat einstimmig festgestellt, dass das bestehende Fluglärmgesetz unbedingt geändert werden müsste, weil die dort vorgegebenen Grenzwerte nicht mehr den aktuellen Erfordernissen entsprechen. Von der Koalition wurde im Ausschuss einfach gesagt: Die FREIEN WÄHLER bringen Informationen, die vordergründig dem Wahlkampf dienen. Das kapieren wir gar nicht. Wir haben nur eine Anregung des Deutschen Ärztetages aufgegriffen, wonach das Gesetz geändert werden muss. Selbst die Bayerische Verfassung sagt in Artikel 151, dass jegliche wirtschaftliche Tätigkeit auch dem Allgemeinwohl dienen muss. Das heißt, die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Rücksichtnahme auf den Nächsten. Deswegen können wir der schwarz-gelben Regierung in München leider den Vorwurf nicht ersparen, dass sie sich für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Bürger nicht besonders interessiert.

Zum Punkt Energiewende muss ich natürlich auch etwas sagen. Ganz klar: Die Energiewende wird von der Koalition nur halbherzig oder gar nicht umgesetzt. Es geht auch um die Anträge, über die heute einzeln abgestimmt wird. Die Koalition wollte nur Prüfanträge ohne finanzielle Auswirkungen haben. Das ist nicht der Sinn des Ganzen und nicht das, was wichtig wäre. Ich muss sagen: Damit gefährdet die Koalition eigentlich auch die Energiekommission. Die Koalition lehnt es zum Beispiel ab, die Kommunen bei der energetischen Sanierung zu unterstützen – Kollege Glauber hat dies ja gesagt –; die Mittel wurden auf 20 Millionen Euro reduziert. In dem Antrag, über den wir namentlich abstimmen, geht es eigentlich nur um 2.500 Euro pro Jahr. Wir sind gespannt, wie Sie abstimmen werden.

Vor einigen Tagen – das haben Sie alle gelesen – forderte der Bayerische Gemeindetag einen Masterplan für die Energiewende und im Speziellen die Erstellung kommunaler Energienutzungspläne. Wir FREIEN WÄHLER haben für den Haushalt 2013/2014 einen Antrag für einen Masterplan für die Energiewende gestellt. Er wurde abgelehnt. Die Koalition in Person von Wirtschaftsminister Zeil lehnte dies ab, weil die Kommunen durch den kommunalen Finanzausgleich angeblich schon gut bedient seien.

Herr Huber, Sie haben am 5. Dezember gesagt: Wir dürfen nicht auf den Rest der Welt warten, wenn es um die Energiewende geht; wir müssen voranschreiten. Ich halte das für eine gute Aussage. Wenn dann aber ein Antrag kommt, beispielsweise von den FREIEN WÄHLERN, in dem es um die weltweite Ächtung der Atomkraft und um die Förderung erneuerbarer Energien statt Hermes-Bürgschaften für ausländische Atomkraftwerke geht, lehnt ihn die Koalition ab und spricht mit gespaltener Zunge. Wir sagen: Was in Deutschland gilt, muss auch in anderen Ländern gelten. Mit anderen Worten: Die Koalition hat sich geistig und faktisch noch nicht von der Atomkraft verabschiedet.

Fazit, meine Damen und Herren: Der Haushalt des Umweltministeriums wird insbesondere auch den Anforderungen der Energiewende nicht gerecht und wird daher von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich das Wort Herrn Kollegen Dr. Magerl erteilen.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde für meine Fraktion zum Bereich Umwelt sprechen, Kollegin Schopper wird den Bereich Gesundheit übernehmen – wir könnten auch tauschen; das ginge schon auch.

Ich möchte drei Schwerpunkte herausgreifen. Eigentlich müsste man über den Umwelthaushalt viel länger debattieren, nämlich über die Schwerpunkte Klimaschutz, Energiewende und Schutz der Biodiversität, darüber, wo wir stehen und was Sie in diesen Bereichen nicht machen und was Sie nur mangelhaft berücksichtigen. Ich möchte etwas den Blick darüber hinaus auf das werfen – Umweltschutz ist eine Querschnittsaufgabe –, was denn die anderen Ressorts gegen die Bestrebungen des Umweltministeriums so alles treiben, gerade im Bereich der Landwirtschaft, im Bereich des Verkehrs und ähnlicher Dinge sowie bei der Eingriffsverwaltung. Wenn man bei einer solchen Haushaltsrede eine Gesamtbilanz zieht, muss man die gesamte Lage durchaus etwas berücksichtigen.

Heute ist in diesem Haus schon viel Weihrauch hinausgeblasen worden, so viel, wie ich es in meiner langen Zeit in diesem Hause selten erlebt habe. Lassen Sie mich deshalb mit dem Thema Abgase und insbesondere mit klimawirksamen Abgasen beginnen.

Wir in Bayern befinden uns diesbezüglich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Ich lasse die letzte Debatte kurz vor dem Klimagipfel in Cancún 2010 Revue passieren. Wir sind nicht übermäßig weit heruntergekommen. Einer der Bereiche, bei dem wir in Bayern bundesweit eine unselige Spitzenrolle innehaben, ist der Verkehrsbe- reich. Von knapp 80 Millionen Tonnen Gesamt-CO₂-Ausstoß in Bayern gehen fast 40 % auf den Verkehr zurück, bundesweit sind es nicht einmal 20 %. Wir sind bedauerlicherweise weiter Spitzenreiter, und die Tendenz ist eher steigend.

Die Bayerische Staatsregierung – nicht Sie als Minister oder Ihr Ministerium, sondern die Vertreter der Bayerischen Staatsregierung im Bundesrat – will sogar, dass der CO₂-Ausstoß noch weiter steigt – siehe den unseligen Vorstoß Ihres Amtsvorgängers und jetzigen Finanzministers Söder zum Thema Luftverkehrssteuer. Da ist endlich einmal eine Steuer eingeführt worden, die im ökologischen Sinne durchaus steuernd wirkt, nämlich zum ganz großen Teil gegen die Billigfliegerei wirkt. Was aber macht dieser Minister? – Kaum kommt aus der entsprechenden Branche das Gejammer, un-

ternimmt er einen Bundesratsvorstoß zur Abschaffung der Luftverkehrssteuer. Ich muss sagen: Das ist unsäglich, sowohl umweltpolitisch als auch finanzpolitisch unsäglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt einen ewigen Kampf der Branche. Der Chef der hoch defizitären Air Berlin, Hartmut Mehdorn, hat in grob beleidigender Art und Weise gegen diese Steuer und gegen die Politik polemisiert. Er hat die Luftverkehrssteuer als Unzucht mit Abhängigen bezeichnet. Was macht Herr Söder? – Er verwahrt sich nicht dagegen, sondern er stellt einen Antrag im Bundesrat, und leider Gottes folgt ihm der Bundesrat auch noch und beschließt mit Mehrheit die Abschaffung dieser ökologisch so sinnvollen Luftverkehrssteuer.

Wenn man sich die Beschlussdrucksache des Bundesrates ansieht, sieht man klar und deutlich: Dies kommt in erster Linie den Billigfliegern zugute. Dahinter steckt eine Initiative der Billigflieger. Ich habe mir gedacht, wir werden uns einig, wenigstens diese Auswüchse zu bekämpfen. – Aber mitnichten. Ihnen und allen voran und speziell Staatsminister Söder ist die Billigflieger wichtiger als der Klimaschutz in unserem Lande.

Sie sollten sich einmal die Steuern in anderen Ländern ansehen. Dort, wo sich der größte Flughafen Europas befindet, nämlich in England, beträgt die Steuer bis 6.000 Meilen 81 Britische Pfund, über 6.000 Meilen 92 Britische Pfund, also deutlich mehr als bei uns. Die Briten stehen hinter dieser Steuer. Wir bräuchten diese Steuer auch zur Sanierung des Bundeshaushaltes ganz, ganz dringend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kürzlich fand der Klimagipfel statt. Zuerst wurde in London ein Bericht vorgestellt, dann fand der Gipfel in Doha statt. Die Ergebnisse sind klar: Die Zwei-Grad-Celsius-Grenze – manche Forscher sagen, die Zwei-Grad-Grenze sei zu hoch; die Klimaer-

wärmung müsste eigentlich auf 1,5 Grad beschränkt werden – werden wir aller Voraussicht nach, so wie es aussieht, reißen. Was machen Sie? – Dort, wo sinnvoll gesteuert wird, arbeiten Sie dagegen. Man muss sich die Prosa von Herrn Söder ansehen. Am 1. Dezember 2010, kurz vor Cancún, hat er noch gesagt: Wir handeln aus ethischer Verantwortung und Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung; wir wollen einen klaren Beitrag leisten, um das international anvisierte Ziel, die Zwei-Grad-Celsius-Grenze einzuhalten, zu erreichen. Wie diese wundervolle Prosa mit der Abschaffung der Luftverkehrssteuer zusammenpasst, vermag wohl nur ein Markus Söder zu erklären. Mir fehlt hier, Herr Dr. Huber, eine klare Stellungnahme von Ihnen, vom jetzt für das Klima zuständigen Minister, wie Sie zu diesem Unfug im Bundesrat von Herrn Söder und von der Bayerischen Staatsregierung insgesamt stehen.

Wir haben zum Klimaschutz Anträge gestellt. Ich greife einen heraus, dessen Inhalt auch vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen ganz klar gefordert wird, nämlich unseren Antrag zur Renaturierung von Mooren zum Zwecke des Klimaschutzes. Der Wissenschaftliche Beirat sagt klar und deutlich und schreibt dies der Bundesregierung und letztlich auch Ihnen ins Stammbuch: Moore gelten als äußerst effektive Ökosysteme für Kohlenstoffspeicherung und spielen damit eine wichtige Rolle für den Klimaschutz; die Fixierung einer Tonne CO₂ kostet 5 bis 75 Euro. Das ist einer der billigsten Beiträge zum Klimaschutz. Sie lehnen auch diesen einfachen Antrag ab.

Die Energiewende – das hat Kollege Glauber vorher schon gesagt – findet in der Regierungserklärung von Herrn Seehofer praktisch nicht statt – einige wenige kurze Zeilen, und das war es.

Sehen wir uns kleinere Anträge an, zum Beispiel den fraktionsübergreifenden Antrag zur Erprobung fischfreundlicherer Wasserkraftwerke. Sie sind nicht einmal bereit, lediglich 2,5 Millionen Euro dafür zu geben. Sie sollten sich schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen und komme zum Bereich Artenschutz. Der Flächenverbrauch ist nach wie vor ungebremst auf einem hohen Niveau. Wir lagen im letzten Jahr bei 18 Hektar pro Tag und 6.570 Hektar pro Jahr. Ich habe mir die Zahlen von 1984 bis 2011 geholt. In diesem Zeitraum haben wir in Bayern über 210.000 Hektar Land verbraucht. Das entspricht 26-mal der Fläche des Chiemsees, die wir unter Beton, unter Asphalt und Ähnlichem haben verschwinden lassen. In Ihrem Haushaltsentwurf fehlen mir die entsprechenden Punkte und auch die entsprechenden Zielvorgaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächster Punkt: die Artenvielfalt. Da gibt es immerhin eine positive Meldung, die wir in den letzten Tagen der Presse entnehmen konnten. Die Leuchtkäfer, gemeinhin auch als Glühwürmchen bekannt, haben offensichtlich deutlich zugenommen.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN – Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Aber bei dieser positiven Meldung muss man es leider bewenden lassen. Im Ranking des Naturschutzbundes Deutschland NABU stehen in der Bewertung hinsichtlich des Waldprozessschutzes, der Ausweisung von Managementplänen, von Naturschutz- oder Vogelschutzgebieten sowie von FFH-Gebieten und des Ökolandbaus in Bayern alle Ampeln auf Rot. Bayern ist Schlusslicht bei dieser Bewertung. Das ist der bayerische Standort. Ich möchte dabei nur einen Bereich aufgreifen, nämlich den Grünlandumbruch. Die Grünlandfläche leidet in Bayern an der galoppierenden Schwindsucht. Anders kann man es nicht sagen. Der zuständige Landwirtschaftsminister aber macht in heiler Welt. Ich zitiere aus einem Schreiben des Ministeriums vom 26.11. dieses Jahres an die Lehrkräfte der dritten und vierten Jahrgangsstufen. Es heißt da:

Sie werden sich vielleicht verwundert fragen: Warum bekomme ich in einem Päckchen Heu zugeschickt? Heu stammt von einem Bauernhof. Wir möchten Ihnen mit diesem Erlebnispaket mit allen Sinnen das Programm "Erlebnis Bauern-

hof" vorstellen, und das Heu mit dem besonderen Duft, der Farbe, dem Knistern und der Zerbrechlichkeit soll Sie an das Leben in einem Dorf auf einem Bauernhof erinnern.

Das ist eine Prosa, die es möglicherweise noch vereinzelt gibt, aber sowohl diese Situation als auch das artenreiche Grünland stehen in Bayern längst auf der roten Liste.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme noch zu einem weiteren Punkt, zu den Großschutzgebieten. Stichwort: Steigerwald. Es gehörte heute bei einigen Rednern zum guten Ton, auch auf das Nachbarland Baden-Württemberg einzugehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eigentlich bedauerlich!)

Ich will es kurz ebenfalls tun. Dort gibt es eine hervorragende Erklärung "Christdemokraten pro Nationalpark Schwarzwald".

(Volkmar Halbleib (SPD): Wahrscheinlich ein Gerücht!)

Deren letzter Satz lautet: Wir setzen uns daher für die Errichtung eines Nationalparks Schwarzwald ein aus Verantwortung für die Schöpfung und als Beitrag zur Förderung der Wirtschaft im Schwarzwald. Sehr vernünftig, aber was machen die Vertreter unserer Staatsregierung? Der irrlichternde Innenstaatssekretär Gerhard Eck fährt in den Schwarzwald, um dort zu missionieren und zu polemisieren gegen Nationalparke im Steigerwald und im Schwarzwald. Das ist die rückwärtsgewandte Politik zu den bayrischen Schutzgebieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Magerl, mir steht es nicht zu, aber wir haben vielleicht dabei Chancen, auf eine Schwarzwalduhr zu blicken.

(Heiterkeit)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ich hätte noch gern etwas zur Wasserrahmenrichtlinie gesagt. Aber nur noch kurz: Wir werden uns selbstverständlich für den Erhalt der frei fließenden Donau einsetzen sowie für den Erhalt unserer Heimat. Ich danke – nicht nur, was den Haushalt anbelangt – dem Kollegen Eike Hallitzky für seinen Einsatz für die Donau und ich danke auch der Kollegin Claudia Stamm. Albert Einstein hat einmal gesagt: Phantasie ist alles. Sie ist die Vorschau auf die künftigen Attraktionen des Lebens. Wir haben diese Phantasie und werden sie ab Herbst 2013 auch realisieren.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Thalhammer. Bitte sehr.

Tobias Thalhammer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch nach über zwölf Stunden Debatte und zu so später Stunde werden Sie sicherlich gleich merken, dass wir Liberalen einen grundsätzlich anderen Ansatz in der Umweltpolitik verfolgen als mein Vorredner von den GRÜNEN. Wir wollen die Menschen eben nicht mit Ökoregeln und unnötigen Umweltregeln bevormunden und ihnen vorschreiben, wie sie zu leben oder sich zu bewegen haben.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ökonomie statt Ökologie! - Volkmar Halbleib (SPD): Hauptsache heiße Luft!)

Bei uns Liberalen und auch bei den Kollegen der CSU steht in der Umweltpolitik immer der Mensch im Mittelpunkt. Deshalb finde ich es sehr gut – das möchte ich explizit loben –, dass auch im Einzelplan 12 der Bereich Umwelt in ein positives Licht gestellt wird. Man soll die Umwelt nicht nur erleben, man muss sie auch verstehen, um sie beschützen und bewahren zu können und von ihr begeistert zu sein.

Ich möchte aktuell aus den letzten Tagen etwas ganz Besonderes hervorheben, was auch entsprechend finanziell unterstützt wird. Es ist ein kleines Projekt,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Klein, aber fein. Ist das Ihre Denke?)

aber die kleinen Dinge vor Ort machen den ganzen Bereich der Umweltpolitik besonders wertvoll. Ich meine das Projekt der ÖkoKids. Unsere Staatssekretärin Melanie Huml hat eben kurz einmal 104 Projekte in insgesamt 98 Tageseinrichtungen über ganz Bayern hinweg ausgezeichnet.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall des Abgeordneten Dr. Andreas Fischer (FDP))

Das ist eine tolle Geschichte, die beweist, dass wir als Regierungskoalition von CSU und FDP generell die Bildung auch hinsichtlich der Umweltbildung in den Mittelpunkt stellen. Gerade in diesem Sinne legen wir ein besonderes Augenmerk auf die frühkindliche Bildung. Dieses Projekt ÖkoKids ist ein Vorzeigeprojekt, für das wir bisher zum zweiten Mal Auszeichnungen verliehen haben.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es freut mich, dass das auch bei den GRÜNEN einen bejahenden Seufzer hervorgerufen hat.

(Harald Güller (SPD): Das war bei der SPD und der Seufzer war weniger bejahend als gequält!)

Ich möchte jetzt auf etwas kommen, das überhaupt noch nicht angesprochen worden ist. Auf die Freiwilligkeit beim Umweltschutz legen nicht alle Parteien so viel Wert wie die Liberalen. Ich möchte explizit erwähnen: Alle jungen Menschen, die das FÖJ, das Freiwillige Ökologische Jahr, absolvieren, werden entsprechend finanziell vom Umweltministerium gefördert. Über 2.400 junge Menschen haben sich bereit erklärt, sich freiwillig im Sinne unserer Umwelt für unsere Gesellschaft und ihre eigene Fortbildung einzusetzen. Allen diesen jungen Leuten rufe ich von hier ein ganz herzliches Dankeschön zu.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres neues Vorzeigeprojekt im Bereich der Umweltbildung ist noch im Entstehen, aber wird sehr imposant werden. Der Umweltausschuss hat bereits die Baustelle des Hauses der Berge im Nationalpark Berchtesgaden besucht.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Frau Noichl, Sie sollten es einmal besuchen. Freuen Sie sich darauf. Es ist ein wunderbarer Ansatz für die Umweltbildung, aber auch ein wunderbarer Ansatz für die Nationalparkidee. Das Haus der Berge im Nationalpark Berchtesgaden steht für Offenheit, Transparenz und ein Naturerlebnis mit dem Steinadler. Ich sage ganz ehrlich: Diese Art des Nationalparks, wo die Natur erlebbar ist und der Mensch gleichzeitig nicht ausgesperrt wird, entspricht für mich der Idee eines Nationalparks.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Ackermann (GRÜNE))

So stelle ich mir einen Nationalpark vor. Daran sollten sich andere Nationalparke, auch internationale Nationalparke, aber auch ein anderer in Bayern eine Scheibe abschneiden.

(Sabine Dittmar (SPD): Sie denken wohl an den Steigerwald? Wie ist Ihre Positionierung zum Steigerwald?)

Diese Nationalparke wie den in Berchtesgaden gilt es zu unterstützen. Freuen wir uns auf das Haus der Berge.

(Beifall bei der FDP)

Lieber Herr Minister, viele Ihre Parteikollegen tragen sehr häufig den Begriff von der Wahrung der Schöpfung vor sich her. Sie als Tierarzt sind mit mir sicherlich einer Meinung, dass zur Wahrung der Schöpfung auch die Bewahrung unserer Mitgeschöpfe gehört. Ich lobe Sie ausdrücklich für die immense Fachkompetenz, die Sie in diesen

Bereich einbringen, und dafür, mit welcher Liebe Sie gerade vor wenigen Wochen wieder den Bayerischen Tierschutzpreis verliehen haben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ihr Vorgänger hat es in einem sehr schönen Umfeld auf der Kaiserburg in Nürnberg gemacht, Sie haben es in der Residenz in München gemacht und Sie haben das zahlreiche kleinteilige ehrenamtliche Engagement mit sehr viel Herz gewürdigt, sei es – ich kann mich daran erinnern – die Dame, die sich für die Igel einsetzt, oder sei es, dass Sie in München für eine Auffangstation für Reptilien gemeinsam mit unserem Wissenschaftsminister Heubisch gekämpft haben, als es dort zu einer prekären Lage kam. Sicher sind die Schnappschildkröten nicht die hübschesten und mit eines der gefährlichsten Tiere, aber auch hierfür hatten Sie Sinn. Es ist sehr positiv hervorzuheben, auf welche sympathische Art und Weise Sie sich neben dem Umweltschutz auch für den Tierschutz einsetzen. Dass wir das finanziell unterstützen, ist ein wichtiges Zeichen der schwarz-gelben Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Umwelt ist auch Menschenschutz. Somit bin ich glücklich darüber, dass wir das Hochwasserschutzprogramm fortschreiben konnten, auch wenn wir noch einigen Nachholbedarf zu erfüllen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wohl wahr!)

Ich bedanke mich hier ganz herzlich für Ihren Einsatz. Wir dürfen die Finanzierung des Hochwasserschutzes allerdings nicht allem voranstellen. Vor allem dürfen wir uns nicht über die Zerstörung der Umwelt hinwegsetzen. Der Ausbau der Donau mit Stautufen kann nicht dadurch gerechtfertigt werden, dass durch europäische Gelder Hochwasserschutzmaßnahmen mitfinanziert werden könnten. Das wäre ein Handeln nach dem Grundsatz "linke Tasche/rechte Tasche"; denn auch europäisches Steuer-geld ist Geld des bayerischen Steuerzahlers. Ich freue mich sehr über Ihr Engagement

für einen vernünftigen Ausbau der Donau an der Seite von unserem Wirtschaftsminister Martin Zeil. Wir wollen mit unserer umweltverträglichen sanften Ausbauvariante auf der einen Seite die Wirtschaft fördern, auf der anderen Seite aber auch die Umwelt vor unnötigem Schaden bewahren. Das ist in meinen Augen eine moderne Umweltpolitik und eine gute und vernünftige Wirtschaftspolitik. Das ist eine vernünftige Partnerschaft zwischen Ökologie und Ökonomie. Hierfür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, da wir gerade bei dem wunderbaren Tandem Wirtschaftsminister Zeil und Umweltminister Dr. Huber sind, möchte ich mich gleich für deren Engagement bei der Energiewende bedanken. Wir müssen bei der Energiewende auf dem Weg in ein neues Zeitalter der umweltverträglichen Energieversorgung speziell die Chancen betonen und explizit herausstellen. Für uns als Parlamentarier ist es eine der spannendsten Aufgaben, unseren Standort auf eine umweltverträglichere und generationengerechtere Energieversorgung umzustellen. Ich weiß, dass die ganze Welt auf uns schaut. Die ganze Welt ist gespannt, ob wir es wirklich schaffen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir es schaffen werden. Ich träume ein bisschen davon, wenn wir in Bayern einen vernünftigen Umstieg schaffen, dass wir im Energiebereich das werden, was das Silicon Valley in den USA im Computerbereich ist.

Wenn wir es mit all unserem Know-how, das wir vor Ort einsetzen, schaffen, auf eine umweltfreundliche Energieversorgung umzusteigen, werden wir damit nicht nur einem großen Wirtschaftszweig in Bayern zum Leben verhelfen, sondern auch unsere Natur und Umwelt vernünftig schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist eine vernünftige Partnerschaft zwischen Ökonomie und Ökologie. Hierfür steht die FDP.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Schluss möchte ich noch einmal danke sagen. Lieber Herr Umweltminister Dr. Huber, Ihnen persönlich ein ganz großes Danke schön. Sie leiten das Ressort mit sehr viel Liebe und einer unglaublichen Kompetenz.

Ich danke auch der Staatssekretärin und all Ihren Mitarbeitern im Haus, die immer kompetente Ansprechpartner sind, egal ob es um Fragen des Wasserrechts oder des Abfallrechts geht. Mein Dank gilt auch unseren Haushältern Professor Dr. Georg Barfuß und Karsten Klein. Ich danke auch allen ehrenamtlichen Helfern draußen für ihr Engagement im Umweltschutz. Sie machen unser Bayern noch ein Stück lebenswerter.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Pult für eine Intervention von Frau Kollegin Schopper.

Theresa Schopper (GRÜNE): Herr Kollege Thalhammer, ich bin fast zu Tränen gerührt ob der Lyrik Ihrer Ausführungen und Ihrer naturnahen Schauspiel- und Erzählkunst. Nachdem Sie die Nationalparks so gelobt und von fliegenden Adlern und anderem erzählt haben, was Sie gesehen haben, möchte ich Sie fragen, ob Sie uns bei der Einrichtung des Nationalparks Steigerwald unterstützen werden. Ich hätte gern einen Hinweis, ob wir hier konkret mit Ihnen rechnen dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Thalhammer (FDP): Liebe Frau Kollegin Schopper, ich mag vor allem Nationalparks, in denen der Steinadler vorkommt, weil dort nicht nur der Steinadler die Freiheit genießt, sondern auch der Mensch, der sich in diesen Nationalparks überall bewegen kann. Dieses Konstrukt haben wir in unserem zweiten Nationalpark im Bayerischen Wald nicht. Ich habe das Gefühl, dass bei dem Nationalpark Steigerwald ebenfalls Tabuzonen für den Menschen geplant sind. Diese Art von Nationalpark lehnen wir generell ab. Somit sind wir auch keine Unterstützer des Nationalparks Steigerwald.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister Dr. Huber, Frau Staatssekretärin! Ich freue mich, dass es zu so später Stunde doch noch Interesse an den Themen Umwelt und Gesundheit gibt. Dafür vorab schon einmal herzlichen Dank.

Wir haben zuvor über den Haushalt unseres Kultusministers gesprochen. Dabei ging es um Größenordnungen von 10,6 Milliarden Euro und 10,8 Milliarden Euro. Der Einzelplan 12 umfasst ganze 1,6 Milliarden Euro für die beiden Jahre. Das entspricht 1,7 % des Gesamthaushalts. Wir haben Prioritäten bei der Bildung gesetzt. Dazu stehen wir. Wir sind uns sicher, dass gut gebildete Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie Kinder eine Bereicherung sind, um aus den Mitteln, die der Umwelthaushalt hergibt, das Beste zu machen. Ich bin Frau Kollegin Gertraud Goderbauer sehr dankbar, dass sie schon das ganze Zahlenwerk in Verbindung mit den einzelnen Positionen dargestellt hat.

Wir haben im Haushalt des Umweltministeriums Personalkosten in Höhe von 52 %. Wir können aber mit der Investitionsquote in diesem Haushalt glänzen. Im Vergleich zur allgemeinen Quote, die 12,5 % umfasst, hat der Haushalt des Einzelplans 12 immerhin 26 % Investitionsmittel. Ich denke, wir haben die Möglichkeit, diese Mittel für unser Land und für unsere Menschen einzusetzen. Ich möchte mich auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Die Mehrausgaben belaufen sich im Jahr 2013 auf rund 23 Millionen Euro und im Jahr 2014 noch einmal auf 14 Millionen Euro. Somit haben wir eine deutliche Steigerung. Ich möchte als ersten Punkt den Naturschutz und die Mittel nennen, die wir für den flächenhaften Naturschutz durch das Vertragsnaturschutzprogramm, durch den Erschwernisausgleich, die Landschaftspflege und die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie der Bayerischen Staatsregierung einsetzen. Meine lieben Kolleginnen und

Kollegen, das ist Naturschutz in der Fläche. Was wird damit unterstützt? Die extensivere Nutzung unserer Äcker und Wiesen mit dem Ziel, dort der Kreatur, den verschiedenen Arten, mehr Spielraum zu bieten. Das ist eine Tendenz in eine Richtung, wie wir sie früher kannten, vor der intensiven Bewirtschaftung. So wird entscheidend dazu beigetragen, effektiven Naturschutz umzusetzen.

Diese 45 Millionen Euro werden noch durch die Maßnahmen im Landwirtschaftshaushalt gesteigert, wo wir für die Maßnahmen des Kulturlandschaftsprogramms noch einmal 175 Millionen Euro mit ähnlicher Zielsetzung ausgeben können. Daran wird deutlich, dass wir mit denjenigen, denen die Fläche gehört, also mit den Landwirten und den Eigentümern, zusammenarbeiten. Dies geschieht unter dem Motto der Freiwilligkeit. Wir brauchen die Einsicht, dass auch für die Vielfalt der Tier- und Pflanzenarten etwas getan werden muss. An dieser Stelle möchte ich ganz besonders den Landwirtinnen und Landwirten danken, dass sie hier mitmachen und uns so effizient unterstützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

- Hier darf durchaus einmal geklatscht werden; denn das ist mit Sicherheit eine starke Leistung.

Ein zweiter Schwerpunkt ganz anderer Art hat ebenfalls mit Steigerungen zu tun. Es ist die Erhöhung der Mittel im Rahmen des Aktionsplans Ländlicher Raum – demografischer Wandel. Dafür stehen im Jahr 2013 4 Millionen Euro und im Jahr 2014 5 Millionen Euro zur Verfügung, die dazu beitragen, dass die Steigerung der medizinischen Qualität und der Infrastruktur in unseren Kurorten und Heilbädern stabilisiert und ergänzt wird. Das ist, glaube ich, eine ganz besondere Leistung und ist erwähnenswert.

Ein dritter Punkt im Zusammenhang mit Steigerung ist die Umweltbildung. Jetzt sind wir wieder bei Bildung; nahezu 500.000 Euro stehen mehr im Doppelhaushalt zur Verfügung. Das bedeutet, dass wir in diesem Bereich die bislang 48 Umweltstationen – zwei sollen dazukommen – unterstützen können. Herr Kollege Fahn, die projektbezo-

gene Unterstützung ist, glaube ich, auf ein Monitum, auf eine Anmahnung des Obersten Rechnungshofes zurückzuführen, nicht die Institutionen zu stärken und zu fördern, sondern die Arbeit in einer ganz bestimmten Zielsetzung. Das kennen wir aus anderen Bereichen, zum Beispiel aus dem Landwirtschaftssektor. Das ist in manchem Fall vielleicht unbequem, weil man sich wirklich darüber Gedanken machen muss, worauf man Wert legt und was die Zielsetzung von Bildungsmaßnahmen ist, aber es führt auch dazu, dass Finanzmittel effektiv eingesetzt werden. Gerade über die Umweltbildung erreichen wir unsere Kinder, die Jugendlichen und natürlich auch Erwachsene, die ein Leben lang lernen wollen.

Der Klimaschutz ist ein Thema, das mir ebenfalls wichtig ist. Kollege Magerl hat es auch schon angesprochen. Dieser Bereich könnte mit Sicherheit, das gestehe ich zu, noch deutlich mehr Mittel vertragen.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das wird niemand bestreiten. Auch in unseren Reihen gäbe es gute Ideen,

(Ludwig Wörner (SPD): Höchst selten!)

was man mit weiteren 10 Millionen noch tun könnte. Das ist ganz klar. Meine ganz persönliche Auffassung ist: Wir legen heute zu Recht auf Bildung wert; ich bin mir jedoch sicher, dass noch Zeiten kommen werden, in denen wir auf Umwelt einen deutlicheren Akzent setzen müssen. Denn die Entwicklungen im Klimabereich machen uns das deutlich. Bisher hatten wir die Zielsetzung, die Erderwärmung um bis zu zwei Grad in den Griff zu bekommen. Neueste Erkenntnisse machen uns deutlich, dass das wohl so nicht zu erreichen sein wird – mit allen Folgen. Hier müssen wir, denke ich, viel Kreativität aufbringen, um das Geld, das uns zur Verfügung steht, wirkungsvoll einzusetzen.

Kollege Magerl, es mag sein, dass diese Zahlen zutreffen: 80.000 Tonnen CO₂-Ausstoß.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): 80 Millionen! - Ludwig Wörner (SPD): Ach, wegen dem Nuller da! Reg dich nicht auf!)

- 80 Millionen? – 80 Millionen, und davon die Hälfte durch den Verkehr. Dieser Wert ist natürlich auch der speziellen Situation in Bayern geschuldet: Wir sind ein Flächenland. Diejenigen, die auf dem Land wohnen, kommen nicht ohne Auto aus. Wir stehen vor der Herausforderung, hier andere Techniken einsetzen zu können, zum Beispiel das Elektroauto. Dennoch – damit brauchen wir uns nicht zu verstecken – sind wir nach wie vor bei rund 6 Tonnen pro Einwohner und Jahr CO₂-Ausstoß in Bayern;

(Ludwig Wörner (SPD): Warum ist denn das so? Das erzähle ich dir gleich!)

Das ist klar, das liegt daran, dass wir bisher zum großen Teil die Kernkraftwerke hatten. Und auch die rund 33 % des Stroms aus regenerativen Quellen tragen dazu bei.

Wir haben auch in anderen Bereichen Herausforderungen zu bestehen. Ich will ein zweites Thema ansprechen: die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz. Gerade auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel wissen wir um die Schwankungen des Wetters. Die Niederschläge fallen nicht mehr so einheitlich übers Jahr verteilt, sondern zeitlich sehr punktuell. Damit sind natürlich auch Probleme verbunden. Die aktuelle Diskussion um den Donauausbau und den Wunsch der Menschen, die Hochwasserschutzmaßnahmen dort zu verbessern, macht deutlich, wo die Befürchtungen liegen und wo wir gefordert sind. Immerhin sind wir in der Lage, hier jährlich rund 105 Millionen Euro zu investieren, natürlich in Kombination mit allen anderen Mitteln aus der EU, EAK-Mitteln sowie Mitteln aus der Abwasserabgabe.

Eine Anmerkung zur Wildbach- und Murengefährdung: Auch hier haben wir von der Fraktion aus noch eine Million dazugegeben, um speziell im Allgäu im Bereich an der Ostrach entsprechende Maßnahmen zeitnah durchführen zu können.

Kommen wir zur Wasserversorgung und zur Abwasserentsorgung. Hier sind wir auf einem hohen Niveau angelangt. Die notwendigen Gelder, die in den nächsten Jahren

zur Verfügung stehen – es sind 103,5 Millionen im Jahr -, werden dazu beitragen, dass die erforderlichen Maßnahmen ergänzt und umgesetzt werden können, wie auch bei den Kleinkläranlagen. Hier konnten wir erreichen, dass das Förderprogramm fortgeführt wird. In den nächsten Jahren werden rund 16 Millionen Euro hierfür zur Verfügung stehen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, was Bayern im Wesentlichen ausmacht, ist neben einer gut versorgten, gesunden und gebildeten Bevölkerung sowie einer florierenden Wirtschaft vor allem die faszinierende Natur und die Landschaft. Durch die Umfragen des Bayerischen Rundfunks ist uns jüngst bestätigt worden, warum die Menschen hier gerne leben, und dass sie sich hier sehr wohl fühlen. Auf die Umweltbildung bin ich ja gerade schon eingegangen, aber vielleicht in diesem Zusammenhang noch ein Wort bzw. einen Satz unseres früheren Umweltministers, der in meinen Augen so treffend formuliert hat: Nur was ich kenne, das schätze ich, und was ich schätze, das schütze ich.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das stammt von Hubert Weiger!)

- Bitte?

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Das ist von Hubert Weiger!)

Dann hat Umweltminister Söder diese Weisheit zumindest weitergetragen.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Das ist jedenfalls das, was uns wichtig ist und was unser derzeitiger Umweltminister Dr. Marcel Huber auch in einem anderen Bereich transportieren möchte. Es geht nämlich um einen Landeswettbewerb zum Thema Schulgärten. Wir wissen, dass gerade die Kinder oft nicht mehr wissen, woher die Nahrung kommt.

(Maria Noichl (SPD): Die Lehrer haben doch gar keine Zeit mehr für einen Schulgarten!)

Sie wissen auch nicht, wie Pflanzen wie Salat oder Gelbe Rüben wachsen und dass es wichtig ist - Frau Noichl, vielleicht holen Sie mal wieder Luft -, dass wir diese Gärten auch bestellen müssen und was es bedeutet, sie tagtäglich zu pflegen, um am Ende ernten zu können. Das Vorhaben, diese Schulgärten wieder ins Bewusstsein zu rücken, könnte einen Anreiz setzen, um eine gesunde Ernährung aufzugreifen und umzusetzen.

Ich komme zum Stichwort "Reptilienauffangstation": Wer sich damit befasst hat, weiß, was sich bei Professor Hoffmann inzwischen an Reptilien eingefunden hat. Die Tiere sind in verschiedenen Stockwerken untergebracht. Es ist nicht einfach, die Betreuung und Pflege der Tiere zu realisieren. Auch hier sind die Gelder, die erhöht worden sind, ein Zeichen dafür, dass uns diese Arbeit wichtig ist, dass wir sie nicht übersehen und dass wir natürlich mittelfristig für eine insgesamt bessere Lösung eintreten.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch ein paar Anmerkungen zum Thema Gesundheit machen. Frau Kollegin Sonnenholzner von der SPD ist darauf eingegangen. Die Themen, die Sie angeschnitten haben, sind natürlich, wie in anderen Bereichen auch schon angedeutet, nicht unbekannt. In der Tat ist es so, dass in der Beratung, in der Suchtbekämpfung, was das Projekt "HaLT" betrifft, Gelder in die Hand genommen worden sind, was man natürlich immer noch zweifelsohne steigern kann. Dennoch sind diese Themen sowohl dem Ministerium als auch der CSU bewusst. Wir werden die Mittel effizient einsetzen, damit das Nötige erreicht wird.

Zur Gesundheitspolitik gehören nicht nur die Gesundheitsförderung und die Prävention, sondern auch die Bekämpfung der Immunschwächekrankheit Aids. Wir werden Aids-Beratungsstellen weiter fördern. Bei der Gesundheitsvorsorge werden wir die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten weiterhin im Blick haben. Vor allem werden wir auch die Suchtbekämpfung und die Drogentherapie mit allen Möglichkeiten unterstützen. In der Telemedizin, die uns sehr wichtig ist, werden wir verstärkt Maßnahmen unterstützen und begleiten, weil mit der Telemedizin gerade auf dem Land die medizinische Versorgung unterstützt werden kann.

Meine Damen und Herren, Bayern ist auch ein Gesundheitsstandort. Das ist nicht von der Hand zu weisen. Wir werden diesen Standort stärken und fördern. Dazu wird sicher unser Minister einige Worte sagen.

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich will unserem Umweltminister Dr. Marcel Huber für die kooperative Arbeit und für den offenen Gedankenaustausch danken. Ebenso möchte ich mich bei Staatssekretärin Melanie Huml bedanken. Ich bedanke mich bei allen Mitarbeitern des Ministeriums, die uns durch Informationen unterstützen und uns entgegenkommen. Bedanken möchte ich mich vor allem beim Landtagsbeauftragten Peter Frei, der uns sehr unterstützt und immer wieder dafür sorgt, dass wir auf Fragen gleich die Antworten bekommen. Ich bedanke mich bei unseren Partnern in der Koalition, bei den Spezialisten für Gesundheit und für Umwelt, auch wenn es nicht immer reibungslos läuft. Unter dem Strich machen wir aber eine gute Politik, und auf die sind wir stolz.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ihr seid halt immer ein bisschen widerspenstig!)

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal abschließend bei allen, dass der Haushalt so, wie er uns vorliegt, zustande kam. Er ist unter den gegebenen Vorzeichen eine gute Grundlage, um für Bayern in der Umweltpolitik und in der Gesundheitspolitik das Erforderliche zu tun. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Otto!)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Präsidentin, Herr Minister, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit dem Dank an alle diejenigen, denen daran gelegen ist, die bayerische Heimat, ihre Umwelt und ihre Menschen zu schützen. Dass das manchmal nicht einfach ist, haben wir erleben dürfen. Ich darf heute für die SPD-Fraktion nicht nur über die Umweltpolitik, sondern auch über die Energiepolitik reden. Ich finde es schade, dass der dafür zuständige Minister nicht mehr da ist. Eine Auseinandersetzung mit

ihm darüber wäre interessant gewesen. Dennoch meine ich, dass wir in der Umweltpolitik sehr viel nachzuholen haben. Sie können nicht immer nur darauf verweisen, was die anderen nicht tun, sondern wir müssen ein Vorbild sein, denn Vorbildfunktionen sind die besten Funktionen.

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, mit der Paktiererei aufzuhören. Wir müssen bestimmte Forderungen in Gesetze gießen, weil es anders, wie man sieht, häufig nicht funktioniert. Ich will jetzt nicht über Chemieunfälle und andere nicht so schöne Ereignisse reden. Ich denke nur an die Brunnenschließungen in Bayern. Wenn Sie da noch behaupten, wir hätten gutes Trinkwasser, wird es fast peinlich. Wir warten in dieser Frage immer noch auf die Beantwortung einer Interpellation.

Bei den Uferrandstreifen hätten wir mehr Geld gebraucht, um den Landwirten eine adäquate Entschädigung anzubieten. Wir wollen ihnen nicht alles wegnehmen und sie enteignen. Wir wollen ihnen helfen, aber wir wollen auch der Natur und der Umwelt helfen.

Wir wissen genau – das wollen Sie scheinbar nicht wahrnehmen –, dass in Bayern die CO₂-Last pro Kopf in Wirklichkeit steigen würde, wenn wir nicht so viele Zuwanderer hätten, die diese Pro-Kopf-Belastung nach unten ziehen. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen und an diesem Problem etwas intensiver als bisher arbeiten. Wir reden immer darüber, dass wir eine geringere Pro-Kopf-Belastung hätten als andere. In Wirklichkeit hängt das aber mit dem Zuzug und der Statistik zusammen, die Sie sich zurechtgerichtet haben.

Bei Lärm und Feinstaub sehe ich nicht den Zusammenhang mit der Elektromobilität. Leute, die Geld haben, um sich ein Elektroauto zu leisten, sollen dies auch haben. Das müssen wir aber nicht fördern, denn sie können es auch so zahlen. Mir wäre es lieber, dass wir Klein-Lkws für Städte und Ballungsräume fördern, damit diese Transporter nicht täglich unsere Städte verstopfen, uns mit Abgasen vernebeln und mit Lärm und Krach belasten. Damit würden wir viel mehr erreichen als mit der Förderung

von ein paar Elektroautos. Darüber müsste nachgedacht werden. Die Mittel des Haushalts müsste man für diesen Zweck vermehrt einsetzen.

Dass die Mittel für die Umweltbildung aufgestockt wurden, ist richtig. Wer lehren soll, soll aber auch eine Zukunft haben. Wer in den Bildungseinrichtungen mit befristeten Verträgen arbeitet, hat aber keine richtige Zukunft, sondern er lebt von der Hand in den Mund. Die Sicherstellung, dass die Umweltbildung funktioniert, wäre auch Familienpolitik.

Beim Energiesparen komme ich zu meinem Lieblingsthema, den Schneekanonen. Wir sollten uns darauf verständigen, dass es grober Unfug ist, Schnee mit Strom zu produzieren, den wir eigentlich einsparen wollen. Minister Marcel Huber will 20 % einsparen. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Dagegen habe ich nichts. Dann müssen wir aber bei den Schneekanonen beginnen. Der Einsatz von Schneekanonen ist in Sachen Energieverschwendung der größte Unfug, den wir betreiben. Wenn sie schon Schneekanonen wollen, sollen sie gleich das Windrad, das den Strom erzeugt, danebenstellen. Es wäre ganz spannend, ob die, die in ihren Regionen Schneekanonen wollen, auf den Bergen, auf denen die Schneekanonen stehen, auch die Windräder haben wollen, die den Strom erzeugen, um den Schnee zu produzieren. Dann könnten wir über Schneekanonen reden. Diese Auseinandersetzung würde ich gerne führen.

Viel mehr bedrückt mich aber die Situation in der Energiekommission. Das dürfen Sie mir glauben. Das hängt auch mit CO₂ und Umwelt zusammen. Wir sind in der Hoffnung gestartet, gemeinsam etwas entwickeln zu können. Aus den Ergebnissen sollten Anregungen entstehen. Was ist eine parlamentarische Anregung? Ein Antrag.

(Tobias Thalhammer (FDP): Nein!)

Meine Damen und Herren, ich will es sehr höflich formulieren. Wenn Sie sich mit einem Vertragspartner auf den Weg machen, einen Vertrag zu schließen, wenn dieser Vertrag in vielen Punkten dank der Kompromissfähigkeit der Verhandlungspartner einstimmig geschlossen wird, wenn Sie aber beim Umwandeln der vertraglich vereinbar-

ten Ergebnisse in reale Politik scheitern, würden Sie einem solchen Partner noch trauen? Würden Sie einem Partner, der mit blauen Augen mit Ihnen verhandelt

(Zurufe von der CSU: Mit braunen!)

- auch mit braunen, das ist egal -, nach einem solchen Ergebnis noch trauen? Diese Frage müssen Sie selbst beantworten. Hier kommt eine zweite Frage hinzu. Jetzt werden ein paar Nebelkerzen geschmissen. Die Anträge seien für den Haushalt zu spät gewesen. Dazu könnte ich Ihnen auch etwas erzählen. Das mache ich aber nicht. Manchmal ist es auch ein Gebot der Fairness. Ich sage Ihnen aber eines: Wenn ich sehe, wie viele Millionen in den Nachschublisten stecken, wäre das Geld für das, was wir wollten, auch noch da gewesen. Unsere Forderungen waren auch nicht unmäßig.

Meine Damen und Herren, wir brauchen fünf Millionen Euro für die Ertüchtigung der alten Wasserkraftanlagen und den Einbau von Fischtreppen. Meine Damen und Herren, wir reden nicht über den Haushalt, in welchem Sie rumtricksen und sagen: Da gibt es was. Das ist der Haushalt, mit dem der Bayerische Staat seine eigenen Anlagen füttert, nämlich die bayerische Wasserkraft. Wir wollten für die privaten kleinen Kraftwerksbetreiber Geld locker machen, um sicherzustellen, dass die Akzeptanz bei den Fischern, den Naturschützern und bei den Betreibern der Anlagen steigt, um die Anlagen weiter zu betreiben und sie auszubauen. Das haben wir alle einstimmig beschlossen. Das steht textgleich im Zwischenbericht, den wir der Präsidentin stolz übergeben haben. Wenn ich mich richtig erinnere, wollten wir gemeinsam Anträge stellen. Wir scheitern jedoch an irgendwelchen "Nickeleien". So nenne ich es mal.

Als Letztes die Ausrede: Wir haben kein Geld gehabt. Leute, seid mir nicht böse, aber wer die Nachschublisten anschaut, weiß sehr wohl, dass Geld vorhanden gewesen wäre, wenn man denn gewollt hätte. Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass einige auf dieser Seite des Hauses und mehrere in der Mitte am liebsten zurück zur Kernenergie wollen. Die Laufzeitverlängerung wäre Ihnen das Allerliebste, um sicherzustellen, dass Sie nicht vom Schoß der großen Vier hüpfen müssen. Sie

wollen damit sicherstellen, dass weiterhin die Mittel fließen, die Sie brauchen, um zu überleben.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Das glauben Sie ja selber nicht, was Sie erzählen!)

Wenn ich mir ansehe, wie das gemacht wird, stellt sich die Frage, wie redlich manche in diesen Verhandlungen sind. Ich kann mit jemandem wunderschön verhandeln. Wenn er am Ende jedoch sagt, das wäre seine Meinung, aber seine Fraktion mache nicht mit, dann ist das blöd.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben Sie auch schon einmal erlebt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen eines - -

(Tobias Thalhammer (FDP): Meine Fraktion hat zugestimmt!)

- Ihre Fraktion, die Haushälter oder wer auch immer hat die Leute, die sie in die Kommission entsandt haben, peinlich im Regen stehenlassen. Sie haben gut verhandelt. Das bescheinige ich Ihnen. Wir haben alle versucht, etwas zu erreichen. Wenn man am Ende die notwendigen Mittel nicht bekommt, lässt man seine eigenen Leute im Regen stehen. Wenn Sie sich das gefallen lassen, ist das Ihre Sache. Ich selber hätte mir etwas überlegt, wenn meine Fraktion das mit mir gemacht hätte. Ich glaube schon, dass jemand, der in Verhandlungen geschickt wird, bis zu einem bestimmten Grad verhandlungsfähig ist und nicht spätestens dann verhandlungsunfähig wird, wenn es ums Geld geht.

Hinsichtlich dieser vier Anträge, über die ich heute geredet habe, waren wir uns in der Sache einig. Es ging um die Wasserkraft, um die Blockheizkraftwerkförderung und um die chemische Forschung für Speicher. In Bayern ist so gut wie gar nichts mehr da. Wir haben uns das nicht ausgedacht, meine Damen und Herren. Das können Sie alles nachlesen. Das ist von den Sachverständigen bestätigt worden. Die Sachverständigen haben uns das berichtet. Die 40 Millionen Euro für die Umsetzung der energetischen

Sanierung in den bedürftigsten Kommunen – so haben wir es formuliert – hätten ausgereicht, um ein Signal zu setzen und die Wende in der Energie vorwärtzutreiben. Ein Kollege hat einen fantastischen Satz geäußert: Das ist zu wenig, also brauchen wir gar nichts. Das war die Originalaussage zu diesem Thema. Natürlich ist das zu wenig. Das wissen wir auch. Allerdings gibt es noch einen anderen Spruch: Irgendwann muss man anfangen. Wir hätten gerne begonnen, leider konnten wir das nicht. Ich glaube, dass das manchen anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus der Kommission genauso peinlich ist, wie es mich ärgert.

(Beifall bei der SPD)

Mit vielen anderen haben wir für etwas, das wir für richtig gehalten haben, gekämpft. Dann sind aber wir gescheitert. Für manche mag es eine praktische Lehrstunde gewesen sein. Sie haben endlich gewusst, wie man Energie schreibt. Das will ich ja gar nicht bestreiten. Manche können jetzt endlich Kilowatt von Watt und von sonst etwas unterscheiden.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Brutto von Netto!)

Wir sind ein Parlament und nicht unbedingt die Schule der Nation. Von daher bin ich der Meinung, dass Sie damit gescheitert sind. Sie müssen sich den Vorwurf in seiner Gesamtheit gefallen lassen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sagt der stellvertretende Vorsitzende!)

Mit Ihrer Haltung zu diesen vier Anträgen haben Sie bewiesen, dass man Ihnen bei Verhandlungen nicht über den Weg trauen darf.

(Tobias Thalhammer (FDP): Das haben Sie mit Ihren dämlichen Pressekonferenzen bewiesen!)

- Ich habe keine dämliche Pressekonferenz gemacht. Mein lieber Herr Kollege Thalhammer, Sie haben gemerkt, dass ich Sie noch nicht einmal richtig wahrgenommen habe.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen: Wir wollen nicht träumen, sondern realisieren. Wir machen Politik und keine Träume. Deswegen ist es so wichtig, dass die Energiewende vorankommt, allerdings – das sage ich Ihnen auch – unter anderen, optimalen Bedingungen. Lehrstunden gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch Arbeit.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Dr. Fahn schickt Abgeordneten Wörner zurück an das Redepult)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Fahn, an das Redepult können Sie den Herrn Kollegen nicht mehr verweisen. Das steht noch nicht in der Geschäftsordnung. Überlassen Sie es mir, den Kollegen ans Redepult zu bitten. Jetzt dürfen Sie Ihre Zwischenbemerkung vorbringen. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Wörner, ich habe nur eine Frage: Steht die Energiekommission vor dem Aus, ja oder nein?

Ludwig Wörner (SPD): Das kann ich nicht allein entscheiden. Das muss meine Fraktion entscheiden. Das müssen andere, die dabei sind, mitentscheiden. Wir werden uns überlegen müssen, ob wir unter diesen Bedingungen weiterarbeiten können. Das werden wir rechtzeitig kundtun.

(Tobias Thalhammer (FDP): Rechtzeitig vor dem Wahltermin! - Unruhe bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Ist da hinten Alkohol im Spiel?)

- Nicht nur da hinten.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege. Das muss nicht sein.

Ludwig Wörner (SPD): Solange nicht geklärt ist, ob diejenigen, die verhandeln, ein Mandat haben, das tragfähig ist, wird es schwierig sein, etwas zu tun. Das ist sonst Zeitverschwendung. Was wollen Sie mit einem Endbericht, wenn es keine Möglichkeiten zur Umsetzung gibt? Herr Thalhammer, jetzt rede ich Sie wirklich an: Sie haben bewiesen, dass Sie zwar gerne verhandeln und plaudern, jedoch sind Sie, wenn es darauf ankommt, nicht in der Lage, Ihr Plaudern in Geld umzuwandeln.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Tobias Thalhammer (FDP):
Sie sagen bewusst die Unwahrheit!)

- Herr Kollege Thalhammer, soll ich Ihnen die E-Mail vorlesen, die Sie uns geschickt haben?

(Tobias Thalhammer (FDP): Lesen Sie den Brief an Kollegen Rinderspacher vor, der an Sie persönlich gegangen ist!)

Wir haben eine E-Mail von Ihnen bekommen, in der steht, dass Sie zwei Anträgen von uns überhaupt nicht zustimmen können. Im Übrigen sei kein Geld für den Haushalt da. Das ist Punkt eins. Punkt zwei: Wenigstens haben Sie die Größe besessen, als Fraktion zu antworten. Allerdings gibt es Fraktionsvorsitzende, die nicht in der Lage sind, Briefe zu beantworten. Das ist noch viel schräger. Das müssen Sie aber selber wissen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte verbleiben Sie noch am Redepult. Herr Kollege Füracker? Nicht?

(Albert Füracker (CSU): Herr Kollege Wörner wüsste wahrscheinlich keine Antwort. - Harald Güller (SPD): Sie haben wahrscheinlich keine Frage!)

Ludwig Wörner (SPD): Ich glaube, dass wir zwei in der Frage nicht weit auseinander sind.

Präsidentin Barbara Stamm: Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Die Redezeit ist zu Ende. Jetzt beruhigen wir uns wieder. Herr Kollege Dr. Vetter hat das Wort. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir noch einen kurzen Satz bzw. eine kurze Bemerkung zum Brunnenvergifter Erwin Huber. Ich finde es schade – glauben Sie mir, das meine ich ernst –, dass mit solchen Äußerungen eine nicht unbedeutende Karriere kaputt gemacht wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Kolleginnen und Kollegen, seit zwei Tagen sitze ich hier im Plenum. In jeder Rede höre ich von den Leuten der CSU – die FDP macht auch schon mit: Bayern ist spitze. Bayern ist toll. Ministerpräsident Seehofer schießt den Vogel ab. Das macht er in letzter Zeit öfter. Herr Söder kann jetzt auch einen Teil dazu beitragen. Ministerpräsident Seehofer schießt den Vogel ab, indem er zu Beginn seiner Ausführungen sagt, dass laut der neuen Bayern-Studie 98 % der Menschen gerne in Bayern leben. Im Plenum wird suggeriert, dass dies an der CSU und der Staatsregierung liege.

(Unruhe)

Herr Schmid, man müsste sich die Bayern-Studie einmal genauer ansehen. Die Ursachen werden ganz klar benannt: Das ist die schöne Landschaft. Das sind die Traditionen. Das ist die Mentalität.

(Georg Schmid (CSU): Die Politik und die CSU!)

Dieses Totschlagargument für die CSU ist ein bisschen sehr weit hergeholt.

(Georg Schmid (CSU): Die letzten 50 Jahre waren so schlecht nicht!)

- Herr Schmid, ich komme dazu. Dann höre ich immer ein anderes Totschlagargument: die Arbeitslosenquote in Bayern unter 3 %, 2,2 % oder wie auch immer.

(Georg Schmid (CSU): Ist das schlimm?)

- Erkennen Sie es nicht, oder wollen Sie es nicht erkennen? Die Menschen wandern aus großen Teilen Bayerns ab. Wir haben 20 % Bevölkerungsrückgang in Nordbayern, im Landkreis Wunsiedel. Wir haben Landkreise mit minus 10 %, mit minus 7 %,

(Widerspruch bei der CSU)

- Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen sich das jetzt bitte anhören, weil ich mir zwei Tage lang das Gegenteil anhören musste - und das wegen einer verfehlten Strukturpolitik der Bayerischen Staatsregierung. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD - Georg Schmid (CSU): Das wissen Sie genau, dass das nicht stimmt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bertermann?

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Wird das auf meine Redezeit angerechnet?

Präsidentin Barbara Stamm: Ja, natürlich.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Dann bitte hinterher.

Präsidentin Barbara Stamm: Gut. Bitte schön.

Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Sie haben – im Übrigen auch die FDP – keine Konzepte zum Umgang mit der demografischen Entwicklung. Sie haben keine Rezepte, keine Visionen dafür. Deswegen, liebe Freunde, brauchen wir die FREIEN WÄHLER in Bayern dringender denn je.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf von der CSU: Da müssen wir lachen!)

- Das ist so, liebe Kollegen. Wir stehen für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern ein und nicht nur im Großraum München und in Oberbayern.

Jetzt komme ich zum Einzelplan 12.

(Zuruf von der CSU: Endlich!)

Ein wichtiger Aspekt für gleichwertige Lebensbedingungen ist die haus- und fachärztliche Versorgung. Wir haben in den letzten Monaten zum Beispiel einen Antrag zur Einrichtung eines weiteren Lehrstuhls für Allgemeinmedizin gestellt. Er wurde abgelehnt. Wir haben einen Antrag zum Ausbau der Weiterbildungsverbünde gestellt. Er wurde, mir völlig unverständlich, abgelehnt. Das sind die Fakten.

Ein weiteres Thema: Crystal. Wir haben im Grenzgebiet zu Tschechien ein zunehmendes Problem mit Drogen. Zu Crystal bzw. Crystal Speed nenne ich zwei Zahlen: In der Oberpfalz wurden 2010 660 Gramm entdeckt, 2011 2,35 Kilogramm.

(Peter Winter (CSU): Lesen Sie das ab?)

Man spricht in den letzten Wochen davon, dass ein bis zwei Tonnen Crystal bzw. Crystal Speed über Deutschland nach Europa gelangen. Die Dunkelziffer ist wahrscheinlich noch höher. Wir haben Innenminister Herrmann in einem Antrag aufgefordert, das gemeinsam mit Bundesinnenminister Friedrich und der Tschechischen Republik zur Chefsache zu machen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER in dieser Richtung wurde abgelehnt. Die Staatsregierung schaut tatenlos zu, wie sich die Drogen in Bayern ausbreiten.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ein Skandal ist das! - Karl Freller (CSU): So ein Quatsch!)

Die Menschen vor Ort werden aktiv, beispielsweise mit Benefizaktionen; die Rotarier im Landkreis Cham haben 16.000 Euro gesammelt. Sie werden aktiv, was man von der Staatsregierung nicht behaupten kann.

Der nächste Punkt: Suchtverhalten bei Kindern und Jugendlichen. Der exzessive Alkoholkonsum hat stark zugenommen. Wir haben auch einen Antrag auf mehr Prävention

und Unterstützung von "HaLT"-Projekten gestellt. Auch dieser Antrag ist abgelehnt worden. Längerfristige Planungen von Einrichtungen, die sich damit beschäftigen, sind nicht möglich.

Etwas Positives: Den Heilbäder-Antrag finden wir gut. – Prävention ist ein Anliegen der FREIEN WÄHLER. Das haben Sie gut gemacht.

Lassen Sie mich zusammenfassen, Kolleginnen und Kollegen:

(Zuruf von der CSU)

Die Sicherstellung der haus- und fachärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, die soziale Gesundheitsversicherung der FREIEN WÄHLER, freiberuflich tätige Ärzte und Einsatz gegen Drogen, insbesondere Crystal Speed, sind die aktuellen gesundheitspolitischen Anliegen der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mir persönlich ist es immer wieder ein Anliegen – wir werden das im nächsten Jahr vielleicht noch vertiefen können -: Das Gesundheitswesen darf nicht unter dem Primat der Ökonomie verkommen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Fazit: Wir FREIE WÄHLER lehnen den Haushaltsentwurf des Einzelplans 12 der Staatsregierung auch deswegen ab, weil seit vier Jahren keinerlei aktive Gesundheitspolitik in Bayern gemacht wird und Sie unsere wenigen, aber überlegten und durchdachten Anträge abgelehnt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt hat Frau Kollegin Schopper das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Theresa Schopper (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Frage, ob die CSU an allem schuld ist, werden wir heute Abend um 22 Uhr nicht mehr klären können. Das würde sicher zu weit führen.

Ich habe nur noch wenig Redezeit, deshalb sage ich einiges im Schnelldurchlauf. Mein Thema ist auch der demografische Wandel. Es geht um die Frage, inwieweit die neue Bedarfsplanung und das, was uns im Landesgesundheitsrat vorgestellt wurde, sowie die von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen tatsächlich zielführend sind. Ich glaube, dass wir momentan hier noch auf der Insel der Seligen sind. Wir haben noch keinen Ärztemangel. Ich bin mir aber nicht sicher, ob Sie es schaffen, Anreize für Ärztinnen und Ärzte zu setzen, aufs Land zu gehen. Die Ärztinnen und Ärzte wollen nicht mehr als Einzelkämpfer auf dem Land arbeiten, sie wollen geregelte Arbeitszeiten und die Möglichkeit zu Teilzeitarbeit, sie wollen angestellte Ärzte sein, sie wollen nicht an der Notfallversorgung beteiligt sein.

Ihre Antworten darauf, Herr Minister Huber, sind die Niederlassungsprämie und die Stipendien. Ich glaube, dass Geld alleine nicht hilft. Eine Landarztpraxis ist normalerweise eine sehr auskömmliche Sache. Es sind eher die Rahmenbedingungen, die die Ärzte und Ärztinnen davon abhalten, auf dem Land zu praktizieren. Ich will nur ein paar Beispiele nennen: Infrastruktur, fehlende Kinderbetreuung, Schulen, die Weiterbildungsverbünde auf dem Land, die Attraktivität des Allgemeinarztes im Vergleich zu den Fachärzten. Ich meine, dass die Ausbildung in der Allgemeinmedizin gestärkt werden sollte. Das wäre ein Ansatzpunkt.

Ich bitte Sie, sich mehr mit Ihren Kollegen in der Staatsregierung auseinanderzusetzen und der Pflege einen Push zu geben; denn nur wenn wir es schaffen, die Pflege sektorenübergreifend und auf Augenhöhe zu installieren, werden wir diesen Bereich stärken.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich bin froh, dass die Diskussion um die Medizinischen Versorgungszentren momentan etwas abgeflaut ist. Den Kulturkampf hat man zum Beginn der Koalition fast mit Händen greifen können. Bilder wie das, dass Ausweidungsprozesse an Patienten vorgenommen würden, wurden an die Wand gemalt. Das hat sich, Gott sei Dank, ein Stück weit erledigt. Man sieht, dass man sie braucht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Zimmermann (CSU))

- Da gibt es mehrere im Haus. Mir ist es wichtig, dass Sie nicht nur einen Leertitel für die Pflegekammer einführen. Das ist momentan ein Muster ohne Wert. Sie sollten für die Verbesserung der Pflege kämpfen. Ich sage nur: generalistische Ausbildung, das Schulgeld, das Herr Spaenle immer noch erhebt, die Pflege auf Augenhöhe. Laut einer Prognose müsste im Jahr 2030 ein Fünftel der Gesamtbevölkerung in der Pflege beschäftigt sein. Sie wissen selber, dass die benötigten 2,5 Millionen Pflegerinnen und Pfleger nicht vorhanden sein werden, um uns zu pflegen. Wir müssen deshalb auf jeden Fall einen Push in die Richtung geben. Die Pflegekammer allein reicht nicht aus.

Zur Prävention sage ich nur so viel: Sie müssen schauen, dass Sie zielgenau sind. In der Prävention sind wir oft zu sehr mittelschichtorientiert und nicht an denen, die es tatsächlich bräuchten.

Ich bin froh, dass Sie anders sind als Ihr Finanzminister, der immer alles nach Nürnberg heimgetragen hat. Wenn Sie so wären, dann wäre die Lotto-Zentrale jetzt in Ampfing. Ich glaube, es ist gut, dass das nicht so ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Na, na, na!)

Zum Schluss sage ich nur noch ein Wort zu den Herausforderungen, die uns hier ins Haus stehen, weil ich am Ende meiner Redezeit bin: Ich wünsche Ihnen mehr Mut und eine lautere Stimme. Ich weiß, das Gesundheitsressort ist ein Haifischbecken. Sie dürften Ihre Zähne durchaus öfter zeigen. Das ist in dem Bereich wichtig.

Zum Danksagen habe ich jetzt leider keine Redezeit mehr. Ich mache es so: Ich schließe Sie in mein Nachtgebet ein und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Heiterkeit – Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das ist viel wert, Frau Kollegin. – Jetzt darf ich Kollegen Dr. Bertermann das Wort erteilen. Bitte.

(Alexander König (CSU): Otto, jetzt hau' drauf!)

Dr. Otto Bertermann (FDP): - Nein, es ist schon so spät.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich kurz fassen, ich habe nur vier Minuten Redezeit. Ich werde mich mit dem Thema beschäftigen, das ist der Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit. Ich werde jede Belletristik weglassen und mich nur auf die nackten Zahlen beschränken. Ich sage nichts zur Politik oder zur Großwetterlage der FREIEN WÄHLER. Dafür habe ich zu wenig Zeit.

In Bayern wird an der Gesundheit nicht gespart. Es sind keine Kürzungen vorgenommen worden. Die Frage ist: Wo wollen wir investieren? Die Bayerische Staatsregierung hat richtig reagiert. Es wurden zwei Schwerpunkte gesetzt. Der eine sind Sucht- und Drogentherapie sowie die Aidsbekämpfung; dies macht ein Drittel der Kosten aus. Der andere sind stationäre Geriatrie, stationäre Palliativversorgung, die Qualifizierungsmaßnahmen – uns geht es um Qualität – bei der Behandlung geriatrischer Patienten, die Telematikanwendungen sowie der Gesundheitsstandort Bayern. Dies sind unsere zwei Schwerpunkte, für die das Geld zur Verfügung gestellt werden muss.

Lassen Sie mich auch dies erwähnen: Im Vordergrund unserer Bemühungen steht die zielgenaue Prävention. Dafür geben wir 3,3 Millionen Euro aus. Die sollen pro Jahr auch weiterhin ausgegeben werden. Da kürzen wir nicht, da es etwas Sinnvolles ist.

Im Bereich der Justizanstalten haben wir mehr für die Suchtberatung getan. Uns wurde immer der Vorwurf gemacht, wir schlossen die Sträflinge weg und berieten sie nicht. Das ist in Bayern aber nicht so.

Für die Aidsberatungsstellen haben wir pro Jahr 3,5 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Seit 25 Jahren haben wir in Bayern Aidsberatungsstellen. Das ist ein bayerisches Erfolgsmodell. Auch da kann man uns nicht vorwerfen, nicht tätig gewesen zu sein.

Wir haben im Bereich der Hygiene – Stichwort: Hygieneskandal – etwas zu ihrer Verbesserung und für die Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Mit 200.000 Euro verbessern wir die Gesundheitseinrichtungen, damit die hygienischen Verhältnisse besser werden. Das ist ein Stück praktische Medizin.

Bei den Telematikanwendungen haben wir ein Modellvorhaben gestartet. Wir haben kein Luxusprojekt gestartet, sondern wollen damit die intersektoralen Grenzen zwischen ambulant und stationär überwinden und das Land mit der Stadt vernetzen, um gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu haben. Auch das ist ein Erfolg dieser Koalition. Das muss man sachlich, klar und ohne jede politische Polemik sehen.

Wir werden den demografischen Herausforderungen gerecht, indem wir die Geriatrie und die Palliativversorgung weiter ausbauen. Wir haben Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Palliativakademie etabliert. Dafür geben wir sehr viel Geld aus. Sehr viel Geld geben wir auch für die SAPV, die spezialisierte ambulante Palliativversorgung, aus. Wir geben so viel aus, dass dieser Bereich abgedeckt wird.

Bezüglich der individuellen Lebensschicksale zu Hause, wenn es also um Tod, Sterben oder Schmerzen geht, gehen wir den Weg der Palliation. Wir machen nicht das Fass Sterbehilfe auf. Das ist ein anderer, für mich persönlich christlicher Weg.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Für den Gesundheitsstandort Bayern geben wir, und zwar zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung auf dem Lande, insgesamt ca. 12,1 Millionen Euro aus.

Dann geht es um Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für 70 % der Frauen, die ihren Beruf ausüben wollen, müssen wir neue, innovative Modelle finden. Das machen wir. Dafür brauchen wir Geld.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Für uns ist dieser Haushalt unter dem Motto "Gesundheit für alle statt Profitmedizin für wenige" zu sehen. Dafür übernehmen wir als Koalition in Bayern die Verantwortung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Staatsminister Dr. Huber das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Ich weiß, dass ich noch 29 Minuten und 57 Sekunden Redezeit habe. Ich erweise allen, die nach 13 Stunden Debatte immer noch hier sind, meinen Respekt. Ihnen allen herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was Bayern ausmacht, haben wir heute schon ein paarmal gehört. Die Bayern-Studie hat das klargemacht. Wir haben landschaftliche Schönheit, Naturreichtum, aber auch hohe Umweltstandards und eine hochwertige Gesundheitsversorgung. Dies sind wesentliche Gründe für die Tatsache, dass nicht nur die Bayern hier gern leben, sondern auch dafür, dass sich in Deutschland immer wieder Menschen auf den Weg machen, um nach Bayern zu ziehen.

Diese Entwicklungen kommen nicht von selber, sondern die muss man fördern. Man muss dranbleiben und sich um die Dinge kümmern. In Bayern leistet man es sich, dafür in den Doppelhaushalt 1,6 Milliarden Euro einzustellen. Das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe natürlich Verständnis für die Haushaltspolitiker. Die machen immer eine Gratwanderung zwischen zu viel und zu wenig. Ich als Ressortminister hätte das Geld, das durch die heute abgelehnten Anträge hätte bewegt werden können, natürlich gern genommen. Aber man muss alle diese Dinge zum Aufwand und zu den zur Verfügung stehenden Mitteln in Relation setzen. Das große Ziel, einen Haushalt ohne Neuverschuldung und mit Schuldenabbau zu leisten, muss man genauso im Blickfeld haben. Aus diesem Grunde glaube ich, dass wir hier einen Spagat und eine Gratwanderung geschafft haben, die beides ermöglichen.

Die Bewahrung der landschaftlichen Schönheit und des Artenreichtums, Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Energiewende zu schaffen und dabei auch noch auf den demografischen Wandel zu reagieren, hochwertige medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherzustellen, obwohl es die Tendenz, die Sie beschrieben haben, gibt, dass immer weniger junge Leute den Arztberuf in der Ausprägung auf den ländlichen Raum als Hausarzt wählen, - das alles ist eine Herausforderung, der wir uns stellen.

Liebe Theresa, innovative Versorgungssysteme sind ein wesentlicher Teil der Maßnahmen. Sie werden mit 2 Millionen Euro bezuschusst. Die Aufgabe, die du beschrieben hast, haben wir aufgegriffen. Du musst es einmal nachlesen.

Werte Kollegin Sonnenholzner, es stehen 76.000 Euro für Organtransplantationsverarbeitung zur Verfügung. Dieses Geld werden wir einsetzen. Ich glaube, damit kommen wir zurecht.

Die Aidsbekämpfung wird mit 3,5 Millionen Euro unterstützt. Damit nehmen wir hinter Nordrhein-Westfalen den zweiten Platz ein. Als Hintergrundinformation sage ich noch, dass unser grün-rot regiertes Nachbarland dafür nicht einmal eine halbe Million Euro zur Verfügung stellt. Bei uns sind es also 3,5 Millionen Euro.

Crystal Speed ist bei uns ein großes Thema. Wir arbeiten intensiv daran. Wir haben erst vor Kurzem einen Kongress in Bamberg gehabt. Unser Mindzone-Projekt ist direkt auf dieses besondere Thema ausgerichtet. Da sind wir wirklich gut unterwegs.

Die Projektförderung ist ein Mittel, sich vor einem Würgegriff von institutionellen Förderungsanträgen zu schützen. Ich glaube, die Umweltstationen, Herr Dr. Fahn, kommen damit gut zurecht. Wir werden auch zukünftig darauf achten, dass Kontinuität gewahrt wird. Wir werden also nicht hinten herunterfallen.

Kollegen Magerl und Wörner, die Energiewende ist in Bayern gut unterwegs, was den Zubau angeht. Ich gebe zu, dass noch nicht alle Hausaufgaben gemacht sind. Wir müssen uns um Speicher, Leitungen, auch um Reservekraftwerke kümmern. Da ist noch viel zu tun. Ich glaube, unser Ansatz, mit der Energieeinsparung voranzukommen, wird im nächsten Jahr noch um einige Facetten reicher werden. Auf der Grundlage dieses Haushalts werden wir zum Beispiel den Energieatlas weiterbringen und das Dialogpaket "Ökoenergie in Kommunen" und "ökologische Wasserkraft" mit zwei Millionen Euro voranbringen. Ich bin mir ganz sicher: Wir werden die Energiewende gemeinsam schultern.

Dass wir, Kollege Magerl, im Moorbereich zu wenig täten, beantworte ich so: Wir haben in den letzten Jahren zehn Millionen Euro in die Moorrenaturierung gesteckt. Wir wollen nach den ersten 30 Mooren noch 20 weitere renaturieren. Dafür haben wir 2,5 Millionen Euro im Haushalt. Diese Zahl kann sich sehen lassen.

Diese Thematik, die wir in den nächsten zwei Jahren mit 1,6 Milliarden Euro angehen wollen, zeigt, dass wir die Dinge ernst nehmen. An vielen Stellen tun wir Gutes. Wir wissen, dass man immer noch mehr tun könnte.

Ich bedanke mich bei allen, die im Haushalts- und Umweltausschuss dazu beigetragen haben, ein solches Werk zu erstellen, welches die Gratwanderung gut abbildet. Ich bin ganz sicher: Damit wird es Bayern in den nächsten zwei Jahren weiterhin halten. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass die Menschen hier gern leben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön, Herr Staatsminister, dass Sie gleich am Redepult bleiben. Zu einer ersten Zwischenbemerkung hat Herr Kollege Wörner das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Minister, ich möchte eine Frage stellen und eine Bemerkung machen.

Sie haben gehört, dass ich versuche, das Problem der Energie ernsthaft anzugehen. Das tun viele von uns. Stimmen Sie mir zu - -

(Zurufe von der CSU: Nein! – Heiterkeit bei der SPD)

- Sie wissen ja gar nicht, was ich fragen will. Aber es reicht mir zu hören, wie vorurteilsfrei Sie alle sind. – Herr Minister, diese Frage stellt sich doch. Da zerren vier Ministerien mit ihren Eifersüchteleien an einem Projekt. Dann gibt es noch einen Kreiselkompass, der auch mitmacht und von dem man nicht genau weiß, wo er gerade wieder stehen bleibt. Wäre es nicht viel klüger, das Ganze zumindest für die Zeit, in der die Energiewende betrieben werden muss, zusammenzuziehen und unter ein Dach zu geben, um sicherzustellen, dass diese unseligen Debatten und dieses Gezerre ein Ende haben?

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Idee habe ich natürlich auch schon gehabt. Ich muss sagen, das hat schon einen gewissen Charme. Aber ich nenne dir ein Beispiel, Ludwig. Du wirst beim Wasserkraftausbau in einem Energieministerium auch eine Schnittstelle, nämlich mit den Wasserwirtschaftsämtern, haben. Du wirst den Hochwasserbau und anderes nicht ins Energieministerium bringen kön-

nen. Ein Schnittstellenproblem haben wir immer. Ich denke, wenn wir ordentlich zusammenarbeiten, dann bringen es wir es auch so hin.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Minister, sind Sie bei der Wiedervernäsung der Moore auch der Meinung, dass wir die Bevölkerung informieren und mitnehmen sollen und wir sie nicht vor vollendete Tatsachen stellen sollten?

(Georg Schmid (CSU): Ja!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister!

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Antwort lautet: Ja.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Bravo!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zu Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13963 mit 16/13969, 16/13983, 16/13985 mit 16/14005, 16/14102, 16/14103, 16/14849, 16/14850 und 16/15137 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15000 zugrunde.

Vorweg lasse ich, wie schon angekündigt in namentlicher Form über den nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichten Änderungsantrag auf der Drucksache 16/15137 abstimmen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Die Urnen stehen bereit. Fünf Minuten, bitte!

(Unterbrechung von 22.23 bis 22.28 Uhr)

Die Zeit ist abgelaufen, ich schließe den Wahlgang und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich unterbreche die Sitzung kurz, bitte aber für die Schlussabstimmung dazubleiben.

(Unterbrechung von 22.29 bis 22.31 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir zur Schlussabstimmung kommen können.

Ich gebe das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es handelte sich um den Änderungsantrag auf Drucksache 16/15137 betreffend Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischfreundlicherer Kleinwasserkraftanlagen. Mit Ja haben 57 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 81. Dazu gab es eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/15000 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion, FDP-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Fraktion FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 12 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

(Unruhe bei der CSU)

zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium für Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen Drucksache 16/15000 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge, Drucksachen 16/13964, 16/14102 und 16/14103 sowie 16/14849 und 16/14850, ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist abgeschlossen.

(Alexander König (CSU): Gott sei Dank!)

Vielen Dank. Die Sitzung ist geschlossen. Vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall)

Morgen früh um 9.00 Uhr geht es weiter, bitte pünktlich. Einen schönen Abend allen.

(Schluss: 22.35 Uhr)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Hans Herold

Abg. Reinhold Strobl

Abg. Markus Reichhart

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Thomas Gehring

Abg. Renate Will

Abg. Georg Eisenreich

Abg. Adi Sprinkart

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

**Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Unterricht und Kultus**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14496 mit 16/14500, 16/14825, 16/14846 mit 16/14848, 16/14896 und 16/14897),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14395 mit 16/14413),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14371 mit 16/14394)
sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14414 mit 16/14432)

Für diesen Tagesordnungspunkt wurde im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14387, 14397, 14400, 14402 und 14403 einzeln und in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat sich Herr Herold für die CSU zu Wort gemeldet.

Hans Herold (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt gemeinsam über den

größten Einzelplan des bayerischen Staatshaushalts, nämlich den Einzelplan 05, Unterricht und Kultus. Ich meine, dass gerade dieser Doppelhaushalt 2013/2014 eindeutig eine klare Prioritätensetzung der Regierungsfractionen von CSU und FDP und der Bayerischen Staatsregierung zeigt, nämlich insbesondere in Bezug auf Bildung und Innovationen.

98 % unser Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in ihrer Heimat im Freistaat Bayern sehr wohl. Das gilt insbesondere auch für junge Menschen. Das hat natürlich besondere Gründe und ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass wir in Bayern eine sehr gute Infrastruktur vorhalten und insbesondere bei Bildung und dabei mit guten Schulen beste Rahmenbedingungen bieten.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich ein paar Aussagen zum Gesamtvolumen machen: Das Gesamtvolumen des Einzelplans 2013/2014 erhöht sich im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 um immerhin 613 Millionen Euro auf 10,565 Milliarden Euro. Das ist gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung um 6,2 %. Das Ausgabevolumen steigt im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 um weitere 274 Millionen Euro auf 10,839 Milliarden Euro. Das bedeutet eine weitere Steigerung gegenüber dem Jahr 2013 um 2,6 %. Ein Drittel des Gesamtetats – das zeigt die Schwerpunktbildung des Haushalts – betrifft die Bildung. Das ist ein ganz wichtiger Hinweis in Bezug auf das Bildungsland Nummer 1 in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte deutlich hervorheben, dass von der demografischen Rendite aus dem Schülerrückgang immerhin 2.391 Lehrerstellen im System bleiben und weitere 205 zusätzliche Lehrerstellen für unsere Gymnasien bereitgestellt werden. Das ist eine gute Botschaft für unsere Schulen im Freistaat Bayern. Deutlich hervorheben sollte man: Im Gegensatz zu unserem Nachbarland Baden-Württemberg unter einer grün-roten Landesregierung setzen wir diese Rendite für eine zusätzliche Verbesserung bei der Bil-

derung ein. Baden-Württemberg – bitte aufpassen – streicht aktuell 2.800 Lehrerstellen und mittel- und langfristig 11.600 Lehrerstellen. Dies geschieht unter einem grünen Ministerpräsidenten, Winfried Kretschmann, und einer Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, Frau Gabriele Warminski-Leitheußer, immerhin SPD-Mitglied. Das ist grün-rote Bildungspolitik in Baden-Württemberg.

Zum Sachhaushalt ein paar Informationen, insbesondere in Bezug auf den wichtigen Schulgeldersatz: Wir werden eine Erhöhung in zwei Schritten vornehmen, und zwar von 87,50 Euro auf 95 Euro zum 01.08.2013 und auf 100 Euro zum 01.09.2014. Das heißt konkret: Wir haben Wort gehalten, und das ist eine wichtige Botschaft gerade an unsere Privatschulen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden auch weiterhin die verbandliche Jugendarbeit und den Breitensport stärken. Dies zeigen eine deutliche Erhöhung bei der verbandlichen Jugendarbeit um eine Million Euro und auch eine deutliche Verbesserung bei der Vereinspauschale um weitere 750.000 Euro. Auch für den Erhalt kirchlicher Gebäude setzen wir zusätzliche 2 Millionen Euro ein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Punkt, der mir persönlich, aber auch den meisten Kollegen sehr wichtig ist, ist der Bereich Verwaltungsangestellte. Sie wissen alle – da sind wir uns, glaube ich, einig –, dass hier weitere Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Deswegen haben wir beschlossen, dass 150 zusätzliche Verwaltungsangestellte an Schulen eingestellt werden. Das ist eine ganz wichtige Botschaft an unsere Schulen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hebe deutlich hervor: Die bayerischen Schülerinnen und Schüler erreichen seit Jahren – ich betone: seit Jahren – in allen nationalen und internationalen Leistungsstudien Spitzenplätze und Spitzenergebnisse: Platz 1 im Bildungsmonitor 2012 bei

Schulqualität, Inputeffizienz und beruflicher Bildung; Platz 1 im deutschen Lernatlas der Bertelsmann-Stiftung 2011; Platz 1 bei der Schulqualität im Bildungsmonitor 2011; Platz 1 bei den sprachlichen Kompetenzen in Deutsch und Englisch mit einem Lernvergleich 2009. Ganz aktuell ist dies: Eine erst vor Kurzem veröffentlichte Topplatzierung hat hervorgebracht, dass Bayerns Grundschüler der vierten Jahrgangsstufe in den Fächern Deutsch – hier speziell bezüglich Lesen und Zuhören – und Mathematik jeweils den 1. Platz einnahmen. Ich war sehr erstaunt über eine Aussage der "Süddeutschen Zeitung" vom 6. Oktober 2012, wo zu diesem Punkt Stellung bezogen wurde. Da wurde Folgendes beschrieben – ich darf zitieren:

Es gibt jetzt keine Ausreden mehr für andere Bundesländer außerhalb von Bayern.

Das ist das wertvollste Ergebnis der Grundschulstudie.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich darf noch eine weitere Aussage draufsetzen. Der Hamburger Bildungssenator Ties Rabe von der SPD hat in der "Süddeutschen Zeitung" vom 9. Oktober 2012 gesagt – ich darf zitieren -:

Gerade bei Kindern mit Zuwanderungshintergrund müssen wir besser werden. Dass das geht, zeigt Bayerns Bilanz. Bayern liegt nämlich nicht nur ungewöhnlich weit vorn bei Schülern ohne Zuwanderungshintergrund, sondern auch bei denen aus Zuwandererfamilien. Das muss man anerkennen und auch nach den Ursachen des Erfolgs forschen.

Das ist eine Aussage eines SPD-Bildungssenators aus Hamburg!

Wir haben auch derzeit beste Noten für Bayerns Schüler bekommen. Ich stütze mich dabei insbesondere auf den Bildungsbericht 2012. Ich sage für meine Fraktion der CSU ganz deutlich: Wir müssen und werden weiterhin unser erfolgreiches Bildungswesen in Bayern beibehalten. Wir werden dieses Bildungssystem nie aufgeben. Wir

wollen keine Verhältnisse, wie sie im Land Berlin herrschen, wo der Zugang zum Gymnasium per Los entschieden wird. Das darf und wird es in Bayern nie geben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diese Bildungserfolge kommen nicht von ungefähr. Wir haben derzeit so viele Lehrkräfte an unseren Schulen wie noch nie. Deswegen sage ich heute auch von meiner Seite ein ganz besonderes Dankeschön an unsere Lehrerinnen und Lehrer, die sich sehr viel Mühe geben und unsere Kinder und Jugendlichen mit großem Erfolg unterrichten. Auch hierfür ein ganz besonderes Dankeschön!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir mit der Durchführung und Einführung unserer Dienstrechtsreform und auch durch den Doppelhaushalt 2013/14 die Möglichkeiten haben, weitere Stellenhebungen vorzunehmen. Das ist eine ganz wichtige Botschaft an unsere tüchtigen Lehrkräfte an den bayerischen Schulen.

Wir sollten uns alle über die großartigen Leistungen unserer bayerischen Schülerinnen und Schüler freuen. Für diese Leistungen, die an unseren Schulen immer wieder erbracht werden, sage ich eine ganz besondere Anerkennung. Abschließend bedanke ich mich ganz herzlich bei unserem bayerischen Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle. Lieber Herr Minister, herzlichen Dank für die großartige Arbeit, die hier geleistet wird! Den Wert dieser Arbeit erkennt man sehr deutlich an den Bildungsergebnissen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich auch bei unserem Staatssekretär Bernd Sibler, der immer wieder draußen vor Ort ist und uns entsprechend unterstützt. Ein ganz besonderes Dankeschön sage ich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kultusministeriums für die großartige Arbeit.

Ich darf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitten, diesem, wie ich meine, wunderbaren Einzelplan 05 – Unterricht und Kultus – zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die SPD bitte ich Herrn Strobl ans Mikrofon.

Reinhold Strobl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem stimme ich mit meinem Vorredner überein, nämlich den Lehrerinnen und Lehrern ein herzliches Dankeschön für die Arbeit zu sagen, die sie leisten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wichtig, dies seitens der Politik immer wieder zu betonen.

In seiner gestrigen Rede hat uns Ministerpräsident Seehofer in der Meinung bestätigt, dass die Grundlage für Arbeit, Wohlstand und Teilhabe Bildung und Wettbewerbsfähigkeit sind. Genau deshalb wollen wir, dass mehr Kinder unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Geschlecht an der Bildung teilhaben können.

In den letzten Wochen haben wir im Haushaltsausschuss die verschiedenen Einzelpläne beraten. Dazu haben wir unsere Anträge eingereicht. Viele wurden, wie es üblich ist, abgelehnt. An anderen Stellen hat sich die CSU bewegt. Immerhin! Obwohl wir jedoch einen Doppelhaushalt beraten haben, haben Sie von der CSU eigene Anträge nur für das Jahr 2013 vorgelegt. Ich frage mich, was mit dem Jahr 2014 ist.

Vor Kurzem wurde der Bildungsbericht 2012 vorgestellt. Da heißt es: Bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und gleicher Lesekompetenz ist die Chance, dass Lehrkräfte eine Gymnasialpräferenz aussprechen, für ein Kind aus einer bildungsnahen Familie in Bayern dreimal so hoch wie für ein Kind aus einer bildungsfernen Familie. Im Vergleich zu ihren Mitschülern aus einheimischen Familien erzielten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund oft schlechtere Leistungen und niedrigere Bildungs-

abschlüsse. Damit kann ich mich einfach nicht abfinden. Es gibt also junge Menschen, die in der Lage wären, gute Leistungen zu vollbringen. Das muss man doch fördern. Dafür müssen aber die Voraussetzungen geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern bestehen nach wie vor regionale Unterschiede hinsichtlich Schülerleistungen und Bildungsbeteiligung. Solange das so ist, haben wir im Landtag unsere und haben Sie, Herr Kultusminister, noch Ihre Hausaufgaben zu machen. Solange das so ist, können und dürfen wir mit der Bildungspolitik nicht zufrieden sein. Sie müssen aufhören, alles schönzureden. Solches hören wir ja in jeder Sitzung. Es ist natürlich nicht alles schlecht, und ich bin nicht der Mensch, der so etwas sagt. Aber vieles ist verbesserungswürdig. Dies muss man erkennen, und dafür muss man etwas tun. Es darf die Frage erlaubt sein, ob das Kultusministerium mit einer mangelhaften Infrastrukturplanung dazu beiträgt, dass ganze Regionen in Bayern abgehängt werden.

Ministerpräsident Seehofer hat gestern gesagt: Allein in dieser Legislaturperiode haben wir 10 neue Gymnasien und 15 neue Realschulen möglich gemacht. Ja, wo sind die denn? Wenn man im Bildungsbericht auf die Landkarte schaut, stellt man fest, dass ein Ausbau des Standortnetzes schwerpunktmäßig in den Verdichtungsräumen stattgefunden hat. Nur dort findet man Standorte von Gymnasien, Realschulen und Wirtschaftsschulen, die zwischen 2000 und 2010 neu eröffnet wurden. Es gibt doch auch andere Regionen, wo es notwendig wäre, etwas zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Im bayerischen Bildungsbericht 2012 kommen auch andere Schwachstellen zum Vorschein. Viele Eltern schicken ihre Kinder nicht auf das Gymnasium, obwohl diese eine Gymnasialempfehlung haben. Ich darf hier unseren bildungspolitischen Sprecher Martin Güll zitieren, der gesagt hat: Das Gymnasium muss so gut aufgestellt sein, dass es für alle Schülerinnen und Schüler mit einer Gymnasialempfehlung die erste Wahl ist; sonst verliert Bayern zu viele Talente. Vor allem muss auch der Druck aus den Gym-

nasien genommen werden, unter anderem durch eine Wahlmöglichkeit zwischen G 8 und G 9.

Die jetzt vorgelegten Grundschulstudien TIMSS und IGLU machen deutlich, dass der soziale Aufstieg bereits in der Grundschule beginnt und in viel zu vielen Fällen dort auch endet. Wenn es stimmt, dass sich manche Pädagogen in ihren Empfehlungen zu sehr von der sozialen Herkunft der Kinder leiten lassen, dann ergibt sich auch hier Handlungsbedarf. Allerdings darf man nicht übersehen, dass viele Lehrkräfte täglich an ihre persönliche Belastungsgrenze gehen und wenig Unterstützung erfahren. Leider, so der BLLV, gebe es auch an den Grundschulen ausgebrannte und erschöpfte Pädagogen.

Vor Kurzem wurde die Bertelsmann-Bildungsstudie vorgelegt. Darin hieß es, dass es in Bayern als einzigem Bundesland mehr Auf- als Absteiger gebe. Das ist dann durch die Medien gegangen. Aber was stellt man fest, wenn man genau hinschaut? Dabei stellt sich heraus, dass bei den Schulwechslern der sechsten bis zehnten Klasse in Bayern auf einen Aufsteiger neun Absteiger kommen. Das sind Schüler, die eine höhere Schulform, also das Gymnasium oder die Realschule, verlassen müssen. Wenn man genau hinschaut, stellt sich heraus, dass der Aufstieg nach der fünften Klasse Mittelschule in eine höhere Schulform mit einer Klassenwiederholung erkauft werden muss, was in Deutschland einmalig ist.

1.129 Schulkinder schafften im Schuljahr 2010/2011 den Aufstieg aus der Mittelschule in die Realschule oder das Gymnasium. Mehr als zehnmal so viele, 11.471 Kinder, wurden von oben nach unten durchgereicht. Mittelschülern gelingt es praktisch überhaupt nicht, auf ein Gymnasium zu kommen. Die Bertelsmann-Studie spricht hier von einer bayerischen Besonderheit. 8.116 Kinder sind vom Gymnasium in die Realschule "gegangen worden". 4.124 Schüler sind von der Real- auf die Haupt- beziehungsweise Mittelschule gekommen und 845 Kinder vom Gymnasium auf die Hauptschule. Das sind insgesamt über 13.000 Kinder, denen man mit einer besseren individuellen För-

derung hätte helfen können. 13.085 Kinder müssen das Gefühl bekommen, versagt zu haben.

Ist also das bayerische Schulsystem vielleicht doch hoch selektiv? Sollte man nicht trotzdem neben den traditionellen Schulformen mit der Gemeinschaftsschule als Schule des längeren gemeinsamen Lernens einen Schultyp etablieren, der stark auf individualisierte Förderung setzt und das Sitzenbleiben überflüssig macht?

(Beifall bei der SPD)

Schulformen – das wissen wir auch – sind kein Selbstzweck. Es darf aber die Frage erlaubt sein, warum Gemeinschaftsschulen, die alle Abschlüsse anbieten könnten, aus ideologischen Gründen nicht zugelassen werden. Warum lehnen Sie es ab, für jeden Regierungsbezirk, so wie wir es beantragt haben, zumindest eine Gemeinschaftsschule zu akzeptieren? Warum haben Sie Angst davor?

An dieser Stelle höre ich immer wieder, in den Schulen müsse Ruhe einkehren. Vielleicht darf ich Sie einmal darauf aufmerksam machen, dass jede Unruhe von Ihnen und vom Kultusministerium in die Schulen gebracht worden ist und, so vermute ich, weiter hineingebracht werden wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich stelle fest: Jedes Jahr eine neue Reform, R 6, G 8 und so weiter, oder auch ein Schulversuch, Monat für Monat die Bekanntgabe angeblich neuer Erfolgsmeldungen. Derzeit wiederholt sich das ständig: jede Woche ein neues Rundschreiben aus dem Kultusministerium, kein Tag ohne eine Pressemitteilung mit pädagogisch dummen Vergleichen wie zum Beispiel zur Gemeinschaftsschule. Das Kultusministerium spricht von der Gemeinschaftsschule als einer "Waschmaschine mit extrem hoher Schleuderrate". Als ich das gelesen habe, habe ich wirklich gemeint, ich lese nicht richtig. Vom Ministerium hätte ich nicht erwartet, dass es derart unter der Gürtellinie argumentiert.

(Beifall bei der SPD)

So wie Sie eine Kehrtwende bei der Atomenergie, beim Büchergeld, bei den Studiengebühren und bei anderen Themen gemacht haben, so werden Sie auch noch eine Kehrtwende bei der Gemeinschaftsschule machen, weil es dazu auf Dauer gar keine Alternative gibt.

Wir beraten ja einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Verfassung. Die Verfassung wird durch Regelungen zur Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern ergänzt. Das wird als Staatsziel in der Verfassung unseres Freistaats verankert. Gleichwertige Lebensverhältnisse werden Sie jedoch nicht schaffen können, wenn es keine wohnortnahe Schule mehr gibt, an der die verschiedenen Schulabschlüsse mit hohem Niveau gemacht werden können.

So wie sich der griechische Ministerpräsident Samaras bei uns informiert, sollten Sie, Herr Minister, sich öfter in den Nachbarländern umschauen. Reisen bildet bekanntermaßen. Es ist immer gut, wenn man einmal woanders hinfährt, sich Anregungen holt und schaut, was man besser machen könnte. Wie heißt es doch so schön? Das Bessere ist der Feind des Guten.

Ich frage mich immer wieder: Warum muss man in Bayern immer alles beschönigen, und warum ist man nicht bereit, einmal zu sagen: Hier gibt es Mängel; hier müssen wir etwas verbessern?

(Zuruf des Abgeordneten Eduard Nöth (CSU))

- Herr Kollege Nöth, hier geht es schließlich um unsere Kinder.

Die "Frankenpost" hat vor ein paar Tagen über den Bildungsbericht geschrieben, aus dem hervorgeht, dass die Zahl der privaten Schulen in Bayern seit 2002 um 95 auf 585 und deren Zahl der Schülerinnen und Schüler von 134.000 auf 153.000 gestiegen ist. Und Sie, Herr Minister Spaenle, haben von einer wichtigen Ergänzung des qualitätsvollen staatlichen Schulwesens gesprochen und sich darüber gefreut, dass viele

Elemente reformpädagogisch beeinflusster Schulen ihren Weg in die staatlichen Schulen gefunden haben. Ich erlaube mir schon zu fragen, warum immer mehr Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken. Warum ist es nicht umgekehrt?

Der Ausbau von Schulsozialarbeit in staatlicher Verantwortung, den wir schon immer fordern, stagniert auf einem viel zu niedrigen Niveau. Es werden Schulpsychologen gebraucht. Das ist erst jetzt wieder durch ein Vorkommnis bei mir zu Hause deutlich geworden, als zwei Mädchen wegen Mobblings in einer Turnhalle von der Brüstung gesprungen sind. Wenn sich der Philologenverband mehr Zeit für wertorientierte Persönlichkeitserziehung wünscht, dann muss man sich auch darüber unterhalten, dass wir Personal brauchen, das den Kindern hilft.

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist Aufgabe aller Schulen. Hier ist ein Sonderinvestitionsprogramm nötig, um die Kommunen zu unterstützen, damit die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf überhaupt an Regelschulen unterrichtet werden können.

Zum Thema Nachhilfe nur ein paar Sätze. Für Nachhilfe geben die Eltern in Bayern rund 155 Millionen Euro aus. 6,6 % aller Primärschüler und 15,9 % aller Schüler der Sekundarstufen I und II erhalten in Bayern Nachhilfe.

Gestern wurde auch die Behauptung aufgestellt, dass es weniger Unterrichtsausfall gebe. Wie schaut nun die Realität aus? Gibt es keinen Unterrichtsausfall? Dazu möchte ich Ihnen etwas vorlesen, was ich letztens gefunden habe. Darin steht, wie das in einer Schule geregelt wird.

Mir ist ein Stundenplan zu Gesicht gekommen, in dem es heißt: Frau XY mit 25 Wochenstunden sei bis zum Soundsovielten erkrankt. Sie werde durch YX mit soundso viel Wochenstunden ersetzt. Das Schulamt könne das Stundendefizit nicht durch eine weitere mobile Reserve abdecken. Daher müssten einige Stunden ausfallen. – Die einen können die Schule verlassen, und alle anderen gehen in die Wartestunde. Das

ist die Realität draußen an den Schulen. Die Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern reicht an vielen Schulen nicht einmal für den Pflichtunterricht aus.

Wir als SPD wollten die demografische Rendite komplett in den Schulen belassen. Wir wollten die 1.082 kw-Vermerke streichen. Das, was jetzt von der Erhöhung der Lehrerschaft übrig geblieben ist, sind gerade einmal 992 echte zusätzliche Stellen, und das bei 5.000 Schulen. Da kommt in den Klassenzimmern wirklich nicht viel an.

Ich kann den Vorsitzenden des BLLV, Herrn Klaus Wenzel, durchaus verstehen, wenn er schreibt, die Unterrichtssituation sei in Teilen Bayerns am Zusammenbrechen; die Situation drohe vielerorts zu eskalieren. Hierzu nennt der BLLV auch viele Beispiele aus Niederbayern, aus Oberbayern, aus der Oberpfalz, aus Nürnberg und so weiter. Die sogenannten mobilen Reserven bzw. integrierten Lehrerreserven sind zu einem erheblichen Teil bereits zu Schuljahresbeginn fest verplant und stehen für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr zur Verfügung. Ein Großteil der vorhandenen Stellen wird wegen befristeter Mittel jährlich neu besetzt, und das auch nur für 10,5 Monate. Die Ferien werden nicht bezahlt.

Vorhin wurden bereits die Verwaltungsangestellten angesprochen. Ich war erstaunt über das, was die CSU in ihrem Antrag formuliert hat. Wir fordern seit Jahren, dass etwas für die Verwaltungsangestellten getan wird. Das wurde immer wieder abgelehnt. Jetzt haben Sie anscheinend selber erkannt, dass etwas getan werden muss. Die Formulierung in Ihrem Antrag erinnert mich sehr an Formulierungen aus unseren Anträgen.

Ich möchte aber noch an etwas anderes erinnern. Mir geht es auch um die Bezahlung dieser Verwaltungsangestellten. Da bewegen sich manche hart an der Hartz-IV-Grenze. Leben können sie oft nicht davon, manche sind auf Zuverdienst angewiesen. Ich frage mich auch – es wäre interessant, das einmal zu erforschen –, welche Renten diese Frauen – in der Regel sind es Frauen – später einmal bekommen.

Aber Bildung findet nicht nur in den Schulen statt. Auch Jugendeinrichtungen, Verbände, Vereine usw. sind Bildungsorte. Deswegen steht der Landtag bei den jungen Menschen in Bayern und bei den Jugendorganisationen im Wort. Das muss sich in einer besseren Ausstattung der Jugendarbeit niederschlagen. Eine Erhöhung war notwendig, um die Kürzungen schrittweise rückgängig zu machen.

Wir haben auch viele Anträge zur Jugendarbeit eingereicht. Ich freue mich, dass in verschiedenen Bereichen zumindest ein bisschen reagiert wurde. Bildung, meine Damen und Herren, findet in allen Lebensphasen statt, auch während des Berufslebens und im Alter. Ich frage mich manchmal: Was ist eigentlich in Bayern mit einem Bildungsurlaub?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dass die Menschen auch während ihres Berufslebens an Lehrgängen teilnehmen können, ist ein Thema, mit dem wir uns einmal befassen sollten.

(Ingrid Heckner (CSU): Haben wir doch!)

Im Sportbereich haben wir uns für eine zusätzliche Mittel für das Programm "Zusammenarbeit von Schule und Sportverein" eingesetzt. Wir haben Anträge gestellt auf Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände, für die Vereinspauschale, für den Bau und für die Sanierung vereinseigener Sportstätten.

Zum Schluss: Der Bereich Bildung und Jugend eignet sich nicht zum "Sparen". Das setze ich immer in Anführungszeichen, denn das, was da manchmal gemacht wurde, war ein Kaputtsparen. Hier müssen wir Geld in die Hand nehmen. Wir haben unsere Vorschläge eingereicht, wie man das auch alles finanzieren kann.

Wir werden auf jeden Fall den Haushalt nicht mittragen, nicht, weil wir sagen: Es ist alles schlecht. Aber Sie haben unsere guten Anträge abgelehnt, und wir finden uns in diesem Haushalt nicht wieder.

Zum Schluss richte ich noch einmal die Bitte an Sie: Nehmen Sie das, was hier immer wieder an Kritik vorgetragen wird, ernst. Die Kinder würden es ihnen danken.

(Beifall bei der SPD und der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat sich Herr Kollege Reichhart zu Wort gemeldet.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man den Wortmeldungen des Kultusministers aus den letzten Wochen und Monaten glauben darf, unternimmt der Freistaat im kommenden Doppelhaushalt Anstrengungen wie noch nie, um Bayern zum Bildungsland Nummer 1 zu machen.

(Zuruf von der CSU: Ist es doch schon!)

Dass Handlungsbedarf besteht, belege ich gleich mit zwei Zitaten. In einer Meldung im "Nordbayerischen Kurier" vom 8. Dezember steht unter der Überschrift "Auf Kosten der Kinder":

Die Klasse 3 a der Grundschule Wintersdorf ist von einer ausreichenden Unterrichtsversorgung weit entfernt. Seit Schuljahresbeginn unterrichtet mittlerweile die dritte Springerin die Klasse. Die Lehrerin, die die Wintersdorfer Klasse 3 a eigentlich unterrichten sollte, ist seit Pfingsten krank. Obwohl nach Meinung der Eltern absehbar war, dass sich ihre Erkrankung hinziehen würde, erhielt die Grundschule im neuen Schuljahr keine Stamml Lehrkraft, sondern lediglich eine mobile Reserve – und auch die ist seit Anfang November in Krankenstand. Dann erkrankte auch die Vertretung der Vertretung. Mangels personeller Kapazitäten bei den mobilen Reserven für den Landkreis musste das hiesige Schulamt die aktuell in der 3 a eingesetzte Lehrerin vom Nürnberger Reservepool ausleihen.

Noch eine Kostprobe, und zwar vom "Münchner Merkur" vom 21. November. Die Überschrift dort lautete: "Massiver Unterrichtsausfall an den Schulen".

Die Lage an den Grund- und Mittelschulen im Landkreis ist dramatisch. Lehrer fehlen an allen Ecken und Enden. Teils müssen sich die Schüler still beschäftigen.

Wenn man solche Meldungen liest, trübt sich die Vorweihnachtsfreude doch erheblich ein. Erklärbar sind diese Meldungen dennoch. Als Haushälter stelle ich fest: Nach Abzug von Inflation und Pensionslasten bleiben pro Schüler tatsächlich gerade einmal 6,33 Euro pro Monat Steigerung in dieser Legislaturperiode übrig. Damit mussten die verschiedenen Reformen und Entwicklungen im Bildungsbereich in Bayern finanziert werden. Als größte Posten seien die Einführung der Mittelschule, das G 8 und der Ganztagsausbau erwähnt. Auslaufend war auch noch das R 6 beteiligt – mit deutlicher Mehrarbeit für die Schulverwaltungen und durchaus auch für das Ministerium. Damit relativiert sich der von Ihnen so hoch gelobte Bildungsetat aller Zeiten doch sehr, sehr stark.

Betrachtet man die Bildungsausgaben im Ländervergleich, stellt man fest, dass Bayern im Ranking der Bundesländer mit 3,37 % am Bruttoinlandsprodukt gerade einmal Platz 12 unter den 16 Bundesländern einnimmt. Aus der Sicht von uns FREIEN WÄHLERN unterscheiden sich auch hier Anspruch und Wirklichkeit sehr deutlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Das zeigt ganz aktuell der Bildungsfinanzbericht 2012, der gerade heute erschienen ist. Daraus geht eindeutig hervor: Vorbilder in der Bildungspolitik bei der Bildungsfinanzierung sind die Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Diese Länder – ich wiederhole: Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt – spielen bei den Bildungsausgaben und bei der Schüler-Lehrer-Relation in der Champions League. Bayern ist in dieser Aufstellung nur im Mittelfeld.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, ich fürchte, Sie haben die großen Herausforderungen im Bildungsbereich nicht im Griff.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Ich werde Ihnen stichwortartig sagen, wo wir FREIE WÄHLER dringenden Handlungsbedarf sehen, etwa bei Schulschließungen in ländlichen Gebieten. Nach den Mittelschulen werden nun auch die kleinen Grundschulstandorte sterben, wenn Sie nicht genügend Lehrerstellen bereitstellen. Dabei wissen Sie so gut wie ich, dass der Erhalt kleiner Grundschulstandorte eine wichtige und auch notwendige Infrastrukturmaßnahme darstellt. Trotzdem lehnen Sie unseren Antrag auf mehr Lehrerstellen ab. Sie nehmen damit in Kauf, dass die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien weiter abnimmt und dass damit kleine Kinder zunehmend lange Schulwege auf sich nehmen müssen.

Ein weiteres Stichwort sind die Ganztagschulen. Sie rühmten sich noch diesen Montag in einer Pressemitteilung, wie gut in Bayern der Ganztagsausbau vorankomme. Aber mit Ihren Zahlen können Sie nicht blenden. Nach wie vor besucht nur ein Bruchteil der Schülerinnen und Schüler, exakt 14,3 %, überhaupt ein Ganztagsangebot, von der qualitativen Ausgestaltung ganz zu schweigen. Auch hier lehnen Sie unseren Antrag auf Mittelerhöhung für die Ganztagschulen zur qualitativen Verbesserung ab.

Weiteres Stichwort: Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit ist eben kein überflüssiger Luxus, sondern mittlerweile eine Notwendigkeit im Schulalltag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Was Sie hierfür an Mitteln zur Verfügung stellen, ist allenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein, mehr nicht. Wieder einmal laden Sie die Verantwortung bei den Kommunen ab nach dem Motto: Wenn ihr eine vernünftige Ausstattung für eure Schulen wollt, dann zahlt selbst dafür. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Bildungsvoraussetzungen und damit Bildungsgerechtigkeit dürfen in Bayern nicht von der Finanzkraft der einzelnen Kommune abhängen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Martin Güll (SPD))

Ich sage ganz deutlich: Schulsozialarbeit ist heutzutage eine grundlegende Bildungsaufgabe und damit Aufgabe des Freistaats Bayern.

Weiteres Stichwort: Inklusion. Die Fraktionen haben sich diesbezüglich gemeinsam auf den Weg gemacht, und es wurde bereits einiges erreicht. Aber, meine Damen und Herren von der Staatsregierung, auch hierfür sind deutlich mehr Mittel erforderlich, wenn die Umsetzung der Inklusion tatsächlich gelingen soll.

Uns FREIEN WÄHLERN liegt dabei besonders die Beratung am Herzen. Wir wollen an den neun staatlichen Schulberatungsstellen in Bayern je eine Expertenstelle zur Beratung zum Thema Inklusion schaffen. Wir haben dafür die entsprechenden Mittel gefordert, leider vergebens. Dabei wäre gerade in diesem Bereich mit verhältnismäßig geringem Aufwand ein überaus positiver Effekt zu erreichen. Aufklärung und Beratung sind Voraussetzung für das Gelingen von Inklusion.

Ein weiteres Stichwort sind die beruflichen Schulen. In unserem Haushaltsplan sind gerade einmal 318.000 Euro für fachliche Fortbildungsmaßnahmen an beruflichen Schulen vorgesehen. Dabei verkennen Sie offensichtlich, dass gerade berufliche Schulen angesichts des rapiden technischen Wandels einen erhöhten Bedarf an Fortbildungen haben. Wir sind zu Recht stolz auf unser duales Ausbildungssystem – dann müssen wir es aber auch entsprechend fördern. Insbesondere in hoch spezialisierten Berufen in Industrie und Handwerk, etwa in den Bereichen Umwelttechnologie, Kfz oder Elektro und Metall, gibt es laufend neue Entwicklungen, in denen auch die Lehrkräfte fortgebildet werden müssen. Nur so kann garantiert werden, dass die Lehrkräfte ihre Auszubildenden tatsächlich immer auf dem neuesten Stand der technischen Entwicklung unterrichten können.

Ich habe schon im Ausschuss gesagt: Wir haben gerade einmal 50 Euro pro Lehrer pro Jahr für die fachliche Weiterbildung zur Verfügung. Wenn ich das mit der akademischen Bildung vergleiche, muss ich sagen: Es ist oft ein Lippenbekenntnis, wenn von

dem hoch gelobten dualen Ausbildungssystem gesprochen wird. Wir müssen es angemessen fördern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Schulgeld für Altenpflegeschulen. Sie sprechen, ich möchte sagen, in Sonntagsreden stets von Wertschätzung und Anerkennung gegenüber den Altenpflegeschülerinnen und -schülern. Die Realität sieht anders aus, und das wissen Sie. Ich möchte gar nicht vertieft darauf eingehen. Mein Kollege Professor Bauer hat dazu schon ausführlich im Rahmen des Einzelplans 10 Stellung genommen.

Letztes wichtiges Stichwort: Schulverwaltungen. Die Schulverwaltungen an Grund- und Mittelschulen sind längst am Limit angekommen. Unsere Schulen wurden in den letzten Jahren zunehmend und immer mehr mit zusätzlichen bürokratischen Aufgaben belastet. Hier seien exemplarisch nur vier Aufgaben genannt: Ganztagsbeschulung, Inklusion, Teilhabe und Bildungspaket. Ich kann aus der verzweifelten E-Mail einer Schulleiterin zitieren, die ein behindertes Kind aufnehmen musste – damit könnte man Bildung, Inklusion und Verwaltung verbinden. Hier müssen Aufgaben übernommen werden, die vorher nicht vorhanden waren. Die Unterstützung ist, um es vorsichtig zu sagen, sehr mäßig wie mir berichtet wurde. Wir FREIEN WÄHLER haben hier 300 zusätzliche Stellen gefordert.

In den Haushaltsberatungen sieht man, wie sich etwas entwickelt. Mit dem ersten Antrag wurden nämlich nur 150 Stellen geschaffen, allerdings nur für ein Jahr. Erst auf weiteren Druck, vielleicht auch aufgrund unserer Anträge, der Anträge der Opposition, wurden noch einmal 150 Stellen, allerdings ebenfalls nur für das Jahr 2014 eingestellt. Das bedeutet: Uns fehlen in diesem Bereich nach unserer Rechnung jedenfalls weiterhin 150 Stellen. Wir geben uns damit nicht zufrieden, und wir werden weiter darum kämpfen, die Schulverwaltungen auf ein entsprechendes Niveau zu heben, damit sie ihre Aufgaben auch erfüllen können.

Meine Damen und Herren, es gäbe noch weitere kritische Punkte. Sie dürfen sicher sein, dass wir FREIE WÄHLER auch künftig im Interesse unserer Kinder und damit unserer Gesellschaft einen starken Akzent im Bildungsbereich setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Gehring. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Tag nach einer Veröffentlichung über einen Bildungsvergleich muss man sagen: Es ist gut, dass wir in Deutschland einen Bildungsvergleich haben. Ich meine, das Gute an der Pisa-Studie von 2001 war damals der Pisa-Schock; denn er hat die deutschen Bildungspolitiker mit der Wirklichkeit konfrontiert. Er hat den Blick nach außen über die Grenzen geöffnet, den Blick über den Tellerrand der eigenen Selbstüberschätzung, und hat all denen, die gedacht haben, wir seien ohnehin das Land der Dichter und Denker, deutlich gemacht, dass wir Mängel haben, dass wir Probleme haben, aber dass wir auch Zukunftsaufgaben vor uns haben, und hat sie von ihrem hohen Ross heruntergeholt.

Es ist gut, dass die heutige empirische Bildungsforschung etabliert ist. Es gibt Standards, internationale Vergleiche, bundesweite Vergleiche. Das kann zu mehr Rationalität in der bildungspolitischen Debatte führen. Allerdings hat man manchmal den Eindruck, bei den Bildungsvergleichen gehe es nur noch um Rangplätze, ähnlich wie in der Bundesliga. Da wird manchmal der Provinzialismus doch wieder die Oberhand gewinnen.

Zu den gestern veröffentlichten IGLU- und TIMMS-Studien: Deutsche Viertklässlerinnen und Viertklässler erreichen im internationalen Vergleich in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften erneut ein Kompetenzniveau, das im oberen Drittel liegt, genauer beim Lesen Platz 17, in Mathematik Platz 16 und in Naturwissenschaften Platz 17.

Wenn es um die Themen Wirtschaftskraft, Exportland und Fußball ginge, wären wir mit diesen Plätzen nicht zufrieden – aber seis drum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Fazit dieses Bildungsvergleiches lautet: Die anderen Länder holen auf, und die deutschen Leistungen stagnieren seit 2006. Nach wie vor haben wir das große Problem, dass der soziale Hintergrund den Bildungserfolg stark beeinflusst. Wir haben jetzt zwar keinen nationalen Vergleich, aber wir wissen aus dem Vergleich, den wir im Sommer gehört haben, dass Bayern bei den Grundschulen auf Platz 1 lag. Das ist gut so. Das ist eine Leistung der bayerischen Lehrerinnen und Lehrer. Wir stellen fest, lieber Herr Kollege Herold: Bayern kann gemeinsames Lernen - in der Grundschule, alle Schülerinnen und Schüler. Wir sind hier gut. Wir zweifeln nicht daran, dass wir mit einer anderen Politik auch beim gemeinsamen Lernen nach Klasse 4 gut sind, ohne die Sortiererei in der 4. Klasse, und dass wir dies auch in Bayern gut hinbekommen und auch dann bei Bildungsvergleichen mit der Sekundarstufe I gut dastehen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden dann gute Leistungen erreichen ohne den Preis, den die Schülerinnen und Schüler und Familien heute für den Bildungserfolg in Bayern zahlen müssen. Ich bin davon überzeugt, dass wir dann mehr soziale Gerechtigkeit in Bayern haben werden.

Ein zweiter Vergleich betrifft die Ganztagschulen. Es gibt eine Studie, die besagt: Bayern hat die größte Dynamik beim Ausbau der Ganztagschulen. Das klingt toll. Bayern liegt aber abgeschlagen auf dem letzten Platz. Das ist so, wie wenn man den FCA und den FC Bayern vergleicht. Wenn Bayern unentschieden spielt und der FCA gewinnt, kann man auch sagen, der FCA hat eine größere Dynamik als der FC Bayern. Trotzdem bleibt der FCA auf dem 18. Platz und Bayern auf dem 1. Platz.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Platz 17, Herr Kollege!)

So ähnlich ist es mit Bayern bei den Ganztagschulen. Wir müssen die Ganztagschulen weiter ausbauen. Wir müssen in die Qualität investieren, weil wir vor allem bei der gebundenen Ganztagschule in den Klassen 1 und 2 zu wenig Mittel haben. Deswegen werden wir auch nicht die Zahlen bekommen, die wir haben müssten.

Bei all diesen Vergleichen ist der Vergleich am lächerlichsten, wenn es um das Thema geht – Kollege Herold hat es angesprochen -, Bayern sei das Bildungsland Nummer 1, weil es ein Drittel seiner Ausgaben im Haushalt für Bildung aufwendet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den Bundesländern ist es die Regel, dass circa ein Drittel des Haushaltes für Bildung ausgegeben wird. Ein Land wie Niedersachsen zum Beispiel gibt 33,9 % seines Haushaltes für Bildung aus – damit muss man sich nicht vergleichen, mit Baden-Württemberg vielleicht eher: Es gibt 34,7 % für Bildung aus. Das heißt einfach: Alle Bundesländer sind Bildungsländer; denn so will es unser föderales System. Länder haben fast ausschließlich die Kompetenz für Bildung; es ist ihre Aufgabe, Bildung zu leisten. Das ist kein Grund für Angabe, sondern es ist ihre Pflicht, das zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Da ich beim Thema Föderalismus bin: Es geht auch darum, wie wir den Bildungsföderalismus weiterentwickeln. Wenn Bildungspolitik die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts ist, wie die Frau Präsidentin schon öfter gesagt hat, dann müssen wir überlegen, wie der Bund, der für Sozialpolitik zuständig ist, und wie die Länder, die für Bildungspolitik zuständig sind, zusammenarbeiten, wo vielleicht gemeinsame Aufgaben definiert werden. Ich sehe gemeinsame Aufgaben beim Ganztagesausbau. Ich sehe gemeinsame Aufgaben bei der Inklusion. Dann müssen wir aber darüber sprechen, was aus dem Kooperationsverbot wird, ob wir es abschaffen, wie wir es weiter gestalten. Ich muss einfach sagen: Die Regierungskoalition ist bei diesem Thema nicht sprechfähig. Die FDP will das Kooperationsverbot abschaffen; die CSU sagt: Wir lassen alles so, wie es ist. So kommen wir zu einer Situation, in der zwischen Bund und Ländern über die

Zukunft der Zusammenarbeit diskutiert wird, wir als großes Land aber nicht agieren. Hier brauchen wir eine starke Stimme, die sich für eine Änderung des Kooperationsverbotes einsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Haushalt 2013/2014. Ein Kultushaushalt ist wie ein Gemischtwarensortiment; da gibt es Regale: Lehrerstellen in unterschiedlichen Schularten, ganze Stellen, Zwei-Drittel-Stellen, Stellenäquivalente, Stellenabbau, neue Stellen, Stellen mit kw-Vermerk, Stellen aus der demografischen Rendite, Stellen zur Rücknahme der Arbeitszeitverkürzung und so weiter. In den Auslagen, den Pressemitteilungen des Kultusministeriums und der Staatskanzlei, sind aber nur die sogenannten neuen Stellen ausgewiesen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin im Tante-Emma-Laden groß geworden. Dort gibt es auch ein breites Sortiment von der Kochsalami bis zum Melkfett, vom Bindfaden bis zur Eiernudel. Man kann alles in einen Einkaufskorb legen und zusammenrechnen. Aber ich habe gelernt, man muss schauen, was unten raus kommt, wie die Summe lautet.

Wenn wir uns diesen Einzelplan für den Doppelhaushalt 2013/14 anschauen, stellen wir fest: Wir haben im Jahr 2014 weniger Lehrerstellen als 2012. Das passt doch nicht zum Mantra der immerwährenden Schaffung neuer Lehrerstellen. Weniger Stellen als 2012! Man fragt sich, wie es bei all dieser Öffentlichkeitsarbeit passieren kann, dass so etwas herauskommt. Das kann man nur, wenn man Sein und Schein nicht auseinanderhält. Herr Kultusminister Spaenle, ich erneuere Ihnen gegenüber den Vorwurf: Sie sind ein Hütchenspieler, der die Stellen hin- und herschiebt, sie zudeckt, und dann tauchen die Stellen unvermutet an anderer Stelle auf, und alle sind verwirrt und überrascht.

Das wird besonders deutlich, wenn man die Karriere einiger Zahlen ansieht. Ich denke da an eine Zahl, mit der wir uns seit drei Jahren im Haushalt beschäftigen. Es ist die Zahl 1.082. In einem Vermerk zum Doppelhaushalt 2011/2012 sind 1.082 Stellen als

demografische Rendite genannt. Sie sollten aus den Volksschulen herausgenommen und dem Hochschulkapitel zugewiesen werden. Im Nachtragshaushalt 2012 blieben diese Stellen im Haushalt und wurden jetzt als neue Stellen von der Staatsregierung gefeiert. Im Haushaltsentwurf 2013/14 finden wir diese Stellen wieder. Die kw-Vermerke werden gestrichen, und sie werden als Stellen für "Aufbruch Bayern" im Haushalt verankert. Man sieht daran: "Aufbruch Bayern" ist kein Sonderprogramm, sondern eine Pflichtaufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine zweite Zahl, die Karriere macht, ist die Zahl 1.309. Bei der Haushaltsklausur der Staatsregierung in Gmund im Juli hieß es: Wir schaffen 1.309 neue Stellen. Jetzt im Haushaltsentwurf tauchen diese 1.309 Stellen auf. Sie sind Teil der 2.762 Stellen der demografischen Rendite, also alte Stellen. Die werden jetzt für andere Zwecke eingestellt. Fakt ist also: Die 1.309 Stellen sind nicht neu, sondern sie werden innerhalb des Haushalts umgesetzt, aber zweimal vermarktet, nämlich einmal als neue Stellen und dann auch noch als Stellen zum Erhalt der demografischen Rendite. Haushaltspolitik wird bei dieser Regierung von den Presseabteilungen des Kultusministeriums und der Staatskanzlei gemacht, aber nicht von den Fachleuten der Haushaltsabteilungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum können Sie nicht ehrlich sagen, was Sie wirklich tun? Warum sagen Sie nicht: Wir schichten die Stellen um; wir nehmen sie aus dem einen Bereich und geben sie in einen anderen Bereich? Warum sagen Sie nicht, wir machen eine realistische Haushaltspolitik? Warum diese Angeberei mit neuen Stellen, die faktisch keine neuen Stellen sind?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schließlich möchte ich noch auf den Haushaltsplan, Seite 363, verweisen. Dort fallen 371 Stellen aus der demografischen Rendite weg. Es wäre ein Gebot der Ehrlichkeit,

das auch in Pressemitteilungen zu sagen und damit einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen deutlich zu benennen.

Natürlich schaffen Sie auch neue Stellen. Im Jahr 2013 gibt es mehr Stellen als 2012. Aber sehen wir uns einmal an, wofür diese Stellen gebraucht werden. Man braucht sie, weil die Arbeitszeitverlängerung von 42 auf 40 Stunden zurückgenommen wird. Das ist die Abräumpolitik unseres Ministerpräsidenten Seehofer, der alles, was schlecht ankommt, abräumt, auch die Stoibersche Sparpolitik.

Für diese Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung braucht man im Jahre 2012 rund 1.100 Stellen und im Jahre darauf 700 Stellen. Aber nicht einmal diese Stellen finanzieren Sie voll. 2013 wollen Sie nur ca. 500 Stellen finanzieren, die anderen nehmen Sie aus dem Bestand. Wenn wir uns also die Stellenmehrung der letzten Jahre ansehen, müssen wir genau unterscheiden, ob tatsächlich Verbesserungen im Unterrichtsbereich erfolgt sind oder ob die Mittel in Titel wie die Arbeitszeitverkürzung oder die Rückzahlung der Arbeitszeitkonten geflossen sind.

Dann gab es auch noch diese Geschichte mit der Nachschubliste. Kollege Nöth hat im Bildungsausschuss darauf hingewiesen, dass wir für die Verwaltungskräfte 400 Stellen brauchen. Das Kultusministerium hat 400 Stellen beim Finanzminister beantragt, aber keine bekommen. Jetzt sind 150 nachgeschoben worden. Bei den Stellen für die Gymnasien sind es 215 Stellenäquivalente, eineinhalb Stellen für die Schulen für integrierte Reserve zur Unterrichtsversorgung sowie für die Flexibilisierung des G 8. Ich bin gespannt, wie es um die Flexibilisierung steht, wenn für kranke Lehrkräfte eingespart werden muss. Interessant ist auch, dass diese Stellen nur Angestelltenstellen sind. Kollege Hacker von der FDP hat gestern davon gesprochen, dass das möglicherweise der Einstieg in den Angestelltenstatus ist.

(Thomas Hacker (FDP): Schön, dass uns jemand von der Opposition auch mal zuhört!)

Ich bin gespannt und warte auf das Konzept. Mein Eindruck von der FDP ist, sie will pfeifen, aber sie kriegt den Mund nicht gespitzt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Herold hat etwas zu Baden-Württemberg gesagt. Darauf muss ich eingehen. Der dortige Ministerpräsident hat einfach das benannt, was ihm seine Vorgängerregierung hinterlassen hat. Die dortige Vorgängerregierung hat beispielsweise 4.000 Lehrerstellen aus Privatisierungserlösen bezahlt, ohne diese Stellen im Haushalt zu verankern. Das hat die neue Regierung gemerkt, nachdem sie das Amt übernommen hatte. Man kann diese Leute nicht mehr auf die Straße schicken, sondern man kann diese Stellen nur im Haushalt verankern, indem man sie von irgendeiner anderen Stelle des Haushalts aus finanziert. Und das geht eben nur über das Streichen der Stellen aus der demografischen Rendite.

Der Ministerpräsident Baden-Württembergs hat ferner darauf hingewiesen, dass weitere 8.000 Stellen der alten Regierung mit kw-Vermerken, also "künftig wegfallend", versehen worden sind. Er hat gesagt, wenn wir die Nullverschuldung wollen – die Schuldenlast, die die Vorgängerregierung in Baden-Württemberg aufgebaut hatte, ist immens –, müssen wir diese Stellen streichen. Das ist eine ehrliche Ansage. Die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg haben das goutiert. Das sehen wir beispielsweise an Stuttgart oder Karlsruhe. Die Wählerinnen und Wähler dort laufen der CDU davon, nicht aber den GRÜNEN oder den Roten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Unterrichtsversorgung in Bayern Folgendes: Wir haben letzte Woche den Bericht über die mobilen Reserven an den Grund- und Hauptschulen erhalten. Momentan haben wir 42 Lehrerinnen und Lehrer, die einspringen können, wenn andere Lehrer krank sind. Das sind bei 40.000 Lehrerinnen und Lehrern an den Grund- und Hauptschulen 0,1 %, die krank werden dürfen, die anderen nicht. So schaut es aus mit der Unterrichtsversorgung in Bayern.

Ein Wort noch zu den beruflichen Schulen. Sie sind in der Rede von Herrn Herold nicht vorgekommen. In einer Expertenanhörung ist vom Kultusministerium zugestanden worden, dass von Anfang an über 2.000 Stunden nicht gehalten werden, weil einfach die Lehrkräfte fehlen. Mit der Gleichwertigkeit von beruflicher Bildung und allgemeiner Bildung schaut es also schlecht aus. Deswegen haben wir beantragt, auch da das Budget zu erhöhen.

Ich gehe nicht auf alle unsere Anträge ein, möchte mich aber an dieser Stelle bei meiner Kollegin Simone Tolle und unserer haushaltspolitischen Sprecherin Claudia Stamm bedanken und damit gleich die GRÜNE-Bildungs- und Haushaltspolitik zusammenfassen. Wir sind keine Hütchenspieler und Illusionskünstler. Wir sind haushaltspolitische und bildungspolitische Realisten und sagen, was Sache ist. Unsere Anträge sind realistisch und finanziert. Wir wollen mit unserer Politik den Schulen die Möglichkeit geben, neue Wege zu gehen.

Wir setzen dabei auf mehr Selbstständigkeit der Schulen. Ihr Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, wird immer nur angekündigt, kommt aber nicht. Unserer wird kommen. Wir sorgen für gute Rahmenbedingungen der Schulen, für bessere Ganztagsangebote, für eine verlässliche Unterrichtsversorgung, für mehr Mittel für Inklusion an allen Schulen, nicht nur an den 42 Profilschulen, und für eine bessere Fortbildung der Lehrkräfte sowie für eine bessere Schulsozialarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten die demografische Rendite voll im System mit Stellenpools an den Schulen, und wir zahlen in den Pensionsfonds ein.

Grüne Haushaltspolitik heißt, sagen was Sache ist. Wir werden besseres Lernen unterstützen. Wir reden nicht nur von individueller Förderung, vielmehr sorgen wir für Bildungsgerechtigkeit. Auf uns können sich die Schulen verlassen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Will. Bitte sehr.

Renate Will (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Bildungspolitikerin kann es für mich auch immer gern mehr sein. Aber ich bin auch Realistin und sage deshalb: In dieser Koalition und in dieser Legislaturperiode hat die Bildung für die Koalition Haushaltspriorität. So soll das auch bleiben; denn wir alle wissen: Investitionen in die Bildung bringen die beste Rendite. Seit der Regierungsbeteiligung der FDP ist der Etat des Kultusministeriums von 8,63 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 10,85 Milliarden Euro im Jahr 2014 gestiegen. Das ist eine Steigerung um zwei Milliarden Euro.

(Markus Rinderspacher (SPD): Unterproportional!)

Im Einzelplan 05, über den wir gerade beraten, wurde der Etat für das Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 um 6,3 % erhöht. Im Jahr 2014 wird der Etat noch einmal um weitere 2,6 % steigen. Insgesamt, mit den Leistungen des Wissenschaftshaushalts, fließt in Bayern ein Drittel der Gesamtausgaben in die Bildung. Der besondere Schwerpunkt des Kultusetats sind die Schulen, also staatliche Schulen und die Finanzierung nichtstaatlicher Schulen. Dieser Bereich hat einen Umfang von 9,98 Milliarden Euro bzw. 10,25 Milliarden Euro.

Ich muss mich in meiner Rede auf den Haushalt beschränken, obwohl ich gern eine bildungspolitische Rede halten würde. Allerdings ist es nötig, den Haushalt aufzudröseln und einmal die Schwerpunkte zu nennen. Der erste Schwerpunkt ist der Umstand, dass die demografische Rendite voll im System bleibt. Damit können wir unter anderem folgende Maßnahmen umsetzen:

Erstens. Wir können die Höchstschülerzahl in den Grundschulen absenken und damit kleinere Grundschulstandorte auf dem Lande erhalten. Mit der schulischen Inklusion wurde begonnen, ebenso wie mit der integrierten Lehrerreserve. Wir haben einen Aufwuchs an den Technikerschulen.

Zweitens. Zur Flexibilisierung des G 8 werden in den Jahren 2013 und 2014 zusätzliche Mittel für weitere 215 Lehrkräfte für das Gymnasium bereitgestellt.

Drittens. Wir haben die Mittel für 150 unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für Verwaltungsangestellte bereitgestellt. Ich weiß, dass dieser Schritt längst überfällig und dringend notwendig war. Ich sage deutlich, dass wir noch mehr Verwaltungsangestellte brauchen, weil die Aufgaben an allen Schularten sehr vielfältig geworden sind.

Viertens. Die gebundenen und offenen Ganztagschulen sowie die Mittagsbetreuung werden bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut.

Fünftens. Der Schulgeldersatz wird in zwei Schritten von 87,5 auf 100 Euro je Schüler monatlich bis zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 angehoben.

Sechstens. In den Grund- und Mittelschulen haben wir enorme Stellenhebungen vorgenommen, um Leistungen zu belohnen. An dieser Stelle möchte ich allen Lehrerinnen und Lehrern für ihr enormes Engagement ein herzliches Dankeschön sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammenfassend lässt sich sagen: Die Koalitionsvereinbarung, in der jährlich 1.000 zusätzliche Lehrerstellen zugesagt wurden, wird auf Punkt und Komma umgesetzt. In dieser Legislaturperiode wurden über 5.800 neue Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Insgesamt stehen dem Schulsystem aber sogar 8.200 Stellen für zusätzliche und neue Aufgaben zur Verfügung, wenn man auch die Stellen einberechnet, die weitergeführt werden, obwohl diese bereits hätten wegfallen sollen. Die rund 2.200 Stellen, die zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung von 42 auf 40 Stunden bei den Lehrkräften dienen, kommen zu den 8.200 Stellen für neue und zusätzliche Aufgaben noch hinzu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage aber auch, bei allen guten Ergebnissen der Studien in Bezug auf unsere Grundschüler müssen wir mit allen Kräften weiter an der Entkopplung der Bildungslaufbahn von der sozialen Herkunft arbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Denn wir brauchen alle Kinder mit ihren Talenten, unabhängig von ihrer Herkunft. Deshalb müssen wir noch einmal kräftig in die individuelle Förderung, in die frühkindliche Bildung sowie in Integration und Inklusion investieren. Vor allem brauchen wir Investitionen in den quantitativen und qualitativen Ausbau von gebundenen Ganztagschulen. Das wird uns auch von den Bildungsforschern bestätigt. Um dies realisieren zu können, müssen alle, Kommunen, Land und Bund, mitmachen. Herr Gehring, deshalb fordere ich – vielleicht mit leiser Stimme, vielleicht ist sie seit Langem zu leise – eine Aufhebung des Kooperationsverbotes, damit sich der Bund an den Ausgaben für bauliche Maßnahmen beteiligen kann.

Last but not least werden wir den Schulen und der gesamten Schulfamilie vor Ort mehr Freiheit und Verantwortung geben. Die eigenverantwortliche Schule funktioniert nur, wenn sie einerseits ein eigenes Budget zur Verfügung hat und andererseits die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilt wird. Das Stichwort ist die sogenannte erweiterte Schulleitung. Damit dies auch gelingen kann, brauchen die Teamleiter Leitungszeit. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass bereits in diesem Doppelhaushalt ein erster, aber wichtiger Schritt erfolgt: 60 Stellenäquivalente stehen explizit für die eigenverantwortliche Schule bereit. Das war uns Liberalen sehr wichtig.

Der nächste Schritt ist jetzt der Weg ins Kabinett und ins Hohe Haus. Damit wäre dann der letzte noch offene Punkt des Koalitionsvertrages erfüllt. An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei unserem Koalitionspartner, selbstverständlich auch bei meiner Fraktion und bei Herrn Minister Dr. Spaenle für die Zusammenarbeit und für ihr Engagement dafür, dass alles gelingen kann. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Eisenreich.

(Beifall der Abgeordneten Christa Stewens (CSU))

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser Haushalt 2013/2014 ist auch diesmal wieder ein Bildungshaushalt, genauso wie der Haushalt davor, und der davor, und der davor. Damit belegen wir erneut, dass für die CSU die Bildung Priorität hat und die Bildung für uns ein Investitionsschwerpunkt ist und bleibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit nehmen wir den großen Wunsch der Lehrerinnen und Lehrer, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler und der Bürger in diesem Land auf, die von der Politik, von uns, zu Recht erwarten, dass wir kräftig in die Bildung investieren. Das tun wir mit diesem Haushalt auch. Herr Kollege Hans Herold hat das vorhin eindrucksvoll im Detail belegt. Der Haushalt steigt um 600 Millionen Euro von knapp 10 Milliarden Euro auf 10,6 Milliarden Euro. Im Jahr 2014 wird der Haushalt auf 10,8 Milliarden Euro steigen. Das kann sich sehen lassen.

In der Debatte wird seit Pisa 2000 immer wieder gesagt, wir bräuchten unbedingt eine Bildungsmilliarde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die haben wir schon längst, und wir haben sie sogar dreifach. Wer die letzten zehn Jahre betrachtet, sieht, dass wir in der Zwischenzeit die dritte Bildungsmilliarde investieren. Die erste haben wir von 2003 bis 2008 und die zweite von 2008 bis 2012 aufgewandt. Bis zum Jahr 2014 werden wir die dritte Bildungsmilliarde aufgewendet haben. Darauf können dieses Hohe Haus und wir zu Recht stolz sein.

Wer sich die Debatte um die zusätzlichen Lehrer und die demografische Rendite anhört – Herr Kollege Gehring hat sie wieder aufgewärmt –, dem kann ich sagen: Was sich diese Koalition für diese Legislaturperiode vorgenommen hat, nämlich mindes-

tens 5.000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen und die demografische Rendite im System zu belassen, wurde auf Punkt und Komma umgesetzt. Das haben wir erreicht. Wir haben beides geschafft. Wir werden – Frau Kollegin Will hat es gesagt – zwischen 2008 und 2013 insgesamt um die 6.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Auch die demografische Rendite wird im System bleiben. Deswegen haben wir für die nächsten zwei Jahre 1.300 Stellen für Verbesserungen im Bildungshaushalt.

Lieber Kollege Gehring, eigentlich ist es relativ einfach: Die zusätzlichen Stellen sieht man ganz leicht, wenn man im Haushalt das Plansoll A anschaut. Da kann man genau nachlesen, wie viele zusätzliche Stellen jedes Jahr geschaffen werden. Für Verbesserungen stehen natürlich auch Lehrerstellen zur Verfügung, wenn Schülerzahlen zurückgehen und die frei werdenden Stellen im System bleiben. Das ist die demografische Rendite. Wenn Aufgaben wegfallen und die Lehrerstellen im System bleiben, hat man für zusätzliche Aufgaben natürlich Lehrerstellen. Deswegen haben wir im nächsten Doppelhaushalt 1.300 Lehrerstellen für Verbesserungen im Bildungssystem.

Man kann feststellen: Es gab noch nie so viele Lehrer in Bayern, und das, obwohl die Schülerzahlen stetig zurückgehen. Das ist nicht selbstverständlich. Um das zu sehen, ist nur ein Blick in andere Bundesländer notwendig. Viele Bundesländer nutzen nämlich den Schülerrückgang, um Lehrerstellen einzuziehen. Auch wenn Sie den Vergleich mit Baden-Württemberg, das in der Zwischenzeit grün-rot regiert wird, nicht gerne hören, ziehe ich ihn wieder heran, denn er zeigt: Dort werden keine zusätzlichen Investitionen getätigt, keine zusätzlichen Lehrerstellen geschaffen, sondern im Doppelhaushalt 2013/2014 werden 2.200 Lehrerstellen abgebaut. Es mag sein, dass es dafür schöne Begründungen gibt, aber das ändert nichts daran, dass das keine zusätzlichen Investitionen sind, sondern das ist der Abbau von Lehrerstellen.

(Zurufe von der Opposition)

- Ich weiß; mich würde es auch ärgern. Langfristig planen sie sogar, über 11.000 Lehrerstellen abzubauen. Deswegen kann man ganz klar sagen: Rot-Grün streicht in der

Bildung, Schwarz-Gelb investiert in die Bildung. Das ist der Unterschied. Darauf werden wir auch hinweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wären zurückhaltendere Töne durchaus angebracht. Wo Sie regieren, beweisen Sie: Sie können es nicht besser.

(Inge Aures (SPD): Wartet ab, bis wir regieren! - Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Nicht besser, habe ich gesagt, lieber Ludwig. Zuhören! Dort, wo Sie regieren, zeigen Sie: Sie können es nicht besser.

Wir lehnen uns deswegen nicht zurück; Bildung ist eine Daueraufgabe. Ich gebe jedem recht, der sagt, dass sich die Aufgaben geändert haben, dass sie mehr geworden sind. Deswegen gibt es auch viel zu tun, und wir tun auch viel. Es bleibt auch noch einiges zu tun.

Die Betreuungsrelation Lehrer-Schüler haben wir in den letzten Jahren deutlich verbessert. Wir haben die Klassenstärken deutlich gesenkt. In der Zwischenzeit haben wir an den Grundschulen eine Klassenstärke von 21,4 Schülern, an der Mittelschule sogar von 19,9 Schülern im Durchschnitt. An den Realschulen und Gymnasien sind wir bei 26,9. Da gibt es noch Bedarf.

Die Ganztagsangebote bauen wir massiv aus. Hier liegt seit Jahren ein echter Schwerpunkt. In der Zwischenzeit ist es gelungen, an 90 % der allgemeinbildenden Schulen ein Angebot zu machen. Unser Grundsatz heißt, flächendeckend und bedarfsgerecht auszubauen. Wir werden hier nicht nachlassen. Hier wird immer wieder kritisiert, die Ganztagsangebote seien finanziell nicht ausreichend ausgestattet. Demgegenüber muss ich sagen: Wir liegen mit Rheinland-Pfalz bei der Ausstattung der

Ganztagsangebote an der Spitze. Das kann sich wirklich sehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Unterrichtsversorgung und die Förderung sind selbstverständlich Aufgaben, an denen wir ständig arbeiten. Im letzten Jahr und auch in diesem Doppelhaushalt sind wir hier deutliche, große Schritte vorwärts gekommen; etwa beim Ausbau der mobilen Reserve. Eltern und Lehrer haben immer gefordert, dass wir an den Gymnasien eine integrierte Lehrerreserve für eine bessere Förderung und für eine stärkere Vermeidung des Unterrichtsausfalls ausbauen. Das machen wir mit diesem Haushalt.

Für den nächsten Punkt haben Haushälter, Bildungspolitiker und die Mitglieder des Ausschusses "öffentlicher Dienst" gemeinsam gekämpft, nämlich für die Schaffung von 150 zusätzlichen Stellen für Verwaltungsangestellte. Das ist wirklich eine ganz, ganz notwendige Investition zur Entlastung der Schulleiter, aber auch zur besseren Ausstattung der Schulsekretariate. Wir sind stolz darauf, dass das auf Initiativen der beiden Fraktionen noch erreicht worden ist.

Die Jugendarbeit und den Sport haben wir ebenfalls nicht vergessen. Auch das große Thema Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Inklusion kostet Geld, und es sind insgesamt 200 zusätzliche Stellen in diesem Doppelhaushalt vorgesehen.

Die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer hat es verdient, wertgeschätzt zu werden. Anerkennung funktioniert zum einen über Worte, zum anderen aber auch über finanzielle Verbesserungen, zum Beispiel Stellenhebungen. Wir sind froh und stolz, dass wir im Rahmen der Dienstrechtsreform eine Reihe von Stellenhebungen durchführen können. Insgesamt 10 Millionen Euro werden hier zusätzlich eingestellt. Das war insbesondere auch ein Erfolg des Ausschusses "öffentlicher Dienst", von Ingrid Heckner, von Georg Winter. Wir freuen uns, dass euch dies gelungen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Investitionen in die Bildung bringen immer noch die besten Zinsen. Die CSU und die FDP kennen diesen Satz und handeln danach. Anders als die Opposition erkennen viele Lehrer, viele Eltern und viele Bürger

unsere Bemühungen an. Wir werden deswegen nicht nachlassen in unseren Bestrebungen, sondern diesen Weg konsequent fortsetzen. Wir haben zwar schon viel gemacht, wir haben aber auch noch einiges zu tun. Das möchte ich noch kurz ansprechen. Selbstverständlich ist das Thema Chancengerechtigkeit ein ganz, ganz großes Anliegen aller Bildungspolitiker aller Fraktionen. Hier hat Pisa 2000 der Bildungspolitik – ich würde sagen: bundesweit – die Gelbe/Rote Karte gezeigt. Aber hier hat sich in den letzten Jahren wirklich viel bewegt, auch viel in Bayern. Denn selbstverständlich wollen wir nicht, dass begabte Arbeiterkinder nicht aufs Gymnasium wechseln können. Wir möchten selbstverständlich nicht, dass Kinder mit Migrationshintergrund weniger Chancen haben. Wir brauchen alle, wir brauchen jedes Talent.

Deswegen haben wir eine Reihe von Maßnahmen in den letzten Jahren in die Wege geleitet. Beispielsweise wollen wir wohnortnahe Schulen erhalten, zum Beispiel durch den eigens eingeführten Demografiezuschlag, wir verbessern die Frühförderung, wir haben den Übergang vom Kindergarten zur Grundschule im Blick. Selbstverständlich gehört auch der Ausbau der Ganztagsbetreuung dazu. Bei der Verbesserung der individuellen Förderung werden wir nicht nachlassen. Das ist ein Thema auf Jahre. Für Schulen in besonderen Situationen haben wir einen Integrationszuschlag, insbesondere in Ballungsräumen, eingeführt. Uns ist wichtig, dass die Übergänge gut sind, dass sie begleitet werden. Deswegen haben wir die Einführungsklassen ausgebaut. Vor Ort haben wir mehr Gymnasien und Realschulen geschaffen. Wir setzen auch ganz stark auf die berufliche Bildung, die einen großen Beitrag zur Durchlässigkeit und zur Chancengerechtigkeit leistet.

(Beifall bei der CSU)

Die akademische und die berufliche Bildung sind für uns gleichwertig. Die folgende Zahl kann man gar nicht oft genug wiederholen: 40 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden in der Zwischenzeit nicht über das Gymnasium erreicht, sondern über die berufliche Bildung. In der Zwischenzeit hat es sich auf der ganzen Welt herumge-

sprochen: Das duale Ausbildungssystem in Bayern ist großartig. Es ist inzwischen genauso wie Autos und andere Produkte

(Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

ein echter Exportschlager. Darauf kann die berufliche Bildung, können die Lehrer an beruflichen Schulen zu Recht stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die aktuellen Studien zeigen, dass es richtig ist, auch auf die Begabtenförderung zu setzen und sie weiter auszubauen. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, werden wir das Gymnasium nicht verstümmeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habt ihr schon!)

Wir werden auch die Realschule nicht abschaffen. Ihre Gemeinschaftsschule kommt nicht an und bleibt, lieber Kollege Güll, ein Ladenhüter. Das werden Sie im Wahlkampf auch noch merken.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Woher wollen Sie das wissen?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es ist gut, richtig und wichtig, immer wieder darzustellen, was der Staat leistet, was er leisten muss und was er mehr leisten muss. Dieser Aufgabe widmen wir uns auch. Man kann nicht über Bildung reden, ohne darauf hinzuweisen, dass Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Ich sage es immer wieder: Mir machen die Familien Sorgen, in denen Bildung kaum oder gar keinen Stellenwert hat. Der Staat muss Chancen bieten, aber jeder Einzelne muss die Chancen nutzen. Deswegen müssen wir immer darum werben, dass auch die Familien und die einzelnen Schülerinnen und Schüler die notwendige Motivation, Anstrengungsbereitschaft und Leistungsbereitschaft haben, um die Chancen, die Bayern bietet, nutzen zu können. Hier haben wir alle miteinander noch ganz viel zu tun. Bildung kann man nicht konsumieren, durch den Fernseher schon

gleich gar nicht. Wer am Nachmittag fünf Stunden fernsieht, egal in welcher Sprache, bei dem ist alles, was er am Vormittag gelernt hat, weg. Deswegen müssen wir alle zusammenhelfen und die Bildungsmotivation, die notwendig ist, immer wieder einfordern.

Zum Abschluss: Bildung geht nur im Dialog zwischen Politik, Eltern, Lehrern und Schülern. Wir haben bewiesen, dass uns dieser Dialog wichtig ist. Wir werden diesen Dialog fortsetzen, damit wir die Situation vor Ort einschätzen können und immer wieder die Anregungen und die Kritik bekommen, um handeln zu können. Wir nehmen das auf. Ich freue mich, dass wir in den letzten Jahren diesen Dialog in den Mittelpunkt gestellt haben.

Ich danke allen Lehrerinnen und Lehrern, allen Schülerinnen und Schülern und auch den Eltern für die großartige Arbeit, die sie für die Bildung leisten. Sie können sich darauf verlassen, dass wir unser Möglichstes tun, um die Rahmenbedingungen an den Schulen zu verbessern. Dieser Haushalt ist ein guter Beweis dafür, dass Bildung Vorrang hat. Wir werden nicht nachlassen und ganz unaufgeregt, konsequent und pragmatisch mit dem Blick auf die Kinder im Mittelpunkt weiter Bildungspolitik machen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein Bildungsland, und Bildung hat für uns Priorität. Es ist ein wirklich toller Haushalt.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Redepult. Zu einer Zwischenbemerkung Herr Kollege Sprinkart, bitte.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Kollege Eisenreich, Sie haben viele sehr blumige Ausführungen gemacht. Unter anderem haben Sie auch gesagt, dass noch nie so viele Lehrer beschäftigt gewesen seien wie derzeit. Habe ich das richtig verstanden?

Georg Eisenreich (CSU): Ja, das stimmt.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Wie kann es dann sein, dass aus einer Antwort auf eine Schriftliche Anfrage von mir hervorgeht, dass zwischen dem Schuljahr 2008/2009 und dem Schuljahr 2011/2012 mehr als 2.500 Vollzeitäquivalente an Lehrern weniger da sind? Das ist die Zahl der auf Vollzeitstellen umgerechneten Lehrer, die im Einsatz sind. 2.500 Vollzeitstellen sind es weniger, Sie sagen aber, wir haben mehr Lehrer. Wir haben vielleicht mehr Köpfe, aber weniger Unterrichtsstunden, die die Lehrer leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Eisenreich (CSU): Ich weiß nicht, auf welche Stelle Sie sich beziehen. Vielleicht können Sie es mir noch einmal geben. Wer in den Stellenplan hineinsieht, wird sehen, dass von 2008 über die Jahre 2009, 2010, 2011, 2012 bis 2013 jedes Jahr zusätzliche Lehrerstellen gekommen sind. Sie summieren sich bis 2013 auf rund 6.000 zusätzliche Lehrerstellen. Insofern kann ich diese Aussage, dass es weniger gibt, nicht nachvollziehen. Ich prüfe es aber gerne nach.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung Herr Kollege Aiwanger, bitte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Eisenreich, Sie haben vorher mit großen Worten dargestellt, wie viel zusätzliche Stellen Sie geschaffen haben. Beantworten Sie bitte auch die Frage, wie viele Stellen hiervon mit Köpfen hinterlegt sind. Wie viel Personal ist da? Das ist die eigentliche Ursache. Es werden Stellen angekündigt, aber sie werden nicht mit Personal besetzt.

Die zweite Frage: Sie haben gesagt, Sie hätten das Gymnasium nicht verstümmelt. Sie haben es sehr wohl verstümmelt. Sie haben aus einem funktionierenden neunjährigen Gymnasium ein nicht funktionsfähiges achtjähriges gemacht.

(Widerspruch bei der CSU)

Wie beurteilen Sie die zunehmende Kritik seitens der Gymnasiallehrerschaft, dass das G 8 nicht funktioniert und ein neuntes Jahr dazwischen geschoben wird? Das ist das berüchtigte neunjährige G 8. Wie stehen Sie dazu?

Georg Eisenreich (CSU): Dieser Beitrag zeigt, dass zur Bildung nur die Bildungspolitiker reden sollten.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt, Herr Aiwanger: Jede Stelle, die es gibt, wird auch besetzt. Ich kenne keine einzige Stelle, die geschaffen worden ist, die finanziert ist, die aber nicht besetzt ist. Ich kenne wirklich keine einzige.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und das G 8?)

Dazu haben wir ausführliche Debatten im Bildungsausschuss geführt. Sie waren sehr konstruktiv und inhaltsreich. Die müssen wir hier nicht wiederholen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Neunjähriges G 8!)

Gab es noch eine Frage?

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, wir haben nichts mehr, Herr Kollege. Vielen Dank. Jetzt darf ich das Wort Frau Kollegin Sandt erteilen.

Julika Sandt (FDP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist bei der Bildung an der Spitze, und es wird diesen Spitzenplatz weiter ausbauen. Dieser Haushalt ist ein Bildungshaushalt. Natürlich ist die formale Bildung das essenzielle Rüstzeug für unsere Schülerinnen und Schüler. Neben Rechnen, Lesen und Schreiben ist die Medienkompetenz, die wir vorantreiben, mittlerweile die vierte Kulturtechnik geworden. Ich bin sehr froh darüber, dass wir die kulturelle Bildung mit einem hervorragenden Ergebnis im aktuellen Bildungsmonitor evaluiert haben. Wir ziehen dabei eine sehr gute Bilanz. Auch die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind in Bayern stark.

So alt der Spruch sein mag, so wahr ist er aber auch: Wir lernen nicht für die Schule, sondern für das Leben. Deshalb gehört zu einer umfassenden Persönlichkeitsbildung auch Wertebildung, Kreativität, Teamfähigkeit und Weltoffenheit. Deswegen stärken wir mit diesem Haushalt neben der formalen Bildung auch die nonformale Bildung. Wir machen den Schülerinnen und Schülern, den Jugendlichen in Bayern gute Angebote in der Jugendarbeit und im Sport.

Die jugendpolitischen Sprecher aller Fraktionen haben interfraktionell beschlossen und vorangetrieben – darüber sollten sich alle Fraktionen freuen –, dass das Kinder- und Jugendprogramm der Staatsregierung fortgeschrieben wird. Das wird jetzt gemacht. Dabei liegt der Akzent ganz klar auf Eigenverantwortung. Die Vielfalt der Lebensentwürfe junger Menschen wird berücksichtigt. Das finde ich als Liberale ganz hervorragend.

Die Teilhabe junger Menschen am Gemeinwesen wird gefördert. Natürlich geben wir dafür auch Geld aus. Deswegen erreichen die Ausgaben für die Jugendarbeit mit 25 Millionen Euro allein aus dem Einzelplan 05 einen Höchststand. Mit diesen Mitteln fördern wir den Bayerischen Jugendring als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände, den Ring politischer Jugend und damit die Demokratiebildung, den internationalen Jugendaustausch und viele weitere sinnvolle Projekte. Ich erwähne noch PräTect, ein Projekt zur Prävention gegen sexuelle Gewalt, das es nur in Bayern gibt und das in ganz Deutschland hoch angesehen ist. Gegenüber dem Entwurf haben wir die Ausgaben für die Jugendarbeit noch einmal erhöht. Davon profitiert auch das Projekt "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage". Vor dem Hintergrund der NSU-Morde ist das ein sehr wichtiges Projekt.

Ein weiteres sinnvolles Projekt sind die Jugendkunstschulen, mit denen Reflexionsfähigkeit und Kreativität gefördert werden. Angebote, die Spaß machen, brauchen vor allem Jugendliche, aber auch Erwachsene im Sport. Fast fünf Millionen Menschen sind in Bayern in Sportvereinen organisiert. Dem Sport kommt daher eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu. Dazu gehören Integration, Inklusion, um nur einige

zu nennen, aber auch Gesundheitsförderung. Natürlich hätte ich gerade nach den Ergebnissen der Olympischen Spiele in London gerne noch mehr Geld für den Sport gehabt. Natürlich hätte ich Ideen gehabt, wie man noch mehr Geld für den Sport ausgeben kann. Immerhin ist die Titelgruppe mit 45 Millionen Euro so gut ausgestattet wie noch nie.

45 Millionen Euro werden für die Sportförderung ohne den Schulsport und ohne den Hochschulsport ausgegeben. Für die Vereinspauschale, für Behindertensportverbände und für den Sportstättenbau, der jetzt gezielter gefördert wird als bisher, ist das sehr wichtig. Wir haben die Richtlinien zur Sportstättenförderung überarbeitet, damit auch Anreize dafür geschaffen werden, dass wir den Behindertensport oder auch den Spitzensport fördern oder dass Sportvereine miteinander kooperieren.

Die Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen sind übrigens in den letzten Jahren aufgrund unserer erfolgreichen Sportpolitik stark angewachsen. Sie sind von 2.700 auf über 3.600 angestiegen. Es gibt vielfältige Angebote vom Fußball bis zum Tauchsport. Die Vereine gewinnen dadurch junge Mitglieder.

Jugendarbeit und Sport bieten Grundlage für junge Menschen, einen guten Platz in der Gesellschaft zu finden. Das gilt gerade vor dem Hintergrund eines veränderten Mediennutzungsverhaltens und einer veränderten Familiensituation. Wir schaffen eine sehr gute Grundlage für Jugendliche, im Leben zu bestehen. Auch hinsichtlich dieses Punktes bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für den gesamten Haushalt für Bildung, Jugend und Sport.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Ich erteile Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Hochverehrte Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bildung ist der zentrale Schwerpunkt

dieses Doppelhaushaltes. Wenn man die Transferleistungen, die etwa über den Finanzausgleich und den Länderfinanzausgleich erfolgen, beiseite lässt und wenn der Bereich der Hochschulbildung hinzugezählt wird, gehen 50 % der Ausgaben in diesem Doppelhaushalt in die Bildung. Das hat mit dem einschlägigen Schwerpunkt der Landespolitik zu tun.

Wir wollen die Herausforderungen angehen, die Bildungspolitik in einem Standort wie Bayern anzugehen aufgefordert ist. Erstens besteht die Notwendigkeit, den Familien eine Antwort auf die Frage zu geben, mit welchem Angebot wir die Zukunft der jungen Menschen gewinnen wollen. Wir leisten dies mit dem weiteren Ausbau und der Weiterentwicklung des differenzierten Bildungswesens. Wir handeln nach dem Motto: Wenn eine Schulart jungen Menschen etwas anbietet, was mit einem inhaltlichen Alleinstellungsmerkmal versehen ist, entwickeln wir diese Schulart weiter und wir wickeln sie nicht ab. Die Stichworte hierzu lauten: Weiterentwicklung der Pflichtschule und der Hauptschule hin zur Mittelschule, Weiterentwicklung des bayerischen Gymnasiums, Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens.

Zweitens. Wir werden die Vergleichbarkeit der Lebensbedingungen fortentwickeln, unabhängig davon, an welcher Stelle in diesem Land eine Familie lebt und ein Kind oder ein junger Mensch die Schule besucht. Wir sorgen dafür, dass ein Schulbesuch wohnortnah möglich ist und dass Schulstandorte in der Fläche erhalten bleiben. Wir haben die bekannten zehn neuen Gymnasien und außerdem die 15 neuen Realschulen auch in einer neuen Kooperationsmöglichkeit mit den Mittelschulen gegründet. Dies geschah weitaus überwiegend nicht in verdichteten Ballungsräumen oder in Kleinstädten, sondern wir sorgen dafür in der gesamten Fläche unseres Landes. Der Ausbau der beruflichen Oberschule ist eine Erfolgsgeschichte sondergleichen. Wir können den Aufbau bzw. den Ausbau von Standorten hierfür auf den Weg bringen.

Drittens. Wir sorgen dafür, dass das Erreichen des Ziels "Kein Abschluss ohne Anschluss" flächendeckend ermöglicht wird. Flächendeckend bedeutet, dass von jeder

weiterführenden Schulart aus ein Anschluss möglich ist und dass Angebote in der Fläche vorgehalten werden.

Viertens. Wir nehmen Rücksicht auf die Tatsache, dass die jungen Menschen sich immer unterschiedlicher entwickeln und dass sich die familiäre Situation unterschiedlich entwickelt hat. Deswegen gehen wir auf den Umstand ein, dass junge Menschen auf dem Weg zu dem Abschluss, den sie anstreben, möglicherweise individuell eine Lernzeit brauchen, die etwas von der schulischen Lernzeit abweichen kann. Im gesamten Bildungswesen in Bayern haben wir bereits Maßnahmen mit diesem Kerngedanken umgesetzt, Herr Kollege Aiwanger: den Modellversuch flexible Grundschule, das 9+2-Angebot an den Mittelschulen, die Möglichkeit der Kooperation zwischen Mittelschulen und Realschulen sowie die Einführungs- und Vorklassen an den beruflichen Oberschulen und Gymnasien. Wir bieten die Möglichkeit einer individuellen Lernzeit auch für diejenige weiterführende Schule an, an der der größte Teil eines Jahrgangs seinen Bildungsweg geht, nämlich für das Gymnasium.

Darin besteht der Unterschied zwischen Bayern und allen anderen Ländern: dass wir die Möglichkeit eröffnen werden, mit dem Flexibilisierungsjahr und einer weiterentwickelten Förderkulisse für die Mittelstufe genau darauf zu reagieren. Wir geben nicht eine Antwort von gestern und wir sagen nicht: neun hier, acht dort. Eine solche Antwort könnte zum Beispiel bei Standorten in ländlichen Räumen dazu führen, dass ein entsprechendes Angebot unter Umständen gar nicht ermöglicht werden kann. Vielmehr gehen wir so vor, dass wir jedem jungen Menschen auf seinem Entwicklungsweg eine Chance eröffnen und, sofern notwendig, die Möglichkeit schaffen, eine zusätzliche Lernzeit in Anspruch zu nehmen.

Wir können auch unter Verweis auf die Ergebnisse der empirischen Bildungsforschung feststellen, dass die Angebote für die jungen Menschen in unserem Land zu den besten in der Republik gehören. Gleichzeitig sage ich: Schönfärberei in der bildungspolitischen Debatte gibt es mit mir nicht, weil die Menschen in diesem Land eine

viel zu deutliche Wahrnehmung davon haben, wo wir besser werden müssen, wo wir Fehler diagnostizieren müssen und wo wir diese beseitigen wollen.

Das Thema der Herkunft und ihrer Prägewirkung gilt für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, aber auch für Bayern. Es betrifft die Herausforderung, dass einen starken Nachteil junger Menschen, wenn Sie es so ausdrücken wollen, nicht der Pass ihrer Eltern bildet, sondern zunächst die Tatsache, dass Deutsch nicht ihre Muttersprache ist. Dieser Herausforderung stellen wir uns mit aller Energie. Wir stellen uns durch die Weiterentwicklung der Integration den gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit der Zielsetzung des Ausbaus der Ganztagesangebote zu tun haben.

Dafür können wir unter Einsatz von so viel Personal wie noch nie seit 1946 sorgen, während gleichzeitig die Schülerzahl sinkt. Was die Zahl 1.082 angeht, Herr Kollege Gehring: Es handelt sich um zweimal 1.082 Stellen, die in diesem Rechenwerk, das Sie uns vorgetragen haben, zugrunde gelegt werden müssen. Man muss genau hinsehen, wenn man sich auf dieses Terrain begibt. Wir können mit dem höchsten Doppelhaushalt, der je im Freistaat Bayern für Bildungsausgaben vorgelegt wurde, in diesem Hohen Hause hohem Anspruch gerecht werden. Wir wollen uns diesem unserem hohen Anspruch stellen. Wir wollen eine optimale Antwort auf die Herausforderung, die Bildungschancen für die jungen Menschen in diesem Land zu verbessern, unabhängig davon, welcher Herkunft sie sind und wo sie in Bayern leben. Dabei lassen wir die Fehler, die zu benennen sind, nicht außer Acht, sondern wir arbeiten an diesen Fehlern und beseitigen sie.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Doppelhaushalt. Ich bedanke mich bei allen, die im Bildungsausschuss und im Haushaltsausschuss, inklusive der beiden beteiligten Häuser, die nötige Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 05, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14371 mit 16/14432, 16/14496 mit 16/14500, 16/14825, 16/14846 mit 16/14848, 16/14896 und 16/14897 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/14998 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14429 und 16/14432 in einfacher Form abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/14429 "Unterrichtsversorgung plus – Lehrerinnen- und Lehrerreserve aufbauen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Stimmen von CSU und FDP. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Änderungsantrag auf der Drucksache 16/14432 "Offensive für Inklusion – Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die CSU und die FDP. Stimmenthaltungen? – Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

Wie zu Beginn der Beratung angekündigt, lasse ich nun über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14387, 16/14397, 16/14400, 16/14402 und 16/14403 in namentlicher Form abstimmen. Zunächst lasse ich in namentlicher Form über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER "Zusätzliche Lehrerstellen an Volks- und Realschulen sowie Gymnasien" auf der Drucksache 16/14387 abstimmen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaales und auf dem Ste-

nografenpult bereitgestellt. Die Stimmabgabe kann beginnen; fünf Minuten stehen dafür zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 20.09 bis 20.14 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt bekannt.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Ausgaben für Jugendarbeit", Drucksache 16/14397, durch. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten abzugeben. Die Stimmabgabe ist eröffnet. Drei Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 20.15 bis 20.18 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag betreffend "Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände", Drucksache 16/14400, durch. Die Urnen stehen bereit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wiederrum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.19 bis 20.22 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmen wieder draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann bekanntgegeben.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Vereinseigener Sportstättenbau" auf der Drucksache 16/14402 durch. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Wiederrum drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.22 Uhr bis 20.25 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Wir führen jetzt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend "Sonderinvestitionsprogramm für den vereinseigenen Sportstättenbau" auf der Drucksache 16/14403 durch. Die Urnen stehen bereit. Die Stimmabgabe ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten in die Urnen zu geben. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 20.26 bis 20.29 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Stimmabgabe. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen.

Ich bitte um etwas Geduld, weil wir zunächst alle Stimmergebnisse brauchen. Ich bitte darum, im Saal zu verbleiben, weil wir noch die Schlussabstimmung zu dem wichtigen Haushalt durchführen müssen. Es handelt sich immerhin um den Bildungshaushalt. Also bitte bleiben Sie hier.

Ich gebe jetzt die Ergebnisse der zuvor durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend zusätzliche Lehrerstellen an Volks- und Realschulen sowie Gymnasien, Drucksache 16/14387: Mit Ja haben 43, mit Nein 81 Abgeordnete gestimmt. Es gab 15 Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend Ausgaben für Jugendarbeit, Drucksache 16/14397: Mit Ja haben 31, mit Nein 95 Abgeordnete gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände, Drucksache 16/14400: Mit Ja haben 55, mit Nein 75 Abgeordnete gestimmt. Es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend vereinseigenen Sportstättenbau, Drucksache 16/14402: Mit Ja haben 44, mit Nein 80 Abgeordnete gestimmt. Es gab 14 Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 14)

Abstimmung über den Änderungsantrag betreffend Sonderinvestitionsprogramm für den vereinseigenen Sportstättenbau, Drucksache 16/14403: Mit Ja haben 43, mit Nein 78 Abgeordnete gestimmt. Es gab 16 Stimmenthaltungen. Damit ist schließlich auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/14998 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 05 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. – Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – keine. Damit ist Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 16)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen, beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist gemäß der Beschlussempfehlung beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14998 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14411, 14496 mit 14500, 14825, 14846 mit 14848, 14896 und 14897 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich beim Hohen Haus.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Staatsminister Martin Zeil

Abg. Annette Karl

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Erwin Huber

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Thomas Mütze

Abg. Tobias Thalhammer

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Dietrich Freiherr von Gumpenberg

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Claudia Stamm

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Tobias Reiß

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

**Einzelplan 07 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn.
16/13903 mit 16/13905, 16/14826 und 16/14894),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13871 mit
16/13881),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13844 mit 16/13849 und
16/13851) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
16/13906 mit 16/13915 und 16/14660)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15136)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass beantragt worden ist, über den interfraktionellen Änderungsantrag auf der Drucksache 16/15136 einzeln in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Nun eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Staatsminister Martin Zeil. Herr Kollege, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 07 ist ein Etat, mit dem wir unsere Zukunftsideen für Bayern verwirklichen. Wir stärken den Standort in konjunkturell unsicheren Zeiten. Mit Rekordsummen für Investitionen und Innovationen wollen wir in den nächsten beiden Jahren die Grundlagen für das Ziel Vollbeschäftigung in Bayern 2015 legen. Ich danke dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Georg Winter, dem Kollegen Karsten Klein, den Berichterstattern und allen Mitgliedern des Ausschusses für die konstruktive Beratung zum Wirtschaftsetat. Gleichzeitig danke ich dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses, Herrn Kollegen Huber, und allen Kolleginnen und Kollegen, die an diesem Gemeinschaftswerk mitgewirkt haben.

Weil der Bayerische Landtag weiß, was Bayern braucht, können wir in enger Abstimmung politische Weichenstellungen vornehmen, die den Freistaat voranbringen. Dieser Wirtschaftsetat ist Ausdruck der Gestaltungskraft der Staatsregierung und der Koalition von CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bayern hat drei sehr erfolgreiche Jahre hinter sich. Der Freistaat steht an Finanz- und Wirtschaftskraft so gut da wie nie zuvor. Wir wissen: Wirtschaft ist zwar nicht alles, aber ohne eine erfolgreiche Wirtschaft könnten wir uns vieles nicht leisten. Weil Bayerns Unternehmer, Selbstständige, Existenzgründer und Freiberufler so erfolgreich sind und weil die Staatsregierung konsequent für einen Standort mit Premiumqualität sorgt, stimmt die Bilanz.

Bayern verfügt über so viele Arbeitsplätze wie nie zuvor. In Bayern gibt es die niedrigste Arbeitslosenquote und die niedrigste Armutsquote in Deutschland. Die Menschen in Bayern haben weit überdurchschnittliche Einkommen und genießen die höchste Le-

bensqualität. Wo es der Wirtschaft gut geht, geht es den Menschen besser. Eine gute Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, ist die beste Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bayern kann vieles allein. Über die weltweite Konjunkturschwäche und die europäische Schuldenkrise können freilich auch wir nicht einfach hinweggehen. Auch die bayerische Wirtschaft muss sich in den nächsten Monaten auf eine langsamere Gangart einstellen. Wer aber aus der Wirtschaftskrise von 2009 so stark hervorgegangen ist wie der Freistaat, ist auch für die bevorstehenden konjunkturellen Turbulenzen bestens gerüstet. Wir sehen den Entwicklungen auch nicht tatenlos zu. Wenn das Konjunkturklima frostiger wird, müssen wir die Krisenresistenz der Wirtschaft verbessern und das Vertrauen der Investoren in den Standort Bayern stärken. Deshalb ist dieser Einzelplan ein Haushalt für Stabilität in labiler Konjunktur.

Der Einzelplan 07 ist ein Haushalt, mit dem wir uns den großen Zukunftsaufgaben demografischer Wandel und Umbau der Energieversorgung sowie dem globalen Innovationswettbewerb stellen. Wir setzen auf Investitionen und Innovationen für Wachstum und Beschäftigung. Deshalb ist dieser Etat auch ein Haushalt der Zukunftsgestaltung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Hier, meine Damen und Herren, liegt auch der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün. Ob in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder Berlin: Rot-Grün steht für neue Schulden, kürzt bei Bildung und setzt bei künftigen Generationen den Rotstift an. Das ist Rot-Grün. Wir gestalten die Zukunft.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmars Halbleib (SPD): Das stimmt doch vorn und hinten nicht, was Sie erzählen!)

Bayern steht für die Rückzahlung von Altschulden und einen ausgeglichenen Haushalt. Wir gestalten die Zukunft mit mehr Bildung, mehr Investitionen, mehr Innovation.

Der Freistaat ist einzigartig in puncto Stabilität, Solidität und Zukunftskraft. Es kommt eben darauf an, wer ein Land regiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Dr. Paul Wengert (SPD): Ja, genau! - Annette Karl (SPD): Genau!)

Stabilität, Solidität und Zukunftsvorsorge, das ist auch der Weg aus der europäischen Schuldenkrise. Warum sind denn die Krisenländer in Schwierigkeiten geraten? – Weil sie über ihre Verhältnisse gelebt haben, weil sie zu teuer geworden sind, das zu erwirtschaften, was sie beanspruchen. Der einzige Ausweg sind straffe Konsolidierung der Haushalte und mutige Strukturreformen für Wachstum. In diesem Sinne können die Krisenländer viel vom Freistaat lernen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir in Bayern bekennen uns zur sozialen Marktwirtschaft. Wir bleiben unserem Kurs "Sparen, Tilgen, Investieren" treu. Attraktive Standortbedingungen, Mut zu Innovationen, Kraft zu Investitionen und Freiheit für unternehmerisches Engagement, das ist Bayern, das hebt Bayern vom Rest der Republik ab.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Wirtschaftsetat setzt die Linie des Programms "Aufbruch Bayern" nahtlos fort. Für den Wirtschaftsetat sind in den nächsten beiden Jahren 1,95 Milliarden Euro bzw. 1,98 Milliarden Euro vorgesehen. Damit sichern wir die wirtschaftliche Stärke Bayerns und Vollbeschäftigung im Jahr 2015.

Wir haben dabei eine klare Strategie. Vollbeschäftigung in Bayern ermöglichen, heißt zum Beispiel, die Chancen der Digitalisierung für neue, moderne Arbeitsplätze zu nutzen. Die Digitalisierung eröffnet uns neue und einzigartige Wachstumschancen und sorgt für eine neue Beschäftigungswelle im Freistaat. Sie ist die industrielle Revolution des 21. Jahrhunderts.

Wir machen Bayern – ich bin froh, dass meine Vorschläge in der Koalition auf so offene Ohren gestoßen sind – zum Pionierland der digitalen Welt. Wir setzen hier einen Schwerpunkt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das schnelle Internet ist das zentrale Nervensystem der digitalen Wirtschaft. Wir haben die Grundversorgung in Bayern im Rekordtempo hergestellt. Jetzt werden wir zum Ausbau des Hochgeschwindigkeitsinternet eine halbe Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Regionen, die unter besonderem demografischen Druck stehen, erhalten Fördersätze von 80 %. Damit wird es besonders im ländlichen Raum sehr viel leichter, mit der modernen digitalen Welt Schritt zu halten. Kein anderes Land in Deutschland investiert so viel in diese Zukunftstechnologie. Programme mit dieser Wucht schafft nur Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mit der Digitalisierung verfolgen wir einen umfassenden Modernisierungsansatz. Wir fördern beispielsweise Gründerzentren und Neugründungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Wir schalten uns hier sehr selbstbewusst in den Wettbewerb innerhalb Deutschlands ein. Wir werden beispielsweise in Franken eine "Modellregion digitale Gesundheitswirtschaft" einrichten. Bayern der Zukunft heißt Bayern digital.

Wenn wir die Vollbeschäftigung im Jahr 2015 erreichen wollen, müssen wir die Chancen neuer Energien für neue Arbeitsplätze nutzen, dürfen die Arbeitsplätze in der Industrie aber nicht aufs Spiel setzen. Weil wir bis zum Jahr 2022 einen Kernkraftanteil von mehr als 50 % an der Stromversorgung ersetzen müssen, treiben wir den Ausbau erneuerbarer Energieträger mit aller Kraft voran. Bereits heute können wir ein Drittel des Stromverbrauchs aus regenerativen Quellen decken. Das ist ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

- Sie haben das vielleicht noch nicht verstanden, aber die Fakten sprechen für uns. Bei der umweltverträglichen Energieversorgung ist keiner besser als wir in Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Strom aus erneuerbaren Energien ist auch ein Ergebnis der bisherigen Förderung. Dafür müssen Bürger und Unternehmen aber teuer bezahlen: 240 Euro pro Kopf und Jahr. Wir können unsere Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien genauso schnell und genauso sicher erreichen, wenn wir das Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG – fortentwickeln und beispielsweise auf ein Mengensteuerungsmodell umstellen. Das hat den großen Vorteil, dass Strom für Bürger und Wirtschaft dann bezahlbar bleibt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

- Ich weiß, dass es Ihnen egal ist, wie sich die Strompreise entwickeln. Uns ist das nicht egal.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Eine zuverlässige Stromversorgung ist für ein Land wie Bayern von sehr großer Bedeutung, weil die Industrie für Wachstum und Arbeitsplätze im Freistaat so wichtig ist. Deswegen müssen wir die Energiewende mit der Industrie und nicht gegen sie gestalten.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Wir kämpfen in Berlin für ein neues Förder- und Marktdesign, insbesondere auch für die erneuerbaren Energien mit dem Ziel: raus aus der Planwirtschaft, hin zu mehr Marktwirtschaft. Das ist die einzige Chance und das überzeugende Zukunftskonzept.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Versorgungssicherheit führen wir einen riskanten Wettlauf gegen die Zeit. Die Diskussionen selbst über das moderne und leistungsfähige Gaskraftwerk Irsching 5 haben uns das nachdrücklich vor Augen geführt. Bayern trifft mit seiner Forderung nach raschen Anreizen für den Bau und rentablen Weiterbetrieb von Kraftwerken genau ins Schwarze. Ich habe besonders auch den kommunalen Gesellschaftern unmissverständlich deutlich gemacht: Verantwortung für die Versorgungssicherheit Bayerns heißt auch: Irsching 5 muss am Netz bleiben. In diesem Zusammenhang wäre es der größte Fehler, jetzt, wenn das Kraftwerk Irsching ohnehin schon auf der Kippe steht, auch noch das Kraftwerk Grafenrheinfeld vorzeitig abzuschalten, wie es beispielsweise die GRÜNEN fordern. Wir hätten damit den Weg zu einem Blackout geradezu vorgezeichnet. Das wäre ein Schildbürgerstreich ohnegleichen.

Im Übrigen gilt: Bei der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung, einem ganz wesentlichen Baustein der Energiewende, hätte es Rot-Grün im Bundesrat in der Hand, die Blockade endlich aufzugeben. Es ist ein Skandal, dass dieser wesentliche Baustein nach wie vor blockiert wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Ihr habt es doch in der Hand!)

Wir verfolgen auf Landesebene ein umfassendes energiepolitisches Konzept. Wir haben auch unseren Masterplan und handeln danach.

Mit diesem Doppelhaushalt wollen wir 190 Millionen Euro in das neue Energiezeitalter investieren. Wir treiben damit unsere Anstrengungen voran, und wir werden im nächsten Jahr das erste Land sein, das einen eigenen Netzplan vorlegt.

Wir setzen unser Energieforschungskonzept fort. Wir reden nicht nur von neuen Energien, wir bereiten Ihnen den Weg und bringen Bayern beim Aufbruch in ein neues Energiezeitalter voran. Das gilt auch für das Thema Elektromobilität, für das wir 37 Millionen Euro bereitstellen.

Eines muss uns klar sein: Vollbeschäftigung geht nur mit einer dynamischen Industrie. Bayern steht heute auch deshalb so gut da, weil wir immer auf eine starke Industrie gesetzt haben. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 wollen wir die erfolgreiche Clusterpolitik fortsetzen. Die Clusterpolitik ist die Grundlage eines starken bayerischen industriellen Netzwerkes und setzt Maßstäbe weit über bayerische Landesgrenzen hinaus. Dass wir bundesweit im Spitzenclusterwettbewerb drei bayerische Erfolge verbuchen konnten, zeigt doch: Das von uns eingesetzte Geld ist gut investiert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dass Sie von den GRÜNEN die Mittel für dieses Erfolgsmodell streichen wollen, ist ein industriepolitischer Offenbarungseid. Sie wollen den bayerischen Automobilherstellern vorschreiben, welche Autos sie zu bauen haben. Das passt ebenfalls in dieses ideologische Bild und wäre ein enormer Schlag gegen einen unserer wichtigsten Arbeitgeber, nämlich die Automobilbranche. Dass die SPD zu diesen Plänen der GRÜNEN schweigt, spricht Bände. Andere Länder haben gelernt, dass es falsch war, die Industrie zu vernachlässigen. Die GRÜNEN haben es nicht gelernt, und sie kämpfen ideologische Schlachten aus dem letzten Jahrhundert. Grüne Politik ist eine innovationsfeindliche Politik von vorgestern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir hingegen setzen auf Innovationen auf breiter Front. Weil die Innovationsgutscheine für kleine Unternehmen und Handwerksbetriebe ein großer Renner sind, wollen wir allein dafür im Doppelhaushalt 2013/2014 insgesamt 10 Millionen Euro bereitstellen.

Wir wollen Vollbeschäftigung mit dem Handwerk, dem Mittelstand, den freien Berufen und den Existenzgründern erreichen. Wir haben dazu mit dem Mittelstandspakt den Weg bereitet und wollen ungeachtet des konjunkturellen Auf und Ab und der Knappheit an Fachkräften an einer handwerksfreundlichen Politik festhalten, um der Knappheit an Fachkräften abzuhelpen. Um die Ausbildungsleistung des Mittelstands zu unterstützen und Nachwuchskräfte zu mobilisieren, wollen wir auch im Doppelhaushalt

im großen Stil in überbetriebliche Bildung investieren; denn die duale Ausbildung ist etwas, um das uns die ganze Welt beneidet.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Auch dabei hat sich in den Haushaltsberatungen gezeigt: Wenn sich die GRÜNEN gegen die Mittelerhöhungen für das Handwerk stellen, so zeigt das nur eines: Sie haben keine Ahnung, was Mittelstand und Handwerk für unser Land leisten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir stehen weiter felsenfest zum Mittelstand und zum Handwerk. Wir haben Zuwendungshürden abgebaut. Wir haben uns mit den Initiativen "Study and stay in Bavaria", "Work in Bavaria" und "Return to Bavaria" selbstbewusst in den Wettbewerb um die besten Köpfe in der Welt eingeschaltet. Wir haben eine Willkommenskultur für Fachkräfte in Bayern entwickelt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bayern ist in der Welt zu Hause, und der Mittelstand hat noch ein enormes Potenzial in puncto Globalisierung. Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Koalitionsfraktionen uns in Bezug auf zwei neue Auslandsrepräsentanzen unterstützt haben und wir zum Beispiel auch Augsburg als internationalen Messestandort gestärkt haben, weil wir wissen: Ein erfolgreiches Bayern auf den Weltmärkten braucht einen erfolgreichen Mittelstand.

Vollbeschäftigung in Bayern bedeutet gute Bedingungen in allen Regionen Bayerns; deswegen unser Aktionsplan "Demografischer Wandel" und vor allen Dingen die hervorragende Entwicklung, dass wir das Auseinanderklaffen der Bezirke bei der Arbeitslosigkeit haben eindämmen können. Auch in Nordbayern haben wir teilweise bereits positive Wanderungssalden. Dies alles zeigt: Unsere innovative und aktive Regionalförderung ist erfolgreich. Wir haben – auch dafür bin ich dankbar – gemeinsam dafür

gesorgt, dass wir die regionale Wirtschaftsförderung auf einem Rekordniveau haben. Noch nie haben wir so viele Mittel für Investitionen bereitgestellt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur im ganzen Land. Wir haben neulich ausführlich über den Ausbau der Schieneninfrastruktur gesprochen. Wir haben den Durchbruch bei der Finanzierung der zweiten Stammstrecke erzielt. Ich bin dabei immer standhaft geblieben, und wir haben uns durchgesetzt. Die Finanzierung steht und das ist eine gute Nachricht für die über 800.000 Pendler. Wir stellen im Doppelhaushalt die Weichen. Der Weg für die zweite Stammstrecke ist frei.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich betone auch ausdrücklich: Der Bau einer dritten Start- und Landebahn für den Münchner Flughafen bleibt für uns auf der Agenda. Als internationaler Spitzenstandort kann Bayern seine wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Erfolge nur mit einem Flughafen von Weltrang halten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir alle werden das neue Jahr 2013 wieder mit den unvergleichlichen Klängen des Walzers "An der schönen blauen Donau" von Johann Strauß beginnen. Dank der jüngsten Bewegung innerhalb der Koalition wird diese Melodie für viele Menschen in Niederbayern in diesem Jahr einen ganz besonderen Klang haben. Die Menschen wollen, dass endlich entschieden wird – gerade auch in Bezug auf den Hochwasserschutz. Noch nie waren wir einem Konsens in Richtung verträglichem Ausbau so nahe. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dieser Einzelplan ist ein Zukunftsetat. Wir wollen die Erfolgsgeschichte Bayerns fort-schreiben. Bayern ist kein Land wie jedes andere. Eine innovationsstarke Industrie

und solides Handwerk sorgen für die Stabilität der bayerischen Wirtschaft. Der Doppelhaushalt ist unser Weg zur Innovation und zur Sicherung zukunftsfähiger Arbeitsplätze überall in Bayern. Wir haben im Gegensatz zur Opposition eine klare Vorstellung, wohin wir unser Land auch in den nächsten Jahren führen wollen. Deshalb ist der Doppelhaushalt auch ein klares Zeichen dafür, diese erfolgreiche Regierung auch nach der nächsten Wahl fortsetzen zu wollen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

In diesem Sinne bitte ich das Hohe Haus um Zustimmung zum Einzelplan 07.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf nun das Wort an Annette Karl von der SPD-Fraktion weiterreichen.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich am Beginn meiner Rede zunächst bei den Kollegen Paul Wengert und Susann Biedefeld für ihren Einsatz im Haushaltsausschuss sowie bei allen Mitgliedern der Verwaltung, die an der Erstellung dieses Haushaltsentwurfs beteiligt waren, bedanken. Der Haushalt wird in Zeiten hoher Steuereinnahmen, also in einer sehr komfortablen Situation, aufgestellt. Bei allen Einzelhaushalten; vor allem beim Haushalt des Wirtschaftsministeriums stellt sich die Frage: Wie wird diese komfortable Situation genutzt? Wird sie genutzt, um Impulse zu setzen, Grundlagen zu legen für eine moderne, nachhaltige und ausgleichende Wirtschaftspolitik, für eine Wirtschaftspolitik, die die Existenz und Entwicklungsgrundlagen für diese Generation und die nächsten erhält und verbessert? Wird sie genutzt für eine Wirtschaftspolitik, die von dem Ziel Wachstum geprägt ist; Wachstum im Bereich der Ökonomie – denn nur wenn Werte erwirtschaftet werden, gibt es auch etwas zu verteilen -; Wachstum im Bereich Ökologie – denn nur wenn Ressourcen geschont und effizient genutzt werden, kann Nachhaltigkeit stattfinden -; Wachstum im Bereich Innovation – denn Bayerns Wirtschaft kann nur durch hohe Qualität langfristig erfolgreich sein, nicht durch Billigheimerei -; Wachstum im Be-

reich Gerechtigkeit und Ausgeglichenheit – denn nur ein Land im Gleichgewicht bleibt auf die Dauer an der Spitze -;

(Beifall bei der SPD)

Wachstum im Bereich soziale Verantwortung und gute Arbeit – denn nur Menschen mit sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen können Familien gründen und Bayerns Zukunft gestalten?

Sieht man sich den Siebener-Haushalt daraufhin an, macht sich leider Enttäuschung breit. Die Chance zum Gestalten wird verpasst. Da hilft auch ständig wiederkehrendes Selbstlob nicht. Herr Wirtschaftsminister, Sie schreiben sich allwöchentlich die guten Zahlen von Bayerns Wirtschaft auf Ihre Fahnen und verkennen dabei, dass diese zuallererst ein Verdienst der hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger in Bayern sind, die in der Krise durch Lohnverzicht einen großen Beitrag zur schnellen Überwindung der Krise geleistet haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch ein Verdienst der Unternehmen in Bayern.

So ist Ihr Selbstlob Schönschauerei, die an Realitätsverweigerung grenzt. Es erinnert an einen Menschen, der sich im Winter im Wohnzimmer vor seine Strandfototapete stellt und dann anfängt, sich mit Sonnenöl einzuschmieren.

Die Vorlage des Siebener-Haushalts zeichnet sich durch überbordende Durchschnittlichkeit aus: keine Impulse, keine Schwerpunktsetzungen; dafür Kürzungen im Bereich regionale Wirtschaftsförderung.

Was sind die ständigen Sonntagsreden, was ist die geplante Verfassungsänderung zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse wert, wenn ein Haushalt gerade im Bereich des regionalen Ausgleichs gekürzt wird? Unsere Änderungsanträge dazu wurden leider abgelehnt. Anscheinend herrscht bei der Staatsregierung und den Regie-

rungsfractionen das Prinzip Hoffnung auf endlos sprudelnde EU-Gelder aus dem EFRE-Fonds vor. Das Prinzip Hoffnung ist aber keine Grundlage einer seriösen Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen klare Anstrengungen und Konzepte gegen die Einwohnerverluste in Nordbayern, die auch im Bericht der Staatssekretärin Hessel an das Kabinett deutlich wurden. Aber dazu kommt nichts anderes als blumige Ankündigungen – die haben wir gestern gehört – des Ministerpräsidenten, der gesagt hat: Wir vernetzen unsere Stärken. Das ist gut und schön, aber die Schwachen fallen durch die Netzknoten hindurch. Oder was passiert mit denen?

Herr Minister Zeil, gehen Sie endlich weg von der Politik der starken Stärken, weg von der Leuchtturmpolitik, die zu viele dunkle Flecken hinterlässt!

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident sollte nicht schon wieder neue Gesprächsrunden für weitere Zukunftsprojekte bezüglich Arbeitsplätze im ländlichen Raum ankündigen. Die CSU regiert in Bayern seit über 50 Jahren. Die Probleme der ländlichen Räume gibt es schon fast genauso lange.

(Beifall bei der SPD)

Nach 50 Jahren muss mit dem Reden über die Probleme endlich einmal Schluss sein. Es wird Zeit, die Lösungen anzupacken. Aber Sie alle handeln nach dem alten Motto: Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründ' ich einen Arbeitskreis.

Lassen Sie mich einige Bereiche aus dem Siebener-Haushalt näher beleuchten. Eine gut ausgebaute Infrastruktur ist das Rückgrat der Wirtschaft in Bayern. Es gilt deshalb, Projekte nicht nur in den Bundesverkehrswegeplan einzustellen, sondern auch für eine schnelle Realisierung zu sorgen. Zu einer guten Infrastruktur gehören aber nicht

nur Straßen, Schienen und Wasserwege, sondern auch die gesamte, sagen wir einmal: Hardware drumherum. In dem Zusammenhang ist es ein Skandal, dass von 1.000 Bahnhöfen in Bayern 800 noch immer nicht barrierefrei sind.

(Beifall bei der SPD)

Umso unverständlicher ist es, dass unser Antrag für ein Programm der Modernisierung bayerischer Bahnhöfe von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden ist. Die Kommunen hätten da eine Unterstützung nötig gehabt, um in diesem Bereich die Inklusion vorantreiben zu können.

Zur Infrastruktur gehört natürlich auch die Kommunikationsinfrastruktur, gehören also die schnellen Netze. Herr Huber, ich kann mich noch gut an Ihre Ausführungen erinnern, als Sie sagten, dass der Markt alles regle. Herr Minister Zeil hat in diesem Punkt auf die Opposition gehört. Er hat zwar gegen seine ordnungspolitischen Grundprinzipien verstoßen, aber Bayern einer flächendeckenden Breitbandversorgung ein Stück weit nähergebracht.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Was hat das mit Ordnungspolitik zu tun?)

Leider wurde das Jahr 2012 für den weiteren Ausbau durch die verpennte Ausarbeitung eines neuen Förderprogramms völlig verschenkt. Umso mehr hoffen wir, dass jetzt die Fördergelder schnell und unbürokratisch an die Kommunen gehen, damit die schöne, neue digitale Welt in ganz Bayern Einzug halten kann.

Da sich das neue Förderprogramm durch einen riesigen Bürokratismus auszeichnet, haben wir eine Aufstockung der Mittel für das Breitbandkompetenzzentrum von 1,5 auf 3 Millionen Euro pro Jahr beantragt. Damit kann wirklich die Grundlage dafür gelegt werden, dass ausreichend kompetentes Personal eingestellt werden kann, welches den Kommunen beratend zur Seite steht. Leider wurde auch hier mit der Ablehnung des Antrags die Chance verpasst.

Die Arbeitslosenzahlen in Bayern – das wurde schon gesagt – sind sehr erfreulich. Auch die peripheren Regionen holen hier auf. Herr Minister Zeil, zur Betrachtung des Arbeitsmarkts gehört aber auch die Auseinandersetzung mit der Qualität der Arbeitsplätze. Die Zahl der prekären, mies bezahlten Jobs steigt immer weiter. 400-Euro-Jobs verdrängen in zunehmendem Maß reguläre Arbeitsplätze, wie eine aktuelle Studie des IAB, des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, zeigt. Jeder weiß: Schlecht bezahlte Arbeitsplätze führen konsequenterweise zu Armut im Alter.

Die steigende Altersarmut kann uns nicht gleichgültig lassen. Nötig ist deshalb endlich ein Vergabe- und Tariftreuegesetz, damit Wettbewerb nicht weiter über Lohndumping stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Ebenso unverzichtbar ist schließlich ein flächendeckender Mindestlohn. Am Konjunkturmarsch ziehen Wolken auf, zum Beispiel in den Zulieferbetrieben der Automobilindustrie. Die Kurzarbeiterregelungen müssen darauf reagieren. Die Möglichkeit der Verlängerung von Kurzarbeit ist hier ein erster wichtiger Schritt.

Gerade in Zeiten zunehmender Herausforderungen ist eine Wirtschaftspolitik im Dialog gefragt unter Einbeziehung von Betrieben, Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Kammern, Gewerkschaften, Betriebsräten und Organisationen der Zivilgesellschaft.

Politik schafft keine Arbeitsplätze, kann aber die Bedingungen dafür deutlich verbessern. Eine Politik nur der ruhigen Hand und des alleinigen Zuwartens ist hier nicht hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Moderne Wirtschaftspolitik braucht einen klaren Fokus auf Innovations- und Forschungsförderung. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass über die Nachschubliste 35 Millionen Euro zusätzlich für die Technologieförderung bereitgestellt wurden.

Aber Voraussetzung für technische und organisatorische Innovation sind vor allem qualitativ hochwertige Ausbildung und eine leistungsfähige Wirtschafts- und Forschungsinfrastruktur. Wir brauchen deshalb gute Bildungseinrichtungen, die Abschaffung der Studiengebühren und endlich einen Fokus auf eine vernünftige Kinderbetreuung.

Bei der Innovations- und Forschungsförderung gilt es, nicht nur auf exportorientierte Leuchttürme zu setzen, sondern auch die sogenannten alten Branchen einzubeziehen, die für die Wertschöpfungsketten wichtig sind. Der Anteil der F&E-Aufwendungen muss deutlich erhöht werden, damit Zukunftschancen gefördert werden. Handwerk und Mittelstand brauchen bei all unseren Anstrengungen eine stärkere Beachtung. Zum Bereich Energie wird sich Kollege Ludwig Wörner äußern. Zum Bereich Tourismus wird Kollege Wengert Näheres darlegen.

Ich habe es bereits gesagt: Die Chancen für eine Gestaltung der Wirtschaft sind mit diesem Haushalt verpasst worden. Deswegen werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Erwin Huber von der Christlich-Sozialen Union das Wort.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn ebenfalls den Berichterstatlern zum Einzelplan 07 danken, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und auch Herrn Kollegen Klein von der FDP sowie unserem Kollegen Radwan. Der Einzelplan 07 enthält eine sehr gute Mittelausstattung, und auch er ist ein Glanzstück des bayerischen Doppelhaushalts 2013/2014.

Aber, meine Damen und Herren, erfolgreiche Wirtschaftspolitik kann man nicht an diesen Haushaltszahlen allein messen, sondern in besonderer Weise auch daran, wie sich die Wirtschaft für die Menschen in einem Land entwickelt. Wir können erfreuli-

cherweise feststellen: Deutschland hat die Krise am besten überwunden. Deutschland ist Nummer 1 in Europa.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Früher waren die Vereinigten Staaten von Amerika die Lokomotive in der Weltwirtschaft, heute sind es andere Länder; aber in Europa ist es insbesondere Deutschland. Wir können nur wünschen, dass sich andere europäische Länder an Deutschland ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP):

Und an Bayern! - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): An Niederbayern!)

- Und an Bayern und besonders an Niederbayern. Das ist völlig klar. Meine Aussagen fallen auf fruchtbaren Boden, stelle ich fest. In der Tat ist Bayern innerhalb Deutschland wiederum die Nummer 1.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP))

Bayern hat die beste Bilanz hinsichtlich des Arbeitsmarkts. Dabei geht es nicht um die Statistik, sondern das kommt den Menschen in Bayern zugute.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): So ist es!)

Bayern hat mit 3,4 % die niedrigste Arbeitslosigkeit. Ich stelle fest: Die Distanz zu Baden-Württemberg wird immer größer. Das grün-rot regierte Baden-Württemberg fällt zurück. Bayern holt immer mehr auf, auch im Vergleich zu den Spitzenregionen in ganz Europa.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich dachte, wir sind die Besten! - Volkmar

Halbleib (SPD): Ganz logisch ist der Vortrag nicht!)

Herr Minister Zeil, mir ist in Erinnerung, dass Herr Professor Sinn vor Kurzem in Ihrem Haus zu Recht mit der Staatsmedaille für Verdienste um die bayerische Wirtschaft ausgezeichnet wurde. In seiner Dankadresse hat Herr Professor Sinn gesagt, Bayern gehöre zu den zehn besten Regionen in ganz Europa, und wenn man die städtischen Räume wegnehme, sei Bayern Nummer 1 unter den Flächenregionen in ganz Europa.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich könnte das auch sagen, aber mir glauben Sie es nicht. Bei Herrn Professor Sinn wird niemand zweifeln. Er steht als Nordrhein-Westfale nicht im Verdacht, Propaganda für Bayern zu machen. Aber die Fakten sind so, und an ihnen kommt kein Mensch vorbei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nehmen Sie einmal das rot-grüne München heraus, dann sieht es anders aus!)

Und ich sage: Die niedrige Arbeitslosigkeit dient den Menschen.

Frau Kollegin Karl, schauen Sie sich einmal an, wie sich innerhalb Bayerns die Regierungsbezirke entwickeln. Wir haben in diesen Jahrzehnten eine deutliche Verringerung der Differenz zu verzeichnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Eine Abwanderung!)

- Nein, nein. Sie haben keine Ahnung, Herr Halbleib. Das muss ich wirklich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Heute liegt die Arbeitslosenquote in sechs der sieben Regierungsbezirke zwischen 3,0 und 3,9 %. Sechs von sieben Regierungsbezirken sind weniger als 1 % auseinander. Das ist in besonderer Weise auch eine Leistung der Wirtschaft in Oberfranken,

die ungeheuer unter dem Strukturwandel gelitten, aber heute eine Arbeitslosigkeit unter 4 % zu verzeichnen hat und in der Tat das industrielle Herz Bayerns ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Weil viele abgewandert sind! Das ist doch klar!)

Ich möchte der Wirtschaft von Oberfranken dafür meine große Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der CSU - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie hat sich die Bevölkerung entwickelt? Die Grundstückspreise? - Volkmar Halbleib (SPD): Sie sagen, ich habe keine Ahnung! Sagen Sie doch einmal etwas dazu! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Dazu komme ich schon noch. – Ich finde, es bleibt auch weithin unbemerkt, dass diese gute Arbeitsplatzsituation in besonderer Weise Frauen zugutekommt. Nicht jene, die ständig von Frauenförderung reden, haben die beste Situation zu verzeichnen; Bayern hat die höchste Frauenerwerbsquote unter den westlichen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD)

Wir haben die geringste Armut unter Kindern, wir haben die geringste Armut unter den älteren Menschen, wir haben die beste Bilanz bei den Lehrstellen. Ich habe die Zeit vor fünf oder sechs Jahren noch gut in Erinnerung, als die Eltern auch in unsere Sprechstunden gekommen sind, um Lehrstellen für ihre Kinder zu bekommen. Heute gibt es einen Überschuss an Lehrstellen. Das ist die Leistungsbilanz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist rundum eine gute Entwicklung, aber jeder weiß auch: Das hängt auch sehr stark an der globalen Wirtschaft. Wir haben natürlich auch Glück. Dass wir mit BMW und Audi in Bayern die beiden Premiumhersteller in der Automobilwirtschaft haben, muss man hervorheben. Das Opel-Werk in Bochum wird mutmaßlich in wenigen Jah-

ren geschlossen werden, und wir haben die Premiumhersteller, die von Ihnen, von der linken Seite, wegen der Umweltsituation oft abgewatscht worden sind. Seien wir froh, dass wir die besten Autos der Welt herstellen und dass wir und die Zulieferer dadurch Beschäftigung haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Auch deshalb steht Bayern besser da. Das ist – Frau Kollegin Karl, da gebe ich Ihnen recht – in der Tat eine Leistung der Menschen, es ist eine Leistung der Unternehmer, des Mittelstandes und vieler gesellschaftlicher Gruppen. Ich möchte, was die letzten zehn Jahre angeht, durchaus auch die Vernunft der Gewerkschaften und die Vernunft von Betriebsräten erwähnen. Wir haben in Bayern ein gutes soziales Klima, und das sollten wir uns auch erhalten. Klassenkampf führt nicht weiter, sondern Partnerschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber man muss natürlich auch sagen: Das Ganze ist auch eine Frucht von politischen Rahmenbedingungen. Frau Kollegin Karl hat es gesagt. Wir sind seit 50 und mehr Jahren in Bayern an der Regierung, seit 2009 in dieser Koalition. Ich finde, dass es wirtschaftlich ununterbrochen ein Weg des Aufstiegs war, angefangen von Alfons Goppel über Franz Josef Strauß, die Industrialisierung Bayerns, die Hightech-Politik von Edmund Stoiber, die klaren Standortentscheidungen, bis hin zur Orientierung auch am Produzieren der Wirtschaft.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nichts zu Horst Seehofer?)

Wir sind nicht dem Irrtum erlegen, dass Dienstleistungen die Triebfeder der Wirtschaft sind, sondern wir haben gesagt: Wir brauchen eine starke industrielle Basis. Die haben wir, und das zahlt sich jetzt aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Dann war also der Verlust der absoluten Mehrheit nicht der Untergang Bayerns!)

Das heißt, dies ist ein durchgehender Weg des Erfolgs, der natürlich nie garantiert ist. Aber wir haben auch die Rahmenbedingungen richtig gesetzt. Ich möchte dazu sagen: Auch die Koalition in Berlin hat durch Beitragssenkungen, die von SPD und GRÜNEN abgelehnt und bekämpft werden, dazu beigetragen. Gerade heute scheitert wahrscheinlich im Vermittlungsausschuss wieder die Steuersenkung, der Abbau des Mittelstandsbauchs, der Abbau der kalten Progression, an der Borniertheit von Rot-Grün.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber es geht noch weiter. In seiner Rede am letzten Sonntag hat der Kanzlerkandidat der SPD in Sachen Steuerpolitik gesagt: Wir brauchen eine höhere Erbschaftsteuer, wir brauchen die Wiedereinführung der Vermögensteuer, wir wollen die Kapitalerträge höher besteuern, wir wollen den Spitzensteuersatz anheben, und wir wollen das Ehegattensplitting beseitigen.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss dazu sagen: Wer das Ehegattensplitting beseitigen will, der schadet den Familien in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wer in der jetzigen Situation, in der die Erträge unter der hohen Inflation leiden, die Kapitalerträge höher besteuert, trifft nicht in erster Linie die Millionäre, sondern insbesondere die kleinen Sparer.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist doch lächerlich, was Sie da erzählen!)

Die SPD hat das Prädikat "Politik für den kleinen Mann" endgültig verloren. Das Einzige, was der Kanzlerkandidat kann, ist, seinen eigenen Profit zu mehren.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Die Substanz wird immer schlechter!)

Das wird die Auseinandersetzung der nächsten Monate sein

(Zurufe von der SPD)

- Diese Auseinandersetzung nehmen wir gerne mit Ihnen auf. Dann werden wir die Leute fragen: Wer ist für Steuersenkungen, und wer ist für Steuererhöhungen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Da werden wir sagen: Wer die investierende Wirtschaft belastet, wer die Leistungsträger der Wirtschaft belastet, der riskiert den wirtschaftlichen Abschwung, sorgt aber nicht für Fortschritt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Huber, Frau Kollegin Kohnen hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Erwin Huber (CSU): Nachher. - Jetzt möchte ich noch ein paar für uns wichtige Punkte herausgreifen. Ich glaube in der Tat, Frau Kollegin Karl, dass die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sehr wichtig sind. Fachkräftemangel ist nicht nur eine Frage der Zuwanderung. Das löst die Probleme nicht. Ich möchte die Unternehmen auch in Bayern aufrufen, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten. Ich bin auch der Meinung, dass die 400- oder 450-Euro-Jobs normale Arbeitsverhältnisse nicht verdrängen dürfen. Ich bin durchaus der Meinung, dass wir Zeitarbeit brauchen. Ich bin aber auch der Auffassung, dass nach einer gewissen Zeit Equal Pay auch in der Wirtschaft realisiert werden muss.

(Natascha Kohnen (SPD): Das sagen gerade Sie! - Volkmar Halbleib (SPD): Wie viele Jahrzehnte geben Sie sich noch nach "einer gewissen Zeit"?)

Dass Zeitarbeit auf Dauer, über mehrere Jahre, zu einem gewissen Lohndumping beiträgt, ist nicht der Sinn dieser Einrichtung, um das klar zu sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich durchaus gegen gesetzliche Mindestlöhne. Ich glaube, es ist ein ungeheures Risiko, wenn der Staat die Löhne festsetzt. Sollen wir denn in Zukunft in Wahlkämpfen sagen: Ich bin für neun Euro, für zehn Euro? Dann findet ein Überbietungswettbewerb zulasten der Wirtschaft statt.

Ich bin der Meinung – und das müssten Sie eigentlich auch vertreten, meine Damen und Herren von der SPD -: Wir brauchen starke Gewerkschaften. Sie müssen aber auch die erste Kompetenz in der Lohnfindung haben und nicht der Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wir haben eine Marktwirtschaft und keine Staatswirtschaft.

Ich bin aber auch der Meinung, dass man Möglichkeiten im Entsendegesetz mit der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen ausweiten muss, damit wir ungerechtfertigtes Lohndumping verhindern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da muss dann der Staat ran!)

Ich bin nicht für Hungerlöhne oder Ausbeutung. Da brauchen wir selbstverständlich auch klare Regelungen, meine Damen und Herren!

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es! Da brauchen wir den Staat!)

Zum Thema Breitband ist alles gesagt. Ich möchte nur herausgreifen, dass die CSU-Fraktion dazu beigetragen hat, dass wir die Gelder haben, um dieses Programm flächendeckend umzusetzen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Landesbank!)

Bayern 3.0 ist für uns die Kennmarke.

Zur Energiepolitik wird Kollege Tobias Reiß etwas sagen.

Ich verstehe den Antrag der SPD überhaupt nicht, wenn man sagt: Wir bauen Büros von Bayern in anderen Ländern, meinetwegen auf anderen Kontinenten, ab; denn Bayern ist nur auf dem globalen Markt erfolgreich. Deshalb brauchen wir auch die Repräsentanz des Freistaats Bayern in diesen Ländern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Zum Schluss: Verkehrsinfrastruktur heißt Straße, heißt Schiene, heißt für mich auch ein leistungsfähiger Donauausbau.

(Volkmar Halbleib (SPD): Welchen Donauausbau meinen Sie?)

Richtig ist die zweite Stammstrecke. Es ist auch richtig, dass wir die dritte Startbahn beim Flughafen München weiter vertreten.

Lassen Sie mich eines sagen zu dem komischen Bündnis, das nächstes Jahr die Regierung übernehmen will. Bei der zweiten Stammstrecke ist die SPD dafür, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN sind dagegen. – 2 : 1.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Bei der dritten Startbahn am Flughafen ist die SPD dafür, die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN sind dagegen. Sie können sich noch nicht einmal in der Opposition einigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Das ist für mich der Beweis dafür, dass Sie nicht regierungsfähig sind, meine Damen und Herren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr schafft das sogar innerhalb der CSU! - Hubert Ai-wanger (FREIE WÄHLER): Da haben Sie den Söder, den Dobrindt und den ... - Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn ich dann noch die Europapolitik und den Euro nehme, dann muss ich sagen: GRÜNE und SPD sind für Eurobonds, für Rettungsschirme, Schirme.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich darf zwischenrufen!)

Erwin Huber (CSU): Und der Kollege Aiwanger hält rechtsradikale Reden dazu, meine Damen und Herren. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie spinnen wohl! Das lasse ich mir nicht gefallen! Ich lasse Ihnen noch die Zeit, sich zu entschuldigen!)

Der Freistaat Bayern hätte eine bessere Opposition verdient. Die Regierung kann man Ihnen nicht anvertrauen, sonst wäre der Erfolgsweg Bayerns bald beendet, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Huber, bleiben Sie bitte noch am Redepult. Frau Kollegin Kohnen hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin Kohnen.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Huber, das war ein bemerkenswerter Auftritt, den Sie hier hingelegt haben. Ehrlich gesagt, kommen Sie mir wie ein Dinosaurier aus meiner Kindheit vor. Nicht nur, dass Sie von Ideologie reden, für mich sind Sie einer der größten Ideologen vor dem Herrn, nicht nur in der Atompolitik, sondern vor allem mit Ihrem Bild von Gesellschaft und Frauen. Sorry, davon haben Sie überhaupt keine Ahnung.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Erstens möchte ich Sie fragen: Ist denn die Frucht der politischen Rahmenbedingungen, wie Sie es so schön formuliert haben, allen Ernstes, dass Frauen in Bayern heute beim Rentendurchschnitt mit 506 Euro Schlusslicht sind, dass Männer das Doppelte bekommen?

Zweitens: Seit 2006 ist es in Deutschland gelungen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen um 1 % auf 22 % zu senken. Wie erklären Sie es sich, dass Bayern es auch hier geschafft hat, die Lohnlücke von 23 auf 26 % klaffen zu lassen? In Bayern haben Frauen weniger Chancen als im restlichen Bundesgebiet.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sagen, das Ehegattensplitting sei richtig, dann kann ich nur sagen: In welchem Jahrhundert leben Sie eigentlich? Glauben Sie allen Ernstes, dass es noch eine Versorgungsebene gibt wie früher? Kommen Sie doch endlich in der Realität an.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Huber, Sie haben das Wort.

Erwin Huber (CSU): Ich will mich zunächst einmal auf den sachlichen Teil konzentrieren. Die höchste Frauenerwerbsquote der westlichen Länder in Bayern spricht für sich, meine Damen und Herren.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber für welchen Lohn?)

Die besten Chancen haben Frauen in Bayern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Den Lohn dafür legt nicht der Staat, sondern legen die Ihnen nahestehenden Gewerkschaften fest, um das deutlich zu sagen.

(Natascha Kohnen (SPD): Aber Sie schaffen die Rahmenbedingungen!)

Eines ist klar: Das Rentenniveau von Frauen reicht insgesamt nicht aus. Aber gerade die letzte Diskussion vor einer Stunde hat den Weg gezeigt, den wir gehen wollen. Die Anerkennung von Kindererziehungszeiten würde diese Lebensleistung der Frauen honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Aus meiner Sicht ist das auch keine renten- oder systemfremde Leistung, denn das Rentensystem beruht darauf, dass man Beiträge bezahlt und künftig Beiträge erzielt. Wer aber in der Vergangenheit die Hauptlast getragen hat, das waren die Frauen. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, dass die SPD die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Rente ablehnt. Meine Damen und Herren, Sie haben ein völlig veraltetes Familienbild. Das ist es.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Informieren Sie sich, Herr Huber, bevor Sie reden!)

Als Letztes: Wenn Sie auch nur eine blasse Ahnung vom Steuerrecht hätten, dann würden Sie wissen, dass die Abschaffung des Ehegattensplittings dazu führt, dass in besonderer Weise die Familien, und zwar alle, mehr Steuern bezahlen müssen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Stimmt ja gar nicht!)

Man kann fragen: Kann man das zu einem Familiensplitting weiterentwickeln? Da bin ich dafür.

(Maria Noichl (SPD): Das haben wir schon lang gefordert!)

Dafür wäre ich auch offen. Aber die Abschaffung des Ehegattensplittings führt doch dazu, dass Ehepartner wie Singles behandelt und besteuert werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Das wäre ein eklatanter und familienfeindlicher Rückschritt des gesamten Steuerrechts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Natascha Kohnen (SPD): Es ist sinnlos, Herr Huber! Sie nehmen die Fakten nicht zur Kenntnis!)

- Frau Kollegin Kohnen, die Frauen haben nichts davon, wenn feministische Reden gehalten werden, sondern nur, wenn ihre Lebensumstände in der Praxis verbessert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich erteile dem nächsten Redner das Wort, wenn Sie sich beruhigt haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Persönliche Erklärung zum Huber!)

- Bitte schön, Herr Aiwanger. Sie können gerne eine persönliche Erklärung abgeben. Normalerweise ist das erst am Schluss einer Debatte.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Huber, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Ihre Aussage: "Der Aiwanger hält rechtsradikale Reden" lasse ich mir nicht gefallen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der SPD)

Ich fordere Sie auf, sich entweder jetzt zu entschuldigen, oder ich lasse mir etwas anderes einfallen.

(Heiterkeit bei der CSU - Harald Güller (SPD): Einen bestimmten Stil könnte auch der Herr Huber wahren! - Volkmar Halbleib (SPD): Entschuldigt euch, verdammt noch mal! Das ist doch ein Kindergarten da drüben! Das finde ich inakzeptabel!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, beruhigen Sie sich wieder.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was wäre gewesen, wenn ich das über den Herrn Huber gesagt hätte?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, beruhigen Sie sich.

Es war vorhin bei der Rede des Kollegen Huber eine solche Lautstärke, die nicht zuletzt von den Zwischenrufern verursacht wurde, dass ich die Ausführungen des Kollegen Huber nicht voll verstehen konnte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die stehen im Protokoll!)

Aus diesem Grunde konnte ich nicht feststellen, ob das, was Sie hier behaupten, stimmt oder nicht stimmt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es steht im Protokoll! Nehmen Sie das Protokoll!)

- Wir können das später im Protokoll nachlesen; und dann kann man darüber sprechen. Sie müssen mir aber zubilligen, dass ich erst dann reagieren kann, wenn ich etwas gehört habe. Ich habe meine Kollegin gefragt: Sie hat auch nichts gehört, und zwar einfach deswegen – das darf ich auch hinzufügen –, weil Ihre Stimme stärker ist als die des Kollegen Erwin Huber und Sie ständig dazwischengebrüllt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Unruhe)

Wenn Sie sich beruhigt haben, fahren wir mit der Tagesordnung fort. Als nächster Redner hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich verdient die bayerische Wirtschaft unser aller Anstrengung, politisch die Rahmenbedingungen zu schaffen. An dieser Stelle wurden von unserem Vorsitzenden rechtsradikale Formulierungen oder Reden vorgeworfen. Ich

habe kein Verständnis, lieber Kollege Huber, dass Sie das an dieser Stelle nicht durch eine Erklärung

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

oder Entschuldigung wieder aus der Welt schaffen. Dann wären wir nämlich wieder dort, wo wir in dieser Debatte hin müssen, nämlich bei der Frage: Wie können wir auch landespolitisch die Wirtschaft mit ihrer positiven Entwicklung im Jahre 2012 in die Jahre 2013 und 2014 begleiten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem aber diese Bereitschaft offenbar nicht besteht, sprechen wir, sehr geehrter Herr Zeil, auch über die bayerische Wirtschaftspolitik. Natürlich haben wir ein gutes Jahr in Bayern, ein gutes Jahr der Unternehmen, ein gutes Jahr für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Jetzt stellt sich die Frage, wie wir durch bayerische Landespolitik

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Wer hat das denn verantwortet? -
Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Impulse für die Wirtschaft geben und Entwicklungs- und Entfaltungschancen für die großen und kleinen Unternehmen, denen wir diese Zahlen verdanken, gewährleisten oder diese unterstützen können. Die Ausgangspunkte sind klar; die Zielsetzungen an sich auch: gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern auf der Grundlage der guten Einnahmesituation, guter Rahmenbedingungen für die Gestaltung und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten bayerischer Politik.

Leider haben wir auch im Einzelplan 07 feststellen müssen, dass die Staatsregierung in diesem vorgelegten Haushaltsteil ihre Chancen nicht nutzt – nicht in finanzieller Hinsicht, nicht in steuernder Hinsicht –, der auch verfahrensmäßig erhebliche Defizite und Schwächen hat.

Lassen Sie mich in aller Kürze vier Aspekte und Punkte aufzählen. Erstens. Herr Zeil, Sie haben gesagt, Sie hätten eine klare Vorstellung davon, wie sich Bayern auch gesamtwirtschaftlich weiterentwickeln will. Hätten Sie uns das doch auch im Landesentwicklungsprogramm deutlich gemacht und uns wissen lassen, wo Ihre klaren Entwicklungsvorstellungen sind!

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Und täglich grüßt das Murmeltier!)

Davon war nichts zu sehen und zu hören. Wir haben beispielsweise – nur zwei Aspekte – kein Regionalbudget und damit keine Möglichkeit, die Regionen in ihren Entwicklungsvorstellungen finanziell zu unterstützen.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das stimmt doch nicht!)

Wir haben auch keinen Ansatz für Behördenverlagerungen, für ein Behördennetz, das auch die wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen Bayerns stärkt.

Zweitens, Infrastruktur. Bei der Schiene haben wir jetzt Mittel für die zweite Stammstrecke in München. Im Übrigen ist leider nicht mehr so viel vorhanden, um auch anderswo die Infrastruktur kraftvoll zu unterstützen. Das gilt für die Straße, und das gilt im Übrigen auch für die Schieneninfrastruktur.

Drittens, Breitband. Was wir nach einem Jahr der Wartezeit nun bekommen haben, ist leider ein bürokratisches Monster, das in dieser Art und Weise durchaus – das ist uns bewusst – auch durch europäische Vorgaben

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Auch!)

gestaltet worden ist. Wir wissen, dass das kein Flächenprogramm ist. Gemeinden, die große Flächen entwickeln wollen, werden noch ihr blaues Wunder erleben. Vor allem aber ist die Regelung, wonach die Dienstleister umfassende Zugangsverpflichtungen übernehmen und Durchleitungsrechte gewähren müssen, ein Handikap, um kraftvoll vorwärts zu kommen. Kabel Deutschland beispielsweise als einer der geborenen An-

bieter und Dienstleister hat uns an dieser Stelle große Schwierigkeiten gemacht. Das wird uns auch noch insgesamt hemmen. Ob jetzt da durch weitere und verbesserte Verhandlungen nicht doch mehr für Bayern möglich gewesen wäre, darf an dieser Stelle freilich noch einmal gefragt sein.

Zum Ansatz im Haushalt. Im Jahr 2013 sind es 50 Millionen Euro, auch im Jahr 2014 sind 50 Millionen angesetzt. Der Rest sind Verpflichtungsermächtigungen und damit Hypotheken auf die Zukunft. Dadurch ist für Sie natürlich die Möglichkeit eingeräumt, die Gesamtmittel einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen auszugeben. Haushalterisch ist das aber zunächst nicht ehrlich dargestellt, weil damit ab dem Jahr 2015 die Verpflichtung besteht, über die Verpflichtungsermächtigungen verauslagte Mittel abzufinanzieren. Deswegen beantragen wir nicht nur Möglichkeiten einzuräumen, sondern ehrlicherweise die Mittel tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Ein letzter, uns auch noch sehr wichtiger Punkt – in der Kürze der Redezeit können wir viele andere wichtige Aspekte nicht darstellen; Herr Kollege Glauber will auch noch einige Aspekte der Energiepolitik beleuchten – ist die Wirtschaftsförderung.

(Tobias Thalhammer (FDP): Auf der Pressekonferenz wurde doch schon alles gesagt!)

- Das ist nicht wahr. Hören Sie zu. Ich will noch ein paar wichtige Aspekte ergänzen. Die Wirtschaftsförderung ist für den Gesamtraum Bayern und für die Gesamtentwicklung Bayerns über Jahre und Jahrzehnte immer ein wichtiges Instrument gewesen. Der Ministerpräsident hat erst gestern wieder zu Recht gesagt: Die Arbeitsplätze sind das A und O für die Gesamtentwicklung in und für Bayern. Ist das also dann ein Schwerpunkt im Haushalt geworden? – Leider nicht. Ich nenne Ihnen die Zahlen.

Der Haushaltsansatz 2012 für die Wirtschaftsförderung war zunächst 66 Millionen Euro, im Nachtragshaushalt kamen noch einmal 35 Millionen Euro dazu. Im Ansatz sind es also 101 Millionen Euro gewesen. Im Haushalt 2012, Stand Ende November, sind insgesamt 195 Millionen Euro Wirtschaftsförderung zum Einsatz gekommen –

das sind bayerische Mittel und Bundesmittel. Das ist doch ein deutliches Signal, dass die Wirtschaft mehr braucht, dass die Wirtschaft entsprechende Anträge gestellt hat und investitionsbereit ist. Nutzen wir doch in den Zeiten, in denen da und dort auch konjunkturelle Sorgen bestehen, diese Möglichkeit, investitionsbereiten Unternehmen die entscheidenden Förderimpulse zu geben; denn schon jetzt wissen wir, was wir 2013 haben: in Bayern insgesamt 632 Anträge und 296 Millionen Euro Fördervolumen für eine Investitionssumme von über 1,4 Milliarden Euro. Wir haben jetzt einen bescheidenen Ansatz von 120 Millionen Euro. Konjunkturell, landespolitisch ist das wiederum eine Fehlentscheidung, mit der große Chancen nicht genutzt werden.

Das sind einige landespolitisch wichtige Aspekte. Wir wollen an dieser Stelle nicht mitmachen, wieder über Bundespolitik zu reden, weil wir selbst sehr verantwortlich bessere Wirtschaftspolitik machen könnten, als das in diesem Haushaltsentwurf zum Ausdruck und zum Tragen kommt. Deswegen werden wir den Einzelplan 07 ablehnen und nicht mittragen. Einige wesentliche Aspekte habe ich Ihnen gerade genannt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU: Das ist schwach!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Thomas Mütze vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Herrn Huber sage ich einmal nichts; das kann man eigentlich nur ignorieren.

Ich hätte ja gerne meine Rede gesungen, weil wir mitbekommen haben, dass der Ministerpräsident am Montag auf der Donau vom Gesang des Herrn Bogner von Haindling so beeindruckt war. Ich hätte anfangen können mit

(Abgeordneter Thomas Mütze (GRÜNE) singt: Es ist ein Zeil entsprungen. - Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Nicht schlecht, Herr Kollege! Weitermachen!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, das Vorsingen hier ist unparlamentarisch.

Thomas Mütze (GRÜNE): Vielen Dank!

(Alexander König (CSU): Ich nehme zurück, dass es nicht schlecht war! - Lebhafteste Zurufe)

Ich werde darauf verzichten, weil Herr Zeil nicht Seehofer ist, dessen Herz von einem solchen Gesinge berührt würde. Also lassen wir das lieber.

(Tobias Thalhammer (FDP): Von manchem Gesinge ist er schon berührt worden!)

Kommen wir lieber zum Ministerium des Ministers Zeil. Das Ministerium hat ganz viele Baustellen, an denen sich der Minister in den vergangenen Jahren probiert hat: Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr, Technologie. Im Grunde ist er auch unser Energieminister, wobei einem dazu doch manches einfallen kann. Aber "Energieminister" darf er sich in Wirklichkeit eigentlich nicht nennen.

Ich beginne zunächst mit der Wirtschaft. Ich will einiges von dem kommentieren, was der Herr Minister vorgetragen hat. Wenn sich ein Minister, dessen Haus den kleinsten Haushalt in einem großen Doppelhaushalt von über 46 Milliarden Euro hat, hinstellt wie King Kong und darlegt, was er an Wirtschaftsförderung in diesem Land zu leisten imstande ist, dann lache ich mich kaputt. Es ist lächerlich. Der kleinste Haushalt! Ich kann mich gut an manche Haushaltsdebatten hier im Hohen Hause erinnern. Der Minister Faltlhauser hat damals seinen 42-Milliarden-Euro-Haushalt auf eine Kritik der SPD hin, man müsste mehr für die Konjunktur tun, so kommentiert: Wir mit unserem kleinen Haushalt! Was können wir schon an der Weltkonjunktur ändern. Und nun hat Minister Zeil 1,5 Milliarden Euro für sein Haus. Und er schiebt das große Rad.

Wie sieht die Realität aus? Wo werden die Entscheidungen getroffen? Wo, Herr Ausschussvorsitzender, wird die Steuerpolitik gemacht, hier in München oder in Berlin? Wo wird das große Rad gedreht? Wenn EADS entscheidet, wo die Zentrale in Zukunft

sein soll und ob man ein gemeinsames Unternehmen mit BAE in England anstrebt, wo wird dann diese Entscheidung getroffen? - Doch nicht in München, Herr Zeil, sondern in Berlin. Die Entscheidung ist gegen EADS ausgefallen, und Sie haben nichts dagegen getan, Herr Minister. Das ist die Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und wenn es mal gut geht, dann ist der Minister natürlich da und sagt: "Das haben wir gemacht." Das ist schön. Wenn es aber schiefgeht, wie bei Quelle, dann schielt man nach irgendwelchen Nürnberg-Programmen, und das Landesamt für Statistik wird nach Nürnberg verschoben. Eine dümmere und unsinnigere Entscheidung habe ich selten gesehen. Man rettet damit die Quellefrauen und die Quellemänner. Da kann ich nur lachen.

Nächstes Thema, die Breitbandförderung. Das wurde schon angesprochen. Die Geschichte der Breitbandförderung in Bayern ist bunt. Erst wurde nicht gefördert; der heutige Ausschussvorsitzende meinte damals, das sei nicht nötig. Dann kam es zur Förderung im kleinen Rahmen. Dann musste man die Förderung aussetzen, weil das neue Förderprogramm von der EU noch nicht genehmigt war. Damit hat man das ganze Jahr 2012 verschlafen, und jetzt gibt es wieder die Förderung.

Herr Minister, es ist ein starkes Stück, wenn Sie nun sagen: Sie förderten die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Gemeinden besonders gut. Ihre FDP hat doch etwas komplett anderes vorgeschlagen. Sie wollten, dass es so kommt: Nur der dem demografischen Wandel unterworfenen Gürtel im Osten und Norden Bayerns sollte dieses Geld bekommen. Und wie ist es ausgegangen? Dank der CSU werden diese Fördermittel gießkannenartig über alle ausgeschüttet; die Mittel gehen nicht nur in die gewünschten Regionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Sie das jetzt so bewerben, kann ich nicht verstehen.

Sie sprachen dann von der Grundversorgung, Herr Minister. Wir reden nicht von einer Grundversorgung in Höhe von einem Megabit. Jeder, der sich mit der Breitbandversorgung auskennt weiß, dass ein Megabit nicht ausreicht, wenn beispielsweise ein Architekt seine Pläne über Internet verschicken will. Da wird er mit einem Megabit nicht glücklich. Wir brauchen die Glasfaserversorgung flächendeckend in Bayern. Das ist Infrastrukturförderung und Wirtschaftsförderung in Bayern und nicht Verkehrspolitik, wie Sie sie betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Thema ist die Energie. Energie ist natürlich das wichtigste Thema für uns GRÜNE. Sie als Energieminister, der Sie eigentlich sein sollten, frage ich: Ist diese Energiewende wirklich in Ihrem Ministerium angekommen? Im Ministerium des Herrn Dr. Huber und im Ministerium des Herrn Brunner sehen wir mehr Bewegung in dieser Richtung als bei Ihnen im Wirtschaftsministerium.

Die Energiewende in Bayern geht gut voran, aber nicht Ihretwegen, wie Sie sich brüsten, Herr Minister. Die Energieversorgung geht gut voran, weil die Bevölkerung und die Kommunen mitmachen, denn diese haben erkannt, welche Profite das Erneuerbare-Energien-Gesetz im ländlichen Raum schaffen kann. Es geht nicht deshalb voran, weil Sie irgendetwas Großes entschieden hätten. Sie wollen das EEG abschaffen und damit sozusagen die Einnahmequelle für den ländlichen Raum beenden. Das ist Ihre Politik; so sieht es aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern ist im Großen und Ganzen erfreulich. 33 % bis 35 % der erneuerbaren Energien beim Stromverbrauch sind dank Wasserkraft, Biomasse und Photovoltaik ein gutes Ergebnis. Wir exportieren sogar Strom in die Nachbarländer, und das entgegen Ihren Behauptungen, wir müssten eine Stromlücke befürchten. Dieses Erfolgsmodell ist natürlich der FDP ein Dorn im Auge; denn es stärkt die Eigenerzeugung. Es stärkt diejenigen, die selber Strom produzie-

ren, und es schwächt die Großproduzenten und das kann natürlich nicht in Ihrem Interesse sein.

(Widerspruch bei der FDP)

Was gut läuft, hat nichts mit Ihnen zu tun, Herr Minister; denn da, wo dringend Weichenstellungen erforderlich wären, hinken Sie nach. Selbst beim dringend notwendigen dreidimensionalen Windatlas sind Sie nicht dabei, sondern lassen die Regionen im Stich. Die Regionen müssen das alleine machen. Die Region eins musste ihren 3D-Windatlas selber erstellen, weil Sie nicht in der Lage dazu waren.

Die Verteilnetzstudie wird nicht fertig. Der Pumpspeicherkataster war für dieses Jahr versprochen – das haben wir gestern schon gehört -; er ist nicht da.

Die Gebietskulisse Wasserkraft hängt in der Luft. Auch der Bayernplan ist eine Hängenummer und der Bau von Ersatzkapazitäten im Strombereich bleibt eine Leerstelle, vom Thema Energiewende im Gebäudebereich oder im Verkehrsbereich ganz zu schweigen.

Wie Sie alle wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir eine Energiekommission. Kollege Tobias Reiß ist deren Vorsitzender. Er versucht, gute Arbeit zu leisten. Er versucht es. Nun hat man in dieser Energiekommission versucht, Anträge zum Haushaltsentwurf zu formulieren oder sich zumindest gemeinsam auf Anträge zu einigen. Leider war das nicht möglich. Deswegen hat die Opposition wenigstens einen dieser Anträge zum Einzelplan 07 für eine wirkliche Energiewende auf die Tagesordnung gebracht, und zwar die Förderung von dezentralen Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen bis hin zu Miniblockheizkraftwerken. Damit würden wir wirkliche Ersatzkapazitäten regional verteilt mit vielfältigem Effekt schaffen. Es ergäbe eine optimale Energienutzung und eine schnelle Steuerbarkeit, das, was uns heute fehlt, sowie eine Netzentlastung und möglicherweise sogar einen gewissen Verzicht auf Leitungsbau, der aus dem Norden zu uns kommen müsste. Das wäre ein guter Ansatz gewesen. Dieser Antrag steht heute zur Abstimmung. Ich kann nur an Sie appellieren: Wenn Sie

sich wirklich für die Energiewende einsetzen wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, dann müssen Sie zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich komme jetzt noch einmal zum Thema Energie und Verkehr. Es gibt keine Energiewende ohne eine Verkehrswende. Auch hier bleiben Sie alle Antworten schuldig, Herr Minister. Es bräuchte mehr Verkehr auf der Schiene. Wenn wir dazu einen Antrag schreiben, der drei Millionen Euro für die Förderung von nichtbundeseigenen Eisenbahn-Infrastrukturen zum Inhalt hat, wird der Antrag abgelehnt. Sie sehen sich dafür nicht als zuständig an. Es bräuchte auch mehr Streckenreaktivierung. Aber auch da tut sich der Freistaat schwer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bräuchte mehr öffentlichen Verkehr und weniger Straßenverkehr. Aber auch hier bleiben Sie stumm oder lehnen unseren Antrag auf eine Änderung des Verteilungsschlüssels beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz – BayGVFG – ab.

Es bräuchte Ansätze zur Verkehrsvermeidung oder Verkehrsverlagerung, und da ist Ihr großes Steuerungsinstrument das Landesentwicklungsprogramm. Von Ihnen kommt dazu gar nichts. Das soll aber heute der einzige Satz zum Landesentwicklungsprogramm bleiben; denn das ist eh ein Armutszeugnis.

Nötig wäre ein Weniger an Flugverkehr. Obwohl der Versuch scheitert, innerdeutschen Verkehr von Memmingerberg aus starten zu lassen, und obwohl Hof inzwischen fast abgewickelt ist, bleiben Sie dabei: Der Nahluftverkehr muss gefördert werden. Über die dritte Startbahn müssen wir gar nicht mehr reden. Ein Bürgerentscheid in München hat ergeben, dass die Bürger das nicht wollen. Sie setzen sich über diesen Bürgerentscheid hinweg. Das ist keine Bürgerbeteiligung, wie wir sie verstehen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Mütze, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Thomas Mütze (GRÜNE): Wenn sie mir nicht auf meine Zeit angerechnet wird, Herr Präsident.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Thalhammer, wollen Sie?

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, ich möchte eigentlich nicht, aber der Redebeitrag von Herrn Kollegen Mütze zwingt mich dazu. Ich hätte mir gewünscht, dass er noch ein bisschen länger gesungen hätte. Das wäre erträglicher gewesen als dieser Redebeitrag.

(Unruhe)

Lieber Herr Kollege Mütze, Sie haben die Arbeit in der Energiekommission angesprochen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie mit mir der Meinung sind, dass die Energiekommission deutlich effektiver arbeiten könnte, wenn sich die Vertreter der Opposition, allen voran Herr Kollege Ludwig Hartmann von den GRÜNEN, intensiver in die Energiekommission einbringen und nicht nur extern die große Klappe auf irgendwelchen Pressekonferenzen aufmachen würden.

Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bewusst ist, warum wir Ihr KWK-Programm ablehnen. Wir haben das immer schon gesagt, Sie wollen aber die Fakten nicht wahrhaben. Es gibt auf Bundesebene ein neues Programm. Es gibt diverse Finanzierungsmöglichkeiten, die gefördert werden. Sie wollen Doppelstrukturen schaffen. Das will Schwarz-Gelb verhindern.

(Christine Stahl (GRÜNE): Frage! Frage!)

Wir wollen nicht mehr Bürokratie, sondern eine sinnvolle Energiewende erreichen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir dabei nicht einer Meinung sein werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Mütze, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Thalhammer, Herr Reiß hat versucht, in dieser Kommission gemeinsame Anträge zustandezubringen. Das ist gescheitert, und zwar nicht an der Opposition, sondern an Ihnen.

(Tobias Thalhammer (FDP): So ein Schwachsinn!)

- Dann reden Sie einmal mit Herrn Reiß. Er wird es Ihnen sagen können.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sie wissen doch überhaupt nicht, von was Sie reden!)

- Lieber Herr Kollege, hier muss ich Ihnen leider widersprechen. Ich habe selbst mit Herrn Reiß gesprochen. Deshalb weiß ich, wie schwierig es in dieser Kommission war.

Lieber Herr Thalhammer, es geht darum, dass wir die Energiewende in Bayern schultern. Wir sollten nicht immer nach Berlin zeigen und sagen: Berlin macht das schon. Wir wollen uns nicht anstrengen und keine Richtung vorgeben. Für uns ist das zu wenig. Wenn wir eine Energiewende wollen, dann müssen alle – das erwarte ich auch von den Bürgerinnen und Bürgern – zusammenhelfen. Bayern kann sich hier nicht ausnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, bleiben Sie bitte hier. Mir liegt noch eine Wortmeldung, vermutlich für eine Zwischenbemerkung, von Herrn Wörner vor. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Kollege Mütze, können Sie sich vorstellen, dass eines der größten Hemmnisse in der Energie-Kommission ein junger Mann war, der selbst beim Thema Liberalisierung der Netze das Wort "Liberalisierung" gestrichen haben wollte, was uns alle überrascht hat; denn er möchte ausgerechnet ein Oberliberaler sein. Er ist es nicht. Das hat er aber noch nicht kapiert. Er hat aber lebhaft mit uns darüber diskutiert, dass die Liberalisierung der Netze kein Thema sein darf. Das Wort

"Liberalisierung" müsse gestrichen werden. Damit ist klar, wer da zum Hemmnis in dieser Kommission geworden ist. Er hat im Übrigen auch noch erklärt, er habe eine eigene Meinung, könne sich aber leider in seiner Fraktion damit nicht durchsetzen. Deswegen müsse er einigen Passagen widersprechen. Glauben Sie, dass das der Stil ist, mit dem wir in der Energiekommission weiterkommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, Sie haben das Wort.

Thomas Mütze (GRÜNE): Lieber Herr Kollege, ich kann mich nur an eine Aussage des Herrn Thalhammer hier im Plenum erinnern in einer Haushaltsberatung, die schon länger zurückliegt. Damals hat er gesagt, der Klimawandel sei ein Gerücht. Er sei nicht bewiesen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich habe gesagt, dass es einen natürlichen Klimawandel gibt!)

- Herr Kollege Thalhammer, das können Sie gerne nachlesen. Herr Schöffel musste hier sagen, er müsse seinen Kollegen berichtigen; natürlich sei der Klimawandel von Menschen gemacht.

(Tobias Thalhammer (FDP): Lesen Sie im Protokoll nach, und biegen Sie sich die Wahrheit nicht so zurecht, wie Sie es sich wünschen!)

- Das musste Herr Schöffel für Sie sagen. Sie in der Energiekommission, das ist die größte Fehlbesetzung, die es je gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, teile ich Ihnen Folgendes mit: Ich habe die Protokollführer gebeten, mir einen Auszug über die Äußerungen des Kollegen Huber vorzulegen, da ich durch den Lärm, der hier verursacht worden ist, diese Äußerung nicht mitbekommen habe. Ich habe

das Protokoll vor mir liegen. Dort ist davon die Rede, dass dem Kollegen Aiwanger rechtsradikale Reden vorgeworfen werden. Ich betrachte dies als persönlich verletzende Äußerung und rüge dies nach § 117 Absatz 1 der Geschäftsordnung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Herr Huber, da gibt es nichts zum Kopfschütteln! Hier geht es um eine Entschuldigung! Es gibt nichts zum Kopfschütteln!)

Als nächstem Redner erteile ich jetzt Herrn Kollegen Freiherr von Gumpenberg das Wort.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herr Mütze, Sie sind eigentlich ein sehr netter und freundlicher Mensch. Ich frage mich oft, wie es dazu kommt, dass Sie zum Teil so wirres Zeug über die Wirtschaftspolitik verbreiten, wie Sie das hier tun. Bei aller Sympathie, Herr Mütze, so geht das nicht.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das sagt der Richtige!)

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der linken Seite des Parlaments, ich glaube, der heutige Tag ist für Sie ein bitterer Tag. Im Grunde genommen ist es Ihr schwarzer Freitag. Wenn heute Freitag wäre, wäre das Ihr schwarzer Freitag.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Nein, ein gelber!)

- Das ist kein gelber Freitag, sondern das ist ein schwarzer Freitag.

Ich will Ihnen gerne sagen, warum das so ist: Sie müssten eigentlich eingestehen, dass Bayern in einer fabelhaften, in der besten Verfassung ist. Sie müssten eingestehen, dass die bayerische Wirtschaftspolitik eine vernünftige und hervorragende Wirtschaftspolitik ist. Sie müssten eingestehen, dass Bayern unter allen Ländern in Deutschland einen Spitzenplatz einnimmt. Dieses einzugestehen fällt Ihnen allerdings sehr schwer; denn es wäre das Eingeständnis, dass diese Regierung eine fabelhafte

Regierung ist und dass es die Opposition nicht besser machen könnte. Das ist Sache. Darum geht es.

(Beifall bei der FDP - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Lasst es uns doch einmal probieren!)

Sie müssten eingestehen, dass Bayern bestens regiert wird und unsere Wirtschaftspolitik die richtige ist.

Nun zur anderen Seite des Hauses. Diese Seite des Hauses kann sich freuen, weil Bayern nicht nur wohlauf ist, sondern geradezu strotzt vor Gesundheit. Vorhin wurde das Wort "strotzen" moniert. Wir sind in einer Situation, wie sie so in Bayern noch nie da war. Jeder, der hier Kritik übt, muss sich die Frage gefallen lassen, wie es außerhalb dieses Landes aussieht.

Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich will sie gar nicht zitieren, aber schauen Sie doch einmal nach Baden-Württemberg. Schauen Sie einmal nach Hessen. Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen. Schauen sie nach Rheinland-Pfalz. Schauen Sie nach Hamburg, und schauen Sie zuallererst einmal nach Berlin. Dann werden Sie feststellen, was Wirtschaftspolitik ist und wie sie hier in diesem Lande betrieben wird. Dann werden Sie die Unterschiede feststellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lautstärke ersetzt Argumente!)

- Herr Halbleib, es tut mir furchtbar leid. Es kann doch nicht darum gehen, hier ständig nur zu kritisieren. Es geht darum, sachlich, seriös und ernsthaft zu diskutieren, wie der Status dieses Landes ist. Bayern bleibt das Chancenland in Europa. Bayern bietet beste Perspektiven für Unternehmen. Unser Bayern ist der Vorzeigestaat von ganz Deutschland. Sie wollen es nun einmal nicht hören, aber das ist so.

(Volkmar Halbleib (SPD): Am bayerischen Wesen soll die Welt genesen?)

- So ist es. An Bayern kann die Welt genesen.- Ja, so ist es: An Bayern kann die Welt genesen. Sie haben vollauf recht. Das nehmen wir bitte ins Protokoll auf!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich kann Sie nur auffordern, ans Pult zu treten und das zu bestätigen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): So weit sind wir noch nicht!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr von Gumpenberg, ich möchte die Mitglieder des Hohen Hauses herzlich bitten, den Redner nicht ständig mit Zwischenrufen zu unterbrechen.

(Unruhe - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Frau Stamm, das gilt auch für Sie. Wir sollten uns bemühen, auch wenn die Zeit schon etwas vorgerückt ist, den aufgerufenen Tagesordnungspunkt heute Abend in aller Ruhe zu bewältigen. Dazu gehört auch, dem Redner eine faire Chance zu geben, seine Gedanken vorzutragen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn es denn Gedanken sind!)

Zwischenrufe sind nach der Geschäftsordnung nur erlaubt, wenn sie den Redner nicht daran hindern. Aber was jetzt gerade passiert ist, war ein ständiges Hindern des Redners am Sprechen. Da bitte ich, Rücksicht zu nehmen. Es geht nicht darum, dass Zwischenrufe nicht erlaubt wären, sondern es geht nur darum, dass sichergestellt ist, dass der Redner seine Gedanken vortragen kann.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Jetzt bitte ich Sie, Herr von Gumpenberg, Ihre Gedanken weiter vorzutragen.

(Harald Güller (SPD): Wir wären schon froh darüber, wenn überhaupt einmal ein Gedanke kommen würde!)

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Ich kann damit leben. – Die Menschen hier in Bayern, lieber Kollege, sind zufrieden. 98 % sagen, dass sie hier zufrieden sind.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht mit der Regierung! - Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

- Die Menschen sind auch mit dieser Regierung zufrieden; ansonsten hätten sie sie nicht gewählt. Die nächste Wahl steht bevor; Sie können unter Beweis stellen, wie Sie gewählt werden. Das ist doch die Frage. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir müssen uns schlicht und ergreifend daran gewöhnen, dass es eine Opposition gibt. Wir müssen uns aber auch daran gewöhnen, dass die Opposition Opposition bleibt und dass diese Regierung Regierung bleiben wird.

(Zurufe von der Opposition)

Das werden Sie nicht verhindern können! - Wenn Sie mir jetzt die Möglichkeit geben, in aller Ruhe darzustellen, wie die Situation ist, sage ich Ihnen gerne:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der Spitzenplatz Bayerns in Deutschland begründet sich auch durch die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, durch eine liberale und marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik unseres Wirtschaftsministers. Diese Koalition tut dem Land gut, und sie tut Bayern gut. Daran besteht kein Zweifel. Dafür zolle ich Herrn Zeil, dem Wirtschaftsminister, Respekt und Lob. Nicht ganz ohne Stolz sage ich, meine Freunde: Er reiht sich ein in die Riege erfolgreicher, anerkannter Wirtschaftsminister in Bayern. Ein Platz in der ersten Reihe ist ihm sicher. Diese schwarz-gelbe Regierung mit Horst Seehofer und Martin Zeil ist eine der erfolgreichsten der letzten Jahrzehnte in Bayern,

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU – Lachen bei der SPD)

wenn nicht die erfolgreichste, meine Damen und Herren. Das sollte auch in Zukunft so sein. Nicht der Abgang der Opposition soll gelten, sondern die erfolgreiche Politik dieser Staatsregierung.

(Martin Güll (SPD): Na klar!)

Meine Damen und Herren, es geht nicht darum, hier Staatswirtschaft und Planwirtschaft à la SPD einzuführen. Es geht auch nicht darum, eine Regel-, Verbote- und Nein-Danke-Politik à la GRÜNE zu haben. Es kann auch nicht darum gehen, eine Politik des Allen-alles-zu-versprechen der FREIEN WÄHLER hier stattfinden zu lassen. All das kann nicht funktionieren, meine Damen und Herren. Wir brauchen vielmehr die von uns praktizierte soziale, freiheitliche, liberale, marktwirtschaftliche Politik als Grundlage des Erfolges unseres bayerischen Landes. Daran, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, lassen wir auch nicht rütteln, von Ihnen nicht und auch von keinem anderen. So, wie Bayern heute dasteht, wie es sich präsentiert und wie die Welt es wahrnimmt, ist es ein lebendiger Beweis für eine gute, eine sehr gute Politik dieser Regierung.

Erfolg drückt sich insbesondere durch Zahlen und Fakten aus. Wie kein anderes Land investiert Bayern in Innovation, den Umbau der Energieversorgung und in den ländlichen Raum.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Gesamtvolumen des Einzelplans 07 beträgt einschließlich der Nachschubliste 1,94 Milliarden Euro. Das sind 38,7 Millionen Euro mehr zum Jahr 2012. Bayern ist technologisch und innovationstechnisch ganz vorn. Wir schaffen in Bayern eine Versorgung mit modernster Breitbandtechnologie. Ich bin bis zu einem gewissen Grade auch stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben, einen doch erheblichen Betrag mit in den Haushalt einstellen zu können, der es ermöglicht, dass wir in Bayern eine echte, reale Breitbandversorgung im Bereich von 50 Bit bekommen. Wir steigern dadurch die Wettbewerbsfähigkeit Bayerns, indem wir gezielte Wachstumsimpulse setzen und die

Innovationskraft stärken. Dafür werden wir Wirtschaft und Wissenschaft durch den weiteren Ausbau von Technologietransferzentren noch stärker miteinander verzahnen. Die Mittel für anwendungsorientierte Forschung und Technologietransfer haben wir im Doppelhaushalt auf insgesamt 237 Millionen Euro angehoben. Zudem kommt eine erhebliche Steigerung bei den von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen hinzu.

Die Infrastruktur, die hier häufig angesprochen wird, ist eine vernünftige. Wir sind dabei, sie nachhaltig zu verbessern. Wir haben – das wird von einigen von Ihnen kritisiert – den Bau der zweiten Stammstrecke vorangetrieben.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Den Bau?)

Wir haben ihn nicht nur beschlossen, sondern wir haben auch die Finanzierung sichergestellt. Dies ist sicherlich dem hartnäckigen Einsatz des Ministers, aber auch des Ministerpräsidenten zu verdanken.

(Lachen des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- Sie können lachen; lachen Sie doch die 800.000 Pendler aus, die davon betroffen sind! Lachen Sie die aus!

(Beifall bei der FDP)

Wir bringen die Arbeit zu den Menschen und sorgen durch gezielte Investitionen für die besten Chancen im ländlichen Raum.

(Zuruf der Abgeordneten Inge Aures (SPD))

Ich komme aus dem ländlichen Raum; ich weiß, was das bedeutet. Ich sage das mit einem gewissen Stolz: Gerade haben wir noch den Gesamtraum Passau in die Höchstförderung gebracht; wir haben den Landkreis Rottal-Inn in die Höchstförderung gebracht. Das ist etwas, was wir positiv zu vermelden haben und was wir den Bürgern draußen mit Nachdruck sagen können.

Die Regionalförderung einschließlich der Investitionsförderung Tourismus wird um 40 Millionen auf insgesamt 280 Millionen erhöht. Zudem wurden sieben neue Stellen an den Regierungen zur Unterstützung der Initiative "Energie innovativ regional" geschaffen. Ich könnte diese Liste unendlich fortsetzen, möchte aber an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatsregierung, allen voran den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums, für ihren Einsatz und ihre Leistungsbereitschaft danken. Mein Dank gilt insbesondere auch der Staatssekretärin Katja Hessel für ihren Einsatz für dieses Land und für die Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie an Ihre Redezeit, Freiherr von Gumpenberg?

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Ich bin gleich zu Ende. - Denn Bayern hat zwar wunderschöne Berge und Seen, meine Damen und Herren, doch seine Menschen sind mit Abstand das Wichtigste, das dieses Land hat. Sie sind auch die Garanten für den weiteren Erfolg in diesem Land, für diese Wirtschaftspolitik und für diese Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte? – Danke, Freiherr von Gumpenberg. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm. Bitte.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Freiherr von Gumpenberg, Ihre Bemerkung, wir müssten uns daran gewöhnen, dass es eine Opposition gibt, lässt auf ein sehr merkwürdiges Demokratieverständnis schließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht liegt es daran, dass Sie sich als ehemalige APO und vielleicht auch als APO in spe nicht daran gewöhnt haben, dass es eine Opposition gibt. Jetzt einmal ganz im

Ernst. Eigentlich bin ich vom Präsidenten ermahnt worden, weil ich bei einem anderen Spruch von Ihnen laut aufgeschrien habe. Ich wollte von Ihnen wissen, woher der Spruch "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" kommt, in dessen Anlehnung Sie das mit Bayern gerade gesagt haben. Wissen Sie, woher der Spruch kommt? - Es ist ein älteres Gedicht, aber es ist von den Nazis missbraucht worden. Sie haben in Anlehnung an dieses Gedicht Ihren Spruch in Ihre Rede eingebaut. Ich würde Ihnen wirklich empfehlen, sich davon zu distanzieren und keine solchen Nazisprüche einzubauen. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich davon distanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Sehr verehrte Frau Stamm, nichts ist mir und meiner Familie ferner als jedwede nationalsozialistische Tendenz.

(Beifall bei der FDP)

Nichts ist mir ferner als dieses. Glauben Sie mir das. Wenn dieser Spruch möglicherweise dergestalt interpretiert wurde, so bedaure ich es und nehme es mit einem Ausdruck des Bedauerns zurück.

(Beifall bei der FDP, den FREIEN WÄHLERN, der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Freiherr von Gumpenberg. Nachdem wir alle diese Distanzierung positiv zur Kenntnis genommen haben, gibt es die nächste Wortmeldung von Herrn Dr. Wengert für die SPD.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Wirtschaft gehört auch der Tourismus, der in Bayern boomt. Das freut uns alle. Wir sind das tourismusstärkste Land in Deutschland und eines der ganz starken Tourismusländer in Europa. Allerdings frage ich mich, welchen Anteil der Wirtschaftsminister daran hat. Seine Aktivitäten konzentrieren sich ganz überwiegend auf das fast wöchentliche Verbreiten von Jubelmeldungen über erneut gestiegene Ankunfts- und Übernachtungszahlen.

tungszahlen. Das Ziel darf aber nicht allein quantitatives Wachstum bei Gästeankünften und Übernachtungen sein. Der Schwerpunkt muss künftig vielmehr auf das qualitative Wachstum gelegt werden, das sich in Verweildauer, Auslastung, Renditen, Zahl der Beschäftigten und Gästezufriedenheit widerspiegelt.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben mit einer durchgängigen Wertschöpfungskette im Gesundheitswesen von der komplizierten Herzoperation bis zu gesundheitsfördernden Wellnessangeboten beste Chancen im Gesundheitstourismus. Wo aber bleibt da der Wirtschaftsminister? Dem Gesundheitsminister blieb es vorbehalten, endlich ein Förderprogramm zur Steigerung der medizinischen Qualität in den bayerischen Heilbädern und Kurorten aufzulegen, wenngleich dieses Programm aufgrund der Mittelausstattung nur ein bescheidener Anfang sein kann.

Sehr verehrte Frau Staatssekretärin, welche Konsequenzen haben Sie aus Ihrer Tour gezogen, die Sie zwar erst spät, nämlich zweieinhalb Jahre nach Ihrem Amtsantritt, aber immerhin unternommen haben, bei der Sie die Bedeutung der bayerischen Kurorte entdeckt und einige davon sogar besucht haben? "Die Situation der Bäder ist dramatisch", so drückte Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein von der CSU in einem Interview mit der "Passauer Neuen Presse" vom 17. April seine Sorge um die bayerischen Kurorte aus. Zur Sanierung und Ergänzung der meist kommunalen Infrastruktur in den bayerischen Heilbädern und Kurorten müssen deutlich mehr staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, und zwar nicht zuletzt im Hinblick auf die starke europäische Konkurrenz auf dem Kursektor. An den Begriff "Kur" werden in Deutschland hohe Qualitätsansprüche geknüpft, die im Ausland nicht unbedingt gewährleistet sein müssen. Anforderungen an Kurleistungen müssen aber dies- und jenseits der Grenzen gleich sein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Wo bleiben hierzu Ihre ordnungspolitischen Initiativen, etwa im Bundesrat, Herr Minister?

In Deutschland wird die Gesundheit bislang nur als Kostenfaktor gesehen, aber nicht als Investition, so Bayerns Heilbäderverbandschef Holetschek. Die Heilbäder und Kurorte könnten Impulse zur Änderung des Lebensstils geben. Machen Sie sich also endlich stark für eine Aufwertung und Neudefinition des Kurgedankens, der – ich zitiere – "mit dem vom damaligen Gesundheitsminister Horst Seehofer geprägten Fango-/Tangobegriff verunglimpft wurde". Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern vom CSU-Staatssekretär Dr. Gerd Müller. Wo bleiben Ihre Initiativen, um dafür zu werben und den Niedergang der ambulanten Kur, die früher das Rückgrat der Kurorte war, zu stoppen? In Bad Griesbach gab es 2001 noch 675.000 Behandlungen. Im letzten Jahr waren es nur mehr 336.000, so Bezirkstagspräsident Hölzlein.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an Ihre Zeit.

Dr. Paul Wengert (SPD): Zum Schluss noch ein paar Zahlen zum Vergleich: Niederbayern mit dem Bäderdreieck und Oberösterreich sind nicht nur Nachbarn, sondern auch Konkurrenten im Tourismus. Während das Land Oberösterreich seinen Tourismus bei rund sechs Millionen Übernachtungen mit 12 Millionen Euro fördert, erhält Niederbayern bei fast doppelt so vielen Übernachtungen gerade einmal 430.000 Euro. So sieht "Spitze" nicht aus.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Paul Wengert (SPD): Ich komme zum letzten Satz. Was werden Sie auf den jüngsten Appell des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes und des Bayerischen Heilbäder-Verbandes unternehmen, die mit einer Imagekampagne die Gesundheitswirtschaft und den Tourismus stärken wollen? Was tun Sie gegen den von den beiden Verbänden ebenfalls beklagten Fachkräftemangel im Hotel- und Gastronomie-gewerbe? Wie unterstützen Sie die Energiewende im Hotel- und Gaststättengewerbe? Fragen über Fragen, auf die Sie bisher die Antworten schuldig geblieben sind. Viel Zeit zu deren Beantwortung bleibt Ihnen nicht mehr.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Dr. Wengert. Wir haben jetzt noch zwei Redebeiträge, zunächst von Herrn Glauber für die FREIEN WÄHLER und dann von Herrn Reiß für die CSU, um dann in die Abstimmung treten zu können. Ich bitte Sie, etwas Mitleid mit uns hier oben zu haben, weil wir hier mindestens noch bis 22.30 Uhr sitzen werden. Wir sollten versuchen, die Sitzung halbwegs ehrenhaft über die Bühne zu bringen.

(Alexander König (CSU): Das werden Sie nicht erreichen, wenn es so weiterläuft!)

Herr Glauber, bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Huber, als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion möchte ich noch ein paar Worte an Sie richten. Es ist ein ganz schlechter Stil. Sie haben von Hubert Aiwanger das Angebot bekommen, sich zu Ihrem Beitrag zu äußern. Sie haben genau gewusst, was Sie gesagt haben. Es hätte nur ein Wort der Entschuldigung bedurft, und die Sache wäre erledigt gewesen. Sie aber haben es jetzt so weit kommen lassen. Warum machen wir in diesem Haus demokratische Bildung und sprechen mit Schulklassen über die besondere Chance der Demokratie? Wenn Sie einen Fraktionsvorsitzenden so diskreditieren, habe ich dafür absolut kein Verständnis. Das schadet nur unserer Demokratie und unserem Demokratieverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch dazu waren Sie einmal der Vorsitzende einer der größten Volksparteien. Man muss sich überlegen, was das bedeutet.

(Zuruf von der SPD: Typisch!)

Jetzt zum Thema. Herr Minister Zeil, Sie haben davon gesprochen, wie weit wir in Bayern mit der Energiewende sind. Sie haben davon gesprochen, welche hervorragenden Leistungen bei den erneuerbaren Energien erbracht werden. Sie haben einen Anteil von 30 % erreicht. Ich weiß aber nicht, ob Sie die Geologie geschaffen haben.

Sind Sie für die Wasserkraft verantwortlich? 50 % der erneuerbaren Energien kommen aus der Wasserkraft. Das haben wir nicht Ihrem Tun im Wirtschaftsministerium zu verdanken. Die Wasserkraft gab es schon, als Sie mit dem Thema begonnen haben.

Sie sind nicht bereit, einen Masterplan für Bayern zu erstellen. Irsching 5 zeigt Ihnen, warum Sie nicht vorankommen. Sie kommen deshalb nicht voran, weil dieser Masterplan oder dieser Meilensteinplan dafür, wie Sie die Energiewende angehen wollen, gar nicht vorliegt. 1,5 Promille des Landeshaushalts wollten wir in der Energiekommission gemeinsam über alle Fraktionsgrenzen hinweg für einen gemeinsamen Antrag zur Energiewende bekommen. Dazu waren Sie nicht bereit. Sie wollten den Oppositionsfraktionen keinen Haushaltsantrag zugestehen. Es geht letztlich nur darum, ein Placebo zu schaffen, um die Debatte über die Energiewende aus diesem Haus zu nehmen und sie in irgendein Gremium zu verlagern. Nachdem Sie diese Chance haben verstreichen lassen, bin ich gespannt darauf, wie es mit der Energiekommission weitergeht. Wir werden ab Januar in diesem Haus ganz entschiedene Debatten führen, um die beste Idee zu finden. Die beste Idee ist bisher nicht im Wirtschaftsministerium geboren worden.

(Tobias Thalhammer (FDP): Auch nicht bei den FREIEN WÄHLERN!)

Überlegen Sie es sich bitte, ganze 60 Millionen hätte dieser Antrag umfasst.

Wir haben einen Antrag auf zweimal 20 Millionen für die energetische Gebäudesanierung gestellt. Die wurde unter Schwarz-Gelb von 30 Millionen im Jahr 2008 – 2009 waren es sogar 45 Millionen – auf läppische 20 Millionen zurückgefahren. Schauen Sie einmal, wie unsere Oberste Baubehörde ausschaut. Sie hat zwar den grünen Energieausweis, weil sie Fernwärme bezieht und der Primärenergieträger grüne Energie ist. Wenn Sie aber mit einer Wärmebildkamera hineingehen würden, würden Sie einen strahlenden Heizkörper sehen. Soviel zur energetischen Gebäudesanierung; die Chance dazu lassen Sie verstreichen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Als jugendpolitischer Sprecher müssten Sie auch dafür sein, dass wir Schulden tilgen!)

Der Ministerpräsident hat gestern in seiner Regierungserklärung ganze vier Sätze über die Energiewende verloren. Er hat davon gesprochen, dass Handwerk und Mittelstand entlastet werden. Sie haben in diesem Hause dafür gesorgt, dass der Kreis der Privilegierten erweitert worden ist. Sie haben dafür gesorgt, dass Handwerk und Mittelstand Schaden nehmen. Sie sind nicht bereit, unseren Weg mitzugehen und die Energiewende auf einen guten Weg zu führen. Sie verschlechtern den Zustand. Sie verschlechtern die Situation. Sie werden die Energiewende nie umsetzen. In der neuen Legislaturperiode werden wir einen Energieminister haben. Der werden Sie nicht sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU-Fraktion bitte ich Herrn Reiß an das Mikrofon.

Tobias Reiß (CSU): War das der Staatssekretär im neuen Energieministerium, der gerade gesprochen hat?

(Ingrid Heckner (CSU): Minister kann er ja nicht!)

- Nein, kann er nicht.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Glauber, wenn man in der Energiekommission ein Jahr konstruktiv zusammenarbeitet und einstimmig einen Zwischenbericht verabschiedet, ist es schon eigenartig, dass Herr Kollege Glauber in der Pressekonferenz ausflippt, weil er meint, das diene der eigenen Profilierung. Schließlich stilisiert er vier einzelne Anträge zur Sollbruchstelle in Bezug auf die Arbeit der Energiekommission hoch. Das ist für mich ein wenig eigenartig. Wir sollten weiter an den Fragen arbeiten, die sich im Moment stellen. Die Anträge, die als Anträge der Energiekommission bezeichnet werden, sind mitnichten Anträge der Energiekommission. Wir haben uns gerade nicht auf diese vier Anträge verständigt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir kritisieren, dass ihr nichts tun wollt!)

Das betrifft auch das Thema KWK. Wir haben uns damit intensiv auseinandergesetzt. Wir wissen dass das KWK-Gesetz erst im Jahre 2012 novelliert wurde. Auf Bundesebene gibt es ein Marktanreizprogramm für den KWK-Bereich. Wir haben das Ökokreditprogramm der LfA. Wir haben vorgeschlagen, dies konzeptionell zu überprüfen. Wirken diese Ansätze? Kann die KWK diesen Beitrag leisten? Herr Kollege Mütze hat die Netzstabilisierung angesprochen. Kann die KWK diesen Beitrag nicht leisten, weil die Leistung zu gering ist? Wir haben uns in dieser Hinsicht bewegt.

Eines ist auch klar: Kollege Erwin Huber hat unsere starke industrielle Basis in Bayern angesprochen. Unsere gemeinsame Aufgabe ist die Gewährleistung einer sicheren und stabilen Energieversorgung für Bayern. Dieses für uns so entscheidende Zukunftsthema eignet sich meines Erachtens nicht für alberne parteipolitische Spielchen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Trotz aller Chancen der Energiewende stehen wir nach wie vor bei vielen Fragen insbesondere zur Versorgungssicherheit und zur Zuverlässigkeit unserer Energieversorgung vor enormen Herausforderungen. Zunächst müssen alle anerkennen – Kollege Mütze hat das herausgestellt –, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien gerade in Bayern zügig vorankommt. Das ist Fakt.

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD))

Jede dritte verbrauchte Kilowattstunde in Bayern wurde regenerativ erzeugt. Herr Kollege Wörner, gleichzeitig stehen wir vor der Aufgabe, die erzeugten Kilowattstunden intelligent ins System zu integrieren. Hinsichtlich des Netzausbaus, der flexiblen Kraftwerke oder der Energieeffizienz haben wir noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden. Das gilt auch für den Klimaschutz, der gestern in der Generaldebatte einen breiten Raum eingenommen hat. Im vergangenen Jahr hatten wir so viel Ökostrom im Netz wie noch nie zuvor. Gleichzeitig ist der CO₂-Ausstoß der bundesdeutschen

Stromerzeugung stark gestiegen, weil der Atomstrom überwiegend durch Kohle ersetzt worden ist. Es ist absurd, wenn sich neue und effiziente Gaskraftwerke nicht rechnen, während klimaschädliche Kohlekraftwerke auf Hochtouren laufen. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. Braun- und Steinkohle hatten im Jahre 2010 noch einen bundesweiten Marktanteil von 42 %. Der Marktanteil von Kohle ist im Jahre 2012 auf nahezu 50 % gestiegen. Herr Kollege Glauber, Sie bleiben mucksmäuschenstill, wenn es darum geht, eine stärkere System- und Versorgungsverantwortung im Bereich von Windkraft und Photovoltaik zu verankern.

Für Bayern gilt ebenfalls, dass eine sichere Energieversorgung für die Zukunft nicht über einzelne Fischtreppe, sondern nur über ein schlüssiges Gesamtkonzept gewährleistet werden kann. Zur Wahrheit und Klarheit gehört auch, dass Energiepolitik in allererster Linie Aufgabe des Bundes ist. Obwohl die Energiepolitik Aufgabe des Bundes ist, wird in Bayern mehr in den Umbau unserer Energieversorgung investiert als in irgendeinem anderen Bundesland. Schon der aktuelle Nachtragshaushalt für das Jahr 2012 sieht für den Bereich Energie und Klimaschutz über 126 Millionen Euro vor. Im neuen Doppelhaushalt werden wir mehr als 260 Millionen Euro in das Zukunftsthema Energie investieren. Bis zum Jahr 2016 soll insgesamt eine Milliarde Euro, eine Energiemilliarde, in das neue Energiezeitalter und den Klimaschutz investiert werden. Die Arbeit der Energiekommission ist in diesem Zusammenhang mitnichten ohne Wirkung. Der Doppelhaushalt 2013/2014 berücksichtigt vielmehr wichtige Forderungen auch aus der Arbeit der Energiekommission.

Ein wichtiger Schwerpunkt sind zusätzliche Mittel für anwendungsorientierte Forschung und den Technologietransfer. Mit 94 Millionen Euro werden die im Jahre 2012 begonnenen Forschungsprojekte im Bereich Energieerzeugung, Speicherung, Produktion und Netze fortgesetzt. Dazu zählen das Forschungsnetzwerk "Solar Technologies Go Hybrid", "Energy Valley Bavaria" an der TU München oder die Anschubfinanzierungen für die Technologie-Allianz Oberfranken, den Nürnberger Technologiecampus und das Wissenschaftszentrum Straubing.

Lieber Herr Kollege Glauber, dazu zählt auch das Kompetenzzentrum für Kraft-Wärme-Kopplung an der Hochschule Amberg-Weiden. Wir müssen die Frage klären, wie wir die Kraft-Wärme-Kopplung für das Ausbauziel "25 % bis 2020" weiter leistungsfähig ausbauen. Zusätzlich investieren wir in den nächsten beiden Jahren noch einmal 40 Millionen Euro in energietechnische Leuchttürme, um Hochtechnologieprojekte wie beispielsweise die Bioethanol-Anlage in Straubing oder die Batterieforschung an der TU München anzuschieben.

Das Thema E-Mobilität ist angesprochen worden. Über 100 Millionen Euro werden in Bayern investiert, um das Ziel, bis zum Jahre 2020 200.000 Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen, tatsächlich zu erreichen. Wir arbeiten daran, dass Bayern die modernste und energieeffizienteste Mobilitätsregion in ganz Europa wird. Das ist unser Auftrag. Unser Auftrag ist es, die Zukunft Bayerns zu gestalten. Herr Kollege Glauber, ich weiß, Ihr Auftrag ist das nicht. Wir sagen jedenfalls Ja zur Energiewende. Wir sagen Ja zu einer Energiepolitik aus einem Guss. Wir sagen Ja zum vorliegenden Doppelhaushalt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Reiß, Herr Glauber hat eine Zwischenbemerkung angemeldet.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Geschätzter Herr Kollege Reiß, Sie haben mich sehr oft in Ihrer Rede zitiert. Meine Frage: Kennt der Bayerische Ministerpräsident überhaupt die Energiekommission? Der Ministerpräsident hat in keinem Zitat, in keiner Rede und in keiner Aussage die Energiekommission jemals erwähnt. Ist es für Sie als Vorsitzender nicht blöd, wenn man nie erwähnt wird?

(Margarete Bause (GRÜNE): Manchmal ist es gut, nicht erwähnt zu werden!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Wir wissen alle, dass die Initiative zur Einrichtung der Energiekommission nicht zuletzt auf den Ministerpräsidenten zurückgeht. Er hat uns angeboten, bei diesem Thema fraktionsübergreifend zusammenzuarbeiten. Das haben wir grundsätzlich geschafft. Das wird bestätigt, auch wenn Herr Kollege Mütze sagt, das sei nur ein Versuch gewesen. Ich würde sagen, den Versuch kann man mit ausreichend benoten.

Herr Kollege Glauber, eines fällt auf: Wir haben ein Jahr lang konstruktiv zusammengearbeitet und einen Zwischenbericht vorgelegt, der eben nicht nur der kleinste gemeinsame Nenner ist. Der Zwischenbericht greift wichtige Themenfelder auf und setzt Impulse. Jemand wie Kollege Glauber besinnt sich jedoch in der Pressekonferenz nicht auf diese gute Zusammenarbeit, sondern flippt zur eigenen Profilierung aus und bezeichnet die Kommission als Kaffeeklatsch oder Ähnliches. Das dient dem Land Bayern im Hinblick auf die Zusammenarbeit und Weiterentwicklung hinsichtlich der Energiepolitik und der Energiewende sicherlich nicht. Das kann jeder für sich bewerten. Wir jedenfalls werden in der Energiekommission mit der hervorragenden Arbeit, die in diesem Jahr geleistet wurde, auch im nächsten Jahr weitermachen. Unser Angebot an die Opposition steht nach wie vor, weiter konstruktiv mitzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Wir können deshalb die Aussprache schließen und zur Abstimmung schreiten.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 07, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13844 mit 13849, 13851, 13871 mit 13881, 13903 mit 13915, 14660, 14826, 14894 und 15136 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15017 zugrunde.

Wir haben schon angekündigt, dass wir vorab in namentlicher Form über den nach Abschluss der Ausschussberatungen eingereichten Änderungsantrag auf Drucksache 16/15136 abstimmen wollen. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Wir werden für die Stimmabgabe fünf Minuten veranschlagen. Danach werden wir die Sitzung kurz unterbrechen. - Bitte, mit der Abstimmung kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 18.21 bis 18.26 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abstimmungsvorgang neigt sich dem Ende entgegen. – Danke schön. Mit der Auszählung kann außerhalb des Saales begonnen werden. Wir unterbrechen die Sitzung kurz, aber ich bitte Sie herzlich, hierzubleiben, weil wir dann noch über den Einzelplan 07 abstimmen müssen. Wir brauchen die Gesamtabstimmung.

(Unterbrechung von 18.27 bis 18.30 Uhr)

Wir fahren mit der Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum interfraktionellen Änderungsantrag betreffend "Förderung von dezentralen KWK-Anlagen", Drucksache 16/15136, bekannt: Mit Ja haben 64 gestimmt, mit Nein 87, Stimmenthaltungen gab es keine. Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Der Einzelplan 07 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15017 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 07 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich ebenso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzel-

plan 07 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 10)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. – Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 16/15017 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13903 mit 13905, 14826 und 14894 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Heinrich Rudrof

Abg. Christa Naaß

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Renate Ackermann

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Karsten Klein

Staatsministerin Christine Haderthauer

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14104 mit 16/14107, 16/14827 mit 16/14831 und 16/14895),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14034 mit 16/14066),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13970 mit 16/13975 und 16/14069) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14006 mit 16/14012 und 16/14014 mit 16/14033)

Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von einer Stunde und 30 Minuten festgelegt. Damit entfallen auf die CSU-Fraktion 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion der GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das sind bis zu 22 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich gleich darauf hin, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt hat, über ihren Änderungsantrag auf Drucksache 16/13974 "Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen" namentlich abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Rudrof, den ich an das Redepult bitte. Ihm folgt Frau Kollegin Naaß.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 10 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministe-

riums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ist ein Rekordhaushalt; denn er wird im Jahre 2013 erstmals die 3,6-Milliarden-Euro-Grenze deutlich überschreiten. Er weist mit einer Steigerungsrate von 21,3 % gegenüber dem Jahr 2012 den größten Zuwachs aller Einzelpläne im gesamten Staatshaushalt auf. Dabei haben wir in Bayern – das möchte ich erwähnen – mit dem Einzelplan 10 schon in den vergangenen Jahren einige Male Schallmauern durchbrochen. So ist es uns im Nachtragshaushalt 2010 für den Sozialhaushalt gelungen, die Schallmauer von 2,5 Milliarden Euro zu durchbrechen. Bereits zwei Jahre später im Nachtragshaushalt 2012 konnten wir sogar erstmals die Schallmauer von 3 Milliarden Euro durchbrechen.

Ich freue mich deshalb sehr, dass der jetzige Sozialhaushalt mit über 3,6 Milliarden Euro erneut eine Schallmauer durchbricht. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Der Sozialhaushalt 2013/2014 weist nach zweimaliger Beratung im Haushaltsausschuss mit fast 80 zu beratenden Anträgen eine Aufstockung von rund 3,02 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf rund 3,67 Milliarden Euro im Jahr 2013 sowie auf rund 3,68 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf. Bei genauerer Betrachtung bedeutet das, dass der Haushalt eine Milliarde Euro über dem Nachtragshaushalt 2010 liegt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer hätte sich vor gerade drei Jahren eine solche enorme Steigerung überhaupt vorstellen können? – Ich glaube niemand.

Gleichzeitig haben wir den achten und neunten Haushalt in Folge ohne Neuverschuldung vorgelegt und können sogar Schulden zurückzahlen sowie Reserven vorhalten. Meine Damen und Herren, das ist in ganz Europa ganz einmalig. Trotz einer Bereinigung der Gesamtausgaben, einer erheblichen Aufstockung der durchlaufenden Bundesmittel für die Grundsicherung im Alter, der Erwerbsminderung und der Grundsicherung für Arbeitssuchende verbleibt für das Jahr 2013 gegenüber dem Jahr 2012 immer noch eine Steigerungsrate von 13,2 %. Eine solche Leistung vollbringt kein anderes Land in Deutschland. Meine Damen und Herren, wir in Bayern können uns glücklich schätzen, dass wir diese enorme Steigerung zum Wohle unserer 12,5 Millio-

nen Menschen in unserem Land so seriös finanzieren können. So sieht Generationenverantwortung aus.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, weil es unser zentrales Anliegen ist, dass Bayern das familienfreundlichste Land in Deutschland bleibt, bilden in diesem Sozialhaushalt die familienpolitischen Leistungen wieder ganz klar und deutlich den Schwerpunkt. Hierfür sind in den Haushaltsjahren 2013/2014 insgesamt 3,5 Milliarden Euro veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von fast 50 % aller Ausgaben des Einzelplans. Da Familien und Kinder die Keimzelle unserer Gesellschaft sind, nimmt die Betriebskostenförderung von Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege den weitestgrößten Anteil innerhalb dieses Bereichs ein. Der entsprechende Haushaltsansatz wird dabei von 1.076,4 Millionen Euro im Jahre 2012 auf 1.208,9 Millionen Euro im Jahre 2013 bzw. 1.303,8 Millionen Euro im Jahre 2014 angehoben. Nach Adam Riese ist das gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung von 132,5 Millionen Euro bzw. 227,4 Millionen Euro. Ausschlaggebend für diesen zusätzlichen finanziellen Bedarf sind insbesondere – das erwähne ich in aller Kürze, da Herr Kollege Unterländer noch darauf eingehen wird – der rasant fortschreitende Ausbau der Betreuungsangebote, die Anpassung des Basiswerts aufgrund von Tarifsteigerungen, die erhöhte Bundesbeteiligung an der Betriebskostenförderung, die Verbesserung des Anstellungsschlüssels und die Beitragsentlastung für Eltern von Kindern im Vorschuljahr.

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, seit Jahren setzen wir uns intensiv für die Schaffung von Betreuungsplätzen für unsere Kleinsten ein, auch um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Deshalb weist auch der Ansatz zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren eine erhebliche Erhöhung auf. Hierfür sind 273,4 Millionen Euro für das Jahr 2013 und 130,4 Millionen Euro für das Jahr 2014 vorgesehen. Im Jahre 2013 stehen damit gegenüber dem Jahr 2012 stolze 131,2 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Damit wird eine zeitnahe Auszahlung entsprechend dem Baufortschritt möglich. Das ist insbesondere für unsere Träger von großem Interesse.

Meine Damen und Herren, ich freue mich sehr, dass auch der Bund seiner Verantwortung nachkommt. Ich möchte daher ausdrücklich die vom Bund im Rahmen des Fiskalpaktgesetzes für Bayern zusätzlich vorgesehenen Mittel von rund 90 Millionen Euro zum weiteren bedarfsgerechten Krippenausbau erwähnen. Im vergangenen Jahr und auch heuer ist die Zahl der Asylsuchenden in Bayern stark gestiegen. Deshalb haben wir die Ansätze für die Unterkünfte für Asylbewerber aufgestockt. Der Gesamtbetrag erhöht sich von 121,4 Millionen Euro im Jahr 2012 auf 166,4 Millionen Euro im Jahr 2013 bzw. 165,6 Millionen Euro im Jahr 2014. Relativ betrachtet ist dies gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung von über 35 %. Meine Damen und Herren, aufgrund eines Antrags der Regierungsfractionen wurden die Mittel für die Förderung der Asylsozialberatungen im Jahre 2013 um 750.000 Euro aufgestockt, obwohl die Mittel für die Asylsozialberatung erst im Nachtragshaushalt 2012 um 1,2 Millionen Euro erhöht worden sind. Das darf ich hier anmerken. Ich hätte mir gewünscht, dass dies ein stärkeres positives Echo bei den Verbänden gefunden hätte. Um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, ist der Bund gefordert, die Asylverfahren deutlich zu verkürzen.

Kurz eingehen möchte ich auch auf die Unterbringung von psychisch kranken und hochgefährlichen Straftätern. An dieser Stelle ist ein Ausgabenzuwachs von rund 26,3 Millionen Euro im Jahr 2013 bzw. 29 Millionen Euro im Jahre 2014 jeweils gegenüber dem Jahr 2012 zu verzeichnen. Dieser Mehrbedarf ist durch die ständig steigenden Unterbringungszahlen und die dadurch erforderliche Ausweitung der Unterbringungskapazitäten sowie die Tarifsteigerungen bedingt.

Wir stellen auch in diesem Sozialhaushalt zusätzliche Mittel bereit, um die Sicherheit in unseren bayerischen Gerichtsgebäuden weiter zu erhöhen. Ich will im Einzelnen jetzt nicht darauf eingehen.

Auf Initiative der Regierungsfractionen ist es gelungen, für das Jahr 2013 zusätzlich 630.000 Euro zur Einführung eines Taubblindengeldes, das einkommens- und vermö-

gensunabhängig ausbezahlt wird, in doppelter Höhe des Blindengeldes bereitzustellen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Nur 2013!)

Das ist ein starkes Signal an unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger, also an jene, die besonders hart vom Schicksal getroffen sind.

Auch bei den freiwilligen Leistungen können wir uns über deutliche Steigerungen im Sozialhaushalt 2013/2014 freuen. Das gilt zum Beispiel für den Ansatz zum Landesplan für Menschen mit Behinderung, der sich insbesondere aufgrund von Änderungsanträgen der Regierungsfaktionen gegenüber dem Entwurf der Bayerischen Staatsregierung für 2013 um rund 5 Millionen Euro verbessert hat.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Nachdem erst 8 Millionen gekürzt wurden! - Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Ja, genau!)

- Verehrte Kollegin, dazu möchte ich Folgendes sagen: Ich glaube, dass wir uns mit diesen Ansätzen nicht zu verstecken brauchen. Ich sage aber auch ganz offen, dass der Landesbehindertenplan in den kommenden Jahren und schon zum nächsten Nachtragshaushalt sehr genau im Auge behalten werden sollte.

Ich will auch deutlich machen, dass wir bereits bewilligte Investitionskostenförderungen damit zweifellos schneller abfinanzieren können.

Sehr erfreulich ist auch die Aufstockung des Ansatzes für die Familienhilfe von rund 2,1 Millionen Euro für das Jahr 2013 bzw. von 2,5 Millionen Euro für 2014. Mit diesen zusätzlichen Mitteln ist eine Umsetzung des erfolgreichen Modellprojekts "Familienstützpunkte" durch eine Regelförderung ab dem 1. Juli 2013 möglich. Außerdem stehen aufgrund eines Änderungsantrags der Regierungsfaktionen im Jahr 2013 zusätzlich 55.000 Euro zur Förderung von Maßnahmen der Familienbildung bereit.

Natürlich greifen wir auch unseren jungen Menschen unter die Arme. Zum einen werden die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen und das Personal für Jugendsozialarbeit an Schulen finanziert, zum anderen können ab dem 1. Januar 2014 die bisher aus Bundesmitteln geförderten Stellen nahtlos in die staatliche Regelförderung übernommen werden. - Auch für den Jugendschutz stellen wir zusätzliche Mittel bereit.

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, hat sich der Freistaat in den vergangenen Jahrzehnten wie wohl kein anderes Land für die Vertriebenen und besonders für die Sudetendeutschen eingesetzt. Unser Ziel ist es, die Erinnerung an die Sudetendeutschen und ihre alte Heimat zu pflegen. Ministerpräsident Horst Seehofer hat deshalb zugesichert, dass der Freistaat die Errichtung eines Sudetendeutschen Museums mit 20 Millionen Euro fördert. Wir unterstützen dies. Im Einzelplan 10 sind zur Förderung dieses Museums für das Jahr 2013 Mittel in Höhe von 5,75 Millionen und für das Jahr 2014 von 7,35 Millionen Euro veranschlagt.

Die Regierungsfractionen haben viele weitere Initiativen gestartet, die im Jahr 2013 in folgenden Bereichen zu Mehrausgaben führen – ich nenne sie in aller Kürze -: für die Belange der Vertriebenenpolitik zusätzlich 150.000 Euro und zusätzlich 100.000 Euro zur verstärkten Förderung der Betreuungsvereine. Dieses Geld ist gut angelegt; denn ohne die ehrenamtlich Tätigen müsste in erheblich höherem Maße auf professionelle Betreuer zurückgegriffen werden, was mit spürbar höheren Kosten verbunden wäre.

Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichte ich auf die Nennung der weiteren freiwilligen Leistungen.

Es ist mir wie immer ein großes Anliegen, den Abertausenden von ehrenamtlich Tätigen im Sozialbereich an dieser Stelle sehr herzlich zu danken. Mein herzlicher Dank gilt natürlich auch den Sozialverbänden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Sozialministeriums mit unserer Ministerin Christine Haderthauer und ihrem Staatssekretär Markus Sackmann an der Spitze. Ich danke auch allen Sozialpo-

litikern herzlich, namentlich Frau Vorsitzender Meyer und unserem sozialpolitischen Sprecher Joachim Unterländer.

Der Sozialhaushalt 2013/2014 sucht wohl seinesgleichen. Er zeigt klar, dass bei uns in Bayern soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit großgeschrieben werden. Bei uns bleibt wohl niemand auf der Strecke. Dabei liegen uns – man kann es nicht oft genug betonen, weil es so wichtig ist – die Familien besonders am Herzen. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hat, so wird er mit diesem Haushalt erbracht. Für die Familien werden wir im Doppelhaushalt – ich betone das – insgesamt rund 3,5 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 50 % des gesamten bayerischen Staatshaushalts.

Die erfreuliche Botschaft des Sozialhaushalts 2013/2014 lautet kurz und knapp: Bayern ist und bleibt das Familienland Nummer 1. Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 10.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Wir fahren in der Aussprache fort. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Naaß für die SPD-Fraktion. Ihr folgt dann Herr Kollege Dr. Bauer. - Bitte schön, Frau Kollegin Naaß.

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Kostenlawine bei der Kinderbetreuung", "Armutsrisiko steigt immer weiter", "Tiefe soziale Kälte bei der CSU", "Bayerischen Sozialbericht ernst nehmen": Diese Formulierungen stammen nicht von mir, ich kann sie aber voll unterstreichen. Solche Schlagzeilen im Hinblick auf die Sozialpolitik in Bayern mussten wir in den vergangenen Wochen immer lesen. Sie zeigen auf, dass es in Sachen sozialer Politik in Bayern hapert.

Einen weiteren Beweis dafür, dass es hapert, liefern natürlich auch die zahlreichen Änderungsanträge der Opposition zum Einzelplan 10. Sie sollten wenigstens etwas Bewegung in den Sozialhaushalt bringen, und siehe da: Eine Tischvorlage nach der anderen kam dann von den Regierungsfractionen, insgesamt elf an der Zahl, mit

denen einige unserer Forderungen übernommen wurden, wenn auch nur teilweise. Das ist ein Beweis dafür, dass es leider Gottes viele Baustellen in der bayerischen Sozialpolitik gibt. Diese Baustellen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, haben Sie verursacht, weil Sie in der vergangenen Zeit zu wenig gehandelt haben, weil Sie gestrichen und gekürzt haben. Sie brauchen sich nicht zu wundern, dass solche Baustellen entstanden sind.

Man braucht sich nur den Bericht der Umsetzungskommission zum Bayerischen Sozialbericht anzuschauen, vor allem auch die Vorschläge aus dieser Kommission. Die zentralen Ergebnisse dieser Kommission zeigen, wie weit die soziale Lage in Bayern davon entfernt ist, allen Menschen die gleichen Lebenschancen zu eröffnen und ein solidarisches Miteinander zu gestalten. Auseinanderklaffende Regionen bei der wirtschaftlichen Entwicklung, der Arbeitslosigkeit, der Armut, der Bevölkerungsentwicklung usw., großes Risiko von Altersarmut, unterschiedliche Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aufgrund von sozialer Herkunft und Migrationshintergrund: Das ist die tatsächliche Situation in Bayern. Die Kommission hat viele Vorschläge unterbreitet, die sich in diesem Einzelplan 10 leider nicht widerspiegeln. Wir bräuchten Konzepte gegen Armut. Vor allem Frauen, Alleinerziehende und ältere Menschen sind stark armutsgefährdet. Hierzu findet man nichts im Haushalt.

Wir brauchen eine gute Pflege in Bayern. Der Sozialbericht verdeutlicht die gesellschaftliche Herausforderung im Hinblick auf die Pflege. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird bis zum Jahr 2020 um 37,8 % steigen, und zwar noch stärker als im Bundesdurchschnitt. Wo sind Ihre Konzepte? Wo ist bei Ihnen langfristiges Planen erkennbar? – Ich sehe nichts. Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, muss gehandelt werden.

Die SPD steht für Solidarität statt sozialer Kälte. Unsere Änderungsanträge spiegeln unsere Politikschwerpunkte wider. Bei der Regierungskoalition können wir sie leider nicht erkennen.

Drei Punkte sind uns wichtig: erstens eine gute Kinder- und Familienpolitik, zu der auch eine gute Pflege gehört, zweitens eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen und drittens eine gute Integrationspolitik, zu der ebenfalls ein guter, solidarischer und menschlicher Umgang mit Asylbewerbern gehört.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich komme zur Kinder- und Familienpolitik. Der dritte Bayerische Sozialbericht zeigt, dass besonders Familien und Alleinerziehende verstärkt die Unterstützung durch den Freistaat Bayern benötigen. Deshalb geht es um mehr Qualität bei der Kinderbildung und -betreuung. Es geht auch um ausreichende Kinderbetreuungsplätze in Bayern. In der Vergangenheit ist einiges getan worden, es musste aber auch viel getan werden, weil große Baustellen vorhanden waren und die Staatsregierung in der Vergangenheit viel zu wenig unternommen hat, um Kinderkrippenplätze zur Verfügung zu stellen. Deshalb musste gearbeitet und investiert werden, nachdem zuvor nichts getan wurde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht um die Realisierung der Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres sowie um den quantitativen und qualitativen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Die SPD will die Betriebskostenförderung von Kindertagesstätteneinrichtungen und der Tagespflege durch zusätzliche staatliche Mittel erhöhen. Zusätzliche Mittel für Personal soll zudem eine Ausweitung der Öffnungszeiten ermöglichen. Das gilt insbesondere für die Rand- und Ferienzeiten, bei denen es im Moment noch massiv mangelt. Es geht darum, den tatsächlichen Bedürfnissen der Eltern besser gerecht zu werden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser funktionieren kann, als das derzeit der Fall ist - also mehr Geld für frühkindliche Bildung und nicht für das unsäglich hohe Betreuungsgeld, das in Deutschland und Bayern niemand haben will.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Niemand will es haben, nicht einmal die FDP; nur die CSU will es haben. Also wieder einmal "CSU - allein zu Haus". Niemand will es haben, und alle möchten gerne, dass dieses Geld in Kinderbetreuung und in eine Steigerung der Qualität gesteckt wird anstatt in dieses blöde Betreuungsgeld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auch bei der weiteren Förderung von Mehrgenerationenhäusern erwarten wir vom Freistaat Bayern ein größeres Engagement, um die bayerischen Kommunen zu entlasten. Das gilt ebenso für die Förderung der Familienpflege. Gerade die CSU setzt doch viel auf die Familie und fördert dabei zu wenig die Haushaltshilfen und Familienpflege, die für uns ein unverzichtbarer Bestandteil der Familienförderung in Bayern sind.

Ich möchte für gute Pflege klotzen. Gute Pflege ist derzeit eine der aktuellsten gesellschaftlichen Herausforderungen. Die Einführung eines neuen erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriffes ist mehr als überfällig. Bayern muss deshalb die politischen und finanziellen Voraussetzungen und einen zeitlichen Rahmen für die schnellstmögliche Umsetzung schaffen. Man muss dabei auch vorausschauend tätig werden und darf nicht warten, bis das endlich kommt. Es muss zu einer deutlichen Verbesserung für pflegebedürftige Menschen und für die Pflegenden kommen. Gute Pflege braucht einen gut ausgebildeten, engagierten Nachwuchs. Der Fachkräftemangel in der Pflege ist derzeit schon Realität. Das langjährige Gezerre um die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege ist ein mehr als unrühmliches Kapitel des Bayerischen Landtags. Es ist ein unrühmliches Kapitel, ein Hin- und Herschieben zwischen Sozialministerium und Bildungsministerium, wie wir es schon lange nicht mehr erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Für Auszubildende in der Altenpflege muss daher die Ausbildung kostenfrei sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Unabhängig davon muss auch in der Altenpflege ebenso wie beim Krankenhauswesen endlich eine Umlagenfinanzierung der Ausbildungskosten eingeführt werden. Die Kosten für die Ausbildung dürfen nicht länger auf die pflegebedürftigen Menschen und die ausbildenden Einrichtungen abgewälzt werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Mit unseren Änderungsanträgen wollen wir auch flexible Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren fördern, Projekte für Demenzkranke, aber auch Wohnformen wie zum Beispiel das sogenannte Bielefelder Modell. Wir wollen vor allem, dass die CSU endlich die Kürzungen aus der Vergangenheit, aus dem Jahr 2004, zurücknimmt, die immer noch nachwirken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damals wurde die Möglichkeit der Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen durch die CSU gestrichen, obwohl bekannt war, dass viele Einrichtungen 30 oder 40 Jahre alt sind und dringend renoviert werden müssten. Sie haben Streichungen vorgenommen und die Förderungen gekürzt. Wir wollen mit unseren Haushaltsanträgen diese Kürzungen zurücknehmen und mehr Geld für diese Maßnahmen zur Verfügung stellen. Es geht um eine Summe von 17 Millionen Euro im ersten Schritt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen eine gute Politik für Menschen mit Behinderungen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern geht uns zu langsam, und zwar viel, viel zu langsam. Deshalb wollen wir mit unseren Änderungsanträgen auf eine Verbesserung der Situation hinwirken. Ich freue mich, dass die CSU nun auch unserer Forderung gefolgt ist, Mittel für den bayerischen Behindertenplan unter anderem zur Erarbeitung eines bayerischen Aktionsplanes aufzunehmen. Sie haben dann im Rahmen einer Tischvorlage zwei Millionen Euro in den Haushalt eingestellt. Das ist schön und gut

so, Sie hätten es aber schon einige Wochen früher machen können, indem Sie dem SPD-Antrag zugestimmt hätten. Dann hätten Sie keine Tischvorlage bringen müssen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie könnten übrigens öfter der SPD folgen. Das gilt zum Beispiel in Bezug auf die Hilfen für Sehbehinderte und Taubblinde. In anderen Bundesländern ist man auf diesem Feld schon lange tätig geworden, zum Beispiel in Berlin, Schleswig-Holstein, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, Sachsen oder Sachsen-Anhalt. All diese Länder haben schon mehr für Sehbehinderte und Taubblinde getan. Wir haben entsprechende Anträge gestellt. Sie wollen jetzt wenigstens Hilfestellungen für Sehbehinderte und Taubblinde einbringen. Wir wären gerne weiter gegangen. Wir haben in Bayern 6.100 hochgradig Sehbehinderte sowie 75 hochgradig Sehbehinderte mit gleichzeitiger Taubheit. Das sind nicht so viele Menschen. Sie haben diese Menschen alle im Stich gelassen. Das gilt nicht für die SPD; denn wir haben entsprechende Anträge gestellt und hätten dafür 12,4 Millionen Euro gerne in den Haushalt aufgenommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eine weitere Baustelle betrifft die Betreuungsvereine. Der Bedarf an Betreuungsverfahren ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten enorm gestiegen; Sie wissen das alle. Deshalb muss der Freistaat Bayern hierfür mehr Geld zur Verfügung stellen. Wir setzen deshalb pro Haushaltsjahr zusätzlich 150 Millionen Euro dafür an. Auch hierbei folgen nun CSU und FDP der Forderung der SPD, aber Sie springen wieder einmal zu kurz. Sie stocken nur etwas für das Jahr 2013 auf – Sie wissen das, Frau Meyer –, während für das Jahr 2014 keinerlei zusätzliche Mittel von Ihrer Seite im Haushalt vorgesehen sind. Warum denn? Sind Sie dann eventuell nicht mehr an der Regierung, weshalb Sie nur für das Jahr 2013 die Anträge stellen? Ich glaube, davon muss man ausgehen, und wir gehen auch davon aus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Also von wegen Bayern spitze, im Gegenteil, gerade bei den Betreuungsvereinen sind wir mit Schlusslicht in Deutschland.

Gute Integrationspolitik: Auch die Asyl- und Menschenrechtspolitik der derzeitigen Staatsregierung leidet unter großen Defiziten, um es noch höflich und freundlich auszudrücken. Seit Langem platzen die Erstaufnahme- und Sammeleinrichtungen für Asylbewerber aus allen Nähten. Die unmenschliche Unterbringung – seit über einem Dreivierteljahr diskutieren wir im Bayerischen Landtag darüber – von Menschen, die zu uns kommen, ist doch seit Langem bekannt. Nichts ist in der Vergangenheit getan worden. Im Rahmen der Haushaltsberatung stocken Sie auf, aber auch erst, nachdem wir vonseiten der Opposition entsprechende Anträge gestellt haben. Erst danach sind Sie mit Tischvorlagen gekommen, die zwar zu einer Erhöhung führen, aber vom Umfang her nicht ausreichen, um die Asylsozialberatung sicherzustellen. Für die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege wird die Situation immer schwieriger. Sie brauchen mehr Unterstützung, als das bisher der Fall war. Auch für die Menschen in den Einrichtungen ist es wichtig, dass ihnen die entsprechende Hilfestellung gegeben wird. Sie haben in der Vergangenheit gekürzt, und deswegen sind jetzt zusätzliche Mittel erforderlich, um eine gestiegene Anzahl von Asylbewerbern gut und noch besser zu betreuen.

Das Thema Heimatvertriebene ist für mich als vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ein großes Anliegen. Die Arbeit der Verbände und der kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen entsprechend zu unterstützen, ist wichtig. Schritt für Schritt wurden Mittel für diese Aufgaben von Ihnen gekürzt, und zwar von Jahr zu Jahr. Nur noch zwei Drittel der Mittel des Jahres 2003 stehen jetzt zur Verfügung. Sie haben gekürzt, und wir wollen wieder aufstocken, und zwar wenigstens in dem Maße, dass die Haushaltsansätze aus dem Jahr 2011 wiederhergestellt werden. Wir stocken die Mittel für die Arbeit der Deutschen Jugend in Europa, des Sudetendeutschen Rates, des Bukowina-Instituts oder des Kulturzentrums Ostpreußen um 219.000 Euro auf, um nur einige Einrichtungen zu nennen. Die Einrichtungen sol-

len im bisherigen Umfang arbeiten können. Ich freue mich auch, dass CSU und FDP wieder einmal unserem Antrag gefolgt sind. Zuerst lehnen Sie unsere Anträge ab, und dann schießen Sie doch noch etwas hinzu – geringfügig und nicht in dem Umfang, wie wir das wollen, und leider Gottes wieder nur für das Jahr 2013. Für das Jahr 2014 findet man von Ihrer Seite wieder nichts mehr im Haushalt - also erneut ein Beweis dafür, dass Sie dann nicht mehr an der Regierung sein werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dass in Sachen Sudetendeutsches Museum endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden, begrüßen wir, ebenfalls die Unterstützung des Hauses der Heimat in Nürnberg. Es war ja auch wichtig, dass wir mit dem Sudetendeutschen Museum vorankommen; es hat schließlich lange genug gedauert.

Sozialpolitik ist kein Rangierbahnhof, in dem man, wie im vergangenen Jahrzehnt immer wieder erlebt, nach Gutdünken verschiebt, ausrangiert, Positionen verändert, kürzt und streicht. Sozialpolitik braucht Verlässlichkeit. Dafür steht die SPD. Die SPD steht für ein gerechteres und sozialeres Bayern. Das spiegelt sich auch in unseren Anträgen zum Einzelplan 10 wider. Die SPD hat 33 Änderungsanträge eingebracht. Wir wären froh gewesen, wenn Sie ihnen zugestimmt hätten. Weil Sie dies nicht gemacht haben, können wir dem Einzelplan 10 insgesamt leider nicht zustimmen.

Abschließend bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, in den Einrichtungen vor Ort, aber auch bei den vielen hauptamtlich und ehrenamtlich Beschäftigten und Tätigen im Bereich der Wohlfahrtsverbände und in den übrigen sozialen Bereichen; denn ohne diese vielen Menschen wäre unser Land ein großes Stück ärmer.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Bauer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ihm folgt Frau Kollegin Ackermann.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute sage ich ein kleines Lob an die Staatsregierung. Frau Ministerin, ich muss Sie ausdrücklich dafür loben, dass die Staatsregierung die Asylsozialberatung endlich anerkannt – dazu hat ein Kollege vorhin etwas ausgeführt – und dafür zusätzliche Mittel in Höhe von 750.000 Euro eingestellt hat.

Diese Mittel reichen aber bei Weitem nicht aus. Herr Rudrof hat schon gesagt, wie viele Probleme es gerade in den Erstaufnahmelagern gibt. Diese Probleme sind auch der Grund dafür, dass wir mehr Geld brauchen. Die Situation hat sich halt geändert. Wenn wir Politik betreiben, müssen wir auf die reale Situation eingehen, um die entstehenden Probleme zu lösen. Auch die Welt hat sich geändert. Deshalb müssen wir für den sozialen Bereich mehr einstellen. Das sage ich nur am Rande. Wir fordern, die Asylsozialberatung mit 1,7 Millionen Euro zu bedenken.

Leider ist der Einzelplan 10 im Doppelhaushalt ein Etat der verpassten Chancen. Daran wird deutlich, dass es die Staatsregierung nicht verstanden hat, besonders bei der Neuregelung des BayKiBiG die richtigen Weichen für eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu stellen.

Sie hätten die Beratungen zur Änderung des BayKiBiG ernsthaft betreiben und die Schwachpunkte des Entwurfs, die spätestens bei der Expertenanhörung deutlich geworden sind, angehen und konsequent ausmerzen müssen, und dann hätten Sie bereits im Sozialausschuss bei den entsprechenden Abstimmungen unseren Anträgen zustimmen müssen. Damit wäre eine echte Verbesserung für unsere Kitas erreicht worden, die notwendig ist.

Jetzt gehe ich noch auf ein paar Kernforderungen der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ein. Meine Generalkritik ist, dass CSU und FDP die berechtigten und notwendigen Forderungen im aktuellen Haushaltsentwurf nicht ausreichend berücksichtigt haben.

Mit unserem Änderungsantrag Drucksache 16/13970 fordern wir die Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. Eines muss uns klar sein – das betone ich an dieser Stelle immer wieder -: Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern gibt es nicht zum Nulltarif. Ich muss an dieser Stelle noch einmal eindringlich daran erinnern, dass die Umsetzung der BRK eine völkerrechtliche Verpflichtung unseres Landes gegenüber der Weltgemeinschaft ist. Wieder einmal muss ich feststellen, dass wir in Bayern nur langsam vorankommen. Mir kommt es so vor, dass man zwar erst einen Schritt geht, dann aber zögerlich wieder einen Schritt zurückgeht, sodass wir uns mehr oder weniger im Stillstand befinden. Es ist wichtig, die Rahmenbedingungen zu verbessern und hierfür die Voraussetzungen zu schaffen. Das kann nach der Meinung der Fraktion nur gemeinschaftlich gelingen. Deshalb appelliere ich auch an Sie. Herr Rudrof, Sie haben das ja ausgeführt.

Dazu gehört zum einen eine finanzielle Unterstützung des Bundes und des Landes. Zum anderen gehört die Unterstützung derjenigen dazu, die bereits jetzt vor Ort Arbeit in Organisationen leisten. An dieser Stelle möchte ich mich für deren Engagement ganz herzlich bedanken. Besonders gehört auch eine angemessene Personalausstattung dazu, damit die Vorhaben sachgerecht umgesetzt werden können.

Der Bewusstseinswandel kostet weniger. Aber er muss in unseren Köpfen stattfinden, und zwar bei jedem einzelnen Bürger. Diese Aufgabe müssen wir gemeinsam umsetzen. In dieser Hinsicht ist die Beauftragte für Menschen mit Behinderung, Frau Badura, an einer entscheidenden Stelle tätig. Deswegen begrüßen wir, wenn sie oder ihre Nachfolgerin oder ihr Nachfolger in der nächsten Legislaturperiode hauptamtlich tätig wird. Dennoch fordern wir jetzt eine Mehrung der Stellen in der Einrichtung der Behindertenbeauftragten. Es geht um eine Aufstockung um zwei Personen. Wenn Sie sich den aktuellen Tätigkeitsbericht anschauen, werden Sie merken, dass sich die Aufgaben geändert haben und mehr geworden sind, sodass mehr Geld benötigt wird.

Meine nächste Bemerkung möchte ich auf die zwei Anträge auf den Drucksachen 16/13971 und 13972 beziehen: Hier erlaube ich mir einen kleinen Exkurs und spreche ein Thema an, das nicht unmittelbar mit dem Einzelplan 10 zu tun hat, sondern mit dem Einzelplan 05. Da geht es um den Schulgeldausgleich für private Altenpflegeschulen. Dieses Thema liegt mir besonders am Herzen.

Statistiken zeigen ganz klar – Frau Naaß ist schon darauf eingegangen –, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land in naher Zukunft verdoppeln wird. Der Bundesverband privater Anbieter von sozialen Diensten rechnet mit einem zusätzlichen bundesweiten Bedarf von 220.000 Pflegekräften bis zum Jahr 2020.

Hier liegt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, nämlich einen im ganzen Land sichtbaren Mangel an Fachkräften in der Pflege zu verhindern. Leider schlägt die Staatsregierung da einen völlig falschen Weg ein. Aufgrund des niedrigen Ausbildungslohns von durchschnittlich 400 Euro sind die Schüler nicht mehr in der Lage, das zusätzlich anfallende Schulgeld zu zahlen. Ich möchte Ihnen nochmals verdeutlichen, warum wir diese Leistung dringend brauchen. Aufgrund des demografischen Wandels wird sich der Fachkräftemangel deutlich verstärken. Er wird dramatische Auswirkungen haben. Einerseits steigt die Zahl der älteren zu pflegenden Mitbürger, andererseits sinkt die Zahl der jungen Menschen, die diese Pflege leisten können.

Darüber hinaus erinnere ich an dieser Stelle daran, dass die vielen Zivildienststellen weggefallen sind. Ursprünglich hatten wir einmal 100.000 Zivildienststellen. Der Bufdi ist auf ungefähr 30.000 Stellen gekürzt worden. Dadurch ist eine eklatante Lücke von 70.000 entstanden. Deshalb müssen wir darüber nachdenken und uns darüber austauschen, ob wir gemeinsam ein verpflichtendes soziales Jahr einführen sollten. Das muss man schon an dieser Stelle deutlich machen. Damit können wir nicht warten, sondern müssen handeln.

Wichtig sind auch die flexiblen Wohnformen im Alter. Wir müssen dem Bedarf an Auf- und Ausbau neuer ambulanter Wohngemeinschaften von Seniorinnen und Senioren

nachkommen. Dafür müssen wir die entsprechenden Mittel erhöhen. Ambulante Wohnformen brauchen eine höhere finanzielle Stützung; denn es ist unser vornehmstes Ziel, dass das heimische soziale Umfeld gestärkt und das Zusammenleben mit der jüngeren Generation ermöglicht wird. Jung und Alt sollen gemeinsam unter einem Dach wohnen. Eigenheim statt Pflegeheim, - so heißt unser Slogan.

Mit dem Antrag zur Drucksache 16/13973 fordert die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER die Umsetzung der Ankündigungen der Staatsregierung ein. Meine Damen und Herren, wer A sagt, muss auch B sagen. Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zu Sonntagsreden verkommen, sondern muss von allen Seiten des Freistaats besser finanziert werden. Wir brauchen eine Stärkung des Ehrenamtes und des Landesnetzwerks für diese ehrenamtliche Tätigkeit. Lieber Herr Fraktionsvorsitzender Schmid, wir haben in einem Antrag eine bescheidene Erhöhung um 30.000 Euro formuliert. Es dürfte kein Problem bereiten, diesen Betrag für die Dachorganisation des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement in den Haushalt einzustellen. In diesem Zusammenhang möchte ich aber ausdrücklich begrüßen – wir haben heute früh darüber gesprochen –, dass die Stärkung des Ehrenamts in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden soll. Ein wichtiger Impuls hierfür kam auch von der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER.

Nun zu den Anträgen auf den Drucksachen 16/13974 und 16/13975. Damit komme ich noch einmal auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen zurück. Wir begrüßen die zum Teil eingeführte Entlastung hinsichtlich des Elternbeitrags. Aber das kann nur ein Anfang sein. Auch warnen wir: Das darf nicht zulasten der Qualität gehen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Geht es aber!)

Denn eines wird vonseiten der Staatsregierung gerne verschwiegen: Bayern belegt im bundesweiten Vergleich im Bereich der Förderung frühkindlicher Bildung noch immer einen der hinteren Plätze. Das kann nicht länger so bleiben; denn der Besuch von Kindertageseinrichtungen ist von essenzieller Bedeutung für die Entwicklung eines Kin-

des und für dessen Bildungschancen. Die von der Staatsregierung eingeplanten Mittel für die neuen Regelungen des BayKiBiG sind nach Ansicht der FREIEN WÄHLER viel zu gering. Wir haben in den letzten Wochen ausführlich darüber diskutiert. Das möchte ich jetzt nicht noch einmal aufrollen. Aber eines liegt mir am Herzen: Eine verstärkte Kooperation zwischen den Grundschulen und den Kindertageseinrichtungen ist notwendig. Hierfür sind auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen.

Auch über die Qualitätsverbesserungen hatten wir schon in den letzten Sitzungen gesprochen. Mit den eingeplanten 33 Millionen Euro liegen wir wirklich am unteren Ende. Diese Summe wird niemals ausreichen, um die Träger und Gemeinden nicht weiter zu belasten und auch die Beiträge der Eltern nicht weiter ansteigen zu lassen. Deswegen müssen auch diese Mittel deutlich aufgestockt werden.

Wir FREIE WÄHLER fordern daher die Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertagesstätten, so wie Sie sie in unserem Antrag finden. Diese Ergänzung sorgt für die dringend notwendige Planungssicherheit für Träger und Personal und trägt zudem zur Steigerung der Attraktivität des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers bei. Auch hierfür muss einfach mehr Geld in die Hand genommen werden. Grundsätzlich ist die kindbezogene Förderung richtig; aber gerade in Landkindergärten brauchen wir eine Sockelfinanzierung; denn die Fixkosten sind hier im Verhältnis relativ hoch. Stimmen Sie bitte deshalb unserem Antrag auf Sockelfinanzierung zu.

Nun zum Antrag 16/14069, zur staatlichen Förderung der Spitzenverbände.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, Sie müssen auf die Zeit achten!

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Einen Satz noch. - Auch hier müsste der Globalzuschuss deutlich erhöht werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, um das soziale Gesicht Bayerns zu stärken, haben wir diese Anträge gestellt. Ich bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen. Heute haben Sie die Chance dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Bauer. Wenn es um das Soziale geht, sind wir mit der Redezeit großzügig. – Frau Kollegin Ackermann, schauen Sie, ob Sie mit Ihren elf Minuten zurechtkommen. Sie haben jetzt für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, ich werde mit den elf Minuten zurechtkommen, und ich werde die Sozialpolitik vertreten, nicht die Haushaltspolitik.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Einzelplan 10, auch Sozialhaushalt genannt, gelten drei Attribute: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich werde jetzt anhand einzelner Beispiele beweisen, dass ich diese drei Attribute zu Recht verwende.

Schauen wir zunächst auf den Krippenausbau. Nach jahrzehntelangem Tiefschlaf der Staatsregierung und ideologischer Borniertheit

(Reserl Sem (CSU): Na!)

haben Sie unterdessen, weil ein Rechtsanspruch greift, begriffen, dass auch in Bayern die Krippen ausgebaut werden müssen. Sie halten sich zugute, jetzt mit Volldampf Krippen auszubauen. Allein, das gelingt Ihnen nicht. Es gelingt Ihnen auch deshalb nicht, weil Sie bei der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ebenfalls tief geschlafen haben. Deswegen haben wir jetzt zu wenig Erzieherinnen und Erzieher in Bayern, sodass, selbst wenn der Krippenausbau gelänge, nicht ausreichend Fachkräfte vorhanden wären, um diese Einrichtungen ordnungsgemäß auszustatten.

Frau Haderthauer rechnet sich den Deckungsgrad der Kinderkrippen in Bayern regelmäßig schön und wird dafür vom Landesamt für Statistik regelmäßig lächerlich gemacht. Sie redet von einem Deckungsgrad von 48 %. Im März 2012 war allerdings laut Statistischem Landesamt lediglich ein Deckungsgrad von 23 % erreicht. Weitere

45.000 Kinderkrippenplätze müssen geschaffen werden. Somit müssen Sie jetzt in einem knappen Jahr eine weitere Steigerung um 60 % erreichen. Jeder in diesem Raum kann sich ausrechnen, dass das nicht möglich sein wird. Sie werden Ihr Ausbauziel nicht erreichen. Da nützen alle Beteuerungen nichts. Das Jahr 2013 und der August 2013 werden Ihre Aussagen Lügen strafen. Für den Krippenausbau gilt: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz haben Sie viel zu spät reagiert. Sie haben nach jahrelanger Kritik von Verbänden, von Betroffenen und Eltern einen Änderungsvorschlag eingebracht. Aber welch Wunder: Es hat sich gar nichts verändert, obwohl zwei Anhörungen vorausgingen. Obwohl Ihnen alle Sachverständigen, ganz gleich, ob Vertreter der kommunalen Spitzenverbände oder Fachleute, ob Eltern oder Erzieherinnen und Erzieher, gesagt haben, was in diesen Änderungsentwurf aufgenommen werden müsste, sind Sie bei Ihrer Meinung geblieben, nichts verändern zu müssen. Sie haben etwas eingebracht, was dem Grundsatz, Qualität in den Vordergrund zu stellen, komplett widerspricht. Sie haben aus purem Populismus teilweise eine Kostenfreiheit eingeführt. Den Eltern, Frau Ministerin, wäre mit Qualität deutlich mehr gedient gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten den Anstellungsschlüssel auf 1 : 10 senken müssen. Sie hätten den Gewichtungsfaktor für Kinder unter drei Jahren auf 3 anheben müssen. Sie hätten Inklusion für alle Einrichtungen schaffen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten die Erzieherinnen und Erzieher für Leitungsaufgaben freistellen müssen.

Sie haben im Haushalt 32 Millionen Euro für den sogenannten Basiswert Plus – das ist ein tolles Wort – eingeführt. Das ist ungerecht, weil damit die Einrichtungen belohnt

werden, die ihren Anstellungsschlüssel im Nachgang verbessern. Jene, die schon immer mit einem guten Anstellungsschlüssel gearbeitet haben, gehen leer aus. Sie hätten für diesen Basiswert eigentlich 80 Millionen Euro gebraucht. 32 Millionen sind deutlich zu wenig.

Sie haben für diese teilweise eingeführte Beitragsfreiheit 93 Millionen Euro eingesetzt. Das sind zwei Drittel der zusätzlichen Mittel, die Sie für das BayKiBiG verwenden, zwei Drittel für eine populistische Aktion, die weder Kindern noch Eltern noch Erzieherinnen und Erziehern nützt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem von Ihnen vorgelegten BayKiBiG kann man nur sagen: zu spät, zu schlecht, zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schauen wir auf das Landesblindengeld. Es wurde im Jahr 2004 unter Herrn Stoiber um 15 % gekürzt. Dadurch wurden 14 Millionen Euro eingespart. Jetzt liegt ein Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN vor, die fordern, dass zwei weitere Gruppen in das Landesblindengeldgesetz aufgenommen werden: die Taubblinden und die hochgradig Sehbehinderten. Obwohl diese beiden Gruppen noch dazugekommen wären, wäre der Ansatz immer noch deutlich unter dem damaligen Ansatz geblieben. Dazu muss man noch sagen, dass der Ansatz für das Blindengeld ohnehin gesunken ist, nämlich um 19 Millionen Euro, weil durch die augenmedizinischen Fortschritte Gott sei Dank weniger Menschen blind werden. Sie haben – und das spricht Bände für Ihre Auffassung von Inklusion – die schwerst sehbehinderten Menschen, die nur noch einen Grad von 3 % Sehfähigkeit haben – das heißt, sie sehen praktisch nichts –, im Regen stehen lassen. Sie haben ihnen kein Landesblindengeld zugebilligt. Dabei brauchen sie dieselben Hilfsmittel, um sich im Leben zurechtzufinden, wie blinde Menschen. Sie werden leer ausgehen. Fast leer werden die Taubblinden ausgehen, sie sind im Doppelhaushalt nur für 2013 berücksichtigt, für 2014 nicht.

Das ist ein Trauerspiel; denn Inklusion heißt Teilhabe und Nachteilsausgleich. Beides haben Sie für die beiden genannten Personengruppen komplett verfehlt. Die Attribute "zu schlecht, zu wenig" sind hier durchaus angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir noch zu den Investitionsmitteln für die Behindertenhilfe. Da haben Sie gedacht, Sie machen es besonders schlau. Im Einzelplan 13 haben Sie zusätzliche Investitionsmittel in Höhe von 8,5 Millionen Euro ersatzlos gestrichen. Sie haben natürlich gedacht, das bleibe unbemerkt, weil diese Mittel ja nicht im Einzelplan 10 waren. Dank unserer Haushälterin Claudia Stamm haben wir es aber bemerkt, und Sie haben dann noch 3,5 Millionen nachgeschoben. Welch ein Armutszeugnis!

(Beifall bei den GRÜNEN)

De facto sind es 5 Millionen Euro weniger für die Behindertenhilfe. Herzlichen Dank! Das ist Ihr Verständnis von Integration. Hier gilt: zu schlecht, zu wenig.

Schauen wir auf Asyl-, schauen wir auf Integrationspolitik. In Bayern läuft Integrationspolitik über lokale Integration. Es gibt keine nachholende Integration und keine Struktur für Integration. Integration gelingt nicht wegen, sondern trotz der Staatsregierung.

(Reserl Sem (CSU): Na! - Georg Schmid (CSU): Die guten Sachen gehen immer von allein!)

Die Potenziale werden nicht erkannt und nicht genutzt. Das geht nicht nur auf Kosten der ausländischen Mitbürger, sondern auf Kosten unserer gesamten Gesellschaft.

Jetzt noch ein paar Worte zu den Flüchtlingen. Die Zeit ist leider zu kurz, denn dieses Thema verdient eigentlich die gesamte Redezeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern sollen Flüchtlinge immer noch abgeschreckt werden. Neueste Blüte bayerischer Abschreckungspolitik ist die permanente Forderung nach beschleunigten Verfahren zur Abschiebung von Sinti und Roma. Es war dringend notwendig, dass Sie vom Bundesverfassungsgericht eine Ohrfeige dafür bekommen haben, dass Sie die Asylbewerber noch immer mit viel zu wenig Geld unterstützen. Das Bundesverfassungsgericht musste Sie darauf aufmerksam machen, dass alle Menschen ein Recht auf ein Existenzminimum haben. Das ist ein Armutszeugnis für die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sind Sie gegen eine Verkürzung der Asylverfahren?)

In den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Gemeinschaftsunterkünften herrschen wegen Überfüllung untragbare Zustände. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie halten ja gerne Sonntagsreden und auch gerne Weihnachtsreden. Wenn Sie in einer Weihnachtsrede wieder einmal den Begriff "Herberge" benutzen, dann denken Sie doch bitte daran, wie Sie mit Menschen, die hier Herberge suchen, umgehen.

Mir ist vorhin ein kleines Gedicht in die Hände gekommen vom Sankt-Josef-Stift, also relativ unverdächtig, grün-nah zu sein. Dieses Gedicht lautet - ich lese nur den letzten Satz vor -:

Vielleicht bauen wir ihnen doch einmal einen schönen neuen Stall. Bethlehem ist überall, ganz in unserer Nähe oder sogar im eigenen Haus, mitten unter uns.

Bethlehem ist überall. Aber unsere Sozialpolitik und unsere Flüchtlingspolitik ist zu spät, zu wenig und obendrein noch, weil wir die Flüchtlinge zwangsweise mit Essenspaketen verpflegen, zu teuer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin Haderthauer, Ihre Sozialpolitik hat keine erkennbare Linie: hier mal Flickschusterei, dort mit der Gießkanne, hier sinnentleerte Einsparungen. Frau Ministerin, Sozialpolitik sieht anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Meyer für die FDP-Fraktion.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Verständnis der Liberalen von Sozialpolitik soll der Staat dann und dort unterstützend tätig werden, wo und solange es notwendig ist. Er soll Leistungen auch einmal einstellen, wenn sie entbehrlich geworden sind, und er soll sich umschauchen und genau hinschauen, wo frei gewordenes Geld eventuell an anderer Stelle besser eingesetzt werden kann, dort nämlich, wo neue Not entstanden ist. Vor diesem Hintergrund gelten für uns steigende Sozialleistungen im Haushalt nicht per se als ein Erfolg. Denn eigentlich ist das politische Ziel, dass möglichst viele Menschen ohne staatliche Hilfe und Unterstützung auskommen. Gute Sozialpolitik ist aus unserer Sicht in ihrem Bestreben zielgenau, nachhaltig und setzt auch präventiv an. Das kann sie natürlich noch besser in Zeiten, in denen es wirtschaftlich gut geht. Gute Sozialpolitik setzt eine gute Wirtschaftspolitik voraus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Dass wir in Bayern hierfür sehr gute Voraussetzungen haben, wurde gestern in der Aussprache zum Einzelplan 02 eindrucksvoll dargestellt. Dem Wirtschaftsminister wurde für seine gute Arbeit ausdrücklich gedankt, und das möchte ich an dieser Stelle von meiner Seite auch noch einmal tun.

(Beifall bei der FDP)

Der Sozialhaushalt hat mit seinen 3,59 Milliarden in 2013 und den 3,64 Milliarden in 2014 ein gewaltiges Volumen. Für dieses mächtige Zahlenwerk möchte ich an dieser

Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums sagen, die dieses Werk zusammengestellt haben, und auch für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Es ist für sie nicht immer ganz einfach bei uns im Sozialausschuss.

Nicht nur bei den Pflichtaufgaben, sondern auch im Bereich der freiwilligen Leistungen setzt der Sozialhaushalt deutliche Zeichen. Einen Schwerpunkt mit nachhaltigen Auswirkungen von Sozialleistungen sehen wir in der Familienpolitik. Es wurde schon gesagt: Fast 50 % der Mittel des Einzelplans 10 werden für familienpolitische Leistungen ausgegeben. Wenn Sie dann sagen, liebe Kollegin Naaß, das sei alles viel zu wenig und viel zu schlecht, dann frage ich mich, ob Sie unsere Leistungen einfach nicht sehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Auf die hohen Investitionen im frühkindlichen Bereich wird mein Kollege Karsten Klein anschließend etwas näher eingehen. Ich möchte auf einen Bereich eingehen, der uns sehr wichtig ist, nämlich auf die Familienhilfe und explizit auf die Familienbildungsstätten. Aus unserer Sicht leisten Eltern- und Familienbildungsstätten im Rahmen des Gesamtkonzepts einen wichtigen Beitrag für die Familien in der bayerischen Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ein passgenaues Angebot an Familienbildung vor Ort ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Investition in die Zukunft. Sie wirkt präventiv bei Problemen in den Familien, fördert die Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund, bietet einen Treffpunkt für Familien und gibt Tipps und Hilfestellung in Fragen der Erziehung sowie für viele weitere Bereiche des Lebens. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit der Familienbildungsstätten mit den Kita-Müttern und den Familienzentren, den

Schulen und Horten vor Ort bedarf einer übergeordneten Struktur, damit sie innovativ und nachhaltig ist.

Neben der Familienbildung haben wir uns auch für die Selbsthilfekoordinationsstelle in Bayern eingesetzt. Selbsthilfe ist für uns Liberale grundsätzlich ein ganz wichtiger Pfeiler in unserem gesamten Gesundheits- und Sozialsystem.

(Beifall bei der FDP - Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

Selbsthilfe, die durch Förderung mit dem Ziel geweckt wird, selbstbestimmt und eigenverantwortlich das Leben zu führen, sehen wir als eine ganz wichtige Konzeption in der Sozialpolitik.

Den Einsatz finanzieller Mittel zum Beispiel unter dem Aspekt, dass neue Not entstanden ist, sehen wir als FDP-Fraktion im Bereich Asylpolitik. Dank der guten Steuereinnahmen konnten wir für den erhöhten Zugang von Asylbewerbern in den Gemeinschaftsunterkünften sofort 25,3 Millionen Euro sowie 2,3 Millionen für zusätzliches Personal in der Unterbringungsverwaltung und 800.000 Euro für die Erstattung der Kosten der Kommunen für Personal und Vormundschaften im Bereich der Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in den Haushalt einstellen. Ich danke meiner Fraktion dafür, für die klare und bedingungslose Unterstützung und ihren Einsatz, dass die Mittel für die Asylsozialberatung so massiv aufgestockt werden konnten. Wir haben das bereits im Nachtragshaushalt 2012 mit 1,2 Millionen Euro getan; in den Jahren 2013 und 2014 werden wir mit jeweils 750.000 Euro nachlegen. Damit stehen für die Asylsozialberatung nun 3,4 Millionen Euro zur Verfügung, was einem Zuwachs von fast einem Drittel der vorherigen Summe entspricht.

Die Asylberatungsstellen leisten einen ganz wichtigen Beitrag für die in Bayern lebenden Asylbewerber. Die Mitarbeiter dieser Einrichtungen sind in letzter Zeit – das gebe ich zu – bis an den Rand ihrer Kapazitäten und ihrer Möglichkeiten gegangen. Eine weitere Erhöhung der Mittel im Rahmen des Doppelhaushaltes war deshalb für uns eine Selbstverständlichkeit. Das war für mich ganz besonders wichtig. Da brauchen

wir keine Anträge von irgendwelchen Oppositionsparteien; solche Dinge bringen wir selber im Rahmen der Haushaltsberatungen einfach ein. Der Haushalt wird vorgelegt; er wird überarbeitet und beraten. Auch wir haben hier einen Bedarf gesehen und uns deshalb dafür eingesetzt, dass die Streichung der Mittel für den Landesbehindertenplan abgemildert wird.

(Beifall bei der FDP)

Meiner Meinung nach wäre es nämlich ein ganz schlechtes Zeichen gewesen, wenn wir – da gebe ich Ihnen recht – jetzt, wo wir kurz vor der Fertigstellung des Bayerischen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention stehen, diese Mittel stark gekürzt hätten. Die Sozialpolitiker der CSU und der FDP-Fraktion haben deshalb gemeinsam und kräftig an einem Strang gezogen, um die Mittel in Höhe von 3,5 Millionen Euro im Haushalt zu sichern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dafür danke ich vor allen Dingen dem Kollegen Joachim Unterländer für das gute Miteinander und allen Sozialpolitikern, die das in den Fraktionen unterstützt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

CSU- und FDP-Fraktion sind sich einig, dass die zentralen Bausteine der Inklusionspolitik keinen Stillstand und keinen Rückschritt erfahren dürfen. Der Ausgleich von Nachteilen für Menschen mit Behinderung, um ihnen gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist für uns eine selbstverständliche Aufgabe staatlicher Sozialpolitik. Die Einführung eines Taubblindengeldes war für uns selbstverständlich und ein wichtiger Schritt für die betroffenen Menschen. Wir haben es im Haushalt eingestellt, und es wird Wirkung erzeugen, wenn wir den Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Damit ist mehr Teilhabe und Selbstbestimmung für eine bestimmte Gruppe – das gebe ich zu – verbunden.

Es ist immer eine der schwierigsten Aufgaben der Sozialpolitik, abzuwägen, wo Hilfe wirklich notwendig ist, wo durch Prävention Nachfolgekosten verhindert werden können und wo vielleicht die Möglichkeiten der Selbsthilfe nicht ausreichend genutzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wenn wir das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts realisieren wollen – das halten wir in der FDP und in der Koalition für ein wichtiges Ziel – und wenn wir in der Sozialpolitik schlagkräftig bleiben wollen, müssen wir auch in der Sozialpolitik Prioritäten setzen, gerade in Zeiten, in denen es uns gut geht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es bleiben 1.53 Minuten, Herr Kollege Klein. Herr Unterländer, Sie sind der Nächste; ihm folgt dann Kollege Klein. Bitte schön, Herr Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Sozialhaushalt, sprich: Einzelplan 10 des bayerischen Haushalts, ist ein Ausdruck moderner Sozialpolitik und der Handschrift dieser Regierungskoalition.

(Christa Naaß (SPD): Das stimmt!)

Wir können uns mit diesen Leistungen und mit den Maßnahmen auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern weiß Gott sehen lassen. Wir haben in den meisten Bereichen – ich darf bei der Kinderbetreuung beginnen – ein Tempo an den Tag gelegt, bei dem ein Vergleich mit den anderen westlichen Ländern mehr als auszuhalten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der quantitative und qualitative Ausbau der Kinderbetreuung hat absolute Priorität. Bei Einrichtungen, die heute schon – wir haben eine gute Grundausstattung, was die Qualität anbelangt – einen Anstellungsschlüssel haben, der weit unter dem sogenannten

Mindestanstellungsschlüssel liegt, kommt das System des Basiswertes Plus zum Tragen und hilft auch diesen Einrichtungen. Alle Einrichtungen sollen in ihrer qualitativen Arbeit gestärkt werden. Wir sind sehr dankbar dafür, dass diese Priorität gesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Gleichzeitig bieten wir einen Zuschuss zum letzten Kindergartenjahr und Verbesserungen, die die Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beinhaltet. Ministerin Christine Haderthauer hat bereits auf die starke Förderung im inklusiven Bereich hingewiesen. In den Kindertagesstättenförderungen anderer Länder suchen wir solche Modelle. Bayern ist ganz vorne dran. Diesen Weg wollen wir auch konsequent weitergehen.

(Christa Naaß (SPD): Stimmt doch gar nicht!)

Bayern muss auf dem Weg zum Familienland Nummer 1 in Deutschland weiter gestärkt werden. Für mich ist es schon problematisch, dass Sie auch bei dieser Gelegenheit wieder auf das Betreuungsgeld eingehen. Ich will das jetzt nicht machen. Hören Sie doch einmal mit der Haarspalterei und mit der Ideologisierung auf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es steht uns nicht zu, meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Naaß, zu qualifizieren, welche Lebensbiografie, welchen Weg Familien gehen.

(Christa Naaß (SPD): Wer macht denn das?)

Wir wollen alle Familien in allen Situationen unterstützen. Deswegen haben wir im Gegensatz zu verschiedenen Oppositionsfraktionen das Landeskindergeld weiter gesichert, gerade für diejenigen, die ein geringeres Einkommen haben. Es ist notwendig, dass wir Schwerpunkte im Bereich der Alleinerziehenden und der Mehr-Kinder-Familien setzen. Das zieht sich durch den gesamten bayerischen Landeshaushalt.

Wir als Politiker müssen darüber hinaus auch eine Aufgabe erledigen, die nicht allein mit dem Haushalt zu definieren ist, nämlich die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. Hier ist eine der großen Baustellen in unserer Gesellschaft, und hier sind Schwerpunkte zu setzen. Es darf keine Tarifverhandlungen mit Manteltarifverträgen mehr geben, in denen das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht eine dominierende Rolle spielt.

(Beifall bei der CSU)

Dafür müssen wir uns auch einsetzen, meine Damen und Herren.

Pflegebedürftige Menschen müssen im Freistaat Bayern beste Rahmenbedingungen haben. Dies heißt: Wir brauchen Qualität in der Pflege; wir brauchen Transparenz in der Pflege. Deswegen ist es auch notwendig, dass die Ergebnisse der Überprüfungen transparent vorgelegt werden, über die in Zukunft noch zu beraten sein wird.

(Christa Naaß (SPD): Wir brauchen Menschen in der Pflege!)

Neue Modelle der ambulanten Pflege und neue Wohn- und Pflegeformen haben für uns Priorität und werden im Landesnetzwerk Pflege mit entsprechenden Mitteln dotiert. Nachdem nahezu 70 % aller pflegebedürftigen Menschen in den bayerischen Familien gepflegt werden, danke ich in diesem Zusammenhang den Ehepartnern, den Kindern und sonstigen Verwandten dafür, dass sie diese großartige Leistung für den Sozialstaat, den Freistaat Bayern leisten. Wir wollen sie dabei unterstützen. Wir wollen sie auch in der Bundespolitik, in der Pflegepolitik stärker unterstützen. Dafür ein herzliches "Vergelt's Gott" an die Familien.

(Beifall bei der CSU)

Menschen mit Behinderung benötigen bestmögliche Förderung und Perspektiven der Inklusion. Wir unterscheiden uns aber im Landtag des Öfteren voneinander in den Wegen, wenn wir sagen: Die Pflege oder die Förderung von Menschen mit Behinderung muss nach individuellen Gesichtspunkten bestmöglich dort erfolgen, wo es für

die Familien, wo es für die Betroffenen den besten Ansatz gibt, wo also die bestmögliche Förderung sinnvoll ist. Das gilt für den Bildungsbereich genauso wie für die Maßnahmen der Behindertenhilfe und der Inklusion. Für die Umsetzung der EU-Behindertenrechtskonvention gibt es mehrere Wege, und es gilt, weiter miteinander daran zu arbeiten. Die Einführung des Taubblindengeldes wurde bereits angesprochen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist zu wenig!)

Dieses Gesetz wird rückwirkend zum 01.01.2013 auf alle Fälle die Leistungen sicherstellen. Wir werden in der Barrierefreiheit und in der Kommunikation für Menschen mit Behinderung entsprechende Unterstützungsleistungen ermöglichen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, noch zwei Punkte der Behindertenpolitik anzusprechen, die mir besonders wichtig erscheinen. Die Kostenträger haben unter Kostengesichtspunkten noch nie Leistungen für Menschen mit Behinderung so kritisch hinterfragt wie gegenwärtig. Ich wünsche mir, dass die kompetente Berücksichtigung von Anträgen mehr im Vordergrund steht als das Abwehren von Aufwendungen in der Eingliederungshilfe.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen hierbei auch im Zusammenhang mit den Finanzausgleichsverhandlungen mit den Bezirken immer im Gespräch bleiben; denn dabei bedarf es dauerhafter Lösungen zum Beispiel auch im Bereich der Schulbegleiter, wo wir noch keine entsprechenden Regelungen haben. Auch der Bayerische Landesplan für Menschen mit Behinderung ist ein Ausdruck notwendiger Investitionen. Wir haben nachgebessert. Im Ergebnis darf es real durch den Vollzug im kommenden Jahr nicht zu Kürzungen kommen. Wir brauchen dazu eine weitere Überprüfung und werden daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement müssen gestärkt werden. Auch in der Hospiz- und Palliativversorgung steht die bayerische Sozial- und Gesundheitspolitik vor vorrangigen Aufgaben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss auch von meiner Seite einen tiefen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltungen in den unterschiedlichen Bereichen, die wirklich hervorragende Arbeit leisten. Dafür an dieser Stelle ein "Vergelt's Gott" auch von der CSU-Landtagsfraktion.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke der politischen Spitze, der Ministerin Christine Haderthauer, sowie Staatssekretär Markus Sackmann, an den wir mit seinen Schwerpunkten und seiner Arbeit, die er hoffentlich bald wieder erfüllen kann, besonders denken sollten.

(Allgemeiner Beifall)

Ein herzliches Dankeschön gilt auch allen Akteuren des sozialen Bayern, die ihre Kompetenz ehrenamtlich oder hauptamtlich einbringen. Nur so gelingt es uns, das große Kunstwerk "soziales Bayern" weiterzuentwickeln. Dafür bieten wir die Voraussetzungen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Unterländer. Nächster Redner ist Herr Kollege Klein. Ihm folgt Frau Staatsministerin Haderthauer. Bitte, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Gesellschaftsbild, aber vor allem die Lebenswirklichkeit hat sich für viele Menschen dramatisch geändert. Deshalb ist es richtig, dass wir in den letzten vier Jahren erheblich in den Ausbau der Bildungsstätten und der Kinderbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert haben. 2008 lag die Betreuungsquote bei den Kindern

unter drei Jahren noch bei 13 %; sie wird im nächsten Jahr gemäß der Ausbauplanungen bei 38 % liegen. Damit wird das Ziel, das die Bundesregierung einst vorgegeben hat, bei Weitem übererfüllt.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist richtig, was die "Augsburger Allgemeine" heute feststellt: "Der lange vernachlässigte Ausbau der Kinderbetreuung wurde im Eiltempo vorangetrieben." Das bestätigt noch einmal den Erfolg und die Arbeit dieser Koalition aus CSU und FDP.

(Beifall bei der FDP)

Wir liefern auch die Mittel, die im aktuellen Haushalt angefordert werden, immer wieder nach. Ich darf daran erinnern, dass wir nach den Beratungen in St. Quirin im Juli dieses Jahres bis zur Behandlung jetzt im Ausschuss noch einmal 86 Millionen Euro beim Krippenausbau nachgesteuert haben. Das hat Ministerin Haderthauer im Zuge der Steuerschätzung nachgemeldet. Auch das zeigt, dass wir zu unserem Wort stehen, den Ausbau zu forcieren.

Wichtig ist natürlich auch, dass wir die Qualität im Auge behalten. Wir verringern den Schlüssel zwischen Betreuer und Kindern jetzt zum zweiten Mal von früher 12 auf 11,5 und jetzt von 11,5 auf 11, und wir werden nach dem ersten Schritt des letzten kostenfreien Kindergartenjahres von 50 Euro – ein großer Erfolg dieser Koalition im September 2012 – ab dem nächsten Jahr in einem zweiten Schritt auf 100 Euro gehen. All das untermauert, welchen Stellenwert für uns die frühkindliche Bildung hat. Das wird so weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank für Ihre Disziplin, Herr Kollege. Frau Staatsministerin, Sie haben jetzt zum Ende der Aussprache das Wort.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für eine wertorientierte Politik müssen Soziales und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen. Wir zahlen Schulden zurück und investieren gleichzeitig kraftvoll in die Zukunft. Die Zukunft sind die Menschen, die in Bayern leben. Die Menschen, die hier leben, sagen: Wir leben gerne hier. Das kommt daher, dass wir ihnen Perspektiven geben. Das ist anders, als es in Berlin oder in anders regierten Ländern der Fall ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Wenn ich an unsere Jugend denke und an die hohen Jugendarbeitslosenzahlen in Europa, dann wissen wir in solchen Zeiten umso mehr, was wir richtig gemacht haben und dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Christa Naaß (SPD): Etwas weniger Arroganz wäre schön!)

Unsere Botschaft an die Menschen bei uns lautet: In Bayern wird jeder geschätzt. Sein Einsatz lohnt sich. Die Eigenverantwortung ist erwünscht. Wir wollen den Menschen Eigenverantwortung nicht abgewöhnen, sondern wir glauben daran, dass der Bürger es besser kann als der Staat.

(Beifall des Abgeordneten Professor Dr. Georg Barfuß (FDP))

Daher lehnen wir die oberlehrerhafte, einmischende, moralisierende Politik mit dem Zeigefinger ab, die GRÜNE und SPD immer wieder zu ihrem Weltbild machen.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU)

Wir wollen den Menschen ermöglichen, so zu leben, wie sie es wollen. Das ist ein moderner bürgerlicher Politikansatz; es ist eine Politik des Ermöglichens, die wertschätzt und fördert, aber nicht irgendeine Ideologie, sondern das, was die Menschen tatsächlich wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das heißt: Familiensinn fördern, Eigenverantwortung und Ehrenamt fördern, aber eben auch Solidarität leisten und Teilhabe ermöglichen, wo Menschen diese Unterstützung brauchen.

Ganz besonders – damit möchte ich beginnen – gilt das für die Arbeitswelt, denn die Teilhabe an der Arbeit ist mehr als nur eine Wohlstandsgrundlage. Sie ist eine Grundlage für Sinngebung im Leben und für Identität. Dafür brauchen etliche Menschen Unterstützung. Darauf liegt unser Augenmerk mit 140 Millionen Euro allein in diesem Doppelhaushalt, die wir in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allen Dingen für Männer - Frauen haben das meist besser gelöst als die Männer - investieren und die wir investieren in die Chancen von Frauen in der Arbeitswelt. Wir investieren sie auch für Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf und für Menschen mit Behinderung, die immer noch unter viel zu vielen Vorurteilen in der Arbeitswelt zu leiden haben. Und wir investieren diese Mittel, damit Menschen mit Migrationshintergrund und älteren Menschen optimale Chancen gewährt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich über ältere Menschen spreche, gehört für mich auch dazu, dass wir im Zeichen einer modernen Sozialpolitik wegkommen von der traditionellen Altenhilfepolitik hin zu einem seniorenpolitischen Gesamtkonzept, das durch alle Ebenen der Politik hindurch stimmig sein muss. Deswegen ist es richtig, dass wir die Mittel auf die Förderung neuer Wohnformen konzentrieren, auf die Möglichkeit, selbstbestimmt im Alter zu leben, und auch auf neue Weichensetzungen im Bereich der Pflege.

Da geht es um ambulant betreute Wohngemeinschaften, die wir fördern, aber auch um unseren Einsatz im Bund für Verbesserungen, die den Bereich Demenz betreffen und die zum Teil bereits im Pflege-neu-ausrichtungsgesetz vorgesehen sind.

Dazu gehört unser Einsatz für die generalisierte Pflegeausbildung. Wir brauchen auch eine Pflegeausbildung, die von Anfang an kostenlos ist für alle, wie es derzeit in der Krankenpflege der Fall ist. Unsere bayerischen Schulmodelle sind da bundesweit Vor-

reiter und Muster für die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die wir von Bayern aus anführen.

Ein Wort noch zu den Angehörigen. Sie sind der Pflegedienst der Nation in unserem Land. Zwei Drittel der Betroffenen werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Deshalb möchte ich auch die Angehörigenfachstellen erwähnen, die eine deutlich besser koordinierte Arbeit leisten als das, was immer als aufoktroyierte Lösung mit Pflegestützpunkten als Zwangsbeglückung für Bayern versucht wird.

Wir stellen fest: Unsere Kommunen haben das alles schon längst gehabt, was sich der Bund irgendwann einmal ausgedacht hat. Wir wollen eine Anlaufstelle für die Angehörigen, denen ich sagen möchte: Sie tragen eine ungeheure Verantwortung. Wir sollten vor allem eine Lobby der Angehörigen sein; denn die meisten Menschen wollen in der Familie gepflegt werden. Die Strukturen hierfür zu verbessern, muss unser aller Anliegen sein. Darauf legen wir das Hauptaugenmerk bei unserer Politik in Sachen Pflege.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich über ältere Menschen spreche, spielt dabei natürlich auch das Thema der sozialen Situation eine Rolle. Ich sage Ihnen ganz klar: Die Hauptursache für die Altersarmut oder das Risiko der Altersarmut ist immer noch, dass die Menschen Zeiten mit Familienarbeit verbracht haben. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung unserer Forderung, dass die Kindererziehung bei der Rente besser bewertet wird. Es wäre wunderbar, wenn Sie hier auch mitmachen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Mindestlohn!)

Es muss uns von Anfang an darum gehen, Chancen zu gewähren.

(Christa Naaß (SPD): Wir müssen die Menschen angemessen bezahlen!)

Wir müssen damit bei den Familien beginnen, die der absolute Schwerpunkt unserer Politik sind. Das gilt nicht nur für die finanzielle Unterstützung, die es in Bayern wie in keinem anderen Land gibt. Wir müssen auch die familienergänzenden Strukturen ausbauen. Zum einen geht es hier um die Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Sogar die Oberbürgermeister der Städte, die hier den größten Nachholbedarf haben, nämlich Ude und Maly, sagen inzwischen öffentlich, dass es nicht an der Förderung durch den Freistaat liegt, dass sie nicht hinterherkommen. Das ist das beste Zeugnis, das uns ausgestellt werden konnte.

(Beifall bei der CSU)

Wir können bundesweit das Land suchen, das so dynamisch fördert, dass die Kommunen die Betreuungsplätze so ausbauen können, wie es in Bayern der Fall ist. Wir geben mit einem ungedeckelten Förderprogramm eine Krippenplatz-Ausbaugarantie für die Bürgermeister. Gleichzeitig investieren wir in die Qualität und entlasten zudem noch die Eltern. Damit nehmen wir eine Vorreiterrolle ein; denn wir wissen, dass es nicht nur um die Plätze geht. Unseren Eltern in Bayern ist auch wichtig, wie es ihren Kindern geht und dass sie gut betreut werden. Wir müssen die Bildung stufenweise und schrittweise beitragsfrei stellen.

Liebe Frau Ackermann, ich kann Ihnen einige Bemerkungen nicht ersparen; denn Sie haben wieder Steilvorlagen geliefert. Es war ein netter Versuch, aber der ganze Aufbau Ihres Vortrags basiert auf wissentlich falschen Behauptungen. Das letzte Mal konnte man noch Fahrlässigkeit annehmen, aber diesmal nicht mehr.

(Beifall bei der CSU)

Sie wiederholen unverdrossen falsche Behauptungen in der Hoffnung, dass diese von irgendjemandem ungeprüft übernommen werden. Das passiert in der Medienlandschaft auch ab und zu. Deswegen versuchen Sie das auch immer wieder. Ihre Behauptung, Erzieherinnen würden nicht freigestellt, ist falsch. Sie sind freigestellt. Der Verwaltungsaufwand ist eingepreist.

Es ist falsch, wenn Sie sagen, dass der Bedarf für Kinder unter drei Jahren nicht berücksichtigt werde. Bayern hat als einziges Land Gewichtungsfaktoren, mit denen diesem Bedarf Rechnung getragen wird. Es ist falsch, wenn Sie sagen, nicht alle Einrichtungen seien inklusiv. Bayern ist das einzige Land, das mit dem Gewichtungsfaktor 4,5 sicherstellt, dass jede Einrichtung Kinder mit Behinderung aufnehmen kann. Die Türen sind in jeder Einrichtung offen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist doch nicht inklusiv! Was soll denn das?)

Es ist falsch, wenn Sie sagen, nicht jede Einrichtung würde vom Basiswert Plus profitieren, den es für kleinere Gruppen gibt. Natürlich bekommen im Rahmen der höheren Förderung alle Einrichtungen diesen Mehrwert, ganz egal, ob dort der bessere Anstellungsschlüssel bereits umgesetzt worden ist oder nicht.

Ich möchte noch ein Wort zur Integrationspolitik sagen: Weil wir gegen die Stimmen der GRÜNEN verpflichtende Deutschkurse eingeführt und die Integrationspolitik gemacht haben, die inzwischen Vorreiter für ganz Deutschland ist, haben Kinder mit Migrationshintergrund bei uns die besten Chancen, bessere Chancen als in jedem anderen Bundesland. Das muss ich an dieser Stelle deutlich machen.

(Beifall bei der CSU)

Dies steht auch heute wieder in der Zeitung. Das haben Studien ergeben, die nicht wir in Auftrag gegeben haben. Diese besseren Chancen haben Kinder mit Migrationshintergrund bei uns bereits in der Grundschule.

Zu den Ausbauzahlen: Das Statistische Landesamt kann nichts dafür, aber Sie sehr wohl. Das Statistische Landesamt hinkt immer mit seinen Zahlen hinterher. Natürlich stammen die Zahlen des Landesamtes vom 1. März. Ich habe die Zahlen des neuen Kindergartenjahres. Zurzeit haben wir 97.000 Plätze. Wenn Sie berücksichtigen – was Sie wahrscheinlich nicht wissen –, dass ein Jahrgang 100.000 Kinder ausmacht, haben wir momentan einen Ausbaustand von 43 %; denn wir brauchen für zwei Jahr-

gänge diese Plätze. Der Rechtsanspruch gilt ab dem ersten Geburtstag. Das bedeutet, es geht immer um zwei Jahrgänge, also um 200.000 Kinder. Momentan haben wir 97.000 Plätze, im nächsten Jahr werden es circa 120.000 Plätze sein. Liebe Frau Ackermann, das können sogar Sie ausrechnen: Wir werden dann bei einem Ausbaustand von über 50 % sein.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch kurz auf das Thema Familie aus einem anderen Aspekt eingehen. Sie vergießen ständig Krokodilstränen über die hohe Armutsrisikoquote von Alleinerziehenden. Natürlich haben Alleinerziehende ein höheres Armutsrisiko als Paar-Haushalte. Das ist eine Binsenweisheit, da nur ein Einkommen zur Verfügung steht. Schauen Sie aber bitte genau in den Sozialbericht: In Bayern werden die Alleinerziehenden am wirksamsten abgedeckt. Deshalb haben Alleinerziehende in Bayern im bundesweiten Vergleich mit der geringsten Armutsgefährdungsquote; denn bei uns gibt es gegen Ihre Stimmen und Ihre Meinung immer noch ein Landeserziehungsgeld.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist die wichtigste bayerische Hilfe für Alleinerziehende. Davon profitieren praktisch alle Haushalte mit Alleinerziehenden. Wenn Sie das nächste Mal die Abschaffung des Landeserziehungsgelds fordern, wissen Sie, dass Sie die Abschaffung der wichtigsten Maßnahme für Alleinerziehende in unserem Lande fordern; nur damit Sie hier orientiert sind.

Weil es so schön reinpasst, muss ich noch etwas sagen: Frau Naaß, 52 % der Eltern in Westdeutschland sagen, dass Kinder unter drei Jahren am besten in der Familie aufgehoben sind. Das Betreuungsgeld ist somit wirklich keine Leistung, die in diesem Lande niemand will. Es ist eine Leistung, um die Wahlfreiheit sicherzustellen.

(Christa Naaß (SPD): Dagegen sprechen alle Umfragen!)

Sie sprechen Eltern ab, dass sie das Beste für ihre Kinder wollten.

(Christa Naaß (SPD): Das sagen Sie!)

Sie glauben, Sie könnten Kinder besser als Eltern erziehen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist gelogen!)

Das ist nicht unsere Auffassung.

(Beifall bei der CSU)

Eine weitere Maßnahme, die mir wichtig ist, weil sie Chancen sichert, ist die Jugendsozialarbeit an Schulen. Wir investieren hier in einer Art und Weise wie bundesweit kein anderes Land. Wir haben derzeit ein großes Netz von Jugendsozialarbeit an Schulen, das unsere Kommunen aufgebaut haben, weil wir es mit 450 Stellen an 635 Schulen gefördert haben. Damit stehen wir bundesweit an der Spitze. Sie wissen, dass unser Ziel lautet, 1.000 Stellen zu schaffen. Deshalb haben wir die Mittel in jedem Jahr erhöht. Wir haben dafür gesorgt, dass die Bundesmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in die JaS-Förderung einfließen und dafür verwendet werden können. Diese Lösung haben die Kommunen sehr begrüßt. Uns wurde dadurch eine noch kraftvollere Unterstützung ermöglicht. Wir wissen, dass die Bundesmittel irgendwann auslaufen werden. Wir haben schon jetzt das Versprechen abgegeben, dass wir in diesem Fall in vollem Umfang mit Landesmitteln eintreten werden.

Kolleginnen und Kollegen, in keiner Legislaturperiode ist für Asylbewerber so viel Positives geleistet worden wie in dieser Legislaturperiode. Ich weiß, dass Ihnen das jetzt furchtbar wehtut.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe in Bayern zu Beginn meiner Amtszeit Leitlinien eingeführt. Dazu brauchte ich wirklich keine Anträge der Opposition. Das ist Ihnen auch gar nicht eingefallen. Mit diesen Leitlinien werden einheitliche bauliche Standards vorgesehen. Darin ist vorgesehen, dass Familien Wohnungen bekommen. Darin sind Belegungs- und Quadratme-

terzahlen festgelegt, weil es sehr unterschiedliche Gemeinschaftsunterkünfte gab. Wir haben zweistellige Millionenbeträge eingestellt, die nicht für die Schaffung von mehr Plätzen verwendet wurden. Dafür haben wir unglaublich viele Mittel eingestellt. Diese zweistelligen Millionenbeträge wurden nur in bauliche Verbesserungen investiert. Wir haben miteinander dafür gesorgt, dass die Möglichkeiten zum Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften deutlich erweitert worden sind, sodass mittlerweile die Hälfte der abgelehnten Asylbewerber und derjenigen, deren Verfahren noch läuft, in Privatwohnungen in Bayern lebt. Wir haben aber auch immer deutlich gemacht, dass Konsequenz für uns wichtig ist. Bei denjenigen, die hier mit Sicherheit keine Aufenthaltsberechtigung bekommen, wird dann eben auch durch das Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft und durch das Sachleistungsprinzip, sichergestellt, dass die Steuergelder als Lebensmittel in den Familien ankommen, und sehr deutlich gesagt, dass sie bei uns nicht auf eine Verfestigung ihres rechtlich nicht abgesicherten Zustandes hoffen können. Wir sehen Asyl- und Bleiberecht dort, wo das Gesetz sie vorsieht, aber nicht, wenn es von vornherein missbräuchlich in Anspruch genommen wird.

Die Asylsozialberatung ist natürlich eine wichtige Leistung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Bauer, ich bin froh, dass nicht stimmt, was Sie gesagt haben; wir haben nämlich nicht nur 750.000 Euro hierfür eingestellt. Diese 750.000 Euro sind nur die Erhöhung für 2013. Mittlerweile geben wir für diese Leistung 3,4 Millionen Euro aus. Das ist dreimal so viel wie zu Beginn der Legislaturperiode, eben genau weil sich die Situation verändert hat

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

und weil wir Asylsozialberatung in jeder Gemeinschaftsunterkunft und wo möglich auch bei der dezentralen Unterbringung darstellen wollen.

Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich freue ich mich auch darüber, dass der Landtag einen Teil der Mittel, die ich im Haushalt beantragt hatte, für die Leistungen im Landesplan für Menschen mit Behinderungen jetzt genehmigt hat oder hoffentlich genehmigen wird.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Mein herzlicher Dank gilt dabei der Kollegin Meyer und dem Kollegen Unterländer. Aber zu der Botschaft gehört, dass Sie auch wahrnehmen, dass für Menschen mit Behinderung insgesamt über 300 Millionen Euro in diesen Haushalt eingestellt sind. Ich denke, man darf die Maßstäbe nicht ganz vergessen. Das Taubblindengeld ist bereits erwähnt worden.

(Christa Naaß (SPD): Das ist zu wenig!)

Mit unserem Blindengeld liegen wir mit einer Leistung von 534 Euro pro Monat bundesweit ebenfalls an der Spitze. Wenn sich die Zahl der Anträge vermindert, reduzieren wir auch den Ansatz. Aber so zu tun, als sei das mit einer Kürzung der Leistung verbunden, ist schon grenzwertig, liebe Kollegin von den GRÜNEN. Die Leistung für den einzelnen Betroffenen ist natürlich immer gleich geblieben.

Bei Menschen mit Behinderungen haben wir auch im Bund für entsprechende Weichenstellungen gesorgt. Auf die Idee eines Bundesleistungsgesetzes, das dafür sorgt, dass sich die Finanzierung verändert und die kommunale Ebene entlastet wird, wären Sie nie gekommen. Dieses Gesetz sorgt auch dafür, dass die Leistungen für Menschen mit Behinderung endlich inhaltlich stärker dem Grundsatz der Teilhabe folgen und nicht so sehr von dem überkommenen Gedanken der Fürsorge geprägt sind. Vor allem darf es nicht auf den Wohnort ankommen, wie die entsprechende Leistung ausgestaltet ist.

Ich komme zum Schluss. Auch das Thema Ehrenamt beschäftigt mich sehr. Beispielsweise findet das neu aufgestellte freiwillige soziale Jahr immer größeren Zuspruch.

Das sage ich an alle diejenigen, die meinen, wir bräuchten ein verpflichtendes soziales Jahr. Ihnen gegenüber möchte ich deutlich machen, dass wir gar keine Probleme damit haben. Wir haben jedes Jahr mehr Anträge für die Teilnahme am freiwilligen sozialen Jahr.

Wichtig ist mir auch die Ehrenamtskarte. Inzwischen gibt es sie in 50 Städten und Landkreisen in Bayern. Momentan haben wir über 13.000 Ehrenamtskarten ausgegeben. Mich freut, dass diese Initiative von Staatssekretär Markus Sackmann dazu geführt hat, dass wir ein bayernweites Netz von Vergünstigungen für Ehrenamtliche haben, die übertragbar sind: Sie können in allen Kommunen und Landkreisen, die die Ehrenamtskarte haben, wahrgenommen werden. Nicht nur deshalb, aber auch, weil das ein echter Renner ist und seine Idee und Initiative war, richte ich von hier aus einen herzlichen Gruß an Markus Sackmann, verbunden mit der Hoffnung, dass wir ihn bald wieder in unserer Mitte sehen.

(Allgemeiner Beifall)

Abschließend geht mein Dank an alle Akteure, an alle, die im sozialen Bereich Arbeit leisten. Da ist die Männerquote ziemlich schlecht, das möchte ich mal anmerken.

(Widerspruch bei der CSU - Erwin Huber (CSU): He, he, geht's ein bisserl ruhiger? Bei der Feuerwehr sind wir stärker!)

Mein Dank geht an all diejenigen, die jeden Tag dazu beitragen, dass wir wirklich ein soziales Bayern haben, auch an die vielen Akteure und Verbände, mit denen wir immer wieder in konstruktiven Gesprächen sind, auch an die Sozialpolitiker der Regierungsfractionen. Er gilt vor allem dir, lieber Joachim Unterländer, und dir, lieber Heinrich Rudrof, als demjenigen, der für meinen Einzelplan im Haushaltsausschuss verantwortlich ist, und Ihnen, liebe Frau Kollegin Meyer.

Der Sozialhaushalt spiegelt unsere Prioritäten, allen Menschen Chancen zu vermitteln, ohne Ihnen ein Weltbild vorzuschreiben, sie alle optimal teilhaben zu lassen,

damit sie wissen: Sie sind hier in Bayern geschätzt, sie werden gebraucht, und bei uns können sie sich am besten entfalten, bundesweit und – ich behaupte – auch europa-
weit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pfaffmann. Bitte schön.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Staatsministerin, in Ihrer bekannten Art und Weise haben Sie der bayerischen Bevölkerung wieder mal einen Strauß von Halbwahrheiten und Schönfärbereien unterbreitet.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CSU - Erwin Huber (CSU): He, he! Schmarrn!)

Aus diesem Grund möchte ich Sie mit ein paar Fragen konfrontieren, deren Beantwortung Sie aus Ihren Reden immer wieder tunlichst ausblenden. Ich denke dabei zum Beispiel an die Frage, warum in diesem wunderbaren sozialen Bayern 90.000 Menschen nach Feierabend aufs Sozialamt gehen müssen, damit sie ihre Familien ernähren können, während Sie nach wie vor jede Art von Mindestlohn oder Tariftreueregelung ablehnen.

(Zuruf von der CSU: Fragen Sie Ihren Altkanzler Schröder!)

Das ist Punkt eins.

Punkt zwei. Können Sie mir erklären, warum in der Pflegepolitik, die Sie so loben und preisen, Ihre Partei die Umsetzung des Demenzbegriffes und die Aufnahme in die Finanzierung der Betreuung demenzkranker Menschen ablehnt? Warum lehnt Ihre Partei das ab? Diese Haltung steht in krassem Widerspruch zu dem, was Sie hier gesagt haben.

Ferner möchte ich Sie fragen, warum Sie hier immer wieder mit Halb- und Unwahrheiten argumentieren.

(Widerspruch bei der CSU)

Beispielsweise haben Sie gesagt, Sie unterstützten die generalistische Pflegeausbildung. Ich darf Sie demgegenüber daran erinnern, dass Ihre Partei entsprechende parlamentarische Anträge hier im Hause abgelehnt hat.

Sie sagen auch immer wieder, Sie wollten die kostenfreie Ausbildung in den Pflegeberufen. Darf ich Sie daran erinnern, dass es Ihre Partei war, die im Hause parlamentarische Anträge auf Kostenfreiheit der Ausbildung in Pflegeberufen abgelehnt hat?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das heißt: Sie bringen hier rhetorisch wohlformuliert einen Strauß von tollen Dingen, die mit der Wahrheit nichts zu tun haben. Sie, liebe Frau Staatsministerin, sagen bewusst die Unwahrheit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sie sagen bewusst die Unwahrheit.

(Widerspruch bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Ihre Zeit ist abgelaufen! Aus! -
Alexander König (CSU): Die Redezeit ist rum!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, die Zeit ist um; es tut mir leid.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Erneut behaupten Sie, bei der Kinderbetreuung sei München hinten dran. Das ist die Unwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Kollege Pfaffmann, ich muss Ihnen leider den Ton nehmen und der Frau Staatsministerin geben. Zwei Minuten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich glaube, es ist nicht nötig, über die Zustimmung zu taktischen Anträgen deutlich zu machen, was wir hier immer wieder im Bund voranbringen und auch inzwischen an Problemen gelöst haben. Wir haben nämlich - -

(Zurufe von der SPD)

- Ja, soll ich jetzt antworten oder nicht? Überlegt euch, ob ihr lieber ein Zwiegespräch darüber führen wollt.

(Beifall bei der CSU - Georg Schmid (CSU): Sehr gut! - Alexander König (CSU): Bring sie mal zur Besinnung!)

Ich glaube, dass es keinen Zweifel daran gibt, dass wir das Ziel der Kosten - -

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist die Arroganz der Macht!)

- Arrogant ist es, dauernd dazwischenzuquatschen, Herr Pfaffmann. Das ist arrogant.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich glaube, es gibt keinen Zweifel daran, dass wir uns in dem Ziel, die Ausbildung in der Altenpflege kostenfrei zu stellen, einig sind.

(Christa Naaß (SPD): Dann machen Sie es doch!)

Ich sage Ihnen auch, dass das Kultusministerium schon eine sehr gute Lösung mit den Trägern gefunden hat.

(Christa Naaß (SPD): Das ist keine gute Lösung!)

Diese Lösung hat dazu geführt, dass etwa ein Viertel der Träger kein Schulgeld verlangt. Wir haben es hier auch mit privaten Trägern zu tun, denen es trotz unserer Bezuschussung unbenommen ist, zusätzlich ein Schulgeld zu verlangen. Das Ziel ist die generalistische Pflegeausbildung, die von uns in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe massiv vorangetrieben wird, genauso wie wir die Demenz in den Pflegebegriff aufnehmen wollen. Ich weiß nicht, welchen Informationen Sie aufgesessen sind. Sie werden bei uns immer nur hören, dass wir uns auf allen Ebenen stark machen. Wir sind dauernd im Gespräch. Natürlich muss die Demenz als die Herausforderung der Zukunft in den Pflegebegriff aufgenommen werden.

Ich finde es schon pikant, dass Sie als Münchner danach fragen, warum es so viele Menschen gibt, die nach Feierabend, wie Sie es gesagt haben, zum Sozialamt gehen. Sie meinen damit die Aufstocker und Wohngeldbezieher. Der Hauptgrund dafür sind die hohen Mieten.

(Christa Naaß (SPD): Mindestlohn!)

Geholfen werden muss nämlich durch das Wohngeld. In einer Stadt, in der der soziale Wohnungsbau vom Oberbürgermeister völlig vernachlässigt worden ist, ist das kein Wunder.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Georg Schmid (CSU): Sehr gut, Christine!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Staatsministerin, jetzt ist Ihre Redezeit leider auch erschöpft. Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 10, die Änderungsanträge, auf die ich zu Beginn der Aussprache hingewiesen habe, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden

Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15004 zugrunde.

Vorweg müssen wir über einen Antrag abstimmen, den die FREIEN WÄHLER zur namentlichen Abstimmung gestellt haben. Es ist der Änderungsantrag auf Drucksache 16/13974. Er hat Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen zum Gegenstand. Dazu stehen die Abstimmungsurnen an gewohnter Stelle bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit. Nach Auszählung des Ergebnisses können wir mit dem weiteren Procedure fortfahren. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 16.13 bis 16.18 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind jetzt um. Ich schließe die Abstimmung. Zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses wird die Sitzung kurz unterbrochen. Bitte verlassen Sie aber nicht den Saal, denn danach kommt die Schlussabstimmung über den Einzelplan 10. Bitte verbleiben Sie im Saal. Wir geben das Ergebnis so schnell wie möglich bekannt.

(Unterbrechung von 16.18 bis 16.21 Uhr)

Meine Damen und Herren, wenn Sie schon Ihre Plätze einnehmen, können wir vielleicht eine Minute Zeit einsparen. Dann hätten wir auch eine bessere Übersicht für die nachfolgende Abstimmung. Jetzt ist es auch schon soweit. Ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zum Änderungsantrag betreffend "Qualitätsverbesserungen in Kindertageseinrichtungen" auf Drucksache 16/13974: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 91. Es gab sieben Stimmenthaltungen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Der Einzelplan 10 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15004 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15004 genannten Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe Hände aus allen Fraktionen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Entschuldigung, ich sehe Stimmen von CSU, FDP, FREIEN WÄHLERN und SPD. Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Jetzt sehe ich die Stimmen der GRÜNEN-Fraktion. Damit ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15004 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14104 mit 14107, 14827 mit 14831 und 14895 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Franz Schindler

Abg. Alexander Radwan

Abg. Florian Streibl

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Petra Guttenberger

Abg. Horst Arnold

Abg. Anne Franke

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14461 mit 16/14463, 16/14495 und 16/14845),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14296 mit 16/14306),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14289 mit 16/14295) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14364 mit 16/14367)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Deshalb entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die Fraktion der SPD 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die Fraktion der FDP 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Wir können deshalb vonseiten des Präsidiums Frau Staatsministerin Dr. Merk ans Mikrofon bitten. Sie hat als erste ums Wort gebeten.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Verlässlichkeit, Vertrauen und Sicherheit, dafür steht der bayerische Doppelhaushalt 2013/2014. Das zeigt, dass sich die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung mit unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer an der Spitze für die bayerischen Bürgerinnen und Bürger auszahlt. Sie zahlt sich vor allem

für die Kinder und jungen Menschen in unserem Land aus; denn mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 tilgen wir Schulden und investieren in die Zukunft unseres Landes, in Bildung und Forschung, für Kinder und Familien.

Verlässlichkeit, Vertrauen und Sicherheit, dafür stand die bayerische Justiz in der Vergangenheit, dafür steht sie heute, und dafür wird sie auch in Zukunft stehen. Dafür setze ich mich mit ganzer Kraft ein. Der Doppelhaushalt 2013/2014 ist ein Riesenschritt nach vorne. Das Haushaltsvolumen steigt um 5,7 % auf 2 Milliarden Euro. Konkret bedeutet das mehr Personal, verbesserte Sicherheit, zweckmäßige und moderne Justizgebäude, Maßnahmen zur Prävention vor Gewalt und vor Sexualstraftaten und Verbesserungen im Verbraucherschutz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Justizhaushalt wird oft vergessen, dass die Kosten für den einzelnen Steuerzahler überschaubar sind. Das ist nicht einfach so dahergesagt. Der Justizhaushalt finanziert sich über seine enormen Einnahmen zum erheblichen Teil selbst. Der Justizetat mit Gesamteinnahmen von mehr als einer Milliarde Euro im Jahr ist unangefochten der Einzelplan mit dem höchsten selbst verdienten Kostendeckungsbeitrag. Nur die allgemeine Finanzverwaltung erwirtschaftet über die Steuereinnahmen noch mehr. Die bayerische Justiz kostet den Steuerzahler 6,19 Euro im Monat. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist weniger als ein Kinobesuch. Auch die Maß Bier auf dem Oktoberfest ist teurer.

Die von der Wirtschaft gezahlten Geldbußen helfen uns, die Opferhilfe in Bayern auszubauen, und das ohne nennenswerte Belastung für den Steuerzahler. Ich freue mich, dass die Justiz mit der Stiftung Opferhilfe eine Möglichkeit hat, den Opfern zur Seite zu stehen. Es ist so wichtig, dass wir Opfern von Straftaten jede notwendige Hilfe zukommen lassen. Oft leiden sie noch lange an den Folgen der Tat, und das auch wirtschaftlich. Hier ist die Stiftung Opferhilfe ein Rettungsanker. Wenn bei den Tätern nichts zu holen ist, wenn alle anderen Entschädigungsmöglichkeiten ausscheiden, dann leistet diese Stiftung schnell und unbürokratisch finanzielle Unterstützung. Die

Stiftung ist im Herbst dieses Jahres sehr erfolgreich gestartet. Sie kann mit den Einnahmen der ersten drei Monate – das sind etwa 350.000 Euro – bereits eine ganze Menge für Verbrechensopfer tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und FDP aus dem Jahr 2008 steht: Wir streben die Verbesserung der Personalausstattung der Justiz mit 400 Stellen an. Herr Fischer, Sie erinnern sich daran. Diese Vorgabe haben wir erfüllt, ja, wir haben sie weit übertroffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den Doppelhaushalten 2009/2010 und 2013/2014 sowie im Nachtragshaushalt 2012 wurden und werden 745 neue zusätzliche Planstellen für die Justiz ausgebracht.

(Alexander König (CSU): Hervorragend!)

Rechnet man die privaten Sicherheitskräfte dazu, sind es über 1.000 zusätzliche Arbeitskräfte für die Justiz. Das ist mehr als in den drei vorangegangenen Legislaturperioden zusammengekommen. Dies haben wir in Zeiten geschafft, in denen die Justiz in den meisten anderen Ländern teilweise massiv Personal abbauen muss. Andere Länder bauen Mitarbeiterstellen ab, wir stellen neue Mitarbeiter ein. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal bayerischer Justizpolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Stellenmehrungen für die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und selbstverständlich auch für den Justizvollzug sind ein wichtiges Signal. Sie sind ein Signal, dass der Freistaat Bayern auf eine schnell und qualitativ hochwertig arbeitende Justiz Wert legt. Sie sind ein Signal für den Wirtschaftsstandort Bayern und nicht zuletzt ein Signal für die innere Sicherheit und die Erhaltung des Rechtsfriedens in unserem Land. Allein in diesem Doppelhaushalt erhalten wir 226 neue, zusätzliche Planstellen. Das bedeutet konkret 80 neue Richter und Staatsanwälte, 48 neue Rechtspfleger, 38 zusätzliche

Bewährungshelfer, 60 zusätzliche Mitarbeiter im Justizvollzug, von Stellenhebungen ganz zu schweigen. Damit garantieren wir eine gut ausgestattete, moderne und leistungsfähige Justiz.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist nur ein Anfang!)

Wir garantieren für eine Justiz, die für eine schnelle Durchsetzung des Rechts sorgt und diejenigen schützt, die sich nicht selbst helfen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommende Doppelhaushalt schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass wir die Sicherheit in unseren Gerichtsgebäuden weiter verbessern. Der Mord an unserem Staatsanwalt Tilman Turck in Dachau vor nahezu einem Jahr ist unvergessen. Der Kern unserer neuen Sicherheitsphilosophie lautet daher: Wir führen in allen bayerischen Gerichtsgebäuden zu Sitzungszeiten lückenlose Zugangskontrollen ähnlich wie auf den Flughäfen durch. Neben Nordrhein-Westfalen sind wir derzeit das einzige Land mit so hohen Sicherheitsstandards. Selbstverständlich war die Einführung dieser Standards nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb bin ich stolz auf das umfangreiche Sicherheitspaket, das wir gemeinsam geschnürt haben. 140 neue, zusätzliche Wachtmeisterstellen und 42 Millionen Euro an Sachmitteln sind ein deutliches Plus an Sicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gerichtsgebäude müssen Würde ausstrahlen, ohne einzuschüchtern, und müssen eine offene vertrauensvolle Atmosphäre schaffen. Justitia braucht Platz. Sie braucht Räume, die ein effektives Arbeiten fördern. Der Doppelhaushalt 2013/2014 lässt uns in dieser Hinsicht kräftig investieren: mit Hochbaumitteln von jährlich 81 Millionen Euro und 16 Millionen Euro an Verstärkungsmitteln. Die Regierungsfractionen können wichtige Infrastrukturprojekte in ganz Bayern verwirklichen. Wir werden unsere laufenden Bauvorhaben zügig vorantreiben und möglichst bald abschließen, etwa die Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen – Fertigstellung 2015 – oder den Neubau für die Sicherungsverwahrung in Straubing.

Wir nehmen auch zahlreiche zentrale Neubauvorhaben in Angriff. Der Neubau des Strafjustizzentrums am südlichen Oberwiesenfeld in München und die Errichtung eines Sitzungssaalgebäudes für Prozesse mit höchster Sicherheitsstufe auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim sind zwei unserer sehr wichtigen Projekte. Wir werden aber auch den Bau neuer Gerichtsgebäude zum Beispiel in Günzburg und Haßfurt, eines Sitzungssaalgebäudes in Memmingen und eines Gebäudes für die Strafabteilung des Landgerichts in Nürnberg realisieren.

Kolleginnen und Kollegen, Verlässlichkeit, Vertrauen, Sicherheit: Dafür steht nicht nur der Haushalt, sondern dafür steht auch die bayerische Rechtspolitik. Im Schutz derjenigen, die ihre Rechte selbst nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen können, besteht der wichtigste Auftrag an die Rechtspolitiker.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rechtsstaat muss die Schwachen schützen und er muss ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Deswegen ist es mir ein ganz besonderes, ein ganz persönliches Anliegen, die Belange unserer Kinder in den Vordergrund zu stellen. Deshalb setze ich mich seit Langem dafür ein, dass die bereits erfolgreich praktizierten Modelle der vertraulichen und der anonymen Geburt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Dem Bayerischen Landtag bin ich dankbar, dass er diesen Kurs mit großer Mehrheit unterstützt. Der Schutz der Kinder vor Gewalt und vor sexuellem Missbrauch ist mir ein Herzensanliegen. Deshalb werden wir unser Präventionsprojekt "Kein Täter werden – Bayern" an der Universität Regensburg fortsetzen. Männern mit pädosexuellen Neigungen wird dort therapeutische Hilfe angeboten, bevor ihre Neigungen zu Missbrauchstaten führen.

Ich habe aber auch die Fälle im Blick, in denen es trotzdem nicht gelingt, sexuellen Missbrauch zu verhindern. In diesen Fällen muss alles getan werden, um den Opfern zu helfen und um zukünftige Taten zu verhindern. In dem durch die Staatsregierung eingesetzten Forum "Missbrauch" haben wir unter Mitwirkung hochkarätiger Fachleute gute Vorschläge entwickelt und vieles davon inzwischen auch umgesetzt. Darüber hinaus sind Änderungen im Strafrecht erforderlich, insbesondere eine Verlängerung der

Verjährungsfrist und eine Anhebung der Strafraumen. Für diese Ziele habe ich mich auch auf Bundesebene eingesetzt, und ich werde das weiter intensiv tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine konsequente Strafverfolgung, gepaart mit präventiven Maßnahmen, bietet den wirksamsten Schutz vor Straftaten. Das Herzstück des neuen bayerischen Vollzugsgesetzes ist der Ausbau der Sozialtherapie. Damit meine ich keinen Kuschelvollzug, sondern etwas ganz anderes. Der bayerische Strafvollzug ist für seine konsequenten, harten Anforderungen bekannt. So muss es bleiben. Wir dürfen aber nicht vergessen: Jede Investition in Resozialisierung ist auch eine Investition in die Sicherheit unserer Gesellschaft. Mit unserem Ausbauprogramm habe ich bis heute weitere 98 Therapieplätze in den sozialtherapeutischen Einrichtungen geschaffen, zusätzlich zu den 217 bereits vorhandenen. Damit stehen in Bayern 168 Plätze für die Behandlung von Sexualstraftätern zur Verfügung und 147 Therapieplätze für Gewaltstraftäter. Bis Ende des Jahres 2013 werden weitere 70 Therapieplätze für Gewaltstraftäter hinzukommen.

Kolleginnen und Kollegen, Verlässlichkeit, Vertrauen, Sicherheit: Dafür steht auch der bayerische Verbraucherschutz. Im Jahr 2008 war Bayern noch das einzige Land, das den Verbraucherschutz im Justizressort angesiedelt hat. Mittlerweile findet unser Beispiel mit Rheinland-Pfalz und Berlin Nachahmer, und ich prognostiziere: Dabei wird es nicht bleiben. Kaum ein politisches Thema ist so vielfältig und dynamisch wie das Thema Verbraucherschutz.

Wichtig ist in diesem weiten Aufgabenfeld die gute, fast partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den beiden großen Verbraucherverbänden Verbraucherzentrale Bayern – VZ – und Verbraucherservice Bayern – VSB. Diese Zusammenarbeit haben wir noch intensiviert. VSB und VZ unterhalten in Bayern ein nahezu flächendeckendes Netz von Beratungsstellen. Damit stellen sie sicher, was in einem Flächenstaat wie Bayern unverzichtbar ist: vor Ort bei den Menschen zu sein und sie dort zu beraten. Im neuen Doppelhaushalt wird diese Arbeit durch die Aufstockung um zwei Personalstellen pro

Verband und mit weiteren finanziellen Mitteln in Höhe von 100.000 Euro gestärkt. Insgesamt fördern wir die Verbraucherverbände mit knapp 4 Millionen Euro.

Eine der größten Herausforderungen entsteht im Zusammenhang mit dem Internet. Dabei haben wir für die Verbraucher Wichtiges erreicht. So konnten wir in der EU-Verbraucherrechterichtlinie die sogenannte Buttonlösung zum Schutz vor Kostenfallen verankern, die seit dem 1. August 2012 geltendes Recht in Deutschland ist. Dafür haben wir gekämpft.

(Horst Arnold (SPD): Das sind doch nur fremde Federn!)

- Das sind nicht nur fremde Federn, Herr Arnold, das sind Federn, die wir nach Berlin gebracht haben. Wir haben uns dafür in Berlin eingesetzt. Wir haben dies als unser Projekt eingebracht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein Mehr an Schutz und Sicherheit ist nicht nur in der digitalen Welt notwendig. Wir haben uns deshalb mit Nachdruck im Bundesrat für schärfere Sanktionen bei unerlaubter Telefonwerbung sowie für eine Stärkung des Anlegerschutzes eingesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe letzte Woche an dieser Stelle daran erinnert, welch wertvolles Gut die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit unserer Gerichte ist. Sie ist ein Kernelement der staatlichen Gewaltenteilung. Es liegt an uns, diese Errungenschaft zu bewahren. Mein Dank gilt allen Kollegen und Kolleginnen, die in unseren Gerichten, in unseren Staatsanwaltschaften, in den 36 Justizvollzugsanstalten und im Ministerium ihren Einsatz für die bayerische Justiz erbringen. Sie leisten hervorragende Arbeit mit großem Engagement. Sie setzen sich für Sicherheit, Gerechtigkeit und inneren Frieden ein. Sie sind ein wichtiges Element unseres Wirtschaftsstandortes. Dafür gilt ihnen mein Dank.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der vorliegende Doppelhaushalt bedeutet eine Stärkung unserer Justiz. Ich danke allen, die uns dabei kräftig unterstützt haben: dem Arbeitskreis Recht mit seiner Vorsitzenden Petra Guttenberger und allen seinen Mitgliedern. Ebenso danke ich dem Haushaltsausschuss mit seinem Vorsitzenden Georg Winter. Dank gebührt unserem Berichterstatter Alexander Radwan. Mein Dank gilt auch den beiden Koalitionsfraktionen – Ihnen, lieber Herr Dr. Fischer, sowie Herrn Georg Schmid, der momentan nicht anwesend sein kann.

(Harald Güller (SPD): Oh! Oh!)

Mein Dank gilt dem Finanzminister Dr. Markus Söder, den Kabinettskollegen und unserem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren, in diesem Sinne bitte ich Sie herzlich um Zustimmung zum Einzelplan 04.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Damit eröffne ich die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Schindler. – Bitte schön.

Franz Schindler (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir erst vor wenigen Wochen über eine Regierungserklärung der Frau Staatsministerin diskutiert haben und mir nur 14 Minuten Redezeit übrig bleiben, muss ich mich auf einige wenige Ausführungen beschränken.

Ich möchte zunächst Kollegin Susann Biedefeld ganz herzlich dafür danken, dass sie unsere Anträge im Haushaltsausschuss vertreten und für die Belange der Justiz gekämpft hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Anteil der Justiz am Staatshaushalt, also alle Ausgaben für die Gerichte, die Staatsanwaltschaft, die Justizvollzugsanstalten und das Ministerium, beträgt gerade einmal 5 % der Gesamtausgaben. In absoluten Zahlen ist das gerade einmal ein Fünftel des Betrages, der für die Rettung der Landesbank zur Verfügung gestellt wurde. Gleichzeitig erwirtschaftet die Justiz mit einer Milliarde Euro Einnahmen bei 2 Milliarden Ausgaben den größten Kostenbeitrag aller Ressorts. Es ist bereits angesprochen worden, ich will es nur ganz kurz noch einmal streifen: Es ist einmal ausgerechnet worden, dass jeder Einwohner Bayerns pro Monat für die Justiz ungefähr den Gegenwert einer Pizza ausgibt. Meine Damen und Herren, Sie bekommen aber viel mehr dafür, nämlich eine alles in allem leistungsfähige Justiz, angefangen bei den Richtern über die Gerichtsvollzieher bis zu den Justizvollzugsbediensteten. Deshalb sage ich unsererseits herzlichen Dank an alle, die daran mitwirken, dass die bayerische Justiz seit vielen Jahren so gute Leistungen abliefert.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist heute das erste Mal seit vielen Jahren, dass die Ministerin in der Haushaltsdebatte nicht um Verständnis dafür werben muss, dass sie weitere Kürzungen im Justizhaushalt leider nicht habe verhindern können. Ich erinnere an frühere Haushaltsdebatten, als bei der Justiz und beim Justizvollzug Stellen eingezogen wurden und durch die Verlängerung der Wochenarbeitszeit weggefallen sind. Ich erinnere auch daran, dass jahrelang mehr schlecht als recht lediglich der Mangel verwaltet worden ist und der unbestrittene Personalmangel fast schon schicksalergaben hingenommen wurde. Die Justiz und der Justizvollzug waren lange Zeit Stiefkinder dieser Staatsregierung, denen man zugemutet hat, immer am Anschlag zu arbeiten, und von denen gleichzeitig aber immer mehr Spitzenleistungen erwartet wurden. Ich darf an die vielen Hilferufe aus der Justiz erinnern, die uns als Landtag erreicht haben. Ich erinnere auch daran, dass die Ministerin noch vor einem Jahr stolz darauf war, dass seit dem Jahr 2003 ganze 66 Stellen, also 8 Stellen pro Jahr, neu geschaffen wurden.

Nun endlich sollen die im Koalitionsvertrag versprochenen neuen Stellen geschaffen werden. Das ist gut so und im Übrigen eine späte Rechtfertigung der vielen Anträge der Opposition, die von der Mehrheit allesamt in Bausch und Bogen abgelehnt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man aber genau rechnet, meine Damen und Herren, dann stellt man fest, dass jetzt noch nicht einmal die früher wegen der Verlängerung der Wochenarbeitszeit und sonstiger Maßnahmen weggenommenen Stellen ausgeglichen werden. Deshalb ist es mehr als recht und billig, dass es nun neue Stellen gibt. Ob sie tatsächlich und wann sie kommen, wird man sehen.

Dennoch wird es keine spürbare Entlastung geben, jedenfalls nicht in allen Bereichen. Nach der Personalbedarfsberechnung fehlten im Jahr 2011 im richterlichen Dienst immerhin 280 Arbeitskraftanteile. Die Stellen, die Sie uns heute genannt haben, reichen nicht aus, um die Fehlstellen auszugleichen. Im staatsanwaltschaftlichen Dienst waren es immerhin 114 Arbeitskraftanteile, bei den Rechtspflegern rund 194, bei den Service-Kräften 116, bei den Bewährungshelfern 45 und im Justizvollzug unter Zugrundelegung des Bundesdurchschnitts immerhin 800 Stellen. Viel besser ist es auch heute nicht und wird es auch nicht werden.

Meine Damen und Herren, die Belastungssituation bei Richtern und Staatsanwälten an den verschiedenen Gerichten und Staatsanwaltschaften wird auch nach der Schaffung der angekündigten neuen Stellen angespannt bleiben. Richter und Staatsanwälte werden weiterhin über Gebühr belastet sein mit der Konsequenz, dass Verfahren länger dauern, als sie eigentlich dauern müssten, mit der weiteren Konsequenz, dass Beschlüsse zwar gefällt und Verfügungen erlassen werden, die Vorgänge aber liegen bleiben, wenn ein Mitarbeiter krank wird und keine Vertretung vorhanden ist.

Konsequenz der jahrelang andauernden Belastung ist nicht nur, dass Mitarbeiter ausgebrannt sind, sondern auch, dass die Neigung zunimmt, große Strafverfahren durch

eine Absprache zu beenden. Das mag im Einzelfall vernünftig sein, ist aber dann unerträglich, wenn dadurch der Eindruck entsteht, dass mit den Großen und Reichen über das Strafmaß verhandelt wird, während der kleine Mann auf die Schnelle mit Strafbefehlen abgespeist wird.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch dann bedenklich, wenn der Anspruch auf der Strecke bleibt, im Strafprozess die Wahrheit zu erforschen.

Vor Kurzem hat die "Wirtschaftswoche" unter der Überschrift "Große Show, kleines Kaliber" berichtet, dass im Nachgang zur Finanzkrise eine Klagewelle auf die Justiz zurollt und die umfangreichen Zivil- und Strafverfahren nicht mehr zeitgerecht erledigt werden können. Ich verkenne nicht, dass sich insbesondere die Staatsanwaltschaft und die Justiz in München große Verdienste bei der Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen erworben haben, weiß aber auch, dass dort die Belastung so hoch ist, dass viele Täter bereits auf Verjährung hoffen können.

Es wird so bleiben, dass bayerische Bewährungshelfer mehr Probanden betreuen als in anderen Bundesländern; und es wird so bleiben, dass in den Justizvollzugsanstalten auf einen Bediensteten mehr Gefangene kommen als in den anderen Bundesländern. Das ist problematisch, weil unstrittig ist, dass die Zusammensetzung der Strafgefangenen immer schwieriger wird und weil in den neuen Strafvollzugsgesetzen ambitionierte Vorgaben für Therapien gesetzt wurden.

Es bleibt auch so, dass bei der Justiz Hunderte von Mitarbeitern oft mehrfach hintereinander oder immer wieder mit kurzen Unterbrechungen nur befristet beschäftigt werden. Die Justiz ist leider ein schlechter Arbeitgeber und duldet prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

(Zustimmung bei der SPD)

Das werden wir auch im Zusammenhang mit der Beschäftigung privater Sicherheitsdienste erleben.

Trotz aller Fortschritte, die ich durchaus anerkenne, ist der vorliegende Justizhaushalt kein ganz großer Wurf, sondern nur der Versuch, den durch die bekannten Kürzungsbeschlüsse in den letzten Jahren entstandenen Schaden zu beheben, mehr aber auch nicht.

Leider habe ich nicht mehr genügend Redezeit, um auf rechtspolitische Fragen einzugehen, deswegen sage ich nur ein, zwei Sätze dazu: Die Sicherungsverwahrung fällt uns auf die Füße. Das jetzige Problem ist die Folge davon, dass sich auch in Bayern der Vollzug der Sicherungsverwahrung viel zu lange nicht vom Vollzug der Straftat unterschieden hat.

Mich ärgern besonders die von der schwarz-gelben Koalition in Berlin mit Unterstützung der hiesigen gleichfarbigen Koalition vorgenommenen Eingriffe in das soziale Mietrecht. Das Äquivalenzprinzip soll plötzlich nicht mehr gelten. Obwohl bei Umbau und Modernisierungsmaßnahmen lediglich ein Teil der geschuldeten Leistung durch die Vermieter erbracht wird, sollen die Mieter die volle Miete bezahlen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie skrupellos die Interessen von Lobbyisten, in diesem Fall die der großen Immobilienspekulanten, bedient werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann nicht mehr zum Opferschutz und vielen anderen Dingen reden. Lassen Sie mich zum Schluss aber doch noch Folgendes sagen: Die bayerische Justiz ist bedauerlicherweise ins Gerede gekommen. Sie muss es aushalten, dass ihre Entscheidungen in der Öffentlichkeit erörtert und infrage gestellt werden. Wir haben keine Geheimjustiz, Verhandlungen finden öffentlich statt, und Urteile werden im Namen des Volkes und nicht im Namen der Staatsregierung gefällt und verkündet. Wenn man die Bürgerinnen und Bürger fragt, zu welchen Berufsgruppen sie Vertrauen haben und zu welchen nicht, dann rangieren Richter und Staatsanwälte

ziemlich weit oben, Gebrauchtwagenhändler und Politiker ziemlich weit unten. Die nur dem Gesetz und dem Recht unterworfenen Justiz genießt nicht nur bei unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern hohes Ansehen, sondern auch im Ausland und bei international tätigen Unternehmen. Sie ist ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor. Die Justiz ist systemrelevant, mehr als manche Bank.

(Beifall bei der SPD)

Die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Gerichte sind mehr als nur Ordnungsvorschriften oder Bestimmungen in irgendeiner Geschäftsordnung. Die richterliche Unabhängigkeit ist auch kein Standesprivileg von Halbgöttern in Schwarz oder Violett. Sie ist vielmehr eine zivilisatorische Errungenschaft, zu der wir bedauerlicherweise erst gezwungen werden mussten. Es ist deshalb aus meiner Sicht zumindest grob fahrlässig, an diesem Prinzip zu rütteln und zu verlangen, dass sich die Politik, ob in Gestalt des Landtags, der Justizministerin oder gar des Ministerpräsidenten, einmischt und Urteile korrigiert und aus eigener Machtvollkommenheit echte oder vermeintliche Justizopfer entlässt. Es war ein Sündenfall, dass der Ministerpräsident diesen Eindruck zumindest erweckt hat. Die bayerische Justiz pauschal in Bausch und Bogen zu kritisieren und ihr Wahnsinn zu attestieren kann sich nur leisten, wer selber im Besitz der göttlichen Gabe der Unfehlbarkeit ist. Das sind wir nicht, auch nicht die Justiz. Deshalb gibt es den Instanzenzug und die Möglichkeit der Wiederaufnahme sowie der Anrufung der Verfassungsgerichtsbarkeit. Darüber waren wir uns über Jahrzehnte hinweg immer einig. Es wäre gut, wenn es so bliebe.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Radwan.

Alexander Radwan (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, Frau Ministerin! Wir reden heute über den Haushalt der Justiz und über die Basis der Justiz in finanzieller Sicht für die nächsten Jahre. Wie alle Redner bisher betont haben, ist unsere Justiz leistungsfähig, genießt ein hohes Ansehen, ein hohes Ver-

trauen und ist unabhängig. Dies ist Konsens und richtig und wichtig für Bayern. Dafür danke ich den Mitarbeitern der Justiz. Ich danke ausdrücklich auch der Ministerin für ihre Arbeit, die in den letzten Jahren und dieser Legislaturperiode dafür gekämpft hat, dass die Justiz in Zeiten der Haushaltskonsolidierung durch notwendige Sparmaßnahmen dazu beigetragen hat, dass sich auch in Zeiten der Sparmaßnahmen Wachstum entwickeln kann.

Die Ministerin hat hier entsprechende Zahlen genannt. Im Doppelhaushalt 2013/14 haben wir eine Steigerung um 5,7 % auf 2 Milliarden Euro zu verzeichnen. Wenn wir die Zahl mit 2009 vergleichen, liegt die Steigerung bei über 10 %. Der Haushalt setzt Schwerpunkte bei Personal und Gebäuden. Bei Gerichten und den Justizvollzugsanstalten gibt es einen hohen Deckungsbeitrag. Die gesamten Mehrungen beim Personal machen in diesem Jahr 745 zusätzliche Stellen aus. Nimmt man die privaten Sicherheitsdienste hinzu, kommt man auf über 1.000.

Was die privaten Sicherheitsdienste betrifft, so konnte das Ministerium schnell auf die Ereignisse in Dachau reagieren. Es konnte durch eine Mischung von beamtetem Personal und privaten Kräften den Sicherheitsbedürfnissen schnell Rechnung tragen und mit dieser Mischung gut handeln. 2013/14 werden wir 80 zusätzliche Richter und Staatsanwälte, 48 neue Rechtspfleger, 38 zusätzliche Bewährungshelfer und 60 zusätzliche Stellen im Justizvollzug verwirklichen. Das ist die Konsequenz der Weiterentwicklung der Arbeit unserer Justizministerin und der Bayerischen Staatsregierung in den letzten Jahren.

Die Bereiche wurden Stück für Stück angegangen. Als Erstes ging es um die Bewährungshelfer und Justizwachtmeister. Über die ganze Periode hinweg wurde das Personal Stück für Stück aufgebaut. Man kann sagen: Am Ende dieser Legislaturperiode sollen die betreffenden Vereinbarungen des Koalitionsausschusses nicht nur erfüllt, sondern übererfüllt werden. Somit steht die Justiz im Personalbereich hervorragend da.

Aber es geht nicht nur um die Schaffung zusätzlicher Stellen, sondern auch die Reduzierung der 42-Stunden-Woche musste erfolgreich abgefedert werden. Andererseits wurden Hebungen durchgeführt. Das heißt, die Motivation für die Mitarbeiter wurde verbessert. Gleichzeitig ist im Hochbau der Ansatz von 107 Millionen auf 162 Millionen Euro erhöht worden. Dazu zählen insbesondere viele kleine Maßnahmen, die der Sicherheit der Gerichte dienen, aber auch viele große Maßnahmen. Die JVA Gablingen und die Sicherungsverwahrung in Straubing wurden angesprochen. Der Bau des neuen Strafjustizzentrums in München wird im Jahr 2015 begonnen. In Stadelheim werden Maßnahmen für einen Hochsicherheitstrakt vorbereitet. Das alles dient einem effizienten Justizvollzug und der Gerichtsbarkeit in Bayern.

Der Verbraucherschutz bekommt im Ganzen 600.000 Euro hinzu. Der Verbraucherschutz gewinnt in der Breite immer mehr.

Wir arbeiten mit den Verbänden gut zusammen. Die Themen werden immer komplexer. Da geht es vom Internet über die Finanzdienstleistungen bis zu weiteren Themen. Für den mündigen Bürger ist es hier am wichtigsten, sich in den Informationen über diese komplexe Welt zurechtzufinden. Dabei leisten unsere Verbraucherschutzverbände hervorragende Arbeit.

Lassen Sie mich abschließend für die Arbeit unserer Justiz danken. Ich danke den Beamten und unserer Justizministerin. Wir können auf die Justiz in Bayern stolz sein. Das sollten wir alle so sehen und der Justiz für ihre schwere Arbeit entsprechende Rückendeckung seitens des Bayerischen Landtags geben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als Nächster erhält der Kollege Streibl das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushalt für die Justiz enthält viele Punkte, die endlich in Angriff genommen werden. Somit könnte er unter dem Motto stehen: Am Abend

wird der Faule fleißig; denn seit Jahren wurde auf die Missstände hingewiesen. Jetzt wird das ausgeglichen, was vorher weggenommen wurde. Aber im Grunde muss hier noch weiter nachgebessert werden. Es handelt sich um den Versuch, Versäumtes nachzuholen und die Festlegungen des Koalitionsvertrags einzulösen, vielleicht auch übereinzulösen; aber das ist gut. Auf diesem Weg muss jedoch noch viel weiter gegangen werden.

Die bayerische Justiz verfügt über hervorragende und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie ist eine leistungsfähige Justiz. Deswegen ist die mangelhafte Finanzierung in den letzten Jahren nicht besonders aufgefallen; denn sie wurde durch den enormen Personaleinsatz und die hohe Motivation der Mitarbeiter wettgemacht. Daher ist diesem Personal für den Dienst zu danken, den es für die Justiz und damit für die Gesellschaft in Bayern geleistet hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die jüngst durchgeführte Evaluation der bayerischen Justiz zeigt eines auf, was immer wieder kritisiert wird, nämlich die mangelnde Schnelligkeit. Damit soll nicht gesagt werden, dass ein schneller Prozess unbedingt ein guter Prozess sei. Ein guter Prozess muss in seinen Einzelheiten gesehen werden, egal, ob Straf- oder Zivilprozess. Man muss sich auch die Ruhe nehmen, um einen Prozess qualitativ hochwertig durchzuführen. Wenn sich jedoch durch Personalmangel Prozesse hinziehen oder verschleppt werden, macht es sich letztlich auch an der Qualität bemerkbar. Nichts ist schlimmer als ein Verfahren, das sich über Jahre hinzieht, wobei es auch Richterwechsel gibt. Da kann man von hängen gebliebenen Verfahren reden. Einer solchen Entwicklung kann man entgegenwirken, indem man genug Personal schafft. Dazu gehört, dass die Sachmittelausstattung wie die Personalausstattung vorhanden ist.

Weiter wollen wir der Ausdünnung der Justiz in der Fläche entgegenwirken. Es gibt noch elf amtsgerichtliche Zweigstellen, die für eine Rechtsprechung vor Ort notwendig sind. Diese sollte man auf jeden Fall erhalten, statt die Ausdünnung fortzusetzen;

denn es handelt sich um einen Dienst an den Bürgerinnen und Bürgern, wenn sie ihre Rechtssprechung möglichst wohnortnah bekommen, also in einer Umgebung, die sie kennen und wo sie auch Vertrauen aufbringen können.

Des Weiteren darf die Justiz nicht, obwohl manchmal der gegenteilige Eindruck entsteht, als Teil der Staatsverwaltung gesehen werden. Die Justiz ist die dritte Säule, die dritte Gewalt im Staat. Sie muss uns auch etwas kosten dürfen. Im Haushalt ist das gerade mit 4,3 % berücksichtigt, die auf die Justiz entfallen. Betrachten wir aber einmal gesondert die ordentliche Gerichtsbarkeit. Diese finanziert sich selber mit ungefähr 75 %. Von daher kann man sagen: Man müsste für die Justiz noch mehr Mittel einstellen, damit sie ihre Unabhängigkeit besser bewahren und noch unabhängiger arbeiten kann.

Ich halte es für verfehlt, wenn man die Kosten der Justiz mit einer Pizza oder einer Maß Bier vergleicht. Ein solcher Vergleich ist der Justiz unangemessen. Man darf die Justiz nicht auf so etwas reduzieren. Wir sprechen immerhin von der dritten Gewalt im Staat.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Es sind Vergleiche! - Petra Guttenberger (CSU): Es ist durchaus interessant! - Zurufe von der CSU)

Bei den Gerichtsvollziehern und Gerichtsvollzieherinnen besteht ein gewisser Ernennungsstau. Ungefähr 78 Beamtinnen und Beamte, die eine Prüfung abgelegt und somit die Qualifikation haben, werden aus Kostengründen nicht gleich übernommen, sondern müssen jetzt sieben oder acht Jahre auf ihre Ernennung warten. Hier muss gegengesteuert werden.

Des Weiteren ist der Strafvollzug zu nennen. Die Resozialisierung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Strafvollzugs, um die Täter, die ihre Strafe verbüßt haben, wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Es fehlen auch Bewährungshelfer, die die Strafgefangenen beim Übergang von der Haftstrafe in die Freiheit begleiten und die Menschen, die aus der Haft entlassen werden, davor bewahren, wieder in die alten

Strickmuster zu verfallen. Ein Bewährungshelfer muss in Bayern ungefähr 85 Probanden betreuen. Das sind zu viele, um eine qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten. Die Belastung ist gestiegen und damit auch das Rückfallrisiko und die Belastung für den Staat und für die Gesellschaft. Deshalb muss man mehr Bewährungshelfer einstellen.

Zu nennen ist auch die Belastung im Strafvollzug. Hier fehlen immer noch 800 Stellen. Das Untersuchungshaftvollzugsgesetz hat Mehrbelastungen mit sich gebracht. Um dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen, benötigt man mehr Personal in den Justizhaftanstalten. Hierzu nenne ich zwei Zahlen: Allein im Jahr 2010 konnten die Bediensteten 36.500 Urlaubstage nicht einbringen. Bundesweit kommen auf einen Justizvollzugsangestellten 1,99 Strafgefangene; in Bayern sind es 2,46. Auch hier sind wir nicht unbedingt an der Spitze und können einiges nachbessern.

Hinsichtlich der Gewährleistung der Sicherheit in den Justizgebäuden, hinsichtlich der Eingangskontrollen, wurde Gott sei Dank in letzter Zeit viel gemacht. Schade ist nur, dass erst das tragische Verbrechen in Dachau geschehen musste. Dazu fällt mir nur der Spruch von Demokrit ein, der sagte, der Einfältige werde klug nicht durch Worte, sondern durch Katastrophen. Diese Katastrophe hätte man verhindern können, wenn man zum Beispiel durch die Vorfälle in Landshut hellhörig geworden wäre.

Meine Damen und Herren, dass nun kurzfristig private Sicherheitskräfte eingestellt werden, um die Sicherheit an den Justizstandorten zu gewährleisten, ist gut, aber das darf keine Dauerlösung sein. Vielmehr müssen unsere Vollzugsbeamten diese Aufgaben auf Dauer lösen können. Deswegen wollen wir, dass die privaten Sicherheitskräfte evaluiert werden und dass untersucht wird, welche Vorteile sie bringen und welche Gefahren bestehen, sodass man mit der Zeit überleiten kann.

Außerdem fehlen ungefähr 185 Rechtspfleger in der bayerischen Justiz, die für den Ablauf und für die Strukturen in der Justiz absolut notwendig sind. Dies gilt umso mehr, als immer mehr Aufgaben auf die Rechtspfleger übertragen werden und sie mit

ihrer qualitativ hochwertigen Arbeit auch weiterhin zum Rechtsfrieden in Bayern beitragen.

Es wurde schon gesagt: Richter und Staatsanwälte fehlen auch. Nach der "PEBB§Y-Umfrage" vom 30. April dieses Jahres sind es 301 Richter und 159 Staatsanwälte. Damit wir eine gute Justiz in Bayern haben, ist es notwendig, dass diese Stellen auf Dauer besetzt und die Lücken ausgefüllt werden. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine effektive, gerechte und gute Justiz.

(Jürgen W. Heike (CSU): Die haben sie auch!)

Diese müssen sie auch wohnortnah bekommen. Wenn Richter, Staatsanwälte und Angestellte in der Justiz überlastet sind, so ist dies nicht unbedingt ein Qualitätsmerkmal. Ich kann die Justiz nicht nur nach ökonomischen Gesichtspunkten betrachten, sondern ich muss sie unter den Gesichtspunkten betrachten, die für eine Gesellschaft notwendig sind. Das sind letztlich auch Gesichtspunkte der Gerechtigkeit.

Die Einführung der neuen Techniken in der Justiz wie zum Beispiel von "E-Justice" muss ebenfalls vorangetrieben werden. Hierdurch können Arbeitsabläufe erleichtert werden. Eine große Herausforderung für die bayerische und deutsche Justiz ist auch das Programm, das unter dem Motto "Law – made in Germany" steht. Insoweit haben wir auch international den Auftrag, unser Justizsystem zu propagieren, um Standortvorteile für bayerische Unternehmen zu bekommen, die sich in diesem Rechtsrahmen sicherer bewegen können. Auch hierfür müsste wesentlich mehr getan werden, als bisher getan worden ist.

Unsere Anträge haben wir zum Wohl der Justiz und zum Ausbau der Justiz gestellt. Sie sind abgelehnt worden, obwohl deren Annahme bitter notwendig wäre. Von daher können wir dem jetzt vorgelegten Haushalt nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Streibl. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stahl. Bitte sehr.

Christine Stahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie wir es drehen und wenden – wir haben es mit einem Mangelhaushalt zu tun, allen unausweichlichen Erhöhungen zum Trotz. Ich denke, Sie haben von unserer Seite auch keine andere Einschätzung erwartet. Trotzdem möchte ich sie begründen.

Es ist schon interessant zu sehen, dass in der CSU das Interesse an der Justizausstattung plötzlich wieder gewachsen zu sein scheint. Selbstverständlich bringen wir das in keiner Weise mit dem Wahljahr in Zusammenhang und möchten außerdem darauf hinweisen, dass der Mangel nicht erst in dieser Legislaturperiode entstanden ist, sondern dass er das Ergebnis jahrzehntelanger Ignoranz ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sanierungsstau an alten Gebäuden, vor allem, was die energetische Sanierung angeht, und neue Aufgaben fordern das Justizministerium. Das ist uns sehr wohl bewusst. Wenn wir uns die Erhöhungen ansehen, stellen wir fest, sie betreffen allerdings genau die neuen Herausforderungen, viele Sanierungen, aber auch Versprechungen, die eingelöst werden müssen, sodass sich, vor allem wenn es um Stellenbesetzungen in Neubauten oder in neuen Abteilungen im Strafvollzug geht, zwar an der Grundausstattung etwas verändert, aber nicht in dem Umfang, wie wir uns das vorstellen und wünschen würden.

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, Justizbeamte, Richterinnen und Richter und Staatsanwaltschaften könnten in einem gemeinsamen Chor auftreten; denn sie könnten alle zusammen das gleiche Lied singen. Natürlich wird bei den Aufstockungen zuvörderst an die eigene Klientel – so nenne ich es jetzt despektierlich – gedacht. Man denkt im Wahljahr an die Beamtenschaft. Aber man bringt es wieder

einmal nicht fertig, die Wiederbesetzungssperre aufzuheben, die die Stellenbesetzungen konterkariert.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Diese hat vor allem dort, wo es um soziale Hilfen geht, etwa bei der Betreuung von Strafgefangenen und dort, wo ein Leben ohne Straffälligkeit ermöglicht werden soll, schwere negative Folgen. Deshalb noch einmal unsere Forderung: Diese Wiederbesetzungssperre muss weg!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sagte es der neue Opferschutzbeauftragte in einem "Zeit"-Interview so schön? Gewaltprävention ist Opferschutz. Das ist vollkommen richtig, und ich glaube auch nicht, dass es hier im Hause eine Fraktion gibt, die das nicht so sieht. Aber es gehört auch wirklich alles dazu, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, in dem viele Strafgefangene zirkulieren.

Deshalb haben wir in unseren Haushaltsanträgen dieses Mal den Schwerpunkt auf die soziale Begleitung in und nach dem Strafvollzug gelegt. Die Wartezeiten für eine Therapie sind selbst für Therapiewillige viel zu lange. Es dauert zu lange, einen Therapieplatz in einer akuten Situation zu bekommen. Abbrecher erhalten kaum eine zweite Chance, und wer sich nicht sofort für eine Therapie entscheidet, wird es schwer haben, später ein Angebot wahrnehmen zu können. Sehr schnell erhalten diese Strafgefangenen das Etikett "nicht therapierbar".

Wir wissen selbst als Laien, dass der Weg bis zur Einsicht eines Straftäters, dass er sich auch Änderungen in seinem Leben öffnen soll, oft sehr lang und steinig ist. Deshalb sollten wir dafür sorgen, dass die Konzentration nicht nur auf diejenigen erfolgt, die sehr schnell ihre Bereitschaft erklären. Gerade die schwierigen Straftäter, auch Straftäterinnen, benötigen unser Augenmerk, weil sie als Wiederholungstäter die

meisten Probleme verursachen. Sie produzieren neue Opfer, neue Schäden, neue Kosten. Ich bin überzeugt davon, dass eine größere Investition in die Resozialisierung und Begleitung sehr viel zielführender wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir unterstützen deshalb auch das Präventionsprojekt in Regensburg in vollem Umfang. Wir würden uns wünschen – und dafür dürften Sie ruhig Mittel einstellen –, dass dieses Projekt noch sehr viel bekannter gemacht wird. Ich glaube, dass es gar nicht die Bekanntheit hat, die es haben sollte.

Wir reiten gern auf dem Thema Übergangsmanagement herum, das noch nicht funktioniert. Es gab eine Arbeitsgruppe, aber ich halte es nicht für ausreichend, was an Ergebnissen dabei herauskam, weil sie nicht umgesetzt werden. Wir müssen das Übergangsmanagement in ein straffreies Leben verstärken helfen, und wir müssen dazu beitragen, auch wenn das nicht zuvorderst Aufgabe des Strafvollzuges ist – auch die Wohlfahrtsverbände bieten dafür Möglichkeiten an –, die Familien zusammenzuhalten. Gerade das ist ein enorm wichtiger Punkt, damit Straftäter nicht rückfällig werden.

Was wir nicht ganz so positiv sehen, ist die Stiftung Opferhilfe. Wir meinen, dass es bereits Einrichtungen gibt, wie zum Beispiel die Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft, den Weißen Ring und andere, die sich um Opfer kümmern. Ich meine, man macht sich hier nur unnötig Konkurrenz.

Nicht für alles in der Justiz benötigen wir mehr Personal. Strukturverbesserungen und Qualitätsmanagement wirken auch oft schon Wunder. Gleichwohl müssen eine solide Personalausstattung und Finanzwirtschaft Grundlage sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen für Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen, die über Straftäter mit Fußfesseln die Kontrolle als zusätzliche Aufgabe überwiesen bekommen haben, ebenso zusätzliche Unterstützung wie in der Bewährungshilfe. Bei Richterinnen und Richtern,

bei Staatsanwaltschaften, deren Versorgung gekürzt wurde und deren Besoldung im Vergleich mit der freien Wirtschaft eher schwach ausfällt, brauchen wir ebenfalls Unterstützung. Wir brauchen sie bei den Strafvollzugsbeamtinnen und -beamten, aber auch – und da ist eben das Sozialministerium gefordert – bei den Wohlfahrtsverbänden.

Ich habe leider nur sechs Minuten Zeit und kann deswegen keine längeren Ausführungen machen, was sicher auf der rechten Seite des Hohen Hauses Wohlgefallen findet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Herrn Dr. Fischer das Wort erteile, darf ich bekannt geben, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt beantragt hat.

(Zurufe von der CSU: Bravo! - Renate Ackermann (GRÜNE): Sind wieder zu wenige da?)

Herr Kollege Dr. Fischer, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen im Freistaat Bayern haben Vertrauen in unsere Justiz, und sie haben es zu Recht. Sie haben Vertrauen, das auf engagierten Richtern, Staatsanwälten oder Rechtspflegern beruht, auf engagierten und motivierten Mitarbeitern der Geschäftsstellen oder auf Justizwachtmeistern. Nicht nur bei der Umfrage, zu welchen Berufsgruppen man Vertrauen hat, sondern speziell bei einer Umfrage zur bayerischen Justiz zeigte sich: 70 % der bayerischen Bürger sind mit der bayerischen Justiz zufrieden, 8 % sogar sehr zufrieden. Das belegt mehr als deutlich: Die Justiz ist hervorragend aufgestellt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle zunächst all denen danken, die im Justizbereich tätig sind, ihr Engagement würdigen und ihnen meine Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, Zufriedenheit und auch Rechtssicherheit auf hohem Niveau gibt es auf Dauer nicht zum Spartarif. Ein Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn er eine vernünftige Ausstattung der Justiz vorhält. Das gilt in sachlicher Hinsicht und erst recht personell. Natürlich ist die Arbeitsbelastung hoch, und das schon seit vielen Jahren. Das bestreitet auch niemand.

Entscheidend ist aber doch, wie sich die Lage in den vergangenen vier Jahren verändert hat. Bereits im Rahmen der Koalitionsverhandlungen hat sich meine Fraktion für eine bessere Personalausstattung eingesetzt und zusammen mit dem Koalitionspartner 400 neue Stellen bei der Justiz festgeschrieben. Wir sind stolz darauf, dass wir Hand in Hand mit der Staatsministerin der Justiz dieses Ziel nicht nur erreichen, sondern am Ende übertreffen werden. 460 Stellen werden es am Ende sein. Wir haben mehr geschafft, als wir uns vorgenommen hatten. 226 Stellen enthält allein der Einzelplan 04, den wir heute erörtern: 80 neue Stellen für neue Richter und Staatsanwälte, 48 neue Stellen für Rechtspfleger, 38 Stellen für Bewährungshelfer, 50 Stellen für den allgemeinen Justizvollzugsdienst und zehn Betriebsmediziner sowie Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Auch wenn das nicht mit einem Schlag alle Probleme löst, zeigt es doch sehr deutlich, dass wir nicht nur auf einem guten, sondern auf einem sehr guten Weg sind.

Wenn ich die Anmerkungen der Opposition betrachte, dann habe ich den Eindruck, dass sie mit Ihren Ausführungen entweder nicht in der Gegenwart oder nicht in Bayern waren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP) und bei Abgeordneten der CSU)

Wenn das Einzige ist, was Sie zu sagen haben, dass Sie Versäumnisse der Vergangenheit beklagen, dann ist das ein hervorragendes Kompliment für den Doppelhaushalt, den wir jetzt diskutieren.

(Christine Stahl (GRÜNE): Dann haben Sie nicht zugehört!)

Anstatt zu sagen, lange Zeit sei der Justizhaushalt Stiefkind dieser Staatsregierung gewesen, sollten Sie sich freuen, dass es in diesem Haushalt überhaupt keine Stiefkinder gibt, schon gar nicht bei der Justiz. Sie waren mit Ihren Ausführungen vielleicht in der Gegenwart, aber nicht in Bayern, sondern in sozialdemokratisch regierten Ländern, wenn Sie lange Laufzeiten bei den Gerichten beklagt haben. Die Laufzeiten sind vielleicht in anderen Ländern tatsächlich lang. In Bayern – auch das zeigen die Statistiken – beträgt die durchschnittliche Verfahrensdauer eines Zivilprozesses 5,9 Monate im Gegensatz zu 7,1 Monaten im deutschen Durchschnitt. Bei den Landgerichten liegt Bayern im Bundesvergleich bei den Strafsachen mit einer durchschnittlichen Dauer von 2,7 Monaten und von 5,5 Monaten an den Landgerichten ebenfalls weit vorne.

Wir stützen aber nicht nur die rechtsprechende Gewalt an sich, die Justiz, wir stützen auch den Justizvollzug, indem wir 60 neue Stellen schaffen, um die Sicherheit in den Gefängnissen zu erhöhen. Kolleginnen und Kollegen, der Tod eines jungen Staatsanwalts hat uns alle tief erschüttert. Es war und ist wichtig, die Sicherheit in Gerichtsgebäuden zu verbessern. Die Menschen, die Recht suchen, müssen genauso sicher sein wie die, die Recht sprechen oder die die Voraussetzungen dafür schaffen. Ich bin stolz, dass wir als Fraktion frühzeitig darauf gedrängt haben, dass die 70 neuen Stellen für Justizwachtmeister, die dringend nötig sind, nicht auf die 400 Stellen angerechnet werden, sondern zusätzlich kommen; denn eine Verbesserung der Sicherheit darf nicht auf Kosten der Leistungsfähigkeit der Justiz gehen.

Der Einzelplan 04 setzt einen weiteren entscheidenden Schwerpunkt auch bei den technischen Verbesserungen der Sicherheit: 35 Millionen Euro für bauliche und technische Maßnahmen und für privates Kontrollpersonal. Zum Thema privates Kontrollpersonal möchte ich auch klar Stellung beziehen. Privates Kontrollpersonal ist die zweitbeste Lösung. Sicherheit ist und bleibt in erster Linie eine hoheitliche Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber wir müssen auch flexibel reagieren können, und das ermöglichen uns private Sicherheitskräfte. Deswegen ist es wichtig, dass sich diese beiden Komponenten ergänzen.

Ein Bereich, der mich besonders freut, weil er auf eine Initiative der FDP-Fraktion in den Haushaltsberatungen zurückgeht, ist die Stärkung des E-Justice-Programms. Das E-Justice-Programm führt dazu, dass Bürger, Unternehmen, aber auch Rechtsanwälte und Notare Daten und Dokumente schnell, einfach und kostengünstig in elektronischer Form an die Justiz senden können. Büroöffnungszeiten spielen keine Rolle mehr. Postlauf- und Geschäftszeiten fallen weg. Anträge können rechtsverbindlich eingereicht werden. Die Bearbeitungszeiten werden beschleunigt, und der Aktenumlauf wird reduziert. All das ist, weil es oft den Weg zum Gericht spart, gerade für den ländlichen Raum ein entscheidender Vorteil. Zusammenfassend: Das ist eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts Bayern, eine Steigerung der Qualität, eine Steigerung der Geschwindigkeit, eine Steigerung der Bürgerfreundlichkeit und eine Steigerung der Effizienz. Auch damit gehen wir einen beispielhaften Weg in Bayern.

Kolleginnen und Kollegen, ich möchte abschließend noch ein paar Worte zum Verbraucherschutz sagen. Die Verbraucherzentrale Bayern und der Verbraucherservice Bayern leisten hervorragende Arbeit. Zusammen unterhalten sie ein flächendeckendes Netz von 31 Beratungsstellen. Auch hier sind Dank und Anerkennung angebracht; denn diese Stellen garantieren eine unabhängige Verbraucherberatung, damit mündige Verbraucher die Möglichkeit haben, sich zu informieren und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Neben einer etablierten Verbraucherforschung und Verbraucherbildung bilden sie die tragenden Säulen einer modernen Verbraucherpolitik, die wir im Freistaat leisten. Ich freue mich deshalb besonders, dass die Unterstützung in diesem Bereich in beiden Haushaltsjahren um insgesamt 600.000 Euro erhöht werden kann.

Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist stark beim Verbraucherschutz, und Bayern ist stark bei der Justiz. Wir sparen nicht an der Justiz. Wir investieren in den Rechtsstaat. Damit das so bleibt, bitte ich Sie um Zustimmung zum Einzelplan 04.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als Nächste hat sich Frau Kollegin Guttenberger zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein Haushaltsvolumen von zwei Milliarden Euro für Justiz und Verbraucherschutz bedeutet eine Steigerung um 5,7 %. Das heißt für uns mehr Personal in allen Bereichen; das heißt für uns mehr Stellenhebungen in allen Bereichen; das heißt für uns mehr Sicherheit in Gerichtsgebäuden, mehr Service und schnellere Abwicklung für die Bürgerinnen und Bürger; das heißt aber auch mehr Rechtssicherheit und mehr Planungssicherheit für Unternehmen in Bayern und damit ein wichtiger Beitrag für den Wirtschaftsstandort; das heißt für uns auch mehr Spielräume für die Verbraucherschutzorganisationen, die mit dem jetzigen Volumen in der Lage sein werden, selbst einen Prozesskostenfonds zu schaffen, um bei Verstößen wirksam Abmahnungen vornehmen zu können, um die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher wirksam bzw. noch wirksamer vertreten zu können. Wir halten das für eine tolle Leistung, und zwar ganz bewusst angesichts der Summe, die jeder Steuerzahler pro Jahr für die hervorragenden Leistungen der Justiz und der Verbraucherschutzorganisationen ausgibt.

Natürlich ist uns auch die personelle Ausstattung besonders wichtig. Ich glaube, es steht außer Frage – darum habe ich mich jetzt bei manchen Beiträgen doch etwas gewundert –, dass die Wiederbesetzungssperre fortan bei drei Monaten angesiedelt ist, also deutlich abgesenkt wird. Im Übrigen weiß auch jeder im Haus, dass wir uns hinsichtlich der Amtsgerichte unserer Verantwortung immer bewusst gewesen sind und auch immer eine Extralinie gefahren wurde, um den Erfordernissen des Rechtes entsprechend Rechnung zu tragen.

Das heißt aber auch, auch wenn das manche hier nicht hören wollen, dass wir die Koalitionsvereinbarung weit und deutlich übererfüllt haben, sowohl im jetzigen Haushalt

als auch im Nachtragshaushalt. Herr Schindler, ich muss sagen: Alle Stellen, die eingezogen wurden, werden wieder zurückgegeben. In erster Linie geht es zwar um die neu hinzukommenden Stellen, die auch von der Ministerin thematisiert wurden. Wir sollten dabei aber nicht übersehen, dass 15 Stellen für Richter, 3 für Staatsanwälte, 1,8 für Justizfachwirte und 11 für Justizwachtmeister wegen der Rücknahme der 42-Stunden-Woche ab dem 1. August 2013 selbstverständlich zur Verfügung stehen. Diese stehen also zur Verfügung. Diese Rückgabe kommt sozusagen noch zusätzlich dazu. Die Behauptung, dass die eingezogenen Stellen nicht wieder auftauchen, ist so nicht richtig.

Wie wir auch gerade vom Kollegen Fischer gehört haben, wird auch bei den privaten Sicherheitskräften ein Schwerpunkt gesetzt. Auch das sind Arbeitsplätze. Insgesamt haben wir nicht nur 745 neue Stellen, sondern mit diesen zusätzlichen Arbeitsplätzen im privaten Bereich 1.000 zusätzliche Stellen. Ich sage auch einmal ganz direkt: Natürlich können wir nicht alle Wünsche erfüllen. Das kann die Opposition auch nicht. Sie kommt aber auch nicht in die Verlegenheit, es tun zu müssen. Wir können nicht alle Wünsche erfüllen. Wir sind aber verlässliche Partner. Deshalb sind uns auch ganz besonders die Stellenhebungen wichtig.

Das heißt also: Neben den 40 Stellen für Richter und Richterinnen, neben den 40 Stellen für Staatsanwälte und Staatsanwältinnen und den zusätzlichen 48 Stellen für Rechtspfleger und Rechtspflegerinnen und den 38 Stellen für die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer haben wir diese 30,8 Stellen aufgrund der Rücknahme der 42-Stunden-Woche sowie insgesamt 968,95 kostenwirksame Stellenhebungen. Wir haben also sieben Hebungen für den Bereich Richter und Staatsanwälte, 59 Hebungen aus dem Hebungskonzept "Reinvestition Verwaltung 21", 11 für den Rechtspflegerdienst, 26 für den Justizfachwirtendienst, 11 für den Justizwachtmeisterdienst und 11 für den Arbeitnehmerbereich sowie 516 Hebungen aus dem Stellenhebungskonzept "Neues Dienstrecht in Bayern". Das ergibt 7 Hebungen für Richter und Staatsanwälte, 140 im Bereich der Rechtspfleger, 65 im Bereich der Bewährungshelfer, 2 im

Bereich Verwaltungsinformatiker, 15 für den ehemaligen gehobenen Justizverwaltungsdienst, 108 im Bereich der Gerichtsvollzieher, 111 für die Justizfachwirte und 62 für Justizwachtmeister sowie 6 für den technischen Dienst. Aufgrund der vorgenannten Hebungen kann im Übrigen der Beförderungs- und Ernennungsstau bei den Gerichtsvollziehern beseitigt werden. Überlange Beförderungszeiten insbesondere von A 10 nach A 11 und von A 7 nach A 8 werden abgekürzt, die modulare Qualifizierung wird ausgebaut sowie die Organisationsberatung gestärkt. Auch das gehört zum Gesamtkonzept, das mit diesem Haushalt, dem wir die Zustimmung gern erteilen, umgesetzt wird.

Auch für die langzeitbefristeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind neue Perspektiven geschaffen. Wenn jemand mindestens drei Jahre befristet beschäftigt war, kann ihm nunmehr eine unbefristete Beschäftigung angeboten werden.

Zu den Wiederbesetzungssperren habe ich bereits Ausführungen gemacht. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Haushalt die Weichen richtig stellen. Zu den Stellenhebungen kommt zusätzlich noch erstmalig die Gitterzulage für die Mitarbeiter der Justizvollzugsschule Straubing hinzu. Es kommen weitere Impulse für mehr Sicherheit in Gerichtsgebäuden hinzu. 140 zusätzliche Wachtmeister habe ich bereits erwähnt. Weitere Impulse werden unter anderem durch den Ausbau der Sicherungsverwahrung gesetzt. Im Hochbau werden Impulse durch die Verlagerung des Strafvollzugszentrums von der Nymphenburger Straße ans Oberwiesenfeld, durch den Neubau der JVA Gablingen und durch das Sitzungssaalgebäude im Bereich Nürnberg gesetzt. Weitere Impulse gibt es für Memmingen etc., um nur einige zu nennen. Nicht zuletzt gibt es einen Hochsicherheitsverhandlungssaal im Bereich der Justizvollzugsanstalt Stadelheim.

Wir setzen auf Fortsetzung des Projektes, das Professor Osterheider unter dem Titel "Kein Täter werden" in Regensburg betreibt. Wir wollen ein "Haus des Jugendrechts" auf den Weg bringen, um eine konsequente Strafverfolgung als präventive Maßnahme gerade auch bei Jugendlichen zu sichern. Strafe muss auf dem Fuß folgen. Wir sind

der festen Überzeugung, dass wir mit dieser Konzeption genau den richtigen Weg beschreiten. Wir bauen die Sozialtherapie aus und sorgen im Bereich der Sicherungsverwahrung dafür, dass einerseits die rechtlichen Erfordernisse exakt umgesetzt werden, andererseits der Bürger und die Bürgerin sich auf eine funktionierende Justiz verlassen kann, die vor gefährlichen Tätern schützt. Letztendlich ist das das A und O.

Wir haben heute viel über das Vertrauen in die Justiz gehört. Entscheidend ist, dass sich der Bürger und die Bürgerin darauf verlassen können müssen, dass gefährliche Straftäter eben nicht auf freien Fuß gesetzt werden, sondern dass entsprechende Maßnahmen gemäß rechtlicher Vorgaben ergriffen werden.

Ich möchte jetzt noch ein paar Worte zum Gericht in der Fläche sagen. Herr Streibl, ich sage es jetzt einmal so: Nach einer sehr positiven Statistik kommt der Mensch in seinem ganzen Leben – Sie wissen, die Menschen werden immer älter –, dreimal, im Grunde ist es eigentlich unter dreimal, zu dem Vergnügen oder in die Lage, vor einem Gericht erscheinen zu müssen oder zu dürfen. Das sollte man bei all der Diskussion, die jetzt so unterschiedlich geführt wird, immer vor Augen haben.

Zum Bereich der Opferhilfe kann ich mir ebenfalls ein Wort nicht verkneifen, Frau Kollegin Stahl. Wir haben die Opferhilfe auf den Weg gebracht und gesagt, die Bußgelder, die bisher ohne Zweckbestimmung in die Staatskasse geflossen sind, wollen wir für die Opferhilfe verwenden, soweit die Richterinnen und Richter dafür zu gewinnen sind. Sie entscheiden unabhängig; das ist keine Frage. Aber es wäre schön, wenn diese Gelder dann gegebenenfalls in Bayern für die Opferhilfe zur Verfügung gestellt würden. Dabei wollen wir weder dem Weißen Ring noch anderen Organisationen irgendwelche Bußgelder wegnehmen, wie es hier bei manchen Rednern angeklungen ist. Ich erinnere an die Diskussion im Ausschuss. Da hieß es zunächst, das sei eine völlige Illusion, dafür würden keinerlei Einnahmen erzielt werden können. Aber schon die ersten drei Monate haben gezeigt, dass der bayerische Weg der richtige war. Bereits jetzt ist ein erheblicher Betrag eingegangen, und dieser Betrag steht damit auch für Opfer von Straftaten zur Verfügung.

(Christine Stahl (GRÜNE): Sind die Mittel zusätzliche?)

Und nun noch ein paar Worte zum Verbraucherschutz. Ich persönlich halte es für richtig – diese Auffassung teile ich mit allen Mitgliedern der Koalitionsfraktion –, die wichtigen Belange des Verbraucherschutzes beim Ministerium der Justiz angesiedelt zu haben. Das ist deshalb so richtig, weil die großen Bedrohungen der Rechte der Bürgerinnen und Bürger aus dem Internet kommen. Sie kommen von unseriösen Anlageangeboten, von unseriösen Inkassounternehmen, von Kaffeefahrten und vielem mehr. Das alles sind Bereiche, denen ich nur auf rechtlichem Wege beizukommen vermag. Daher war die Ansiedlung beim Justizministerium, wie gesagt, richtig. Nicht zuletzt sind dem guten Beispiel auch Berlin und Rheinland-Pfalz gefolgt, weil unser Modell erfolgreich ist.

(Horst Arnold (SPD): Ich denke da nur an die Kronzeugenregelung!)

Deshalb ist es für uns auch wichtig, diesen Weg konsequent weiterzugehen. Die sogenannte Buttonlösung war ein erster Schritt; es war eine Initiative des Freistaates Bayern über den Bundesrat. Inzwischen ist diese Lösung Gesetz.

Wichtig ist für uns auch der aufgeklärte Verbraucher, die aufgeklärte Verbraucherin. Daher brauchen wir eine objektive, leistungsfähige und vor allen Dingen eine aktuelle Verbraucherberatung, die immer zur Verfügung steht. Ein wichtiger Beitrag dazu kommt aus dem Ministerium selbst mit VIS-Bayern – Verbraucherinformationssystem Bayern. Weitere wichtige Beiträge liefern sowohl der Verbraucherservice Bayern als auch die Verbraucherzentrale Bayern. Diesen Organisationen können wir gerade jetzt durch das Mehr an Mitteln weitere Perspektiven eröffnen.

Deshalb sagen wir: Wir sind mit diesem Haushalt nicht nur gut aufgestellt, wir eröffnen mit diesem Haushalt neue Spielräume. Und wir haben mit diesem Haushalt die Möglichkeit, konsequent den Weg in die Zukunft weiterzugehen, wohl wissend, dass man jetzt zwar noch nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber als verlässlicher Partner kontinuierlich und erfolgreich handeln kann. Deshalb geht mein Dank an alle Mitarbeiter im

Bereich des Verbraucherschutzes und vor allen Dingen auch an alle Mitarbeiter aus dem Bereich der Justiz, seien es Richter, Staatsanwälte, Justizangestellte, Bewährungshelfer, Rechtspfleger oder Justizvollzugsmitarbeiter. Ohne deren erfolgreiches Wirken, zu dem wir mit dem Haushalt die entsprechenden Mittel beisteuern, wäre Bayern um vieles weniger sicher und um vieles ärmer. Deshalb werden wir diesem Haushalt zustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Guttenberger. Als nächster Redner hat sich Kollege Arnold angemeldet. Bitte sehr.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Verbraucherschutz - einzelfallbezogene Rechtsauskünfte und persönliche Beratung können wir leider nicht anbieten. Auch dürfen wir Firmen, die sich wettbewerbswidrig verhalten, nicht selbst abmahnen." So das Verbraucherschutzministerium! "Fragen zum konkreten Sachverhalt bitte an die Verbraucherzentrale Bayern oder an den Verbraucherservice Bayern." – Das ist richtig so, weil der konkrete Sachverhalt eben nicht vom Ministerium geregelt wird. Deswegen werden auch erhebliche Mittel der Verbraucherzentrale und dem Verbraucherservice zugewiesen. Dort geschieht die eigentliche Arbeit, was den Verbraucherschutz betrifft.

Was läuft im Ministerium für Verbraucherschutz tatsächlich? Information ist wichtig, aber, meine Damen und Herren, Sie betreiben mit Ihrer Information ein Hase-und-Igel-Spiel. Eigeninitiative ist nicht zu erwarten. Sie ernähren sich von den Brosamen der Kompetenz dieser Verbraucherorganisationen und nennen das dann auch noch Zusammenarbeit. Das ist uns zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Was dürfen Sie denn? - Aufklären, mahnen, fordern, warnen? Ordnungspolitisch eingreifen dürfen Sie nicht. Aber darum geht es oftmals, wenn der Verbraucher konkrete Lösungen zum Verbraucherschutz will.

Sie zeigen einen Reflex auf Zeitgeist, prägende Strömungen und Probleme. "Reflex" heißt: zurückbeugen, sich krümmen, sich biegen, eine unwillkürliche, rasche und gleichartige Reaktion eines Organismus auf einen Reiz.

Initiativen, vom Willen getragene Veränderungen werden zwar gelegentlich formuliert: Graumarkt, Buttonlösung. Das sind in der Tat fremde Federn. Ich bin froh darüber, dass die Bundestagsfraktion der SPD diese Thematik bereits im Jahre 2010 direkt und unmittelbar auf den Tisch des Bundestages gelegt hat und es keiner Initiative aus dem Bundesland Bayern bedurfte. Neben der Buttonlösung gilt das auch für den Datenschutz. Die anderen Dinge verpuffen, zerstäuben im Wind, weil Ihre Verbraucherschutzbundesministerin alle diese Bestrebungen konterkariert, da sie anderen Interessen ausgesetzt ist.

Auf Krisen im Verbraucherschutz kann dieses Ministerium nicht reagieren, weil das Ministerium das nicht darf. Es gibt keine lebensmittelrechtliche Kompetenz, keine futtermittelrechtliche Kompetenz und auch kein Weisungsrecht – Letzteres allenfalls innerhalb des eigenen Hauses dahin gehend, welche Pressemeldung als erste zu lancieren ist.

Für den konkreten Verbraucherschutz ist da im Prinzip nichts drin. Sie, meine Damen und Herren, möchte ich, was den Verbraucherschutz anbetrifft, als politische Flautenproduzenten bezeichnen. Zwar sind allenthalben in der Gesellschaft die Segel gesetzt, brauchbarer Wind kommt aus diesem Ministerium aber nicht. Allenfalls mit einem lauen Lüftchen beglücken Sie die in schwelender Hitze Darbenden kurzzeitig, aber das gelingt nicht nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es heute das letzte Mal, dass wir im Rahmen des Justizhaushalts über den Verbraucherschutz diskutieren. Unserer Ansicht nach gehört er nicht hierhin. Wenn Sie Berlin und Rheinland-Pfalz zitieren, dann zitieren Sie bitte diese Länder in jedem Bereich der Politik. Da gibt es genügend positive Dinge, die man sich ansehen kann.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Die suchen Sie sich aus, oder?)

Wir sind gegen diese Ressortierung, werden sie ändern und lehnen diesen Haushalt ab, auch wenn er für die Verbraucherschutzverbände viel Positives bringt. Mit dem Dank an die Verbraucherschutzverbände bedanke ich mich auch bei den Zuhörern.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt hat sich noch Frau Kollegin Franke von den GRÜNEN gemeldet.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Ministerin, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 04 sollte guten Verbraucherschutz abbilden; er tut es aber nicht. Guter Verbraucherschutz wird in einer komplexer werdenden Waren- und Dienstleistungswelt immer notwendiger. Dafür braucht es eine gute Kennzeichnung der Produkte und verständliche Allgemeine Geschäftsbedingungen. Dazu benötigen wir eine gute Verbraucherbildung und -aufklärung. Dafür brauchen wir eine gute Kontrolle, und wir brauchen eine Veröffentlichung der Kontrollergebnisse, also Transparenz; denn was nützen die ganzen Kontrollen, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher nichts davon erfahren?

Wir haben es gerade bei Müller-Brot erlebt. Dort wurde zwei Jahre lang immer wieder kontrolliert. Erst die Veröffentlichung der Ergebnisse hat jedoch Bewegung in das System gebracht. Da war es aber leider zu spät, sowohl bei Müller als auch bei der Großbäckerei Heeg. Seit September haben wir im Verbraucherinformationsgesetz eine neue Regelung. Ab einem Bußgeldbescheid in Höhe von 350 Euro werden die Kon-

trollergebnisse im Internet veröffentlicht. An dieser Regelung sind aber meines Erachtens zwei Punkte grundlegend falsch:

Erstens. Wer sieht, bevor er zum Einkaufen oder zum Essen geht, im Internet nach, ob der Laden oder die Gaststätte in der langen Liste aufgeführt ist? Unsere Forderung: Die Ergebnisse gehören an die Ladentür, wo sie jeder sehen kann.

(Zuruf: Wie im Mittelalter!)

Zweitens. Jetzt bleiben die schwarzen Schafe ein halbes Jahr lang im Internet gelistet. Auch wenn sie kurz nach dem Befund die Mängel beseitigt haben, werden sie dort immer noch an den Pranger gestellt. Darüber wird jetzt heftig diskutiert. Dieses Anden-Pranger-stellen wollen wir nicht. Wir wollen die Veröffentlichung aller Ergebnisse an der Ladentür mit der Möglichkeit der sofortigen Nachkontrolle. Wenn das Ergebnis gut ist, wird es ebenfalls sofort an die Ladentür geklebt. Damit würden wir schnellstmöglich überall hygienische Zustände erreichen. Das ist der Sinn und Zweck der ganzen Kontrollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieses Kontrollsystem gibt es zum Beispiel in Dänemark, wo es seit dem Jahr 2001 zunehmend erfolgreich praktiziert wird. 90 % der Betriebe haben dort mittlerweile die beste Kennzeichnung. 28 % der Betriebe haben sogar die Elite-Kennzeichnung. 90 % der Betriebe und 98 % der Verbraucherinnen und Verbraucher sind mit diesem System zufrieden. Ich nenne das ein vorbildliches System.

Frau Dr. Merk, in Ihrer vor zwei Monaten abgegebenen Regierungserklärung sagten Sie richtigerweise, dass gute Gesetze und eine effektive Rechtsdurchsetzung nicht ausreichen, sondern mit einer guten Verbraucherbildung kombiniert werden müssen. Genau deshalb brauchen wir bereits in der Schule eine umfangreiche Bildung über die Rechte der Verbraucher. Diese Bildung muss in der Erwachsenenbildung und in der Medienarbeit fortgesetzt werden. Hier muss es sowohl um komplexe als auch um ein-

fache Themen gehen, zum Beispiel um die verwirrenden Kennzeichnungen und Labels, aber auch um den Unterschied zwischen dem Mindesthaltbarkeitsdatum und dem Verbrauchsdatum.

Das Verbraucherinformationsportal ist mittlerweile mit sehr wichtigen Inhalten gefüllt. Allerdings fehlt auch noch sehr viel. So sind etwa Zusammenhänge nicht erkennbar. Wir haben zum Beispiel gefordert, dass bei den Strompreisen erkennbar sein muss, woher die Steigerungen der letzten zehn Jahre kommen und was der Verbraucher dagegen tun kann. Diese Zusammenhänge sind noch immer nicht erkennbar. Verbraucherbildung und -information werden aber nie die wichtige Arbeit der Verbraucherzentralen überflüssig machen. Sie haben das erkannt und haben hier aufgestockt, was dringend notwendig war; denn wir hören immer wieder, dass Bürgerinnen und Bürger, die bei den Verbraucherzentralen anrufen, ewig in der Warteschleife hängen. Sie kommen nicht durch und erhalten auch auf Mails wochenlang keine Antwort. Wenn endlich eine Antwort kommt, wird als Grund für die Verspätung die Arbeitsüberlastung angegeben.

Die Fragen der Verbraucherinnen und Verbraucher werden immer umfangreicher. Hier geht es beispielsweise um Pestizidbelastungen, um Telefonwerbung und -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Zeit!

Anne Franke (GRÜNE): Es geht auch um Gewinnversprechen. Alle diese Fragen werden oft lange Zeit nicht beantwortet. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf. Wir fragen uns, warum Sie die jetzt vorgenommenen Erhöhungen im Jahr 2014 gleich wieder kürzen wollen. Im Jahr 2014 wollen Sie die Mehrung auf 400.000 Euro zurücknehmen.

Ich hätte jetzt noch einen Punkt, passend zur Weihnachtszeit: Schadstoffe im Spielzeug.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Minute überzogen.

Anne Franke (GRÜNE): Leider muss ich diesen Punkt jetzt weglassen, da meine Redezeit zu Ende ist, obwohl es auch hier einen dringenden Handlungsbedarf gäbe. - Wir lehnen den Einzelplan 04 ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Franke. Frau Staatsministerin Dr. Merk hat sich noch mal zu Wort gemeldet.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die konstruktive Diskussion. Vielen Dank für die Anmerkungen, vor allem zu den Themen Personalsituation und Verbraucherschutz. Herr Arnold, ich weiß, dass es nicht in Ihrem Sinne ist, dass der Verbraucherschutz im Justizministerium angesiedelt ist. Zumindest was den rechtlichen Verbraucherschutz angeht, ist er dort richtig angesiedelt. Dies merkt man daran, dass die meisten Initiativen, die in den Bundesrat zu Verbraucherschutzthemen eingebracht werden, aus Bayern stammen. Das ist ein deutliches Signal.

Wir waren gerade in der Finanzpolitik sehr aktiv, haben die Gesetzgebung intensiv begleitet und unsere Gedanken dazu eingebracht. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Thema Bildung selbstverständlich für uns ein wichtiges Thema ist. Ich verweise auf den Modellversuch, den wir gemeinsam mit dem Kultusministerium in den Schulen auf den Weg gebracht haben. Dabei geht es vor allem um die Finanzbildung. Kinder sollen sich nicht verschulden. Kinder sollen mit Geld umgehen können. Das Internet und auch die Frage, wie man mit Werbung umgehen soll, sind dabei wichtige Themen.

An den Volkshochschulen läuft ein Projekt für Erwachsene, die zu Verbraucherberatern ausgebildet werden.

Lassen Sie mich noch ganz kurz etwas zur Personalsituation sagen. Hier wurde von Herrn Streibl bemängelt, dass unsere Justiz nicht schnell genug sei. Dies kann man der bayerischen Justiz nun ganz und gar nicht vorwerfen; denn sie gehört zu den schnellsten in Deutschland. Wenn man die Evaluation bis zum Ende durchliest, stellt man fest, dass die Menschen immer von völlig falschen Längen der Verfahren ausgehen. Sie glauben nämlich, dass die Verfahren um ein Vielfaches länger seien, als das tatsächlich der Fall ist. Beim Strafrecht können wir feststellen, dass wir sogar die Wunschvorstellungen unserer Kunden unterschreiten, weil wir so schnell arbeiten. Darauf darf die Justiz sehr wohl stolz sein.

Der Ernennungsstau bei den Gerichtsvollziehern war - das gebe ganz klar zu - ein großes Thema. Richtig ist aber auch, dass wir im Doppelhaushalt 2013/2014 diesen Ernennungsstau komplett abbauen werden.

Herr Schindler, Sie haben das Problem der Bewährungshelfer angesprochen. Wir haben heute mit 85 Probanden eine extreme Belastung unserer Bewährungshelfer. Die Stellenmehrungen führen aber dazu, dass wir auf 75 Probanden heruntergehen können. Das bedeutet, dass wir im Ländervergleich im guten Mittelfeld liegen und damit eine enorme Entspannung bekommen.

Was die prekären Beschäftigungsverhältnisse angeht, sage ich: Richtig, wir hatten zu lange Kettenarbeitsverträge. Für mich war es enorm schwer, hier wirklich mit der Schere reinzugehen. Wir konnten aber jetzt alle Befristungen über fünf Jahre mit Dauerverträgen versehen. Bis zum Ende 2014 werden alle Befristungen über drei Jahre durch dauerhafte Verträge ersetzt. Das ist eine gute Entwicklung, mit der wir leben können. Teilweise wird es immer noch Befristungen wegen Schwangerschaftsvertretungen und Ähnlichem geben. Ich glaube, damit kann man auskommen.

Die Richterbesoldung ist ein Thema, das Frau Stahl angesprochen hat. Mit den Strukturverbesserungen, die wir jetzt durch die Besoldungsreform bekommen, werden wir in der Besoldung unserer Richter bundesweit das höchste Niveau erreichen. Damit kön-

nen wir uns, glaube ich, sehen lassen. - Zur Wiederbesetzungssperre hat Frau Kollegin Guttenberger sehr ausdrücklich und umfassend Stellung genommen. Sie ist auf drei Monate verkürzt worden, und wir haben jede Menge Ausnahmen: Justizwachmeister, Staatsanwälte, Gerichtsvollzieher. Wir haben auch Verkürzungen bei den Richtern, sodass wir sie, glaube ich, inzwischen auf ein erträgliches Maß haben senken können. Ich will sie ja auch nicht, aber wir müssen wohl mit ihr leben.

Zum Schluss komme ich auf das Thema Sozialtherapie. Wir haben 385 Therapieplätze. Damit können wir jedem Strafgefangenen, der für eine Therapie geeignet ist, einen Therapieplatz anbieten. Ich möchte aber da nicht stehen bleiben, sondern daran weiterarbeiten. Das ist ein wichtiges Thema. Da bitte ich auch um Ihre Unterstützung. Ich meine aber: Das, was wir für dieses Jahr, für die nächsten beiden Jahre des Doppelhaushalts vorlegen können, kann sich – weiß Gott – sehen lassen. Es ist eine deutliche, enorme Verbesserung für die bayerische Justiz. Ich bin stolz darauf und bedanke mich bei denjenigen, die für diesen Erfolg mitgekämpft haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deswegen wird die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltssplans 2013/2014, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14289 mit 16/14306, 16/14364 mit 16/14367, 16/14461 mit 16/14463, 16/14495 und 16/14845 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14995 zugrunde. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/14995 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Ich bitte Sie auch, nach der namentlichen Abstimmung noch hier im Saal zu bleiben. Es kommt eine

kurze Unterbrechung, bis das Ergebnis ausgezählt ist, denn wir haben dann noch einen Beschluss zu fassen.

Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 04 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Die Urnen für die Stimmabgabe sind mittlerweile aufgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Fünf Minuten. Bitte sehr.

(Namentliche Abstimmung von 13.22 bis 13.27 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln. Ich muss die Sitzung jetzt kurz unterbrechen, weil wir das Ergebnis ermitteln müssen, um dann weitermachen zu können.

(Unterbrechung von 13.28 bis 13.31 Uhr)

Meine Damen und Herren! Ich bitte die Plätze wieder einzunehmen. Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 04 bekannt. Mit Ja haben 96 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 65. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge gelten gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung für erledigt. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 6)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläute-

rungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, FDP, FREIE WÄHLER und SPD. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist es so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/14995 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14290, 16/14297, 16/14367, 16/14461 mit 16/14463, 16/14495 und 16/14845 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Wir gehen jetzt in die Mittagspause und machen um 14.30 Uhr hier weiter.

(Unterbrechung von 13.33 bis 14.29 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wir fahren mit den Haushaltsberatungen fort.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Peter Winter

Abg. Susann Biedefeld

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Susanna Tausendfreund

Abg. Dr. Andreas Fischer

Abg. Josef Miller

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Harald Schneider

Abg. Thorsten Glauber

Abg. Thomas Mütze

Abg. Dr. Paul Wengert

Staatsminister Joachim Herrmann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 03 A für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14458 und 16/14809),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14222 mit 16/14236 und 16/14253),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14215 mit 16/14221) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14353 mit 16/14357)

und

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 03 B für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern - Staatsbauverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14459 und 16/14460),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14254 mit 16/14257),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14237 mit 16/14240) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14358 mit 16/14363)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 30 Minuten, auf die SPD-Fraktion 18 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und FDP jeweils 14 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 30 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Peter Winter. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist durchaus möglich, dass es schon zwölf Tage vor Weihnachten gute Botschaften gibt. Ich nenne zum Beispiel den Einzelplan 03 A. Bayern ist Marktführer bei der inneren Sicherheit mit einer modernen und leistungsfähigen Verwaltung. Mit dem Einzelplan 03 A, dem Haushalt für den Geschäftsbereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung des Staatsministeriums des Innern, sorgen wir dafür, dass dieser Sicherheitsstandard weiterhin so hoch bleibt. Dieser Haushalt schafft die Grundlage dafür, dass sich über 40.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei und mehr als 450.000 ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger bei der Feuerwehr und den Hilfsorganisationen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz für Schutz und Sicherheit bei Gefahren und Katastrophen einsetzen können.

In den Ämtern der Inneren Verwaltung kümmern sich mehr als 11.000 Beschäftigte um die Anliegen der Bürger in allen Lebenslagen. Dafür unseren herzlichen Dank, unseren Respekt und unsere große Anerkennung.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Kostenlos ist diese immense Leistung allerdings nicht zu haben. Im Einzelplan 03 A stellen wir dafür rund 3,9 Milliarden Euro pro Jahr zur Verfügung. Gegenüber dem Jahr 2012 steigt der Einzelplan 03 A um 256,7 Millionen Euro im Jahr 2013 und um weitere 65,4 Millionen Euro im Jahr 2014.

Dominiert wird der Einzelplan 03 A von den Ausgaben für die Polizei, die einen Anteil von rund 77 % an den Gesamtausgaben ausmachen. Daneben stehen die Ausgaben für den Brand- und Katastrophenschutz, für unsere Feuerweherschulen, für den Rettungsdienst sowie für die Verwaltungsgerichte und für die Verwaltung bei den Regierungen und Landratsämtern und für die amtliche Statistik.

Der Einzelplan 03 A ist bekanntermaßen ein Personalhaushalt. Die Personalausgabenquote beläuft sich auf rund 82,5 %. Rund 3,2 Milliarden Euro pro Jahr sind für Personalausgaben aufzuwenden. Das sind 113 Millionen Euro mehr als im Jahr 2013. Hinzu kommen noch einmal 75,5 Millionen Euro im Jahr 2014, die für neue Stellen und Stellenanhebungen verwendet werden. Sie dienen auch der Finanzierung der Tarif- und Besoldungserhöhungen und der weiter anwachsenden Beihilfe- und Versorgungsausgaben.

100 neue Stellen sind veranschlagt, davon 96 im Stellenplan der Polizei und 4 für die Feuerweherschulen, wo wir schon in den letzten Jahren kräftig aufgestockt haben. Damit kann die Sicherheit im Lande weiter gestärkt werden. Außerdem wird mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf vorausschauende und kluge Personalpolitik betrieben. Um die in den Jahren 2017 und 2018 voraussichtlich in den Ruhestand tretenden Polizeivollzugsbeamten nahtlos nachersetzen zu können, werden außerdem 840 neue Polizeiausbildungsstellen ausgebracht. Daneben sind weitere 39 Stellen als Ersatz für die Arbeitszeitverkürzung der Beamten enthalten. 28 Stellen sind für den Vollzug der Trinkwasserversorgung bei den Landratsämtern und für die Etatisierung der im Nachtragshaushaltsgesetz 2012 ausgebrachten neuen Stellen vorgesehen.

Der Stellenplan enthält außerdem 3.307 Stellenanhebungen, also Beförderungsmöglichkeiten. Davon sind allein 2.616 Stellenanhebungen für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten für Polizistinnen und Polizisten vorgesehen. Aber auch in der Allgemeinen Inneren Verwaltung, also vor allem bei den Landratsämtern und Regierungen, wird die Beförderungssituation mit mehr als 640 Hebungen erneut verbessert. Im Sachhaushalt können wir deutliche Verbesserungen und wichtige Schwerpunktsetzungen vornehmen. Gegenüber dem Jahr 2012 wird das Polizeibudget im Jahr 2013 um 18 Millionen Euro und im Jahr 2014 um 16 Millionen Euro angehoben. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wird die Kostensteigerung bei den Betriebs- und Einzelausgaben abgedeckt. Darüber hinaus ist es möglich, in die Erneuerung der Fahrzeugausstattung, die Modernisierung der polizeilichen Informations- und Kommunikationstechnik und in neue Verkehrsüberwachungstechnik zu investieren. Speziell für die Beschaffung von Polizeifahrzeugen werden 17,4 Millionen Euro sowie 13,9 Millionen Euro bereitgestellt. Damit setzen wir ebenfalls gute Akzente für die Modernisierung des polizeilichen Fuhrparks.

Der Netzaufbau des BOS-Digitalfunks geht gut voran mit der Folge, dass mehr Mittel für den Aufbau und für den Betrieb benötigt werden. Die Veranschlagungen hierfür steigen gegenüber den Ausgaben des Jahres 2012 von rund 63 Millionen Euro auf 104,8 Millionen Euro im Jahr 2013 und auf 103,6 Millionen Euro im Jahr 2014.

Den kommunalen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und den Hilfsorganisationen des Katastrophenschutzes wurde eine 80-prozentige Förderung der Erstausrüstung mit Digitalendfunkgeräten zugesagt. Dafür stellen wir Ausgabemittel in Höhe von 23 Millionen Euro für das Jahr 2013 und 27 Millionen Euro für das Jahr 2014 zur Verfügung. Um den von den Kommunen und Verbänden vorgetragenen Verbesserungswünschen entgegenzukommen, wird der Verpflichtungsrahmen für das Mehrjahresförderprogramm auf 90 Millionen Euro angehoben.

Weiterhin ist eine Förderung der nutzerseitigen Kosten im Zusammenhang mit der Anbindung der integrierten Leitstellen an den Digitalfunk vorgesehen. Der Gesamtver-

pflichtungsrahmen für den Projektzeitraum bis zum Jahr 2021 beläuft sich auf 45 Millionen Euro. Für das Jahr 2013 sind Ausgaben von 0,8 Millionen Euro und für das Jahr 2014 weitere 2 Millionen Euro eingeplant.

Ein beachtenswerter Posten sind auch die Kosten für die anstehenden Wahlen im Jahr 2013 und für die vorgeschriebene Durchführung des Zensus 2011 im Jahre 2013.

Der Zustrom von Asylbewerbern ist, wie bekannt, in den letzten Monaten stark angestiegen. Für zusätzliches Personal der Unterbringungsverwaltung werden die Ausgaben für das Jahr 2013 um 2,3 Millionen Euro aufgestockt. Mit diesen Mitteln kann auch die Personalausstattung in den beiden zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen verbessert werden.

Nach der Steuerschätzung wird beim Feuerschutzaufkommen mit einer Verbesserung von 61 Millionen Euro auf 70 Millionen Euro gerechnet. Diese Mittel stellen wir weiterhin voll für den Brandschutz und die Feuerwehrschulen zur Verfügung. Der überwiegende Teil des Feuerschutzaufkommens wird zur Förderung der Fahrzeug- und Gerätebeschaffung sowie für die Gerätehausförderung verwendet. Hierfür stellen wir 48 bzw. 49 Millionen Euro im Haushalt zur Verfügung.

Daneben wird für Feuerwehrdienstleistende ab dem Jahr 2013 eine staatliche Unterstützungsleistung gewährt, wenn Leistungen, die im Zusammenhang mit der feuerwehrdienstlichen Tätigkeit stehen, von einer gesetzlichen Unfallversicherung aus medizinischen Gründen abgelehnt werden. Diese Unterstützungsleistung ist jährlich mit 150.000 Euro veranschlagt.

Für Erstattungsleistungen an die Durchführenden der Berg-, Höhlen- und Wasserrettung sowie an Betreiber von Rettungsleitstellen für Anschaffungen und Gutachten im Rettungsdienst werden auf der Grundlage des Bayerischen Rettungsdienstgesetzes 6,4 bzw. 6,7 Millionen Euro bereitgestellt. Für die staatliche Förderung des weiteren Ausbaus und des laufenden Betriebs des Bergwachtzentrums Bad Tölz stehen insgesamt 4,9 Millionen Euro zur Verfügung.

Der staatliche Gesamtfinanzierungsbedarf für die Errichtung der 26 neuen integrierten Leitstellen und der Lehrleitstelle Geretsried bleibt mit 70 Millionen Euro gegenüber den bisherigen Schätzungen unverändert. Um auch künftig gegen Katastrophen gewappnet zu sein, werden dem Katastrophenschutzfonds pro Jahr rund 4,1 Millionen Euro zugeführt.

Erfreulich ist auch die Steigerung der Ansätze für den Hochbau. Bereinigt um Sonderfinanzierungen steigen diese von 39,5 Millionen Euro auf 54 Millionen Euro pro Jahr. Damit ist nicht nur sichergestellt, dass die laufenden Hochbaumaßnahmen fortgeführt werden können, möglich wird hierdurch auch der Beginn weiterer Baumaßnahmen mit hoher Priorität. Ebenso steigen die Mittel für den Bauunterhalt um 1,5 Millionen Euro auf 14,9 Millionen pro Jahr sowie für kleine Baumaßnahmen auf 13,5 Millionen Euro, in 2013 sogar auf 14,5 Millionen. Dies dient der Erhaltung der Substanz staatlicher Gebäude und damit der Werterhaltung des Staatsvermögens.

Mit dem Einzelplan 03 A für die Allgemeine Innere Verwaltung werden also auch in den Jahren 2013/2014 wichtige und wesentliche Impulse gesetzt. Diese Finanzausstattung bildet ein solides Fundament, um den Anforderungen der Menschen in diesem Lande gerecht zu werden, um die Lebensqualität und den Standort Bayern zu schützen und mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen gut weiterzuentwickeln. Dem vorliegenden Entwurf für den Haushalt 03 A im Jahr 2013 muss man deshalb auch zustimmen.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Muss man?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Winter. Als Nächste hat Frau Kollegin Susann Biedefeld von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sie werden verstehen, wenn ich gleich am Anfang feststelle, dass wir dem Haushalt 03 A nicht zustimmen können.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Kollege Winter, wir haben eingehend im Ausschuss darüber diskutiert. Ich habe dort ausgeführt und sage es hier auch: Wir als SPD-Landtagsfraktion haben sehr maßvolle Anträge im Hinblick darauf gestellt, was aus unserer Sicht unerlässlich ist, gerade für den Bereich der inneren Sicherheit – sprich: der Polizei –, für den Katastrophenschutz, aber auch im Bereich der gesamten inneren Verwaltung. 16 Anträge waren es allein zum Einzelplan 03 A; alle 16 Anträge wurden mit einem Wisch abgelehnt. Einen einzigen haben Sie noch einmal aufgegriffen, obwohl sie zunächst eine bessere Sachausstattung der Polizei bei den Dienstfahrzeugen abgelehnt haben. Offensichtlich haben Sie sich doch noch ein Herz genommen; vielleicht haben Sie auch einige Informationen eingeholt. Sie haben einen kleinen Antrag in Höhe von 2 Millionen für die Anschaffung von neuen Dienstfahrzeugen nachgeschoben, aber nur für das Jahr 2013 – und das bei einem Doppelhaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Das spricht Bände darüber, wie ernst von Ihrer Seite die Arbeit der Polizei genommen wird.

Der Einzelplan 03 A umfasst Polizei, Verfassungsschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz, Brandschutz und die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Den größten Posten machen in der Tat die Polizei und die innere Sicherheit aus. Sie werden fragen, warum die Opposition derartige Anträge stellt. Ich sage Ihnen dazu: Wir haben eine klare Basis hierfür, nämlich unsere Gespräche und die Besuche. Grundlage unserer Anträge sind Besuche bei den zehn Polizeipräsidiën und anderen Dienststellen der Landespolizei, bei der Bereitschaftspolizei mit ihren sieben Abteilungen in Bayern und beim Landeskriminalamt. Wir haben Gespräche mit den Gewerkschaften der Polizei und mit Beschäftigten unserer Polizei geführt. Uns liegen auch Erfahrungen von Kolleginnen und Kollegen vor, in deren Familie, in deren Verwandtschaft und in deren

Freundeskreis Beschäftigte bei der Polizei sind und deren beruflichen Alltag sie teils hautnah miterleben.

Wir haben hier Defizite aufzuarbeiten, die ich nur stichpunktartig erwähnen möchte: Eine Million Überstunden gibt es bei der bayerischen Polizei, und auch im Jahr 2012 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Es fehlt also an Personal. Hinter die Aufklärungsquote nach der Kriminalstatistik machen wir ein dickes Fragezeichen. Die Zahl der Straftaten aus dem rechtsextremen Bereich hat sich 2011 mit 1.566 Delikten um 3,5 % erhöht. Die Gewaltkriminalität ist in Bayern im Jahr 2011 um 0,8 % gestiegen. Das klingt erst einmal, als wäre es ein geringer Anstieg, aber dahinter stecken 20.335 Fälle.

Die Anzahl der Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hat sich entsprechend erhöht, nämlich um 10 % im Vergleich zum Vorjahr. Jeder vierte Polizeibeamte, jede vierte Polizeibeamtin in Bayern erfährt inzwischen Übergriffe. Das muss man sich einmal vorstellen! Unser Polizeiexperte Harald Schneider und ich waren erst kürzlich wieder bei der Polizei in Coburg und in Bamberg. Bei solchen Besuchen wird immer wieder aufgezeigt, wie wichtig es wäre, die Polizeibeamtinnen und -beamten auf gesetzlicher Grundlage zu stärken. Es ist gut, wenn die Staatsanwaltschaft sagt, es ist kein Kavaliersdelikt, wenn Übergriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte erfolgen. Aber letztendlich fehlt eine gesetzliche Grundlage, um dagegen vorzugehen und um diejenigen, die uns und alle Bürgerinnen und Bürger schützen, diejenigen also, die für uns alle arbeiten, zu schützen.

(Beifall bei der SPD)

Knapp 6.000 Polizeibeamtinnen und -beamte warten auf eine Beförderung. Ich verweise hier auf Drucksache 16/11004; da kann man das nämlich nachlesen. Im letzten Doppelhaushalt gab es keine Stellenhebungen, das fällt uns halt wieder auf die Füße. Kontinuität in der Haushaltspolitik fehlt; das zieht sich durch wie ein roter Faden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Das sieht man gerade am Einzelplan 03 A, bei der Polizei, wenn es um Neueinstellungen geht, wenn es um Stellenhebungen geht, wenn es um Beförderungen geht: Hier fehlt einfach eine kontinuierliche Politik, eine kontinuierliche Investition. Auch die Wartezeiten vor Beförderungen sind enorm. Eingruppierungsprobleme gibt es für Dienstgruppenleiter oder kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter. Auch die Zahlen der Abgänge sind enorm hoch. Es ist bekannt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in den Jahren 2016 bis 2020 wahnsinnig viele Ruhestandsabgänge auf uns zukommen. Hier müssen wir noch mehr vorarbeiten; das Bisherige reicht nicht aus. Wenn ich die Zahlen der neueingestellten Polizeibeamtinnen und -beamten mit den Zahlen derjenigen vergleiche, die in den Ruhestand gehen, muss ich sagen: Das ist ein Irrsinn; das reicht hinten und vorne nicht. Deswegen haben wir auch hierzu Anträge gestellt.

Viele notwendige Maßnahmen könnte ich noch anführen, aber dazu spricht noch unser Experte Harald Schneider. Ich kann nur sagen: Allen, die unter den entsprechend schwierigen Rahmenbedingungen, egal wo auch immer, im Bereich der Polizei tätig sind, sagen wir ein ganz, ganz herzliches Dankeschön für ihre Arbeit unter teilweise sehr, sehr widrigen Umständen. Innere Sicherheit bedeutet Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ist ein Grundbedürfnis und muss jedem Menschen garantiert werden. Dafür ist aber eine technisch gut ausgestattete Polizei und eine ausreichende Zahl an Polizeibeamtinnen und -beamten unerlässlich.

Auch zur Inneren Verwaltung haben wir eine Reihe von Anträgen gestellt. Schwerpunkte haben wir im Bereich der Lebensmittelkontrollen und der Waffenkontrollen vor Ort gesetzt. Wir haben 71 Stellen für die Waffenkontrolleure und Lebensmittelkontroll-eure an den Landratsämtern beantragt. Immer nur schärfere Gesetze und Verordnungen zu machen, nützt nämlich nichts; vielmehr bedarf es der Menschen, die diese Vorgaben kontrollieren. Die besten Gesetze und Verordnungen nützen nichts, wenn sie nicht kontrolliert werden. Daher haben wir diese Stellenanhebungen und den Einsatz von zusätzlichem Personal beantragt.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat der Kollege Joachim Hanisch von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt, der uns vorliegt, enthält wichtige Festlegungen, aber wir sind davon enttäuscht, dass alle Anträge, die wir zu diesem Haushalt gestellt haben - und es sind vernünftige Anträge -, abgelehnt wurden. Lassen Sie mich auf einige Anträge eingehen. 2011 haben wir auf die Entwicklung reagiert und 30 IT-Spezialisten bei der Polizei eingestellt. 2012 ist nichts mehr geschehen, und für die Jahre 2013/14 ist im Haushaltsplan ebenfalls nichts vorgesehen. In der Cyberkriminalität, in der Wirtschaftskriminalität haben wir große Probleme. Die Kriminellen stützen sich auf Computer, und da müssen wir auf gleicher Augenhöhe arbeiten; wenn wir das bei der Polizei nicht schaffen, haben wir von vornherein verloren.

Wir fordern zusätzliche Experten auch zur Bekämpfung des Extremismus. Wir haben große Probleme bekommen; sie zeigen sich jetzt in vielen Bereichen im NSU-Untersuchungsausschuss. Neben einem guten Verfassungsschutz brauchen wir auch eine Polizei, die spezialisiert ist und auch hier auf Augenhöhe mit diesen kriminellen Elementen agieren kann. Wir haben gefordert, sowohl im Haushalt 2013 als auch im Haushalt 2014 je zehn Stellen für Spezialisten aufzunehmen. Nicht nur bei der Strafverfolgung, sondern auch bei der Prävention wäre eine Menge zu tun, wenn wir dieses Problem in den Griff bekommen wollen. Leider Gottes ist darauf nicht reagiert worden.

Lassen Sie mich zur Sachausstattung der Polizei kommen. Wir haben gefordert, jeweils fünf Millionen aufzunehmen. Die CSU hat zwei Millionen eingestellt. Viele Fahrzeuge bei der Polizei sind veraltet. Deshalb ist es irgendwann einmal erforderlich, dass wir aktiv werden. Wir werden in den Jahren 2013 und 2014 mit zwei Millionen keine Bäume ausreißen können. Gehen Sie hinaus an die Basis. Gehen Sie hinaus zu den Inspektionen. Sie merken dann, in welchem Zustand die Fahrzeuge sind. Horchen Sie sich draußen bei den Inspektionen um. Denen reicht nicht einmal das Geld für den Sprit. Im November haben sie Probleme, müssen umschichten und tricksen, damit sie

überhaupt noch einsatzfähig sind. Darauf muss man reagieren. Die Chance dazu ist leider wieder vertan worden.

Auch die Arbeitsausstattung bei der Polizei müsste in weiten Teilen verändert werden. Mit mehr finanziellen Mitteln wäre hier einiges zu erreichen. Lassen Sie mich als Beispiel die größte Polizeiinspektion Bayerns nennen. Es ist die Polizeiinspektion Süd in Regensburg. Ich habe mir diese Polizeiinspektion zu einem Zeitpunkt angeschaut, als es geschneit hat. In den Zimmern liegt teilweise Schnee, weil die Fenster zentimeterbreite offene Spalten haben. Darüber können wir hier zwar lachen, aber die Betroffenen vor Ort verstehen es nicht, dass sie immer wieder getröstet werden. Sie wären mit Baumaßnahmen schon längst an der Reihe. Dann wurde gesagt, zwei Inspektionen werden zusammengelegt und es wird gewartet, bis das abgewickelt ist. Das ist längst geschehen, trotzdem dauert es unendlich lange. Eine vernünftige Lösung wäre es gewesen, heuer die Planungen durchzuführen und nächstes Jahr mit dem Bau zu beginnen. Was haben wir im Haushalt? - Heuer Planungen und nächstes Jahr Planungen. Wann auch immer mit dem Bau begonnen wird, ist dem Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 nicht zu entnehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, nachdem ich gerade bei der Polizeiinspektion Süd in Regensburg bin, möchte ich auch noch auf die Oberpfalz zu sprechen kommen. Bei der Verteilung der 250 zusätzlichen Stellen für die Polizei bekommt die Oberpfalz einen zusätzlichen Polizisten. Auf diesen einen hätten wir auch verzichten können, Herr Innenminister. Bei einem für die Oberpfalz von insgesamt 250 kann man rechnen, wie man will. Damit wird nicht einmal den über das Jahr 2013 verteilten Pensionierungen in der Oberpfalz Rechnung getragen. Am 1. August bestehen wieder Verteilungsmöglichkeiten. Ich hoffe, dass dann dieser Fehler korrigiert wird. Wenn ich einen Beamten einstelle, während 70 in Pension gehen, funktioniert das ganze System nicht mehr. Da kann ich nicht sagen, wir sind bestens ausgestattet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen positiven Aspekt eingehen. Bei der Städtebauförderung haben wir schon mehrfach aufgezeigt, wie positiv dieses Programm draußen nicht nur bei den Städten, sondern auch im ländlichen Raum wirkt. Wenn der Staat für die Städtebauförderung Geld zur Verfügung stellt, wird das Siebenfache dieses Betrages wieder erwirtschaftet. Das sagen uns die Statistiker. Bei dem, was der Staat an Mehrwertsteuer einnimmt, ist die Städtebauförderung ein Selbstläufer. Der Staat nimmt über die Mehrwertsteuer mehr ein, als er an Zuschüssen gewährt. Trotzdem tun wir uns unendlich hart, für dieses tolle Programm Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bedanke mich dafür, dass wir wenigstens zehn Millionen geschafft haben. Wir haben einen höheren Betrag gefordert und sind überzeugt davon, dass es uns die Kommunen an der Basis gedankt hätten. Das Städtebauförderungsprogramm ist ein Selbstläufer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt werden wir diesen Haushalt ablehnen. Bei der Polizei kommen unwahrscheinlich große Pensionierungswellen auf uns zu. Wir zeigen aber keine Kontinuität. Eines stört uns auch, und auch da kommen wir nicht voran: Wenn in der Wirtschaft ein Facharbeiter zu arbeiten aufhört und in Rente geht, wird ein Facharbeiter eingestellt. Wenn bei der Polizei ein Beamter aufhört und in Pension geht, wird ein Anwärter eingestellt. Deswegen kommen wir nicht so weit, dass wir uns mit den Einstellungen kontinuierlich den Pensionierungen annähern und damit besser darauf reagieren können. Wir wollen die Polizei besser ausstatten. Dafür sollten wir alle kämpfen. Es würde sich auch lohnen, dafür zu kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Susanna Tausendfreund vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich nicht wundern, wenn auch wir GRÜNE ankündigen, dass wir den Einzelplänen 03 A und 03 B nicht zustimmen können. Nicht zustimmen können wir unter anderem deswegen, weil alle unsere Änderungsanträge abgelehnt worden sind. Der notwendige Reformwille beim Landesamt für Verfassungsschutz ist nicht erkennbar. Die beantragten Nachbesserungen bei der Personalausstattung der Polizei wurden nicht aufgegriffen. Die personelle Ausstattung der Landratsämter zur Erfüllung der staatlichen Kontrollaufgaben bleibt unzureichend. Dabei sind die Aufgaben in der Lebensmittelkontrolle, im Waffenrecht, in der Heimaufsicht und in der Kontrolle gefährlicher Industrieanlagen grundlegend für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung. Hier darf sich der Freistaat keine Defizite leisten. Beim nächsten Lebensmittel- oder Pflegeskandal ist der Katzenjammer wahrscheinlich wieder sehr groß. Dem hätte aber vorgebeugt werden können.

Bei der energetischen Sanierung staatseigener Gebäude müssen wir eine glatte Fehlanzeige attestieren. Der Stau bei den Maßnahmen zur energetischen Sanierung ist anhaltend hoch. So können die selbst gesetzten Energiesparziele nicht erreicht werden.

Zu kritisieren ist auch der stete Rückzug aus dem Programm "Soziale Stadt", das in früheren Jahren sehr erfolgreich zur positiven Entwicklung und Belebung von städtischen Quartieren beigetragen hat. Mit der Kürzung der Bundes- und Landesmittel sind viele Initiativen ausgebremst worden. Zu den Staatsstraßen wird Kollege Mütze noch ein paar Ausführungen machen. Ich werde mich wegen der knappen Redezeit im Weiteren auf den Verfassungsschutz und die Polizei konzentrieren.

Eine Anmerkung vielleicht noch: Ich halte es weiterhin für sehr bedauerlich, dass die Fachdiskussion zu den einzelnen Haushalten immer nur im Haushaltsausschuss geführt wird und nicht in den Fachausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So konnten wir beispielsweise im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit überhaupt nicht über den Haushalt des Innenministeriums sprechen. Genau so wird auch in den anderen Fachausschüssen nie über den Haushalt debattiert. Das ist nicht vorgesehen. Das halte ich aber für kritikwürdig, und das sollte umgestellt werden, damit auch die Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker ihre Meinung zu den einzelnen Haushaltspositionen einbringen können. Dann sähe der Haushalt in vielen Punkten vielleicht etwas anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Einzelplan 03 A spiegelt in erster Linie die Sicherheitsarchitektur in Bayern wieder. Dabei besteht beim Verfassungsschutz ein grundlegender Überprüfungs- und Reformbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

442 Stellen sind vorgesehen. Der Jahresetat beträgt knapp 40 Millionen Euro und weist seit Jahren eine steigende Tendenz auf. Die zukünftige Entwicklung des Landesamts für Verfassungsschutz steht dieses Mal aber besonders auf dem Prüfstand. Unsere parlamentarische Aufgabe ist es, den Ursachen des Staatsversagens bei der Aufklärung der NSU-Mordserie auf den Grund zu gehen und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss, den wir hierzu eingerichtet haben, ist ein Mittel, um Licht in die Vorgänge und Zusammenhänge zu bringen. Daneben muss sich aber auch die Staatsregierung deutlich stärker an der Aufklärungsarbeit beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach wie vor ist es unbegreiflich, wie die Morde des Terrortrios so lange unerkannt bleiben konnten, obwohl Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe und deren näheres Umfeld von V-Leuten der verschiedenen Verfassungsschutzämter regelrecht

umzingelt gewesen sein müssen. Immer mehr Bezüge zur bayerischen Neonaziszene werden bekannt. Hier ist Demut, aber kein Abwiegen angesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hinaus sind Reformüberlegungen für mehr Transparenz und für eine Öffnung gegenüber der Zivilgesellschaft sowie eine Überprüfung der Schwerpunktsetzung bei der Arbeit des Verfassungsschutzes erforderlich. Mit etwas mehr Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden und dem gemeinsamen Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus ist es nicht getan. Meines Erachtens hat die Arbeit der verschiedenen Untersuchungsausschüsse schon jetzt sehr deutlich gemacht: V-Leute schaden mehr als sie nützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn V-Leute auch noch dazu eingesetzt werden, Kommunikationsstrukturen und weitere Strukturen unter den Neonazis mit finanziellen Mitteln des Staates erst aufzubauen, um sie dann beobachten zu können, sind die Grenzen des Erträglichen wirklich überschritten. In der Expertenanhörung im Untersuchungsausschuss, die vor zwei Wochen stattgefunden hat, haben wir mehr über die Zusammenhänge innerhalb der Neonazi-Szene und über das Umfeld des Terror-Trios erfahren als von den bisher angehörten Zeugen des bayerischen Verfassungsschutzes, die zudem meist in geheimen Sitzungen ausgesagt haben. Dies verdeutlicht, dass der Schutz unserer Demokratie auf wissenschaftlicher und journalistischer Arbeit basieren kann und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Organisationen ausgebaut werden muss.

Auch eine wirksame und effektive Kontrolle des Verfassungsschutzes besteht bisher noch nicht. Die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums reicht mir dafür nicht aus. Außerdem muss überprüft werden, ob überflüssige Arbeitsbereiche abgesondert und Einsparpotenziale genutzt werden können. Wir sind der Auffassung, dass gerade die Bekämpfung der organisierten Kriminalität eine originäre Aufgabe der Polizei ist

und nicht des Verfassungsschutzes. Daher haben wir hinsichtlich dieses Aufgabenbereichs eine Personalumschichtung hin zur Polizei vorgeschlagen.

Ich komme zur Polizei. Dort besteht immer noch ein großer Nachholbedarf, der mit diesem Haushalt nicht abgedeckt wird. Wir brauchen eine personell gut aufgestellte, gut ausgestattete und gut ausgebildete Polizei. Dafür bedarf es einer Verstetigung der Zahlen der Einstellungen von Anwärtinnen und Anwärtern auf 1.250 pro Jahr und nicht die jetzt wieder vorgesehene Wellenbewegung bei den Einstellungen. Wir brauchen zunächst durchgehend bis 2018 1.250 Einstellungen pro Jahr. Auch dem gesamten Ausbildungsapparat würde es guttun, wenn es nicht mehr die Aufwärts- und Abwärtsbewegungen bei den Einstellungszahlen gäbe. Wir brauchen diese Verstetigung der Einstellungszahlen, weil Fehler der Vergangenheit ausgebügelt werden müssen. Noch in der Stoiber-Zeit 2005/2006 sind die Einstellungszahlen völlig heruntergefahren worden. Wir brauchen einen Ausgleich für die Rückführung auf die 40-Stunden-Woche. Wir brauchen erhöhte Einstellungszahlen auch, um der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht zu werden; denn die Anzahl der Stellen der mobilen Reserve reichen im Moment nur für den Ausgleich von Schwangerschaftszeiten aus, aber nicht für die Ausfälle durch die Beanspruchung von Elternzeit. Die Elternzeit wird umso mehr beansprucht, je höher der Anteil der Frauen in der Polizei liegt und je mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen wollen.

Über die Polizeireform haben wir vor Kurzem im Ausschuss diskutiert. Wir haben den Bericht von Professor Neubeck, dem Vorsitzenden der Expertenkommission, und den weiteren Experten bekommen. Die Polizeireform baute auf einer absehbar unzutreffenden Prognose auf. Verhältnisse, die gemäß dem Schlagwort "besser und billiger" wären, sind nicht eingetreten. Es kam auch nicht mehr Polizei auf die Straße. Professor Neubeck hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass das Ziel, mehr Polizei auf die Straße zu bringen, von Anfang an nicht erreicht werden konnte. Er hat gesagt, dass dies unrealistisch gewesen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals wurden Hoffnungen geweckt, und die Personalpolitik hat sich auf diese Hoffnungen gestützt, aber sie konnten nicht erfüllt werden. Das müssen wir jetzt wieder ausgleichen, und diesem nötigen Ausgleich wird der Haushalt nicht gerecht.

Ich könnte an dieser Stelle noch viele andere Punkte aufgreifen: die noch nicht gelöste Problematik des Beförderungsstaus, der schon erwähnt wurde, oder das Trauerspiel um den Digitalfunk, dessen Umsetzung immer noch nicht richtig angelaufen ist. Es gab Versprechungen, dass er viel früher eingeführt wird. Er ist teurer geworden als vorgesehen – etc. Ich hoffe, dass der Digitalfunk bald tatsächlich eingeführt wird und dass hierzu keine weiteren Rochaden mehr ausgeführt werden müssen. Im Übrigen denke ich, ich habe ausreichend ausgeführt, warum wir GRÜNEN diesem Haushalt nicht zustimmen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Dr. Fischer von der FDP das Wort. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze. Beides gehört zusammen. Sicherheit ohne Freiheit ist nicht erstrebenswert, aber Freiheit ohne Sicherheit ist auch unmöglich. Damit sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern weiterhin sicher fühlen, gilt es, die innere Sicherheit zu bewahren und weiter auszubauen. Polizei, Rettungsdienst, Feuerwehren und Katastrophenschutz sind dafür jeden Tag im Einsatz. Dazu brauchen wir die nötigen Rahmenbedingungen. Wer die Reden der Kolleginnen und Kollegen der Opposition gehört hat, hat vernommen, dass sie ein düsteres Bild der inneren Sicherheit in Bayern zeichnen. Die Wahrheit sieht Gott sei Dank anders aus.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Bayern ist das sicherste Bundesland in Deutschland. Das zeigt jedes Jahr erneut die polizeiliche Kriminalitätsstatistik. Auch wenn, Frau Kollegin Biedefeld, die Rate der Gewaltdelikte um 0,8 % zugenommen hat und die Kriminalitätsrate in Bayern um 0,5 % und damit ganz geringfügig gestiegen ist, belegt der Freistaat Bayern doch mit weniger als 5.000 Straftaten pro 100.000 Einwohnern unverändert einen Spitzenplatz hinsichtlich der inneren Sicherheit. Das erreicht kein anderes Land in Deutschland, und schon gar keines, das von der SPD regiert ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Mit 64 % klärt unsere bayerische Polizei fast zwei Drittel aller registrierten Straftaten auf. Bundesweit liegt die Aufklärungsquote regelmäßig bei rund der Hälfte aller Delikte. Allein diese Zahlen belegen, wie hoch professionell und effektiv unsere Polizei arbeitet. Polizeiarbeit in Bayern ist eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Darum hätten sie Besseres verdient! Genau deswegen hätten sie Besseres verdient!)

Der Einzelplan 03 A, der zu 77 % ein Polizeihaushalt ist, bietet nicht nur die Gewähr und die Grundlage dafür, dass Bayern ein sicheres Land bleibt, sondern auch dafür, dass wir die Nummer 1 hinsichtlich der inneren Sicherheit in Deutschland bleiben. Das beste Rezept für die innere Sicherheit besteht in einem konsequenten Gesetzesvollzug durch eine erstklassig ausgerüstete und vernünftig bezahlte Polizei. Deshalb ist das Handlungsmotto, das unser Ministerpräsident gestern verkündet hat – "Polizisten statt Paragraphen" –, nicht nur absolut richtig, es ist auch gerade für uns Liberale sozusagen das Fundament unserer Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberale haben immer auf eine gute personelle Ausstattung der Polizei gesetzt. Nur so ist Prävention möglich, und nur so können Straftaten konsequent verfolgt werden. Die FDP hat in die schwarz-gelbe Koalition die Forderung nach 1.000 zusätzli-

chen Stellen bei der Polizei eingebracht. Die ersten Polizeibeamten aus diesem Programm haben mittlerweile ihre Ausbildung beendet, und sie sorgen für unsere Sicherheit. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mit diesem Doppelhaushalt konsequent die personelle Verstärkung unserer Polizei fortgesetzt.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie viele sind parallel dazu in den Ruhestand gegangen?)

Auch eine erfreuliche Bilanz ist kein Grund, sich auszuruhen. Der Einzelplan 03 A ist ein Personalhaushalt. Der größte Teil der darin vorgesehenen Ausgaben entfällt auf Personalausgaben. Vorgesehen sind 51.587 Stellen, davon allein 40.166 bei der Polizei. Kolleginnen und Kollegen, ich weise immer wieder darauf hin: Wir diskutieren hier den Entwurf eines ausgeglichenen Haushalts ohne neue Schulden. Und trotzdem werden allein durch den Einzelplan 03 A 1.058 Stellen neu ausgewiesen, und davon entfallen 947 auf die Polizei. Das ist die beste Garantie dafür, dass unser Land auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben mit 840 Anwärterstellen Ruhestandsversetzungen ausgeglichen. Auch das war in früheren Jahren nicht immer so. Aber selbst wenn diese Stellen abgezogen werden, bleibt unterm Strich eine personelle Verstärkung. Und die Praxis zeigt uns nicht nur dass, sondern auch wo Handlungsbedarf besteht.

Zwei Bereiche möchte ich ausdrücklich erwähnen; einen davon hat Kollege Hanisch angesprochen: Technische Entwicklungen vollziehen sich in unserer Zeit immer schneller. Sie ermöglichen auch Kriminellen neue Handlungsfelder. Computer- und Internetkriminalität nehmen zu. Darauf reagieren wir.

Der zweite Bereich: Rechtsextremisten treten in der Öffentlichkeit offensiver denn je auf. Nicht erst die Morde des NSU zeigen, wie wichtig es ist, Extremisten, gleich welcher Richtung, und erst recht extremistischen Gewalttätern in diesem Land keinerlei

Spielraum zu gewähren. Deshalb ist es logisch und richtig, dass 96 Stellen neu geschaffen wurden, um diesen Herausforderungen entschlossen entgegenzutreten, um insbesondere neuen Formen der Kriminalität im Internet zu begegnen und die Bekämpfung des Rechtsextremismus zu intensivieren.

Der Entwurf des Einzelplans 03 A enthält darüber hinaus auch die Stellenmehrungen, die durch die Abschaffung der 42-Stunden-Woche notwendig geworden sind. Die Arbeitszeitverlängerung war ein Sonderopfer für die Beamtinnen und Beamten, und ich bin froh, heute sagen zu können: Wir haben unser Wahlversprechen gehalten und dafür gesorgt, dass dieses Sonderopfer beseitigt wird.

Ein entscheidender Standortfaktor unseres Landes ist eine funktionsfähige und effiziente innere Verwaltung. Allen Beschäftigten gilt unser Dank und unsere Anerkennung. 78 neue Stellen in diesem Bereich sind richtig und wichtig.

Genauso wichtig wie neue Stellen für den öffentlichen Dienst sind die Schaffung und der Ausbau von Beförderungsmöglichkeiten. Das trägt nicht nur zur Motivation bei, es entspricht auch einem liberalen Grundprinzip, nämlich dem Leistungsprinzip. Wer gute Leistungen erbringt, muss eine faire Chance bekommen, aufzusteigen und vorwärtszukommen. Deswegen bin ich außerordentlich dankbar dafür, dass der Stellenplan des Einzelplans 03 A insgesamt 3.307 Stellenhebungen enthält. Das sind 3.307 Möglichkeiten, jemandem, der sich in seinem Beruf engagiert und Leistung erbringt, die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen.

Auch die Feuerwehren leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur inneren Sicherheit. Tagtäglich sind mehr als 320.000 Aktive bereit, für Brandschutz oder technische Hilfeleistungen zu sorgen, wann immer sie gebraucht werden. Diese Einsatzkräfte brauchen aber die dazu nötige Aus- und Fortbildung. Sie ist ein Garant für ein funktionierendes System der Sicherheitsarchitektur in Bayern. Die Aus- und Fortbildung wird insbesondere von den drei staatlichen Feuerweherschulen in Geretsried, Lappersdorf und Würzburg geleistet. Ich begrüße außerordentlich, dass 29 Stellen für die Feuer-

wehrschulen vorgesehen sind; neben der Etatisierung von 25 Stellen werden vier Stellen neu geschaffen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Ausbildungssituation an den Feuerwehrschohlen nachhaltig zu verbessern.

Alle Einsatzkräfte brauchen neben der "Manpower" auch eine angemessene Sachausstattung. Dafür haben wir gesorgt; es ist schon angesprochen worden. 17,4 Millionen bzw. 13 Millionen Euro für Polizeifahrzeuge sind nur ein Beispiel.

Bei der flächendeckenden Einführung und Errichtung des BOS-Digitalfunks darf es keine weitere Verzögerung mehr geben. Die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben wie Feuerwehren, Katastrophenschutz, Rettungsdienst, THW und natürlich die Polizei, die täglich ihren Beitrag leisten, um die innere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat zu gewährleisten, sind auf funktionsfähige und zeitgemäße Kommunikationsmittel angewiesen. Die bestehenden Kommunikationsnetze sind veraltet und müssen ersetzt werden. Ich begrüße, dass die Investitionen 2013 und 2014 auf 104 Millionen bzw. 103 Millionen Euro erhöht werden. Der BOS-Digitalfunk ist zugegeben teurer geworden; wir alle hätten uns eine andere Kostenentwicklung gewünscht. Wer aber heute beklagt, dass der BOS-Digitalfunk zu teuer sei, der muss ehrlich sagen, wie er ihn hätte billiger einführen können oder ob er lieber auf den Digitalfunk verzichtet hätte, sodass Bayern mit Albanien das letzte Land mit Analogfunk geblieben wäre.

Die Feuerwehren können sich über eine Verbesserung ihrer Sachausstattung freuen. Das zweckgebundene Feuerschutzaufkommen ist von 61 Millionen auf 70 Millionen Euro pro Jahr gestiegen. Diese Gelder müssen und sie werden bei den Feuerwehren ankommen. Neben der Finanzierung der Feuerwehrschohlen ist damit die Fahrzeug- und Gerätebeschaffung gesichert. Ich freue mich besonders, dass beispielsweise auch Wärmebildkameras, die in unübersichtlichen Situationen Menschenleben retten können, auf Antrag der FDP-Fraktion, der in diesem Haus eine Mehrheit gefunden hat, förderfähig geworden sind.

Lassen Sie mich noch auf den Einzelplan 03 B eingehen. Das Ausgabenvolumen umfasst im Jahr 2013 1,333 Milliarden Euro und im Jahr 2014 annähernd den gleichen Betrag. Das bedeutet gegenüber dem Jahr 2012 eine Steigerung um 22 Millionen Euro. Den größten Teil machen dabei die Ausgaben zum Ausbau der Staatsstraßen aus. Unsere Staatsstraßen brauchen regelmäßigen Unterhalt. Wir können es uns nicht leisten, den Unterhalt zurückzustellen und ihn aufzuschieben; denn je länger man mit notwendigen Investitionen wartet, desto teurer wird die Gesamtrechnung.

Zum Staatsstraßenbau sind auch die Mittel zur Abfinanzierung der PPP-Projekte – Public Private Partnership – zu rechnen: Sie betragen 8,1 Millionen Euro im Jahr 2013 und im Jahr 2014.

In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, dass die staatliche Förderung des sozialen Wohnraums mehr als notwendig ist. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger ist nicht zu leugnen. Die steigenden Mieten auf dem Wohnungsmarkt sind für manche kaum mehr bezahlbar. Um diesem Trend entgegenzusteuern, enthält der Einzelhaushalt 205 Millionen Euro für diesen Bereich.

Die Ansätze der Bundes- und Landesmittel für die Städtebauförderung vermindern sich um 16 Millionen Euro auf 137 Millionen Euro.

Kolleginnen und Kollegen, seit dem Jahr 2006 haben wir in Bayern einen Staatshaushalt ohne Neuverschuldung. Diese Maßgabe haben wir bei der Haushaltsplanung 2013/2014 eingehalten. Mehr Mittel zu fordern, ist das Vorrecht der Opposition. Für das Nötige zu sorgen, ist die Aufgabe der Regierungsfractionen. Ich kann das Resümee ziehen: Die Einzelpläne 03 A und 03 B sind so schlank wie möglich und so stark wie nötig. Sie sind Ausdruck einer verantwortungsvollen Politik, die für unsere Fraktion oberste Priorität hat. Ich möchte in diesem Zusammenhang dem Staatsminister des Innern für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit danken.

Kolleginnen und Kollegen, die Einzelpläne 03 A und 03 B sind der eindrucksvolle Beweis dafür, dass man auch mit einem ausgeglichenen Haushalt alle notwendigen Investitionen in die Sicherheit unseres Landes vornehmen kann. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesen Einzelplänen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Josef Miller von der CSU das Wort. – Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Miller (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates gehört es, die vorhandene Infrastruktur zu erhalten und zu verbessern, neue Infrastrukturmaßnahmen zu planen und durchzuführen und dadurch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger im Staat zu mehren. Der vorliegende Einzelplan 03 B ist von Verstetigung und Verlässlichkeit bei anhaltend hohem Förderniveau geprägt. Zudem trägt der Einzelplan 03 B mit seiner hohen Investitionsquote von rund 47 % wesentlich dazu bei, dass der Doppelhaushalt 2013/2014 insgesamt eine Investitionsquote von 12 % aufweist. Mit dieser Investitionsquote steht Bayern an der Spitze aller Bundesländer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dabei Schulden zu tilgen und die höchste Investitionsquote in Deutschland aufzuweisen, ist eine Spitzenleistung, auf die wir stolz sind und auf die wir stolz sein können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Obwohl Bayern mit der Investitionsquote an der Spitze steht, sagt die Opposition: Es könnte mehr sein. Sie glaubt, dass man damit bei den Wählern Stimmen bekommt. Sie sagt aber nicht, woher das Geld zur Finanzierung ihrer Vorschläge kommen soll. Ich kann nur sagen: Der Weg in die Verschuldung ist ein Irrweg. Dieser Weg führt in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft. Ich sage das deshalb, weil wir gleich an-

schließlich die Diskussion haben werden, wo überall in den Haushalten mehr investiert werden soll. Wir können am Schluss zusammenzählen und feststellen, welche der Parteien Schuldenkönig wird, wer also die meisten ungedeckten Forderungen aufweist.

Während andere Länder aufgrund hoher Verschuldung weniger investieren können, Investitionen verschieben oder streichen, können wir in Bayern in Zukunftsprojekte investieren. Das hat eine starke Aufgabenvermehrung für die bayerische Staatsbauverwaltung zur Folge, denn sie ist nicht nur für den Einzelplan 03, sondern auch für eine Vielzahl von Baumaßnahmen zuständig, die in den Einzelmaßnahmen der übrigen Resorts veranschlagt werden.

Schon im Nachtragshaushalt wurde eine starke Erhöhung der dazu notwendigen Finanzmittel im staatlichen Hochbau vorgenommen. Diese Maßnahmen haben inzwischen die Milliardengrenze überschritten. Hinzu kommen Hochbaumaßnahmen des Bundes und Dritter in Höhe von 400 Millionen Euro und 1 Milliarde Euro für Maßnahmen im Rahmen der Auftragsverwaltung der Bundesfernstraßen. Wir haben beim staatlichen Hochbau im Nachtragshaushalt 100 Millionen Euro für größere Maßnahmen und 45 Millionen Euro für kleinere Maßnahmen zusätzlich ausgebracht. Das sind Leistungen, die es in keinem anderen Landeshaushalt gibt. Herzlichen Dank auch an unseren Ausschussvorsitzenden Winter!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Doppelhaushalt haben wir gegenüber dem Stammhaushalt 2012 für große Baumaßnahmen des Jahres 2013 um 58 Millionen Euro mehr eingestellt, das heißt im Ganzen 616 Millionen Euro.

Im Jahr 2014 sind es 95 Millionen Euro mehr, im Ganzen 644 Millionen Euro. Bei den kleinen Baumaßnahmen beträgt die Aufstockung im Stammhaushalt 41 Millionen Euro. Der Betrag steigt also von 80 auf 121 Millionen Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann sich sehen lassen und ist deshalb erfreulich.

Damit komme ich zu dem nächsten Thema. Jeder Neu- und Umbau bedeutet eine wesentliche Verbesserung der Energiebilanz. Wir werden die Energiewende aber nur schaffen, wenn wir Energie sparen, wo immer es möglich ist. Auch auf diesem Gebiet ist der Freistaat mit gutem Beispiel vorangegangen. Wir haben dafür im Nachtragshaushalt 20 Millionen Euro eingestellt. Die Förderung der energetischen Sanierung wird im Doppelhaushalt fortgeführt.

Ich weise aber deutlich darauf hin: Das ist nicht alles; denn bei der energetischen Sanierung der staatlichen Gebäude werden in der Regel 20 % der Mittel von den Ressorts zusätzlich aus den allgemeinen Baumitteln zur Verfügung gestellt. Damit können wir weitere Gebäude energetisch sanieren.

Hinzu kommt, dass Maßnahmen an staatlichen Gebäuden in Bayern nicht nur den gesetzlichen Vorschriften der Energieeinsparverordnung unterliegen. Nach einem Ministerratsbeschluss von 2011 müssen alle staatlichen Baumaßnahmen in Bayern die Anforderungen der Vorschriften zur Energieeinsparung um 30 % übertreffen. Das zeigt: Bayern ist bei der Energiewende Vorreiter und braucht keinen Vergleich zu scheuen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf von der SPD: Worin besteht das Vorbild?)

- Ich kann Ihnen die Antwort gleich geben. Wir waren vorbildlich beim Konjunkturprogramm, wo wir im Gegensatz zu allen anderen Ländern die Fördermittel in erster Linie in die energetische Sanierung öffentlicher Bauten gesteckt haben. Wir haben auch jetzt in die Anlage S Maßnahmen aufgenommen, die zur energetischen Sanierung dadurch beitragen, dass wir entsprechend investieren.

Beispielsweise wird das Gebäude der Obersten Baubehörde aus der Anlage S energetisch saniert und finanziert, nicht etwa aus den Energiesanierungsmitteln. Wer bereit ist zu rechnen – ich bitte, dies zu tun, bevor man kritisiert –, wird feststellen, dass die Erhöhung des Mitteleinsatzes für die energetische Sanierung das, was Sie gefordert haben, weitgehend erfüllt und zum Teil erheblich übertrifft.

Nun zur Wohnbauförderung. Bayern gehört erfreulicherweise zu den ganz wenigen Bundesländern, deren Bevölkerung insgesamt nicht zurückgeht, sondern steigt. Auch dies ist ein Beleg für eine erfolgreiche Politik im Arbeits- und Ausbildungsbereich einschließlich der Studienplätze. Deswegen kommen die Leute nach Bayern und gehen von Bayern nicht weg. Aber dadurch nimmt der Bedarf an Wohnungen, insbesondere an bezahlbaren Wohnungen und vor allem in Ballungsgebieten und in vielen Städten zu. Dem sehen wir nicht tatenlos zu, sondern reagieren auf die Situation.

Ich fand es großartig, dass Staatsminister Herrmann zu Beginn des Jahres die Kostenobergrenze und damit die Förderhöhe angehoben und die Zinssätze für die Förderdarlehen deutlich gesenkt hat, und zwar im Konsens mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft. Dies kam gut an und ist ihm hoch angerechnet worden. Zusätzlich wurden die Zuschläge angepasst bzw. neu eingeführt, zum Beispiel bei Wohnungen für Rollstuhlfahrer oder wiederum für energetische Maßnahmen.

Der Bewilligungsrahmen für die Wohnbauförderung im Doppelhaushalt wurde vom Haushaltsausschuss um 5 Millionen Euro angehoben. Damit befindet sich Bayern – auch das bitte ich bei der Diskussion zu berücksichtigen – an dritter Stelle aller Bundesländer. Aber dort, wo Sie regieren, ist das nicht der Fall. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen, statt immer dazwischenzurufen. Sie können dann ja auch darauf antworten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist ein gutes Zeichen, dass wir in den ländlichen Räumen wieder eine verstärkte Zunahme der Bautätigkeit verzeichnen. Dazu tragen die niedrigen Zinsen und die Bereitschaft bei, in private Wohnungen zu investieren.

Die Zahl der Baugenehmigungen hat vor fünf Jahren 35.000 betragen. Im Jahr 2010 gab es einen Anstieg auf 42.000. Im Jahr 2011 lag die Zahl der Baugenehmigungen bei 52.000. Bei einem Vergleich des jetzigen Jahres mit den entsprechenden Monaten

des Vorjahres stellen wir insgesamt einen Anstieg von 0,6 % fest. Aber bei den Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen liegt der Anstieg bei 6,8 %.

Ich betone, dass es uns nur dann gelingen wird, mehr Wohnraum, insbesondere Mietwohnungen zu schaffen, wenn private Investoren dazu bewegt werden können, längerfristig Kapital in Wohngebäuden anzulegen und auch bei vermehrten energetischen Maßnahmen und gestiegenen Kosten zu investieren. Um dies zu erreichen, fordern wir die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung, die die Staatsregierung insbesondere für die Gebiete mit hohem Wohnraumbedarf beim Bund einfordern wird.

Heute wird die Wohnungsnot beklagt. Es war aber die rot-grüne Regierung, die damals die degressive Abschreibung abgeschafft hat. Wenn keine Anreize bestehen, Wohnungen zu bauen, werden auch keine gebaut. Ich kann hier nur bitten, mitzuhelfen, Mehrheiten dafür zu organisieren, dass wir die degressive Abschreibung zurückbekommen. Dann wird es auch wieder interessant, in den Mietwohnungsbau zu investieren.

Beim Wohngeld verringern sich die Ausgaben erfreulicherweise. Sie wissen, gibt es da eine gesetzliche Vorgabe. Der Betrag sinkt von 144 auf 133 Millionen Euro. Damit können wir den gesetzlichen Wohngeldanspruch erfüllen. Das ist die Auswirkung einer guten Arbeitsmarktsituation in unserem Land. Gute Politik zahlt sich aus, auch bei den Menschen, die früher Wohngeld beantragen mussten und es heute nicht mehr müssen.

Studentenwohnraum fördern wir seit vielen Jahren mit einer kontinuierlich guten Mittelausstattung. Es stehen jeweils 17,5 Millionen Euro bereit. Andere Länder wären froh, wenn sie die Mittel bereitstellen könnten, die wir in Bayern bereitstellen.

Die Städtebauförderung wird sehr gut angenommen; das ist heute schon gesagt worden. Das Förderprogramm ist stark differenziert. Damit kann man die gegenwärtigen Probleme gut lösen, zum Beispiel die Konversion und Revitalisierung von Industrie-

und Gewerbeflächen, den demografischen Wandel, die energetische Erneuerung und die Innenstadtstärkung. Sehr erfreulich ist, dass der Bewilligungsrahmen aus Landesmitteln für die Städtebauförderung im Haushaltsausschuss um jeweils 10 Millionen Euro erhöht wurde und damit knapp 95 Millionen Euro beträgt. Kolleginnen und Kollegen, das ist, wenn man die Kürzungen des Europäischen Strukturfonds in Höhe von 5 Millionen Euro abzieht, das gleiche Niveau wie 2012, und das ist deutlich höher als die knapp 60 Millionen Euro in den Jahren 2005 bis 2007 oder die 70 Millionen Euro von 2009 bis 2011.

Allein im Nachtragshaushalt 2012 wurde das Landesprogramm von 13 Millionen um 35 Millionen auf 48 Millionen Euro erhöht, und es wird in dieser Höhe im Doppelhaushalt weitergeführt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist ein tolles Ergebnis. Und ich sage Ihnen auch: Während andere Länder und auch der Bund die Mittel für die Städtebauförderung in den letzten Jahren gekürzt haben, haben wir die Landesmittel ganz massiv erhöht. Das ist auch ein klares Signal an die Kommunen. Bayern lässt sie mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht allein, sondern trägt mit diesem Programm ganz erheblich zur Steigerung der Wohnqualität und Attraktivität der bayerischen Städte und Gemeinden bei. Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, das kommt unseren bayerischen Bürgern in Stadt und Land zugute.

(Beifall bei der CSU)

Nur ganz kurz etwas zum Straßenbau. Wir haben in früheren Jahren gespart. Um einen ausgeglichen Haushalt zu bekommen, haben wir nicht in dem erforderlichen Maße in Staatsstraßen investiert. Das hat zu einem Nachholbedarf geführt. Wir haben im letzten Haushalt noch einmal kräftig angeschoben, um unser Ziel zu erreichen, seit 2008 insgesamt 200 Millionen plus x für den Staatsstraßenbau zur Verfügung zu stellen. Wir haben auch dieses Mal wieder 215 Millionen Euro – 125 Millionen Euro allein

für die Bestandserhaltung - eingestellt. Zum Vergleich: In den Jahren 2004 bis 2007 haben wir für die Bestandserhaltung nur 55 Millionen Euro zur Verfügung gehabt. Das entspricht einer Verdoppelung der Mittel von damals. Wir werden die Bestandserhaltung durch den Wiedereinbau von vorhandenen und aufbereiteten Materialien und Ressourcen umweltgerecht weiterführen, was auch bisher schon zu einer Kostensenkung beigetragen hat. Insgesamt wird damit der Zustand der Staatsstraßen Jahr für Jahr besser, und der Nachholbedarf wird geringer.

Im Haushalt kommen seit einigen Jahren zusätzlich noch 30 Millionen Euro an Finanzmitteln für Fälle hinzu, in denen die Kommunen die Sonderbaulast übernehmen. Damit können wir Kreuzungen entschärfen, Umgehungsstraßen errichten und das Radwegnetz erneuern. Der Haushalt 2013/2014 leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass unsere bayerischen Straßen sicher sind und das Radwegenetz noch besser wird. Unsere Ziele sind ein gut ausgebautes Straßennetz, gut erhaltene und energiesparende Staatsgebäude und entsprechender Wohnraum für unsere Bevölkerung. Dazu leistet der Einzelplan 03 einen wichtigen Beitrag.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich bitten, dem Einzelplan 03 B zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Bedanken möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung, insbesondere des Innenministeriums, sowie beim Vorsitzenden unseres Ausschusses, Georg Winter. Mein besonderer Dank gilt Herrn Staatssekretär Eck und den Ministern Joachim Herrmann und Markus Söder.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Kollege Miller. Als Nächster hat sich für die SPD Herr Schneider zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! "Morgen kommt der Weihnachtsmann, kommt mit seinen Gaben", klingt es

nicht nur auf den Weihnachtsmärkten von Aschaffenburg bis Altötting, sondern auch hier im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Staatsregierung lässt in der Tat die Glocken so süß wie schon lange nicht mehr klingen und ruft: "Herbei, oh ihr Gläubigen; ich will euch erquicken."

Ich war am Montag beim Weihnachtsempfang des Innenministers und musste mir zum x-ten Mal anhören, dass die Polizei den höchsten Personalstand ihrer Geschichte hat.

(Beifall bei der CSU)

Doch das Echo auf diese Botschaft war bei den umstehenden Polizisten ganz anders und klang nicht wie "Oh du fröhliche, oh du selige", sondern eher wie: "Sag mir, wo die Polizisten sind; wo sind sie geblieben?"

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Bei vielen Dienststellen in Bayern singen die Dienststellenleiter wohl eher, "Ihr Kinderlein kommet, oh kommet doch bald" und meinen damit die Polizisten, die ihnen seit vielen Jahren versprochen und vorenthalten werden. Ich nenne nur ein Beispiel aus der Oberpfalz. Herr Kollege Hanisch hat es ebenfalls genannt. Eine Zuteilung zum Übernahmetag, 70 gehen im nächsten Jahr in den Ruhestand. Die Polizei wird nach dem Motto getröstet: "Morgen, Kinder, wird's was geben". Nicht heute, nein, zum 01. August 2013, sechs Wochen vor der Landtagswahl, wird das Füllhorn ausgeschüttet. Aber vorher muss Maria durch den Dornwald gehen und auf Gottes Vorsehung hoffen, dass nichts passiert.

(Heiterkeit bei der SPD - Lachen bei der CSU)

Aber der Schnee wird wohl noch lange sehr leise rieseln, bevor sich hier etwas ändern wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Auf der Straße ist noch kein einziger Polizist mehr angekommen. Um die Versäumnisse der Jahre 2003 bis 2008 auszugleichen, muss mehr geschehen. Alle Jahre wieder müssen dann konsequent mehr als tausend Polizisten eingestellt werden, und nicht nur zur Sommerzeit, nein, auch im Winter, wenn es schneit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Am letzten Freitag war der Arbeitskreis der SPD im Polizeipräsidium Nürnberg. Dort singt man seit Jahren: "Raindrops keep fallin' on my head" und stellt, wenn es regnet, Eimer in den Büros auf. Im Winter zaubert die Kälte wie bei "Schneeflöckchen, Weißröckchen" wunderschöne Eisblumen an die Fenster, die bald aus dem Rahmen fallen. "In the summertime, when the weather is high" - frei nach Mungo Jerry - braucht man die Eimer mit Wasser, um wenigstens die Füße zu kühlen, wenn auch der Kopf heiß ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Vor einigen Jahren war ich zu Besuch bei der Polizeiinspektion Coburg. Ich gehörte diesem Hohen Hause noch nicht an. Dort wurde ganz nach dem Motto "Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt; wir steigern das Bruttosozialprodukt" geschaufelt, gemauert und gebaggert. Jetzt, einige Jahre später, war ich mit meiner Kollegin Susann Biedefeld wieder in Coburg. Dort wird immer noch geschaufelt, gemauert und gebaggert, wie in der "Never ending Story", dem Titelsong der "Unendlichen Geschichte".

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer kennt nicht "Mein Maserati fährt 210; schwupp – die Polizei hat's nicht geseh'n; wir geben Gas, wir geben Gas, wir wollen Spaß, wir wollen Spaß"? Auch wenn die Polizei im Jahr 2014 die Raser sehen wird, wird sie sie nicht kriegen; denn ihre alten Autos haben 400.000 Kilometer auf dem Buckel. So besteht kaum die Chance, die

Verfolgung aufzunehmen. Da nützt die nachträgliche Erhöhung des Kfz-Etats um zwei Millionen Euro relativ wenig.

Ich erinnere daran: 2009 im August wurden über 1.000 Polizeifahrzeuge für 30 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket des Bundes gekauft. Diese sind alle 2013/14 fertig und müssen aussortiert werden. Da langt das Geld hinten und vorne nicht; das muss klar festgestellt werden.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss: Lasst uns froh und munter sein, auch wenn es manchmal schwerfällt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FREIEN WÄHLER bitte ich Herrn Glauber ans Mikrofon.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der sehr humorigen Weihnachtsrede des Kollegen Schneider mit seinen zu Recht kritischen Anmerkungen kann ich leider nicht mit einer Weihnachtsrede dienen. Aber der Kollege Miller hat vorhin schon seine Weihnachtsgeschichte erzählt mit seiner Lobhudelei auf seine Amtszeit als Minister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Zeit, für die der Kollege seine Lobrede gehalten hat, war er selbst Landwirtschaftsminister. Wir haben in der Zeit von Edmund Stoiber und seinem Wahn eines ausgeglichenen Haushalts einen Kahlschlag im Staatsstraßenbau erlebt, unter dem wir heute noch leiden. Ob Sie es hören wollen oder nicht: Die damalige Regierung einer Zweidrittelmehrheit hat Ihnen nicht gutgetan, und sie hat Bayern nicht gutgetan. Sie ist dafür verantwortlich, dass wir Lasten auf die kommenden Generationen verschoben haben, auch im Staatsstraßenbau.

Der Oberste Rechnungshof haut Ihnen diese Zahlen immer wieder zu Recht um die Ohren. Wir haben in Bayern leider 4.894 Kilometer nicht sanierte Staatsstraßen. Wenn ich des Öfteren mit dem Innenminister bei Teilabschnittseröffnungen und sonstigen

Wegeeröffnungen bin, dann muss man sich doch manchmal schämen. Auf der Strecke dorthin muss man über Staatsstraßen fahren. Im Vergleich mit ihnen sind die Kreis- und Gemeindestraßen tausendmal besser in Ordnung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Da müssen wir uns als Abgeordnete zu Recht schämen. So ist es immer wieder.

Ich nenne Ihnen die Zahlen, ob Sie sie hören wollen oder nicht: In Niederbayern sind 43 % der Straßen schadhaft, in Oberfranken 40 %, in Unterfranken 39 %, in Mittelfranken 39 %, in der Oberpfalz 32 %, in Oberbayern 31 % und in Schwaben 26 %. Jetzt erklären Sie mir einmal, was daran so kraftvoll ist.

Letztes Jahr haben sowohl der Kollege Rotter als auch ich appelliert: Das Wichtigste ist eine Verstetigung. Das ist auch das Wichtigste für unsere Oberste Baubehörde. Wir brauchen eine Konstante in der Mittelverwaltung, in der Mittelausgabe, und wir brauchen Planungssicherheit. Ein Auf und Ab hilft uns nicht.

(Josef Miller (CSU): Haben wir doch!)

Wenn Sie sich den Staatsstraßenausbauplan anschauen, müssen Sie einräumen, dass Sie letztendlich zehn Jahre und bei der Sanierung mit 700 Millionen dahinter liegen. Diese Lasten tragen wir immer noch aus dem ausgeglichenen Haushalt.

Was die Radwege betrifft, schauen Sie doch einmal bei den Kommunen um. Wenn die Kommunen nicht selbst mit in Leistung gehen, bekommen sie an Staatsstraßen heute überhaupt keinen Radweg mehr. Teilweise muss man 20 Jahre warten.

(Widerspruch des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

- Natürlich ist es so, Herr Kollege Miller. Gehen Sie doch einmal hinaus zu den Straßenbauämtern. Dann werden die Ihnen erzählen, wie groß der Antragsstau ist. Da brauchen Sie sich nicht hier herzustellen und zu sagen, was Sie alles Gutes getan

haben. Ich muss Ihnen sagen: Seit 2008, seit wir im Landtag sind, haben wir diese Verstetigung gefordert.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Wenn wir auf der Regierungsseite sitzen, werden wir für diese Verstetigung sorgen, das werden wir Ihnen dann zeigen!

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER - Eberhard Rotter (CSU): Da werden die GRÜNEN gern mitmachen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bekommen wir hin. Da werden Sie sich die Augen reiben, keine Sorge.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Zurufe von der CSU – Glocke der Präsidentin)

Ein weiteres Thema, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die Schaffung von studentischem Wohnraum. Wir haben im Ausschuss eine Aufstockung um 6,7 Millionen auf 20 Millionen Euro gefordert. Gehen Sie heute einmal nach Regensburg mit dem doppelten Studiengang oder nach Bamberg. Die Studenten dort mussten beinahe Zelte aufstellen, um überhaupt Wohnraum zu haben. Von daher ist es notwendig, in die Generation der Jungen, Gebildeten zu investieren, die unser Land in Zukunft tragen wird. Ich kann nicht verstehen, wenn Sie große Töne über den Wohnraum spucken, dass Sie im Haushaltsausschuss nicht zustimmen konnten und die Notwendigkeit für weitere 6,7 Millionen Euro für die Studenten nicht einsehen wollten.

Wir werden Ihren Haushalt ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Mütze zu Wort gemeldet.

(Eberhard Sinner (CSU): Der Straßenbenutzer!)

Thomas Mütze (GRÜNE): - Ganz ruhig, Kollege Sinner.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte schon noch etwas zum Thema Polizei sagen. Schließlich waren wir Unterfranken die Ersten, die unter dieser Polizeireform leiden mussten. Von daher stelle ich fest: Die verfügbare Personalstärke der Polizei in Unterfranken ist in den letzten Jahren gesunken, und zwar um das Personal einer Polizeidienststelle in der Größe von Obernburg oder Alzenau. So viel Personal haben wir weniger zur Verfügung.

Herr Minister, wenn Sie sagen, wir haben mehr Leute auf der Straße, dann lachen die Praktiker sie aus. Sie lachen Ihnen natürlich nicht ins Gesicht, schließlich sind Sie ihr Chef. Aber uns gegenüber sagen die Praktiker ganz klar, was die Wahrheit ist. Hier fehlt das Personal, und Sie sind dafür zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eigentlich will ich aber zum Haushalt 03 B reden. Der Kollege Glauber hat das Thema Radwege und Radverkehr sehr negativ angemerkt. Ich bemerke – und das ist meine einzige positive Bemerkung, deshalb stelle ich das so heraus -: Endlich haben wir einen Minister, der das Radfahren nicht für eine außerirdische Fortbewegung hält. Das darf man auch einmal sagen. Es gibt kleine Pflänzchen im Haushalt, wie zum Beispiel die Mittel für die AGFK, die Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen, oder den Einzeltitel für Radwegebau, unabhängig von Staatsstraßen, wofür ich Sie gerne loben will. Aber ich sage, das sind Pflänzchen, die kräftig gegossen werden müssen. Wir gehen davon aus, dass wir in einer nächsten Regierung diese Pflänzchen, die Sie gesetzt haben, stark aufwachsen lassen werden.

Ansonsten, Herr Minister, sind Sie eigentlich für den Erhalt der Straßeninfrastruktur zuständig. Sie haben vorhin dankenswerterweise eine Darstellung verteilen lassen. Sie reden darin von Verstetigung. Diese Verstetigung ist jetzt wohl da, wie sie vom

ORH gefordert wurde: mindestens 100 Millionen Euro für den Erhalt der Staatsstraßen. Aber Sie haben auch aufgezeigt, wie es in den letzten sieben Jahren war. Wenn ich da sehe, dass pro Jahr 60, 50, 40 Millionen Euro zu wenig in den Erhalt der Staatsstraßen geflossen sind, dann wissen wir, dass wir noch einen riesengroßen Berg an Erhaltungsmaßnahmen nachtragen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es stimmt, wenn Kollege Glauber sagt: Gehen Sie zur Bauverwaltung und fragen Sie: Wie viel Geld haben Sie noch zur Verfügung? Dann erhalten Sie zur Antwort: Noch eine Maßnahme, dann ist das Geld weg. So ist die Realität. Auch das hat Kollege Glauber gesagt: Die Straßen in Unterfranken sind zu 40 % marode. Ihre Antwort darauf ist der 7. Staatsstraßenausbauplan, 666 Maßnahmen über einen Zeitraum von 25 Jahren – ohne Priorisierung, ohne zu sagen: Was ist das Wichtigste? Wo setzen wir unsere Schwerpunkte?

Zweites Beispiel: Bundesverkehrswegeplan. 223 Ortsumgehungen, für den ländlichen Raum enorm wichtig, wie der Staatssekretär gesagt hat. Wunderbar! Aber keine Priorisierung, keine Rangliste: Was machen wir zuerst? Was ist wichtig? Wo stecken wir unsere Gelder hinein, um diese 40 % marode Straßen zu erhalten? Darauf erhalten wir von Ihnen keine Antwort. Ein Problem ist auch, dass Sie Kollegen haben, deren Wünsche Sie sozusagen auf Zuruf erfüllen. In der Kürze der Zeit kann ich leider nur ein Beispiel ansprechen. Das Beispiel Schwaben ist so offensichtlich, dass es sogar dem Bayerischen Rundfunk und der Sendung "quer" aufgefallen ist. Dort in Schwaben gibt es einen Wettbewerb zwischen Kollegen darüber, wer die meisten Ortsumgehungen einweihen darf. Es gibt dort zwei ganz bestimmte Kollegen, deren Namen ich jetzt nicht nennen will; jeder weiß aber, wer gemeint ist. Das ist der schwäbische Wettbewerb. Diesen machen Sie mit. Anstatt dafür zu sorgen, dass in Schwaben Straßen erhalten werden, machen Sie den Wettbewerb mit: Wer darf mehr Straßen einweihen. Das ist abseitig. Das können wir nicht unterstützen. Auch deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Jetzt bitte ich für die SPD noch Herrn Dr. Wengert ans Mikrofon.

Dr. Paul Wengert (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 B ist mit Ausgaben von jeweils etwas mehr als 1,33 Milliarden Euro einer unserer wichtigsten Investitionshaushalte. Das ergibt sich aus dem Umfang der Immobilien und Straßen, die die Oberste Baubehörde mit ihren nachgeordneten Dienststellen zu betreuen hat. Einige Zahlen verdeutlichen dies. Die Oberste Baubehörde betreut 11.450 staatliche oder in staatlicher Baulastverpflichtung stehende Gebäude, 9.500 Gebäude des Bundes und Dritter, 2.500 Kilometer Bundesautobahnen, 6.500 Kilometer Bundesstraßen, 14.000 Kilometer Staatsstraßen, 3.100 Kilometer Kreisstraßen, 14.000 Brücken und so weiter und so fort. Was hier investiert wird, spiegelt sich in Aufträgen für die Bauindustrie, das Bauhaupt- und -ausbaugewerbe und damit in einer Vielzahl gerade mittelständischer Betriebe wider und sichert Arbeits- und Ausbildungsplätze; denn gerade im Straßenbau sind Staat und Kommunen nahezu die einzigen Auftraggeber.

Der Freistaat kommt mit diesen Investitionen Artikel 81 der Bayerischen Verfassung nach, der ihn zum Erhalt seines Grundstockvermögens verpflichtet. Trotz dieses verfassungsrechtlichen Auftrags verharren aber die Ansätze des Einzelplans 03 B weitgehend auf ihrem bisherigen Niveau. Angesichts der Preissteigerungen insbesondere im Energiebereich und hier vor allem wiederum bei den Kraftstoffen nimmt sich die Ausgabenmehrung von gerade einmal 1,7 % für 2013 mehr als bescheiden aus, und für 2014 bewegt sich gar nichts nach oben – es gibt sogar einen Rückgang um 0,2 %. Das ist mehr schlank als nötig, Herr Kollege Fischer, und das entspricht nicht dem tatsächlichen Bedarf, selbst wenn man Notwendiges vom Wünschenswerten trennt.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Wer wichtige Maßnahmen auf die lange Bank schiebt, verschiebt damit schwere Lasten auf die kommenden Generationen. Da ist der glänzende Lack der Schuldentilgung schnell ab, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP.

Wir können durchaus eine ganze Menge der Ansätze mittragen und haben dies auch bei den Änderungsanträgen aus der Regierungskoalition getan. Dennoch können wir dem Einzelplan nicht zustimmen; denn in entscheidenden Bereichen fehlt es ihm an Kraft und an Muskeln. Was etwa für energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften eingeplant werden soll, ist angesichts des Umfangs der notwendigen Maßnahmen und des Vorbildcharakters, den der Staat hier hat, beschämend. Das "Klimaprogramm Bayern 2020" ist 2011 ausgelaufen. In den Jahren 2010 und 2011 hat es Mittel in Höhe von jeweils 37,5 Millionen Euro für die energetische Sanierung staatlicher Gebäude enthalten, 2009 waren es sogar 45 Millionen Euro. Wer es mit der Energiewende ernst nimmt, muss sich an Taten messen lassen, nicht an Worten, um die die Staatsregierung nie verlegen ist – sie lässt aber die notwendigen Taten nicht folgen.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Die SPD wollte mit einem Antrag diese Mittel im Gegensatz zum Haushaltsansatz verdoppeln, weil die geplanten 20 Millionen Euro dem Bedarf in keiner Weise gerecht werden oder, wie sich der Berichterstatter der CSU im Ausschuss ausdrückte, weil dieser Ansatz auf Dauer nicht ausreichen werde. Sie haben es versäumt, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wenn es bei dieser unzureichenden Mittelausstattung bleibt, brauchen wir 80 Jahre, bis die freistaatlichen Gebäude energetisch saniert sind. Schade, dass Sie sich unserem Antrag nicht anschließen wollten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir in der Wohnraumförderung. Die hierfür veranschlagten Mittel in Höhe von 160 Millionen Euro für die beiden kommenden Haushaltsjahre einschließlich des bescheidenen Nachschlags in Höhe von 5 Millionen Euro wer-

den dem drastisch steigenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allen in den Ballungszentren nicht gerecht. Der Bewilligungsrahmen müsste zum einen an die Preissteigerungen im Bausektor in Höhe von rund 8 % angepasst und zum anderen darüber hinaus um mindestens 20 % erhöht werden. Diese Mittel sollten insbesondere zur Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sowie zur Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften verwendet werden. Die Wirtschaft allein, lieber Kollege Miller, wird es eben nicht richten. Unangemessen ist nach unserer Auffassung die Aufstockung für die Städtebauförderung; denn die Programme der Städtebauförderung werden seitens des Bundes und des Freistaats auch in den kommenden Jahren weiter gekürzt. Da helfen Vergleiche, Herr Kollege Miller, mit noch schlechteren Vorjahren überhaupt nicht weiter.

Die bayerischen Städte und Gemeinden, in denen ein anhaltend hoher städtebaulicher Erneuerungs- und Investitionsbedarf mit einem Schwerpunkt von Maßnahmen im ländlichen Raum besteht, werden von den Kürzungen außerordentlich hart getroffen.

Mit unserem Antrag auf Drucksache 16/14257 ging es uns um eine Erhöhung der Mittel für die Planung und Bauleitung für Staatsstraßen; denn die Investitionsmittel selbst sind richtigerweise bereits im Entwurf massiv aufgestockt worden, weil der Druck auf die Regierungskoalition entsprechend hoch geworden ist. Die Begründung, mit der Sie unseren Antrag abgelehnt haben, überzeugt keineswegs. Mögen die Kosten für die Planung mit den Kosten der Ausführung auch deckungsfähig sein, so fehlt dann das Geld für die Maßnahmen selbst. Das ist das Prinzip: linke Tasche, rechte Tasche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben Anträge mit Augenmaß gestellt; denn alle Unterstellungen Lügen strafend hat auch die SPD-Fraktion einen ausgeglichenen Haushalt zum Ziel. Selbstverständlich haben wir Deckungsvorschläge gemacht, Herr Kollege Miller.

(Beifall bei der SPD)

Schuldenkönig ist und bleibt die CSU mit der höchsten Neuverschuldung durch die Kapitalzuführung an die Landesbank in den letzten Jahren. Was wir für notwendig und für unverzichtbar gehalten haben, haben wir in die Beratung des Einzelplans eingebracht. Leider sind Sie unseren Vorschlägen nicht gefolgt.

(Beifall der Abgeordneten Harald Güller (SPD) und Volkmar Halbleib (SPD))

Zum Schluss möchte ich allen Beschäftigten unserer Staatsbauverwaltung für ihren Einsatz und für ihre auch der Mittelknappheit geschuldete Kreativität namens der SPD-Landtagsfraktion herzlich danken. Wir haben oftmals kritisiert -

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie an Ihre Zeit.

Dr. Paul Wengert (SPD): -, dass unser Personal immer und immer wieder zur Ader gelassen wurde und auch künftig weiter ausgedünnt wird. Diesen Weg können und wollen wir nicht mitgehen; denn unsere Beschäftigten sind inzwischen an den Leistungsgrenzen angelangt, wenn nicht schon darüber. Deswegen sind es nicht nur die Klagen aus der Belegschaft, sondern auch die Klagen von Bürgermeistern draußen, denen schulterzuckend erklärt werden muss, warum viele Bauvorhaben gerade im Straßenbereich nicht oder noch lange nicht angepackt werden können, obwohl sie dringlich wären. Auch deshalb können wir diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für Ihre Geduld.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Wengert, für Lob an die Beschäftigten überziehen wir die Zeit gerne.

Bevor Herr Staatsminister Herrmann das Wort erhält, möchte ich bekannt geben, dass vonseiten der CSU-Fraktion zum Einzelplan 03 B für die Staatsbauverwaltung namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich am Ende der Beratungen über den Haushalt des Innenministeriums, das heißt der Allgemeinen Inneren Verwaltung, der Polizei und der Obersten Baubehörde sowie der Staatsbauverwaltung sehr herzlich für die konstruktive Art bedanken, mit der diese Beratung sowohl im Haushaltsausschuss als auch heute im Parlament erfolgt ist. Ich bedanke mich für viele geistreiche Beiträge, insbesondere die lyrischen, lieber Herr Kollege Schneider. Sie waren zweifellos richtungsweisend.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Ich habe das insgesamt so verstanden, dass es jedenfalls der Versuch eines Lobgesangs auf die bayerische Polizei war. So kenne ich Kollegen Schneider.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wo ein Wille ist, ist manchmal auch ein Weg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt können wir schon feststellen – ich freue mich, dass Sie das in die Diskussion eingebracht haben, Herr Kollege Schneider -: Es ist und bleibt die Wahrheit: Die bayerische Polizei weist bereits mit dem laufenden Haushalt und erst recht mit dem neuen Doppelhaushalt 2013/2014 den höchsten Personalstand aus, den sie jemals hatte. Das ist richtig und wichtig. Denn rein quantitativ betrachtet haben wir den höchsten Einwohnerstand. Noch nie hatte Bayern so viele Einwohner wie heute. Die Herausforderungen für unsere Polizei sind damit gewachsen. Deshalb ist es wichtig, die Polizei entsprechend stark aufzustellen.

Unseren öffentlichen Dienst haben wir insgesamt dadurch entlastet, dass zum 1. August dieses Jahres die Wochenarbeitszeit von 42 auf 41 Stunden reduziert wurde. Zum 1. August kommenden Jahres wird sie ein weiteres Mal auf 40 Stunden reduziert. Alles, was wir dadurch an zusätzlichen Kräften brauchen, ist mit entsprechenden Stellen im Haushaltsentwurf unterfüttert. Auch haben wir bereits den erforderlichen Nach-

wuchs ausgebildet. Da bin ich nun schon etwas enttäuscht, dass ein paar Redner die Realität nicht gesehen haben.

(Alexander König (CSU): Das war gestern auch so!)

Gerade im Polizeibereich haben wir angesichts des zu erwartenden Bedarfs durch die verkürzte Arbeitszeit bereits im Vorfeld entsprechende Kräfte ausgebildet, anders als das in anderen Bereichen der Fall war. Diese Nachwuchskräfte stehen den Dienststellen inzwischen auch zur Verfügung. Wenn Sie, Kollege Mütze, diese Kolleginnen und Kollegen in den Dienststellen nun nicht finden, tut es mir leid. Ich glaube nicht, bei allem Respekt vor Ihnen, dass diese sich im Keller verstecken, wenn Sie in den Dienststellen unterwegs sind. Es ist unübersehbar, dass wir heute entsprechend mehr Personal haben.

(Susann Biedefeld (SPD): Eben nicht! - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich darf für den nun zu Ende gehenden Doppelhaushalt Folgendes festhalten und bleibe beim Beispiel Polizei.

(Susann Biedefeld (SPD): Das sollten und können Sie aber nicht schönreden!)

- Natürlich will ich nicht schönreden, Frau Kollegin Biedefeld, aber wir sollten richtig rechnen. Das ist das Thema.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Rechnen Sie doch erst überhaupt einmal!)

Richtig rechnen heißt, dass im Jahr 2011 690 Kollegen der Polizei in den Ruhestand gegangen sind und im gleichen Jahr 740 Kolleginnen und Kollegen den Dienststellen zugewiesen wurden. Wohlgemerkt, sie wurden nicht zur Ausbildung eingestellt, sondern diese 740 wurden den Dienststellen zugewiesen. Das war also schon 2011 ein Plus von 50 Stellen. Ein immerhin bescheidener Anfang! In diesem Jahr 2012 sind

730 Kollegen in den Ruhestand gegangen, und 1.200 sind den Dienststellen zugewiesen worden. Damit sind wir bei einer Größenordnung von plus 470, die wir heute zusätzlich zur Verfügung haben.

Richtig ist – das war auch der Sinn der Evaluierungsmaßnahmen der letzten Jahre –, dass nicht jede Dienststelle gleichmäßig mit der Gießkanne mehr Stellen bekam. Die Evaluierungsberichte der letzten Jahre, die unter anderem der Frage nachgingen, was im Grenzbereich geschehen ist, müssen wir ernst nehmen; denn diese Berichte haben ergeben, dass es Dienststellen gibt, die bei Einsatz und Arbeit weit über dem Landesdurchschnitt belastet sind, während manche andere Dienststelle unterdurchschnittlich belastet ist. Da ist es doch logisch, liebe Kolleginnen und Kollegen – alles andere wäre ungerecht –, dass diejenigen Dienststellen als erste zusätzliches Personal bekommen, bei denen sich in der Evaluierung eine Überlastung herausgestellt hat.

(Beifall des Abgeordneten Albert Füracker (CSU))

Diejenigen, die sich in der Evaluierung als eher unterdurchschnittlich belastet herausgestellt haben, können dementsprechend in der ersten Zuteilungswelle nicht dabei sein. Da darf ich natürlich jetzt nicht ausgerechnet die wenigen, die nicht dabei sind, herausgreifen und beklagen, sie hätten niemanden bekommen. Wenn das Ganze sinnvoll sein soll und ich nicht nur mit der Gießkanne herumfuhrwerke, sondern sehe, wo es wirklichen Arbeitsanfall gibt, muss ich die entsprechende Verteilung vornehmen.

(Beifall bei der CSU)

Genau auf diese Weise gehen wir vor, und wir werden das auch im kommenden Jahr fortsetzen. Im Moment gehen wir davon aus, dass auch im Jahre 2013 rund 740 Kollegen in den Ruhestand gehen werden. Es ist im Haushaltsentwurf sichergestellt, dass wir auch im nächsten Jahr den Dienststellen deutlich über 1.000 neue Kolleginnen und Kollegen zuteilen können. 2014 wird das Verhältnis dann noch besser sein.

(Beifall bei der CSU)

Das ist eine positive Entwicklung, und darauf können wir stolz sein. Ich war in der letzten Woche auf der Innenministerkonferenz in Rostock. Da haben wir uns auch mit solchen Fragen befasst. Mit unserer Personalentwicklung in der bayerischen Polizei steht Bayern einmalig in der gesamten Bundesrepublik da.

(Beifall bei der CSU)

Die anderen Bundesländer sind froh, ihr Personal überhaupt halten zu können. Etliche Bundesländer kürzen sogar. Sie bauen bei der Polizei ab. Das ist bei uns nicht der Fall. Im Interesse der Sicherheit der Menschen investieren wir weiter, und zwar sowohl in die Zahl der Mitarbeiter als auch in die Sachausstattung. Wir werden auch im neuen Jahr mit den vom Haushaltsausschuss beschlossenen zusätzlichen Mitteln für eine angemessene Sachausstattung sorgen können. Es werden neue Fahrzeuge beschafft und neue Computer in den Dienststellen aufgestellt. Wir erreichen damit weiterhin eine gute Ausstattung. Das alles geschieht – das bitte ich zu berücksichtigen – allein mit dem Ziel bestmöglicher Sicherheit für die Menschen im Lande.

Natürlich gehört auch die Motivation der Mitarbeiter dazu. Da kann ich Ihnen nur Folgendes sagen: In den letzten sechs Jahren sind in Bayern ziemlich genau 30.000 Beförderungen für die Polizeibeamten ausgesprochen worden. Das gilt natürlich nicht für jeden Einzelnen, aber rein statistisch in der Gesamtsumme ist jeder bayerische Polizeibeamte in den letzten sechs Jahren einmal befördert worden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Statistisch ist das wirklich gut!)

Nach den aktuellen Zahlen des jetzt vorliegenden Haushaltsentwurfs wird sich dieses Beförderungsniveau auch in den nächsten zwei Jahren fortsetzen.

Damit sage ich Ihnen ganz deutlich, dass die bayerische Polizei – in manchen Diskussionsrunden sage ich das lieber etwas leiser, aber es ist ganz eindeutig – in den Beförderungszeiten über dem Schnitt des öffentlichen Dienstes insgesamt liegt. Daher kann man sich über die Beförderungssituation der Polizei im Vergleich zu anderen Be-

reichen des öffentlichen Dienstes in Bayern wirklich nicht beklagen. Das ist richtig und wichtig so; denn gerade der Polizeiberuf ist besonders belastend, weil er für die allermeisten mit Schichtdienst verbunden und mit besonderen Risiken behaftet ist. Aber, wie gesagt, es gibt wirklich keinen Grund, hier Wehklagen anzustimmen.

Vielmehr möchte ich mich an dieser Stelle für die große, engagierte Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Polizei herzlich bedanken. Dass wir in puncto innerer Sicherheit die Nummer 1 in Deutschland sind und dass wir die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote verzeichnen, ist das Ergebnis großartiger Leistungen unserer Polizeibeamtinnen und -beamten. Deshalb können die Menschen in Bayern sicherer leben als anderswo. Dafür sind wir dankbar, und darauf können wir gemeinsam stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will nicht versäumen, in diesen Dank ausdrücklich die vielen Ehrenamtler im Bereich der Feuerwehren und der Rettungsdienste einzubeziehen. Der Doppelhaushalt schafft auch in diesen Bereiche die Grundlage dafür, die Sachausstattung zu unterstützen, sei es die Beschaffung von Fahrzeugen bei der Feuerwehr, seien es neue Feuerwehrhäuser oder neue Rettungsfahrzeuge im Katastrophenschutzbereich und vieles andere mehr. Wir unterstützen diese Sachausstattung. Im wahrsten Sinne aber unbezahlbar ist das Engagement von 470.000 Männern und Frauen im Bereich der Feuerwehren und der Rettungsdienste. Davon leisten 450.000 Menschen ehrenamtliche Arbeit. Das ist ein wirklich großartiges Engagement. Dank dieses Engagements können wir uns alle Tag und Nacht darauf verlassen, dass diese Menschen unsere Sicherheit garantieren. Wir können uns auf deren Einsatz verlassen. An diese Ehrenamtler in unserem Land wie auch an alle anderen Rettungskräfte ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich komme zur Staatsbauverwaltung und möchte auf die zum Staatsstraßenbau gemachten Anmerkungen erwidern: Ich freue mich, dass Herr Kollege Mütze wenigstens in einem Nebensatz festgehalten hat, dass in den letzten beiden Jahren und mit diesem Doppelhaushalt die Verstetigung erreicht wurde, die in der Tat notwendig ist. Ich mache kein Hehl daraus, dass die Mittelausstattung im Staatsstraßenbau vor etlichen Jahren zeitweilig einfach zu niedrig war. Ich halte dies trotzdem für richtig und vertretbar im Hinblick darauf, dass es damals darum ging, keine neuen Schulden zu machen. Jetzt, wo der Spielraum wieder da ist, müssen wir aber mehr Geld investieren. Das geschieht. Ich bin dankbar, dass die Koalitionsfraktionen mit ihren Anträgen dafür sorgen, dass wir diese Verstetigung bekommen.

Wenn wir in den nächsten Jahren im Staatsstraßenbau auf diesem Niveau fortfahren können, werden wir die Defizite früherer Jahre wieder ausgleichen können, werden im Unterhalt gut aufgestellt sein und können gleichzeitig Wünsche im Interesse der Verkehrssicherheit und zum Bau neuer Ortsumgehungen erfüllen. Wir wollen diese Themen konsequent voranbringen.

Mit diesem Haushalt haben wir für die Oberste Baubehörde ein starkes Investitionsvolumen sichergestellt. Dabei sind wir beim Hochbau in erster Linie Dienstleister für die anderen Ressorts, bei denen die entsprechenden Hochbaumittel ausgewiesen sind. Wir werden auch in den nächsten beiden Jahren im Freistaat Bayern kräftig investieren. Wir investieren in die Zukunft dieses Freistaats. Daran hat die Bayerische Staatsbauverwaltung einen wirklich starken Anteil.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt haben wir es in den beiden Einzelplänen 03 A und 03 B des Innenministeriums mit etwa 62.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun. Sie sind in der Inneren Verwaltung, der Polizei, der Staatsbauverwaltung und allem, was dazugehört, tätig. Diese 62.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen eine großartige Dienstleistung für die Menschen in unserem Land. Natürlich wird immer wieder gern über die Bürokratie und die Schattenseiten von zuviel Verwaltung geklagt. Wenn man aber in den letzten Monaten und Jahren die Nachrichten aus

manchen anderen, auch europäischen Ländern verfolgt hat, weiß man wieder zu schätzen, was eine engagierte Verwaltung, was engagierte und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Staatsverwaltung zum Gelingen eines geordneten Zusammenlebens beitragen. Sehen wir uns einmal an, wie marode in diesen Ländern die Staatsverwaltung dasteht. Für die Funktionsfähigkeit eines Landes hat es dramatische Folgen, wenn die Staatsverwaltung nicht richtig organisiert ist, egal ob es um die Steuerverwaltung, um den Straßenbau oder um die Sicherheit geht. Unsere Mitarbeiter leisten die notwendige Begleitung von wirtschaftlichem Wachstum, sicheren Arbeitsplätzen und sorgen für ein sicheres Zusammenleben und damit für Lebensqualität in unserem Lande.

95 bis 98 % der Menschen in Bayern sagen: Ja, wir leben gern in diesem Lande, es ist schön, hier zu leben. Ich bin der festen Überzeugung, dass unser öffentlicher Dienst mit seiner Qualität, seinem Engagement und seiner Dienstleistung für die Menschen in unserem Land dazu ganz erheblich beiträgt. Deshalb will ich all unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dafür ein herzliches Dankeschön sagen.

(Beifall bei der CSU, der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass die Einzelpläne 03 A und 03 B die richtigen Grundlagen dafür schaffen, dass wir auch in den nächsten beiden Jahren erfolgreich für die Sicherheit der Menschen, für eine geordnete Verwaltung und für einen guten Bau an der Zukunft Bayerns sorgen können. Dafür herzlichen Dank.

Ich danke allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für die gute Beratung und wünsche in der Umsetzung dessen, was hier finanziell grundgelegt wird, allen Mitarbeitern viel Erfolg. Ein herzliches Dankeschön dem Hohen Haus. Ich bitte Sie herzlich um Ihre Zustimmung zu diesen beiden Einzelplänen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Staatsminister Herrmann. Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, weshalb die Aussprache geschlossen werden kann und wir zur Abstimmung schreiten können. Die Tagesordnungspunkte werden hierzu wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Tagesordnungspunkt 8 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 03 A, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14215 mit 16/14236, 16/14253, 16/14353 mit 16/14357, 16/14458 und 16/14809 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15016 zugrunde.

Der Einzelplan 03 A wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit der in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 16/15016 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 A mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 03 A mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen in der Mitteilung vor.

(Siehe Anlage 1)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/15016 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14458 und 16/14809 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 A ist damit abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 9. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 03 B, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14237 mit 16/14240, 16/14254 mit 16/14257, 16/14358 mit 16/14363, 16/14459 und 16/14460 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/14994 zugrunde. Der Einzelplan 03 B wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/14994 genannten Änderungen zur Abstimmung empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 03 B mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Sie wissen, dass für die Stimmabgabe Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und beim Stenografentisch bereitstehen. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden; sie wird fünf Minuten dauern.

(Namentliche Abstimmung von 11.41 bis 11.46 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte seien Sie so nett und nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein; denn wir haben jetzt noch weitere Abstimmungen vorzunehmen, und ich hätte gern die Übersicht. – Danke. Mit der Auszählung kann außerhalb des Saales begonnen werden. Das Ergebnis erfahren Sie dann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bevor wir den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen, möchte ich oben auf der Ehrentribüne ganz herzlich eine Delegation aus Tschechien begrüßen, Herrn Jaromir Jermár – ich habe den Namen hoffentlich richtig ausgesprochen –, Senator, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Tschechischen Parlaments,

(Allgemeiner Beifall)

und Herrn Josef Hlobil, Generalkonsul der Tschechischen Republik. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Führen Sie erfolgreiche Gespräche in unserem Haus; uns liegt sehr an einer Verbindung.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Wir können auch gleich noch das Ergebnis der Abstimmung zum Einzelplan 03 B bekannt geben: Mit Ja haben 93 gestimmt, mit Nein stimmten 67. Stimmenenthaltungen gab es keine.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Damit ist der Einzelplan 03 B mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfra-

gen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 3)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, FDP, SPD, FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? - Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Dann ist das so beschlossen. Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14994 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14459 und 16/14460 ihre Erledigung gefunden haben. Damit ist die Beratung des Einzelplans 03 B abgeschlossen.

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

Dem Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/14996) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dem Einzelplan 08 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15018) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014; Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dem Einzelplan 15 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15030) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

Dem Einzelplan 13 wird unter Berücksichtigung der in der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen (Drs. 16/15019) genannten Änderungen zugestimmt.

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt,

- die erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen,
- den Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schluss-Summe des Haushaltsplans) entsprechend anzupassen und
- die Ansätze bei Kap. 13 06 Tit. 351 01 (Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) zwischen den Haushaltsjahren 2013 und 2014 insoweit haushaltsneutral zu verschieben, als dies zum Ausgleich einer bei den parlamentarischen Beratungen vom Regierungsentwurf und den Nachschublisten abweichenden Verteilung der Ansätze bei Kap. 13 03 Tit. 893 05 (Verstärkung von Investitionsmaßnahmen), bei Kap. 13 03 Tit. 686 49 (Bayerisches Kulturkonzept) und bei Kap. 15 05 Tit. 686 49 (Erweiterung des Bayerischen Kulturkonzepts) erforderlich ist.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 16/13465, 16/15102

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern
für die Haushaltsjahre 2013 und 2014
(Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014)**

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

630–2–19–F

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 – HG 2013/2014)

Art. 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 wird in Einnahmen und Ausgaben

1. für das Haushaltsjahr 2013 auf 47 376 313 300 € und
2. für das Haushaltsjahr 2014 auf 48 965 561 500 €

festgestellt.

Art. 2

Kreditermächtigungen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben für Investitionen folgende Kredite am Kreditmarkt aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2013 bis zur Höhe von Null €,
2. im Haushaltsjahr 2014 bis zur Höhe von Null €,
3. die in den vorausgegangenen Haushaltsjahren genehmigten Kreditmittel, soweit sie bis zum Ablauf des Haushaltsjahres 2012 nicht aufgenommen wurden und zur Deckung noch benötigt werden.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zweckgebundene Darlehen aus Mitteln des Bundes, die zur Förderung des Städtebaus gewährt werden, bis zu folgender Höhe aufzunehmen:

1. im Haushaltsjahr 2013 bis zur Höhe von 150 000 €,
2. im Haushaltsjahr 2014 bis zur Höhe von 150 000 €.

²Diese Ermächtigung erhöht oder vermindert sich insoweit, als die zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Darlehen die im Haushalt veranschlagten Beträge überschreiten oder hinter ihnen zurückbleiben.

(3) ¹Die Kreditermächtigung des Abs. 1 erhöht sich um die Beträge, die bei den Kapiteln 13 06 und 13 60 im betreffenden Haushaltsjahr zur Tilgung von Krediten am Kreditmarkt sowie zur Kursstützung von Staatsanleihen erforderlich sind; sie erhöht sich ferner um die Beträge, die zur Umfinanzierung von Krediten auf Grund längerer Laufzeiten oder sonstiger günstigerer Bedingungen notwendig werden. ²Das Staatsministerium der Finanzen darf im Rahmen von Kreditfinanzierungen ergänzende Vereinbarungen treffen, die der Steuerung von Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen. ³Die Ermächtigung nach Satz 1 Halbsatz 1 vermindert sich

1. im Jahr 2013 um 520 000 000 €,
2. im Jahr 2014 um 540 000 000 €

(Nettotilgung).

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, ab November eines Haushaltsjahres im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres Kredite bis zur Höhe von zwei v.H. des in Art. 1 für das laufende Jahr festgestellten Betrags aufzunehmen. ²Die nach Satz 1 aufgenommenen Kredite sind auf die Kreditermächtigung des nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(5) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der Betriebsmittel des Staates Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von acht v.H. des festgestellten Haushaltsvolumens aufzunehmen. ²Über diesen Betrag hinaus kann das Staatsministerium der Finanzen weitere Kassenverstärkungskredite aufnehmen, soweit es von der Kreditermächtigung nach Abs. 1 keinen Gebrauch macht.

Art. 3 Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

(1) Die Staatsregierung kann bei einer allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zusätzliche Ausgaben beschließen, wenn und soweit hierfür zusätzliche Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104b Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Verfügung stehen.

(2) Soweit die in Abs. 1 genannten Mittel zur Leistung von zusätzlichen Ausgaben gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft nicht ausreichen, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, über die in Art. 2 erteilten Kreditermächtigungen hinaus Kredite bis zur Höhe von 100 000 000 € aufzunehmen.

(3) ¹Im Fall einer die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigenden Nachfrageausweitung kann die Staatsregierung das Staatsministerium der Finanzen ermächtigen, die Verfügung über bestimmte Ausgabemittel, den Beginn von Baumaßnahmen und das Eingehen von Verpflichtungen zulasten künftiger Haushaltsjahre von seiner Einwilligung abhängig zu machen. ²Das Staatsministerium der Finanzen hat die dadurch nach Ablauf eines Haushaltsjahres frei gewordenen Mittel, soweit sie nicht zur Verminderung des Kreditbedarfs verwendet werden können, einer Ausgleichsrücklage zuzuführen.

Art. 4 Haushaltswirtschaftliche Sperren

(1) Die Staatsregierung kann das Staatsministerium der Finanzen, unbeschadet seiner Befugnisse gemäß Art. 41 BayHO, ermächtigen, im Benehmen mit dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags zur Erwirtschaftung der bei Kap. 13 03 Tit. 972 01 veranschlagten Minderausgabe die Ausgabemittel im erforderlichen Umfang zu kürzen oder zu sperren.

(2) Nach Abs. 1 und nach Art. 41 BayHO gesperrte Beträge sind in der Haushaltsrechnung als Minderausgabe nachzuweisen.

(3) Daneben sind aus Bundesmitteln finanzierte Ausgaben zu sperren, soweit auf Grund von Etatentscheidungen des Bundes absehbar ist, dass gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplan geringere Bundesmittel eingehen werden.

Art. 5 Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung

Art. 18 Abs. 1 der Haushaltsordnung des Freistaates Bayern – Bayerische Haushaltsordnung – BayHO – (BayRS 630-1-F), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 14. April 2011 (GVBl S. 150), wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.
2. Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Die Verschuldung am Kreditmarkt ist bis 2030 abzubauen; die konjunkturelle Entwicklung ist dabei zu berücksichtigen.“

Art. 6 Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die Stellenpläne für planmäßige Beamte und Richter, Beamte und Richter auf Zeit, Beamte und Richter auf Probe (Titel 422 01 bis 422 06 und Titel 422 11 bis 422 15), für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25), für abgeordnete Beamte und Richter (Titel 422 31 bis 422 35), sowie für Arbeitnehmer (Titel 428 01 bis 428 07) gebunden. ²Bei der Bewirtschaftung der Stellenpläne und der Personalausgaben sind neben den folgenden Abs. die Nrn. 2 und 3 der Durchführungsbestimmungen verbindlich zu beachten.

(2) ¹Die im Haushaltsplan 2013 neu ausgebrachten Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen nicht vor dem 1. Oktober 2013 und die im Haushaltsplan 2014 neu ausgebrachten Stellen nicht vor dem 1. Oktober 2014 besetzt werden; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Einzelfällen Ausnahmen zulassen. ²Frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer dürfen frühestens nach Ablauf von drei Monaten vom Tag des Freiwerdens an besetzt werden (Wiederbesetzungssperre); dies gilt auch für Stellen in Titelgruppen und für Stellen, die bei den Titeln 428 21 und 428 22 veranschlagt sind; für institutionell geförderte Zuwendungsempfänger gilt die Wiederbesetzungssperre sinngemäß. ³Satz 2 gilt nicht bei einer Neueinstellung eines schwerbehinderten Menschen. ⁴Die zuständige oberste Dienstbehörde kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen in besonderen Fällen Ausnahmen von Satz 2 zulassen. ⁵Abweichend von Art. 50 Abs. 1 Satz 2 BayHO können in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 kw-Vermerke, die im Rahmen der Neugliederung der Geschäftsbereiche oder der Verwaltungsreform auszubringen sind, mit einer zeitlichen Einschränkung versehen werden.

(3) Bei der Stellenbesetzung ist Folgendes zu beachten:

1. Innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel können, soweit und solange dienstliche Bedürfnisse es erfordern, die im Haushaltsplan ausgebrachten Planstellen und Stellen nach folgenden Maßgaben auch anderweitig besetzt werden:

a) ¹Freie und besetzbare Planstellen und andere Stellen können wie folgt besetzt werden:

aa) Stellen für planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.)

- durch planmäßige Beamte oder Richter (Titel 422 0.),
- durch Beamte oder Richter auf Zeit, durch Beamte oder Richter auf Probe sowie durch abgeordnete Beamte oder Richter (Titel 422 3.),
- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0., 428 2. und 428 30) oder
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.).

bb) Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25)

- durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst mit gleichem oder niedrigerem Anwärtergrundbetrag (Art. 77 BayBesG),
- in Kapitel 03 18 durch Polizeioberwachmeister der BesGr A 5 oder
- durch Dienstanfänger.

cc) Stellen für Arbeitnehmer (Titel 428 0.)

- durch Arbeitnehmer (Titel 428 0.),
- durch Arbeitnehmer (Titel 428 2.),
- durch Arbeitnehmer für sonstige Hilfsleistungen und dergleichen (Titel 428 1.) oder
- durch Auszubildende.

²Die in Satz 1 genannten Stellenbesetzungen dürfen nur mit Beschäftigten gleicher oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppen vorgenommen werden; bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte durch Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Titel 422 21 bis 422 25) sind für die zu besetzenden Planstellen die Eingangsämter maßgebend, in die die Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes voraussichtlich eintreten. ³Planstellen mit einer Amtszulage (Art. 34 Abs. 1 BayBesG), mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen (Art. 34 Abs. 2 BayBesG), mit einer besonderen Amtszulage (Art. 27 Abs. 3 BayBesG) und/oder mit einer be-

sonderen Zulage für Richter (Art. 56 BayBesG) gelten als eigene Besoldungsgruppe. ⁴Gleiches gilt für Planstellen mit einer Stellenzulage (Art. 51 BayBesG), soweit der Ausweis der Stellenzulage im Haushaltsplan durch Gesetz oder Rechtsverordnung vorgeschrieben ist. ⁵Planstellen derselben Besoldungsgruppe mit einer Amtszulage oder mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen gelten bei der Stellenverrechnung als gleichwertig; dies gilt nicht, wenn Planstellen sowohl mit einer Amtszulage als auch mit einer Zulage für besondere Berufsgruppen ausgebracht sind. ⁶Soweit gemäß Satz 1 Doppelbuchst. aa Planstellen der Titel 422 0. durch Arbeitnehmer (Titel 428 30) besetzt werden, sind die Ausgaben bei Titel 428 07 nachzuweisen.

- b) Ein Beamter, der vom Landtag auf Grund der Verfassung oder auf Grund eines Landesgesetzes gewählt wurde, kann nach dem Ende seiner Amtszeit bis zur Einweisung in eine für ihn geeignete Planstelle auf einer Planstelle niedrigerer Wertigkeit, mindestens jedoch der Besoldungsgruppe A13, verrechnet werden.
 - c) ¹Auf Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst bzw. auf Stellen für Polizeivollzugsbeamte in Ausbildung (Titel 422 21 bis 422 25) dürfen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen bis zur Bekanntmachung des nächsten Haushaltsgesetzes Beamte auf Probe oder Beamte auf Lebenszeit im jeweiligen Eingangsamts verrechnet werden. ²Die Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen ist nicht erforderlich, wenn die Verrechnung sechs Monate nicht überschreitet und die dadurch entstehenden Mehrkosten an geeigneter Stelle bei den Personalausgaben des entsprechenden Einzelplans zusätzlich eingespart werden.
 - d) ¹Von den Stellenplänen für tarifliche Arbeitnehmer darf vorübergehend nur dann abgewichen werden, wenn Höhergruppierungen von Arbeitnehmern auf Grund für den Freistaat Bayern verbindlicher, im Lauf des Haushaltsjahres in Kraft tretender neuer Tarifverträge durchzuführen sind. ²Nach Möglichkeit sind hierfür jedoch besetzbare freie Stellen zu verwenden. ³In der Aufzeichnung über die Stellenbesetzung ist die höhere Eingruppierung unter Hinweis auf den entsprechenden Tarifvertrag zu vermerken.
 - e) Nr. 3 der Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz bleibt unberührt.
2. Beamte, die auf Grund des Art. 53 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung befristeter Funktionen) oder Art. 54 BayBesG (Zulage für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes) Besoldung entsprechend einer höheren Besoldungsgruppe erhalten, sind, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, in eine Planstelle dieser Besoldungsgruppe einzuweisen.
 3. ¹Beamte oder Arbeitnehmer, die auf Grund gesetzlicher oder tariflicher Vorschrift für ihre Person betragsmäßig dauerhaft Besoldung oder Entgelte einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe erhalten, sind in die nächste besetzbar werdende (Plan-) Stelle dieser oder einer höheren Besoldungs- oder Entgeltgruppe einzuweisen. ²Für den Ausgleich von Amtszulagen, Zulagen für besondere Berufsgruppen und besonderen Amtszulagen gilt Entsprechendes. ³Satz 1 gilt nicht für Zulagen gemäß Art. 57 BayBesG.
 4. ¹Nr. 3 gilt entsprechend, wenn Arbeitnehmern höherwertige Tätigkeiten übertragen werden sollen und dadurch tarifrechtliche Ansprüche auf Höhergruppierung begründet werden oder bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L eine Zulage zu zahlen ist. ²Dies gilt jedoch nicht bei einer vorübergehenden Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit nach § 14 TV-L für die Zeit der Vertretung eines erkrankten Bediensteten, für die Zeit der Vertretung einer Bediensteten, die den Beschäftigungsverboten nach dem Mutterschutzgesetz unterliegt, oder für die Zeit der vollumfänglichen Urlaubsvertretung.
 5. Wird einem Bediensteten Elternzeit gewährt, kann zur Überbrückung eines unabweisbaren Aushilfsbedarfs das ganze oder teilweise freie Stellengehalt der betreffenden Stelle für die Beschäftigung von Aushilfskräften verwendet werden.
 6. ¹Wird eine Elternzeit zur Inanspruchnahme der Schutzfristen der § 2 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 BayMuttSchV vorzeitig beendet, so ist die Beamtin während der Schutzfristen in eine zur Verrechnung ihrer Bezüge geeignete freie und besetzbare Planstelle ihrer Verwaltung einzuweisen. ²Bis zu einer Einweisung in eine geeignete freie und besetzbare Planstelle ist die Beamtin während der Schutzfristen auf einer freien und besetzbaren Planstelle einer um bis zu vier Besoldungsgruppen niedrigeren Besoldungsgruppe zu führen. ³Ist eine Einweisung im Sinn der Sätze 1 und 2 mangels freier und besetzbarer Planstellen oder auf Grund einer geplanten zwingend notwendigen Inanspruchnahme der Planstellen nicht möglich und wurde

die Beamtin während der Elternzeit auf einer Leerstelle geführt, kann die Beamtin vorübergehend, maximal für die Dauer der Schutzfristen, weiterhin auf der Leerstelle geführt werden. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten für Arbeitnehmerinnen entsprechend.

7. Im Übrigen sind Abweichungen bei der Stellenbesetzung nur in besonderen unvorhergesehenen und unabweisbaren Einzelfällen mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen kostenneutral möglich.

(4) ¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48, dem Kapitel 15 50 sowie in den Kapiteln 15 59 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht. ²Veränderungen im Bereich der (Plan-) Stellen für die Hochschulverwaltung bedürfen der vorherigen Zustimmung durch das Staatsministerium der Finanzen. ³Aus den abweichend vom Stellenplan neu festgesetzten Wertigkeiten dürfen sich keine höheren Personalkosten ergeben, als es dem Gegenwert der umgewandelten Stellen entspricht. ⁴Im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule können Stellen nach Kapitel 15 28 bzw. 15 49 umgesetzt und vom Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst den vorgenannten Kapiteln zur Abdeckung eines unabweisbaren Personalbedarfs zugewiesen werden. ⁵Hierbei können die Stellenwertigkeiten kostenneutral neu festgelegt werden. ⁶Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die Wertigkeiten der in Kapitel 13 30 Titelgruppe 56 und Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 ausgebrachten (Plan-) Stellen kostenneutral neu festzusetzen.

(5) ¹Sind im Vollzug von Art. 25 Abs. 1 und 6 des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen Beamte oder Arbeitnehmer in den Staatsdienst zu übernehmen, so gelten die dafür erforderlichen (Plan-) Stellen zusätzlich in der entsprechenden Wertigkeit für die Dauer von zwei Jahren als im Staatshaushalt bewilligt. ²Nach diesem Zeitraum sind diese Beschäftigten in andere geeignete, freie und besetzbare (Plan-) Stellen einzuweisen. ³Soweit bei der entsprechenden Verwaltung hierfür keine geeigneten (Plan-) Stellen zur Verfügung stehen, gelten Leerstellen der entsprechenden Wertigkeit als bewilligt; Art. 50 Abs. 5 BayHO ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Im Rahmen des Bayerischen Genomforschungsnetzwerks, des Biosystemforschungsnetzwerks einschließlich Kernzentrum, des Bayerischen Forschungsnetzwerks Immuntherapie, des Professorinnenprogramms, des Energiecampus Nürnberg, des Technologietransfers, des Wettbewerbs „Aufstieg durch Bildung: offene Hochschulen“, des „gemeinsamen Programms des Bundes und der Länder für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre“ und zur Einrichtung von Projekten in den drei Förderlinien im Rahmen der Exzellenzinitiative wird das Staatsministerium der Finanzen zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer ermächtigt. ²Die Stellen erhalten den Vermerk „kw mit Auslaufen der Finanzierung“. ³Im Fall der Exzellenzinitiative können gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Schaffung von Planstellen und Stellen für Arbeitnehmer aus Zuwendungen Dritter und aus Studienbeiträgen bis zu 75 v.H. des Beitragsaufkommens ermächtigt. ²Diese Stellen dürfen nur so lange in Anspruch genommen werden, als die Personalaufwendungen (im Fall von Planstellen grundsätzlich mit Versorgungszuschlag) aus Studienbeiträgen finanziert werden können oder von dritter Seite erstattet werden und die Anschlussfinanzierung gesichert ist. ³Gesetzliche und arbeitsvertraglich vereinbarte Beihilfeleistungen für Beamte und Arbeitnehmer auf nach Satz 1 geschaffenen Planstellen bzw. Stellen können abweichend von Satz 2 auch zulasten der Beihilfeansätze bei Kapitel 15 02 Titelgruppe 61 bis 65 gewährt werden, wenn die betreffenden Dienststellen im Gegenzug einen Beitrag in Höhe des Durchschnittsbetrags der jährlichen Beihilfe- und Verwaltungsaufwendungen pro Beihilfeanspruch an den Staatshaushalt abführen; das Staatsministerium der Finanzen teilt den betroffenen Dienststellen die nach den Aufwendungen des Vorjahres zu bestimmenden Beträge mit. ⁴Auf diesen Stellen geführtes Lehrpersonal hat grundsätzlich die volle Lehrverpflichtung zu erbringen.

(8) ¹Zuschläge zur Sicherung der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit gemäß Art. 60 BayBesG sowie Anwärtersonderzuschläge gemäß Art. 78 BayBesG dürfen nur geleistet werden, soweit hierfür im Haushaltsplan Ausgabemittel veranschlagt sind. ²In den Haushaltsjahren 2013 und 2014 sind für Zuschläge gemäß Art. 60 BayBesG Ausgabemittel für 196 Vergabemöglichkeiten veranschlagt; Ausgabemittel für Zuschläge gemäß Art. 78 BayBesG sind nicht veranschlagt.

(9) ¹Die im Haushaltsplan 2013 im Rahmen der Reduzierung der Arbeitszeit der Beamten neu ausgebrachten, in der jeweiligen Überschrift der Erläuterungen mit dem Klammerzusatz „(Arbeitszeitverkürzung)“ gekennzeichneten, Stellen dürfen abweichend von Abs. 2 Satz 1 ab 1. August 2013 in Anspruch genommen werden. ²Abweichend von Satz 1 können die Stellen kostenneutral auch früher in Anspruch genommen werden; die abweichende Inanspruchnahme bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(10) Die im Haushaltsplan 2013 im Rahmen des Neuen Dienstrechts in Bayern kostenwirksam gehobenen Stellen dürfen erst ab 1. Juli 2013 in ihrer neuen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

(11) Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen kostenneutral bis zu 50 (Plan-)Stellen innerhalb des Einzelplans 08 in das Kapitel 08 20 zur Errichtung eines Kompetenzzentrums für Ernährung umzusetzen, das verwaltungsmäßig in die Landesanstalt für Landwirtschaft eingebunden ist.

(12) Art. 68 Abs. 1 Sätze 2 und 3 BayBesG sind mit der Maßgabe anzuwenden, dass jeweils an die Stelle des Betrags „12 200 000 €“ der Betrag „8 800 000 €“ und an die Stelle des Vmhundertsatzes „0,2“ der Vmhundertsatz „0,14“ tritt.

(13) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Ausbau der bayerischen Hochschulen zu lasten der bei Kapitel 15 06 Titelgruppe 86 zusätzlich eingehenden Bundesmittel bis zu 400 (Plan-) Stellen zu schaffen. ²Hierbei kann eine abweichende Besetzbarkeit festgelegt werden. ³Die Stellen erhalten den Vermerk „200 Stellen kw zum 01.04.2023, 200 Stellen kw zum 01.04.2024“.

(14) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, aus den bei Kap. 15 70 Tit. 633 01 und Tit. 637 01 veranschlagten Mitteln (Plan-)Stellen zur Verstaatlichung des Glasmuseums Frauenau sowie des Porzellanikons in Selb und Hohenberg an der Eger zu schaffen. ²Eine Ausweitung des Stellenbestands ist hierdurch nicht möglich.

(15) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts, zur Deckung des personellen Bedarfs in den Rechenzentren Nord und Süd sowie bei den Regierungen zur Einführung und für den Betrieb der elektronischen Akte (Plan-) Stellen aus den Einzelplänen 02 bis 15 in die Kapitel 03 07, 03 08 und 06 04 umzusetzen und bei Bedarf kostenneutral umzuwandeln. ²Die (Plan-) Stellen können mit einem Vermerk versehen werden, der eine Rückumsetzung und/oder kostenneutrale Rückumwandlung vorsieht.

Art. 6a

Sperre frei werdender Stellen bis 1997

(entfallen)

Art. 6b

Sperre frei werdender Stellen ab 2005

(1) ¹In den Jahren 2005 bis 2019 sind 9 000 frei werdende Stellen für Beamte, Richter und Arbeitnehmer zu sperren (einschließlich der Stellen bei Titel 428 21, der Stellen bei Titel 428 22 des Einzelplans 08 und der Stellen bei Titelgruppen der Einzelpläne 03B und 12), und zwar je 750 Stellen in den Jahren 2005 bis 2008, je 600 Stellen in den Jahren 2009 bis 2014 und je 480 Stellen in den Jahren 2015 bis 2019. ²Die Jahresraten können unbegrenzt überschritten, jedoch jeweils nur um bis zu 75 Stellen unterschritten werden. ³Die Gesamtunterschreitung darf zu keinem Zeitpunkt mehr als 450 Stellen betragen. ⁴Sie muss spätestens im Jahr 2019 ausgeglichen werden. ⁵In die Sperre nicht einbezogen werden Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und Auszubildende sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen.

(2) Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags verteilt die Sperre nach Vorlage eines Berichts der Staatsregierung auf die Einzelpläne; der Bericht ist für jedes Jahr gesondert bis spätestens 1. April vorzulegen.

(3) Werden bei einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durch einen externen Berater im Abschlussbericht Möglichkeiten für einen Stellenabbau aufgezeigt, darf in den untersuchten Bereichen bis zu einer Entscheidung der Staatsregierung über die Umsetzung der Untersuchungsergebnisse nur jede dritte frei werdende Stelle wiederbesetzt werden.

(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der Stellensperre zu erlassen.

(5) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

Art. 6c

Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

(1) ¹In den Jahren 2013 und 2014 sind jeweils 150 freie und frei werdende Stellen gesperrt und der Einstellung zusätzlicher schwerbehinderter Menschen vorbehalten, wobei eine Übererfüllung der Quote des Vorjahres auf die Quote des Jahres 2013 bzw. des Jahres 2014 angerechnet werden kann. ²Die Stellensperre verteilt sich auf die Ressorts im Verhältnis ihres Anteils an den nach dem Teil 2 SGB IX maßgeblichen Arbeitsplätzen des Freistaates Bayern. ³Als Stellen im Sinn des Satzes 1 gelten alle Arbeitsplätze im Sinn des Teils 2 SGB IX.

(2) ¹Können nach Abs. 1 gesperrte Stellen nicht mit neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt werden, so werden in entsprechendem Umfang Stellen, für die gemäß Art. 6 Abs. 1 Stellenbindung besteht, nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 umgesetzt. ²Sie sind grundsätzlich entsprechend dem Stellenbestand des jeweiligen Ressorts zu verteilen.

(3) Das Staatsministerium der Finanzen kann die Amtsbezeichnungen, Wertigkeiten und Stellenzahlen der Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 kostenneutral ändern.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen setzt die Stellen im Kap. 13 03 Tit. 422 05 auf Antrag in andere Verwaltungen für die Neueinstellung schwerbehinderter Menschen um. ²Scheidet ein neu eingestellter schwerbehinderter Mensch innerhalb von zehn Jahren nach der Umsetzung aus dem Staatsdienst aus, fällt die umgesetzte Stelle wieder nach Kap. 13 03 Tit. 422 05 zurück, soweit sie nicht innerhalb eines Jahres wieder mit einem neu eingestellten schwerbehinderten Menschen besetzt wird.

(5) ¹Die Einzelheiten regelt das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen. ²Art. 6b bleibt unberührt.

Art. 6d

Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen

(1) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, Stellen auszubringen, wenn Beamten die Arbeitszeit entsprechend §§ 27 und 29 Abs. 3 BeamtStG (begrenzte Dienstfähigkeit) herabgesetzt wird oder Teilzeitbeschäftigung nach Art. 91 Abs. 1 bis 3 BayBG (Altersteilzeit) bewilligt worden ist und jeweils ein Bedarf besteht, die durch die Herabsetzung der Arbeitszeit bzw. durch die Gewährung von Altersteilzeitbeschäftigung entstehenden personellen Kapazitätsverluste zu ersetzen (Ersatzstellen).

(2) ¹Als Ausgleich für einen begrenzt dienstfähigen Beamten kann für die Dauer der begrenzten Dienstfähigkeit eine Ersatzstelle in der gleichen Wertigkeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle fällt mit dem Ende der begrenzten Dienstfähigkeit weg. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist auf den dem Gehaltsbruchteil entsprechenden Stellenbruchteil beschränkt, der sich aus der Differenz der Besoldung gemäß Art. 7 BayBesG und der Besoldung gemäß Art. 6 BayBesG ergibt. ⁴Ändert sich der Umfang der begrenzten Dienstfähigkeit, ändert sich der Stellenbruchteil entsprechend. ⁵Wird der Beamte während der begrenzten Dienstfähigkeit befördert, ändert sich die Wertigkeit des Stellenbruchteils entsprechend.

(3) ¹Als Ausgleich für einen Beamten in Altersteilzeit kann in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayBG (Teilzeitmodell) mit Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung, in den Fällen des Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayBG (Blockmodell) mit Beginn der Freistellungsphase jeweils bis zum Ende der Altersteilzeitbeschäftigung eine Ersatzstelle in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden. ²Die Ersatzstelle kann auch bis zur Wertigkeit der Planstelle des Beamten in Altersteilzeit ausgebracht werden, wenn die dadurch entstehenden Mehrkosten durch eine entsprechende Stellensperre bei den gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gebundenen Stellen ausgeglichen werden. ³Die Ersatzstelle fällt mit Ablauf der Altersteilzeitbeschäftigung weg. ⁴Die Ausbringung der Ersatzstelle ist im Fall des Blockmodells auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil, im Fall des Teilzeitmodells auf 40 v.H. des durchschnittlichen Stellenbruchteils beschränkt. ⁵Der durchschnittliche Stellenbruchteil entspricht dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung.

(4) ¹Der Unterschied zwischen dem durch den Beamten in Altersteilzeit ohnehin belegten Stellenanteil und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 ist bis zum Wegfall der Ersatzstelle gesperrt. ²Im Anschluss daran kann der durchschnittliche Stellenbruchteil nach Ablauf der Wiederbesetzungssperre (Art. 6 Abs. 2) wieder besetzt werden.

(5) Für Lehrer an öffentlichen Schulen ist für jeden Altersteilzeitfall, bei dem eine Ersatzstelle ausgebracht wird, ein Bruchteil von $\frac{1}{18}$ einer Planstelle mindestens in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten in Altersteilzeit zu sperren, wenn der Beginn der Altersteilzeitbeschäftigung vor dem 1. Januar 2004 liegt; beginnt die Altersteilzeitbeschäftigung nach dem 31. Dezember 2003, beträgt die Sperre $\frac{1}{12}$.

(6) ¹Abs. 1 bis 4 gelten für die Altersdienststermäßigung bei Richtern (Art. 8c BayRiG) und für die begrenzte Dienstfähigkeit bei Richtern (Art. 78a BayRiG) entsprechend. ²Der durchschnittliche Stellenbruchteil im Sinn des Abs. 3 Satz 5 entspricht in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 1 BayRiG (Teilzeitmodell), in den Fällen des Art. 8c Abs. 2 Nr. 2 BayRiG (Blockmodell) und in den Fällen des Art. 8c Abs. 3 Satz 1 BayRiG (modifiziertes Blockmodell) dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten fünf Jahre vor Beginn der Altersdienststermäßigung, höchstens jedoch dem durchschnittlichen Gehaltsbruchteil der letzten zwei Jahre vor Beginn der Altersdienststermäßigung. ³Die Ausbringung der Ersatzstelle ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells zeitlich auf die Freistellungsphase und im Umfang auf den durchschnittlichen Stellenbruchteil beschränkt. ⁴Ist in den Fällen des modifizierten Blockmodells die Differenz aus dem fiktiven Stellenbruchteil, der dem während der Arbeitsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Dienst-Anteil entspricht, und dem durchschnittlichen Stellenbruchteil größer als Null, ist diese Differenz vorrangig während der Arbeitsphase wertmäßig zu sperren.

(7) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bei Arbeitszeitmodellen mit einer längerfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit, die zu einer zeitweisen völligen Freistellung von der Arbeitsleistung (Freistellungsphase) führen, für die Dauer der Freistellungsphase eine Ersatzstelle auszubringen. ²Die Ersatzstelle wird in der Wertigkeit des Bediensteten ausgebracht, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt. ³Der Umfang der Ersatzstelle ist auf den Stellenbruchteil begrenzt, der dem während des Arbeitszeitmodells außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitananteil entspricht. ⁴Die Ersatzstelle kann nur mit einem bis zur Beendigung der Freistellung zeitlich befristet beschäftigten Bediensteten besetzt werden. ⁵Auf einer für einen Beamten oder Richter ausgebrachten Ersatzstelle kann stattdessen ein Beamter oder Richter in der Wertigkeit des Eingangsamts des Beamten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, beschäftigt werden, sofern nach dem Wegfall der Ersatzstelle eine sofortige Übernahme dieses Beamten auf anderweitig frei werdenden, besetzbaren Planstellen gesichert ist. ⁶Zum Ausgleich für die Ersatzstelle ist die Stelle des Bediensteten, der das Arbeitszeitmodell in Anspruch nimmt, während der Gesamtdauer des Arbeitszeitmodells in Höhe des Unterschieds zwischen dem durch den Bediensteten ohnehin belegten Stellenanteil und dem Stellenanteil, der dem außerhalb der Freistellungsphase durchschnittlich geleisteten tatsächlichen Arbeitszeitananteil entspricht, zu sperren. ⁷Eine geplante Inanspruchnahme von Ersatzstellen im Rahmen von Arbeitszeitmodellen ist dem Staatsministerium der Finanzen vor der Genehmigung der Arbeitszeitmodelle anzuzeigen.

(8) ¹Über den weiteren Verbleib der nach den Abs. 1 bis 7 ausgebrachten Stellen ist im nächsten Haushaltsplan zu bestimmen. ²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, in besonderen Fällen Ausnahmen zuzulassen sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug zu erlassen.

(9) Wenn Beamte die Altersteilzeit vor dem 1. Januar 2010 angetreten haben und als Ausgleich Ersatzstellen ausgebracht werden oder wurden, gelten insoweit Abs. 1 bis 8 in der am 31. Dezember 2009 geltenden Fassung entsprechend.

Art. 6e
Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Unterrichtspflichtzeit

(entfallen)

Art. 6f
Sperre frei werdender Stellen im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer

(1) ¹Im Rahmen der Verlängerung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer sind insgesamt 500 frei werdende Stellen für Arbeitnehmer zu sperren (6f-Sperre). ²In die 6f-Sperre können vergleichbare Planstellen einbezogen werden. ³In die 6f-Sperre nicht einbezogen werden Stellen der staatlichen Schulen im Einzelplan 05, der staatlichen Hochschulen, der staatlichen Kliniken und Krankenhäuser, der Theater und Bühnen, der Straßenmeistereien und Autobahnmeistereien sowie Leerstellen, Stellen für abgeordnete Beamte und Ersatzstellen. ⁴In die 6f-Sperre sollen die Stellen für Auszubildende nicht einbezogen werden.

(2) ¹Die 6f-Sperre verteilt sich wie folgt auf die Einzelpläne (Sperrekontingente), wobei bei Stellenumsetzungen zwischen den Einzelplänen entsprechende anteilige Sperrekontingente auf die aufnehmende Verwaltung übergehen können:

Einzelplan	Sperrekontingente	Einzelplan	Sperrekontingente
02	1	07	2
03A	166	08	44
03B	26	10	20
04	80	12	66
05	5	15	23
06	67	Summe	500

²Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, anhand der derzeitigen Stellenstruktur die Sperrekontingente in monetäre oder vergleichbare Einheiten umzurechnen und entsprechend dieser Einheiten die 6f-Sperre zu vollziehen. ³Die 6f-Sperre sowie die Sperrekontingente können daher von den in Abs. 1 und 2 Satz 1 genannten absoluten Zahlen abweichen.

(3) Die nach den Abs. 1 und 2 gesperrten Stellen sind in den nachfolgenden Haushaltsplänen einzuziehen.

(4) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, nähere Bestimmungen zum Vollzug der 6f-Sperre und Sperrekontingente zu erlassen. ²Art. 6b und 6c bleiben unberührt.

Art. 6g
Besetzung von Stellen für Arbeitnehmer

(1) Abweichungen bei der Stellenbesetzung, die durch die Entgeltordnung (Anlage A zum TV-L in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung) bedingt sind, sind mit Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen möglich.

(2) ¹Wären Stellen auf Grund der Entgeltordnung in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung abzusenken gewesen oder sind Stellen auf Grund dieser neuen Entgeltordnung in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 abzusenken, dürfen diese bei einer Neubesetzung nur in der entsprechenden niederwertigen Entgeltgruppe besetzt werden. ²Ausnahmen in besonderen Fällen bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen; sie sollen kostenneutral erfolgen. ³Die Stellen sollen im nächsten Haushaltsplan abgesenkt werden. ⁴Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht soweit im Haushaltsplan für diese Arbeitnehmer Umwandlungsvermerke (Art. 21 Abs. 2 BayHO) ausgebracht wurden.

(3) Soweit eine Besetzung von im Rahmen der Entgeltordnung in der ab 1. Januar 2012 geltenden Fassung höher eingruppierten Arbeitnehmern auf Stellen für planmäßige Beamte, auf denen sie am Tag der Höhergruppierung verrechnet wurden, auf Grund geltender Regelungen nicht mehr möglich ist, können diese Arbeitnehmer in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 noch entsprechend der für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 getroffenen Regelungen auf ihren bisherigen Stellen für planmäßige Beamte verrechnet werden.

(4) ¹Soweit eine Besetzung von gemäß Art. 6 Abs. 10 des Haushaltsgesetzes 2007/2008 übergeleiteten Arbeitnehmern auf Stellen für planmäßige Beamte, auf denen sie zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Stellenplanüberleitung verrechnet wurden, auf Grund geltender Regelungen nicht mehr möglich ist, können diese Arbeitnehmer in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 noch entsprechend der für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 getroffenen Regelungen auf ihren bisherigen Stellen für planmäßige Beamte verrechnet werden. ²Derartige Verrechnungen sollen reduziert werden.

(5) Die Abs. 1 bis 4 gelten nur für Stellen, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 der Stellenbindung unterliegen oder für verbindlich erklärt wurden.

(6) Art. 6 Abs. 1 und 3 bleiben unberührt.

Art. 6h Besetzung von Stellen bei Familienpflegezeit

¹Bei Inanspruchnahme von Familienpflegezeit nach dem Familienpflegezeitgesetz kann abweichend von Art. 49 Abs. 2 Satz 3 BayHO in den Fällen, in denen gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Stellenbindung besteht, bei der Stellenbesetzung während der Pflegephase und der Nachpflegephase statt auf den jeweiligen Gehaltsbruchteil auf einen durchschnittlichen Arbeitszeitanteil aus Pflegephase und Nachpflegephase abgestellt werden. ²Art. 6d ist nicht anwendbar.

Art. 7 Übertragung von Ausgaben

(1) Ausgabereste und Haushaltsvorgriffe können mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen auf für gleiche Zwecke, aber mit anderer Bezeichnung und Titelnummer, im Haushaltsplan vorgesehene Titel übertragen werden.

(2) Das Staatsministerium der Finanzen kann unbeschadet der Regelung in Art. 45 Abs. 3 BayHO unverbrauchte Mittel aus übertragbaren Ausgabebewilligungen der Haushaltspläne 2013 und 2014 einziehen, soweit dies zur Vermeidung oder Verminderung eines Fehlbetrags erforderlich ist.

(3) Abs. 2 gilt nicht für übertragbare Ausgabebewilligungen, soweit bei diesen Ansätzen zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) ihrem Verwendungszweck noch nicht zugeführt wurden.

Art. 8 Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

(1) Die in Art. 4 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1971/1972, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1979/1980, Art. 8 Abs. 4 des Haushaltsgesetzes 1981/1982, Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1993/1994, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 1997/1998, Art. 8 Abs. 5 des Haushaltsgesetzes 2003/2004, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), Art. 8 Abs. 6 und 11 des Haushaltsgesetzes 2007/2008, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2008 (GVBl S. 958), Art. 8 Abs. 2a Satz 3, Abs. 6, 7, 11 und 12 des Haushaltsgesetzes 2009/2010, geändert durch § 1 des Gesetzes vom 12. April 2010 (GVBl S. 169), und Art. 8 Abs. 6 und 7, 10 bis 13 und 15 bis 17 des Haushaltsgesetzes 2011/2012, geändert durch § 1 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBl S. 122), getroffenen Regelungen und Ermächtigungen gelten weiter.

(2) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für Vorhaben zur Durchführung von Energieeinsparmaßnahmen in bestehenden staatlichen Gebäuden dem Abschluss von Performance-Contracting-Verträgen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 10 Mio. € jährlich zuzustimmen, wenn sämtliche entstehenden Kosten (einschließlich Zins- und Tilgungsaufwand) innerhalb einer Vertragslaufzeit von maximal zwölf

Jahren aus den erwarteten Energieeinsparungen getragen werden können und die Wirtschaftlichkeit gewährleistet ist. ²Dabei kann eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung der Grundvergütung bis zu einem Anteil von höchstens 70 v.H. zugelassen werden. ³Ist der Anteil der laufenden Zahlungsverpflichtungen, der auf die getätigten Investitionen des Contractors in technische Geräte, Anlagen und Sachen entfällt, geringer, gilt der niedrigere Vorhundertwert.

(2a) ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zum Bezug von Nutzenergie für staatliche Gebäude im Weg von Energieliefer-Contracting dem Abschluss von Verträgen des Freistaates Bayern zuzustimmen, die eine einwendungs- und einredefreie Forfaitierung von bis zu 100 v.H. des die Investitionen abbildenden Grundpreises der vertragsgegenständlichen Energielieferung vorsehen, wenn der Freistaat Bayern unbelastetes Eigentum an sämtlichen Sachen erhält, die der Contractor zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Energieliefer-Contracting-Vertrag einbringt oder mit einem Grundstück des Freistaates Bayern verbindet. ²Soweit die Summe der Raten des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises im Einzelfall 1 Mio. € bezogen auf die Vertragslaufzeit nicht überschreitet, gilt die Ermächtigung nach Satz 1 bis zu einem Gesamtvolumen von 10 Mio. €; das Gesamtvolumen bemisst sich nach der Jahressumme des die Investitionskosten abbildenden Grundpreises aus den Energieliefer-Contracting-Verträgen. ³Darüber hinaus gilt die Ermächtigung nach Satz 1 für das Einzelvorhaben zur energetischen Versorgung des Deutschen Herzzentrums München (Kap. 15 30 Tit. 891 01).

(3) ¹Die Bestände der Rücklagen und Sondervermögen bei den Kapiteln 80 01 bis 80 37 können bis zu ihrer Inanspruchnahme im Rahmen der Liquiditätssteuerung des Gesamthaushalts eingesetzt werden. ²Soweit dadurch oder aus sonstigen liquiditätsmäßigen Gründen die bestehende Kreditermächtigung für die Anschlussfinanzierung auslaufender Altschulden noch nicht beansprucht werden muss, kann sie in die folgenden Haushaltsjahre übertragen werden.

(4) Nach Art. 63 Abs. 5 BayHO in Verbindung mit Art. 63 Abs. 3 Satz 2 BayHO wird zugelassen, dass Betreibern von Kinderbetreuungseinrichtungen Räumlichkeiten in staatseigenen Liegenschaften insoweit gegen einen verbilligten Mietzins überlassen werden, als ohne eine Verbilligung der Raumkostenanteil zu höheren als marktüblichen Elternbeiträgen führen würde.

(5) Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit wird ermächtigt, der Bayerischen Landeskraftwerke GmbH zum Zweck des Betriebes der bereits bestehenden Kraftwerksanlagen Rothsee und Brombachsee unter vorrangiger Beachtung der wasserhaushaltsrechtlichen Zwecke ein auf die Dauer von 16 Jahren befristetes unentgeltliches Erbbaurecht an den Grundstücken der Kraftwerksstandorte Rothsee und Brombachsee einzuräumen.

(6) Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst wird ermächtigt, der UnternehmerTUM GmbH ein unentgeltliches Erbbaurecht an dem staatseigenen Grundstück Flst. Nr. 1890/2 der Gemarkung Garching von bis zu 4 500 m² für die Errichtung eines Gebäudeteils des TUM Entrepreneurship Zentrums einzuräumen.

Art. 9

Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes

(1) Das Bayerische Besoldungsgesetz (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl S. 410, ber. S. 764, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 2012 (GVBl S. 624), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 23 Satz 1 Nr. 4 Halbsatz 2 werden die Worte „Grund- oder Hauptschullehrer und Grund- oder Hauptschullehrerinnen“ durch die Worte „Grund- oder Mittelschullehrer und Grund- oder Mittelschullehrerinnen“ ersetzt.
2. In Art. 27 Abs. 6 Satz 1 werden die Worte „Hauptschulen oder Grund- und Hauptschulen“ durch die Worte „Mittelschulen oder Grund- und Mittelschulen“ ersetzt.
3. In Art. 33 Satz 2 wird das Wort „Hauptschuldienst“ durch das Wort „Mittelschuldienst“ ersetzt.
4. In Art. 34 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Justizvollzugsanstalten,“ die Worte „an der Bayerischen Justizvollzugsschule in Straubing,“ eingefügt.

5. Anlage 1 Besoldungsordnungen wird wie folgt geändert:

- a) In der Besoldungsgruppe A 13 wird das Amt „Studienrat, Studienrätin im Hauptschuldienst¹¹⁾¹²⁾“ durch das Amt „Studienrat, Studienrätin im Mittelschuldienst¹¹⁾¹²⁾“ ersetzt.
- b) In der Besoldungsgruppe B 2 wird das Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten“ gestrichen.
- c) Die Besoldungsgruppe B 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach dem Amt „Direktor, Direktorin bei der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern“ wird das Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten“ eingefügt.
 - bb) Nach dem Amt „Direktor, Direktorin der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung“ wird das Amt „Direktor, Direktorin der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz“ eingefügt.
 - cc) Bei dem Amt „Präsident, Präsidentin der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ wird die Fußnote „⁷⁾“ angefügt.
 - dd) Es wird folgende Fußnote 7 angefügt:
„⁷⁾ Der derzeitige Amtsinhaber kann der Besoldungsgruppe B 4 zugeordnet werden.“
- d) In der Besoldungsgruppe B 4 wird nach dem Amt „Generalkonservator, Generalkonservatorin des Landesamts für Denkmalpflege“ das Amt „Inspekteur, Inspekteurin der Bayerischen Polizei“ eingefügt.
- e) In der Besoldungsgruppe B 7 wird nach dem Amt „Ministerialdirigent, Ministerialdirigentin“ das Amt „Präsident, Präsidentin des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und Landesarzt für Bayern“ eingefügt.
- f) In der Besoldungsgruppe B 2 kw wird vor dem Amt „Kanzler, Kanzlerin der Universität Bayreuth“ das Amt „Direktor, Direktorin bei der Bayerischen Staatsforsten“ eingefügt.

6. Anlage 2 wird wie folgt geändert:

- a) Bei der Amtsbezeichnung „Amtsrat, Amtsrätin“ wird in der Spalte „Zusätze“ nach dem Zusatz „Justiz-“ der Zusatz „Justizverwaltungs-“ eingefügt.
- b) Bei der Amtsbezeichnung „Rat, Rätin“ wird in der Spalte „Zusätze“ nach dem Zusatz „- in der Krankenhausbetriebsleitung“ der Zusatz „Justizverwaltungs-“ eingefügt.

7. In Anlage 9 wird in der Spalte „Mehrarbeit (im Schuldienst) nach Schularten“ in der ersten Zeile das Wort „Hauptschulen“ durch das Wort „Mittelschulen“ ersetzt.

(2) Der von Abs. 1 Nr. 5 Buchst. c Doppelbuchst. cc betroffene Beamte ist der Besoldungsgruppe B 4 zugeordnet.

Art. 10

Änderung des Gesetzes über das Bayerische Selbstverwaltungskolleg

Das Gesetz über das Bayerische Selbstverwaltungskolleg (BayRS 2020-8-I), geändert durch Art. 10 § 2 des Gesetzes vom 21. Juli 1983 (GVBl S. 508), wird wie folgt geändert:

1. Der Überschrift wird der Klammerzusatz „(SVwKollegG)“ angefügt.

2. Art. 2 Abs. 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Mitglieder sind der Freistaat Bayern, der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der Verband der bayerischen Bezirke.“

3. Art. 4 Abs. 1 Satz 2 wird wie folgt geändert:

a) Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. je ein vom Bayerischen Gemeindetag, vom Bayerischen Städtetag, vom Bayerischen Landkreistag und vom Verband der bayerischen Bezirke zu benennender Vertreter.“

b) Nr. 3 wird aufgehoben.

Art. 11 **Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesbank**

Das Gesetz über die Bayerische Landesbank (Bayerisches Landesbank-Gesetz – BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Februar 2003 (GVBI S. 54, ber. S. 316, BayRS 762–6–F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBI S. 397), wird wie folgt geändert:

1. Art. 12 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Im Übrigen ist der ausschüttungsfähige Gewinn wie folgt abzuführen:

1. an die am Grundkapital Beteiligten im Verhältnis ihrer Beteiligung sowie
2. anteilig an den Freistaat Bayern auf seine Beteiligung nach Art. 23 Abs. 3; das Nähere wird in einer gesonderten vertraglichen Vereinbarung geregelt.“

b) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Zur Abrundung des Abführungsbetrags nach Satz 2 Nr. 1 kann ein Vortrag auf neue Rechnung vorgenommen werden.“

2. Art. 23 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

bb) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Maßnahmen zur Umsetzung der Entscheidung der Europäischen Kommission über die staatliche Beihilfe an die BayernLB vom 25. Juli 2012, Aktenzeichen SA.28487 (C 16/2009 ex N 254/2009) bleiben hiervon unberührt.“

b) Abs. 2 bis 4 werden durch folgende Abs. 2 bis 3 ersetzt:

„(2) Das Eigenkapital der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt dient als haftendes Eigenkapital der Bank im Sinn der bankaufsichtlichen Vorschriften.

(3) Der Freistaat Bayern erhält für die Nutzung einer auf Grundlage von Art. 1 Abs. 1 des Zweckvermögensgesetzes gebildeten Beteiligung gemäß gesonderter, vertraglicher Vereinbarung einen Anteil am ausschüttungsfähigen Gewinn der Bank.“

Art. 12 **Änderung des Zweckvermögensgesetzes**

Das Gesetz über die Bildung eines Zweckvermögens durch Übertragung von Treuhandforderungen des Freistaates Bayern in das haftende Eigenkapital der Bayerischen Landesbank Girozentrale (Zweckvermögensgesetz) vom 23. Juli 1994 (GVBI S. 602, BayRS 762-7-F), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 9. Mai 2006 (GVBI S. 193), wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird im Klammerzusatz nach dem Wort „Zweckvermögensgesetz“ die Abkürzung „- ZweckVermG“ eingefügt.

2. Art. 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden die Worte „den Verwaltungsrat“ durch die Worte „die Generalversammlung“ ersetzt.

b) Satz 2 Halbsatz 2 wird gestrichen.

3. Art. 4 wird aufgehoben.

4. Der bisherige Art. 5 wird Art. 4.

Art. 13 **Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

Das Bayerische Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBI S. 455, ber. S. 633, BayRS 2230-7-1-UK), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 9. Juli 2012 (GVBI S. 344), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 17 Abs. 1 Satz 3 wird die Zahl „24,75“ durch die Zahl „24“ und die Zahl „23,75“ durch die Zahl „23“ ersetzt.
2. In Art. 31 Abs. 4 Satz 1 wird die Zahl „28,75“ durch die Zahl „28“ und die Zahl „27,75“ durch die Zahl „27“ ersetzt.
3. In Art. 47 Abs. 3 wird die Zahl „87,50“ durch die Zahl „100“ ersetzt.
4. In Art. 57 Abs. 1 Satz 6 wird die Zahl „27,75“ durch die Zahl „27“ ersetzt.

Art. 14 **Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes**

§ 12 Abs. 6 der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (AVBaySchFG) vom 23. Januar 1997 (GVBI S. 11, BayRS 2230-7-1-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 30. November 2012 (GVBI S. 677), wird wie folgt geändert:

1. Satz 2 wird aufgehoben.
2. Die bisherigen Sätze 3 bis 5 werden Sätze 2 bis 4.

Art. 15 **Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes**

In Art. 96 Abs. 3 Satz 5 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) vom 29. Juli 2008 (GVBI S. 500, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 13 des Gesetzes vom 30. März 2012 (GVBI S. 94), werden die Worte

- „1. 6 € je Rechnungsbeleg bei ambulanten ärztlichen, zahnärztlichen, psychotherapeutischen Leistungen sowie bei Leistungen von Heilpraktikern und Heilpraktikerinnen,
 - 2.“
- gestrichen.

Art. 16 **Durchführungsbestimmungen**

¹Für die Ausführung des Haushaltsplans und die Aufstellung der Haushaltsrechnung gelten neben den allgemeinen haushaltsrechtlichen Vorschriften die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetz (**Anlage DBestHG 2013/2014**). ²Im Übrigen erlässt das Staatsministerium der Finanzen die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen.

Art. 17
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2013 in Kraft.

(2) Abweichend von Abs. 1 treten

1. Art. 13 Nrn. 1, 2 und 4 und Art. 14 am 1. Februar 2013,

2. Art. 13 Nr. 3 am 1. August 2014

in Kraft.

(3) Die Bestimmungen dieses Gesetzes gelten, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, bis zum Tag der Bekanntmachung des Haushaltsgesetzes des folgenden Haushaltsjahres weiter.

Art. 18
Übergangsregelung zur Wiederbesetzungssperre

¹Für Stellen, die vor dem 1. Januar 2013 frei geworden sind, endet die Wiederbesetzungssperre gemäß Art. 6 Abs. 2 Satz 2 des Haushaltsgesetzes 2011/2012 grundsätzlich mit Ablauf des 31. Dezember 2012; sie beträgt jedoch mindestens drei Monate. ²Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes 2011/2012 bleibt unberührt.

Art. 19
Übergangsbestimmung zu Art. 13

Für die Zeit vom 1. August 2013 bis 31. Juli 2014 gilt Art. 47 Abs. 3 BaySchFG in folgender Fassung:

„(3) Für Schülerinnen und Schüler staatlich anerkannter Realschulen, Gymnasien, beruflicher Schulen und Schulen des Zweiten Bildungswegs ersetzt der Staat den Erziehungsberechtigten oder volljährigen Schülerinnen und Schülern das Schulgeld bis zum Betrag von 95 € je Unterrichtsmonat.“

Anlage

Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014

G e s a m t p l a n

Teil I:	Haushaltsübersicht einschließlich Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
Teil II:	Finanzierungsübersicht
Teil III:	Kreditfinanzierungsplan

Gesamtplan

B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
	Betrag für 2013	Betrag für 2012	gegenüber 2012 mehr (+) weniger (-)
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2	3	4	5
Landtag	463,2	415,5	+47,7
Ministerpräsident und Staatskanzlei	506,0	501,5	+4,5
Staatsministerium des Innern	857.236,6	828.669,8	+28.566,8
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	906.494,2	858.311,3	+48.182,9
Staatsministerium für Unterricht und Kultus	69.041,9	60.401,8	+8.640,1
Staatsministerium der Finanzen	455.580,8	454.290,3	+1.290,5
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.284.087,0	1.265.358,5	+18.728,5
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	401.466,1	393.889,0	+7.577,1
Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	1.030.198,6	749.891,4	+280.307,2
Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,8	19,2	+0,6
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	114.895,7	112.261,3	+2.634,4
Allgemeine Finanzverwaltung	40.479.684,0	37.945.478,9	+2.534.205,1
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.776.639,4	1.620.061,7	+156.577,7
Summe	47.376.313,3	44.289.550,2	+3.086.763,1

Teil I: Haushaltsübersicht 2013

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2013 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €	gegenüber 2012 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
115.151,2	111.142,7	+4.008,5	-114.688,0	-110.727,2	1.771,0	01
85.728,8	81.341,0	+4.387,8	-85.222,8	-80.839,5	8.845,2	02
5.174.557,2	4.899.106,8	+275.450,4	-4.317.320,6	-4.070.437,0	650.469,1	03
2.017.486,1	1.908.121,2	+109.364,9	-1.110.991,9	-1.049.809,9	203.211,1	04
10.578.550,8	9.952.287,8	+626.263,0	-10.509.508,9	-9.891.886,0	49.588,9	05
1.950.754,1	1.848.164,8	+102.589,3	-1.495.173,3	-1.393.874,5	110.813,8	06
1.953.906,5	1.898.311,8	+55.594,7	-669.819,5	-632.953,3	6.535.458,0	07
1.273.699,0	1.253.418,3	+20.280,7	-872.232,9	-859.529,3	249.514,8	08
3.668.083,5	3.024.194,0	+643.889,5	-2.637.884,9	-2.274.302,6	135.181,3	10
33.341,8	31.331,7	+2.010,1	-33.322,0	-31.312,5	-	11
806.198,2	783.214,4	+22.983,8	-691.302,5	-670.953,1	112.876,4	12
13.721.941,5	12.841.081,4	+880.860,1	+26.757.742,5	+25.104.397,5	350.466,4	13
5.996.914,6	5.657.834,3	+339.080,3	-4.220.275,2	-4.037.772,6	496.310,0	15
47.376.313,3	44.289.550,2	+3.086.763,1	-	-	8.904.506,0	

Gesamtplan

B e z e i c h n u n g	Einnahmen		
	Betrag für 2014	Betrag für 2013	gegenüber 2013 mehr (+) weniger (-)
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
2	3	4	5
Landtag	483,2	463,2	+20,0
Ministerpräsident und Staatskanzlei	506,0	506,0	-
Staatsministerium des Innern	836.891,8	857.236,6	-20.344,8
Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	926.074,2	906.494,2	+19.580,0
Staatsministerium für Unterricht und Kultus	73.712,3	69.041,9	+4.670,4
Staatsministerium der Finanzen	441.514,8	455.580,8	-14.066,0
Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	1.301.768,5	1.284.087,0	+17.681,5
Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	401.316,1	401.466,1	-150,0
Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen	1.078.584,9	1.030.198,6	+48.386,3
Bayerischer Oberster Rechnungshof	19,8	19,8	-
Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit	114.795,7	114.895,7	-100,0
Allgemeine Finanzverwaltung	42.035.603,0	40.479.684,0	+1.555.919,0
Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst	1.754.291,2	1.776.639,4	-22.348,2
Summe	48.965.561,5	47.376.313,3	+1.589.248,2

Teil I: Haushaltsübersicht 2014

Ausgaben			+ Überschuss / - Zuschuss		Verpflichtungs- ermächtigungen 2014 Tsd. €	Einzel- plan
Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2013 Tsd. €	gegenüber 2013 mehr (+) weniger (-) Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2013 Tsd. €		
6	7	8	9	10	11	12
121.057,2	115.151,2	+5.906,0	-120.574,0	-114.688,0	-	01
88.339,6	85.728,8	+2.610,8	-87.833,6	-85.222,8	8.845,2	02
5.237.335,9	5.174.557,2	+62.778,7	-4.400.444,1	-4.317.320,6	565.001,1	03
2.049.996,8	2.017.486,1	+32.510,7	-1.123.922,6	-1.110.991,9	162.060,0	04
10.856.513,6	10.578.550,8	+277.962,8	-10.782.801,3	-10.509.508,9	52.688,9	05
1.996.543,1	1.950.754,1	+45.789,0	-1.555.028,3	-1.495.173,3	68.742,6	06
1.976.380,7	1.953.906,5	+22.474,2	-674.612,2	-669.819,5	4.726.454,0	07
1.283.570,9	1.273.699,0	+9.871,9	-882.254,8	-872.232,9	253.265,0	08
3.681.787,8	3.668.083,5	+13.704,3	-2.603.202,9	-2.637.884,9	115.762,8	10
33.695,7	33.341,8	+353,9	-33.675,9	-33.322,0	-	11
819.875,3	806.198,2	+13.677,1	-705.079,6	-691.302,5	109.596,5	12
14.674.746,7	13.721.941,5	+952.805,2	+27.360.856,3	+26.757.742,5	304.066,4	13
6.145.718,2	5.996.914,6	+148.803,6	-4.391.427,0	-4.220.275,2	485.920,0	15
48.965.561,5	47.376.313,3	+1.589.248,2	-	-	6.852.402,5	

Gesamtplan**Teil II: Finanzierungsübersicht für die Haushaltsjahre 2013 und 2014****A. Ermittlung des Finanzierungssaldos**

	Betrag für 2013 Tsd. €	Betrag für 2014 Tsd. €	Betrag für 2012 Tsd. €
1. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)	46.327.300,2	48.133.479,7	43.601.360,8
2. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines Fehlbetrags)	46.905.504,6	48.296.876,3	44.169.613,4
3. Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)	-578.204,4	-163.396,6	-568.252,6

B. Deckung des Finanzierungssaldos**1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt**

1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.339.906,9	2.356.956,6	2.031.648,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	97.000,0	800.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.859.906,9	2.896.956,6	3.031.648,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	97.000,0	800.000,0
1.3 Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-520.000,0	-540.000,0	-1.000.000,0

2. Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren

2.1 Einnahmen aus Überschüssen	-	-	-
2.2 Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	-	-	-

3. Rücklagenbewegung

3.1 Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	1.569.013,1	1.372.081,8	1.688.189,4
3.2 Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	470.808,7	668.685,2	119.936,8
3.3 Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)	1.098.204,4	703.396,6	1.568.252,6

4. Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)

	578.204,4	163.396,6	568.252,6

Teil III: Kreditfinanzierungsplan für die Haushaltsjahre 2013 und 2014**1. Kredite am Kreditmarkt**

1.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt			
1.1.1 im allgemeinen Haushalt	2.339.906,9	2.356.956,6	2.031.648,0
1.1.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	97.000,0	800.000,0
1.2 Ausgaben zur Schuldentilgung für Kreditmarktmittel (einschließlich Marktpflege)			
1.2.1 im allgemeinen Haushalt	2.859.906,9	2.896.956,6	3.031.648,0
1.2.2 im Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB	357.000,0	97.000,0	800.000,0
1.3 Saldo (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	-520.000,0	-540.000,0	-1.000.000,0

2. Kredite im öffentlichen Bereich

2.1 Einnahmen aus zweckbestimmten Krediten von Gebietskörperschaften u. Ä.	150,0	150,0	200,0
2.2 Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u. Ä.	65.000,0	63.000,0	63.000,0
2.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)	-64.850,0	-62.850,0	-62.800,0

3. Kreditaufnahmen insgesamt

3.1 Bruttokreditaufnahme (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	2.697.056,9	2.454.106,6	2.831.848,0
3.2 Ausgaben zur Schuldentilgung (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	3.281.906,9	3.056.956,6	3.894.648,0
3.3 Nettokreditaufnahme (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	-584.850,0	-602.850,0	-1.062.800,0

Anlage DBestHG 2013/2014

Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (DBestHG 2013/2014)

1. Deckungsfähigkeit

- 1.1 Soweit nicht Nr. 12.1 zur Anwendung kommt, sind innerhalb der einzelnen Haushaltskapitel gegenseitig deckungsfähig die Mittel der Titel
- 1.1.1 517 01 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume,
517 05 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft,
517 31 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
517 35 Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
518 0. Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume,
518 31 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume (soweit die Bewirtschaftung durch andere Dienststellen erfolgt),
- 1.1.2 514 0. Haltung von Dienstfahrzeugen und
527 0. Reisekostenvergütungen für Dienstreisen,
- 1.1.3 531 1. Fachveröffentlichungen und
531 2. Sonstige Veröffentlichungen.
- 1.2 Innerhalb desselben Einzelplans sind die Mittel der Titel 519 0. (Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen), 701 0. (kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten) und 702 0. (grundlegende Erneuerung und Sanierung von Kanal-, Schachtbau- und Abwasseranlagen) gegenseitig deckungsfähig.
- 1.3 ¹Mit Einwilligung der zuständigen obersten Staatsbehörde können die bei den einzelnen Titeln der Anlagen S (staatlicher Hochbau) veranschlagten Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen nach dem Baufortschritt verstärkt werden, wenn der Mehrbetrag innerhalb der Hochbauausgaben bzw. -verpflichtungsermächtigungen desselben Einzelplans eingespart wird; dem Staatsministerium der Finanzen ist jeweils ein Abdruck des entsprechenden Einwilligungsschreibens der zuständigen obersten Staatsbehörde zuzuleiten. ²Die danach zulässige gegenseitige Verstärkung darf nicht zu einer Abweichung von den den einzelnen Bauvorhaben zugrunde liegenden Unterlagen gemäß Art. 24 bzw. 54 BayHO oder zu einer Überschreitung der festgesetzten Gesamtkosten der einzelnen Maßnahmen führen. ³Bei grundstockfinanzierten Ansätzen ist eine Umschichtung nur zugunsten grundstockkonformer Hochbaumaßnahmen zulässig; das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen.
- 1.4 Im Übrigen ergibt sich die Deckungsfähigkeit von Ausgabemitteln aus den im Haushaltsplan enthaltenen Vermerken.

2. Bewirtschaftung der Personalausgaben

- 2.1 ¹Bei der Bewirtschaftung der Personalausgaben sind die Verwaltungen an die in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Stellenpläne unter Beachtung der Nr. 3 gebunden. ²Soweit keine Stellenbindung besteht, richtet sich die Bewirtschaftung grundsätzlich nach den veranschlagten Haushaltsbeträgen; dabei können innerhalb der einzelnen Kapitel die Erstattungsleistungen der Bundesagentur für Arbeit nach dem Altersteilzeitgesetz entsprechend dem Entstehungsgrund den betroffenen Haushaltsansätzen zugeführt werden.

- 2.2 ¹Die in einem Einzelplan bei den in Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes genannten Titeln veranschlagten Mittel für Personalausgaben (einschließlich Titel 421 0.) dürfen – insoweit in Abweichung von Art. 45 Abs. 1 BayHO – bei der Ausführung des Haushaltsplans zu einer Summe zusammengefasst und innerhalb des Einzelplans gemeinsam bewirtschaftet werden. ²Soweit bei den in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen außerplanmäßige Ausgaben und bei den nicht in die gemeinsame Bewirtschaftung einbezogenen Ansätzen über- und außerplanmäßige Ausgaben erforderlich werden, gilt die Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen hierzu allgemein als erteilt, wenn die über- und außerplanmäßigen Ausgaben ausschließlich auf Stellenbesetzungen nach Art. 6 Abs. 3 Nr. 1 des Haushaltsgesetzes zurückzuführen sind.
- 2.3 Für Beamte und Arbeitnehmer, bei denen gemäß Art. 6 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes eine Stellenbindung besteht, darf Mehrarbeit (Überstunden), für die eine Vergütung zu zahlen ist, nur angeordnet werden, wenn bei Titel 422 41 bis 422 42 (Mehrarbeitsvergütungen für Beamte) oder Titel 428 41 (Überstundenentgelte für Arbeitnehmer) ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt sind.
- 2.4 Die Titel 422 0., 428 01 und 428 02 dürfen einseitig zulasten der Titel für Europäische Fonds verstärkt werden.

3. Besetzung von Planstellen und Stellen

Für die Besetzung von Planstellen und Stellen gelten Art. 6 des Haushaltsgesetzes, Art. 47, 49 und 50 BayHO sowie die zu diesen Bestimmungen erlassenen Verwaltungsvorschriften unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen.

- 3.1 Besondere Regelungen für den Hochschulbereich
- 3.1.1 ¹Wissenschaftliche Mitarbeiter im Sinn des Art. 22 BayHSchPG können auch auf gleich- oder höherwertigen Stellen für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden. ²Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) können auf Stellen für Akademische Direktoren oder auf Stellen für Leitende Akademische Direktoren (jeweils ohne Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie auf Stellen für Professoren verrechnet werden.
- 3.1.2 ¹Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils ausschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule) sowie wissenschaftliche Mitarbeiter können nicht auf Stellen, die für Lehrkräfte für besondere Aufgaben an einer Hochschule ausgewiesen sind, verrechnet werden. ²Dies gilt nicht für Akademische Räte, Akademische Oberräte, Akademische Direktoren oder Leitende Akademische Direktoren, die mit einer Lehrverpflichtung von mehr als acht Lehrveranstaltungsstunden aus Ämtern der alten Personalstruktur übernommen wurden.
- 3.1.3 Inhaber der Ämter des Akademischen Rats, des Akademischen Oberrats, des Akademischen Direktors oder des Leitenden Akademischen Direktors (jeweils einschließlich der Lehrkräfte für besondere Aufgaben) der BesGr A 13 bis A 16 (Art. 19 bis 21 und 24 BayHSchPG) sowie vergleichbare Arbeitnehmer können auf Stellen für Professoren der BesGr W 2 und W 3 verrechnet werden.
- 3.1.4 Stellen für Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) und Akademische Oberräte auf Zeit (BesGr A 14) dürfen mit entsprechend eingestufteten Arbeitnehmern sowie wissenschaftlichen Mitarbeitern mit einem Bachelor-Abschluss besetzt werden, wenn deren Arbeitsverhältnis den für wissenschaftliche Mitarbeiter geltenden Bestimmungen (Art. 22 BayHSchPG) entsprechend befristet ist, sowie mit Ärzten, die in einem befristeten Arbeitnehmerverhältnis zur Erlangung der Gebietsarztanerkennung beschäftigt werden.
- 3.1.5 Stellen der Entgeltgruppe 13 dürfen mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im Arbeitnehmerverhältnis im Sinn des Art. 22 Abs. 2 Satz 1 BayHSchPG besetzt werden, die einen Bachelor-Abschluss erworben haben.
- 3.1.6 Künstlerische Mitarbeiter werden bei der Stellenverrechnung wie wissenschaftliche Mitarbeiter behandelt.

- 3.1.7 Ärzte der klinisch-theoretischen Institute der Medizinischen Fakultäten, die vom Geltungsbereich des Tarifvertrags für Ärztinnen und Ärzte an Universitätskliniken erfasst sind, können in besonderen unabweisbaren Fällen auf Stellen der BesGr W 2, des akademischen Mittelbaus oder Arbeitnehmerstellen in den Entgeltgruppen 13 bis 15 verrechnet werden. Hierzu bedarf es mit Ausnahme der Nachbesetzungen der Bestandsfälle der vorherigen Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.
- 3.1.8 Unter den Voraussetzungen der Nr. 3.1.4 dürfen auf Stellen für Juniorprofessoren (BesGr W 1) Akademische Räte auf Zeit (BesGr A 13) sowie entsprechend eingestufte Arbeitnehmer und wissenschaftliche Mitarbeiter mit einem Bachelor-Abschluss verrechnet werden.
- 3.2 Besondere Regelungen für den Richterbereich
- Auf Stellen für Richter der BesGr R 2 können auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 16, auf Stellen für Richter der BesGr R 1 auch Richter kraft Auftrags der BesGr A 13 bis A 15 verrechnet werden.
- 3.3 Arbeitnehmer-Budget
- 3.3.1 ¹Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Vorbereitung einer Einführung eines Arbeitnehmer-Budgets bei der Besetzung von Stellen für planmäßige Beamte und Richter, die gemäß Nr. 2.1 Satz 1 und Nr. 2.2 Satz 1 der gemeinsamen Bewirtschaftung unterliegen, mit Arbeitnehmern zu bestimmen, dass Entgelte abweichend auf Titel 428 07 gebucht werden können. ²Auf über- oder außerplanmäßige Ausgaben, die sich auf Grund der nach Satz 1 abweichenden Buchung ergeben, ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.
- 3.3.2 Im Rahmen der Pilotierung des Arbeitnehmer-Budgets kann das Staatsministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Obersten Rechnungshof einen von den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, den Verwaltungsvorschriften zur Bayerischen Haushaltsordnung und den Bestimmungen für die Auszahlung und den rechnungsmäßigen Nachweis der Bezüge und sonstigen Leistungen bei Versetzung, Abordnung und Zuweisung abweichenden Nachweis der Entgeltzahlungen bestimmen.
- 3.4 Feststellungen der Rechnungsprüfung
- ¹Stellen, die auf Grund von Feststellungen der Rechnungsprüfung nicht oder nicht in der veranschlagten Wertigkeit erforderlich sind, sind in die Verhandlungen zur Aufstellung des Haushaltsplans einzubeziehen. ²Art. 50 Abs. 1 BayHO bleibt unberührt.
- 4. Besondere Personalausgaben, Billigkeitsleistungen**
- 4.1 Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen dürfen Fahrkostenzuschüsse für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte nach Maßgabe der Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen über Fahrkostenzuschuss für die regelmäßigen Fahrten zwischen Wohnung und Dienststätte (Fahrkostenzuschuss-Bekanntmachung – FkzBek) vom 15. November 2001 (FMBI 2002 S. 69, StAnz 2002 Nr. 27) in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der darauf entfallenden Pauschalsteuern gewährt werden.
- 4.2 Aus Mitteln der Titel 546 49 (Vermischte Verwaltungsausgaben) können auch die Ausgaben geleistet werden:
- 4.2.1 für die Übernahme von Kosten des Rechtsschutzes für Bedienstete des Freistaates Bayern,
- 4.2.2 für die Kosten der amtsärztlichen Untersuchung von Beamten und Bewerbern, von Lehrkräften kirchlicher Genossenschaften, die auf Grund von Abstellungsverträgen im öffentlichen Volksschuldienst und Sondervolksschuldienst tätig sind, von Geistlichen und Laienkatecheten, die an öffentlichen Volksschulen, Sondervolksschulen und staatlichen Berufsschulen Religionsunterricht erteilen, sowie für die Kosten einer von der Ernennungsbehörde angeordneten klinischen oder fachärztlichen Untersuchung,

- 4.2.3 soweit Mittel nicht gesondert veranschlagt sind, für den Sachschadenersatz ehrenamtlicher Richter und ehrenamtlicher Mitglieder von bei Staatsbehörden gebildeten Ausschüssen (analog Abschnitt 12 der Verwaltungsvorschriften zum Beamtenrecht in der jeweils geltenden Fassung),
- 4.2.4 für die Erstattung von Auslagen bei Vorstellungsreisen nach den geltenden Bestimmungen des Staatsministeriums der Finanzen,
- 4.2.5 für die Übernahme von Kosten einer Impfung gegen FSME (Grundimmunisierung, Auffrischungsimpfung, Impferum); Voraussetzung für die Kostenübernahme ist, dass die beschäftigte Person in definierten FSME-Risikogebieten nach Robert-Koch-Institut
- a) in der Land-, Forst- und Holzwirtschaft, im Gartenbau sowie in der Vermessungsverwaltung regelmäßig Tätigkeiten in niederer Vegetation und in Wäldern,
 - b) im Straßenbetriebsdienst und im Bereich der Wasserwirtschaft mit regelmäßigen Tätigkeiten in niederer Vegetation,
 - c) im Tierhandel und bei der Jagd Tätigkeiten mit regelmäßigem direkten Kontakt zu freilebenden Tieren oder
 - d) in Forschungseinrichtungen und Laboratorien regelmäßig Tätigkeiten mit Kontaktmöglichkeit zu infizierten Proben oder Verdachtsproben bzw. zu erregerehaltigen oder kontaminierten Gegenständen oder Materialien, wenn der Übertragungsweg gegeben ist,
- ausübt und dadurch die Gefahr einer Infektion durch das FSME-Virus deutlich höher ist als bei der Allgemeinbevölkerung.
- 4.3 ¹Den zur Ausbildung zugewiesenen Beamten (Art. 23 Abs. 2 BayRKG) werden die bei den staatlichen Lehreinrichtungen verfügbaren Unterkünfte unentgeltlich überlassen; Lehreinrichtungen im Sinn dieser Vorschrift sind solche, die ausschließlich oder nahezu ausschließlich Bildungsaufgaben für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wahrnehmen. ²Studierenden der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern, die im Einzugsgebiet des Dienstortes (der Lehreinrichtung) wohnen (§ 1 Abs. 3 Satz 2 BayTGV, Art. 4 Abs. 3 BayUKG) und nicht schwerbehindert sind, werden keine Unterkünfte überlassen. ³Wenn im Einzelfall durch den Verzicht auf die unentgeltliche Unterbringung höhere Anmietkosten eingespart werden, kann auf Antrag anstatt der unentgeltlichen Unterkunft ein Fahrkostenzuschuss gewährt werden. ⁴Eine geschlossene Unterbringung (§ 8 Abs. 4 Satz 2 BayTGV) wird nicht begründet. ⁵Art. 127 BayBG bleibt unberührt.
- 4.4 ¹Zur Gewährung von Prämien nach den Richtlinien zum Vorschlagswesen in der bayerischen Staatsverwaltung können die Ansätze bei Titel 459 1.
- a) zulasten der Einnahmen bei den Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 und der Titel 119 01 und 119 49,
 - b) zulasten der Ansätze bei den Obergruppen 51 bis 54 und 81 bis 82
- verstärkt werden. ²Die Ansätze bei Titel 459 1. dürfen nur insoweit verstärkt werden, als sich bei den deckungsfähigen Titeln im Jahr der Prämienzahlung und im darauf folgenden Jahr des prämierten Vorschlags Mehreinnahmen bzw. Einsparungen in mindestens der gleichen Höhe ergeben. ³Soweit die Mehreinnahmen bzw. Einsparungen bei den in Satz 1 genannten Titeln anderer Einzelpläne entstehen, ist für die Verstärkung des Titels 459 1. die Einwilligung der obersten Staatsbehörde erforderlich, die für den anderen Einzelplan zuständig ist.
- 4.5 ¹Aus Mitteln für Bezüge und dergleichen wird Beamten, die im Lauf des Kalenderjahres vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen wurden, eine außertarifliche Leistung gewährt. ²Entsprechendes gilt, wenn Beschäftigte während des Kalenderjahres von einem Arbeitsverhältnis im Sinn des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht wechseln. ³Die außertarifliche Leistung beträgt für die Beschäftigten in den Entgeltgruppen E 1 bis E 11 70 v.H., für die übrigen Beschäftigten 65 v.H. des monatlichen Entgelts, das dem Beschäftigten in den letzten drei Monaten vor dem Monat der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht durchschnittlich gezahlt wurde; unberücksichtigt bleiben hierbei das zusätzlich für

Überstunden und Mehrarbeit gezahlte Entgelt (mit Ausnahme der im Dienstplan vorgesehenen Mehrarbeits- und Überstunden), Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien. ⁴Der Bemessungssatz bestimmt sich nach der Entgeltgruppe am Ersten des Monats, der dem Monat der Verbeamtung bzw. des Wechsels in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht unmittelbar vorhergeht. ⁵Die außertarifliche Leistung vermindert sich um ein Zwölftel für jeden Kalendermonat, für den der Beschäftigte kein Entgelt aus dem Arbeitsverhältnis erhalten hat. ⁶Die außertarifliche Leistung ist zulasten der Haushaltsstelle zu leisten, auf der der Beamte vor der Übernahme in das Beamtenverhältnis bzw. vor dem Wechsel in ein Arbeitsverhältnis mit Besoldung nach Besoldungsrecht geführt wurde.

4.6 Aus Mitteln für Entgelte der Arbeitnehmer kann Arbeitnehmern für die Zeit für die ihnen Entgelt (§ 15 TV-L) zusteht, eine Zulage gezahlt werden, wenn ihre Tätigkeit mit Mehraufwendungen verbunden ist, die weder durch die Reisekostenvergütung noch durch das Entgelt abgegolten sind, und entsprechenden Beamten unter den gleichen Voraussetzungen und Umständen eine Aufwandsentschädigung gewährt wird.

4.7 Dienstleistern, die Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements unter Bezugnahme auf den vom Staatsministerium der Finanzen mit Schreiben vom 26. Juli 2010, Az. PE-P 1400 FV-028-29360/10, erlassenen Handlungsleitfaden zum Behördlichen Gesundheitsmanagement für Beschäftigte des Freistaates Bayern in Behördenräumen durchführen, kann für die Durchführung der Maßnahme die Nutzung der Diensträume unentgeltlich oder verbilligt überlassen werden.

5. Prüfungskosten, Personal- und Sachausgaben aus anderen Haushaltsansätzen

5.1 Aus Mitteln der Titel 459 0. (Prüfungsvergütungen) sind auch sämtliche mit der Prüfung zusammenhängenden sächlichen Verwaltungsausgaben einschließlich der Reisekosten der mit der Durchführung der Prüfung beauftragten Prüfer und Prüfungshelfer zu bestreiten.

5.2 Soweit Bezüge der Beamten und Richter oder Entgelte der Beschäftigten im Staatshaushalt gebucht und nachgewiesen werden, aber ganz oder teilweise von Stellen außerhalb des Staatshaushalts (Dritten) finanziell zu tragen sind, sind auch die Ausgaben für Beihilfen, abzuführende Beihilfe- und Verwaltungskostenpauschalen in den Fällen von Art. 6 Abs. 6 Satz 3 und Abs. 7 Satz 3 des Haushaltsgesetzes, Reisekosten, Umzugskosten, Trennungsgelder, Auslagenersatz im Sinn des Art. 12 BayUKG, Übergangsgelder sowie alle sonstigen personalbezogenen Ausgaben zulasten der Ansätze aus Mitteln Dritter zu leisten.

5.3 Aus Mitteln der Titel 518 0. und 518 31 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume) sind auch die Ausgaben für durchzuführende Ausschreibungsverfahren zur Anmietung von Bestellbauten (Immobilien, die ein privater Auftragnehmer nach den Vorgaben des Auftraggebers errichtet), insbesondere die für die Beauftragung privater Sachverständiger anfallenden Ausgaben, zu bestreiten.

6. Anlagen zum Haushaltsplan

6.1 Soweit in Zweckbestimmungen für mehrere mit einem Gesamtbetrag veranschlagte Maßnahmen auf Anlagen zu den Einzelplänen verwiesen ist, sind die in diesen Anlagen aufgeführten Einzelzwecke mit ihren Beträgen ebenso bindend, wie wenn diese Beträge bei den Zweckbestimmungen einzeln aufgeführt wären, es sei denn, dass in den Anlagen etwas anderes bestimmt ist.

6.2 ¹Soweit bei Titeln der Anlage S (staatlicher Hochbau) Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen wegen Fehlens der in Art. 24 Abs. 1 BayHO bezeichneten Unterlagen als gesperrt oder als Planungstitel bezeichnet sind, bedarf die Leistung von Ausgaben oder die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen der Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags. ²Dies gilt nicht für die Leistung von Ausgaben und Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen für die Erstellung der Planungsunterlagen nach Art. 24 Abs. 1 und Art. 54 Abs. 1 BayHO. ³Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, für die Erstellung der Planungsunterlagen von Neubauten nähere Anordnungen zu erlassen.

7. Ausnahmen vom Bruttonachweis

¹Ausnahmen vom Bruttonachweis der Einnahmen und Ausgaben sind nach Maßgabe der VV Nr. 3 zu Art. 35 BayHO zugelassen oder vorgeschrieben. ²Darüber hinaus gilt Folgendes:

- 7.1 ¹Einnahmen aus der Anfertigung von Fotokopien durch Dritte und aus Rabatten für bereits gezahlte Ausgaben dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden. ²Erstattungen von Reisekosten durch Dritte und pauschale Rabatte für bereits gezahlte Fahrkosten dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden.
- 7.2 Schadenersatzleistungen und Zahlungen anstelle von Garantieleistungen Dritter dürfen stets, also auch nach Abschluss der Bücher, insoweit von der Ausgabe abgesetzt werden, als sie zur Instandsetzung oder Ersatzbeschaffung bestimmt sind.
- 7.3 Zurückgezahlte Zuwendungen dürfen von der Ausgabe abgesetzt werden, soweit sie
 - 7.3.1 noch während des gleichen Jahres, in dem sie ausgezahlt wurden, zurückgezahlt werden oder
 - 7.3.2 im Rahmen von gemeinschaftlichen Finanzierungen zwischen dem Bund und dem Land (insbesondere bei den Gemeinschaftsaufgaben) gewährt wurden und der Bund dies zulässt.

8. Kosten der Planung und Bauüberwachung (PB-Mittel)

- 8.1 Aus den Ausgabemitteln für Baumaßnahmen des staatlichen Hochbaus (Obergruppen 71 bis 74) sind auch die Kosten für die Planung und Bauüberwachung zu bestreiten.

- 8.1.1 ¹Ist die Planung und Bauüberwachung der staatlichen Bauverwaltung übertragen, so erhält sie folgende Kostenanteile:

- a) bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme bis 1 500 000 €
5,5 v.H.,
 - b) bei einer anrechnungsfähigen Herstellungssumme über 1 500 000 €
5 v.H.

²Bei Umbauten und Modernisierungen erhöhen sich diese Sätze je nach Schwierigkeit um bis zu 80 v.H. ³Die festgelegten Vomhundertsätze können erforderlichenfalls in begründeten Einzelfällen mit Einwilligung des Staatsministeriums der Finanzen bis auf höchstens 5,75 v.H. erhöht werden.

⁴Die anrechnungsfähige Herstellungssumme bemisst sich nach der Haushaltsunterlage-Bau (zuzüglich von Nachträgen, die auf Lohn- und Stoffpreissteigerungen beruhen), es sei denn, dass die tatsächliche Herstellungssumme niedriger ist; das Staatsministerium der Finanzen kann in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

- 8.1.2 ¹Sind für die Planung und Bauüberwachung von Gebäuden und Freianlagen freiberuflich tätige Architekten nach den Teilen 1 bis 3 der Verordnung über die Honorare für Architekten und Ingenieurleistungen (Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI) vom 11. August 2009 (BGBl I S. 2732) eingeschaltet, so sind die vertraglich vereinbarten Honorare sowie die Nebenkosten des Architekten (§ 14 HOAI) aus den Bauausgabemitteln – Kostengruppe 730 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu bestreiten. ²Für die Anwendung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure gelten die Vorschriften des von der Obersten Baubehörde im Staatsministerium des Innern mit Schreiben vom 4. Dezember 2008, Az. IIZ5-40012-004/08, eingeführten Handbuchs für die Vergabe und Durchführung von Freiberuflichen Dienstleistungen durch die Staatsbauverwaltung des Freistaates Bayern (VHF Bayern), Ausgabe 2008, in der jeweils geltenden Fassung. ³Für Leistungen, die dabei nicht von freiberuflich tätigen Architekten, sondern von der staatlichen Bauverwaltung zu erbringen sind, können von dieser

- a) für Planungsleistungen im Sinn der Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 des § 33 HOAI 1,3 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme,
 - b) für die Bauüberwachung im Sinn der Leistungsphase 8 des § 33 HOAI 0,6 v.H. der anrechenbaren Herstellungssumme

in Anspruch genommen werden. ⁴Bei Leistungen, die von freiberuflich tätigen Architekten nur anteilig erbracht werden, errechnet sich der Anteil der staatlichen Bauverwaltung aus den Staffelsätzen der Nr. 8.1.1 nach dem Leistungsbild des § 33 HOAI.

- 8.1.3 Bei dem Klinikum Regensburg (Kap. 15 22 Tit. 747 55) erhält die staatliche Bauverwaltung für die Planung und Bauüberwachung im Sinn von Nr. 8.1.1 Satz 1 einen Kostenanteil in Höhe von 5,25 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme bzw., soweit nur Leistungen im Sinn von Nr. 8.1.2 Satz 3 erbracht werden, einen Kostenanteil in Höhe von 1,61 v.H. der anrechnungsfähigen Herstellungssumme.
- 8.2 Die Kosten für die Einschaltung freiberuflich tätiger Ingenieure als Sonderfachleute für baufachliche Fragen sind bei den Baunebenkosten – Kostengruppe 730 und 740 der Kostenberechnung nach DIN 276 – zu veranschlagen und zu verausgaben.
- 8.3 Aus den Mitteln zur Bestreitung der Kosten der Planung und Bauüberwachung dürfen gedeckt werden
- 8.3.1 die personalbezogenen Ausgaben der zusätzlich verwendeten Dienstkräfte,
- 8.3.2 die Ausgaben für Fachliteratur und fachgebundene Verbrauchsgüter,
- 8.3.3 die Ausgaben für Bauleitungen und für Ausschreibungen im Vergabeverfahren.

9. Zweckgebundene Einnahmen

¹Zweckgebundene Einnahmen (Art. 8 Nr. 1 BayHO) sind, auch wenn sie nicht oder nicht in voller Höhe veranschlagt sind, bei den zutreffenden Einnahmetiteln zu vereinnahmen und die hierdurch etwa erforderlich werdenden zusätzlichen Ausgaben bei den Ausgabebetiteln zu verausgaben. ²Auf hiernach sich ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden; außerplanmäßige Einnahmen und Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen. ³Nicht verausgabte zweckgebundene Einnahmen dürfen in der Haushaltsrechnung als Ausgabereste nachgewiesen werden.

10. Veräußerungen von Erzeugnissen betrieblicher Einrichtungen

¹An Beamte und Arbeitnehmer dürfen, soweit im Haushaltsplan nichts anderes bestimmt ist, widerruflich die für den eigenen Verbrauch benötigten Erzeugnisse der betrieblichen Einrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle mit einer Ermäßigung bis zu 20 v.H. des ortsüblichen Kleinverkaufspreises abgegeben werden; ausgenommen hiervon sind Beschäftigte, deren Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit beträgt. ²Satz 1 gilt auch für Ruhegehaltsempfänger und Rentner, soweit sie bis zum Eintritt in den Ruhestand und dergleichen bei der entsprechenden betrieblichen Einrichtung beschäftigt waren. ³Landwirtschaftliche Betriebe dürfen ihre Erzeugnisse, bei denen ein Kleinverkaufspreis nicht feststellbar ist, an Betriebsangehörige mit einer Ermäßigung bis zu 10 v.H. des Ab-Hof-Verkaufspreises abgeben; für die Abgabe von Milch ist der Molkereipreis des Vormonats ohne Ermäßigung maßgebend. ⁴Tarifvertragliche Bestimmungen bleiben unberührt. ⁵Einer Einwilligung nach Art. 57 BayHO bedarf es in diesen Fällen nicht.

11. Weitergabe von Zuwendungen

Die Gewährung von Zuwendungen kann durch das zuständige Staatsministerium über die in Art. 44 Abs. 3 BayHO genannten juristischen Personen des privaten Rechts hinaus auch auf Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts übertragen werden.

12. Dezentrale Budgetverantwortung

12.1 Erweiterte gegenseitige Deckungsfähigkeit

¹Zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit sind jeweils innerhalb der einzelnen Kapitel (unter Einbeziehung der entsprechenden Verwaltungsbetriebsmittel in den Sammelkapiteln und Allgemeinen Bewilligungen sowie der zentral veranschlagten Ansätze) der Einzelpläne 01 bis 12 und 15

- a) die Ansätze für Personalausgaben der Titel 422 41 und 422 42, 427 01, 427 41, 427 99, 428 11, 428 12, 428 21, 428 22, 428 30, 428 41, 428 66, 428 99, der Gruppe 429, der Titel 443 16, 453 01, 459 0., 459 1. und 459 49,
- b) die Ansätze für sächliche Verwaltungsausgaben der Obergruppen 51 bis 54 mit Ausnahme der Gruppe 529, der Titel 527 2., 531 2., 532 0. sowie der Gruppe 549,
- c) die Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 und

- d) die Ansätze der Festtitel 981 11 und 981 12 (Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Rechenzentrums Süd bzw. Nord)

nach näherer Maßgabe der folgenden Nrn. gegenseitig deckungsfähig. ²Eine Deckung aus Ansätzen, die bereits selbst zulasten anderer Ansätze verstärkt wurden (Kettenverstärkung), ist nicht möglich.

12.2 Verstärkung aus dem Stellingehalt gebundener Stellen

Innerhalb eines Kapitels kann das durchschnittliche Stellingehalt einer frei gewordenen und besetzbaren Stelle zur Verstärkung der in Nr. 12.1 genannten Ansätze unter folgender Maßgabe verwendet werden:

- 12.2.1 ¹Die Stelle muss über die Wiederbesetzungssperre hinaus mindestens ein Jahr lang freigehalten werden; Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Haushaltsgesetzes findet keine Anwendung. ²Die Verwendung der Stellingehälter für eine Verstärkung kann somit erst nach Ablauf der gesetzlichen Wiederbesetzungssperre erfolgen.

- 12.2.2 Für jeden vollen Monat, für den die Stelle dann über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus gezielt freigehalten wird, können entweder

a) $\frac{1}{12}$ aus 75 v.H. des durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung der Ansätze für Sachinvestitionen der Obergruppen 81 und 82 oder

b) $\frac{1}{12}$ aus 50 v.H. des durchschnittlichen Stellingehalts zur Verstärkung für sächliche Verwaltungsausgaben verwendet werden.

- 12.2.3 Mit dem Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle endet die Verstärkungsmöglichkeit der Nr. 12.2.

12.3 Deckungsfähigkeit der in Nr. 12.1 genannten Personalausgaben

- 12.3.1 ¹Einsparungen bei den in Nr. 12.1 genannten Ansätzen dürfen nur dann für die Begründung zusätzlicher Dienst- und Arbeitsverhältnisse verwendet werden, wenn das jeweilige Dienst- bzw. Arbeitsverhältnis auf längstens sechs Monate oder die Dauer einer jahreszeitlich bedingten Saison – ohne Kettenverlängerung – zeitlich befristet ist (Aushilfskräfte). ²Die Einschränkungen des Satzes 1 gelten nicht, soweit lediglich der bei Altersteilzeit von Arbeitnehmern auftretende Kapazitätsverlust ausgeglichen wird.

- 12.3.2 Einsparungen bei den Titeln 428 11, 428 21 und 428 22 dürfen nur bei mindestens einjährigem Freihalten der Beschäftigungsmöglichkeit zur Deckung von Ausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben und Sachinvestitionen der in Nr. 12.1 genannten Ansätze herangezogen werden; hinsichtlich der Titel 428 21 und 428 22 gilt dies nur bei Einsparungen über den haushaltsrechtlich vorgeschriebenen oder von der Staatsregierung beschlossenen Stelleneinzug hinaus.

- 12.3.3 ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 der Titel 422 41, 422 42 und 428 41 darf nur einseitig zulasten dieser Titel in Anspruch genommen werden. ²Die gegenseitige Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 dieser Titel untereinander bleibt unberührt.

12.4 Umwidmung von Personal- in Sachmittel bei Privatisierungen

¹Die Einschränkungen der Nrn. 12.2 und 12.3 gelten nicht, soweit bei der Privatisierung von Aufgaben eine Umwidmung von Personal- in Sachmittel notwendig ist, die entbehrlichen Stellen nicht wieder besetzt und im nächsten Haushaltsplan (stellen- und betragsmäßig) abgesetzt werden. ²Auf sich hiernach ergebende über- oder außerplanmäßige Ausgaben ist Art. 37 BayHO nicht anzuwenden, sofern im Einzelfall die auf das Kalenderjahr hochgerechnete Gesamthöhe der umgewidmeten durchschnittlichen Stellingehälter 250 000 € nicht übersteigt; außerplanmäßige Ausgaben sind jedoch in der Haushaltsrechnung als solche zu bezeichnen.

- 12.5 Einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten von Haushaltsstellen
- 12.5.1 Bauunterhalt
- ¹Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für Titel der Gruppe 519 darf nur einseitig zugunsten der Titel dieser Gruppe in Anspruch genommen werden. ²Nr. 1.2 bleibt unberührt.
- 12.5.2 Globale Mehrausgaben für sächliche Verwaltungsausgaben
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Gruppe 548 gilt nur als einseitige Verstärkung zulasten der Titel dieser Gruppe.
- 12.5.3 Ausgaben für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Rechenzentren Süd und Nord
- Die Deckungsfähigkeit nach Nr. 12.1 für die Festtitel 981 11 und 981 12 darf nur einseitig zugunsten dieser Titel in Anspruch genommen werden.
- 12.6 Koppelung mit Einnahmen
- ¹Mehr- oder Mindereinnahmen von bis zu 10 v.H. der Summe der Obergruppen 12 und 13 ohne Gruppe 133, der Gruppe 111 sowie der Titel 119 01 und 119 49 eines Kapitels, die im Vollzug erwirtschaftet werden, erhöhen oder vermindern die Ausgabebefugnis der in Nr. 12.1 genannten Ansätze des entsprechenden Kapitels zur Hälfte. ²Dies gilt nicht bei Titeln, die mit Ausgabeansätzen gekoppelt sind.
- 12.7 Übertragbarkeit, zeitliche Bindung
- 12.7.1 Übertragbarkeit
- Die in Nr. 12.1 genannten Ausgaben sind zur Förderung der wirtschaftlichen und sparsamen Bewirtschaftung übertragbar.
- 12.7.2 Zeitliche Bindung
- Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, im Rahmen seiner Befugnisse nach Art. 45 Abs. 3 BayHO bei den in Nr. 12.1 genannten Titeln bereits vor Ablauf des Haushaltsjahres für einen Teil der zu erwartenden Ausgabereste die Einwilligung zur Übertragung und Inanspruchnahme allgemein zu erteilen.
- 12.8 Einzelregelungen
- Die in den Nrn. 12.1 bis 12.7 getroffenen Regelungen finden keine Anwendung, soweit in den Einzelplänen in den Vorbemerkungen zum Geltungsbereich der Regelungen zur dezentralen Budgetverantwortung einzelne Bereiche ausdrücklich ausgenommen sind; sie finden zusätzlich Anwendung, soweit dort einzelne Bereiche ausdrücklich einbezogen sind.
- 12.9 Berichtspflicht
- Mehrausgaben bei einem Titel, die im Rahmen der Nrn. 12.1 und 12.8 aus Einsparungen bzw. Mehreinnahmen geleistet werden, sind dem Landtag jährlich mitzuteilen, wenn sie einen Betrag von 500 000 € übersteigen.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Helmut Brunner

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Abg. Maria Noichl

Abg. Klaus Steiner

Abg. Kurt Eckstein

Abg. Ulrike Müller

Abg. Adi Sprinkart

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Abg. Albert Füracker

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Anne Franke

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Dr. Christian Magerl

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14669 mit 16/14671),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14483 mit 16/14493),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14472 mit 16/14482) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14521 mit 16/14523 und 16/14525 mit 16/14538)

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Herr Staatsminister Manfred Brunner das Wort. – Helmut Brunner. Ich entschuldige mich in aller Form, Herr Staatsminister.

(Heiterkeit - Franz Maget (SPD): Das ist ein anderer! - Zuruf von der SPD: Das gibt eine Rüge! - Staatsminister Helmut Brunner: So einfach geht das nicht, Herr Präsident! - Tobias Thalhammer (FDP): Das kostet ein Bier oder ein Glas Milch!)

- Jetzt wollen wir uns aber beruhigen. Der Staatsminister hat etwas Wichtiges zu sagen. Sie haben das Wort, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, dass ich Ihnen heute meinen Haushalt vorstellen darf, bedanke mich vorweg für die sehr konstruktiven Beratungen sowohl im Agrarausschuss als auch im Haushaltsausschuss und danke allen, auch von der Opposition, die meinen Weg ehrlich, offen und konstruktiv begleiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der ländliche Raum ist nach wie vor für die Mehrheit der Menschen Lebens-, Wohn- und Wirtschaftsraum. Die bestimmenden Faktoren sind dabei immer noch die Land- und die Forstwirtschaft. Deren vielfältige Leistungen für einen aktiven und attraktiven ländlichen Raum sind unverzichtbar. Deshalb ist eine aktive Politik für unsere Land- und Forstwirtschaft zwingende Voraussetzung für ein starkes Bayern als Heimat mit Zukunft.

Die Agrarwirtschaft wird immer mehr zur einer Schlüsselbranche für die Ernährungssicherung und die Bewältigung der Energiewende und des Klimawandels. Die Herausforderungen für die Landwirtschaft sind enorm. Denken wir an den zunehmenden Wettbewerbsdruck durch die Globalisierung der Wirtschaft, aber auch durch die Liberalisierung der Agrarmärkte. Umso wichtiger ist es deswegen, die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche zukunftsfähig zu erhalten und – das ist mir ein ganz besonderes Anliegen – die zunehmende Bürokratie einzudämmen, wo es nur geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Denn unsere Bauern wollen nicht mehr dokumentieren, sie wollen produzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will bereits zu Beginn des neuen Jahres die einzelbetriebliche Investitionsförderung deutlich verbessern, auch wegen der gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen im Tierschutz. Davon profitieren gerade auch unsere bäuerlichen Betriebe. Insgesamt sind im Doppelhaushalt 2013/14 für die einzelbetriebliche Investitionsförderung 140 Millionen Euro geplant.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

- So viel Zeit muss sein.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Mühsam wird der Applaus eingesammelt! - Maria Noichl (SPD): Da klatscht einer, der den Stoiber haben will!)

Ich darf ergänzen: Was vor allem auch für Bayern von besonderer Bedeutung ist, um natürliche Unterschiede und Produktionsvoraussetzungen teilweise ausgleichen zu können, ist die Ausgleichszulage. 60 % unserer Flächen sind davon betroffen. Wir zahlen hierfür gut 110 Millionen Euro, selbstverständlich durch Brüssel und Berlin kofinanziert. Damit können wir die flächendeckende Landbewirtschaftung garantieren. Dies ist letzten Endes auch eine wichtige Grundlage für einen florierenden Tourismus.

Unser Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramm ist das umfangreichste und erfolgreichste Umweltprogramm Europas. Damit gewährleisten wir den Ressourcenschutz und nicht zuletzt die Sicherung der Biodiversität. Und was besonders wichtig ist: Das Prinzip "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" hat sich nachweislich bewährt.

Unser Haushalt ist ein klares Bekenntnis zu einer starken Land- und Forstwirtschaft und zur Weiterentwicklung des ländlichen Raums mit einer eigenständigen Perspektive. Agrarpolitik ist schließlich Gesellschaftspolitik. Mit dem Haushaltsansatz für die Jahre 2013 und 2014 von rund jeweils 1,3 Milliarden Euro setzen wir ganz gezielt auch aktuelle gesellschaftliche Themenbereiche um.

Unsere bayerischen Spezialitäten haben weltweit, also nicht nur bei den bayerischen Verbrauchern, ein hervorragendes Image. Das bestätigen auch die aktuellen Zahlen

bezüglich des Exports. Allein im ersten Halbjahr konnte eine Steigerung von 5,6 % auf rund 3,9 Milliarden Euro erreicht werden. Wenn der Trend bis zum Jahresende anhält, dann können wir erstmals die Acht-Milliarden-Grenze überschreiten.

Aber ich will noch mehr. Bayern ist schließlich gerade bei den Agrarprodukten als Premiumland anerkannt. Zusammen mit der neu gegründeten Marketingagentur, für die im Doppelhaushalt rund 6 Millionen Euro bereitstehen, haben wir ein bayerisches Regionalsiegel entwickelt. Ich habe die Einzelheiten im November bekanntgegeben. Damit will ich zum Ausdruck bringen, dass ich unseren Lebensmitteln ein Gesicht verleihen will. Es soll die Chance eröffnet werden, die Region mit dem Produkt zu verbinden und damit auch eine besondere Identität auslösen.

Der Einzelhandel hat zwischenzeitlich bereits großes Interesse an diesem Regionalsiegel bekundet und ich bin überzeugt, dass es bereits im kommenden Jahr verschiedene Initiativen in verschiedenen Regionen geben wird. Das ist letzten Endes ein Erfolg für die Regionen, ein Erfolg für die Verbraucher und nicht zuletzt ein Erfolg für ganz Bayern.

Mit dem Landesprogramm Ökolandwirtschaft stärke ich die Schwerpunkte Forschung, Bildung, Beratung und Förderung in diesem Premiumsegment. Mein Ziel ist eine Verdoppelung der Ökoproduktion aus Bayern bis zum Jahr 2020. Wir müssen die Märkte vor der Haustür bedienen. Wir sind gerade in diesem Bereich noch auf Importe angewiesen. Deswegen ist es geradezu logisch, dass wir die Produktion dem Verbrauch anpassen. Zusammen mit den Ökoverbänden werde ich diese Offensive starten. Hierfür stehen zusätzlich bereits in der Startphase 3,4 Millionen Euro zur Verfügung.

Beim Aktionsprogramm heimische Eiweißfuttermittel hat Bayern inzwischen bereits auch bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Das Programm, das die bayerische Landwirtschaft unabhängiger von Überseesoja machen soll, findet auch im Ausland bereits große Zustimmung. Zusammen mit den Donauanrainerstaaten und mit Italien entwickeln wir eine europäische gentechnikfreie Eiweißversorgung. Wir dürfen zur

Kenntnis nehmen: Die Menschen wollen zunehmend gentechnikfrei hergestellte Lebensmittel.

Unser Kompetenzzentrum für Ernährung hat sich inzwischen bereits hervorragend entwickelt und etabliert. Zusammen mit den Ämtern für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erreichen wir mit dem Konzept Ernährung in Bayern immer mehr Zielgruppen. So schaffen wir eine Bewusstseinsänderung für gesunde Ernährung und eine höhere Wertschätzung auch für einheimische, regionale Lebensmittel. Wegen der gesellschaftlich großen Bedeutung sehen wir hier weiterhin rund 5 Millionen Euro vor.

Im Übrigen ist es für Industrieländer nicht gerade ehrenrührig, wenn wir eine Wegwerfquote von nahezu 30 % haben. Aber wir müssen gegensteuern. Es ist für mich auch ein Bildungsauftrag, dafür zu sorgen, dass wir unsere oftmals mit großem Aufwand erzeugten Lebens- und Nahrungsmittel wieder mehr schätzen und verantwortungsbewusster mit ihnen umgehen.

Mit dem bayerischen Schulfruchtprogramm haben wir inzwischen bereits 71 % der berechtigten Schülerinnen und Schüler erreicht. Es ist tatsächlich ein Renner geworden. Ich denke, dass die Eltern, Kinder und Lehrer gleichermaßen davon begeistert sind. Deswegen setzen wir dafür weiterhin 3 Millionen Euro jährlich ein.

Zur Ernährungsbildung und zum Verbraucherdialog gehört auch das von mir initiierte Programm Erlebnis Bauernhof bzw. Lernort Bauernhof, mit dem wir es den Kindern ganz bewusst ermöglichen wollen, mit allen Sinnen zu begreifen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Hier sind 2 Millionen Euro gut angelegt.

Mit unserem Maßnahmenpaket Energiewende im ländlichen Raum, für das jährlich 13 Millionen Euro bereitstehen, setzen wir letzten Endes die Energiewende im ländlichen Raum um. Ich meine, nach der Phase der Sensibilisierung muss jetzt rasch die Phase der Umsetzung und der praktischen Weiterentwicklung der Energiewende folgen. Wir werden mit dem Geld Demonstrationsprojekte fördern. Wir wollen mit einem personellen Angebot die Beratung optimieren, und zwar nicht nur für die investitions-

willigen Landwirte. Ich bin überzeugt: Daraus kann ein großes Konjunkturprogramm auch für den ländlichen Raum entstehen. Ich bin davon überzeugt, dass die ehrgeizige Energiewende in Deutschland ein Pilotprojekt für die ganze Welt sein kann. Alle schauen auf uns, ob wir unsere Ziele erreichen. Deswegen haben wir Verantwortung auch über unser Land hinaus.

Im Jahr 2013 feiert die Definition des Begriffs "Nachhaltigkeit" in der Forstwirtschaft ihren 300. Geburtstag. Gemeinsam mit allen Akteuren der Forst- und Holzbranche wollen wir das Jahr nutzen, unsere bewährten forstpolitischen Ansätze einer nachhaltigen und multifunktionalen Forstwirtschaft, die schützen und nützen vereint, umzusetzen und dafür zu werben. Auch hier geht es um die Geisteshaltung, die wir zum Ausdruck bringen wollen. Denn nur eine Waldbewirtschaftung, die ökonomische, ökologische und soziale Interessen unserer Gesellschaft auf gleicher Ebene berücksichtigt, wird den Menschen und den unterschiedlichen Interessen gerecht. Auf zwei Dritteln unserer Waldfläche bewältigen Privatpersonen und Kommunen diese gesellschaftspolitisch unverzichtbare Aufgabe. Seitens der Staatsregierung unterstützen wir sie dabei mit rund 22 Millionen Euro jährlich. Damit garantieren wir den Aufbau und den Erhalt zukunftsfähiger Wälder.

Dabei ist eine besonders wichtige Aufgabe die Anpassung der Wälder an den Klimawandel. Um hier noch schneller voranzukommen, stehen uns in den nächsten beiden Jahren zusätzlich jährlich 7 Millionen Euro für Waldumbau, für Schutzmaßnahmen im Bergwald und für begleitende Forschung zur Verfügung. Damit werden wir unser Fitnessprogramm für den Wald weiter forcieren und unsere Beratungsinitiative in Brennpunktregionen intensivieren und die erfolgreiche Bergwaldoffensive fortsetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für eine wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Räumen bieten wir vielseitige Hilfen an, und zwar personeller und vor allem finanzieller Art. Mit unserem ILE-Dorferneuerungs-, dem Flurneuordnungs- und dem Leader-Programm und den Angeboten

unterstützen wir nachhaltig unsere Kommunen. Aktuelle Schwerpunkte sind unter anderem die Innenentwicklung, die Sicherung attraktiver Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Schaffung moderner Infrastruktur bei möglichst geringem Flächenverbrauch. Ich nehme mich dieses Themas intensiv an. 18 Hektar täglicher Landverbrauch in Bayern sind auf Dauer nicht verkraftbar und nicht hinnehmbar!

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Es sind 20,6 Hektar!)

- Ich habe hier die neuesten Zahlen, Frau Müller. Es sind 18 Hektar. – Dafür stehen rund 118 Millionen Euro und weitere 7 Millionen Euro zur Begleitung des demografischen Wandels bereit.

Eine Herausforderung, die uns gerade im Jahr 2013 besonders viele intensive Diskussionen abverlangen wird, ist die gemeinsame Agrarpolitik. Diese entscheidet in dem neuen Förderzeitraum der nächsten sieben Jahre, was wir unseren Landwirten an Rahmenbedingungen anbieten. Deswegen vertraue ich nicht nur auf Gespräche, die andere führen. Ich war Ende November selber wieder in Brüssel und habe mit dem Haushaltskommissar Lewandowski die aktuelle Situation erörtert und bayerische Interessen nachhaltig eingebracht. Wir wollen weiterhin nach dem Leitbild eines bäuerlichen Familienbetriebs wirtschaften und die flächendeckende Landbewirtschaftung sicherstellen. Wir können nicht zulassen, dass das Budget der Agrarwirtschaft einseitig überdurchschnittlich beschnitten wird.

Wir sind verantwortungsbewusst. Wir haben uns bereit erklärt, eine fünfprozentige Kürzung einzuplanen, die aber nicht nach der Rasenmähermethode umgesetzt werden soll, damit das Agrarbudget nicht erneut geschmälert wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich werde im Frühjahr eine Strategietagung zum ländlichen Raum zusammen mit den Österreichern abhalten. Ich versuche mit den Kommunen, bei regionalen Kongressen Visionen für den ländlichen Raum bis zum Jahr 2030 zu entwickeln. Daran können Sie

erkennen, dass es mir nicht nur darum geht, sozusagen die Hausaufgaben zu machen, sondern Konzepte und Strategien für die Zukunft zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, wenn die Kürzungen auf EU-Ebene nicht abgewendet werden können, wird es noch wichtiger sein, unseren Landwirten mit einer aktiven und offensiven Agrarpolitik auf bayerischer Ebene Perspektiven für die Zukunft zu eröffnen. Denn nach wie vor ist der Bauernstand das Rückgrat des ländlichen Raumes und die Staatsregierung ein verlässlicher Partner für unsere Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Ich danke Ihnen allen, dem Hohen Haus für das Wohlwollen gegenüber meiner Politik und den Anliegen der Land- und Forst- sowie der Ernährungswirtschaft. Ich darf mich besonders bei den Ausschussvorsitzenden Füracker und Winter, bei den Berichterstattern Eckstein, Professor Barfuß, Herrn Dechant und bei Karsten Klein für die konstruktive Unterstützung und den Einsatz für die Landwirtschaft herzlich bedanken.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Professor Dr. Georg Barfuß (FDP))

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bevor wir fortfahren, möchte ich zum Tagesordnungspunkt 15 zurückspringen und Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06, Staatsministerium für Finanzen, bekannt geben. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 60, Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß unserer Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem allem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit stimmt das gesamte Hohe Haus zu. Der Einzelplan 06 ist so beschlossen. Die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 15 sind beendet.

Wir kommen wieder zurück zum Einzelplan 08 zum Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und setzen die Aussprache mit Frau Kollegin Noichl für die SPD-Fraktion fort.

Maria Noichl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister Helmut Brunner, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuallererst meinen Dank an meinen Kollegen Reinhold Strobl aussprechen, der im Haushaltsausschuss die Belange des Landwirtschaftsausschusses sehr gewissenhaft vertritt.

Bevor ich zur eigentlichen Haushaltsdebatte komme, ist es mir wichtig, die Ziele, die die SPD im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten verfolgt, deutlich zu machen. Denn eigentlich sollten sich die Anträge an den Zielen orientieren. Wer klare Ziele hat, bekommt klare Anträge und eine klare Richtung. Ohne Ziele wird aus dem Einzelplan 08 ein Einzelplan 08/15.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir, am Anfang die Ziele im Bereich Ernährung aufzuzählen. Ich erinnere mich daran, Herr Minister, als Sie vor vielen Hauswirtschafterinnen standen, sich den Bauch rieben und sagten: "Ernährung ist schon wichtig". Dabei haben Sie ein bisschen gelächelt. Das ist uns zu wenig, wenn es um den Bereich Ernährung geht. Er-

nährung sehen wir als ganz große Verantwortung, ganzheitliche Verbraucherbildung zu betreiben, Verbraucherschulung zu organisieren, das wirklich praktische Handwerk des Kochens den Kindern und auch den Erwachsenen wieder beizubringen. Die Kunden der Zukunft müssen geschult werden, das gezielte Auswählen im Geschäft muss gelernt werden. Es ist unser Ziel, durch Verbraucherbildung die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Es ist aber auch unser Ziel, für die Landwirte Verbraucherinnen und Verbraucher für morgen zu bekommen, die die hochwertige Qualität, die unsere Landwirte erzeugen, erst einmal verstehen, die sie einkaufen und auch bereit sind, mehr dafür zu bezahlen. Das alles hat mit Verbraucherbildung und Verbraucherschulung zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Aber anders als Sie, der Sie immer noch an Projekte glauben und sagen: Es gibt da ein Projekt "gesundes Pausenbrot" und es gibt ein Projekt und ein Projekt, sind wir der Meinung, Ernährung kann man nicht projekthaft lernen. Das geht nicht. Ernährung, sensorische Bildung, das alles braucht täglichen Vollzug. Das einzige wirklich erfolgreiche Programm in diesem Haus ist in diesem Fall das Schulfruchtprogramm. Nur – darauf komme ich nachher, wenn es um unseren Antrag geht – sperren Sie sich gegen eine Ausweitung.

Unser Ziel ist, dass alle Kinder, kleine Kinder genauso wie Schulkinder, und Jugendliche dieses Angebot an frischem Obst und Gemüse mehrfach pro Woche auf den Tisch der Kita, des Kindergartens oder der Schule bekommen.

Ein weiteres Ziel ist es, die regionalen Kreisläufe besonders im Bereich der Ernährung zu unterstützen. Diesem Ziel geben wir Vorrang, anders als Sie, Herr Minister. Sie sprechen immer davon, die Landwirtschaft ist da, um die Weltmärkte und die Wochenmärkte zu bedienen. Wir sagen, wir wollen die Wochenmärkte vor den Weltmärkten bedienen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Dazu brauchen wir eine klare Kennzeichnung. Rückblickend muss man sagen, dass sich da leider nichts verbessert hat, dass eine klare, ehrliche Kennzeichnung nicht vorangetrieben wird. Wenn Sie gerade wieder das Regionalsiegel angesprochen haben, haben wir große Sorge, dass aus dem Regionalsiegel, das der Minister hoch lobt, vielleicht wieder so ein "Regionalsiegel light" wird. Es reicht nämlich, wenn 51 % der Inhaltsstoffe regional sind, der Rest ist egal. Wer so mit Verbrauchern umgeht, der täuscht die Verbraucher, wenn er ihnen vormacht, das Produkt sei aus der Region, obwohl fast die Hälfte nicht aus der Region stammt. Ein "Regionalsiegel light" wird es mit uns nicht geben, Herr Minister.

Auch für die Landwirtschaft haben wir klare Ziele. Wir haben natürlich den Plan, dass die eigentümergeführten landwirtschaftlichen Betriebe Bestand haben. Da ist es wichtig, wie Sie betont haben, dass die Ausgleichszulage weiterhin besteht usw. Wir stellen uns ganz klar gegen das Motto "Wachsen und Weichen". Seit dem Krieg verschwinden jedes Jahr Bauernhöfe, auch Ihre Politik hat daran nichts geändert. Wir wollen unbedingt die Erzeuger stärken. Sie müssen gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel eine deutlich stärkere Machtposition erhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken, und – das ist mir ein ganz besonderes Anliegen – wir brauchen weiterhin die unabhängige Beratung für die Landwirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Denn es kann nicht sein, dass sich Landwirte bei Monsanto, BASF und Co. beraten lassen müssen, wie sie agieren sollen.

Wir wollen unbedingt dafür sorgen, dass der Boden als Grundlage für Artenvielfalt, als Grundlage für gutes Wasser auch der nächsten Generation fruchtbar zur Verfügung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Brunner, eigentlich unterschreiben Sie unsere Forderungen immer. Zumindest hört man aus Ihrem Hause Forderungen, die sehr ähnlich klingen.

Im Bereich Forst ist es uns ein Anliegen, den Waldumbau voranzutreiben und klimarechte, standortgerechte Mischwälder entstehen zu lassen, die für die Zukunft stehen.

(Zuruf der Abgeordneten Annemarie Biechl (CSU))

Im Privatwald muss natürlich ein guter Ausgleich zwischen Natur, Gesellschaft und der Wirtschaft geschaffen werden. Im Staatswald haben wir klare Prioritäten: Der Staatswald hat Vorbildcharakter, im Staatswald stehen die Gemeinwohlleistungen an erster Stelle. Darüber gibt es bei uns keine Diskussion.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wichtig ist, dass die ehemalige Forstverwaltung nach wie vor die fachliche Kontrolle über den Staatsforst behält, was aber aufgrund der Personalausstattung bald nicht mehr möglich sein wird. Wer das Personal im Forstbereich bewusst kürzt, kürzt auch die Kontrolle im Staatsforst, und das wollen wir nicht haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen natürlich für die Naturverjüngung ohne Zaun, für ein Management für Energieholz. Es kann nicht sein, dass immer mehr Nährstoffe den Wald verlassen. Es gibt Waldbereiche, in denen das noch geht, aber es gibt auch Waldbereiche, bei denen die Ampel auf Rot steht. Auch im Forstbereich ist die unabhängige Beratung ein ganz, ganz wichtiger Bereich. Ich würde sagen, Herr Brunner, auch da werden Sie vielen Punkten von uns zustimmen. Das hört man immer wieder und liest es in Überschriften von Veröffentlichungen aus Ihrem Haus.

Umso mehr ärgert mich - ich möchte schon einmal deutlich sagen, dass es mir wirklich richtig stinkt -, dass alle unsere Anträge, die diese Dinge in diese Richtung weiterent-

wickeln würden, aus Ihrem Hause oder von Ihren Parteien, der CSU und der FDP, prinzipiell abgelehnt werden, weil sie nicht aus Ihrer Feder sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist schon interessant. Bei uns, bei der SPD, ist es trotz Parteibuchs zu denken erlaubt. Bei Ihnen ist es mit Parteibuch anscheinend nicht mehr erlaubt, zu denken. Natürlich stimmen wir Ihren Anträgen zu, wenn wir sie für sinnvoll und richtig halten.

(Zuruf von der CSU: Weil sie gut sind!)

Sie stimmen unseren Anträgen nie zu, weil Sie sie gar nicht lesen. Sie denken nur an Ihr Parteibuch. So kann man nicht miteinander umgehen. Es ist schön, dass Publikum anwesend ist und das Publikum es hört.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben klare Anträge gestellt. Sie liegen auf dem Tisch. Wir wollen das erfolgreiche Schulfruchtprogramm auf alle Kindertagesstätten, auf die Krippen und auf alle Schulklassen ausdehnen. Wir wollen dem immer ungesünderen Ernährungsverhalten entgegenwirken. Wir wollen ernährungsbedingten Krankheiten entgegenwirken. Wir wollen die stark verarbeiteten Lebensmittel etwas zurückdrängen. Wir wollen die immer größer werdende gefühlte Entfernung zwischen Verbraucher und Erzeuger reduzieren.

Herr Brunner, da reicht es nicht, wenn Sie einen Tag der Grundschule am Bauernhof einführen. Das springt zu kurz. Dieser Erlebnisbauernhoftag ist sehr nett; das bringt auch dem Minister viele schöne Bilder mit großen Kindergesichtern; das ist wunderschön. Glauben Sie aber wirklich, dass ein Bauernhoftag in der Grundschule eine nachhaltige Veränderung im Ernährungsverhalten der Kinder bewirkt? – Das glaube ich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gerade das Thema Bildung so betont, Herr Minister. Es ist beschämend, dass Sie im selben Moment, in dem Sie den Bauernhoftag eingeführt haben, die Ausbildung der Erlebnisbäuerinnen von 15 Tagen auf einen Tag reduziert haben. Das heißt: Wir bringen mehr Schulklassen auf die Bauernhöfe, aber bilden die Bauern, die die Schulklassen empfangen, schlechter aus. Das ist Ihre Art von Bildung auf dem Bauernhof. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Seite an Seite, Annemarie Biechl, stehen die Landfrauen mit uns. Die Landfrauen des Bayerischen Bauernverbandes stehen Seite an Seite, wenn es darum geht, endlich ein Schulfach einzuführen, wie wir es gefordert haben. Wir brauchen endlich durchgängig Ernährungsbildung statt Show-Veranstaltungen beim Ponystreicheln und müssen Ernährungsverantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Im Bereich Landwirtschaft blockieren Sie alles, was eigentlich Gebot der Stunde wäre. Sie blockieren auch ein Nachdenken über neue Möglichkeiten der Ferkelkastration. Es ist interessant: In der "tz" kann man lesen, dass Schwarz-Gelb an der Ferkelkastration über 2016 hinaus festhalten will, weil es noch keine Alternativen dazu gibt. Andererseits lehnen Sie unseren Antrag ab, endlich ein Forschungsprojekt auf den Weg zu bringen, um die Ferkelkastration genauer zu erforschen. Sie lehnen ab, Gelder für ein solches Forschungsprojekt bereitzustellen. Sie sind nicht dafür, dass in diesem Bereich Forschung betrieben wird.

Ebenso wenig sind Sie für Forschung zu den Pflanzenölen. Es ist todchic, sich beim Zentralen Landwirtschaftsfest neben dem großen Schlepper fotografieren zu lassen, der mit Pflanzenöl betrieben wird. Wenn aber die SPD einen Antrag stellt, die Pflanzenöle forschungsmäßig etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, ist dafür kein Geld vorhanden. Das Foto hat schon gereicht; die Wirkung ist erzielt. So wollen wir nicht agieren.

(Beifall bei der SPD)

In zwei Bereichen haben Sie sich in unsere Richtung bewegt, nämlich einmal beim Stallbau. Stallbau soll in Zukunft verstärkt an Tierwohlstandards gekoppelt werden. Dafür danken wir Ihnen. Sie haben sich auch bei der regionalen Vermarktung, zumindest was die finanzielle Ausstattung angeht, etwas in unsere Richtung bewegt – zaghaft, aber immerhin. Wir werden Sie aber daran messen, ob bei der regionalen Vermarktung das Geld wirklich bei den Landwirten statt wieder beim Lebensmitteleinzelhandel hängen bleibt, und wir werden Sie daran messen, was aus dem Topf regionale Vermarktung kommt oder ob es nicht vielleicht so ist, dass ein paar Leute vom Ministerium zur Grünen Woche fahren und dann gesagt wird: Das ist regionale Vermarktung. Schauen wir einmal.

(Beifall bei der SPD)

Richtig betroffen hat mich gemacht, dass Sie unseren Antrag zum KULAP abgelehnt haben. Hier vorne haben Sie das KULAP gerade für toll erklärt. Sie wissen ganz genau, Herr Minister, dass außer dem hervorragenden Programm zum Ökolandbau alle anderen KULAP-Maßnahmen bis auf eine Ausnahme nur auf Acker abzielen. Es werden nur Ackermaßnahmen gefördert. Sie wissen, dass das Grünland hochwertig ist. Sie wissen, dass wir mehr Grünland brauchen. Sie wissen, dass jetzt Grünland umgebrochen wird, weil man dem Umbruchverbot vorseilen will. Trotzdem legen Sie nur ein winzig kleines Programm auf, mit dem das Grünland gefördert wird. Wir haben Programme für Blühstreifen, für Weidehaltung und so weiter gefordert. Diese Programme würden nicht nur die Landwirte bevorzugen, die Milchviehhaltung betreiben, sondern sie würden vor allen Dingen auch den Milliarden Bienen nützen. Herr Minister, kein einziges Wort von Ihnen dazu.

(Beifall bei der SPD)

Sie stehen hier vorne und sprechen über Landwirtschaft, nehmen aber nicht einmal das Wort Biene in den Mund, obwohl es bei den Bienen im Stock brennt.

(Beifall bei der SPD)

Das wollen Sie gar nicht wissen.

Zum Forst haben wir einen Förderantrag gestellt, den Lärmschutzwald genauer zu erforschen. Man kann besonderen Wald anbauen; dann dient er besonders dem Lärmschutz. Hierfür braucht man eine besondere Mischung und besondere Blattformen und Blattoberflächen, die den Lärm absorbieren. Auch diesen Forschungsantrag haben Sie abgelehnt. Sie lehnen unseren Antrag auf Erhöhung der Mittel für forstliche Zusammenschlüsse ab, natürlich auch unseren Antrag auf Stopp der Personaleinsparung im Forstbereich.

Das Haus der Berge – es wurde heute auch schon toll beschrieben – ist ein tolles Haus. Ja, es ist ein tolles Haus ohne Personal. Es wurde nicht eine neue Stelle geschaffen. Das Haus der Berge wurde gebaut, das Personal von anderswo hergeholt. Herr Minister, Sie dünnen die Forstverwaltung so aus, dass im Staatsforst keine Kontrolle mehr möglich ist. Das ist ein richtiges Armutszeugnis.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wir sind uns der Verantwortung bewusst. Wir haben klare Ziele für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Wir haben klare Anträge, die Schritt für Schritt in diese Richtung gehen. Was aber machen Sie? – Sie selbst stellen so gut wie keine Anträge. Drei Anträge wurden von der Regierungspartei gestellt. Sie lehnen alle unsere Anträge ab. 90 % der Anträge werden abgelehnt, weil sie von der Opposition sind. Sie verunsichern die Menschen beim Biogas. Herr Seehofer sagt: Wir schalten vier Gaskraftwerke ab, weil wir so viel Biogas haben. Sie schalten ein Gaskraftwerk ab, Herr Zeil schaltet gar kein Gaskraftwerk ab. Im Endeffekt weiß keiner etwas. Wie gesagt: Sie stellen keine Anträge und lehnen alles, was von der Opposition kommt, ab und verunsichern die Menschen. Sie lassen sich mit Kindern fotografieren, und oft tragen Sie einen Trachtenanzug. Das ist aber viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Was Ihnen abgeht, sind Visionen. Ihnen fehlt schlicht und einfach die Vision. Ihnen fehlt die Vision, wie die Landwirtschaft 2030 aussehen könnte. Ihnen fehlt vor allen Dingen die Vision, dass Ernährungspolitik nicht Ernährungswirtschaftspolitik ist, dass es nicht nur um die Firma Kraft geht, dass Ernährungspolitik etwas anderes ist, als den großen Firmen hinterher zu springen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Ein Weihnachtsgruß an den Herrn Minister, ein Weihnachtspruch: Herr Minister, wer keine Ziele hat, ist immer auf dem richtigen Weg. Das ist ganz einfach. Das sind Sie.

(Beifall bei der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen weiterhin: Bleiben Sie wirklich auf diesem Weg. Wie gesagt: Ohne Ziele ist jeder Weg der richtige.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Noichl, einen Moment bitte. – Ich habe es zu spät gesehen und bitte um Entschuldigung, dass Herr Steiner eine Zwischenbemerkung machen möchte. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Klaus Steiner (CSU): Frau Kollegin, nach Ihrem verbalen Maschinengewehrfeuer muss ich mir schon eine Anmerkung erlauben. Wir lehnen Ihre Anträge weitgehend deswegen ab, weil sie hinterfotzig und scheinheilig sind.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch von der SPD)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel, das die Milchbauern betrifft. Sie schwingen hier herinnen kluge Reden. Ich habe einen Ausschnitt aus dem "Berchtesgadener Anzeiger" dabei. Es geht um eine Veranstaltung der SPD mit Ihrer Bundestagskollegin aus meiner Re-

gion. Dort heißt es: Butterbrot gefährdet das Klima. So viel zu Ihrer Politik zur Unterstützung der Bayern. Butterbrot gefährdet das Klima. Das ist eine Katastrophe für die Milchbauern in unserer Region. So etwas verbreiten Sie in der Bevölkerung. Das ist Verunsicherung der Bevölkerung, und das ist hinterfotzig und scheinheilig. Sie werfen dem Minister vor, er würde sich fotografieren lassen. Ich sage Ihnen: Ihr Gegrinse in der Zeitung ist auch nicht schöner.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Einen Moment, bitte. Bei der Beratung des Landwirtschaftsetats kann man auch etwas deftige Formulierungen durchgehen lassen. Wenn wir schon beim Ermahnen sind: "Hinterfotzig" ist vielleicht

(Zuruf von der CSU: Ein passendes Wort!)

nicht genau die treffende Formulierung, Herr Kollege. - Bitte schön, Frau Noichl.

Maria Noichl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Kollege Steiner kommt aus Traunstein, ich komme aus Rosenheim. Bei uns ist "hinterfotzig" ein ganz normales Wort.

(Allgemeine Heiterkeit - Harald Güller (SPD): Und ein normales Verhalten der CSU!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ihr versteht euch also. Das habe ich befürchtet.

(Allgemeine Heiterkeit)

Bitte, Frau Noichl.

Maria Noichl (SPD): Herr Kollege Steiner, es ist interessant, dass Sie sagen, die Anträge würden nicht in die richtige Richtung gehen. Ich antworte Ihnen darauf einfach: Sie haben die Anträge und auch die Richtung nicht verstanden. Sie haben nicht verstanden, dass man trotz kleiner Schritte sehr wohl ein großes Ziel im Blick haben

muss. Für mich ist immer interessant, wenn Sie etwas aus der Zeitung vorlesen. Wenn ich selbst etwas geschrieben hätte, könnten Sie mir das ans Knie nageln, aber nicht, wenn es irgendetwas aus einer Zeitung ist, das irgendwer schreibt. Das möchte ich hier schon einmal richtigstellen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Steiner, es redet sich leichter, wenn man von keinem Sachverstand getrübt ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. Nun geht es weiter in der Aussprache. Nächster Redner ist Kollege Eckstein. Bitte sehr. Ihm folgt Frau Kollegin Müller.

Kurt Eckstein (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich habe ich es mir abgewöhnt, auf die Äußerungen von Frau Noichl als Haushälter zu antworten. Das wird sicherlich noch der Kollege Albert Füracker tun. Liebe Kollegin Noichl, bei Ihren Ausführungen hat man gemerkt, dass Sie wenig Ahnung von den Haushaltsberatungen haben.

(Zurufe von der SPD: Was, sie war doch immer dabei!)

Mir wäre es lieber gewesen, Herr Kollege Strobl hätte hier gesprochen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

Die Beratungen im Haushaltsausschuss sind sehr viel sachlicher und harmonischer, als es hier dargestellt wird.

(Harald Güller (SPD): Die Feststellung aber bleibt, dass Sie unsere guten Anträge abgelehnt haben, ohne jeden Sachverstand!)

- Herr Güller, Sie wollen mir doch nichts vormachen bezüglich Sachverstand in Landwirtschaftsdingen. Das möchte ich erst einmal sehen. Da habe ich meine Zweifel.

(Harald Güller (SPD): Ich werde von der Kollegin Noichl beraten!)

- Auch da habe ich meine Zweifel, lieber Kollege. Ich habe Landwirtschaft von der Pike auf gelernt und bin heute Landwirtschaftsmeister; außerdem war ich auch nebenamtlicher Berufsschullehrer in dieser Richtung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist wirklich so, dass der Einzelplan 08 im Haushaltsausschuss – das können die Kollegen aller Parteien bestätigen – mit am harmonischsten beraten wird, weil sich die Ziele aller Parteien sehr ähneln.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Lieber Kurt Eckstein! Sind Sie da wirklich sicher?)

- Du musst noch viel lernen, liebe Claudia.

Es ist zwar so, dass die Ziele ähnlich sind, aber Haushaltsberatungen sind kein Wunschkonzert. Wir als Regierungsfractionen stehen in der Verantwortung, viele unterschiedliche Dinge mitzubedenken. Sicherlich bringt die Opposition teilweise Anträge ein, die ich als Berichterstatter für den Einzelplan 08 so wie auch der Herr Minister ganz gern haben würde, aber es sind halt auch hier Grenzen gesetzt, da sich das Geld nicht automatisch vermehrt.

Wie der Herr Minister bereits vorgetragen hat, beträgt der Haushalt des Landwirtschaftsministeriums 1,3 Milliarden Euro. Hinzukommen noch 1,1 Milliarden Euro aus EU-Direktzahlungen, die zwar nicht im Einzelplan 08 veranschlagt sind, aber von der zuständigen Verwaltung abgewickelt werden müssen. Das ist eine sehr große Belastung. Insgesamt liegt die Steigerung im Einzelplan 08 unter der Steigerungsrate des Gesamthaushalts. Gleichwohl können bewährte Förderprogramme auf hohem Niveau weitergeführt werden.

Der Einzelplan 08 setzt gezielte Akzente, ohne den Blick aufs Große und Ganze zu verlieren. Er enthält eine Fülle verschiedenster Maßnahmen und Themen, die die Landwirtschaft und Forstverwaltung mit dem ihr zur Verfügung stehenden Personal hervorragend umsetzt. Im Stellenplan des Einzelplans 08 sind nur noch etwas über 7.000 Mitarbeiter ausgewiesen. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten eine hervorragende Arbeit nicht nur für die Land- und Forstwirtschaft, sondern auch für den gesamten ländlichen Raum und für alle Menschen in Bayern. Kaum ein Haus, das muss man ehrlicherweise hinzufügen, hat die massiven Personaleinsparungen und die inneren Reformen so konsequent vollzogen wie das Landwirtschaftsministerium. Man merkt da schon, dass es da und dort zwicket.

Nun einige Zahlen. Der Minister hat die Programme bereits pauschal angesprochen. Die zentralen Fördermaßnahmen des Landes – ich habe es schon gesagt – werden auf hohem Niveau mit insgesamt jährlich 505 Millionen Euro weitergeführt. Die einzelbetriebliche Investitionsförderung haben wir mit unseren Anträgen aufgestockt und auch der Minister hatte bereits zuvor 500.000 Euro mehr als im Jahre 2012 eingestellt. Wir liegen jetzt bei jährlich 72,5 Millionen Euro, die es möglich machen, dass die Konditionen verbessert werden.

Beim Kulturlandschaftsprogramm wissen Sie, Frau Kollegin Noichl, genauso gut wie ich und alle, die sich damit befassen, dass im Jahre 2014 eine neue Förderperiode der EU beginnt und wir jede Förderungsänderung von der EU notifizieren lassen müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

Ob das in den eineinhalb Jahren gelingt, wage ich zu bezweifeln.

Flurneuordnung, Dorferneuerung und Leader werden jährlich mit 118 Millionen Euro weitergeführt. Auch das erfolgreiche Schulobstprogramm ist bereits angesprochen worden. Zu den drei Millionen, die das Land zur Verfügung stellt, kommen noch 3,1 Millionen dazu. Damit kann der steigenden Zahl teilnehmender Schulen Rechnung getragen werden.

Ich komme zur Verbundberatung. Sicherlich muss ein Bauer nicht zu Monsanto oder anderen gehen, um beraten zu werden. Wir haben hier das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung e.V. - LKP - und das Landeskuratorium der Erzeugerringe für tierische Veredlung e.V. - LKV - in der Verbundberatung mit unseren Landwirtschaftsämtern. Auch hier sind die Mittel um 1,7 Millionen auf acht Millionen aufgestockt worden. - Die heimischen Eiweißfuttermittel hat der Herr Minister angesprochen. Hier wird versucht, mit einer Million Euro in die richtige Richtung zu gehen. - Die Bayerische Marketingagentur soll den Absatz auf regionalen Lebensmittelmärkten erleichtern und den Erfolg beim Agrarexport fortschreiben. Auch hier sind sechs Millionen Euro bereitgestellt. Anders als bei "Aufbruch Bayern" vorgesehen, wurde hier keine Kürzung der Mittel veranlasst.

Kommen wir zur forstlichen Förderung und zum Waldumbau. Der bayerische Staatsforst betreibt seit Jahrhunderten eine nachhaltige Forstwirtschaft. Wir brauchen nicht Frau Noichl im Landtag dazu, um zu bemerken, dass das eine wichtige Aufgabe ist. Für die Anpassung der Wälder an den Klimawandel werden jährlich sieben Millionen Euro bereitgestellt. Damit können die Maßnahmen im Waldumbau, die Schutzmaßnahmen im Bergwald und unsere Forschungs- und Entwicklungsprojekte weitergeführt werden. Auch die Förderung des privaten und des Körperschaftswaldes wird auf hohem Niveau weitergeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die eben genannten Themen und Zahlen zeigen, dass sich die Ernährungs-, Land- und Forstwirtschaft sowie der gesamte ländliche Raum auf die Koalitionsregierung aus CSU und FDP und die sie tragenden Parteien verlassen können. Auch wenn sich beim Buchführungsergebnis bessere Erlössituationen für die Land- und Forstwirtschaft zeigen, sind Förderung und Beratung durch den Staat unbedingt nötig. Zu dieser Aufgabe stehen wir. Deshalb haben wir unsere drei Anträge gestellt. Alles andere hat der Minister in seinem Haus bereits zu unserem Wohlgefallen gelöst.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Dass manche Anträge der Opposition durchaus Charme haben, gebe ich zu.

(Volkmar Halbleib (SPD): Herr Steiner meint aber, sie sind scheinheilig!)

- Manche, aber nicht viele.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden von Charme, er sagte scheinheilig!)

- Manche sind sehr scheinheilig, aber das darf man vielleicht nicht sagen.

(Weitere Zurufe von der SPD)

Einige wären mir sicherlich recht gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber, wie gesagt, der ausgeglichene Haushalt als oberstes Ziel unserer Haushaltspolitik steht, und dem müssen sich alle Pläne unterordnen. Wenn man in der Opposition ist, kann man alles fordern. Man muss ja nichts vertreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir sind sehr verantwortungsvoll bei unseren Forderungen!)

Zum Schluss möchte ich mich bei Minister Brunner und bei seinem Haus herzlich für die geleistete Arbeit bedanken sowie bei allen Menschen, die für die Land- und Forstwirtschaft draußen in den Ämtern und Forschungsinstituten arbeiten. Das tun sie nicht nur für die Bauern und Bäuerinnen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Die CSU-Fraktion wird dem Einzelplan 08 zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Eckstein. Nächste Rednerin ist für die FREIEN WÄHLER die Kollegin Ulrike Müller. Bitte sehr.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben gerade die Eckdaten des Agrarhaushaltes vorgetragen: Fünf Millionen Euro mehr im Jahre 2013 und 2,5 Millionen Euro mehr im Jahre 2014. Ich persönlich hätte mir allerdings gewünscht, dass sich die

prozentuale Steigerung des Gesamthaushaltes auch im Landwirtschaftshaushalt niederschlägt.

Wir FREIEN WÄHLER haben elf Anträge gestellt. Alle elf wurden erwartungsgemäß abgelehnt. Aber erfreulicherweise wurden dann von der Regierungsseite Nachbesserungen im Investitionsförderprogramm vorgenommen. Somit ist unser Begehren erfüllt. Wir haben allerdings das gleiche Problem wie unsere Kollegin Maria Noichl: Wir stellen gute Anträge, und die werden genauso abgelehnt wie Ihre, liebe Maria Noichl.

Übrigens, auch wenn der Herr Minister Brunner die Bienen vergessen hat, Herr Minister Dr. Söder hat sie erwähnt. Er sagte, Bayern sei das Land, wo Milch und Honig fließen. Ich hätte mir vor diesem Hintergrund gewünscht, dass wenigstens unsere Imker-Anträge genehmigt werden.

Lassen Sie mich kurz zurückblicken: Die Land- und Forstwirtschaft in Bayern und in Europa hat in den letzten Jahrzehnten eine Achterbahnfahrt bei der Wertschöpfung hinter sich gebracht. Nach dem Krieg war sie unverzichtbar, um den Hunger der Menschen zu stillen. Die EU-Agrarpolitik hat ihre Maßnahmen darauf ausgerichtet, Mehrproduktion zu erzielen. Nach einiger Zeit war die Agrarwirtschaft so erfolgreich, dass der Weg von einer Mangelsituation zu einer Überschussproduktion geführt hat. Wir hatten Milchseen und Getreideberge. Die Politik steuerte wieder entgegen. Flächenstilllegungen schränkten die ausufernde Produktion ein. Ein Jahr später wurde ein weiterer Schritt, weg von Produktionsanreizen für bestimmte Produkte hin zu entkoppelten Prämien unternommen. Gleichzeitig wurde die unternehmerische Freiheit betont, und bestimmte Produktbeschränkungen liefen aus.

All diese Schritte sind mit Blick auf die jeweilige Situation in Europa und weltweit, auch auf Bayern bezogen, rechtzeitig erfolgt, auch wenn es dabei immer wieder Widerstände, Probleme und schwierige Umstellungsphasen für die bäuerlichen Betriebe gab. Die derzeitige Diskussion um die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik erfolgt wieder in Replik auf die geänderten Rahmenbedingungen. In vielen Punkten

muss nachgebessert werden. Trotzdem muss man sagen, dass sich Brüssel relativ auf der Höhe der Zeit befindet. Mit Blick auf die bayerische Agrarpolitik kommen mir persönlich allerdings Zweifel, ob die Grundausrichtung tatsächlich noch zeitgemäß ist.

Herr Staatsminister Brunner, viele Punkte, die Sie aufgegriffen und für die Sie Anstöße geliefert haben, finden im Grunde auch meine Zustimmung. Sie bemühen sich redlich, in dem Zwangskorsett, in das man Sie gesteckt hat, noch eine einigermaßen gute Nummer als Vorturner abzuliefern. Das Grundproblem wird dadurch aber nicht gelöst. Die Ausrichtung der Agrar- und Forstverwaltung stammt in ihren Grundlinien aus der Mitte der Neunzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Wie haben sich doch die Wahrnehmung und die Einschätzung der Rolle der Landwirtschaft seither verändert! Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass wir die Land- und Forstwirtschaft zur Bewältigung wesentlicher Herausforderungen der Zukunft dringend benötigen.

Herr Ministerpräsident Seehofer hat am Dienstag auf den Hinweis, dass die Land- und Forstwirtschaft der viertgrößte Wirtschaftszweig in Bayern ist, gerade einmal acht Zeilen verwendet. Das ist aus meiner Sicht etwas zu wenig. Für das Rückgrat des ländlichen Raums hätte ich mir mehr erwartet. Aber eine wachsende Weltbevölkerung und der Hunger nach Energie, der Schutz der Biodiversität und des Wassers sind untrennbar mit der Land- und Forstwirtschaft in Bayern verbunden. Dieser Wandel der letzten 15 Jahre ging scheinbar unbemerkt an der Staatsregierung vorbei. Die Stellen werden abgebaut, egal ob das Sinn macht oder nicht. Das Zwangskorsett – manchmal ist es vielleicht eine Zwangsjacke – lässt unserem Minister für Landwirtschaft und Ernährung nur sehr wenig Spielraum. Um diesen Spielraum wenigstens etwas nutzen zu können, muss er sehr erfinderisch sein.

Ein Beispiel dafür ist die Ernährungsberatung. Wir wissen, welche Auswirkungen es im Bereich der Ernährungsberatung gibt. Ich möchte nicht alles wiederholen, was meine Vorrednerin sagte. Aber der große Wurf ist da nicht gelungen. Wir haben befristete Stellen und weder eine Perspektive für die zu Beratenden noch für die Mitarbeiter geschaffen. Es gibt nur befristete Stellen.

Auch beim Beispiel Erlebnisbauernhof ist es dasselbe Spiel: Die Zielsetzung ist in Ordnung, ohne Frage. Ich bin dafür. Hier gibt es jedoch wieder nur ein befristetes Projekt mit begrenzter Laufzeit, ohne eine Perspektive für qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beispiel Ökooffensive: Grundsätzlich ist es ein richtiges Ziel, Märkte vor der Haustür zu bedienen. Hier muss ich jedoch hinzufügen, dass die Verknüpfung zwischen Öko und Regional noch einen Dritten im Bunde braucht, nämlich angemessene Preise. Eine Ökooffensive mit Produkten für Discounter braucht Bayerns Landwirtschaft sicher nicht. Soviel ich weiß, ist diese Offensive von den Staatsforsten finanziert, ist also ebenfalls befristet.

Ich komme zum nächsten Beispiel, der Energieberatung. Hier wurde wieder ein Kunstgriff angewandt, um einige Planstellen noch für eine bestimmte Zeit zu erhalten. Für mich stellt sich grundsätzlich die Frage, wer die Kompetenz für die Energiewende und die erneuerbaren Energien hat. In welchem Ministerium laufen die Fäden zusammen? Derzeit herrscht ein einziges Chaos. Vieles wurde bereits auf kommunaler Ebene und in Zusammenschlüssen mit Wirtschaftsbeteiligung vorgebracht. Dazu kommen jetzt mehrere Initiativen aus verschiedenen Häusern. Anscheinend rockt das Stromsparen. Aber wie würde der Punk erst abgehen, wenn die Bürger im Lande wüssten, wer eigentlich zuständig ist! Jedenfalls haben ausgewählte Landwirtschaftsämter jetzt eine Energieberatung, zumindest für eine Weile. Im Grunde sind diese ganzen Initiativen nicht schlecht. Wie bei der Energiewende fehlt jedoch auch hier der Masterplan.

(Eberhard Sinner (CSU): Der Müller-Plan!)

Es kann nicht richtig sein, dass der zuständige Minister ständig neue Projekte aus dem Ärmel zaubern muss, um seine Stellen für wichtige Projekte zu behalten.

Um es noch einmal klar zu sagen: Die Stellenabbauplanung stammt aus dem vorigen Jahrhundert. Die Welt hat sich verändert. Das sollte auch Bayern zur Kenntnis nehmen. Im vorgelegten Haushaltsplan fehlen die wichtigsten Schritte. Einige Punkte

konnte der Minister bei seinem Drahtseilakt in der Zwangsjacke verständlicherweise noch nicht einbauen.

Bei der großen Herausforderung der Verbesserung der Gewässerqualität kommt auf Bayern noch einiges zu. Wir FREIEN WÄHLER wollen gemeinsam mit den Bauern den Weg zu Verbesserungen gehen. Dazu braucht es Beratungskapazitäten. Wir wollen Verbesserungen beim Tierwohl und in der Nutztierhaltung. Das geht aber nur mit den Bäuerinnen und Bauern. Man sollte ehrlicherweise und klar und deutlich sagen, dass inzwischen 95 % der Ferkel bereits mit einer Schmerzbehandlung kastriert werden, weil sie im QS sind. Diese Punkte muss man klar und deutlich sagen. Wir sichern nachhaltige Lebensmittel. Wir haben die Biodiesel-Belastung angesprochen. Ich nenne die Eiweiß-Strategie.

Nach jedem Skandal in der Lebensmittel- und in der Futtermittelindustrie schreien wir nach mehr Stellen. Gemacht wird nichts. Wir decken den Mantel des Schweigens darüber und schauen weiter zu. Wir haben unseren Landwirten jahrzehntelang das Produzieren beigebracht. Jetzt, wo wir wissen, dass es zu Ende geht, brauchen wir Klarheit. Wir brauchen Unterstützung. Wir wissen, dass dies von der Politik gewollt ist. Wir brauchen aber eine Stärkung der Marktkompetenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer in einer Zwangsjacke vorturnen muss, hat es sicherlich nicht immer leicht. Wir FREIEN WÄHLER erkennen durchaus, dass einiges in die richtige Richtung bewegt wurde. Allerdings gibt es noch viele Baustellen. Unsere Bäuerinnen und Bauern stehen derzeit wieder vor schwierigen Übergängen, teilweise befinden sie sich schon mittendrin. Herr Minister, diese Anforderungen und Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt werden. Die FREIEN WÄHLER stehen an der Seite der Bauernfamilien. Wir helfen ihnen auf ihrem Weg in die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. Der nächste Redner ist Herr Kollege Sprinkart. Ihm wird dann Herr Kollege Professor Dr. Barfuß folgen.

Adi Sprinkart (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Brunner, auf welch weitem Feld wir uns in der Agrarpolitik bewegen, sehen wir schon daran, dass Anträge der Opposition, insbesondere die der SPD, von der Regierungsfraktion einmal als "hinterfotzig" und ein anderes Mal als "charmant" bezeichnet werden. Was soll der Zuhörer da noch glauben?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In der bayerischen Agrarpolitik klafft eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Vielleicht sollte ich besser sagen: Es klafft eine Lücke zwischen Ankündigung und Wirklichkeit. Ich will Ihnen dafür einige Beispiele nennen.

Bayern rühmt sich, besonders viel für den ökologischen Landbau zu tun. Herr Minister, Sie wollen den Anteil der Biobauern bis zum Jahr 2020 verdoppeln. Bravo, kann ich da nur sagen. Wenn ich mir aber die Zunahme der Zahl der Biobauern im letzten Jahr ansehe, werden wir dieses Ziel erst bis zum Jahr 2040 erreichen. Wenn Sie den Biolandbau fördern wollen, frage ich Sie, warum Sie dann unseren Antrag ablehnen, in staatlichen Einrichtungen wenigstens einen bestimmten Anteil regionaler Biokost anzubieten. Das wäre eine Maßnahme, die nichts oder nicht viel kostete, die aber eine hervorragende Vorbildwirkung hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das einzige, was die CSU-Fraktion zu diesem Thema beigetragen hat, war ein Antrag auf Evaluierung des ökologischen Landbaus, und das drei Monate, nachdem die Evaluierung ausgeschrieben wurde, und einen Monat, nachdem mit der Umsetzung begonnen wurde. Man sieht, die CSU-Fraktion ist auf der Höhe der Zeit. Ich habe mich

ohnehin schon gewundert, warum der Antrag im Ausschuss so schnell durchgezogen wurde. Jetzt weiß ich es.

Herr Minister, Sie propagieren die sogenannte Eiweißstrategie. Sie wollen in Bayern mehr Eiweißfutter erzeugen. So weit, so gut. Gleichzeitig lehnt die CSU kategorisch ein Verbot des Grünlandumbruchs ab, das inzwischen in immer mehr Bundesländern gilt. Sie lassen es damit zu, dass die Grundlage für ein Futtermittel mit dem höchsten Eiweißertrag, nämlich Gras, zerstört wird. Dieses Futter ist auch noch garantiert gentechnikfrei. Die ökologischen Schäden, die durch den Grünlandumbruch entstehen, können Sie in der neuesten Studie des Bundesamtes für Naturschutz nachlesen. Das interessiert Sie aber weniger.

Nachdem Sie selber einige Male den Klimaschutz bemüht haben, will ich auf den Aspekt des Klimaschutzes hinweisen. Wir brechen in Bayern jährlich 7.000 Hektar Grünland um. Dadurch werden 154.000 Tonnen CO₂ frei. Um das zu neutralisieren, müssten wir jährlich 35 Windkraftanlagen bauen, um nur einmal die Größenordnungen miteinander zu vergleichen. Diesen Grünlandumbruch machen Sie ohne Not. Wir könnten mit einem Verbot alles regeln. Zudem ist in den Gebieten mit hohem Grünlandumbruch der Nitratgehalt im Wasser gestiegen.

Anders ausgedrückt: Sie verkünden mit Stolz, dass Sie die Sojaanbaufläche zwischen 2010 und 2011 um ein Viertel auf 3.000 Hektar erhöht haben. Gleichzeitig lassen Sie es zu, dass jährlich 7.000 Hektar Grünland umgebrochen werden. In Bayern wird durch den Grünlandumbruch zehn Mal so viel Eiweißfutter vernichtet, wie Sie über die Eiweißstrategie wieder gutmachen können. Das nenne ich gelinde gesagt pervers und unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein drittes Beispiel. Sie tun so, als gäbe es in Bayern eine Landwirtschaft ohne Agrotechnik. Dennoch weigern Sie sich beharrlich, Mitglied im europäischen Zusammenschluss der gentechnikfreien Regionen zu werden. Auch beim bayerischen Siegel

"Geprüfte Qualität – Bayern" wird die Gentechnikfreiheit nicht als Kriterium eingeführt. Das würde die geprüfte Qualität gewissermaßen adeln, auf alle Fälle mehr als das Regionalsiegel, das Sie jetzt auf dieser Basis vorgestellt haben. Dieses Regionalsiegel ist aus bäuerlicher Sicht das Faltblatt nicht wert, auf dem es angepriesen wird. Wenn überhaupt, dann hilft dieses Siegel bestenfalls dem Handel und den Verarbeitern, nicht aber den Bauern. Bei Ihren Ausführungen von vorher habe ich auch festgestellt, dass dies gar nicht Ihr Ziel ist. Sie haben die Bauern in diesem Zusammenhang nicht erwähnt. Herr Brunner, Sie als Landwirtschaftsminister, sollten die Wertschöpfung bei den Bauern im Fokus haben. Genau das gibt dieses Siegel überhaupt nicht her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erlaube mir dieses klare und harte Urteil, weil ich doch praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet habe. Verklausuliert steht das auch auf dem Faltblatt des Siegels – ich zitiere:

Eine Nutzung des Siegels, auch in der regionalisierten Version, bietet aus Sicht der Regionalvermarktungsinitiativen keine ausreichende Differenzierung gegenüber dem Angebot des Lebensmittelhandels.

Sie hätten bei Ihrem Regionalsiegel besser auf die Erfahrungen der Praktiker hören sollen und nicht auf die Theoretiker. Wenn die Regionalvermarktung gelingen soll, brauchen wir Menschen, die diese mit Blick auf die bäuerliche Wertschöpfung professionell durchführen, aber keine nichtssagenden Labels.

Ich komme zu meinem letzten Beispiel. Sie sprechen vom Erhalt bäuerlicher Strukturen. Sie sagen, das Motto "Wachsen oder Weichen" müsse der Vergangenheit angehören. Sie fördern aber über das einzelbetriebliche Investitionsprogramm jährlich gezielt Wachstumsbetriebe, und das zum Teil bis zur industriellen Tierhaltung. Hähnchenmast-Betriebe mit mehr als 30.000 Mastplätzen erhalten zwei Drittel der Fördermittel. Putenmastbetriebe mit mehr als 15.000 Mastplätzen erhalten 80 % der Förderung. Schweinemastbetriebe mit mehr als 1.500 Mastplätzen erhalten 57 % der

Förderung. Für diese Betriebe erhöhen Sie nächstes Jahr auch noch die Förderung. Vorhin haben Sie zufälligerweise vom Tierschutz gesprochen. Sie fördern bei der Schweinehaltung auch Betriebe mit Spaltenböden. Das ist genau das Gegenteil von Tierschutz. Diese Tierhaltung ist in keiner Weise artgerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine gezielte Förderung von kleinen Betrieben, um den Strukturwandel zu bremsen, suchen wir vergeblich. Das Thünen-Institut hat gerade die Agrarinvestitionsförderung unter die Lupe genommen und dabei einige interessante Aussagen gemacht. Die erste Aussage lautete: Mit dem Agrarinvestitionsförderprogramm werden zahlreiche Betriebe gefördert, die keine Finanzierungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen hatten. Ich weiß nicht, wie viele dieser Betriebe in Bayern sind. Bei einer Prosperitätsobergrenze, die bei einem Jahreseinkommen von 120.000 Euro liegt – das ist fast das Zweieinhalbfache des Durchschnitts – stellt sich schon die Frage, ob solche Betriebe einer Investitionsförderung bedürfen oder ob es sich bei dieser Förderung um Mitnahmeeffekte handelt.

Die zweite Aussage des Thünen-Instituts: Eine Differenz von 10 % zwischen Regelförderung und Förderung tiergerechter Haltungsverfahren bietet nur einen geringen Anreiz für den Tierschutz. Genau das machen Sie aber. Wie gesagt, Sie fördern immer noch Betriebe mit Spaltenböden bei der Schweinehaltung, obwohl das alles andere als tiergerecht ist. Mein Fazit: Wenn Sie Ihren Ankündigungen auch Taten folgen ließen, wären wir relativ nahe beieinander. So müssen wir leider den Haushalt ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Sprinkart. Herr Kollege Dr. Barfuß, bitte. – Moment, noch eine Sekunde! Vonseiten der CSU-Fraktion wird namentliche Abstimmung zum Einzelplan beantragt.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Ich möchte zunächst einmal sagen, warum ich hier stehe. Der Kollege Dechant ist erkrankt und hat mich gebeten, dass ich für ihn die Rede halte. Ich bin kein Landwirt und kann mit den Expertinnen und Experten, die hier sitzen, nicht mithalten. Ich versuche es aber aus meiner Sicht darzustellen. Vielleicht hilft mir mein Vorname Georg, der für Landmann oder Bauer steht, auch etwas. Ich probiere es einmal.

Der Beitrag der Landwirtschaft zu unserem Bruttoinlandsprodukt beträgt 1 %. Jetzt könnte man natürlich meinen, dass 1 % des Bruttoinlandsprodukts wenig ist. Nein, das ist nicht so, das scheint nur wenig zu sein. Die Produktivität in der Landwirtschaft ist dermaßen enorm, dass dieses eine Prozent am Bruttoinlandsprodukt uns alle miteinander versorgt. Dafür sollten wir allen Bäuerinnen und Bauern, die da mithelfen, herzlich danken.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Zunächst einmal möchte ich auf die Politik der Europäischen Kommission eingehen. Machen wir uns nichts vor, die Landwirtschaftspolitik wird in Brüssel gemacht. Das, was wir in Deutschland und in den Ländern tun, ist die Feinabstimmung. Die ist auch wichtig, denn Schleswig-Holstein hat einen anderen Bedarf als beispielsweise das Allgäu. Deshalb, Herr Minister, mein herzlicher Dank dafür, dass Sie die Verhandlungen in Brüssel sehr sorgsam verfolgen, dass Sie in Brüssel versprechen, dort die Entwicklung hautnah miterleben und dann versuchen, sie in unserem Land erfolgreich umzusetzen.

Ich darf einmal auf den verlautbarten Willen der Europäischen Kommission verweisen. Sie schlägt eine neue Partnerschaft zwischen Europa und den Landwirten vor – und das erscheint uns allen hier im Hause wichtig –, um den Klimawandel und die internationale Konkurrenz, sprich die Globalisierung, zu bewältigen, zugleich aber auch den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen. Von den zehn Kern-

punkten habe ich mir einige herausgesucht, die ich für besonders wichtig erachte. Die Experten werden vielleicht etwas anderes sagen. Ich habe mir den Punkt eins, die gezielte Vergabe bei den Einkommenshilfen, herausgesucht. Ich glaube – darin stimme ich Adi Sprinkart zu –, dass Mitnahmeeffekte ärgerlich sind. Dort, wo man aber helfen muss, um eine Degression im Einkommen der Betriebe abzufangen, trifft die Hilfe zu. Das Stichwort heißt also Degressivität.

Wichtig erscheinen mir auch die Punkte drei und sechs. Hier geht es um die Ökologisierung und den Umweltschutz. Wir alle müssen akzeptieren, dass wir Umweltschutz nicht nur fordern dürfen, sondern dass dieser auch auf die praktische Politik Auswirkungen hat. Als Stichwort nenne ich die Erhaltung von Dauergrünland. Mir gefällt es auch nicht, wenn ich in der Landschaft immer mehr Maisfelder sehe. Auch die ökologischen Nischen sind zu erhalten. Als Bürgermeister konnte ich eine ganze Menge für Uferstreifen etc. tun. Insofern ist mir das nicht neu.

Wichtig erscheint mir auch der Zielpunkt Nummer sieben, die Erleichterung der Niederlassung von Junglandwirten. Alles Gerede hat keinen Wert, wenn wir in manchen Gewerben keinen Nachwuchs haben. Deswegen hoffe ich, dass die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union in den nächsten Jahren gut umgesetzt wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion für den freundlichen Beifall. Das ist immer schön. Keine Sorge, ich bin noch im Konzept. Mir gefällt das Schulobstprogramm sehr gut.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

- Wir sind weder hinterfotzig noch charmant. Wir sind so ein Mittelding. Wir sind die eiskalten Marktradikalen. Das sind wir schon gewohnt.

Zum Thema: Mir erscheint es wichtig, für die CSU und die FDP zu sagen, dass wir uns über neue Baumaßnahmen freuen. In den anderen Fraktionen kommt das immer zu

kurz. Dazu gehören das Grüne Zentrum in Kaufbeuren, das Grüne Zentrum in Landshut, der Neubau in Straubing sowie in Neuburg. Mir gefällt das Landgestüt Schwaiganger sehr gut, weil ich dort sehr oft bin. Mit dem Bau dokumentieren wir, dass wir die Sache ernst nehmen und es bei uns weitergeht.

Wenn ich darf, gehe ich jetzt auf meine lieben Kollegen ein. Liebe Frau Noichl, Sie haben das wunderbar gemacht. In Sachen Expertise messe ich mich nicht mit Ihnen.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Sie dürfen uns jedoch unterstellen, dass wir uns auch Gedanken machen. Ist es nicht schön, in einem freien Land zu leben, in welchem sich Opposition und Regierung austauschen, um den richtigen Weg zu erforschen? Hinsichtlich der Ferkelkastration bin ich ganz bei Ihnen. Ich mag es nicht, wenn man Tieren weh tut. Herr Minister Heubisch, vielleicht können wir vonseiten der Forschung etwas versuchen.

(Maria Noichl (SPD): Sie können einfach unserem Antrag zustimmen!)

- Ich wollte gerade versuchen, Sie ins Boot zu holen.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Das Boot ist ja schon vom Land!)

- Jetzt werde ich schon wieder gestört. Das war jetzt nicht hinterfotzig, sondern hinterkünftig. Ist das okay? – Gut. Dass wir Tiere essen, ist schon okay, sonst gäbe es uns alle nicht. Den Tieren sollte jedoch wenigstens der Tod bzw. die Kastration so erträglich, wie es nur irgendwie geht, gemacht werden, so als wären wir es selbst.

(Beifall bei der FDP)

Neulich waren auf Einladung von unserer Frau Präsidentin – das habe ich sehr gut gefunden – die Produktköniginnen, was immer man sich darunter vorstellen konnte, hier. Das waren Hopfenköniginnen, Weizenköniginnen, Honigköniginnen und noch mehr. Das war hochinteressant. Liebe Theresa Schopper, eigentlich waren nur Sie von der Fraktion der GRÜNEN da. Unsere sozialdemokratischen Freunde haben wahrschein-

lich etwas anderes zu tun gehabt. Anwesend waren ebenfalls eine Handvoll von der CSU und ich. Mit anderen Worten: Gemessen daran, dass es im praktischen Leben darum geht, den Menschen, die sich für unsere Produkte, die unsere Landwirtschaft erzielt, einsetzen, die Ehre zu erweisen, war das etwas dünn.

(Beifall bei der FDP)

Frau Müller, hinsichtlich der Marktpreisfindung haben Sie gesagt, das müssten wir eigentlich von Staats wegen tun. Da verwechseln Sie etwas. Wir leben in einer sogenannten sozialen Marktwirtschaft.

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Das habe ich nicht gesagt!)

- Ich habe mitgeschrieben. Wenn die Politik mit Höchst- und Mindestpreisen eingreift, wollen Sie ein System - -

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Will ich nicht!)

- Das war ein Bedingungssatz. Würde die Politik mit Höchst- und Mindestpreisen eingreifen, würde ein größeres Ungleichgewicht entstehen, als dies jetzt schon der Fall ist. Schauen Sie nach China, wo das sehr rigide betrieben wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das gibt es auch in Europa!)

- Das ist auch nicht so gut. In China spielen Aspekte wie der Umweltschutz keine Rolle. Sie werden sehen, dass die Umweltverschmutzung in China das Wachstum bremst. Lassen Sie uns mit Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und mit Bauernverbänden zusammen diskutieren. Wir sollten einen entsprechenden Rahmen entwickeln. Ich denke, wir schaffen das.

Zum Abschluss: Ich hatte die Ehre, mit dem von mir hochgeschätzten Minister durch die Lande zu ziehen. Ich finde schon, dass ihm sein Trachtenanzug sehr gut steht. Ich habe ein Bild, auf dem Herr Ude und ich mit Trachtenanzügen zu sehen sind. Wir sind lauter saubere Kerle. Das muss man schon sagen. Für wie doof halten Sie uns eigent-

lich? Denken Sie, wir wissen nicht, wie das geht? Wenn eine Gruppe von Gewerkschaftern, von Unternehmern oder von Landwirten kommt, machen wir alle, die hier sitzen, nichts anderes als Klientelpolitik. Dem einen wirft man es vor, und die anderen sagen: Nein, wir denken immer an das große Ganze.

(Maria Noichl (SPD): Reden Sie bitte nur von sich!)

Jeder versucht, seine Farben durchzusetzen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Nicht von sich auf andere schließen!)

Das ist hier nicht anders.

(Beifall bei der FDP)

Unser Minister Brunner führt dieses Land zu einer Premiumregion für Agrarprodukte. Er hat das Marketing kapiert. Diese Wertschöpfung – ein Prozent des BIP –, die wir brauchen, will er steigern, und das macht er gut. Er setzt sich immer dafür ein, dass die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirte erhalten bleibt. Wir sind alle vom Land. Machen wir uns nichts vor, gemessen an chinesischen Städten ist München ein ganz nettes Städtle. Wir tun immer so, als lebten wir in Weltstädten. Wir wissen doch, worum es beim Landleben geht. Ich bin sehr optimistisch. In meiner Heimatstadt Lauingen findet jedes Jahr ein Ball der Landwirte statt, der jedes Jahr ausverkauft ist. Die Stimmung dort ist immer gut. Diese Menschen packen an und sind gerne für unser Land da. Sie wissen genau, dass sie Mittelständler und keine dummen Bauern sind. Dumme Bauern gibt es nicht mehr. Es gibt nur hoch intelligente Landwirte, die von ihrem Fach etwas verstehen. Deswegen, lieber Herr Minister Brunner, bedanke ich mich bei dir.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die haben intelligente Politik verdient!)

Intelligente Politiker gibt es sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite. Die Weisheit mit Löffeln gegessen hat weder die rechte noch die linke Seite. Können wir

uns darauf verständigen? Lieber Herr Minister, deswegen freue ich mich, dass wir diesem Haushalt gerne zustimmen. Wir danken dir für den unermüdlichen Einsatz zum Wohle unserer Bäuerinnen und Bauern. Wir freuen uns, dass es dich gibt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist Herr Kollege Füracker. Danach kommt Herr Dr. Herz zu Wort. Bitte, Herr Kollege Füracker.

Albert Füracker (CSU): Mein sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsentwurf verdeutlicht einmal mehr: Die bayerische Agrarpolitik betrachtet Landwirtschaft als Zukunftsbranche. Das drückt sich in Zahlen, aber auch in Aktivitäten des Ministeriums aus. Ich danke Herrn Minister Brunner für sein entschiedenes Eintreten für die bayerischen Bauern im Sinne der bayerischen Landwirtschaft und der bayerischen Verbraucher.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Liebe Frau Noichl, Anfang der Legislaturperiode habe ich mir Sorgen gemacht, dass die SPD-Fraktion Agrarkompetenz entwickeln könnte. Es ist nach dem üblichen Muster abgelaufen: Wir brauchen mehr Geld, und wir brauchen mehr Stellen. Natürlich finden wir ein paar Haare in der Suppe.

(Maria Noichl (SPD): Das habe ich nie gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Da stimme ich zu. Bei uns ist nicht alles Schlaraffenland, auch nicht in der Agrarpolitik. Jedoch ist es nirgendwo besser als in Bayern. Das kann ich Ihnen versichern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzten in der Agrarpolitik auf Vielfalt. Wir setzen auf Voll-, Zu- und Nebenerwerb. Wir wissen, dass sich die Agrarpreis-Situation zum Glück etwas entspannt hat. Im pflanzlichen Bereich ist das ohnehin geschehen, im tierischen Bereich nur teilweise.

Liebe Frau Noichl, der Milchpreis ist nicht ganz so tief abgestürzt, wie Sie es im Juni prognostiziert haben. Ich sage: Gott sei Dank haben Sie sich auch da geirrt.

Die Nachfrage nach bayerischen Agrarprodukten steigt. Die Exportchancen steigen. Man kann schon sagen: Ist es richtig, über Wochen- und Weltmärkte zu reden? Mein Gott, das ist halt so. Die bayerischen Bauern produzieren 1,7 Mal so viel Milch, wie in Bayern getrunken werden kann. Deshalb muss fast die Hälfte der Milch ins Ausland exportiert werden. Wer soll den Bauern sagen, dass sie aufhören sollen, Milch zu produzieren? Wir machen das nicht. Deswegen müssen wir für diese Produkte Märkte suchen. Das tun wir. Märkte sind frei und volatil. Sie bergen Risiken, aber bieten auch Chancen.

Deswegen gibt es heute, wenn wir über Agrarpolitik diskutieren, andere Vorzeichen als früher. Für uns ist die entscheidende Frage: Was können wir in Bayern überhaupt tun, wenn die EU-Agrarpolitik damit droht, nicht mehr genügend Gelder zur Verfügung zu stellen. Dieser Haushalt ist in der Tat ein Dokument dafür, dass wir den bayerischen Bauern Sicherheit bieten und für Verbraucherinnen und Verbraucher jederzeit ordentliche Politik machen. Ich unterstütze den Minister ausdrücklich bei der Eiweißstrategie, dem Schulfruchtprogramm, beim Verbraucherdialo, beim Nachhaltigkeitszentrum Steigerwald, der Energieberatung und dem Erlebnisbauernhof. Das haben wir alles mehrfach gehört. Ich unterstütze ihn auch beim Aufbau einer funktionierenden Ernährungsberatung in einem Kompetenzzentrum Ernährung. Einige sagen hier, das sei alles nichts. Die Damen und Herren, die in diesem Bereich tätig sind, leisten Großartiges. Zu Beginn sind nur relativ wenige Mittel vorhanden. Das ist auch wahr. Das hat jedoch ein Start an sich. Die Damen und Herren leisten in diesem Bereich Großartiges.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben gerade gehört: Agrarpolitik ist beste Gesellschaftspolitik. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist entscheidend. Allerdings muss Agrarpolitik Landwirtschaft auch er-

möglichen. Ich will nicht weiter darauf eingehen, dass zum Beispiel der Finanzminister von Baden-Württemberg den Menschen dort erklärt hat, es sei egal, wenn man den Bauern Subventionen kürze, im Schwarzwald könne ruhig auch einmal ein Tal zuwachsen.

Wenn man Täler zuwachsen lässt, Adi, dann gibt es auch keine Debatte um Grünlandumbruch. Wir wollen keine Täler zuwachsen lassen; wir wollen die bayerische Kulturlandschaft erhalten und fortentwickeln. Deshalb stehen wir zu unserer Agrarpolitik, die auf Eigentum und Selbstverantwortung setzt und es den Bauern ermöglicht, bei uns Landwirtschaft zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die von Frau Noichl angesprochenen Ziele der SPD sind höchst widersprüchlich. In den Verlautbarungen der SPD-Troika vom Mai zur Aufstellung des EU-Agrarhaushaltes spricht man sich explizit dafür aus, ihn endlich zu kürzen.

(Maria Noichl (SPD): Bleiben Sie bei der Wahrheit!)

Die bayerische Agrarkompetenz in Person von Frau Noichl hat geradezu erbarmungsvoll dagegen protestiert. Ich prognostiziere aber, dass sich die Agrarsprecherin der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag auf Bundesebene in Fragen der Agrarpolitik nicht durchsetzen können.

(Horst Arnold (SPD): Und was ist mit Frau Aigner?)

Deshalb schaut es hier eher schlecht aus.

Warum werden Anträge abgelehnt? – Die Zuhörerinnen und Zuhörer müssen glauben, wir seien alle Unmenschen. In der Regel kosten die Forderungen in den Anträgen, die in unserem Ausschuss beraten werden, viel Geld. Von Ihnen wird unter anderem gefordert, mehr Personal einzustellen oder Forschungsaufträge noch zu intensivieren.

Der Ideen- und Einfallsreichtum der Opposition ist, was das Ausgeben von Geld anbelangt, gigantisch.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN - Dr. Paul Wengert (SPD): Verbreiten Sie keine Lügen!)

- Ich habe hier keine Lügen verbreitet. Herr Präsident, stellen Sie das doch bitte richtig.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Doch!)

- Sie kennen die Anträge doch gar nicht, die die SPD im Landwirtschaftsausschuss stellt. Die kosten alle viel Geld. Ich bitte um etwas weniger Aufgeregtheit.

(Maria Noichl (SPD): Einfach keinen Schmarr'n reden!)

- Ich rede keinen Schmarr'n. Ich habe sehr viele Ideen, wie wir bayerische Bauern noch besser unterstützen könnten.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Das ist noch nicht genug!)

Frau Noichl, sollten Sie jemals in Bayern Regierungsverantwortung tragen, was sich kein Bauer hier wünscht, dann werden Sie vor dem gleichen Problem stehen.

Für die Landwirtschaft ist es wichtig, dass es auch in Zukunft Agrardiesel gibt; das stellt die SPD auf Bundesebene mittlerweile infrage. Für uns ist es wichtig, dass es keine Gewerbesteuer für die Bauern gibt, was die GRÜNEN auf Bundesebene fordern usw.

Was ist also zu tun? – Der sich vollziehende Wandel muss gestaltet werden. Mit unserer bayerischen Agrarpolitik gestalten wir den Wandel, den die Bauern über Jahrzehnte trotz vieler Schmerzen und unter großem Einsatz ganz gut vollzogen haben. Ich danke allen bäuerlichen Familien, die sich diesen Aufgaben gestellt haben.

Nicht die Agrarpolitik war der Hauptgrund für den Strukturwandel in der Landwirtschaft, sondern der technische Fortschritt, der heute die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Einheiten in einer Größe ermöglicht, an die wir vor 30 Jahren noch gar nicht dachten. Technischer Fortschritt bedeutet nicht automatisch größere Bestände, größere Betriebe, Tierquälerei oder die schlechtere Bewirtschaftung von Flächen. Ich habe selber das Rottauensee-Projekt besucht. Ich habe gesehen, wie modernste Technik es ermöglicht, Landwirtschaft umweltschonend und erosionsgemindert zu betreiben. Dass jemand einen großen Stall baut, heißt noch lange nicht, dass darin Tiere gequält werden. Vielleicht sind im Jahr 1975 Tiere in dem Stall daheim in dem Betrieb gequält worden, in dem ich als kleiner Bauernbub aufwachsen durfte. Die Kühe wurden in einem dunklen Loch mit kaum 2,50 Meter Stallhöhe angehängt. So war das damals. Heute gibt es moderne Ställe, in denen die Tiere frei laufen und Licht und Luft genießen können. Ich bitte darum, korrekt zu argumentieren.

Gerade diese bäuerlichen Strukturen in Bayern brauchen Unterstützung. Wir geben diese Unterstützung. Bei 1,3 Milliarden Euro in der Agrarpolitik würden sich Agrarminister der SPD und der GRÜNEN die Finger abschlecken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Agrarpolitik ist Strategie. Unsere Strategie ist die, gut auszubilden. Wir hören hier Erfolgsmeldungen. In den letzten Jahren hat sich die Zahl derer, die in grünen Berufen ihr Auskommen suchen, massiv erhöht. Vor zehn Jahren gab es rund 400 Lehrlinge in der Landwirtschaft, heute sind es 700. Die Hochschulen sind voll von künftigen Agrarabsolventen. Wir haben 400 Absolventen der Meisterprüfung. 15.000 junge Menschen befinden sich in Bayern zurzeit in Ausbildung, angefangen von der landwirtschaftlichen Lehre bis hin zur Fachhochschule. Das ist ein Zeichen dafür, dass junge Menschen in diesem Bereich eine Grundlage für ihr Leben sehen.

Wir unterstützen investitionswillige Betriebe. Noch nie hat die bayerische Landwirtschaft so viel und so gerne investiert wie momentan. Das ist für mich ein Signal dafür,

dass die Herrschaften, die investieren, auch Zukunftsperspektiven sehen. Deswegen unterstützen wir diejenigen, die investieren wollen. Wir schreiben das niemandem vor.

Eigentum hat für uns höchste Priorität, meine Damen und Herren. Das gilt beim Grünlandumbruch genauso wie bei den Agrarumweltprogrammen. Wir zwingen niemanden dazu, sondern wir bieten an. Wir animieren die Bauern, sich ordentlich zu verhalten, und die tun das. Um das Kulturlandschaftsprogramm beneidet uns ganz Europa. Ich glaube, wenn wir den Grünlandumbruch mit den Bauern noch intensiver besprechen, können in Eigenverantwortung noch bessere Ergebnisse erzielt werden.

Wir fördern über das Kulturlandschaftsprogramm den Ökolandbau wie kein anderes Bundesland. Nirgendwo wird so viel Geld dafür ausgegeben. Ob jemand seinen Betrieb umstellt, kann nicht der Minister entscheiden, er kann es nur anbieten. Die Entscheidung müssen die Bauern selber treffen. Wenn momentan die Dezitonne Weizen 25 Euro kostet und bei der Ökotierhaltung Investitionen anstehen, um die Auflagen zu erfüllen, dann ist es nicht verwunderlich, wenn mancher Ökobauer sagt: Bevor ich diese hohen Auflagen durch weitere Investitionen erfülle, stelle ich wieder auf konventionellen Ackerbau zurück. Auch das erleben wir. Dafür kann aber der Minister nichts; er kann nur anbieten und animieren. Das tut er in hervorragender Weise.

Wir kümmern uns um die Vermarktung. Dass Vermarkten nicht ganz so einfach geht, wie es manche Bauern immer glauben, hat der Versuch gezeigt, mit Milchprodukten schnell optimale Einkommen für die Landwirtschaft zu erzielen. So einfach geht das nicht. Freie und soziale Marktwirtschaft bedeuten theoretisch, dass jeder für sein Produkt verlangen kann, was er will; man muss nur jemanden finden, der den Preis bezahlt. Den Molkereien immer zu unterstellen, sie würden niemanden suchen, der viel bezahlt, ist ein Irrtum. Auch eine Molkerei will optimal vermarkten.

Wir sehen Agrarpolitik ganzheitlich: Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Die Forstwirtschaft in Bayern ist multifunktional. Wir wollen Forstwirtschaft auf der ganzen Fläche betreiben und lehnen pauschale Waldstilllegungen ab. Holz ist ein sehr wertvoller

Rohstoff. Es wäre geradezu grotesk, wenn wir in Deutschland Flächen im Wald stilllegen und dann den Rohstoff Holz aus Brasilien importieren würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Wir haben Gott sei Dank funktionierende forstwirtschaftliche Vereinigungen, die wir mit Geld unterstützen, lieber Herr Minister. Wir helfen mit, ordentliche Beratung vor Ort stattfinden zu lassen. Bayern hat dadurch einen großen Schatz. Ich gehe davon aus, dass sich die Vorwürfe, wir würden den Wald in Bayern nicht ordentlich bewirtschaften wollen und den Staatswald nicht richtig kontrollieren, in den nächsten Jahren genauso rasch in Luft auflösen werden wie die Befürchtungen, dass die Opposition zum Agrar-etat heute besonders kritische Anmerkungen machen könnte.

Ich stelle fest, dass der Waldumbau, die Beratung, der Klimaschutz und die Bergwaldstrategie Erfolgsmodelle sind, die es so bisher nicht gab.

Meine Damen und Herren, ich komme zur Landwirtschaftsverwaltung und zur Verwaltung im ländlichen Bereich. Mehr Personal einzustellen, könnten wir uns alle vorstellen. Ich frage bei Bauernversammlungen oft: Liebe Bäuerinnen und Bauern, sagt mir, wo soll der Staat sparen? - Acht von zehn sagen: Füracker, der Staat leistet sich viel zu viele Beamte, viel zu viel Personal in allen Bereichen. Wenn dann irgendwo eine Außenstelle eines Forstamts mit zwei Mitarbeitern geschlossen wird, wird am Odeonsplatz demonstriert. Das zeigt die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung, Forderungen und Umsetzung. Unsere Verwaltung in der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der ländlichen Entwicklung leistet mit eingeschränkten Möglichkeiten fürwahr Großartiges. Auch andere Verwaltungen werden sich noch daran gewöhnen müssen, dass Personalausgaben in einem Staat nicht unendlich steigen können. Wir sind Vorreiter.

Liebe Ulrike Müller, die Landwirtschaftsverwaltung ist nicht im letzten Jahrtausend stehen geblieben,

(Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Doch!)

sondern sie ist eine der ersten, die sich modernen Strukturen anpasst, damit die Arbeit auch in Zukunft funktionieren kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): Die Aufgaben sind schwieriger geworden! Das muss korrigiert werden!)

Das Unternehmen Monsanto wird sich in der Beratung nicht etablieren. Bei uns etablieren sich das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung und das Landeskuratorium der Erzeuger für tierische Veredelung, die Buchstellen, die Maschinenringe, die Verbundpartner sowie sonstige landwirtschaftsnahe Organisationen. Sie profilieren sich in Bezug auf Beratungsleistung bei den Bauern. Diese zu unterstützen, ist unsere Aufgabe, und wir haben mit diesem Haushalt großartige Akzente gesetzt, auch über die Fraktionsreserve. Kurt Eckstein und Georg Winter, ich danke euch ganz herzlich für die Offenheit. Ich danke auch meiner Fraktion. Die Strategie ist klar: Vielfalt statt Vorgabe, Förderung und Vertrauen. Das ist bayerische Agrarpolitik, die wir den Bäuerinnen und Bauern angedeihen lassen, aber auch den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik. Die CSU tritt gemeinsam mit Minister Brunner den Beweis an, dass es uns ernst ist mit der Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern. Der Haushalt, den wir heute beschließen werden, dokumentiert das in schriftlicher Form und ist überzeugend. Wir treten den Beweis an, dass wir in Bayern in Zukunft nicht nur Landwirtschaft wollen, sondern auch Bauern.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Herz. Die noch verbleibende Redezeit ist knapp; ich mache Sie gleich darauf aufmerksam. Danach kommt Frau Kollegin Franke.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, die Debatte hat jetzt eine Lockerheit erreicht, die der Situation absolut nicht gerecht wird. Ich möchte mit den Ausführungen des Kollegen von der FDP beginnen, der leider nicht anwesend ist. Er spricht davon, in Bayern seien nur

Umsetzungsmöglichkeiten vorhanden, letztlich mache alles die EU. Aber das ist das große Problem: Die EU gibt den Rahmen vor, und in Bayern wird häufig noch eines draufgesetzt. Ich kann Beispiele nennen, zum Beispiel das Tierarzneimittelgesetz oder die Hygienerichtlinie. Es gäbe vieles zu berichten.

Den Kollegen Füracker und verschiedene andere Redner, die gesagt haben, Bayern baue Bürokratie ab, frage ich: Wo sind wir denn eigentlich? Die Vorschriften werden jeden Tag mehr. Fragen Sie die Praktiker. Aus Brüssel kommen täglich Tausende von Vorschriften. Sie hätten die Möglichkeit, über den Bund einzuwirken. Sagen Sie nicht nur, Sie wollten Bürokratie abbauen, sondern tun Sie es.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Entscheidend ist, was draußen ankommt. Das große Problem ist, dass solche Versprechen kein Mensch mehr glaubt, weil es jeden Tag mehr wird.

Damit komme ich zum Schluss und zu einem Hauptargument, das ich leider nur kurz abhandeln kann: Sie sagen, im Milchsektor sei nur eine kleine Delle entstanden, die überwunden worden sei. Wo waren Sie, als mehrere tausend Landwirte in Brüssel protestiert haben? Glauben Sie etwa, die fahren zur Gaudi dort hin? Glauben Sie, sie verlassen ihre Betriebe mit ihrem Traktor und machen dort nur Späße? Also bitte, meine Damen und Herren von der Regierung, nehmen Sie das ernster, sehen Sie die Probleme und wirken Sie entsprechend ein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden diesem Verwaltungshaushalt aus diesem Grunde nicht zustimmen können, weil Sie nur versuchen, die aktuellen Probleme zu bewältigen, während die großen Zukunftsprobleme wie die Milchkontingentierung für die Zeit nach 2015 auf der Strecke bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ihre Redezeit ist erschöpft, aber Sie haben Glück. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Füracker.

Albert Füracker (CSU): Ich muss dafür sorgen, dass Leo Herz noch einmal zwei Minuten reden kann. - Ich finde, dass wir uns mit dieser Fragestellung noch beschäftigen müssen, nachdem ich nicht gesagt habe, ich sehe nur eine kleine Delle beim Milchpreis. Ich habe vielmehr gesagt, dass der Preis nicht so eingebrochen ist, wie es Frau Noichl vorausgesagt hat. Sie hat gesagt, aus ihren Presseerklärungen dürfe man zitieren. Im Juli hat sie prognostiziert, es sei alles hoch dramatisch. Es kann bei 30 Cent dramatisch sein, aber es ist bei Weitem nicht so gekommen, wie sie es vorausgesagt hat. Der Milchpreis ist mittlerweile nach oben gegangen. Das war meine Aussage. All diejenigen, die sich heute tummeln und den Bauern schöne Augen machen, haben damals, als es darum gegangen ist, die Milchquote nicht abzuschaffen, auf europäischer Ebene keine Minute darauf verwendet, um mitzuhelfen. Im Europäischen Parlament war die CSU die einzige Partei, die geschlossen für den Erhalt der Milchquote gestimmt hat. Niemand von der SPD oder den GRÜNEN hat sich für die bayerischen Milchbauern eingesetzt.

Nachdem wir nun alle akzeptieren müssen, dass es so ist, und versuchen müssen, den Wandel zu gestalten, kommt man sozusagen aus den Löchern und möchte den Bauern suggerieren, wir würden ja, aber die böse CSU mache es nicht. Hören wir doch endlich einmal mit diesen Dingen auf und hören wir auf zu glauben, wenn man auf Bauerndemonstrationen geht, bei denen man gelegentlich eine Kanne voll Milch drüberkriegt – ich habe das alles schon erlebt –, wird automatisch etwas besser. Die Akzeptanz bei der Bevölkerung erreicht man durch Werben für seine Anliegen, aber nicht durch solche Aktionen, bei denen man glaubt, man könne parteipolitisch gefärbt die einen in die Ecke rücken, als wollten sie den Bauern Schaden zufügen. Die CSU ist in der Milchpolitik näher an den Bauern gestanden, als mancher Redebeitrag – auch deiner, Leopold Herz – der Öffentlichkeit suggerieren möchte.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, es wäre hoch interessant zu hören, welches Echo Sie hätten, wenn Sie dasselbe vor aktiven Milchbauern sagen würden. Ich glaube, dann hätten Sie ein anderes Echo als in diesem Haus – besonders auf der rechten Seite. Faktum ist, dass die Milchquoten nie ihre Aufgabe erfüllt haben. Man hat zu Beginn zugestimmt – die Hoffnung war noch groß – aber in den letzten Jahren haben wir eindeutig erlebt, dass die Milchquote so ausgelegt wurde, dass sie für die Landwirte praktisch keinen Nutzen mehr hatte. Wir wissen, dass eine Überlieferung möglich war.

Wenn ich jetzt vom neuen Präsidenten der Milcherzeuger aus Mittelfranken höre, dass das Ende der Quote Chancen biete, dann hoffe ich, dass Sie nicht so genau hinhören. Wenn Bayern seinen heute schon oftmals angesprochenen Spitzenplatz in schwindelerregender Höhe erhalten will, muss klar sein: Wenn 2015 die Quote endet, dann wird der bayerische Milcherzeuger, der mehrheitlich auf einem Niveau produziert, das mit Großbetrieben nicht zu vergleichen ist, allergrößte Schwierigkeiten bekommen. Es fehlt zum einen an verstärkten Bündelungsmöglichkeiten. Wir müssen versuchen, vonseiten der Politik aktiv einzuwirken. Denn wenn wir fordern, die Landwirte sollten das selber machen, dann müssen wir auch sehen: Jeder, der die Landwirte kennt, weiß, dass diese fordern, das Problem sollten die Verbände lösen. Aus Erfahrung wissen wir alle, dass die Verbände erklären, dazu hätten sie die Politik. Die Politik – ich sehe das in diesem Parlament auf der rechten Seite – hat aber momentan keine Antworten, um die Quotenproblematik nach 2015 für kleine und mittlere bayerische Milchproduzenten zu lösen.

In diesem Sinne erlebe ich nur Ratlosigkeit und sehe im Agrarretat keinen Cent zur Lösung dieser Probleme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorüber. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Franke. Sie haben drei Minuten und neun Sekunden.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche, ganz kurz ein paar Schlaglichter auf die Themen Ernährung und Wald zu werfen. Wir haben gehört, dass das Schulobstprogramm erfolgreich ist. Wir hoffen, dass das Schulmilchprogramm bald genauso erfolgreich wird. Wir haben gestern von Herrn Hünnerkopf gehört, Schulgärten wären gut. Vielleicht stimmen Sie endlich einmal unserem Antrag, den Sie vor Kurzem erst abgelehnt haben, zu, damit Schülerinnen und Schüler endlich einen Bezug zu gesunder Ernährung bekommen. Der Freistaat muss zeigen, dass ihm die gesunde Ernährung seiner Bürgerinnen und Bürger sowie eine nachhaltige Landwirtschaft wichtig sind. Daher muss der Anteil an regionalen und ökologisch erzeugten Produkten in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäusern, Wohnheimen und öffentlichen Kantinen erhöht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben aber unseren Antrag auf mehr Bio in staatlichen Großkantinen abgelehnt. Wir wollten, dass der Freistaat mit gutem Beispiel vorangeht, aber Sie wollen das offenbar nicht. Es ist bemerkenswert: Herr Brunner, Sie haben gerade in Weilheim eine Fachschule für Biolandbau eingerichtet. Das ist gut, aber es reicht nicht. Biolebensmittel sind in Bayern so gefragt, dass viele Händler auf Importe angewiesen sind. Daher fordern wir, dass das Fach Biolandbau in die Unterrichtspläne aller landwirtschaftlichen Schulen in Bayern eingeführt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der von Ihnen gesetzte Anteil von 12 % ist zu gering. In Österreich gibt es schon einen Anteil von 20 %, und das wäre in Bayern auch möglich.

Zum Thema Wald: Der bayerische Ministerrat hat im Juni 2009 eine Überprüfung der Forstreform von 2005 beschlossen. Die Gutachter kamen 2010 zu dem Ergebnis, dass

die ökonomische Dimension das Tagesgeschäft der bayerischen Staatsforsten dominiert. Im Bericht heißt es weiter:

Die Gewinnabführung des BaySF sollte im Haushalt unter Ergebnisvorbehalt gestellt werden. Längerfristig kann im Mittel eine nachhaltige Abführung in einer Größenordnung zwischen 25 und 30 Millionen Euro jährlich erwartet werden.

Das steht im Bericht. Tatsächlich wurden 2009 aber 35 Millionen Euro an den Freistaat abgeführt, 2010 38 Millionen. Jetzt planen Sie für die kommenden zwei Haushaltsjahre eine jährliche Gewinnabführung in Höhe von 70 Millionen ein.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Sauber zu viel!)

In der aktuellen Ausgabe der Unternehmenszeitschrift "BaySF-intern" gibt der Vorstand zu bedenken, dass ungeachtet des erfolgreichen Geschäftsjahres ein "Weiter so" in Zukunft nicht möglich sein wird. Herr Brunner, ziehen Sie daraus endlich die Konsequenzen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst vor einigen Wochen haben Sie im Landwirtschaftsausschuss zugeben müssen, dass der Wildverbiss im Bergwald bei Tanne und Edellaubholz noch immer viel zu hoch ist. Auch sieben Jahre nach der Forstreform haben erst 13 der 41 Forstbetriebe ein regionales Naturschutzkonzept.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin!

Anne Franke (GRÜNE): Im Hinblick auf die im Bayerischen Waldgesetz verankerte vorbildliche Bewirtschaftung im Staatswald gäbe es noch zahlreiche offene Baustellen, bei denen sich Investitionen seitens der bayerischen Staatsforsten nicht nur lohnen würden, sondern zwingend geboten wären.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist leider vorüber.

Anne Franke (GRÜNE): Ganz kurz noch:

(Widerspruch bei der CSU)

Sie wollen nun wider besseres Wissen im Staatshaushalt die Gewinnablieferung auf jährlich 70 Millionen festschreiben. Wir haben gesagt, 50 Millionen wären im Interesse einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung die höchste Gewinnmarge. Wir lehnen den Einzelplan 08 ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin Franke. Letzte Wortmeldung im Rahmen der Aussprache: Herr Staatsminister Brunner. Wir schließen dann die namentliche Abstimmung an und gehen anschließend für eine halbe Stunde in die Mittagspause. Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Noichl, zu Beginn habe ich in der Tat ernsthaft versucht, Ihre Vorschläge, Unterstellungen und Vorwürfe mitzuschreiben, um Ihnen darauf gewissenhaft antworten zu können.

(Reinhard Pachner (CSU): Das lohnt sich nicht!)

Nachdem das Ganze in ein Wunschkonzert ausgeartet ist, kann ich in fünf Minuten leider nicht auf alles antworten, was Sie fälschlicherweise behauptet haben. Sie ignorieren Tatsachen und Entwicklungen und malen sich Ihr eigenes Bild von der Wirklichkeit. Schade!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie kommen mir vor wie ein kleines Kind, das in der Weihnachtszeit jeden Tag drei neue Wünsche äußert. Die Eltern sagen: Wir würden dir das gern alles gönnen, aber wir müssen unser Haus abzahlen, wollen ein neues Auto kaufen usw. Genauso ist es. Natürlich kann man mehr Geld und Personal fordern, aber ich habe eine Gesamtver-

antwortung nicht nur für die Landwirtschaft und für alle Bürger in Bayern, sondern auch für den Gesamthaushalt. Wer verantwortungsbewusst ist, muss die Wünsche mit den vorhandenen Möglichkeiten in Einklang bringen.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Die anderen Agrarminister in Deutschland beneiden mich immer wieder. In meinem Ressort habe ich 7.000 Planstellen, 1.300 in der staatlichen Forstverwaltung und 2.700 bei den bayerischen Staatsforsten, also im Forstbereich allein 4.000 Planstellen.

Selbstverständlich haben wir Zielsetzungen. Wir wollen die Staatsquote nicht grenzenlos erweitern. Wenn wir mehr konsumtive Ausgaben haben und mehr Ausgaben für Personal, bleibt uns weniger für investive Maßnahmen übrig. Das ist eine Gleichung, die jedes Kind begreifen müsste.

(Alexander König (CSU): Nicht jedes!)

Wir müssen also abwägen und haben vernünftige Entscheidungen getroffen. Glauben Sie mir: Es gibt kein Bundesland, das für die Land- und Forstwirtschaft auch nur annähernd so viel Personal und Geld einsetzt wie Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Es ist aber kein Wunder, dass Sie nicht so richtig Bescheid wissen. Vorhin haben Sie mehrmals behauptet, Sie hätten Überschriften gelesen. Vielleicht sollten Sie sich in Zukunft auch den Text anschauen und verinnerlichen; dann wüssten Sie besser Bescheid.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Alexander König (CSU): Keine so hohen Ansprüche, bitte!)

Sie haben mir vorgeworfen, dass der Strukturwandel während meiner Zeit als Minister auch nicht geringer geworden ist. Doch, er ist in den letzten beiden Jahren auf 1,9 % gesunken. Zu Zeiten von Künast lag er bei 3,5 %.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Frau Müller, Sie haben die Situation wesentlich realistischer dargestellt als die Kollegin von der SPD. Unser Vorgehen mit Runden Tischen ist vielleicht sogar beispielhaft. Für das Tierwohl und die Tiergesundheit habe ich in drei Arbeitsgruppen mit Verbraucherorganisationen, Tierschutzverbänden, dem Bauernverband und mit Wissenschaftlern für die Zukunft Perspektiven erarbeitet. Wir haben einen Runden Tisch zum Thema Milch, um hier für Bayern noch vor dem Ende der Milchquote die Weichen richtig zu stellen.

Herr Sprinkart, selbstverständlich wollen wir im Ökolandbau für die Zukunft Wegweisendes auf die Beine stellen. Sie bringen dafür zwar kein Lob über die Lippen, aber die Ökoverbände tun das fast täglich und behaupten, Bayern sei hier beispielhaft. Wir wollen bewusst eine Evaluierung vornehmen, weil es nicht reicht, die Produktion auszuweiten, sondern es muss auch der Verbrauch gesteigert werden. Wir wollen schließlich dauerhaft vernünftige Preise garantieren.

Der Grünlandumbruch macht mir auch Sorgen. Wir müssen uns überlegen, was wir da tun können. Nach den mir zur Verfügung stehenden Zahlen aus dem Frühjahr 2012 gab es seit 2003 eine Mehrung des Umbruchs um 3,9 %. Ich weiß, dass heuer im Herbst auch die eine oder andere Fläche umgebrochen wurde. Brüssel hat uns vorgegeben, dass Umbrüche, wenn wir die Fünf-Prozent-Marke überschreiten, angezeigt und genehmigt werden müssen. Genauso werden wir vorgehen: verantwortlich und pflichtbewusst.

Herr Herz, ich kommentiere nicht alles, was Sie gesagt haben.

Frau Franke, Sie wollen nicht nur Schwerpunkte in der Ausbildung zum Ökolandwirt. Wir haben eine Ausbildung in Schönbrunn und jetzt auch in Weilheim, insbesondere für tierhaltende Grünlandbetriebe. Ich habe angekündigt, dass wir für diesen Bereich im Fränkischen eine Akademie gründen und bei den anderen Landwirtschaftsschulen

so etwas Ähnliches wie eine Grundausbildung anbieten wollen. Dann kann sich jeder Landwirt entscheiden, ob er konventionell oder ökologisch wirtschaften möchte.

Beim Thema Staatsforsten muss ich sehr deutlich werden. Meine Damen und Herren, die bayerischen Staatsforsten bewirtschaften 800.000 Hektar. Das heißt: Man darf auch Gewinn machen. Warum auch nicht?

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: Aber die Frage ist, wie viel!)

Entscheidend ist, ob wir die Waldgesetze einhalten. Darauf achte ich ganz penibel. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Anforderungen werden zu 100 % erfüllt. Wenn wir dennoch Gewinn erzielen und die Nachhaltigkeitsgrenze einhalten, ist dies doch erfreulich. Warum sollten wir uns dann auf 20 oder 25 Millionen beschränken? Wir haben dem Finanzminister im letzten Jahr 75 Millionen überweisen können. Damit können wir auch Lehrerplanstellen und Kinderkrippenplätze finanzieren. Das ist doch gut für unser Land!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da verstehe ich Ihre Meinung überhaupt nicht. Abschließend sage ich, meine Damen und Herren: Wir setzen weiterhin auf Eigenverantwortung und nicht auf staatlichen Dirigismus.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Dr. Otto Bertermann (FDP): Hey!)

Ich möchte, dass alle Betriebe Zukunftsperspektiven haben, unabhängig von der Hektarzahl. Deswegen ist für mich die Diversifizierung, sind für mich weitere Standbeine so wichtig. Ich freue mich, dass die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft so groß ist wie schon lange nicht mehr, und ich freue mich, dass die Bauern auch in Bayern den Stellenwert der Wettbewerbsfähigkeit erkennen und wir weiterhin eine wirklich starke und leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft haben. Das lasse ich mir auch von Ihnen nicht schlechtreden.

Liebe Frau Noichl, es ist nicht entscheidend, wie Sie die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung bewerten, sondern wie die Bevölkerung sie bewertet. Diesem Test sehe ich wirklich sehr hoffnungsvoll entgegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In diesem Sinne bitte ich Sie: Stimmen Sie meinem Haushalt zu.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Herr Staatsminister, einen Moment, bitte. Wir haben jetzt folgende Lage: Da Sie die Redezeit überschritten haben, verlängert sich die Redezeit für jede Fraktion um dreieinhalb Minuten.

(Unruhe)

- Es tut mir leid. Wenn hier niemand mit seinen Redezeiten auskommt, kann ich nichts dafür. – Sie können sich also jetzt zu Wort oder zu einer Zwischenbemerkung melden. Wenn Letztes bevorzugt wird, dann ist selbstverständlich auch das jederzeit möglich.
– Frau Noichl erhält das Wort zur ersten Zwischenbemerkung.

Maria Noichl (SPD): Herr Minister, ich habe eine konkrete Frage. Sie sind jetzt nämlich meiner Frage ausgewichen. Warum legen Sie im Kulturlandschaftsprogramm noch ein Programm ausschließlich für das Grünland auf, während alle anderen Programme, vom Öko-Landbau abgesehen, für den Acker bestimmt sind? Ihr Kollege hat gesagt, das habe mit der Agrarreform zu tun. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie mit zweierlei Maß messen und das Grünland prinzipiell vernachlässigen. – Das ist eine Frage. Die hätte ich schon gerne beantwortet.

Ich denke, dass Sie unsere Anträge gar nicht gelesen haben. Sonst wüssten Sie, dass Sie, monetär gesehen, äußerst moderat sind. Wir haben zwar 20 neue Förster gefordert, aber keine weiteren Stellen, und es war vor allen Dingen nicht, wie Sie sagen, ein Wunschkonzert.

Ich möchte Ihnen unbedingt noch etwas zur Kenntnis geben. Derzeit werden Pakete an dritte und vierte Schulklassen verschickt. Das sind Werbepakete mit Heu als Inhalt. Ich habe ein Mail zu diesen Heupaketen bekommen. Mit Duft, Farbe, Knistern und Zerbrechlichkeit will das Ministerium daran erinnern, wie das Leben in einem Dorf und auf einem Bauernhof früher war. Solche Pakete verschicken Sie. So wollen Sie in der dritten und vierten Klasse agieren und über Landwirtschaft und Ernährung aufklären! Dazu hätte ich von Ihnen auch gerne noch etwas gehört.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Zur ersten Behauptung. Frau Noichl, nicht einmal die ist richtig. Fakt ist, dass wir ab dem 1. Januar 2014 in Brüssel eine neue Förderperiode mit einem 7-jährigen Zeitrahmen beginnen. Die bayerischen Kulap-Verträge laufen fünf Jahre. Deswegen haben wir entschieden, dass wir bereits ab dem Jahr 2011 grundsätzlich keine neuen 5-jährigen Verträge mehr abschließen, weil wir überhaupt nicht wissen, wie sich das Greening, also die ökologische Leistung, bereits in der ersten Säule darstellt, wie das bayerische Kulturlandschaftsprogramm überhaupt gestaltet werden kann. Deswegen gibt es grundsätzlich keine Neuansträge und Ausnahmen davon nur noch im ökologischen Bereich und bezüglich der Grünlandmaßnahmen, und ich habe eine Verlängerung - einjährig oder zweijährig - bis 2014 zugestanden. Das heißt: Auslaufende Verträge können verlängert werden, aber mit Ausnahme der von Ihnen genannten Varianten gibt es keine Neuverträge, weil ich nicht will, dass ich im Jahre 2014 oder 2015 wegen Brüsseler Vorgaben laufende Verträge abändern muss.

Nun zu dem Zweiten, das Sie angesprochen haben. Wir haben zwei Millionen zur Verfügung, um das Programm "Lernort Bauernhof" gemeinsam mit dem Kultusministerium in die Wege zu leiten und umzusetzen. Übrigens: 8.000 Kinder waren bis November bereits auf den Bauernhöfen. Eine wahre Begeisterung wird bei den Kindern ausge-

löst, weil viele Stadtkinder und leider auch zunehmend Landkinder keine Ahnung mehr davon haben, wie es auf einem Bauernhof zugeht.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatsminister, auch Ihre Redezeit ist leider abgelaufen. Es tut mir leid.

(Staatsminister Helmut Brunner: Wenn ich nicht antworten darf... - Zuruf von der SPD: Zwei Minuten!)

- Wir haben eine Geschäftsordnung und ich bin gehalten, mich an sie zu halten.

(Staatsminister Helmut Brunner: Dann kriegt sie es halt schriftlich. - Harald Güller (SPD): Man kann in zwei Minuten etwas sagen, wenn man etwas zu sagen hat!)

- Sie erhalten noch einmal Redezeit. – Jetzt erfolgt eine weitere Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung - Ich bitte, sich präzise zu fassen. Man kann eine Frage auch in zwei Minuten beantworten. - Herr Dr. Fahn erhält für eine weitere Zwischenbemerkung das Wort.

(Unruhe)

- Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Minister, es gibt in Bayern 41 staatliche Forstämter. Nur 13 von ihnen haben bisher ein regionales Waldschutzkonzept vorgelegt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Warum sind es nur 13? Im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage habe ich erfahren, dass diese noch nicht einmal im Internet veröffentlicht sind. Das wäre ganz wichtig, dass diese regionalen Waldschutzkonzepte für die Bevölkerung im Internet nachzulesen sind, auch um eine gewisse Transparenz zu erreichen.

Zweite Frage: 28 Forstämter haben noch kein regionales Waldschutzkonzept vorgelegt. Warum ist dies der Fall? Ich habe im Rahmen einer Schriftlichen Anfrage erfahren, dass dies frühestens bis zum Jahr 2016 geschehen soll. Warum gelingt es nicht, dieses regionale Waldschutzkonzept bei den anderen 28 Forstbetrieben früher einzufordern? Denn es wäre wichtig, um eine gewisse Transparenz für die Bevölkerung zu erreichen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Dr. Fahn, hier verwechseln Sie etwas. Es gibt nicht 41, sondern 47 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten plus Außenstellen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Forstbetriebe hat er gemeint!)

- Ja, die hat er gemeint, und das will ich jetzt erklären. Er hat 41 Forstbetriebe gemeint. Das hat nichts mit der staatlichen Forstverwaltung zu tun, weil nach der Forstreform eine Anstalt die Bewirtschaftung vornimmt. Da gibt es 41 Betriebe. Nach Aussage der Bayerischen Staatsforsten haben 13 Betriebe eben dieses Konzept erstellt, und die anderen werden es nach und nach auch erstellen. Ich bitte Sie um Verständnis, dass das nicht heute schon vorliegt, sondern erst im Laufe der nächsten Zeit vorgelegt werden kann.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nach sieben Jahren!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Auch Herr Kollege Dr. Magerl möchte noch eine Zwischenbemerkung machen. Bitte sehr.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Staatsminister, das Faktum, das Sie gerade geschildert haben, ist sehr traurig. Es müsste wesentlich schneller gehen. Wenn Sie gerne Greenpeace auf der Fläche im Spessart haben, dann machen Sie so weiter. Dass die Konzepte der Staatsforsten nicht rechtzeitig vorgelegt werden, ist genau das

Einfallstor, durch das diese Organisation hereinkommt. Sie als Aufsichtsratsvorsitzender müssten das im Übrigen kontrollieren.

Aber ich möchte noch zu einem anderen Thema, nämlich zu unserem Antrag kommen. Sie sagen, alles werde nachhaltig bewirtschaftet, es sei alles in Ordnung und bestens. Dann erklären Sie doch einmal dem Hohen Haus, warum der arf-Bericht, den die Staatsforsten selber in Auftrag gegeben haben, zu dem Ergebnis kommt, dass langfristig eine Gewinnentnahme von 20 Millionen bis 25 Millionen nachhaltig ist. Sie ziehen in den nächsten Jahren sogar 70 Millionen Euro an Gewinn heraus. Insoweit besteht ein eklatanter Widerspruch zwischen diesem Bericht und dem Handeln dieses Staatsministeriums und der Mehrheit hier im Bayerischen Landtag.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Dr. Magerl. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Dr. Magerl, Sie sind Fachmann genug, um zu wissen, dass der Gewinn ganz entscheidend von den Marktpreisen abhängt. Allein wenn ein Festmeter im Preis um 10 Euro sinkt, haben wir 50 Millionen weniger Einnahmen. Deswegen ist es nicht zielführend, jetzt über irgendwelche Marken zu sprechen. Ich sage nur: Mir sind 70 Millionen lieber als 30 Millionen; aber es kann schon sein, wenn morgen ein Schneesturm kommt, wenn eine Käferkalamität droht oder wenn es Windwürfe gibt, dass der Markt durcheinandergewirbelt wird und die Preise um 10 oder 20 Euro gesenkt werden müssen. Dann streiten wir nicht mehr darüber, ob wir zu viel Gewinn machen, sondern dann müssen wir Sorge haben, ob wir die Kosten decken können. Aber die Sorge, zu viel Gewinn zu machen, ist mir lieber als die Sorgen, die Sie ansprechen.

Ich nenne noch einmal die Voraussetzung: Wir erfüllen die Vorgaben des Waldgesetzes und der Nachhaltigkeit. Ich kann Ihnen garantieren: Darauf achtet der Aufsichtsrat ganz penibel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihr liegen der Entwurf des Einzelplans 08 sowie die Änderungsanträge, die zu Beginn der Aussprache alle genannt worden sind, zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt Annahme des Einzelplans 08 mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15018 genannten Änderungen. Die CSU-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Für diese Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung. - Bevor wir die Abstimmung durchführen, erinnere ich daran: An die namentliche Abstimmung schließt sich die Mittagspause unmittelbar an. Die Mittagspause endet um 13.30 Uhr. - Die namentliche Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 12.51 bis 12.56 Uhr)

Die namentliche Abstimmung ist beendet. Jetzt treten wir in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung von 12.57 bis 13.33 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, auch wenn die Mittagspause bei einigen noch nicht ganz richtig abgeschlossen zu sein scheint, würde ich sagen: Wir setzen die Sitzung fort.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Meine Damen und Herren, wir treten noch einmal in die Beratungen zum Einzelplan 08 ein – das ist bekanntlich Tagesordnungspunkt 16. Wir haben ein Abstimmungsergebnis zum Einzelplan 08: Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt, es gab 66 Nein-Stimmen. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe einige Hände in einigen Fraktionen. – Jetzt sehe ich ein paar mehr. – Vielen herzlichen Dank. Ich sehe die CSU und die FDP, die FREIEN WÄHLER und die SPD. Danke schön. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen worden.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15018 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14669 mit 16/14671 ihre Erledigung gefunden haben.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 16: Haushaltsplan 2013/2014;
Einzelplan 08 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz			
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X	
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.			
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter		X	
Miller Josef	X		
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele		X	
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard			
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	89	66	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 16

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Ausbildung und zum Einsatz von Dorfhelferinnen und Betriebshelfern (Kap. 08 03 Tit. 684 01)
Drs. 16/14472
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit (Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 16/14473
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik (Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 16/14474
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für Absatzförderung und Agrarmarketing (Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/14475
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verbesserung der heimischen Eiweißversorgung durch finanzielle Unterstützung der Futtertrocknungen (Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 16/14476
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung (Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 16/14477
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ernährungsbildung – Kochen in Grundschulen und Kindertagesstätten (Kap. 08 03 Tit. 683 59)
Drs. 16/14478
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einzelbetriebliche Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen (Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 16/14479
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktkompetenz (Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 16/14480

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung – insbesondere Förderung des Imker- und Schäfernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 16/14481
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zusätzliche Stellen für die Wasserberatung
(Kap. 08 40 Tit. 428 01)
Drs. 16/14482
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 16/14483
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Absatzförderung, Agrarmarketingagentur, Ausstellungen und Kongresse; Regionalvermarktung hat Vorrang!
(Kap. 08 03 Tit. 683 39)
Drs. 16/14484
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 44)
Drs. 16/14485
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 16/14486
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Die Kulapmaßnahmen Schnitzzeitpunkt (A 28) und Sommerweidehaltung für Rinder (A 49) wieder anbieten, sowie die Programme einjährige Blühstreifen und Erhalt und Neuanlage von Streuobstwiesen ab 2013 neu installieren
(Kap. 08 03 Tit. 683 72)
Drs. 16/14487
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 16/14488
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Erweiterung der Forschungsvorhaben um den Bereich des Lärmschutzwaldes
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 16/14489
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Projektförderung der Forstlichen Zusammenschlüsse nach der FORSTZUSR 2012
(Kap. 08 05 Tit. 686 97)
Drs. 16/14490
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Personalabbau stoppen – zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth
(Kap. 08 30 Tit. 422 21)
Drs. 16/14491
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Personalabbau stoppen – zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 16/14492

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Maria Noichl, Reinhold Strobl u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für Fachaufgaben (Kap. 08 40 Tit. 511 22) Drs. 16/14493 23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Keine Stellenmehrung im Ministerium (Kap. 08 01 Tit. 422 01) Drs. 16/14521 24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Nutzung staatlicher Schlösser (Kap. 08 02 Tit. 981 16) Drs. 16/14522 25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Pressearbeit (Kap. 08 03 Tit. 531 25) Drs. 16/14523 26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Qualitäts- und Herkunftssicherungsprogramme (Kap. 08 03 Tit. 683 38) Drs. 16/14525 27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Agrarmarketing (Kap. 08 03 Tit. 683 39) Drs. 16/14526 28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen (Kap. 08 03 Tit. 671 03) Drs. 16/14527	29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Pflanzenzucht (Kap. 08 03 Tit. 683 20) Drs. 16/14528 30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Pferderennen (Kap. 08 03 Tit. 686 02) Drs. 16/14529 31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Kürzung der Mittel für Maiswurzelbohrerforschung (Kap. 08 03 TG 55 und Kap. 08 20 Tit. 533 51) Drs. 16/14530 32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Einzelbetriebliche Förderung (Kap. 08 03 Tit. 892 74) Drs. 16/14531 33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Alm-/Alpwegebau (Kap. 08 03 Tit. 893 87) Drs. 16/14532 34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Vermarktung ökologisch und regional erzeugter Produkte (Kap. 08 04 Tit. 892 14) Drs. 16/14533

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: „Gewinnablieferung“ (Kap. 08 05 Tit. 121 11) Drs. 16/14534 36. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Zentrum Nachhaltigkeit Wald (Kap. 08 05 Tit. 893 01) Drs. 16/14535 37. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Umsetzung von Stellen aus der Landesanstalt für Landwirtschaft in die Ämter für Landwirtschaft und Forsten (Kap. 08 20 und 08 40 Tit. 422 01) Drs. 16/14536	38. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Ankauf Hengste (Kap. 08 20 Tit. 812 84) Drs. 16/14537 39. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Keine Besserstellung des Präsidenten der Führungsakademie (Kap. 08 42 Tit. 422 01 a)) Drs. 16/14538

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Dr. Otto Bertermann

Abg. Markus Reichhart

Abg. Eike Hallitzky

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Renate Ackermann

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 06 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/13802 mit 16/13805),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/13794 mit 16/13796) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/13797 mit 16/13801)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 11 Minuten und auf die FDP-Fraktion 10 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Staatsregierung kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem Philipp Graf von und zu Lerchenfeld das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass das Interesse aller Kollegen und Kolleginnen auch am dritten Tag der Haushaltsdebatte ungebrochen ist, auch wenn man momentan erwartungsgemäß eine gewisse Leere hier im Raum verspürt.

Bevor ich auf den Einzelplan 06 im Detail eingehe, ist es mir ein ganz großes Bedürfnis, Markus Söder für seine hervorragende Arbeit als Finanzminister ausdrücklich zu danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER):
Ist das mit dem Ministerpräsidenten abgesprochen?)

Es wird ihm von vielen Seiten nicht immer leicht gemacht. Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben uns einen Doppelhaushalt vorgelegt, der in Deutschland, ja in Europa, einmalig ist. Bayern wird das erste Land sein, das Ende des Jahres 2014 10 % seiner Staatsschulden getilgt hat. Selten hat eine Staatsregierung so von den Verdiensten der Vorgängerregierungen profitieren können wie die jetzige. Letztlich ist dieser hervorragende Doppelhaushalt das Verdienst der Regierung von Edmund Stoiber, der es gemeinsam mit seinem damaligen Kabinett geschafft hat, dass Bayern im Jahr 2006 als erstes Land in Deutschland einen ausgeglichenen Haushalt vorstellen konnte. Mit Konsequenz und Weitsicht hat Edmund Stoiber in den Jahren seiner Regierungszeit die Voraussetzungen geschaffen, die Bayern heute so einzigartig machen. Der heutige Finanzminister hat schon damals wesentlich dazu beigetragen, dass eine klare, stringente Politik verfolgt wurde, und kann heute die Erfolge der damaligen konsequenten Politik tatsächlich ernten.

(Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Und das sogar ohne die FDP!)

Wenn heute manche Leute glauben, sich diese Erfolge ans eigene Revers heften zu können, so glaube ich, dass sie eher an einem Mangel an Bescheidenheit leiden und sich vielleicht ein wenig selbst überschätzen. Die Grundlagen der Erfolge wurden von der damaligen Regierung gelegt und die Politik wird vom heutigen Finanzminister weitergeführt. Für diese konsequente Haltung auch seinen Kabinettskollegen gegenüber hat dem Finanzminister unser Respekt und unser Dank zu gelten. Ich sage ihm ein herzliches Vergelt's Gott für seine klare und konsequente Haltung, die es uns ermöglicht, heute einen so hervorragenden Doppelhaushalt zu verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte aber auch die Gelegenheit nutzen und dem Herrn Staatssekretär sowie allen Mitarbeitern des Ministeriums sehr herzlich dafür zu danken, dass sie alle eine so hervorragende Arbeit bei der Vorbereitung des Doppelhaushalts 2013/2014 geleistet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei den Vorstellungen der verschiedenen Ministerien und den Forderungen, die wohl von allen Seiten auf das Finanzministerium eingeströmt sind, war das sicherlich nicht immer leicht.

Mit diesem Haushalt werden die wesentlichen Schwerpunkte für eine weitere vernünftige Entwicklung Bayerns und für die Lösung der Zukunftsaufgaben gesetzt. Ende des Jahres 2014 werden über 2 Milliarden Euro getilgt sein. Deshalb wird es uns auch gelingen, bis zum Jahr 2030 als erstes Land in Deutschland tatsächlich sämtliche Schulden zu tilgen, die wir je gemacht haben. Damit werden wir wiederum ein Beispiel geben, ganz konsequent in unserer Politik, ein Beispiel auch für die anderen deutschen Bundesländer und hoffentlich auch für die Länder in Europa.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der Einzelplan 06 ist ein klassischer Verwaltungshaushalt. Die Aufgaben im Ministerium sind selbstverständlich sehr personalintensiv, was sich auch in der Ausgabenstruktur widerspiegelt. Die Personalausgabenquote liegt bei 78 %. Das sind 1,6 Milliarden Euro bei einem Volumen des Gesamthaushalts in Höhe von 2 Milliarden Euro. Mit diesen Mitteln werden im Jahr 2014 insgesamt 26.700 Stellen finanziert werden, davon rund 19.300 Stellen in der Steuerverwaltung. Schwerpunktbereiche sind auch die Staatsfinanzverwaltung, die Schlösserverwaltung, das Landesamt für Finanzen mit 3.300 Stellen und die Vermessungsverwaltung mit circa 3.100 Stellen.

Wir werden bei den Personalausgaben eine Steigerung um rund 59,4 Millionen Euro auf 1,52 Milliarden Euro im Jahr 2013 und auf 1,56 Milliarden Euro im Jahr 2014 haben. Davon entfallen 49,2 Millionen Euro auf Mehrungen bei den Beihilfeausgaben und auf Tarif- und Besoldungserhöhungen. Aber wir werden auch zusätzlich 200 neue Stellen für Steuerbeamte und 600 neue Stellen für Nachwuchskräfte schaffen und verbessern auf diese Art und Weise die Personalsituation der Steuerverwaltung nachhaltig. Zur Verbesserung der Beförderungssituation enthält der Haushaltsplanentwurf mehr als 1.500 Hebungen. Gut zwei Drittel davon entfallen auf die Steuerverwaltung.

Die Opposition hat in zahlreichen Anträgen weitere Stellen für die Finanzverwaltung gefordert. Dem können wir getrost entgegenhalten, dass wir bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 die Voraussetzungen geschaffen haben, um in den Jahren 2012, 2013 und 2014 viele neue Beamte zu übernehmen und die Personalsituation langfristig zu verbessern. In diesem Doppelhaushalt werden weitere Stellen geschaffen, die uns wiederum eine Verbesserung der Personalsituation bringen. Hinzu kommt, dass wir alle Chancen nutzen, um die Mitarbeiter in den einzelnen Ämtern mit entsprechenden Arbeitsmitteln, insbesondere mit EDV, auszustatten. Beispielsweise werden im Datenerfassungszentrum in Wunsiedel schon jetzt 23 Finanzämter wirkungsvoll von Erfassungsarbeiten entlastet. Dort wird die Zahl der Mitarbeiter aufgestockt, und es wird weiter konsequent investiert. Unsere Aufgabe muss sein, dass wir uns für die kommenden Jahre wappnen.

Hohes Haus, verehrte Kollegen, wir können uns freuen, dass das Wirtschaftswachstum in Bayern stark ist und wir deutlich steigende Staatseinnahmen haben. Es mehren sich allerdings die Anzeichen, dass das Wirtschaftswachstum in Europa stagniert und teilweise zurückgeht und dass davon auch die bayerische Wirtschaft betroffen sein wird. In bedeutenden Industriezweigen denkt man mittlerweile schon über Kurzarbeit nach. Die Ankündigung, dass das Opelwerk in Bochum geschlossen wird, zeigt sehr deutlich, wie labil die Konjunktur gerade der Autoindustrie ist. Die derzeit noch guten Konjunkturaussichten, insbesondere in Bayern, können sich sehr schnell eintrüben

und wieder zu einem Rückgang unserer Einnahmen führen. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass wir die Rücklagen in unserem Haushalt mit kluger, nachhaltiger und vorsorglicher Haushaltspolitik stärken und die Zeit nutzen, Schulden abzubauen. Wir können nicht alle Wünsche und Vorstellungen tatsächlich erfüllen. Sonst würden wir uns in die Gefahr begeben, der andere Bundesländer erliegen, die in diesen guten Zeiten nicht nur mit ihrem Geld nicht auskommen, sondern weitere Schulden aufnehmen müssen.

Da sich die Vorwürfe der Opposition in schöner Regelmäßigkeit jedes Jahr wiederholen, zum Beispiel der Vorwurf, wir hätten zu wenig Betriebsprüfer, möchte ich kurz auf die Situation bei den Außenprüfungen eingehen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen einfach nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir in Bayern sämtliche Steuerfälle prüfen, sowohl maschinell als auch durch geeignetes entsprechendes Personal in den Finanzämtern. Das durchschnittliche Mehrergebnis unserer Betriebsprüfer – davon haben wir ca. 3.000 in Vollzeit – von 2,3 Millionen Euro liegt um 150 % über dem Durchschnitt des Bundesgebiets. Das ist dem Umstand zu verdanken, dass alle Großbetriebe – dies betone ich ausdrücklich – und alle Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen vollständig und zeitlich lückenlos überprüft werden. Bayern liegt damit an der Spitze der Mehrergebnisse aufgrund der Außenprüfungen.

Die Rechnung, die Sie von der Opposition immer wieder aufmachen, dass mit der Einstellung zusätzlicher Kräfte auch das Aufkommen aus den Betriebsprüfungen linear steigen wird, stimmt einfach nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zu den guten Erfolgen unserer Prüfer trägt aber auch bei, dass wir in den vergangenen Jahren konsequent in die EDV-Ausstattung unserer Finanzämter investiert haben. Auch auf der Grundlage dieses Doppelhaushalts werden wir hier wieder kräftig investieren.

Sie behaupten immer, wir müssten noch viel mehr Stellen schaffen, damit mehr Steuern eingenommen werden. Aber was tun Sie denn in den Ländern, in denen Sie an der Regierung sind? Sie verhindern ein vernünftiges Steuerabkommen mit der Schweiz, das Deutschland zusätzliche Gelder in Höhe von 10 Milliarden Euro einbringen würde. Diese Gelder könnten den Ländern in voller Höhe zur Verfügung stehen und würden nicht in den Bundestopf gelangen. Sie haben natürlich keine Ahnung von Steuern – das gebe ich zu -, aber ich kann Ihnen diese Dinge vielleicht erklären.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vielleicht erinnern sich manche, gerade die Älteren – Herr Wörner, Sie gehören doch sicher dazu -, noch daran, dass Herr Eichel vor einigen Jahren, als er noch Finanzminister war, eine Amnestie für Steuersünder erlassen hatte, bei der 15 % der Kapitalerträge einer Steuer unterworfen wurden. Heute sagen die gleichen SPD-Leute, die 20 bis 40 % der Steuer, die als Strafe vorgesehen sind, reichten nicht aus, und weigern sich deshalb, einem vernünftigen Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz zuzustimmen. Ich kann nur sagen: Sie versündigen sich hier an Deutschland und den Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Wir wollen Steuersünder nicht unterstützen!)

Sie blockieren aus ideologischen Gründen jede vernünftige Politik im Bundesrat. Gestern Abend wurde im Vermittlungsausschuss festgestellt, dass der Grundfreibetrag nunmehr angehoben werden sollte. Das haben Sie verhindern wollen, obwohl das Bundesverfassungsgericht gesagt hat, dass das Existenzminimum durch den Grundfreibetrag von der Steuer ausgenommen werden muss. Wann sind Sie denn bereit, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts tatsächlich anzunehmen und umzusetzen?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn Frau Kraft aus Nordrhein-Westfalen sagt, so etwas sei nur möglich, wenn man es sich leisten könne, dann kann ich dazu nur sagen: Das ist eine Haltung, die ich nicht mittragen kann.

Meine lieben Freunde, der Haushalt, den wir hier vorgelegt haben, ist wunderbar ausgeglichen. Wir zahlen Steuern zurück. Wir sorgen uns um Gerechtigkeit bei den Steuern. Wir sind in unserer Haltung konsequent und glaubwürdig.

Ich möchte die Gelegenheit hier nutzen, von Herzen allen Mitarbeitern der Finanzverwaltung für ihren Einsatz zu danken. Denn unsere Finanzverwaltung ist sowohl auf dem Gebiet der Steuererhebung wie auch auf dem Gebiet der Weiterentwicklung des Steuersystems im Vergleich zu anderen Bundesländern führend. Ich möchte allen Mitarbeitern des Hohen Hauses und der Ministerien danken, die uns bei den Beratungen im Ausschuss wirklich sehr gut unterstützt und uns geholfen haben, eine vernünftige Lösung für den Doppelhaushalt zu finden. Ganz besonders möchte ich auch den Mitarbeitern hier im Plenum danken, die es in einzigartiger Weise ertragen haben, dass wir hier gestern Abend sehr lange getagt haben. Ich finde es wirklich beachtenswert, dass die Mitarbeiter das alles mitmachen, ohne zu klagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden auf der Grundlage dieses Haushalts auch einige sehr gute Baumaßnahmen durchführen können. Ich freue mich, dass insbesondere das Schloss Linderhof – ich erwähne die Venusgrotte – in den Planungsbereich aufgenommen worden ist. Wir werden weiter mit dem Erbe unserer Vorväter gut umgehen. Die Planungen zur Restaurierung der Prunkräume des Schlosses Neuschwanstein und die Generalsanierung des Mainfränkischen Museums in der Festung Marienberg sind ebenfalls Teil des Doppelhaushalts 2013/14.

Mit den Kollegen der Opposition haben wir uns interessante Redegefechte geliefert. Aber, das betone ich ausdrücklich, wir haben nie den Boden der Sachlichkeit verlas-

sen. Deshalb möchte ich mich auch bei allen Kollegen im Ausschuss für die sachliche Auseinandersetzung und die konstruktive Zusammenarbeit sehr herzlich bedanken.

Wir belegen mit diesem Doppelhaushalt wiederum, dass wir eine nachhaltige Finanzpolitik in voller Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen betreiben. Ich bitte Sie deshalb sehr herzlich, diesem Haushalt zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Graf Lerchenfeld, der Kollege Rinderspacher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Er hat das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Graf Lerchenfeld, Sie haben eben den Finanzminister gelobt. Im weiteren Verlauf der Plenardebatte wird noch deutlich werden, dass die Opposition diesem Lob vielleicht nicht in jeder Weise folgen wird. Das wird nicht verwundern. Aber es ist schon überraschend, dass der Ministerpräsident ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Haushaltsdebatte seinem Finanzminister gewiss nicht den Rücken stärkt. Wir haben heute seine Aussage gelesen, der Finanzminister leide unter pathologischem Ehrgeiz, er sei von Ehrgeiz zerfressen, er leiste sich zu viele Schmutzeleien, er habe charakterliche Schwächen. Und dann heißt es, Markus Söder war mal oben, jetzt sei er unten. Wie erklären Sie sich, dass der Ministerpräsident ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Haushaltsverhandlungen seinen Finanzminister in diesem Ausmaß schwächt?

(Zurufe von der CSU und Gegenrufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Graf Lerchenfeld, Sie haben das Wort.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Herr Kollege Rinderspacher, vielen Dank für die Anleitung, die Sie uns hier gegeben haben, und für die Auszüge, die Sie uns vorgelesen haben. Ich glaube, dass unser Finanzminister stark genug ist,

(Margarete Bause (GRÜNE): Das zu ertragen!)

wirklich einen vernünftigen Haushalt zu vertreten und uns in der Zukunft vorwärtszubringen. Ich bin ganz sicher, dass er auch weiß, dass in ihm die Zukunft liegt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der CSU: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat der Kollege Halbleib von der SPD das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Erklärung des Kollegen Lerchenfeld ist es schon interessant, dass die erste Bemerkung des CSU-Redners an diesem Morgen dazu dient, den Finanzminister dieses Freistaats gegen den Ministerpräsidenten dieses Freistaats in Schutz zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER) – Heiterkeit des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang, meine Kolleginnen und Kollegen. Ich finde das eigentlich gar nicht humorig, sondern es ist schon ein ziemlich ernster Vorgang. Wir bewegen uns in einer Woche, in der in drei Tagen die zentrale Grundlage der Politik im Freistaat Bayern verhandelt wird, nämlich der Haushalt, den der Finanzminister diesem Parlament vorlegt. Wenn der Ministerpräsident dieses Freistaats gerade in dieser Woche nichts anderes macht, als den Finanzminister in dieser Art und Weise zu bewerten: "vom Ehrgeiz zerfressen", wenn er von "pathologischem Ehrgeiz" spricht, von charakterlichen Schwächen, von Schmutzeleien und davon, dass der Finanzminister "unten" sei,

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

dann ist das doch ein besonderer Vorgang in diesem Freistaat Bayern. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals ein Ministerpräsident mit einem Minister seines Kabinetts so umgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wenn man den Ministerpräsidenten ernst nimmt, dann verhandeln wir jetzt im Einzelplan 06 den Einzelplan eines Ministers auf Abruf. Der Finanzminister muss sich selber fragen, ob er seine Aufgabe als Staatsminister der Finanzen noch ordnungsgemäß erfüllen kann, wenn ihm das Vertrauen und der Respekt des Ministerpräsidenten, der ihn berufen hat, fehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nach objektiven Kriterien der Politik und, Herr Finanzminister, wenn Sie fränkischen Stolz hätten, dann würden Sie nach diesen massiven Angriffen des Ministerpräsidenten auf Ihre Person konsequenterweise wie seinerzeit der unterfränkische Kollege Bernd Weiß heute noch Ihren Rücktritt erklären. Ich denke, das wäre die richtige Reaktion gegenüber dem Ministerpräsidenten, der seinen Minister in dieser Art und Weise angreift.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER - Zurufe der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU) und Dr. Manfred Weiß (CSU))

- Die Unruhe in Ihren Reihen kann ich entweder als Unmut über den Ministerpräsidenten oder als Unmut über den Finanzminister empfinden.

(Albert Füracker (CSU): Kommen Sie zum Haushalt!)

- Danke für den Hinweis, Herr Kollege Füracker.

(Harald Güller (SPD): Ich glaube, der Herr Söder ist mit sich selber unzufrieden!)

Schauen wir uns die Arbeitsbilanz des Finanzministers gerade beim Einzelplan 06 an. Zunächst lasse ich die Lobeshymnen des Kollegen Lerchenfeld unbeantwortet, weil ich sie heute Nachmittag noch beantworten werde. Mein Urteil über die Arbeitsbilanz gerade beim Einzelplan 06 ist leider, das muss ich sagen, nicht viel besser als das Ur-

teil des Ministerpräsidenten über die charakterlichen Eigenschaften des Finanzministers, vor allem wenn ich die Steuerverwaltung anschau. Bayern ist auch unter diesem Finanzminister Markus Söder nach wie vor im Vergleich der Bundesländer auf dem 16. und damit letzten Platz, was die Ausstattung mit Betriebsprüfern, mit Umsatzsteuerprüfern und mit Steuerfahndern angeht. Der Oberste Rechnungshof hat massive Kritik daran geübt, und diese Kritik ist auch berechtigt. Im Bereich der Steuerverwaltung praktizieren Sie ein fortgesetztes milliardenschweres Staatsversagen. Anders kann man es leider nicht bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Es ist einzuräumen, dass das nicht allein in der Verantwortung von Finanzminister Söder liegt, sondern dass dafür eine ganze Reihe von CSU-Finanzministern verantwortlich ist. Wir haben die 200 zusätzlichen Stellen im Doppelhaushalt zur Kenntnis genommen, aber sie sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, Herr Kollege Lerchenfeld, ebenso wie die 500 neuen Stellen im Doppelhaushalt 2009/2010. Sie schaffen keine Veränderung an der dramatischen Unterausstattung der bayerischen Finanzämter, weil sie allein dazu dienen, die Rückführung der 42-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche umzusetzen. Damit wird kein einziger Finanzbeamter mehr bei der Steuerfahndung, bei der Betriebsprüfung oder bei der Umsatzsteuersonderprüfung eingesetzt.

In diesem Freistaat sind 1.903 Stellen, die im Haushalt sind, nicht besetzt. Es ist ein Skandal, dass der Freistaat Bayern in diesem zentralen Bereich der Steuergerechtigkeit und Einnahmensicherung unter Verantwortung der CSU in dieser Art und Weise agiert. Wir haben nach Berichten, die durch den Obersten Rechnungshof bestätigt wurden, tatsächlich eine Lücke von 3.000 Stellen in der Steuerverwaltung. Dies führt dazu, dass wir einen massiven Entgang von Steuereinnahmen haben und dass die Steuergerechtigkeit auf der Strecke bleibt, weil die Bekämpfung von Steuerhinterziehung massiv geschwächt wird, weil die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wegen der Unterbesetzung der Finanzämter, auch dadurch, dass sie länger auf die Rücker-

stattung der Steuer warten, das Ganze bezahlen müssen. Das ist zusammengenommen wirklich ein milliardenschweres Staatsversagen.

Wir fordern Sie auf, das endlich zu korrigieren. Diesen Doppelhaushalt haben Sie dazu jedenfalls leider nicht genutzt. Das ist ein Armutszeugnis für Ihre Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Nicht nur im Großen haben Sie in der Steuerverwaltung keine richtige Orientierung, sondern auch im Kleinen, im Detail. Herr Finanzminister, Sie haben keine glückliche Hand. Ich nenne nur ein Beispiel, die räumliche Unterbringung der Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten. In Sachen Standortentscheidung für München, Deroystraße, musste der Haushaltsausschuss gegen Ihren Vorschlag eine kostengünstige Lösung durchsetzen. Im Vergleich ist glasklar, dass Ihr Vorschlag den Freistaat Bayern und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Millionen mehr gekostet hätte als die Lösung, die der Haushaltsausschuss gegen Ihren ausdrücklichen Wunsch und Ihre Empfehlung auf den Weg gebracht hat. Das Thema Höchstädt an der Donau, das wir gestern im Ausschuss ausgiebig behandelt haben, will ich nur streifen. Auch Ihr persönlicher Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Lotterieverwaltung am Karolinenplatz ist mehr als fragwürdig und menschlich unanständig. Das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Es wurde schon angesprochen: Das hängt nicht nur mit der Unterbesetzung der Finanzverwaltung, die von Ihnen zu verantworten ist, zusammen, sondern auch mit Ihrer grundsätzlichen ideologischen Haltung, in diesem Fall zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung in diesem Freistaat. Der Ankauf von Steuerdaten durch die Steuerverwaltungen dieser Republik, insbesondere des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch anderer, hat dazu geführt, dass wir seit Oktober 2010 über 5.000 Selbstanzeigen in Bayern mit Bezug zur Schweiz verzeichnen. Das waren zusätzliche Einnahmen, liebe

Kolleginnen und Kollegen – da sind wir bei den Haushaltsberatungen gerade richtig, um das festzustellen –, von 550 Millionen Euro, die aufgrund der Selbstanzeigen und des vorausgehenden Ankaufs von Steuerdaten in die Kassen des Freistaats Bayern gekommen sind, 26 Millionen direkt durch die Auswertung von Daten-CDs. Ohne sie wäre der Haushalt, den der Finanzminister vorgelegt hat und der heute verabschiedet werden soll, nicht möglich gewesen, selbst wenn Sie die 200 Millionen aus dem Schweizer Steuerabkommen abziehen.

Diese zusätzlichen Einnahmen über 350 Millionen Euro haben Sie letztendlich der Hartnäckigkeit der SPD-Finanzminister in dieser Republik zu verdanken, da Ihre Regierungskoalition aus CSU und FDP beim Thema Steuerdaten nicht handlungsfähig war, sondern sich die FDP als Schutzmacht der Steuerhinterzieher aufgespielt hat.

(Thomas Hacker (FDP): Mir kommen die Tränen! - Harald Güller (SPD): Das sind aber eher Krokodilstränen, oder?)

Bayern hat unter anderem deshalb neben vielleicht einigen technischen Auswertungen keinen einzigen Ankauf getätigt und war immer der Nutznießer der konsequenten Entscheidungen anderer Finanzminister. Wir bekennen uns ganz klar dazu, Steuerhinterziehung mit allen legalen Mitteln zu bekämpfen.

(Beifall bei der SPD)

350 Millionen Euro können wir auf unsere Habenseite schreiben. Wenn Sie, insbesondere die FDP, entscheiden müssten und dürften, wären diese 350 Millionen Euro Mehreinnahmen in diesem Haushalt nicht zu verzeichnen; das hätte Ihre Politik nicht zustande gebracht, weil Sie die legale Steuerhinterziehungsbekämpfung durch Ankauf von Daten-CDs ablehnen. Diese 350 Millionen Euro können wir auf die Habenseite der SPD schreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Otto Bertermann (FDP): Und wie sieht es mit der kalten Progression aus? Die habt ihr abgelehnt!)

Ich betrachte den aktuellen Fall der UBS. Schon jetzt wurde eine Steuerhinterziehung in Höhe von 200 Millionen Euro in 1.300 Fällen mit einem Anlagevolumen von etwa 3 Milliarden Euro aufgedeckt; 750 Fälle in Liechtenstein wurden aufgedeckt.

Das Stichwort Steuerabkommen mit der Schweiz ist genannt worden. Ich sage Ihnen eines: Ich bin froh und dankbar, dass der Vermittlungsausschuss dieses Steuerabkommen gestern endgültig ad acta gelegt hat. Das war ein Anschlag auf die Steuergerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Besser kein Abkommen als dieses Abkommen. Sie wissen auch, warum.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Besteuerung nur des Kapitalertrags der Vergangenheit würde wesentlich geringer ausfallen als die ordnungsgemäße Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland; die Besteuerung in der Zukunft wäre bei Wahrung vollständiger Anonymität von Steuerhinterziehung nicht anders. Amnestie und gleichzeitiger Schutz der Steuerhinterzieher hinter dem Schutzwall der vollen Anonymität! Das ist das, was ausverhandelt wurde. Das ist ein Verrat an den europäischen Standards für den Datenaustausch zwischen den Steuerverwaltungen europäischer Staaten und auch ein Verrat an dem, was Steuerhinterziehungsbekämpfung legitimerweise braucht, nämlich Anfragen an die Finanzverwaltung des benachbarten Staates. Auch diese haben Sie in diesem Abkommen illegitimerweise begrenzt. Deswegen ist es gut, dass dieses Steuerabkommen gescheitert ist. Kein Abkommen zu haben ist besser als dieses. Sie haben sich nicht als Schutzmacht der Steuergerechtigkeit aufgeführt, sondern als Schutzmacht der Steuerhinterzieher, und das bedauern wir sehr.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Halbleib, lassen Sie eine Zwischenfrage von Graf Lerchenfeld zu?

Volkmar Halbleib (SPD): Vielleicht kann man das im Anschluss sinnvoll zusammenfassen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Gut. Graf Lerchenfeld, dann sind Sie zu einer Zwischenbemerkung am Schluss der Rede von Herrn Kollegen Halbleib aufgerufen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Selbstverständlich!)

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Auch zur Steuerpolitik kann man einiges sagen. Der Grundfreibetrag war immer unstrittig. Sie machen es aber so: In Bayern verkünden Sie die reine Lehre, während Sie auf Bundesebene Steuersenkungen auf Pump mit der Konsequenz beschließen, dass die Nettoneuverschuldung entsprechend höher ausfällt. Diese zwei Seiten passen nicht zusammen; das wissen Sie selbst ganz genau. Das wären Steuersenkungen auf Pump gewesen. Der Bundeshaushalt sieht nach wie vor eine Nettoneuverschuldung vor. Die Mindereinnahmen von Bundesländern und Kommunen wären problematisch gewesen, und es wären eben nicht vor allem die unteren und mittleren Einkommen spürbar entlastet worden, sondern ganz stark die oberen Einkommen. Das ist bekannt. Herr Kollege Lerchenfeld, ideologisch ist es, woran es gescheitert ist: Die SPD hat zu Recht gesagt: Wenn wir bei der kalten Progression etwas machen, dann müssen wir auch an den Spitzensteuersatz ran; es kann nicht sein, dass wir insgesamt Steuersenkungen auf Pump finanzieren. Das müsste auch Ihrer Ideologie widersprechen. So kann es nicht gehen. Deswegen ist das, was der Bundesrat mit Mehrheit gemacht hat, glasklar. Mehr Steuergerechtigkeit können wir uns nur dann leisten, wenn wir auch beim Spitzensteuersatz etwas machen. Dazu bekennen wir uns auch klar. Das war auf dem Tisch gelegen – Sie haben dieses Angebot gestern abgelehnt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir ziehen kurz Bilanz der Söderschen Finanzpolitik. Wir haben bisher kein Konzept für den Länderfinanzausgleich vorgelegt bekommen. Wir haben kein Konzept für die Schuldentilgung vorgelegt bekommen. Wir haben kein Konzept für eine gerechte Steuerpolitik vorgelegt bekommen. Wir haben keinen ernsthaften Willen gesehen, die massive Unterbesetzung der Finanzämter zu bekämpfen. Wir haben keine konsequente Haltung zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung erkennen können. Da würden wir uns den vom Ministerpräsidenten angesprochenen pathologischen Ehrgeiz des Finanzministers wünschen. Dieser gilt offensichtlich nur für das persönliche Fortkommen, aber nicht für die dringend überfällige Herstellung von Steuergerechtigkeit in diesem Freistaat. Deswegen lehnen wir diesen Einzelplan mit Überzeugung ab. Die Herstellung von Steuergerechtigkeit in Bayern ist mit dieser Regierungskoalition ganz offensichtlich nicht möglich. - Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie am Pult. Graf Lerchenfeld hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Graf Lerchenfeld.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. Herr Kollege Halbleib, Sie sprechen von Steuersenkung auf Pump, weil Sie endlich dazu bereit sind, das Bundesverfassungsgerichtsurteil anzuerkennen. Heißt das, dass dies auch Steuersenkung auf Pump ist?

Ein Zweites. Das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz wurde in gleicher Art und Weise mit Großbritannien, Österreich und Italien geschlossen. In Österreich sind mehr Steuereinnahmen in erheblicher Höhe angefallen. Ich habe Ihnen vorhin die Steuerdebatte mit Herrn Eichel dargelegt. Wie stehen Sie denn dazu, dass Herr Eichel damals die Amnestie mit einem Steuersatz von nur 15 % anerkennen wollte?

Drittens. Lesen Sie doch bitte regelmäßig die "FAZ". Dann sehen Sie, dass die Unionspolitiker in den Parlamenten Deutschlands einen sehr vernünftigen Vorschlag zum Länderfinanzausgleich unterbreitet haben.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Der Grundfreibetrag war immer unstrittig. Der entscheidende Punkt war, was mit der kalten Progression und was in Fragen der steuerlichen Absetzbarkeit passiert. Das ist klar. Das Bekenntnis ist auch klar. Ich bin der festen Überzeugung, dass Steuersenkung auf Pump kein Weg in die Zukunft ist. Das müssten eigentlich gerade Sie einsehen, weil Sie auch in Bayern zu Recht den ausgeglichenen Haushalt nach vorne stellen. Was für Bayern gilt, muss in gleicher Weise für den Bund gelten. Das zum ersten Punkt.

Zweiter Punkt: Steuerabkommen mit der Schweiz. Sie wissen, dass die USA gegenüber der Schweiz ganz andere Regelungen durchgesetzt haben, dass die europäischen Standards, was den Datenaustausch mit Staaten betrifft, ganz andere sind und dass es ein Fehler der Bundesregierung war, mit der Schweiz Einzelverhandlungen aufzunehmen. Europäische Verhandlungen wären notwendig gewesen, um die Standards in Europa, was den Datenaustausch betrifft, endlich durchzusetzen.

Dritter Punkt. Herr Kollege Lerchenfeld, Sie kennen doch den Unterschied zwischen der Haltung Eichels und diesem Steuerabkommen so gut wie ich. Amnestie ist bei Eichel: Hosen herunterlassen, alle steuerlichen Sachverhalte auf den Tisch legen. Was Sie machen, ist sozusagen ein Ablass, der letztendlich in vollständiger Anonymität von Steuerhinterziehung abläuft. Das ist eine Art und Weise des Umgangs mit der Steuergerechtigkeit, die mit der Eichelschen Politik überhaupt nichts zu tun hat. Sie stützen die Steuerhinterzieher durch Anonymität. Das ist inakzeptabel.

Nur ein Wort zum Länderfinanzausgleich. Sie haben ein Konzept vorgelegt. Der Finanzminister hat in der öffentlichen Verlautbarung etwas ganz anderes von sich gegeben. Insofern würde ich vorschlagen, Herr Kollege Lerchenfeld: Einigen Sie sich zunächst einmal mit Ihrem Finanzminister über ein Konzept, was den Länderfinanzausgleich und den Steuerföderalismus betrifft, und dann sprechen wir uns in diesem Hause wieder.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, Herr Kollege Dr. Bertermann hat sich noch zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Kollege Halbleib, wiegt die Blockade bei der kalten Progression, durch die Millionen von Arbeitnehmern nicht mehr Geld in der Tasche haben, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf? Sie schädigen durch Ihre Blockade im Bundesrat Millionen von Arbeitnehmern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Halbleib, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich weiß nicht, ob man von der FDP Ratschläge entgegennehmen muss.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben im letzten Bundestagswahlkampf allen Bürgern blauäugig Steuersenkungen in Milliardenhöhe versprochen. Was haben Sie realisiert?

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Halbleib, Sie machen es nicht!)

Sie sind in der Steuerpolitik völlig unglaubwürdig geworden. Punkt 1.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Herr Bertermann, Sie müssen mir dann schon sagen, ob Sie auf Netto-neuverschuldung setzen. Sagen Sie das hier. Wenn Sie auf zukünftige Verschuldung setzen, dann sagen Sie das hier. Wir sagen: Wir wollen keine Nettoneuverschuldung. Wir wollen Steuererleichterungen, die in manchen Bereichen durchaus sinnvoll und diskutierbar sind, aber wir wollen unter dem Strich keine Steuersenkung auf Pump. Deswegen hätten Sie sich bewegen können; aber Sie schützen die Spitzeneinkommen in diesem Land. So verstehen Sie Ihre Politik und Ihren Auftrag. Es tut mir leid, Sie hätten die Angelegenheit gestern beenden können. Wir wären zu einem sinnvollen Kompromiss bereit gewesen. Mit dieser FDP und dieser CSU aber war das leider nicht möglich.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Kollege Halbleib. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich mitteilen, dass von der CSU-Fraktion zum Einzelplan 06 namentliche Schlussabstimmung beantragt wurde.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Etwas anderes hätte mich überrascht!)

Jetzt hat der Kollege Reichhart das Wort.

Markus Reichhart (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan des Finanzministeriums ist nicht der größte, aber sicherlich der bedeutendste für den Freistaat. Denn ohne eine funktionierende Finanzverwaltung ist ein Staat nicht handlungsfähig. So zeigt sich unter anderem auch an Griechenland, wie wichtig eine funktionierende Verwaltung ist.

An dieser Stelle bedanke ich mich sehr herzlich im Namen der FREIEN WÄHLER bei den Beamtinnen und Beamten für ihre Arbeit in den vergangenen Jahren, dies insbesondere, da die Arbeitsbedingungen der Finanzverwaltung durchaus als kritisch zu be-

zeichnen sind. Die Staatsregierung hat in den letzten Jahren einer Überlastung der Beschäftigten bei den bayerischen Finanzämtern in unverantwortlicher Weise einigermaßen tatenlos zugesehen. Da hilft es auch nichts, dass sie jetzt endlich pünktlich zur Wahl zusätzliche Stellen in der Finanzverwaltung schafft. Ich bin überzeugt, die Beschäftigten werden nicht vergessen, dass sie jahrelang vernachlässigt worden sind. Der Krankenstand in der Finanzverwaltung ist nachweislich deutlich höher als in anderen Ministerien und ein guter Indikator der starken Arbeitsbelastung.

Meine Damen und Herren der Staatsregierung, Sie tragen auch die Verantwortung dafür, dass dem Staat jährlich hohe Steuereinnahmen entgehen und die Steuergerechtigkeit in Bayern leidet. Zu der schwierigen Personalsituation an den Finanzämtern kommt die verbesserungsfähige und teilweise auch mangelhafte EDV-Ausstattung. Dies trägt mit dazu bei, die Leistungsfähigkeit derer zu beeinträchtigen, die sich täglich bemühen, die immer größer werdende Flut an Steuergesetzen und Änderungen möglichst bürgerfreundlich umzusetzen und vernünftig zu vollziehen.

Wir brauchen dringend eine zukunftsgerichtete Personalpolitik, die sich an der demografischen Entwicklung und an den steigenden Aufgaben orientiert. Das Durchschnittsalter von deutlich über 50 Jahren in einzelnen Finanzämtern sollte Sie nachdenklich machen. Die Hoffnung, unsere Steuergesetzgebung könnte so reformiert werden, dass das Personal, das heute zur Verfügung steht, den Anforderungen gerecht werden kann, wird sich wohl nicht erfüllen. Umso wichtiger ist es schon heute, die Bedingungen für die Zukunft zu schaffen. Dazu bedarf es einer strategischen Planung, die sich eben nicht an der Kassenlage, sondern an der sich abzeichnenden problematischen Altersstruktur orientiert. Deshalb ist es sicherlich allerhöchste Zeit, die Wiederbesetzungssperre auf drei Monate zurückzufahren. Aber warum, meine Damen und Herren, haben Sie diese Sperre nicht gleich ganz aufgehoben? Warum setzen Sie solche Signale bei den Staatsbeamten? Wir brauchen auch bei der Wiederbesetzung Kontinuität, das heißt, freiwerdende Stellen sind unverzüglich zu besetzen. Als Unternehmer wundere ich mich sehr, dass die Beamten dies so scheinbar

klaglos hinnehmen. Aus meiner Sicht würde es Sinn machen, überlappend zu besetzen, um einen reibungslosen Wissenstransport zu gewährleisten. Vielleicht können Sie das mit Orden wettmachen. Ich weiß es nicht.

Herr Staatsminister Söder, nachdem Sie ein Jahr Finanzminister sind, ist die Zeit gekommen, einmal über Ihre Amtsführung zu sprechen. Es mag sein, dass Ihre Amtszeit für Ihren Heimatort Nürnberg vorteilhaft war. Bei den Aktivitäten, die Sie für die Kaiserburg in Nürnberg an den Tag legen, steht sogar zu befürchten, dass Sie diese als Ministerpräsident, der Sie ja gerne wären, als neuen Amtssitz wählen wollen.

Stichwort Ministerpräsident. Wie man hört, ist ihm Ihre Selbstdarstellung scheinbar ein Dorn im Auge. Schön wäre es, einmal zu hören, wie der Ministerpräsident das mit den "charakterlichen Schwächen" und mit dem "vom Ehrgeiz zerfressen" wirklich meint. Aber vielleicht waren das Koseworte und waren wie so oft gar nicht so gemeint.

Tatsächlich und ganz offensichtlich nutzen Sie Ihr Ministerium weitgehend als Profilierungs- und Selbstdarstellungsplattform. Sie haben mit dem Bayerischen Finanzbrief sogar eine Publikation zur Verbreitung eigener Bilder erfunden. Regelmäßig hat diese Informationsbroschüre mehr Ministerportraits als Seiten.

(Zuruf von der CSU: Sie übertreiben aber stark!)

Ansonsten zünden Sie gerne Nebelkerzen in vielen Bereichen, die letztlich Bundesrecht sind. Egal ob Länderfinanzausgleich oder Bayerntarif im Steuerrecht: An blumigen Ankündigungen fehlt es nicht. Wann kommt nun endlich die Klage gegen den Länderfinanzausgleich? Oder warten Sie damit, bis Sie absolut sicher sind, dass kein Urteil mehr vor der kommenden Landtagswahl zu erwarten ist?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Herr Söder, nutzen Sie Ihr letztes Jahr als Finanzminister dazu, Ihre Hausaufgaben zu machen. Das ist Ihre Aufgabe als oberster Verwalter des bayerischen Steuergeldes.

Sorgen Sie für eine angemessene EDV-Ausstattung der Finanzverwaltung in Bayern. Sorgen Sie im Bund dafür, dass die Gemeinden-IT-Projekte der Länder nicht weiterhin regelmäßig scheitern. Machen Sie sich Gedanken über echte Vereinfachungen im Steuerrecht und verhandeln Sie diese mit Ihren Kollegen aus den anderen Bundesländern. Wirken Sie im Konsens, wenn das möglich ist, auf einen solidarischen und gerechten Länderfinanzausgleich hin, der Anreize für alle schafft, gut zu wirtschaften. Vor allem aber sorgen Sie für eine angemessene Personalausstattung der Finanzverwaltung. Die Mitarbeiter der Finanzämter sichern dem Staat die Einnahmen für die wichtigen und notwendigen Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, Bildung und Energiewende.

An dieser Stelle danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schlösser- und Seenverwaltung, dem Landesamt der Finanzen und der Vermessungsverwaltung herzlich. Es muss betont werden, und das durchaus lobend, dass das Finanzministerium und die Verwaltung vielleicht sogar trotz des Staatsministers hervorragende Arbeit leisten. Nicht zuletzt ist erfreulich – das sage ich insbesondere als Haushälter –, dass die Schlösser- und Seenverwaltung und die Vermessungsverwaltung einen hohen Deckungsgrad haben. Er beläuft sich auf 98 % in der Schlösser- und Seenverwaltung, abgesehen von den Baumaßnahmen. Dies ist hier besonders lobend zu erwähnen.

Betonen möchte ich auch Folgendes: Wir FREIEN WÄHLER freuen uns darüber, dass die Kaiserburg in Nürnberg so herausragend weiterentwickelt wird. Auch die Baumaßnahmen an den Königsschlössern und am Mainfränkischen Museum in Würzburg im Rahmen des Kulturkonzepts begrüßen wir ausdrücklich. Die Schlösser und Seen stehen für unser Bayern und tragen in hohem Maße zum positiven Bild Bayerns in der Welt bei. Wir würden uns aber wünschen, dass der zuständige Minister mit Herzblut alle – ich betone alle – Projekte so fördert wie die Kaiserburg in seiner Heimatstadt.

Die positive Entwicklung der Vermessungsverwaltung ist hervorzuheben. Sie ist ein Vorreiter im E-Government und bei der Nutzung der Möglichkeiten des Internets für Verwaltung, Bürger und Unternehmer.

Ein letztes Anliegen möchte ich Ihnen, Herr Staatsminister, mit auf den Weg geben. Der Finanzminister sollte auch der oberste Wächter des Vermögens des Freistaates sein. Machen Sie sich stark für die Erhaltung des Vermögens, insbesondere für einen starken Bauunterhalt im Hochbau sowie bei den Staatsstraßen. Lassen Sie es nicht zu, dass Vermögen verkommt und Lasten in die Zukunft verschoben werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Eike Hallitzky von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Söder, ich mache mir die Wortwahl des Ministerpräsidenten nicht zu eigen, und ich würde mir wünschen, dass kein Mitglied dieses Hohen Hauses und kein Mitglied des Kabinetts in dieser Art über andere redet.

Nun zu Ihrem Handeln als Finanzminister und zu Ihrem Etat. Ich fange mit dem an, was Ihnen offensichtlich am Wichtigsten ist, nämlich mit Ihrem ausgeprägten Hang zur Selbstdarstellung. Es ist unstrittig in diesem Hohen Hause, dass die Politik der Staatsregierung in besonders hohem Maße erklärungsbedürftig ist. Das erklärt zwar, aber es entschuldigt nicht, dass Sie im Wahljahr 2013 die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit vervierfachen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

die Zahl der Empfänge in den staatlichen Schlössern und Burgen zu Ehren der Staatsregierung wirklich beeindruckend angeschwollen ist, Orden und Ehrenzeichen erstmalig kurz vor der Wahl geschaffen werden und höchstdotiertes Personal in weit mehr als einer Hundertschaft in der Presse- und Öffentlichkeitsabteilung für Jubelpresse sorgen soll. Die völlig überzogene Selbstdarstellung der Staatsregierung kostet die bayerischen Steuerzahler und Steuerzahlerinnen jährlich viele Millionen Euro. Deshalb sage ich

Ihnen heute schon zu: Nach der nächsten Wahl werden wir mit einer anderen Regierungsmehrheit bei diesem Hofstaat ordentlich die Bremse reinhauen.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Eigentlich könnten auch Sie, Herr Söder, auf Sparsamkeit drängen. Sie sind der Finanzminister. Es wäre Ihr Job, für einen sparsamen Umgang mit Staatsgeldern zu sorgen, aber die Wirklichkeit ist – welche Überraschung! – genau entgegengesetzt. Herr Dr. Söder, in Ihrem persönlichen Verhalten sind Sie der größte Steuergeldverschwen-der in dieser Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Niemand gibt zur Selbstinszenierung so viele Staatsempfänge in den historischen und repräsentativen Gebäuden des Freistaats wie Fürst Markus. Eigentlich ist er in seiner Funktion als Finanzminister lediglich der Hausverwalter. Aber seinen L'état-c'est-moi-Phantasien kann er offensichtlich nicht entrinnen. Mit dem überflüssigen Papier – Herr Kollege Reichhart hat es schon genannt – oder richtiger "Papierchen", um es ernst zu formulieren, "Bayerischer Finanzbrief" beglücken Sie uns auch. Ich hoffe nur, dass nicht auch die anderen Ministerkolleginnen und -kollegen demnächst anfangen, uns auf bunten Blättern mitzuteilen, was Herr oder Frau Ministerin morgens zum Frühstück so alles einfällt. Die Welt wartet nicht darauf.

Jenseits von gut und böse ist Ihr Personaleinsatz und die Besoldung Ihrer Spin-Doctors. Alleine drei werden nach B 3 bezahlt. Aus Sicht der Beschäftigten habe ich durchaus ein gewisses Verständnis dafür, dass sie ein ordentliches Schmerzensgeld bekommen, wenn sie bei Ihnen arbeiten. Dass aber die Oberredenschreiber etwa so viel Geld bekommen wie Landräte oder Oberbürgermeister, ist durch nichts, aber auch gar nichts zu entschuldigen. Das ist pure Steuergeldverschwendung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein glaubwürdiger Finanzminister sollte ein Vorbild an Sparsamkeit und ernsthaftem Bemühen um die Staatskasse sein. Wer hingegen immer dann, wenn es um sein persönliches Ziel der Ministerverehrung geht, mit Geld um sich schmeißt, hat möglicherweise seinen Beruf verfehlt. Dass die Vermutung, es hier mit einer eklatanten Fehlbesetzung des Finanzministers zu tun zu haben, nicht ganz abwegig ist, erkennt man an Ihrem offenkundigen Desinteresse für Ihre Kernaufgabe, nämlich der Ausstattung der Finanzverwaltung. Ich möchte an dieser Stelle auf das verweisen, was Herr Kollege Halbleib und Herr Kollege Reichhart dazu gesagt haben. Bayern ist hier bei praktisch allen Kennzahlen Letzter. Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, das erklärt im Übrigen auch, warum das Pro-Kopf-Ergebnis bei den Betriebsprüfern relativ hoch ist. Wenn Sie in Ihrer Logik weiterdenken, würden Sie den Rest auch noch rausschmeißen und einen einzigen behalten, der BMW untersuchen würde. Dann hätten wir die höchsten Pro-Kopf-Einnahmen bei den Betriebsprüfern.

(Zuruf von der CSU: Ahnungslos!)

Was der jetzige Finanzminister mit seiner Stellenknappheits-Politik erreicht, ist im Ergebnis keine Einsparung, sondern eine massive Verschwendung dem Staat zustehender Steuereinnahmen. Herr Dr. Söder, Sie erfüllen deshalb die Pflichtaufgaben eines Länderfinanzministers nicht. Sie sind eine Fehlbesetzung. Stattdessen ziehen Sie über das Land und erzählen den Leuten entweder Luftblasen, Unfug oder beides. Ich nenne Ihnen einige Beispiele für finanzpolitisches Unvermögen.

Das Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde schon angesprochen. Dies ist sozusagen die Verlängerung Ihres betont lässigen Umgangs mit Steuerhinterziehern auf das diplomatische Parkett. Dieser Vertrag wurde gestern vom Bundesrat endgültig abgelehnt, weil er schlecht und ungerecht ist. Dieses Abkommen hätte nicht nur eine rückwirkende Amnestie ohne Aufdeckung bedeutet, sondern hätte auch in der Zukunft den Mantel des Schweigens über Steuerhinterziehung und die damit verbundenen Straftaten gelegt. Sie wollen Sicherheit für Steuerhinterzieher. Wir

wollen das nicht. Sie machen einen Kotau vor dem Schweizer Bankgeheimnis und den Interessen der bayerischen Banken, die dieses Abkommen geschmiedet haben. Wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen sind auch die finanziellen Auswirkungen dieses Abkommens negativ. Allein durch den Erwerb von Steuerdateien gingen drei Milliarden Euro in die Länderhaushalte. Das ist ungefähr das Doppelte der Garantiezahlung der Schweiz. Wenn man weiß, dass bis zu 250 Milliarden Euro unsteuerter deutscher Vermögen in der Schweiz liegen, sind zwei Milliarden Franken eine sehr geringe Garantiezahlung. Das Vierzigfache wäre fällig. Das ist fürwahr ein sehr billiger Ablass. Auch haushaltspolitische Erwägungen rechtfertigen in keiner Weise die Ungerechtigkeiten einer Amnestie und einer De-facto-Abgabe der deutschen Steuersouveränität an die Schweizer Banken, und wenn wir die Zeitungen lesen, ist der folgende Begriff nicht ganz falsch: eine Abgabe der deutschen Souveränität an die Täterbanken. Wir brauchen keinen bilateralen Ansatz. Wir brauchen einen europäischen Ansatz und keinen widersinnigen Vertrag, der den schweizerischen Banken und den deutschen Steuerhinterziehern nutzt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen lehnen wir diesen Vertrag aus ökonomischer Vernunft und großer Überzeugung ab. Nein, Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, wir lehnen ihn aus ökonomischer Vernunft ab. Sie und nicht wir sind in diesem Spiel die kenntnisfreien Ideologen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Dr. Söder, damit komme ich zur Landesbank. Sie wissen genau, dass die BayernLB in diesem Jahr die Zinsen für die 10-Milliarden-Spritze des Staates – mehr ist es ja nicht – selber zahlen kann. Ihre euphorische Kommentierung ist da nicht viel mehr als das Pfeifen im Walde. Euphorie ist nicht angesagt. Heute oder morgen wird

Österreich Klage auf Rückabwicklung des Kaufs der HGAA einreichen. Über zwei Milliarden Euro an internen Krediten stehen im Feuer. Weitere gut zwei Milliarden Euro interne Kredite an die MKB stehen im Feuer. Dass der Markt für sieben oder acht selbstständige Landesbanken in Deutschland nicht auskömmlich ist, weiß jedes Kind.

Die Folgen des von der CSU verursachten größten finanziellen Debakels der bayerischen Nachkriegsgeschichte für künftige Staatshaushalte sind heute schlicht unabsehbar. Und was machen Sie, Herr Söder? Sie übernehmen für gar nichts eine Verantwortung. Die BayernLB ist Staatseigentum. Wir sagen Ihnen: Wenn dem Staat etwas gehört, hat er auch die verdamnte Pflicht, die Verantwortung dafür wahrzunehmen. Sie wollen sich dem Ganzen mit Ihrem neuen Landesbankgesetz entziehen.

Eine Privatisierung der Landesbank wäre akzeptabel, wenn das auch nicht unsere erste Perspektive ist. Aber die Landesbank ist nicht privatisiert. Sie gehört uns. Deshalb haben wir auch die verdamnte Pflicht, auf sie aufzupassen. Die Flucht des Ministers aus der Verantwortung, raus aus dem Verwaltungsrat, und dann seine Aussage, dass er sich selbstverständlich bei den großen Dingen weiter einmischen will, bedeutet nichts anderes, als dass er groß reden will und dann, wenn es brennt, der erste ist, der davonläuft und den keiner erwischen kann. Diese Botschaft senden Sie mit Ihrem neuen Landesbankgesetz aus. Das machen wir nicht mit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schuldenstand im Jahr 2030. Vor diesem Hintergrund ist Ihr Versprechen eines Schuldenabbaus von weit über 30 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 unseriös. Das weiß jeder. Für eine Schuldentilgung über 20 Jahre hinweg kann es kein belastbares Konzept geben, weil weder die staatlichen Ausgaben noch die Einnahmen vorhersehbar sind. Dabei sind die Landesbankrisiken ein Thema. Ein anderes Thema ist die Volatilität der Weltwirtschaft. Das nächste Thema sind die Finanzmärkte der Welt und Europas. Die Entwicklungen kann niemand auch nur annähernd so lange vorausberechnen. Deshalb ist das einfach ein Blindflug.

Damit komme ich zu Ihrer Adaption der Blümschen Aussage "Die Renten sind sicher". Weil die Situation so volatil ist, ist Ihre Art des Umgangs mit der Altersvorsorge für die künftigen Pensionäre ein Zockerspiel. Ich frage einmal die Kollegen von der CSU-Fraktion: Herr Dr. Söder kommt zu Ihnen und sagt: Gebt mir 10.000 Euro auf die Kralle, und ich sage euch dafür in einer Plenarrede mündlich zu, dass Bayern in 20 Jahren keine Schulden mehr hat und eure Pensionen deshalb sicher sind. Niemand würde privat auf das eingehen, was Sie den Leuten im Bayernland als ehrbare Politik verkaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie plündern jetzt die Altersvorsorge und sagen, dass wir dafür später einen ausgeglichenen Haushalt haben. Dieses Verschieben in eine ungewisse Zukunft tragen wir nicht mit. Im Übrigen: Müssten wir die Altersrückstellungen wie in einem Unternehmen in einem Doppik-Haushalt verbuchen, wären alle Länder in Deutschland pleite, auch Bayern. Denn allein diese Vorsorge bedeutet einen riesigen Ballast. Das verdrängen Sie, und das ist unredlich.

Ihr Märchen vom ausgeglichenen Haushalt wird nicht dadurch besser, dass es soundsovieler Male wiederholt wird. In der Mehrzahl der vergangenen Jahre lagen die Staatseinnahmen unter den Staatsausgaben. Ich habe noch keinen Mathematikprofessor gefunden, der mir erklären konnte, wie es mathematisch möglich ist, dass ein Schuldenstand zehn Jahre nach dem Ausgangsjahr höher liegt als zu Beginn, obwohl es in allen dazwischenliegenden Haushalten nur Überschüsse oder zumindest eine schwarze Null gegeben haben soll. Ich weiß aber, dass die CSU gerade in diesem Punkt die Konfrontation mit der Realität als besonders unangenehm empfindet. Deshalb möchte ich es an dieser Stelle bei einem einzigen Hinweis belassen: Die Existenz des Weihnachtsmanns lässt sich definitiv sehr viel leichter nachweisen und belegen als Ihr Gerede vom ausgeglichenen Haushalt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr sogenannter Bayernplan ist eine Luftblase, die schon innerhalb der bayerischen Landesgrenzen zerplatzt ist. Sie sprechen von bayerischer Steuerhoheit und sagen, dass Sie Steuern senken würden. Erstens hat Bayern weder die Kompetenz, dies zu ändern, noch irgendwelche Unterstützer dieser Absicht. Zweitens gibt es dafür keine Finanzierung, Bayern zu einem Steuerparadies zu machen. Der Hinweis, das Geld könnte dadurch aufgebracht werden, dass einfach weniger in den Länderfinanzausgleich gezahlt werde, ist von einer lächerlichen Naivität. Der muss nämlich noch geregelt werden, und Sie wissen noch gar nicht, wie diese Regelung aussehen wird. Drittens zeigt der Vorschlag, in Bayern die Erbschaftssteuer zu halbieren, um reiche Erben zu schützen, eine erschreckende sozialpolitische Verantwortungslosigkeit des bayerischen Finanzministers.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Viertens erkennt Herr Dr. Söder mit seinen Aussagen zu ärmeren Gebietskörperschaften, vom ach so faulen Griechenland bis zum arm-aber-sexy Berlin, dass er offensichtlich bis heute nicht begriffen hat, wie sehr der Wohlstand des Exportlandes Bayern davon abhängt, dass wir nicht rhetorisch um uns herum alles in Schutt und Asche versinken lassen. Übrigens regieren in Berlin gar nicht die GRÜNEN, sondern die Schwarzen, die Sie immer als Ihre Leute bezeichnen.

Jeder von uns weiß, dass Söders "Ich bin solidarisch, aber nicht blöd" durch eine Änderung der Wortabfolge möglicherweise einen größeren Sinn bekommen könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle, die sich von guten Argumenten überzeugen lassen, werden den Einzelplan des Finanzministers gemeinsam mit uns ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Karsten Klein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das größte Projekt dieser Koalition aus CSU und FDP ist die Schuldentilgung. Der Weg aus dem Schuldenstaat hat in Bayern mit der Schuldentilgung im Jahr 2012 unwiderruflich begonnen. Wir haben uns gemeinsam das Ziel gesetzt, bis Ende 2014 10 % der Haushaltsschulden zu tilgen, die wir zu Beginn dieser Legislaturperiode von der Vorgängerregierung übernommen haben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zehn Milliarden habt ihr in dieser Legislaturperiode aufgebaut!)

Dieses große Projekt nimmt seinen Ausgang im Wahlprogramm der Freien Demokraten von 2008 und in dem Landesparteitagsbeschluss vom November 2011. Wir haben dieses Projekt in der Koalition angestoßen und setzen es gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der CSU, mit einer Tilgung von einer Milliarde im Jahr 2012 und einer Tilgung von weiteren 1,06 Milliarden in den Jahren 2013 und 2014 in die Tat um. 2,06 Milliarden Euro tilgen wir. Politische Inhalte müssen mit Taten und nicht mit großen Ankündigungsreden umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Europa steht heute so schlecht da, weil Politiker es mit ihrer Schuldenpolitik so verletzlich gemacht haben. Sie haben den Staat mit Ausgaben und Aufgaben überfordert. Im Zeitraum zwischen 1970 und 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt, also die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland, um 586 % gestiegen. Die Ausgaben sind im gleichen Zeitraum aber um 1.022 % gestiegen. Mit ungedeckten Schecks haben Politiker der Vergangenheit die Ausgaben auf Kosten der zukünftigen Generationen bezahlt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und wer hat die Wiedervereinigung finanziert?)

Wir haben dem ein neues Konzept entgegengestellt. In Bayern ist die Wirtschaftskraft seit 2009 um 12,1 % gestiegen. Die Staatsausgaben sind aber nur um 11,5 % gestie-

gen. Wir haben es fertiggebracht, mit den Staatsausgaben unter dem Wirtschaftswachstum zu bleiben und damit den Haushalt zu konsolidieren.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wie haben Sie die Wiedervereinigung finanziert?)

Nichts zeigt deutlicher als diese Faktenlage, dass es ein Kernbestandteil unserer Politik ist, die zukünftigen Generationen handlungsfähig zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition und vor allem der SPD, nicht der ist am sozialsten, der heute die größten sozialen Wohltaten verspricht, sondern der, der zukünftigen Generationen die Möglichkeit gibt, den sozialen Aufbau in diesem Land zu erhalten. An dieser Stelle möchte ich schon auf die Lage in Deutschland hinweisen. In Baden-Württemberg, wo Sie regieren, beträgt die Neuverschuldung 3 Milliarden Euro. In Nordrhein-Westfalen beträgt sie nur im Jahr 2013 3,5 Milliarden. Im kleinen Berlin beträgt sie 635 Millionen Euro. In Rheinland-Pfalz sind es 2 Milliarden Euro.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und Niedersachsen?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, während Sie in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro neue Schulden machen, tilgen wir in Bayern 2,06 Milliarden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie zu Niedersachsen etwas!)

Das ist ein Unterschied in der politischen Grundhaltung und nicht nur im Zahlenwerk.

(Alexander König (CSU): So schaut es aus!)

Wir behalten aber auch die Struktur des Haushalts im Blick. Wir haben die Versorgungsausgaben neu aufgestellt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sagen Sie einmal etwas zu Niedersachsen!)

Wir haben die Zinslasten über die Tilgung zurückgeführt. Wir arbeiten am Länderfinanzausgleich und am kommunalen Finanzausgleich.

Gesunde Strukturen des Haushalts sind kein Selbstzweck. Es geht uns darum, zukünftige Generationen wettbewerbsfähig zu halten. Deshalb investieren wir mit diesen Mitteln, mit dem Freiraum, den wir uns im Haushalt erarbeitet haben, in die Zukunftsfähigkeit dieses Landes. Wir in Bayern investieren so viel wie kein anderes Bundesland. 12,5 % beträgt bei uns die Investitionsrate. Das sind 2 % mehr als in anderen Bundesländern. Das sind zum Beispiel 52.000 zusätzliche Studienplätze, und das bedeutet einen Anstieg der Betreuungsquote in den Kinderkrippen auf bis zu 38 % - eine nie dagewesene Aufholjagd in diesem Land. Damit stärken wir die Innovationskraft unserer Unternehmen und die Arbeitsplätze in Bayern. Damit sorgen wir dafür, dass auch ein Wachstum möglich ist, das den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sichert. Das ist die Aufgabe unserer Regierung.

(Beifall bei der FDP)

So, wie wir den Wohlstand stärken, stärken wir auch die Steuereinnahmen. Mit diesen Steuereinnahmen ist es uns möglich, die Konsolidierung unseres Haushalts fortzusetzen. Damit schließt sich der Kreis. Vielleicht erkennen jetzt einige in diesem Haus, dass wir die einzigen sind, die ein geschlossenes finanzpolitisches Konzept haben. Sie haben doch gar nichts vorzulegen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Sie zerschlagen die Vorsorge!
Was für eine Leistung!)

Eine vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik betreibt auch Vorsorge. Wir haben Rücklagen von 2 Milliarden Euro und werden diese aufgrund der Beschlüsse vom Herbst und Winter dieses Jahres noch um 200 Millionen Euro erhöhen. Der Konjunkturhimmel trübt sich nämlich ein. Wir erwarten für nächstes Jahr nur mehr ein Wirtschaftswachstum von 1,6 %. Auf dem Automobilmarkt in Europa rechnet man mit einem Einbruch der Verkaufszahlen von 3,3 Millionen Fahrzeugen. Weil wir eine vo-

rausschauende Finanzpolitik betreiben und weil wir diese dunklen Wolken im Blick haben, haben wir diese Rücklagen gebildet. Damit werden wir auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig sein.

Die FDP-Fraktion steht auch für Klarheit und Transparenz und Gerechtigkeit zwischen den Generationen in der Haushaltspolitik. Schon 1997 haben die Freien Demokraten in ihrem Grundsatzprogramm, den Wiesbadener Beschlüssen, formuliert: Wer die Staatsverschuldung dauerhaft abbauen will, muss die Neuverschuldung im Grundgesetz verbieten. Ich darf mich bei allen bedanken, die diesen Weg mit uns gemeinsam gegangen sind und gestern die Schuldenbremse in der Bayerischen Verfassung verankert haben. Ausgangspunkt sind die Beschlüsse der Freien Demokraten in Wiesbaden im Jahr 1997.

(Beifall bei der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Wer hat denn die Schuldenbremse auf Bundesebene beschlossen?)

Der Beschluss von gestern, die Einbringung der Schuldenbremse - -

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben wohl zu viel Glühwein getrunken!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man darf auch einmal die Wahrheit sagen. Ich freue mich, dass die Union 1998 auf das gleiche Pferd gesetzt hat. Die Schuldenbremse ist ein Meilenstein auf dem Weg zu dieser verlässlichen Finanzpolitik. Aktive Politiker müssen die Antwort darauf geben, wie sie ihre Aufgaben und Ausgaben finanzieren. Deshalb ist es der richtige Weg. Wir möchten mit der Einführung der Doppik im bayerischen Haushalt gerne noch einen Schritt weitergehen. So, wie es uns die Hessen schon vorgemacht haben, müssen die Politiker auf die Frage der Bezahlbarkeit nicht nur heute, sondern auch in Zukunft eine Antwort geben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und was macht Hessen mit der Neuverschuldung?)

Das wäre Transparenz und Ehrlichkeit in der Finanzpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Nach der größten geschichtlichen Katastrophe in der Bundesrepublik haben wir gemeinsam mit Sicherheit eines der besten Gesellschaftssysteme dieser Welt gefunden, nämlich die soziale Marktwirtschaft. Niemand steht diesem System näher als die Liberalen. Wir haben in der Gesellschaft aber vergessen, die Frage nach der Bezahlbarkeit des Staates in der sozialen Marktwirtschaft zu beantworten. Ich persönlich bin der Meinung, dass diese Frage eine der größten und wichtigsten Fragen der nächsten Jahrzehnte in der politischen Landschaft Deutschlands sein wird. Deshalb möchte ich an der Stelle festhalten, dass die Koalition aus CSU und FDP in dieser Legislaturperiode keinen Euro neue Schulden gemacht hat. Die Koalition aus CSU und FDP in Bayern tilgt zwei Milliarden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Zehn Milliarden habt ihr aufgebaut!)

Wir haben Rücklagen für schlechte Zeiten gebildet. Wir haben die Struktur des Haushalts im Blick, und wir haben die Ausgaben weniger gesteigert, als die Wirtschaftskraft gestiegen ist. Das ist die Antwort auf die Frage, die ich gerade gestellt habe. Auf diese große Frage geben wir zum Teil eine Antwort. Ich bin stolz darauf, dass die FDP einen entscheidenden Beitrag zur Klärung dieser Frage geleistet hat.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich jetzt, weil es mir die Zeit überraschenderweise erlaubt, noch ein paar Punkte zum Abkommen mit der Schweiz sagen. Zu allererst möchte ich Folgendes festhalten, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-grün: Sie tragen dafür Verantwortung, dass dem Freistaat Bayern im nächsten Jahr 200 Millionen Euro fehlen werden. Sie tragen dafür Verantwortung, dass den bayerischen Kommunen nächstes Jahr 30 Millionen Euro fehlen werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist ja lachhaft!)

Dann stellen Sie sich auch noch hin und verbreiten falsche Wahrheiten, lieber Kollege Hallitzky. Es geht um eine Pauschalbesteuerung der Vermögen in der Schweiz in der Vergangenheit. In Zukunft sollte jeder Euro von Deutschen in der Schweiz genauso behandelt werden wie nach deutschem Steuerrecht. Ich finde es unredlich, dass Sie hier das Gegenteil behaupten. Lieber Kollege Hallitzky, das bin ich von Ihnen nicht gewohnt.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Karsten Klein (FDP): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Sie stellen sich hierher und erklären, dass Sie die kalte Progression wollen und es ablehnen, den Leistungsträgern Geld in ihrer Tasche zu belassen. Wie kann ein Sozialdemokrat das überhaupt verantworten? Das wären 4 Milliarden Euro, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie machen allein in Baden-Württemberg 3 Milliarden Euro Schulden und 3,5 Milliarden Schulden in Nordrhein-Westfalen. Würden sich die Sozialdemokraten in diesen Ländern mehr anstrengen, wäre dieser Betrag ohne Weiteres zu finanzieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Ich höre hier immer Reden zum Thema Energiewende. Wir wissen genau, dass das Thema Wärme dabei die entscheidende Rolle spielt. Trotzdem blockieren Sie zum völligen Überdruß im Bundesrat die Gebäudesanierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie können Ihre Haltung mit viel Pathos vortragen und in viele Erklärungen einpacken, aber letztendlich geht es Ihnen bei diesem Thema nicht um die Sachlage und um die Fakten, sondern es geht Ihnen darum, aus taktischen Gründen Verbesserungen der Bundesrepublik zu blockieren, ebenso wie Oskar

Lafontaine 1998. Wo Lafontaine politisch geendet ist, können Sie bei einem Blick auf die Geschichte sehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Re-
depult. Herr Kollege Halbleib hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön,
Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben sich so weit in Rage geredet, dass Sie Dinge ge-
sagt haben, die so nicht haltbar sind. Das wissen Sie selber. Zum Steuerabkommen
sagen Sie: Bayern verzichtet auf 200 Millionen Euro. Ich habe Ihnen vorgerechnet,
dass wir allein durch die Selbstanzeigen, die infolge des Ankaufs von Daten-CDs er-
stattet wurden nachweislich 550 Millionen Euro für den Freistaat Bayern eingenom-
men haben. Das ist nicht das Ende der Fahnenstange, das wissen Sie genau.

(Zuruf von der CSU: Das sind doch zweierlei Sachen!)

Wenn Sie einen Betrag von 200 Millionen Euro errechnen, bleiben nach Adam Riese
immer noch 350 Millionen Euro als Plus für den Freistaat Bayern übrig. Das müssen
Sie zunächst einmal anerkennen. Sie haben sich immer gegen den Ankauf von Steu-
erdaten-CDs gewehrt. Wenn es nach Ihnen ginge, hätten wir überhaupt keinen Cent
aus Selbstanzeigen in der Haushaltskasse. Sie arbeiten mit Geld, das mit Ihrer Politik
überhaupt nicht eingenommen worden wäre. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt betrifft die Progression. Sie reden in einem fort über den Glanz der
Null-Nettoneuverschuldung und sagen als nächsten Satz: Wir wollen aber Steuersen-
kungen auf Pump. Das ist Ihre Logik, die Logik der FDP. Sie sind die Schutzheiligen
der Reichen und der Menschen mit hohem Einkommen, aber Sie tun nichts für die an-
deren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Wir haben ein klares Angebot vorgelegt, wie sich beides zusammenbringen lässt. Aber Sie müssen sich mit Ihrer Klientel auch einmal bewegen.

Ich komme zum letzten Punkt. Um es klarzustellen: Der kalten Progression kann man entgegensteuern, aber dann muss an anderer Stelle etwas für einen Ausgleich getan werden. Das wissen Sie. Dazu sind Sie nicht bereit. Das ist Ihr Problem. Sie haben viele Bundesländer genannt, in denen es 2013 eine Netto-Neuverschuldung geben wird. Sie haben jedoch erstaunlicherweise zwei Bundesländer nicht genannt, in denen es 2013 eine massive Netto-Neuverschuldung geben wird: Das sind die Bundesländer Hessen und Niedersachsen. Dort ist die FDP maßgeblich an der Regierung beteiligt. Hören Sie auf und machen Sie sich erst einmal kundig, bevor Sie sich hier im Landtag äußern.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, vielleicht ist Ihnen ein kleiner Rechenfehler unterlaufen: Bei den 200 Millionen Euro, die ich angesprochen habe, sind die Einnahmen durch Selbstanzeigen schon herausgerechnet; denn diese sind bereits behandelt worden. Deshalb kann man diesen Vergleich überhaupt nicht ziehen.

(Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Im Übrigen halte ich es für einen Ausdruck extrem schlechten Stils, dass Sie immer unterschwellig behaupten, dass wir Freien Demokraten Steuerhinterziehung begünstigen wollen. Das möchte ich entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der FDP)

Steuerhinterziehung muss strafrechtlich verfolgt und bestraft werden, das steht völlig außer Frage.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Wo ist die Antwort?)

- Die Antwort haben wir geliefert. Sie haben die Antwort abgelehnt, und zwar aus rein taktischen Gründen. Sie wollen keine Steuergerechtigkeit erreichen, Sie wollen nur Parteipolitik betreiben. Das ist Ihre Antwort auf die Probleme der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Ich komme zum Thema kalte Progression. Kein Mensch in Deutschland wird Ihnen das Märchen noch glauben, dass Sie etwas gegen kalte Progression tun. Bringen Sie Ihre Haushalte in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Schuss, dann werden wir mit der kalten Progression überhaupt keine Probleme haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU – Widerspruch bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wenn wir uns wieder beruhigt haben, kann ich dem nächsten Redner das Wort erteilen. Ich warte so lange. – Danke schön, Herr Klein. Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich das, was ich heute und die ganze Woche über von der Opposition gehört habe,

(Volkmar Halbleib (SPD): Und vom Ministerpräsidenten!)

wenn ich das von der Opposition zum Haushalt Geäußerte noch einmal zusammenfasse, müsste man eigentlich glauben: Wir leben in einem armen, kaputten und schlechten Land. Meine Damen und Herren, Bayern ist das stärkste Land, das es in Deutschland gibt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir brauchen keinen Vergleich zu scheuen, weder in Deutschland noch in Europa. Wenn heute jemand darüber redet, wo ein Musterland ist und wo ein Land ist, in dem finanzpolitisch Milch und Honig fließen, wo ein Land ist, an dem man sich orientieren muss, dann ist die Rede vom Freistaat Bayern, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In der Tat: Ich habe einen großen Ehrgeiz. Wissen Sie, welchen? Den Ehrgeiz, dass es noch besser wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Wir brauchen den Vergleich mit niemandem zu scheuen. Meine Damen und Herren, wir haben gerade in diesem Jahr den Akzent gesetzt, ja sogar den Aufbruch in eine neue Epoche der Fiskalpolitik unternommen. Die Basis bis vor einem Jahr bestand darin: Wir sind die Einzigen, die dauerhaft und langfristig keine Schulden machen. Ein Partner und ein starker Wettbewerber, den wir hatten, nämlich Baden-Württemberg, hat uns auf diesem Wege verlassen. Seit Grün-Rot regiert, meine Damen und Herren, ist die Schuldenpolitik in Stuttgart eingezogen, und damit sind wir die Einzigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Hinzu kommen in diesem Jahr, meine Damen und Herren, der Aufbruch und das Signal als Reaktionen auf internationale Entwicklungen. Die Schuldentilgung, mit der wir in diesem Jahr begonnen haben, werden wir fortsetzen. Ich darf schon sagen, dass ich der Finanzminister bin, der gemeinsam mit Unterstützung der Regierungsfraktionen in diesem Jahr zum ersten Mal eine Milliarde getilgt hat.

Meine Damen und Herren, wir tilgen die Schulden nicht etwa nur, weil wir uns an Wahlterminen orientieren; wir tilgen die Schulden nicht nur, meine Damen und Herren, weil es uns wichtig ist, dass wir unseren Kindern keine Schulden als Erbe hinterlas-

sen; wir tilgen die Schulden auch nicht nur, weil es uns darum geht, Zinsen für Schulden zu reduzieren. Denken Sie einmal nach: Es gibt Bundesländer, in denen mittlerweile Schuldenzinsen fast die höchsten Etats bilden. Wer Schuldenzinsen zahlt, meine Damen und Herren, verschenkt und versenkt Geld der Steuerzahler. Das tun wir in Bayern nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Ackermann zu?

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Nein. – Aber wissen Sie, meine Damen und Herren, worin die eigentlich neue Qualität besteht? Wir spüren, dass der eigentliche Wettbewerb der Zukunft auf den Finanzmärkten stattfindet. Anstatt nur Sonntagsreden zu halten, zu klagen und in Matineen zu philosophieren, was man in der angelsächsischen und in der asiatischen Welt ändern müsste, gehen wir den Wettbewerb an. Die Schuldentilgung, meine Damen und Herren, ist die beste Voraussetzung, um sich gegen internationale Spekulanten zu wehren. Wir wollen Bayern unabhängig machen, und deswegen tilgen wir Schulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich habe meine Aufgaben in diesem Jahr ganz bewusst auf diesen Feldern Schuldentilgung und Haushaltskonsolidierung wahrgenommen.

Wir kommen heute Nachmittag noch dazu, aber ich möchte schon bemerken: Nach dreieinhalb Jahren schwierigster Verhandlungen mit der Europäischen Union haben wir die BayernLB stabilisiert. Dies geschah, während die WestLB, meine Damen und Herren, auf Kosten der Steuerzahler abgewickelt wird, während andere Banken, auch Landesbanken, nachkapitalisieren müssen und während andere Banken weiterhin Geld kosten. Das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Der Haushalt wurde konsolidiert. Die Landesbank, Herr Hallitzky, wurde auf einen sicher schwierigen Weg gebracht. Das ist keine Frage. Aber sie wurde auf den Weg gebracht.

Ein weiteres Argument wurde jahrelang geäußert. Heute Nachmittag werden wir darüber beraten; ich sage dazu nur einen Satz. Was haben wir gemacht? Wir haben allein in unserer Verantwortung nicht nur den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten beschlossen, sondern wir haben den Finanzausgleich auch gerechter gemacht. Denn wir sind die Ungleichgewichte im Land, die immer wieder kritisiert wurden, angegangen, ob mit Bedarfszuweisungen oder Stabilisierungshilfen. Wir stärken solidarisch die Schwächeren auf Kosten der großen. Dieser Beitrag ist in Deutschland einmalig. Darauf können wir gemeinsam stolz sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als Finanzminister habe ich mich von Anfang an als Sachwalter der Beamtinnen und Beamten und des öffentlichen Dienstes verstanden. Ich bin allen, die daran mitgeholfen haben, sehr dankbar dafür, dass wir das Prinzip der Teilhabe und der Leistungsstärkung in diesem Doppelhaushalt verwirklichen können. Wo hat man in diesen Tagen sonst noch positive Stellenentwicklungen, zum Beispiel für die Bildung, Herr Kollege Eisenreich? Man schaue in Richtung Westen, nach Baden-Württemberg, was dort passiert. Wir setzen bei der Bildung die genau entgegengesetzten Akzente.

Der öffentliche Dienst hat in Zeiten großer Not in Solidarität mit allen Bürgerinnen und Bürgern einen großen Beitrag geleistet. Es ist deswegen nur gerecht, dass der bayerische öffentliche Dienst als einer der effizientesten, leistungsfähigsten und stärksten wieder unterstützt wird. Wir geben ein Signal zur Motivation und Unterstützung unserer Beamtinnen und Beamten und sagen ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir tun dies mit der Wiedereinführung der Leistungsbezahlung, der Beendigung der Absenkung der Eingangsbesoldung, der Übertragung des Wegfalls der Praxisgebühr auf die Beihilfe, der Arbeitszeitverkürzung und Beförderungen - von den 1.500 Stellenhebungen entfallen fast zwei Drittel auf die Steuerverwaltung -, der Rückführung der Wiederbesetzungssperre und und und. Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, nicht von vornherein ein Jubler gegenüber der Staatsregierung, hat das als beachtliches Paket dargestellt, das bundesweit seinesgleichen sucht; er hat kürzlich in einer E-Mail geschrieben: Wir haben einen Finanzminister in Bayern, um den uns andere Länder beneiden. Dafür sage ich ein Dankeschön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN -
Alexander König (CSU): Sehr richtig! Ganz genau!)

Sie sollten sich mit uns und den Finanzämtern freuen, dass wir neue Stellen schaffen in einer Zeit, in der wir im öffentlichen Dienst bewusst keine großen Ausweitungen wollen. Sie haben Vorschläge gemacht, den öffentlichen Dienst aufzublähen. Wir tun das nicht. Mit 200 neuen Planstellen bei den Finanzämtern, aufbauend auf den 500 Stellen, die wir im Doppelhaushalt 2009/2010 hatten, und 600 zusätzlichen Anwärterstellen wird sichergestellt, dass jeder ausscheidende Beamte ersetzt werden kann. Wir geben ein ganz klares Signal an die Steuerverwaltung.

Dass sich auch die als sehr kritisch bekannte und anerkannte Bayerische Finanzgewerkschaft in einem Flyer, den sie verteilt hat, ausdrücklich für den Einsatz für die Finanzverwaltung bedankt, ist ein positives Signal, das wir im Hohen Haus gerne wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außer um die Beamtinnen und Beamten kümmern wir uns auch um unser historisches Erbe. Bayern lebt von moderner Technologie, von Innovation, von Universitäten, von der Stärkung im Wettbewerb des Fortschritts, aber aufbauend auf einem festen Fundament. Die Menschen, die zu uns kommen, beneiden uns um die Natur, aber auch

um das historisch gewachsene, architektonische Erbe. Es freut mich sehr, dass wir auf verschiedene Bereiche verteilt, unsere Schlösser und Burgen gestärkt haben. Das ist nicht nur eine, sondern es sind viele. Ich nenne die Residenz in München, die Venusgrotte beim Schloss Linderhof – ein ganz wichtiges Erbe, das restauriert wird -, das Schloss Neuschwanstein, das Markgräfliche Opernhaus Bayreuth und endlich die Festung Marienberg in Würzburg.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Peter Winter (CSU): Bravo!)

Das zu kritisieren oder zu hinterfragen, wäre eine Versündigung am bayerischen Erbe. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit muss ich sagen: Wenn wir all das, was von Ihrer Seite kommt, unwidersprochen gelten lassen würden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

dann würden wir der Unwahrheit Vorschub leisten. In der Pressestelle gibt es keine B-6-Stellen. Das Finanzministerium liegt mit den Ausgaben für seine Öffentlichkeitsarbeit unter den Ressorts an siebter Stelle. Vor uns liegen das Wissenschaftsministerium, natürlich die Staatskanzlei, das Kultusministerium, das Umweltministerium, das Landwirtschaftsministerium und sogar das Sozialministerium.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was ist der Bezugspunkt?)

Wenn hier kritisiert wird, wir würden zu viel ausgeben, dann muss ich sagen: Der Oberste Rechnungshof hat – das muss er auch tun, das wird er auch weiterhin tun – auch schon einmal Kritik am Mittelaufwand für die Öffentlichkeitsarbeit bei den GRÜNEN geübt. Die GRÜNEN haben daraufhin erklärt – ich zitiere -: "Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit verursachen weitere Formen zeitgemäßer Zielgruppenansprache nun einmal ebenfalls finanzielle Mittel, die früher nicht oder nicht in gleichem Maße not-

wendig waren." Daran sollten Sie sich erinnern, meine Damen und Herren, wenn Sie so etwas behaupten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mich ärgert es, wenn Sie bei Orden und Ehrenzeichen sagen, das dürfe nicht sein.

(Zuruf von der CSU: Schäbig!)

Wir händigen den Bundesverdienstorden aus, das Ehrenzeichen des Bayerischen Ministerpräsidenten, Finanzmedaillen für Unternehmen in Bayern, die sich um die Finanzen verdient gemacht haben. In dieser Woche wurden großartige Persönlichkeiten von Weltmarktführern wie der Allianz oder der Münchner Rück ausgezeichnet. Wir verleihen neben diesem Spitzenbereich zusätzlich die Soldnermedaille an all die Feldgeschworenen, die tagtäglich zum Teil ehrenamtlich arbeiten. Die haben es verdient, ausgezeichnet zu werden. Das sollte nicht kritisiert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Ich sage jetzt noch ein paar Sätze zur Steuerpolitik. Das sind alles Themen, die kann man auch ein anderes Mal diskutieren. Ich finde aber bemerkenswert, was hier gesagt wird. Seit Wochen und Monaten herrscht international die große Sorge, wie es mit der Konjunktur weitergeht. Alle in Europa schauen auf Deutschland und sagen: Deutschland muss leistungsfähig bleiben. Warum? – Weil Deutschland die größten Lasten zu tragen hat. Im Prinzip möchte jeder, dass Deutschland noch mehr Lasten trägt. Deswegen brauchen wir eine starke Konjunktur. Also müssen wir uns überlegen, was wir tun können, um die Konjunktur zu stärken.

In Bayern tun wir alles dafür; denn mit den höchsten Investitionsquoten in den westdeutschen Ländern in Wissenschaft, Wirtschaft, Technologie und Bau setzt Bayern Signale wie kein anderes Bundesland. Die anderen Länder geben Geld für Zinsen aus; wir geben Geld für Dividenden aus, für die Menschen und für die Arbeitsplätze in Bayern. Das ist die Zukunft.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Und was tun wir national? – National führen wir derzeit eine Debatte über Steuererhöhungen. Die einen sprechen von Gerechtigkeit, andere sagen, das sei eher Steuerneid. Sie können beobachten, wie mühsam sich nach Monaten die verfassungsrechtlich gebotene und sozialpolitisch von allen gewünschte Anhebung des Grundfreibetrags auf den letzten Metern durch den Vermittlungsausschuss schleppen muss, wie die energetische Sanierung, die auch ökologisch wichtig ist, blockiert wird. Die Verringerung der kalten Progression ist keine Steuererleichterung für die Reichen, sondern Motivation für die Mittelschicht. Sie wird blockiert. Ich weiß nicht, in welche Richtung wir wollen.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt wird nicht mehr nur blockiert, sondern sogar der Wunsch geäußert, noch eins draufzusetzen, und zwar nicht nur für einige, meine Damen und Herren, sondern nach den Parteitagebeschlüssen von SPD und GRÜNEN sollen für viele die Steuern erhöht werden. Zucker im Kaffee ist gut und süß; Zucker im Tank führt dazu, dass der Motor stottert. Steuererhöhungen in Deutschland wären die größte Konjunkturbremse. Sie würden Arbeitsplätze vernichten. Das geht mit uns nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lieber Herr Hallitzky, ich habe beim Bayerntarif nur das vorgeschlagen, was die Bundesbank vorgegeben hat. Die Bundesbank hat in ihrem Monatsbericht ausgeführt, dass viele Länder, egal von wem sie regiert werden, mehrheitlich übrigens von Rot-Grün, Probleme haben werden, die Schuldenbremse und den Fiskalpakt nach 2014 einzuhalten. Deswegen schlägt die Bundesbank zur Verbesserung der Einnahmesituation Zu- und Abschläge bei den Steuern vor. Dies greifen wir auf und sagen: Wenn die Verantwortlichen in NRW Steuern erhöhen müssen oder wollen und man in Baden-Württemberg Vermögens- und Erbschaftsteuer nach oben setzen will, warum sollen denn dann die Bayern, die ohnehin im größten Maße Solidaritätsleistungen für andere

bezahlen – wir müssen in den nächsten beiden Jahren 8 Milliarden Euro veranschlagen; das wären 150.000 Lehrer, 400.000 Krippenplätze oder über 3.700 Kilometer Straße –, die ganzen ideologischen Tests der anderen mitmachen? Ich habe kein Problem damit: Lassen Sie in Stuttgart, Nordrhein-Westfalen und anderswo die Steuern erhöhen, wir senken sie und reduzieren, damit wir stark werden. Das ist der Praxistest.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir von den Regierungsfractionen werden unseren Weg gemeinsam so weiter gehen, wie wir es bisher gemacht haben. Wir sind auf einem guten Pfad. Ich sage an dieser Stelle mein herzliches Dankeschön meinem Staatssekretär Franz Pschierer für seinen großen Einsatz auf vielen Feldern. Lieber Franz, dir persönlich ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und Georg Winter – wir sind oftmals in einem sportlichen Verhältnis miteinander – ein Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Frühjahr müssen wir gemeinsam noch über einen Punkt reden, nämlich die Frage, ob wir nachsteuern, obgleich ich heute aus meiner Sicht sagen möchte – wir haben schon Anfang der Woche darüber diskutiert –: Ich finde es sehr wichtig, dass wir über weitere Schuldentilgungen reden, aber auch über Investitionen. Allerdings sollten wir in einem Punkt aufpassen: Wir dürfen nicht nur darüber reden, wie wir große, neue Pakete schnüren können, sondern wir müssen auch vorhandene Strukturen weiter stärken. Ich persönlich meine, dass Abfinanzierungen ein wichtiger Beitrag sind. In diesem Punkt hat mich Georg Winter überzeugt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich: Wir Bayern wissen, dass wir im Moment stark sind. Wir wissen aber auch, dass Krisen kommen können. Deswegen ist es wichtig, allen zu danken und mitzuhelfen. Ich sage ausdrücklich an dieser Stelle auch der FDP ein Dankeschön, und zwar sowohl den Kollegen im Kabinett als auch Karsten Klein. Auch seine Rede vorhin hat belegt, dass wir als Koalition zum Wohle Bayerns gut zusammenarbeiten. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sagen Dankeschön den Menschen in Bayern, den Unternehmern, den Mittelständlern und allen, die dazu beitragen, dass wir überhaupt über solche Haushaltsmittel verfügen können. Wir versuchen Rahmenbedingungen zu setzen, aber die eigentliche Leistungskraft wird erreicht durch die Tausende von Menschen, die gewissermaßen als Helden des Landes in sozialen Berufen, in wissenschaftlicher Tätigkeit, als Mittelständler oder Handwerksmeister dafür sorgen, dass Bayern so stark wird. Dafür auch ein aufrichtiges Dankeschön.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir sind stark und wir wollen stark bleiben – in guten wie in schlechten Zeiten. Der Ehrenbürger der Stadt Nürnberg, den ich persönlich sehr verehere, Dr. Oscar Schneider, hat mir öfter auf den Weg mitgegeben, man solle in guten Zeiten nicht übermütig werden und in schlechten Zeiten – das ist mein genereller Leitspruch - Ruhe bewahren, Haltung zeigen und Pflichten erfüllen. Das ist mein Motto.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Herr Kollege Halbleib hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Die Inszenierung war wahrscheinlich anders gedacht, aber nur ein geschwächter Finanzminister braucht eine solche Demonstration, wie wir sie gerade erlebt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wahrscheinlich, Herr Finanzminister, haben sich während Ihrer - -

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Halbleib, wir warten so lange, bis sich das Plenum beruhigt hat, dann können Sie reden.

Volkmar Halbleib (SPD): Der Beifall kann nur eines von beiden gewesen sein: Entweder war er eine wichtige Stärkung für den Finanzminister oder eine Misstrauenserklärung für den Ministerpräsidenten, der genau das Gegenteil gesagt hat.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn sich der Finanzminister während seiner Rede selbst beobachtet hätte, dann hätte er feststellen müssen, dass er kein einziges Mal hier herübergeschaut hat. Es handelte sich um eine Rede an die eigene Fraktion. Das zeigte Ihre Körpersprache.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gehört schon sehr viel Chuzpe dazu, sich als Vertreter einer Regierungsfraktion, die 10 Milliarden Euro an Neuverschuldung zu verantworten hat, hier als großen Schuldentilger darzustellen. In Bezug auf die Beamten sage ich nur eines: Die CSU hat jetzt die Probleme gelöst, die ohne sie gar nicht entstanden wären.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat in Bezug auf das konjunkturelle Risiko durch die Euro-Krise eines vergessen: Er selber war das größte Konjunkturrisiko, weil er es im Sommer permanent mit unsäglichen Äußerungen in Bezug auf Griechenland befeuert hat.

Diese Äußerungen sind mittlerweile vom Ministerpräsidenten und der CSU kassiert, aber es ist dennoch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ein letztes Wort zu Baden-Württemberg. Schauen Sie sich die Zahlen an: Wenn Bayern die Summen an die Kommunen leisten würde, die Baden-Württemberg leistet, und wenn Bayern in Bezug auf die Pensionsvorsorge das machen würde, was Baden-Württemberg macht, sähe es anders aus.

(Georg Schmid (CSU): Sie waren noch gar nicht in Baden-Württemberg!)

Im vergleichbaren Fall würde Baden-Württemberg auf eine Nettokreditaufnahme komplett verzichten können und noch 1,6 Milliarden Euro Schulden zurückzahlen können. Baden-Württemberg macht aber etwas für die Kommunen und die Pensionsvorsorge.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister Dr. Söder, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Nur ein Punkt zum Thema Euro – sonst habe ich alles beantwortet. Ich will da nur eines sagen: Ich erinnere mich an Vorschläge während des ganzen Jahres.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Entschuldigung, dass ich nicht zu Ihnen rüberschaue; ich weiß ja, was Sie denken.

(Beifall bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei der Opposition - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was Herr Seehofer meinte! - Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Was war denn im Jahr 2012, als es um die Eurofrage ging, der politische, internationale Beitrag der deutschen Sozialdemokratie?

(Georg Schmid (CSU): Die Parisreise! - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist unsäglich!)

Lassen Sie mich das rekapitulieren, damit sich die Bürgerinnen und Bürger im Land daran erinnern dürfen. Meine Damen und Herren, vor der Sommerpause ging es darum, dass viele Länder Europas vorgeschlagen haben, man sollte doch am besten die europäische Schuldenproblematik dadurch lösen, dass man alle Schulden Europas zusammenschmeißt und dann sauber teilt, sodass jeder das Gleiche hat.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und genau das hat die CSU gemacht!)

- Hören Sie zu, schauen Sie da rüber, Herr Rinderspacher!

(Heiterkeit bei der CSU und der FDP – Widerspruch bei Opposition – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das hätte bedeutet, dass Deutschland auf einen Schlag für die Schuldenmacherei in anderen Ländern verantwortlich und mit haftbar geworden wäre.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was die CSU meint!)

Diesem Vorgang setzten die drei von der SPD, Steinbrück, Steinmeier und Gabriel, die Krone auf, indem sie nach Paris zu einem EU-Gipfel gefahren sind und beim französischen Präsidenten dafür geworben haben, dass er in Europa gegen die deutsche Bundeskanzlerin Stimmung macht. Das ist ein einmaliger Vorgang, und das war Ihr Beitrag, den Sie geleistet haben, sonst nichts.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Unterstes Niveau! - Markus Rinderspacher (SPD): Das ist das, was Herr Seehofer meinte.)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Redepult.

(Anhaltende Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Herr Rinderspacher, bitte schön, lassen Sie doch jetzt Frau Kollegin Ackermann reden. Sie hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Zuruf von der CSU: Jetzt wird es spannend!)

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Staatsminister Dr. Söder! Bei meinen behavioristischen Studien Ihrer Rede ist mir aufgefallen,

(Zurufe von der CSU: Oho!)

dass Sie während Ihrer gesamten Rede der Opposition permanent den Rücken zugekehrt haben.

(Lachen bei der CSU und der FDP)

Herr Staatsminister, da tauchen bei mir zwei Fragen auf.

(Zuruf von der CSU: Die hat Probleme! – Lebhaftige Zurufe von der CSU und der FDP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Staatsminister, wollten Sie in Abwesenheit des Ministerpräsidenten bei der Regierungskoalition Vertrauen zurückgewinnen,

(Lachen bei der CSU)

was anschließend auch mit dem gegen Seehofer gerichteten Applaus bestätigt wurde? Oder geht es mehr nach dem Prinzip, frei nach Pythagoras,

(Lachen bei der CSU und der FDP)

Egozentriker bemerken nicht, wenn Sie jemandem den Rücken zudrehen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort, bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Da fällt mir jetzt eigentlich nix ein, selbst wenn ich mich bemühe.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD):
Und dafür gibt es dann Applaus!)

Das ist der Unterschied zwischen Regierung und Opposition; das muss vielleicht auch so sein: Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur einem applaudieren, sondern wir applaudieren Bayern, weil wir uns diesem Land gegenüber in der Verantwortung sehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

(Zuruf von der SPD: Lauter Opportunisten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich fahre erst fort, wenn sich das Auditorium beruhigt hat. – Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 06, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/13794 mit 16/13805 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/14996 zugrunde.

Vorweg lasse ich jetzt über den zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag auf Drucksache 16/13800 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/13800 betreffend "Verbesserte Stellensituation in der Finanzverwaltung" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD

und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? – Das sind die FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Der Einzelplan 06 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/14996 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Die Abstimmung soll in namentlicher Form erfolgen. Abstimmungsgrundlage ist der Einzelplan 06 mit den vom Haushaltsausschuss vorgeschlagenen Änderungen. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 10.46 bis 10.51 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Ich gebe es später bekannt.

Zwischenzeitlich fahren wir in der Tagesordnung fort.

(...)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bevor wir fortfahren, möchte ich zum Tagesordnungspunkt 15 zurückspringen und Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Einzelplan 06, Staatsministerium für Finanzen, bekannt geben. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 60, Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Gemäß unserer Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 2)

Wer dem allem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit stimmt das gesamte Hohe Haus zu. Der Einzelplan 06 ist so beschlossen. Die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 15 sind beendet.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Abg. Georg Winter

Abg. Dr. Paul Wengert

Abg. Manfred Pointner

Abg. Claudia Stamm

Abg. Prof. Dr. Georg Barfuß

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Erika Görnitz

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Christine Kamm

Abg. Karsten Klein

Staatsminister Dr. Markus Söder

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 18, 19 und 20 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drs. 16/13464)**

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14792 mit 16/14794) und

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14791)

und

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsantrag der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14808),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14835 mit
16/14842),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14687 mit 16/14696 und
16/14807) sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn.
16/14798 mit 16/14802 und 16/14804 mit 16/14806)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15139)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014 - HG 2013/2014)

(Drs. 16/13465)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drs. 16/14823),

Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drs. 16/14824),

Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 16/14821) sowie

Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/14822)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 45 Minuten, auf die SPD-Fraktion 28 Minuten und auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 21 Minuten. Die FDP-Fraktion hat 20 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann daher bis zu 45 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich bereits jetzt darauf hin, dass beantragt worden ist, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 einzeln und zwar in namentlicher Form abstimmen zu lassen.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Georg Winter das Wort.

(Alexander König (CSU): Der viel gelobte Haushaltsausschussvorsitzende!)

Georg Winter (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir kommen zum Schluss, das heißt zur großen Klammer für die vielen Einzelpläne, genannt Haushaltsgesetz.

Ich darf eingangs den heutigen Namenstag aufgreifen, wenn es heute auch nur noch wenige Trägerinnen dieses Vornamens gibt. Ich meine die heilige Lucia, die Leuchtende. Vielleicht ist es ein gutes Omen, dass wir am Tag der Leuchtenden diesen großartigen Leuchtturm verabschieden.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat eine hübsche Lucia in seinem Haus. Herr Minister, übermitteln Sie unseren Glückwunsch!

(Heiterkeit)

Verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir haben vor knapp vier Jahren – heute ist der 13. Dezember –, nämlich am 16. Dezember 2008, mit unserem ersten Haushaltsgesetz begonnen, und wir haben in diesen knapp vier Jahren immerhin fünf Finanzausgleichsgesetze vorbereitet, beraten, verhandelt und beschlossen, und zwar alle fünf einvernehmlich mit den Spitzenverbänden. In diesen knapp vier Jahren haben wir auch sechs Haushaltsgesetze im Haushaltsausschuss beraten, die dann vom Landtag verabschiedet wurden. Auch das ist ein Rekord. Es ist ein großes Pensum, sowohl Plenum als auch Fachausschüsse können auf diese Leistung stolz sein.

Natürlich gab es zu Beginn dieser Legislatur eine große Herausforderung. Im Jahre 2009, dem Rezessionsjahr, verzeichneten wir ein Minus von fünf Prozent. Und wir wollen es nicht verschweigen, auch die Bankenkrise und die davon betroffene Landesbank spielten eine Rolle. Das waren die Ausgangspunkte. Trotzdem können wir heute sagen: Wir haben viel erreicht. Wir können mit dem nun vorliegenden Haushalt eine gute Grundlage bereitstellen. Sie alle wissen: Heute zählt nicht mehr die Ankündigung, sondern heute zählt das Tun. Und damit kann bereits ab Jahresanfang begonnen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mein Dank gilt an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses, namentlich dem Kollegen Halbleib, meinem Stellvertreter. Der Dank gilt aber auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fraktionen und in den Facharbeitskreisen, die uns zugearbeitet haben und dabei auch für ihre Belange gekämpft haben. Ich denke an die verehrte Kollegin Stewens und viele andere, die ein oder mehrere Themen fest auf der Fahne hatten und sich für deren Erreichen eingesetzt haben. Am Ende war es wichtig, Wesentliches aus dieser Arbeit aufnehmen zu können.

Ich sage ganz herzlichen Dank auch den Damen und Herren der Staatsregierung und in den einzelnen Ressorts, die uns unterstützt und entsprechende Hilfe geleistet haben. Besonders gilt an dieser Stelle dem Finanzminister und seinem Staatssekretär sowie seinem Team Anerkennung, der den Entwurf federführend eingebracht hat. Es war eine Riesenherausforderung. Das sollte man sich einmal bewusst machen. Vor Weihnachten bräuchte man eigentlich nichts Neues an Themen und Aufgaben, aber wenn man im letzten Quartal unmittelbar vor der Weihnachtszeit dieses ehrgeizige Projekt Haushalt auf die Tagesordnung setzt, kommen schon etliche Dinge zusammen, die uns alle stark fordern.

Nicht vergessen möchte ich, meinen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Landtag, beginnend von den Offizianten bis hin zu den Mitarbeitern des Ausschussbüros, abzustatten. Letztere mussten vieles leisten, um die Sitzungen vorzubereiten.

(Allgemeiner Beifall)

Die zweitägige Debatte hat gezeigt, dass wir einen guten Haushalt 2013/2014 für Bayern – nicht für uns! – aufgestellt haben. Darauf kommt es an. Dies wurde in der Debatte deutlich.

Ich möchte jetzt ein paar Kernpunkte ansprechen. Vorrangig zählt immer das, was stattfindet. Dazu gehört der Breitbandausbau. Er findet statt und macht sichtbare Fortschritte. Auch der Einsatz für unsere Kinder findet statt und auch er macht Fortschritte.

Sie alle werden das in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, wenn Sie bei Terminen zur Einweihung neuer Kinderkrippen oder bei der Modernisierung eines Kindergartens dabei waren. Das hat sich bayernweit von jedem nachvollziehen lassen. Das ist einfach beispielhaft und großartig.

Einen weiteren Punkt, der sehr schwierig war, haben wir ebenfalls neu geregelt. Der Kollege Karsten Klein hat mit gutem Ergebnis dafür gekämpft. Ich meine die Pensionsvorsorge. Dazu möchte ich kurz etwas sagen, auch wenn die Zeit knapp ist. Denn dabei ist eine große Irritation entstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die ganz wesentliche Vorsorge für die verbeamteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst kommt aus unserem Staatshaushalt. Das ist vergleichbar mit den Arbeitnehmern, deren Sozialversicherungsbeiträge, die während der Woche eingenommen wurden, auch dafür stehen, dass man die Rente am Freitag auszahlen kann. Da ist nun der Eindruck entstanden, dass durch die Veränderung der Fonds etwas Negatives geschieht und dass durch die großen stattfindenden Veränderungen plötzlich etwas infrage gestellt würde.

Nun muss man einfach die Relationen kennen. Die Dämpfungswirkung, um es auf den Punkt zu bringen, sollte nach dem alten Modell für die Jahre 2025 bis 2030 eine Größenordnung zwischen 3,2 % und 5 % haben. Die Dämpfungswirkung nach dem neuen Modell wird in der Endphase 2025 bis 2030 sogar noch stärker sein, nämlich dergestalt, dass wir bei knapp 4 % bis 6,5 % liegen werden. Wir wollen hier nichts durcheinanderbringen. Beide Modelle, ob alt oder neu, haben nur die Aufgabe, diese Spitze zu kappen. Für den großen Kern bleibt die Frage: Wie gut geht es unserem Land? Davon hängt die Altersversorgung ab. Sie hängt davon ab, wie wir aufgestellt sind. Deshalb müssen wir gute Haushalte vorlegen und für die Konjunktur kämpfen. Es hängt auch von unserer Steuerpolitik, gerade für den Mittelstand, ab. Wie gehen wir mit der kalten Progression um? Was müssen wir tun, damit die Lokomotive unter

Dampf bleibt? So können wir die Zukunft gestalten, Sicherheit geben und Arbeitsplätze sichern. Darum geht es, und nicht um die Frage, wie wir Fonds zusammenführen, verändern oder modellieren.

Unser Modell stellt darauf ab. Wir wollen den Vorschlag des Ministerpräsidenten umsetzen und bis zum Jahr 2030 schuldenfrei sein. Von 32 Milliarden Euro kann bei einem Zinssatz von 3 % eine echte Milliarde eingespart werden. Diese Zinsmilliarde, die wir einsparen, ist unsere Pensionsmilliarde. Damit haben wir langfristig mehr für die Versorgungssicherheit getan, als das alle Fonds könnten. Diesen Weg haben wir eingeschlagen. Er ist bei den Betroffenen, bei den Verbänden und beim Beamtenbund sehr schnell verstanden worden. Deswegen kam von dort auch das Okay. Das ist gut. Das akzeptieren wir. Hier kommt Positives auf den Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Soviel zu diesem Thema. In manchen Runden wurde das Thema so dargestellt, dass die Leute verängstigt nach Hause gingen. Deshalb wollte ich dazu etwas sagen.

Zu den wirtschaftspolitischen Zahlen möchte ich Folgendes feststellen: Der Haushalt besteht aus unendlich vielen Zahlen. Aus meiner Sicht war aber die erfreulichste Zahl, dass wir in Bayern 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse haben. Das ist ein absoluter Rekordhöchststand. Diese Zahl ist allein in den zurückliegenden sieben Jahren um 600.000 Menschen gewachsen. 600.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger haben einen sicheren Job und sind damit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das war uns immer ein Anliegen.

Wenn wir von der Wirtschaft reden, geht es zunächst um die Arbeitnehmerinnen und die Arbeitnehmer. Sie sind die Betroffenen, die die Leistungen erbringen müssen. Deshalb ist das die beste Zahl. Wir erkennen an, dass wir in diesem Lande sehr viel für die Bildung tun müssen, für die Vorbereitung der Kinder auf den Berufsweg. Diese jungen Menschen brauchen aber, wenn sie im Berufsleben angekommen sind, Jobs. Dazu gehört die Bereitschaft, Investitionen zu unterstützen. Was erleben wir aber

draußen vor Ort bei den Bürgerentscheiden, ob in Landshut oder in Starnberg? Unabhängig davon, ob dort ein Aufzug, eine Straße oder ein Platz für ein Hochregal benötigt wird; vielfach geht die jeweilige Abstimmung mit einem Nein aus.

Wir müssen erkennen: Die Aufträge von morgen sind die Chance für Beschäftigung, sind die Chance dafür, dass Sozialversicherungsbeiträge bezahlt werden. Aktuell werden so viele Sozialversicherungsbeiträge wie nie zuvor bezahlt. Deshalb sind unsere Sozialkassen gefüllt und unsere Renten sicher. Wir müssen deshalb noch besser vermitteln, was mit Investitionen verbunden ist.

Ich nenne zunächst die Innovation. Bei der Bahn besteht ein riesiger Nachholbedarf beim Ausbau des Schienenwegenetzes. Wir hatten die Chance, dass unsere Bürger hier ihr Geld sicher einbringen und damit für Beschäftigung sorgen können. Deshalb sind diese 4,91 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die beste Zahl, die wir gehört haben. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

In den letzten Tagen war für mich die kleine Replik im Plenum interessant, bei der es hieß, die CSU vergesse die kleinen Leute; sie kümmere sich nur um große Maßnahmen und Großprojekte sowie um die "Großkopferten". Der Kollege, der dies sagte, ist gerade nicht anwesend. Mir gefällt dieses Wort nicht. Dieser Kollege hat das Bild gemalt, dass die CSU als Volkspartei die breite Masse der Bevölkerung übersehe und sie somit zwangsweise anderen Parteien zuschiebe. Das tun wir nicht.

Ich möchte dazu aus unserer Sicht sagen: Diese CSU ist anders. Sie ist bürgernah. Ich nenne nur ein Beispiel: Unser Ministerpräsident besucht alle Landkreise in Bayern. Die Reaktionen in der Bevölkerung darauf sind querverteilt, wie mir berichtet wurde, sehr positiv, unabhängig von der politischen Einstellung der Bürger. Die Abgeordneten der CSU sind im Lande unterwegs, kümmern sich um ihre Stimmkreise und sind präsent. Sie beweisen Bürgernähe. Der Kollege, den ich meinte, ist gerade nicht da. Deshalb

können wir ihn nicht stärker einbinden. Wahrscheinlich käme von ihm sofort ein Zwischenruf, dann wäre das, was ich meinte, verständlicher.

Uns ist wichtig, dass wir die Regionen – Stadt und Land – nicht gegeneinander auspielen, sondern sehr wohl erkennen, dass dieses Miteinander und diese Ergänzung von Ballungsräumen und ländlichen Regionen Bayern stark macht. Wir müssen versuchen, unterschiedliche Antworten auf die unterschiedlichen Anforderungen zu geben. Für den ländlichen Raum ist es wichtig, dass wir sagen können, dass es für den öffentlichen Personennahverkehr mehr Mittel gibt. Die Zugangebote, die Versorgung mit Bussen, Radwegen und überhaupt das Verkehrsnetz sind dort besser geworden. Wir tun hier viel für den Ausbau. Ich nenne auch unsere Programme zur Dorferneuerung und zur Städtebauförderung, die für die Kommunen gute Instrumente sind, um ihre Aufgaben anzupacken.

Der Finanzminister hat heute Vormittag gesagt, dies sei der größte kommunale Finanzausgleich, den es in Bayern je gegeben hat. Herr Kollege Halbleib, man muss hier richtig rechnen. Das ist nur eine Frage des Addierens. Sie nennen einen Steuerbund. Wenn Sie nur bis vier zählen, also den Daumen weglassen: Mit allen vier Verbänden in Bayern haben wir Baden-Württemberg längst hinter uns gelassen. Deshalb war die Darstellung heute Vormittag nicht richtig. Frau Kollegin Görlitz wird noch einmal perfekt darlegen, dass wir in Bayern bereits bei 26 % liegen.

Meine verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU hätte diese Erfolgsgeschichte, die sie am Ende dieser Wahlperiode vorzeigen kann, nicht schreiben können, wenn sie notwendige Veränderungen nicht rechtzeitig gesehen, aufgenommen und darauf reagiert hätte. Herr Rinderspacher hat davon gesprochen, dass wir sehr viel veränderten und uns anpassen, manchmal neu aufstellen, und er hat dies mit Drehungen und Sonstigem in Verbindung gebracht. Wenn wir auf die Veränderungen nicht reagiert hätten, wären wir schon längst im Museum gelandet.

Was sind die neuen Herausforderungen? Die Ballungsregionen wachsen. Wer sich in München bewegt, erkennt sehr schnell, dass die Zahl der Menschen, die in die U-Bahnen, die S-Bahnen und die Busse drängen, immer weiter steigt. Das Netz wird immer stärker gefordert. Deswegen brauchen wir hier eine Entlastung. Wer sich die Zahlen des Statistischen Landesamts ansieht, die vor 14 Tagen auf Seite 1 der Zeitungen standen, sieht, wo die Zuwächse liegen. Ob wir diese Entwicklung richtig finden oder sie ablehnen, spielt keine Rolle. Wir müssen uns rechtzeitig darauf einstellen; denn eine neue S-Bahn oder eine neue U-Bahn wird nicht an einem Tag gebaut. Das braucht ein bisschen Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahre 1972 wurde in München dieses tolle Verkehrssystem im Hinblick auf die Olympischen Spiele eröffnet. Jetzt müssen wir den Veränderungen Rechnung tragen. Die Landeshauptstadt München hat dazu gesagt: Was ist denn da Besonderes dran? Meine Damen und Herren von der SPD, was ist Besonderes daran, wenn der Staat eine staatliche Aufgabe löst? Das Besondere ist, dass es sich dabei nur in Bayern um eine staatliche Aufgabe handelt. In Hessen müssen die Frankfurter für ein solches System selbst zahlen. In Baden-Württemberg müssen die Stuttgarter und die umliegende Region selbst bezahlen, weil sie der Träger sind.

Wir hätten mit den 1,5 Milliarden Euro, den förderfähigen Kosten für die zweite Stammstrecke, kein Problem, wenn der Bund davon 60 % und wir 40 % bezahlen würden. Wir müssten dann 600 Millionen Euro aufwenden und der Bund 900 Millionen Euro. Notfalls könnten wir dem Bund die Summe zum Teil vorfinanzieren. Der Träger, also die Stadt und das Umland von München, müssten dann aber die Summe, die über diese 1,5 Milliarden Euro hinaus aufzuwenden ist, selbst bezahlen. Die Gesamtsumme könnte 2 Milliarden Euro betragen, sie könnte aber auch bei 2,5 Milliarden Euro liegen. Diese Differenz müsste die Stadt drauflegen. Diese halbe Milliarde wäre ein wesentlich größeres Volumen als die 147 Millionen Euro, die sie jetzt aufwendet. Deswegen ist das, was München bringt, weniger als 10 % vom Ganzen. Das ist

hundertmal komfortabler als das, was in anderen Ländern dafür aufgebracht werden muss. Soviel zum Thema CSU und Ballungsraum bzw. Großstadt und dazu, worüber wir uns Sorgen machen und wessen wir uns annehmen.

Ich kann es ganz kurz machen. 3,5 Milliarden umfassen die Leistungen, die an die Landeshauptstadt gehen, egal, ob es Theater, Museen, wissenschaftliche Sammlungen oder Universitäten sind. Der Kuchen von 3,5 Milliarden ohne Stammstrecke und sonstige Leistungen ist in einem Diagramm aufgeteilt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Uns verweigert der Finanzminister diese Auskunft! Wir haben eine parlamentarische Anfrage gestellt, er hat uns die Antwort verweigert!)

Dann kann man es nur nachholen, wenn es so ist. Danke, Herr Kollege Halbleib, dass Sie das noch einmal ansprechen. Damit unterstreichen Sie das, was hier Großartiges getan wird.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber warum verweigert er dann die Auskunft?)

Der Herr Staatsminister kommt heute noch zu Wort.

Wichtig ist aber auch Folgendes, wenn Sie schon den Dialog aufnehmen, Herr Kollege Halbleib: Ich habe die Stammstrecke angesprochen. Beim ÖPNV heißt es, die Stadt betreibt die U-Bahnen, und das klappt toll. Warum klappt es so toll, liebe Kolleginnen und Kollegen? Weil wir 90 % bei den U-Bahnen bezahlen. Ähnliches gilt für die S-Bahnen. Da sind wir als Träger voll verantwortlich.

Schauen wir uns ein weiteres Beispiel an. Es heißt, Ude hat eine gute Sparkasse, was macht ihr aber mit der BayernLB? Dazu kann ich nur sagen, es wird zu Recht gesagt, wie enorm die Anstrengungen des Freistaates waren. Warum fallen so viel Zinsen an? Warum mussten wir so viel Kapital aufnehmen? Herr Kollege Halbleib, wir haben schon ab und zu darüber gesprochen. Wenn wir nur den schwachen Sparkassen geholfen und den gesunden, wie zum Beispiel der Münchner Sparkasse, gesagt hätten, ihr könnt euch selber helfen, dann hätten wir uns von fünf Milliarden 15 % gespart.

Das ist eine Dreiviertelmilliarde. Das wäre eine tolle Sache gewesen. Die hätten dieses Geld gar nicht gebraucht. Sie haben es aber trotzdem bekommen. Da sie es gar nicht gebraucht haben, sagten sie auch gar nicht danke dafür. Wir hätten die 750 Millionen nehmen können und dann wäre die ganze Stammstrecke von vorne bis hinten mit Fresh Money finanziert gewesen. So einfach ist es.

(Beifall bei der CSU)

Eine Sparkasse, die gesund ist, die zu ihrer Verantwortung selber stehen könnte, bekommt eine Dreiviertelmilliarde. Das sind wir, die CSU, die FDP und die Staatsregierung. Dazu kann man nur sagen, das ist Menschenfreundlichkeit pur. Mehr kann man nicht mehr machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich würde es gar nicht ansprechen, wenn Sie nicht immer wieder sagen würden, dass wir wegen der Bank so viele Schulden gemacht haben. Sie wissen jetzt, warum wir so viel Kredit aufgenommen haben. Nach meinem Vorschlag hätte auch weniger gereicht, dann wären wir noch ein bisschen besser weggekommen.

Jetzt ist auf die Großkopferten hingewiesen und gefragt worden, ob wir für die kleinen Leute auch noch etwas übrig haben. Frau Präsidentin kennt diese Fragen. Die ganz kleinen Leute sind uns sehr wichtig, nicht nur weil wir wissen, dass in der Demokratie jeder eine Stimme hat, sondern weil wir aus den Regionen kommen, wo es die kleinen Schulen und die kleinen Krankenhäuser gibt, wo die Landkindergartenregelung gilt. Gestern oder vor zwei Tagen stand hier einer am Pult und hat gesagt, wir brauchen kleine Schulen, dafür müssen wir mehr tun. Schauen wir uns einmal an, wie kleine Schulen in Bayern aussehen. Da gibt es jahrgangskombinierte Klassen, das sind zwei Jahrgänge mit jeweils 13 Kindern. Wenn man das mal zwei nimmt, haben wir 26 Kinder und vier Jahrgänge.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 200 Standorte habt ihr geschlossen!)

26 Kinder reichen bereits aus, um eine selbstständige Grundschule zu haben.

(Maria Noichl (SPD): Mit 26 Kindern?)

- 26 Kinder sind die Mindestvoraussetzung für eine selbstständige Grundschule. Das ist der Status quo in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Hier wurde aber vor zwei Tagen gesagt, wir brauchen kleinere Schulen. Wer will hier etwas ändern? Ein anderes Beispiel ist die Landkindergartenregelung, nach der auch bei neun bis 13 Kindern eine Förderung gewährt wird. Ein anderes Beispiel ist die Schülerbeförderung, die zu 60 % finanziert wird. Da glaube ich, dass wir uns den Herausforderungen schon längst gestellt haben. Das, was manche fordern, ist von uns schon längst umgesetzt.

Oder nehmen wir die Krankenhäuser. Natürlich will der Patient im ländlichen Raum auch die beste Medizin. Natürlich wissen wir alle, dass die Aufrechterhaltung eines Betriebs an sieben Tagen rund um die Uhr höchste finanzielle Anstrengungen erfordert. Trotzdem gibt es in unseren Landkreisen diese modernen Krankenhäuser. Wir haben pro Landkreis nicht nur ein Krankenhaus. Wer durch die Regionen fährt, weiß, dass es immer noch zwei oder drei Krankenhäuser pro Landkreis gibt, die gut aufgestellt sind. Herr Kollege Pointner, ich könnte sie Ihnen für meinen Regierungsbezirk, den ich auswendig im Kopf habe, aufzählen. Gott sei Dank funktionieren diese Krankenhäuser. Die brauchen wir auch, damit die jungen Ärztinnen und Ärzte sich künftig auf dem Land niederlassen, weil sie diesen Hintergrund benötigen. Soviel zum Thema ländlicher Raum, soviel zum Thema klein und groß.

Wenn wir schon von klein reden, die Fraktionsinitiativen der letzten beiden Monate im Haushaltsausschuss waren uns ganz wichtig. Sie haben es mitverfolgt. Manche haben spöttische Bemerkungen dazu gemacht. Vom Spielen war die Rede. Es ging nicht ums Spielen, sondern es ging darum, dass wir einen Haushalt feinjustieren können,

dass wir Themen aufgreifen können, die uns wichtig sind. Ich nenne nur stichwortartig die innere Sicherheit, die Polizei, die Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 50 Millionen für die Städtebau- und die Wohnbauförderung – der Kollege Rotter hat es mitverfolgt –, die Justiz mit den kleinen Baumaßnahmen, für die wir mehr tun, die Bildung, die Jugendarbeit oder die kirchlichen Gebäude.

Ein Beispiel war uns in der CSU-Fraktion besonders wichtig. Da ist die Mannschaft hundertprozentig dahinter gestanden. Bei den Schulsekretärinnen, den Verwaltungskräften an den Schulen haben wir eine kräftige und deutliche Erhöhung vorgenommen. 150 Stellen waren es an der Zahl.

(Beifall bei der CSU)

Das war das größte, was gefordert wurde. Da haben wir keinen Abstrich gemacht. Dieses Anliegen haben wir zu hundert Prozent erfüllt. Das Ergebnis ist 150, und darauf sind wir stolz. Daran sieht man auch, dass mit Summen im einstelligen Millionenbereich Vieles und Gutes bewegt werden kann. Bei der Wirtschaft, der Landwirtschaft, bei den Forschungsprojekten oder bei den Bildungsangeboten wurden Ergänzungen vorgenommen. Bei der Dorferneuerung und im Sozialbereich wurden Verbesserungen vorgenommen. Ganz wichtig ist der Landesbehindertenplan, das Taubblindengeld, das wir vorgeschrieben haben, die Asylsozialberatung und die Familienpflege.

(Beifall der Abgeordneten Barbara Stamm (CSU))

Alles das waren wichtige Punkte, die sich jetzt im Haushalt wiederfinden. Ich komme zur Umweltpolitik, Herr Staatsminister Huber und Frau Staatssekretärin Huml. Schon im Nachtragshaushalt haben wir bei der Windkraft für die Bürgeranlagen ein zusätzliches Programm aufgelegt. Wir haben jetzt im neuen Doppelhaushalt Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der medizinischen Infrastruktur vorgesehen, damit wir in den Kurorten und den Heilbädern eine modernste Ausstattung anbieten können. Auch das sind Maßnahmen, die sich sehen lassen.

Wissenschaft, Kunst und Kultur sind ein riesiger Erfolg, wie heute von Frau Sandt und Herrn Jörg berichtet wurde. Neben den Leuchttürmen haben wir ein breites Programm mit 26 Millionen Euro gestaltet, mit dem viel erreicht wird. Das hat man uns gar nicht zugetraut. Ich kann nur sagen: Auch hier haben wir Vieles geschafft.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn ich es zusammenfasse, kann ich feststellen, wir haben sicherlich Glück gehabt. Wir können aber auch stolz auf die Menschen sein, die diese großartigen Leistungen erbringen. Gelegentlich sind wir auch mit unserer Opposition zufrieden.

(Alexander König (CSU): Sehr zufrieden! Eine bessere können wir uns nicht wünschen!)

Das will ich gar nicht weglassen, weil die Zusammenarbeit gelegentlich sachlich und konstruktiv war. Was mehr und was weniger war, kann man quantifizieren.

Der Ausgangspunkt ist 2009. Damals hatten wir ein Minus von 5 % und eine Rezession. Wir hatten die Landesbank, und die Wirtschaftsweisen haben uns für fünf Jahre ein Tal der Tränen vorausgesagt. Das war keine Ermutigung. Trotzdem haben wir in der Zeit, in der die Vorzeichen schwierig und kritisch waren, eine Dienstrechtsreform auf den Weg gebracht. Als Stichworte nenne ich nur Stellenhebungen, Stellenverbesserungen oder die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Natürlich haben wir in den letzten Jahren über begrenzte Zeiträume hinweg auch sparen müssen, sonst hätten wir dieses Ziel nicht erreicht. Als Stichworte nenne ich nur die Wiederbesetzungssperre oder die befristete Absenkung der Eingangsbesoldungen. Gott sei Dank läuft das jetzt wieder aus. Wie hätten wir es bei der Ausgangslage 2009 anders machen sollen? Wer kann sich noch daran erinnern? Auch die Medien haben bezweifelt, dass wir, nachdem wir 2009 in die Rücklage gegriffen haben, den Haushalt 2010 noch ausgleichen können.

Im September des Jahres 2010 lautete die Kernfrage: Können wir die vier Milliarden Eurolücke überhaupt schließen? Die Damen und Herren vom Finanzministerium wissen das, weil sie alles miterlebt haben. Da fehlten vier bis sechs Milliarden Euro, um den Haushalt 2011/2012 auszugleichen. Die Antwort lautete: Das kann gar nicht funktionieren. So viel könnt ihr gar nicht einsparen. Am Ziel des ausgeglichenen Haushalts kann nicht festgehalten werden. Das war im September 2010. Wir haben jedoch entschieden, dass wir dranbleiben und dass in den Jahren 2011 und 2012 keine neuen Schulden gemacht werden. Siehe da, im Jahre 2011 ist es gelungen, den Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Trotzdem war es möglich, 48.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Trotzdem war es möglich, von der Halbtagschule in die Ganztagschule einzusteigen. Trotzdem war es möglich, für die Kindergärten laufend 1,2 Milliarden Euro und für den Krippenausbau mehr als eine Milliarde Euro auszugeben. Wir können zusagen, jeden neuen, weiteren Antrag zu finanzieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist der Punkt. Von der Rezession und der Landesbank war es ein riesiger Spannungsbogen zu Mehrleistungen und einer Vielzahl von Verbesserungen, die viele Bürger erreichen. Die Messlatte, keine neuen Schulden aufzunehmen, haben wir weiterverfolgt.

Im Januar 2012 hat der Ministerpräsident während der Klausur in Kreuth den Vorschlag unterbreitet, neben dem einen Bein, keine neuen Schulden zu machen, auch das zweite Bein, die Schulden zu tilgen, anzugehen. Herr Finanzminister, Sie haben das heute Vormittag bereits angesprochen. Respekt und Anerkennung, dass bereits eine Milliarde Euro an Schulden getilgt worden sind. Das ist schon geschehen. Im Doppelhaushalt steht eine weitere Milliarde. Das ist ganz großartig.

Meine Damen und Herren, was tun die anderen? Ich will Sie nicht überfordern oder langweilen. Ich lasse einmal das Nachbarland weg. Wir schauen mal nach Berlin. Berlin wird nächstes Jahr eine halbe Milliarde Euro Schulden machen. Die Hamburger

werden sich mit einer Milliarde Euro verschulden. Die Rheinland-Pfälzer überschreiten eine Milliarde Euro. Ich nehme nur das nächste Jahr. NRW schafft es auf 4,7 Milliarden Euro Schulden. In 2013 und 2014 kommt NRW auf 7,3 Milliarden Euro Schulden. Das sind die feinen Unterschiede. Wer gibt eine Garantie für das Jahr 2030? Was ist aktuell der Fall? – Wir bauen Schulden ab, die anderen bauen auf.

Das Thema Bank, auf das ich noch einmal eingehen möchte, hat uns sicherlich viel Stress bereitet. Das Beihilfeverfahren ist abgeschlossen. Herr Staatsminister, auch das gehört zur Bilanz des Jahres 2012. Die Termine waren nicht nur locker, sondern fordernd. Das Thema GBW läuft. Die LBS ist veräußert. Das BayernLabo-Kapital ist gehärtet. Die Rückzahlung hat begonnen. Gott sei Dank hat die Bank in den ersten drei Quartalen keine Scheinerfolge verzeichnet, sondern im eigenen Lande solide verdient. Die Bank macht wieder ein Plus mit ihrem ganz normalen Geschäft. Das ist okay so, weil es solide ist. Wir haben die Sparkasse München angesprochen. Das müssen wir mitschultern. Deswegen kann man sagen: Trotz MKP, trotz Ungarn und all dieser Widrigkeiten gibt es positive Nachrichten im größten und schwierigsten Betrieb unseres Freistaates.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss sage ich noch einmal Danke. Wir wollen heute das berühmte Wort des französischen Königs zitieren. Mir ist bewusst geworden, warum beim Wort "Etat" der ganze Staat im Spiel ist. Es geht wirklich um den Staat und seine Konstitution. Es geht um die Konstitution unseres Bayernlandes. Der Haushalt für die Jahre 2013/2014 zeigt, dass unser Land sehr leistungsfähig ist. Dieser Haushalt legt verbindlich fest, mit welcher finanziellen Unterstützung unsere staatlichen Einrichtungen, unsere Kommunen, die Verbände, die Beschäftigten und die Bürgerinnen und Bürger, ob es sich um Wohngeld, Schulgeldersatz oder Landeserziehungsgeld handelt, in den nächsten Jahren rechnen können.

Immer wieder war vom Wahljahr-Haushalt und Wahlgeschenken die Rede. Wir leben in einer Demokratie und freuen uns, dass immer wieder Wahlen stattfinden. Das ist ein starkes Bürgerrecht, ohne das Demokratie nicht funktionieren kann. Der Haushalt er-

streckt sich, obwohl der Eindruck entstehen könnte, nicht nur bis zum Wahltag, sondern weit darüber hinaus. Er erfasst das gesamte Jahr 2014. Damit gibt er unseren Bürgerinnen und Bürgern und allen Betroffenen eine feste und zuverlässige Perspektive.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Der Herr Finanzminister hat noch eins obendrauf gesetzt. Er hat nicht nur für eine verlässliche Perspektive über die Wahl hinaus gesorgt, sondern in seinen Finanzplan auch geschrieben, dass im Finanzplan 2015/2016 eine weitere Milliarde getilgt werden soll. Das ist die Botschaft zu Weihnachten. Deshalb an dieser Stelle: Danke, gesegnete Weihnacht und ein gutes neues Jahr.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion steht bereits Herr Kollege Dr. Wengert bereit. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Georg Winter, es wird zu keinem innerschwäbischen Schlagabtausch kommen. Dafür hast du dich zu sehr auf Allgemeinplätze beschränkt. Im Zuge der Aufzählung der Wohltaten in den einzelnen Bereichen hast du leider verschwiegen, dass das, was jetzt aus dem Füllhorn geschüttet wird, in den letzten Jahren kräftig eingedampft und gekürzt worden ist. Die Menschen draußen können rechnen. Das werden sie sicherlich nachvollziehen können. Ich will kurz auf zwei Punkte eingehen.

In Bezug auf die zweite S-Bahn-Stammstrecke sind wir uns in diesem Hohen Hause weitgehend einig. Das soll an dieser Stelle auch einmal gesagt werden. Ich möchte meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, warum immer wieder beschwo-ren wird, die Stadt München greife nicht in die eigene Tasche. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie ich als Oberbürgermeister für die sogenannten dritten Gleise, den

S-Bahn-ähnlichen Verkehr in Augsburg gekämpft habe. Ich bin mit einer Rigidität, die beispielhaft ist, vom bayerischen Wirtschaftsministerium darauf hingewiesen worden, dass dies ausschließlich Sache des Bundes und der Bahn sei. Der Freistaat habe nichts damit zu tun, und schon gar nicht die Stadt Augsburg.

Was die Investitionen in die Landeshauptstadt München betrifft - - Jetzt habe ich einen freudschen Versprecher gemacht, bitte schön, was denn sonst? Welcher Staat würde nicht in seine eigenen staatlichen Einrichtungen, die er in der Landeshauptstadt, der Spitze seines Landes, nun einmal betreibt, investieren? Sollen die Münchnerinnen und Münchner sich auf Knien bei der Staatskanzlei dafür bedanken, dass der Freistaat Bayern so viel Geld in München ausgibt? Wo soll er es denn sonst ausgeben, wenn die Spitzeneinrichtungen üblicherweise in der Landeshauptstadt angesiedelt sind?

Es ist schon beeindruckend, wie Sie Ihren Haushalt der Öffentlichkeit verkaufen. Das erinnert mich an den Satz eines früheren Beichtvaters: Lügen darf man selbstverständlich nicht; aber man muss nicht immer die ganze Wahrheit sagen.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wahr ist, dass Sie Schulden tilgen. Das ist löblich. Das sind 1,06 Milliarden Euro in den beiden Haushaltsjahren. Wahr ist aber auch, dass für den neuen Doppelhaushalt insgesamt 1,16 Milliarden Euro aus Rücklagen, Fonds und Stöcken entnommen werden müssen. Die Schuldentilgung erfolgt somit nicht aus laufenden Mitteln, sondern vom Sparkonto. Darüber hinaus werden Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds abgeschafft sowie der bayerische Pensionsfond eingeführt. Man hat versucht, uns diesen mit schillernden Worten als positiv zu verkaufen. In Wirklichkeit ist das so, als wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschaffen und durch ein kleines Sparschwein ersetzen würde, das man zu jeder Zeit und bei Bedarf mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis zum Ende des Jahres 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage vorsichtig gerechnet rund 1,3 Milliarden Euro, 2010 85 Millionen Euro, 2011 258 Millionen Euro und 2012 303 Millionen Euro. Der

Amtschef des Ministeriums hat uns im Haushaltsausschuss gesagt, in den kommenden Haushaltsjahren würden es zwischen 300 und 400 Millionen pro Jahr sein. Das ergibt 1,346 Milliarden Euro. Unser Änderungsantrag, bei der guten und nachhaltigen bisherigen Regelung zu bleiben, wurde von Ihnen abgelehnt. Sie verschieben das Problem damit in die Zukunft. Uns geht es nicht darum, wie das Konstrukt heißt, sondern uns geht es darum, dass die Pensionen und die Versorgung unserer Beamtinnen und Beamten nachhaltig gesichert sind und nicht zur Disposition des Haushalts gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Besonders ärgerlich ist, und das lässt den Glanz der Schuldentilgung weiter verblasen, dass die Kommunen an der Schuldentilgung nicht beteiligt werden, obwohl sie staatsorganisatorisch Teil des Freistaats sind. Dabei ist ihr Anteil an der Gesamtverschuldung von Staat und Kommunen – ich weiß, Sie hören das nicht gern, aber umso öfter müssen wir das sagen – mit fast 29 % mit am höchsten im deutschen Ländervergleich.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre nur recht und billig, auch kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Weil wir das für richtig halten, haben wir die Ausweisung eines kommunalen Entschuldungsfonds gefordert, den Sie leider abgelehnt haben.

(Beifall des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Lassen Sie mich zu einem Vergleich kommen. Weil Sie so gerne Vergleiche bemühen, bevorzugt mit rot-grün- oder grün-rot-regierten Ländern, tue ich das an dieser Stelle auch; denn der von Ihnen immer wieder bemühte Vergleich mit Baden-Württemberg lässt Bayern gar nicht so gut aussehen, wie Sie das immer glauben machen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Die Fakten sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Als gebürtiger Württemberger, also als Bayer mit Migrationshintergrund, sage ich das sehr gerne - Frau Kollegin Görnitz wird jetzt genau aufpassen müssen, weil ich auf ihre Jonglage schon sehr gespannt bin -: geplante Nettokreditaufnahme in Baden-Württemberg 2012 Null, 1,78 Milliarden in 2013, 1,49 Milliarden in 2014. In Baden-Württemberg ist das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs in diesem Jahr bereits um 1,2 Milliarden Euro höher als das des bayerischen. Im Jahr 2013 werden es wieder 1,2 Milliarden Euro mehr sein und 2014 sogar 1,4 Milliarden Euro, und das bei einem deutlich niedrigeren Volumen des kleineren Nachbarlandes Baden-Württemberg.

Damit aber nicht genug. Baden-Württemberg führt der Versorgungsrücklage und dem Versorgungsfonds 2012 insgesamt 396 Millionen Euro, 2013 475 Millionen, 2014 560 Millionen Euro zu. Die vergleichende Bilanz für die Jahre 2012 bis 2014 ergibt demnach ein Mehr von 3,8 Milliarden Euro beim kommunalen Finanzausgleich in Baden-Württemberg und 1,1 Milliarden Euro mehr für die Pensionsvorsorge als in Bayern, macht zusammen schlappe 4,9 Milliarden Euro. Baden-Württemberg könnte also auf die Nettokreditaufnahme von 3,3 Milliarden Euro in seinem Doppelhaushalt komplett verzichten und darüber hinaus noch 1,6 Milliarden Euro Schulden in den Jahren 2012 bis 2014 tilgen, wenn es dort eine ebenso niedrige Verbundquote gäbe wie in Bayern und die Pensionsvorsorge dort ebenso wie in Bayern eingedampft worden wäre. Hören Sie also bitte endlich damit auf, großkotzig mit dem Finger auf andere zu zeigen

(Beifall der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Christine Kamm (GRÜNE))

und mit dreisten Sprüchen, Herr Kollege Klein, die anderen mögen sich mehr anstrengen. Bayern hat keine Krisen von Werften und der Montanindustrie, des Bergbaus zu verkraften wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen. Ich möchte wissen, wie Sie das hätten bewältigen wollen. Die Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind noch nicht so lange im Amt, als dass sie das Ruder hätten herumreißen kön-

nen. Wir könnten auch sagen: Sie müssen erst die Erblast der schwarz-gelben Vorgängerregierungen beseitigen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Besinnen Sie sich einmal in Ihrer christlichen Partei auf das achte Gebot: Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen wider Deinen Nächsten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf unsere Beamtinnen und Beamten eingehen. Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts ist im Hinblick auf die Beamten ein typischer Wahlkampfhaushalt. Daran ist nicht zu rütteln. Nach der Landtagswahl 2013 beschloss die CSU die 42-Stunden-Woche. Nach der Landtagswahl 2008 beschloss sie zusammen mit der FDP die Absenkung der Eingangsbesoldung, eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre und das Aussetzen der Leistungsbezüge. Rechtzeitig zur kommenden Landtagswahl sollen diese massiven Einschnitte wieder zurückgenommen werden, um die Beamten zu besänftigen, deren Wohl Ihnen zehn Jahre nicht gerade eine Herzensangelegenheit war und auf deren Vergesslichkeit Sie jetzt setzen.

Alle entsprechenden Forderungen der Opposition haben Sie in der Vergangenheit abgelehnt. Jetzt, mit der Furcht im Nacken, in die Opposition geschickt zu werden, geht es plötzlich; ein Schuft, wer Schlimmes dabei denkt. Auch bei der 19-monatigen Verschiebung der Besoldungsanpassung um 1,5 % und bei der vollständigen Rückkehr zur 40-Stunden-Woche im August 2013 hoffen Sie offensichtlich auf die rasche Vergesslichkeit der Beschäftigten des Freistaats und ihrer Familien.

Ihre hoch gelobten Stellenmehrungen dienen in weiten Teilen nur dem Ausgleich des Personalmehrbedarfs aufgrund der Rückkehr zur 40-Stunden-Woche und dem Ausgleich der Abgänge in den Ruhestand.

Lassen Sie mich ein paar Worte zum bayerischen Kulturkonzept sagen: 50 Millionen Euro waren ursprünglich im Kulturkonzept vorgesehen. Wir wollten zusätzlich 80 Milli-

onen Euro, was Sie abgelehnt haben. Immerhin haben Sie in der Nachschubliste 26 Millionen Euro draufgelegt, obwohl ein Sanierungsstau in Höhe von 700 Millionen Euro besteht, weil seit Jahrzehnten Museen, Theater, Bibliotheken und Archive vernachlässigt wurden und die Kosten demzufolge ständig anwachsen.

Diese Summe von 700 Millionen Euro stellt nur die ermittelten und bezifferten Kosten dar. Es gibt darüber hinaus bayernweit zahllose Kultureinrichtungen, die sanierungsbedürftig sind. Insgesamt dürfte der Sanierungsbedarf mit Sicherheit die Milliarden-Euro-Grenze übersteigen.

Kommen Sie mir jetzt aufgrund dieser Ausführungen bloß nicht wieder mit Ihrem Mantra, wir würden Bayern schlechtreden. Nein, gerade weil es uns um Bayern und sein Wohl und Wehe geht, müssen wir die Finger in die Wunden legen, die Sie wie bei einem kleinen Kind wegzublasen versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Blick auf die auslaufenden Sonderprogramme ist sehr aufschlussreich. Da gab es einmal das "Klimaprogramm Bayern 2020" mit einem Gesamtvolumen von 350 Millionen Euro. Es ist ausgelaufen. Trotz der Energiewende, bei der nach den Worten von Minister Zeil Bayern Maßstäbe setzt, gibt es keine adäquate Fortsetzung. Ein Beispiel für Ihre Halbherzigkeit ist die energetische Sanierung staatlicher Gebäude, für die pro Jahr nur noch 20 Millionen Euro vorgesehen sind. Im Klimaprogramm war man einmal bei 45 Millionen Euro. Wir haben deshalb die Verdoppelung der Ansätze gefordert. Wir werden das heute noch einmal zur Abstimmung bringen, weil wir sonst bis zum Ende dieses Jahrhunderts warten müssen, bis die staatlichen Gebäude alle energetisch saniert sind.

Das Programm "Bayern 2020 plus" und das Nord- und Ostbayern-Programm laufen aus. Für die 510 Millionen Euro gibt es keinen adäquaten Ersatz.

Das Sonderprogramm zur schnelleren Abfinanzierung der staatlichen Förderung mit 75 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2012 zugunsten privater Schulen, Sportstätten, kirchlicher Gebäude, der Landwirtschaft, für Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, zum Bau von Abwasseranlagen usw. wird trotz des nachweislich vorhandenen Bedarfs nicht weitergeführt.

Lassen Sie mich nun zum kommunalen Finanzausgleich kommen, der vom Volumen unbestreitbar den bisher größten Umfang einnimmt. In Baden-Württemberg – ich habe es schon ausgeführt – ist er vom Volumen her aber noch höher. Weil wir die Not der Kommunen mit Blick auf ihre Verschuldung sehen, haben wir einen kommunalen Schuldungstilgungsfonds vorgeschlagen, ausgestattet mit 99 Millionen und 95 Millionen Euro. Sie haben dem nicht folgen können. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden setzen wir uns dafür ein, dass die Verbundquote auf zumindest 15 % angehoben wird; denn eine höhere Verbundquote bedeutet mehr Schlüsselmasse, bedeutet mehr Schlüsselzuweisungen, bedeutet, dass die Kommunen, die jetzt schon Schlüsselzuweisungen bekommen, mehr Geld erhalten und insgesamt mehr Kommunen überhaupt Schlüsselzuweisungen bekommen. In einem Vergleich der alten Flächenländer ist Bayern mit einer Verbundquote von 12,5 % und im nächsten Jahr von 12,75 % Schlusslicht. Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen haben 23 %, Rheinland-Pfalz 21 %, das Saarland 20,55 %, Schleswig-Holstein 17,7 %, Niedersachsen immerhin jetzt schon 15,5 %. Vielleicht wird es ja mit der Festschreibung einer angemessenen Finanzausstattung in der Bayerischen Verfassung besser.

Aller Enttäuschung darüber zum Trotz, dass wir uns in zu vielen Fällen nicht durchsetzen konnten, will ich aber auch erwähnen, dass wir das eine oder andere bewegt haben. Auf Anträge, die Sie reflexartig abgelehnt haben, folgte in den Nachschublisten doch noch ein Aufschlag, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnbauförderung, in der Bildungspolitik, für die Verwaltungsangestellten an Schulen, für die Rehabilitationen von Menschen mit Behinderungen, für die Betreuungsvereine, die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, für die Bamberger Symphoniker und letztlich

auch für das Kulturkonzept. Auch gestern und heute wieder – lassen Sie mich das zum Schluss ausführen – wurde mehrfach das Schwarz-Weiß-Bild an die Wand gemalt, die Opposition fordere nur, Sorge sich aber nicht um die Deckung der Ausgaben. Ich weise diese Unterstellung jedenfalls für die sozialdemokratische Fraktion mit Nachdruck zurück. Wenn Sie das uns gegenüber behaupten, dann bedeutet das nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie sich gar nicht die Mühe gemacht haben, die Vorschläge der SPD ernsthaft zu prüfen und zu saldieren. Wir haben uns ebenso um einen ausgeglichenen Vorschlag bemüht wie die Regierungsfaktionen und die Staatsregierung, allerdings haben wir andere Schwerpunkte gesetzt und werden das auch in künftiger Regierungsverantwortung tun.

Wir werden aber anders als die Fraktionen von CSU und FDP nicht Schulden ausblenden, die tatsächlich vorhanden sind und keine unlauteren Vergleiche anstellen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, das Beste für Bayern zu tun und nicht andere Länder zu bevormunden und zu belehren sowie Äpfel mit Birnen zu vergleichen und damit über die eigenen Schwächen hinwegzutäuschen. Auch das ist ein Stück Wahrheit und Klarheit, wie wir es von einem Haushalt erwarten. Da ihr Zahlenwerk diesen Prinzipien leider nicht entspricht, können wir ihm auch nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächstem Redner darf ich für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herrn Manfred Pointner das Wort geben.

Manfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister, Sie haben heute Vormittag den Dank an alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie alle Arbeitgeber dafür ausgesprochen, dass sie dafür gesorgt haben, dass Bayern im letzten Jahr, in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten gehabt hat bzw. haben wird. Sie haben nicht vergessen, auch die Arbeit der Staatsregierung einzubeziehen. Sie haben aber Verantwortliche vergessen, die ganz wesentlich dazu beigetra-

gen haben, dass es den Bayern so gut geht. Das sind die Kommunen und die kommunalen Vertreter. Ich darf darauf hinweisen: Es gibt keine Gewerbeansiedlungen und keine Betriebsansiedlungen, wodurch Arbeitsplätze geschaffen und Steuern bezahlt werden, wenn nicht Verantwortliche auf kommunaler Ebene tätig würden, die für Erschließung, für die Bereitstellung der Grundstücke und deren Ausweisung sorgen und alles dafür tun, dass sich Unternehmen ansiedeln können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich weiß nicht, warum die Kommunen immer wieder vergessen werden. Das liegt vielleicht auch daran, dass neben CSU-Bürgermeistern, Landräten und Kreisräten auch – ich glaube das zumindest – FREIE WÄHLER, SPDler und ein paar GRÜNE in der Verantwortung stehen. Diese machen draußen die Arbeit.

(Karsten Klein (FDP): Auch FDP!)

- Auch die FDP, Entschuldigung. Das stimmt, das hätte ich beinahe vergessen.

Heute ist von den Vertretern der Regierungsfractionen gesagt worden, Sie liebten alle Bayern. Ich muss sagen: Wir alle lieben Bayern und wir lieben damit auch euch, wenn ihr uns liebt. Wir haben in allen möglichen Funktionen – in den Gemeinden, in den Städten und ehrenamtlich – alles dafür getan, dass Bayern gut da steht. Ich möchte das klarstellen, weil es immer so herauskommt, als ob nur ein Teil der politisch Verantwortlichen das tut.

Wenn wir schon beim Dank sind: Ich darf mich beim Vorsitzenden des Ausschusses sowie bei den Kolleginnen und Kollegen und ebenso bei den Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Ressorts für den kollegialen Umgang bedanken. Ich kann mich leider nur für den kollegialen Umgang und den Versuch, alles gut hinzubekommen, bedanken. Ich kann mich nicht für den Ablauf des Verfahrens – gerade in den letzten Tagen – und auch nicht für das Ergebnis der Beratungen bedanken.

Für Außenstehende ist es kaum vorstellbar, wie in den letzten Tagen – der Vorsitzende wird es bestätigen – die Beratungen abgelaufen sind. Neben der ordentlichen Tagesordnung von weit über 100 Punkten haben wir noch zwei Nachtragstagesordnungen gehabt. Für jeden Einzelplan sind – bis auf eine Ausnahme – teilweise bis zu drei Nachschublisten gekommen. Dann kamen sozusagen als Sahnehäubchen die Tischvorlagen. Die Tischvorlagen kamen so kurzfristig oder gar nicht, dass ein Kollege einmal einen Antrag begründet hat, der noch gar nicht vorgelegen hat.

Dabei ist für uns keine gute Vorbereitung möglich gewesen. Wir haben die Anträge gar nicht mehr genau anschauen können, dann ist schon abgestimmt worden. Du kannst nichts dafür, das ist mir schon klar, das sind die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion gewesen. Aber so geht das natürlich nicht, dass man das so kurzfristig auf den Tisch legt und erwartet, dass man sich vernünftig mit den Dingen auseinandersetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es sind Anträge gewesen, die mit dem Titel 13 03 89305 gegenfinanziert worden sind. Das ist heute als Spielgeld oder als Feinjustierung bezeichnet worden. Ich habe aber den Eindruck gehabt, dass sich fast jeder Abgeordneter der Regierungsfaktionen austoben durfte. Das hat zu Anträgen geführt, die in jeder kleinen Gemeinde Bayerns von dem Bürgermeister allein hätten genehmigt werden können. Der Gipfel war ein Antrag über 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Man muss sich vorstellen: Der Haushalt hat über 47 Milliarden Euro und 5.000 Euro Zuschuss für ein Museum. Im Wissenschafts- und Kulturhaushalt haben wir 6 Milliarden und man muss einen Antrag über 5.000 Euro stellen.

Ein weiteres Beispiel waren die 30.000 Euro, die der Herr Ministerpräsident für zusätzliche Ehrungen gebraucht hat. Er hat immerhin 2,3 Millionen Euro für repräsentative Verpflichtungen und 376.000 Euro für Orden. Warum er die Summe nicht aus diesem Titel hat entnehmen können, ist mir nicht klar. Wir haben nichts dagegen gehabt und

haben zugestimmt, weil man Ehrungen durchführen soll, wenn es Menschen verdienen. Ich weiß aber nicht, wie die Finanzierung abgelaufen ist. Da hat wohl wieder irgendjemand bestimmte Vorstellungen gehabt und es beantragt. Wenn wir als FREIE WÄHLER solche Kleinbeträge gefordert hätten, hätte es geheißen, wir kämen von den Gemeinden.

Wir sind aber nicht nur mit dem Verfahren unzufrieden gewesen, sondern auch mit dem Ergebnis der Abstimmungen. Grundsätzlich – das ist auch vorhin gesagt worden – wurden alle Anträge, die von den FREIEN WÄHLERN und Vertretern der anderen Oppositionsparteien gestellt worden sind, abgelehnt. Dann ist über die einzelnen Tischvorlagen der Regierungsfaktionen oder über die Nachschublisten der eine oder andere Antrag von uns bzw. von der SPD oder den GRÜNEN, sogar manchmal in unveränderter Form, wieder aufgetaucht. Ich darf, was unsere Anträge betrifft, zum Beispiel den Antrag in Bezug auf das Verwaltungspersonal an Schulen, die Schulsekretärinnen, nennen. Wir haben das beantragt und dieser Antrag hat euch in Bewegung gesetzt. Das betraf auch die Städtebauförderung und die einzelbetriebliche Förderung. Ebenso galt es für die Sanierung von Dienstgebäuden. Auch dabei ist eine verdächtige Million genehmigt worden. Dem haben wir auch zugestimmt, weil es nichts schadet. Dann haben Sie auch im Kulturbereich beispielsweise einer Erhöhung der Zuschüsse für nichtstaatliche Orchester zugestimmt. Sie lachen, weil Sie wissen, wie es läuft.

Sie sind es gewohnt, dass die Anträge abgelehnt werden, wir können dies aber auch als erfolgreiche Arbeit für uns, das heißt für die FREIEN WÄHLER und die anderen Oppositionsparteien, werten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich möchte noch kurz auf die immer wiederholten Vorwürfe – wahrscheinlich kommen sie auch heute wieder – aus dem Regierungslager eingehen, unsere Anträge hätten soundsoviele Stellen mehr bedeutet und hätten zu Mehrausgaben geführt, die nicht

mehr finanzierbar wären. Hinsichtlich der Stellen möchte ich darauf hinweisen: Wir haben 300 Stellen für Verwaltungspersonal gefordert, Sie haben sie dann auch zeitversetzt gebracht. Wir haben noch 1.000 Stellen für Anwärter gefordert. Diese Anwärter werden nach ihrer Ausbildung zum Teil freierwerdende Stellen bei der Polizei, der Justiz oder den Finanzbehörden besetzen. Gerade bei den Finanzbehörden rechnen sich – wir haben schon sehr oft darüber diskutiert – diese Stellen. Bei Umsetzung der von uns gestellten Anträge wären natürlich Mehrausgaben für den Haushalt angefallen. Es handelt sich aber um Ausgaben, die ohnehin früher oder später notwendig gewesen wären. Als Erstes nenne ich die 600 Millionen Euro für einen Zeitraum von zwei Jahren für die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds. Wenn man die Anlage betriebswirtschaftlich betrachtet oder wenn man die Doppik – lieber Herr Kollege Barfuß, wir sind beide Befürworter der Doppik – schon eingeführt hätte, müssten wir feststellen, dass die Einzahlungen in den Fonds einer Schuldentilgung gleichgesetzt werden müssen, weil sie bestimmte, mit Gewissheit anfallende Ausgaben für die Zukunft einsparen.

Mir ist klar, dass man damit nur die Spitzen abfedern kann und der Staatshaushalt den Hauptteil leisten muss. Das war aber von vornherein so angelegt. Kollege Winter hat noch erwähnt, dass man das mit den eingesparten Zinsen leisten kann. Das hängt aber – das brauche ich nicht zu wiederholen, das haben wir in der letzten Woche schon diskutiert – von einer Menge Unwägbarkeiten ab.

Wir haben weiter 350 Millionen für den Breitbandausbau beantragt, der bei Ihnen im Haushalt in Form einer Verpflichtungsermächtigung enthalten ist. Wir wollten das Geld gleich drin haben, damit die Mittel gezahlt werden können, wenn die Programme umgesetzt werden. Sie haben ein 500-Millionen-Programm angekündigt, und das ist ein Teil davon. Diese Ausgaben werden kommen, wenn Sie das umsetzen; das Programm steht ja schon.

Wir haben zweimal 170 oder 180 Millionen als Kompensation für den Wegfall der Studienbeiträge eingesetzt. Das ist etwas, was Sie, mit Ausnahme der FDP, auch wollen.

Der Ministerpräsident hat schon erklärt, dass das kommen wird, und Rücklagen sind bereits gebildet worden.

Dann haben wir noch Anträge für die schulische und frühkindliche Bildung gestellt. Diese Mittel sollen für bessere Bildungschancen unserer Kinder und Jugendlichen sorgen und die Chancen auf gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land steigen lassen, vor allem für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Auch unsere Anträge auf Mittel für den Bestandserhalt an Straßen und Gebäuden und für energetische Sanierung weisen in die Zukunft und entlasten nachfolgende Generationen. Wenn wir die Doppik einführen würden, würde das zu einer Entlastung führen, weil in der Doppik die Abschreibung für diese Anlagen enthalten sein müsste. Wenn wir das einführen würden, wäre das keine zusätzliche Belastung für die Zukunft.

Wenn ich die Mittel der von Ihnen übernommenen Anträge, die ich vorhin erwähnt habe, abziehe, bleibt nicht mehr viel übrig. Wenn sich die Steuerschätzung als richtig erweist, werden wir Ende 2014 – das wurde heute von Kollegen Klein schon gesagt – eine Rücklage von 2,2 oder 2,3 Milliarden haben. Wir betrachten eine gewisse Rücklage durchaus als sinnvoll; dafür haben wir auch als Verantwortliche in den Kommunen gesorgt. Allerdings halten wir eine Milliarde für ausreichend, um auf kurzfristige konjunkturelle Schwankungen reagieren zu können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wir haben als Gegenfinanzierung die Rückzahlung des Flughafendarlehens von 251 Millionen gefordert. Dieser Forderung wollen Sie jetzt nachkommen. Während wir die Rückzahlung als Gegenfinanzierung für unsere Anträge betrachtet haben, wollen Sie diese Mittel für die zweite Stammstrecke verwenden. Da gibt es unterschiedliche Meinungen. Das ist nun einmal so entschieden worden. Wir werden sehen, was kommt und ob die 2 Milliarden reichen werden; ich verweise auf Stuttgart 21. Das muss dann die Planung ergeben. So schnell wird das ohnehin noch nicht gebaut.

Eines überrascht mich. Wir haben die Rückführung dieses Darlehens schon vor Jahren gefordert. Damals wollte der seinerzeitige Finanzminister Fahrenschon dieses Geld ins Eigenkapital überführen, damit die Flughafen München GmbH bessere Voraussetzungen hat, um an Kredite für Investitionen heranzukommen, zum Beispiel für den Bau des Satelliten und die dritte Startbahn. Die dritte Bahn wird aber nicht kommen. Wenn eine spätere Stadtregierung einmal anders entscheiden würde, dann kommt eben ein neuer Bürgerentscheid, und ich bin mir ganz sicher, dass der noch deutlicher ausfallen würde.

Offenbar wird dieses Darlehen dort nicht mehr gebraucht. Hinzu kommt – das muss man auch ehrlich sagen –, dass die FMG für dieses Darlehen einen höheren Zins bezahlt hat, als sie bei den Banken zahlen müsste, weil sie jetzt Gewinne macht. Die Zinsverluste aus den Jahren, in denen die FMG keine Zinsen zahlen musste, sind bei Weitem nicht ausgeglichen; das geht in die Milliarden. Deswegen wollten wir, dass die FMG wie auch andere staatliche Unternehmen eine Gewinnausschüttung macht. Ich denke da nur an die beiden Brauereien; das sind die einzigen Gesellschaften, die Gewinne abführen.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Und der Wald!)

- Richtig, der Wald führt auch Gewinne ab. Das hängt aber vom Holzpreis ab, während die Gewinnabführung der Brauerei nicht unbedingt vom Bierpreis abhängt.

Meine Damen und Herren, ich komme nun auf das Finanzausgleichsänderungsgesetz zu sprechen. Wir begrüßen es, dass Änderungen vorgenommen wurden, die wir als durchaus sinnvoll erachten. Die eine ist der Einwohnerzuschlag, im Volksmund auch Einwohnerveredelung genannt. Er ist von 108 Punkten, beginnend bei den kleinen Gemeinden, auf 112 Punkte erhöht worden. Bei 150 Punkten gibt es jetzt die sogenannte Kappungsgrenze.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Von vornherein war klar, dass die Landeshauptstadt München die einzige Stadt sein wird, die von der Kappungsgrenze betroffen ist und damit vergleichsweise weniger Zuweisungen erhalten wird. Der tatsächliche Rückgang von 100 Millionen auf jetzt 40 Millionen ist allerdings nicht nur auf die Veränderung der Kappungsgrenze zurückzuführen. Das liegt daran, dass die Landeshauptstadt München jetzt eine höhere Steuerkraft hat als früher. Mich hat aber erstaunt, dass nun die Münchner CSU den Oberbürgermeister heftigst attackiert, weil er sich nicht nachdrücklicher gegen diese Regelung gewehrt hat. Da sieht man mal wieder, wie scheinheilig die ganze Politik ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Sie müssten jetzt eigentlich den Oberbürgermeister in Schutz nehmen und Ihren Parteikollegen in München sagen, dass gerade Sie es waren, die bewusst die Lex München ins Spiel gebracht haben. Ebenso wie der Münchner Oberbürgermeister begrüßen wir diese Änderungen, weil sie für die kleinen und mittleren Gemeinden eine leichte Verbesserung ihrer Finanzausstattung erbringen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die unterschiedliche Steuerkraft der Kommunen nach wie vor der Hauptgrund für die zum Teil erheblichen Unterschiede bei der Finanzlage ist. Die Schlüsselzuweisungen können die unterschiedliche Finanzkraft nur zum Teil ausgleichen.

Eines muss ich jetzt auch klarstellen, weil da immer wieder gewisse Forderungen kommen: Wir wollen am vertikalen Finanzausgleich festhalten, weil bei einem horizontalen Finanzausgleich, also bei einem Ausgleich der Kommunen untereinander, einzelne Gemeinden für ihre Initiativen für mehr Einnahmen oder für bessere Bedingungen bestraft würden. Der Staat muss – so wird es bald in der Verfassung stehen – die unterschiedlichen Steueraufkommen, soweit das finanziell möglich ist, wenigstens teilweise ausgleichen. Er muss vor allem eine finanzielle Grundausstattung sicherstellen, die den Gemeinden nicht nur die Erfüllung der Pflichtaufgaben ermöglicht, sondern auch freiwillige Leistungen. Wichtig ist, dass die Investitionsfähigkeit der Gemeinden erhalten bleibt; denn 70 % der öffentlichen Investitionen kommen von den Gemeinden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist wichtig, weil es wieder Krisen geben könnte.

Wir haben in Bayern eine relativ große Zahl von finanzschwachen Gemeinden, vor allem in strukturschwachen Gebieten. Eine noch größere Zahl von Gemeinden bewegt sich in finanziell einigermaßen gesichertem Mittelfeld. Einige wenige Gemeinden sind überproportional reich. Diese reichen Gemeinden verwässern natürlich die Statistik, sodass der Staat immer darauf verweist, dass im Durchschnitt alles passt.

Meine Damen und Herren, für die finanzschwächeren Kommunen hat man die Stabilitätshilfen in Höhe von 75 Millionen eingeführt. Das ist für diese Gemeinden zwar hilfreich, kann aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Außerdem werden diese 75 Millionen aus der Verbundmasse – neben weiteren 625 Millionen – genommen, so dass die Verbundmasse um 700 Millionen gekürzt wird; der Rest bleibt für die Schlüsselzuweisungen. Entscheidende Verbesserungen der finanziellen Ausstattung der Kommunen können nur dadurch erfolgen, dass ihr Anteil an der Verbundmasse nach und nach angehoben wird. Sie haben das erkannt und haben, offenbar auf unsere Anträge in den letzten Jahren hin, den Anteil an der Verbundmasse ständig angehoben auf jetzt 12,75 %. Wir sind uns mit den kommunalen Spitzenverbänden aber darin einig, dass das nicht das Ende sein kann. Es ist zwar erfreulich, dass die Gemeinden mehr bekommen – das hängt auch mit der höheren Verbundmasse zusammen –, aber die kommunalen Spitzenverbände fordern 15 %. So weit wollen wir nicht gehen; denn diese Anhebung kann nur nach und nach erfolgen. Wir haben in unserem Antrag die Zahl von 13 % genannt. Diese Mehreinnahmen sollen in die Schlüsselzuweisungen fließen, weil das der richtige Ausgleich für die Gemeinden ist.

Schon traditionell sind unsere Anträge zur Kfz-Steuerkompensation und zur Schülerbeförderung. Ich sage, weil es sonst vergessen wird, immer: Ich kann mich noch gut an die Zeit erinnern, als die Kfz-Steuerbeteiligung bei 65 % lag und es bei der Schülerbeförderung 80 % waren. Dass man das nicht von heute auf morgen wieder so ma-

chen kann, ist klar; aber Anhebungen in diesem Bereich sind durchaus erforderlich, vor allem weil die Zahlungen aus der Kfz-Steuerkompensation in relativ gleicher Höhe bleiben.

Ich möchte auch sagen: Eine Verbesserung des Finanzausgleichs, mehr Geld im Finanzausgleich, nützt uns nichts, wenn sich auf der anderen Seite die Kosten für die Jugendhilfe und vor allem für die Sozialleistungen laufend erhöhen. Insbesondere die Eingliederungshilfe steigt, vor allem aufgrund der demografischen Entwicklung, ständig an. Das im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt versprochene Bundesleistungsgesetz liegt jetzt scheinbar auf Halde. Es muss unbedingt kommen. Denn kein Finanzausgleich nützt uns, wenn auf der anderen Seite die Gelder wieder in die Sozialleistungen fließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hoffen, dass das Gesetz im Frühjahr 2013 kommt und dass das dann endlich umgesetzt wird.

Zum Einzelplan 13 allgemein. Die Landesbank ist ein eigenes Thema. Darüber könnte man jetzt wieder eine halbe Stunde reden. Wir haben jetzt erfreulicherweise eine Rückzahlung bekommen. Diese Rückzahlung wird allerdings nicht für die Tilgung verwendet, sondern wird als Rücklage für mögliche Zahlungen aus unserer Garantie für eventuell eintretende Verluste, die 2014 erstmals abgerechnet werden, verwendet werden müssen. Dagegen kann man grundsätzlich nichts sagen. Nur, eines muss man auch sagen: Es sollen fünf Milliarden von der Landesbank zurückgehen. Davon stammen zwei Milliarden aus der Garantiesumme. Wenn das zum Ausgleich für die Zahlungen genommen wird, die wir für die Landesbank leisten müssen, können diese fünf Milliarden nicht für die Schuldentilgung verwendet werden.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es!)

Wir fordern einen Tilgungsplan; aber es bestehen natürlich auch viele Unwägbarkeiten, sodass nicht klar ist, ob das möglich ist. Die erste Unwägbarkeit sitzt in Österreich. Heute oder morgen wird dort entschieden, ob es zu einer Klage kommt. Ich hoffe und wünsche für uns alle und für die Landesbank, dass die damaligen Vereinbarungen mit den Österreichern im Rahmen der HGAA rechtssicher gemacht worden sind.

Meine Damen und Herren, zum Flughafen Nürnberg muss ich unbedingt noch etwas sagen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, schauen Sie bitte auf die Uhr!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ja. – ich freue mich, dass der Flughafen Nürnberg mit Ryanair jetzt eine Gesellschaft bekommt, die neue Flugbewegungen anbietet. Ich möchte gar nicht nachfragen, weil das Geschäftsgeheimnis ist. Ich kenne Ryanair von anderen Flughäfen. Es gibt eine Klage des Flughafens Münster/Osnabrück gegen Dortmund weil Ryanair keine kostendeckenden Gebühren zahlen will.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege!

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Ich hoffe und wünsche nur, dass das in Nürnberg anders ist und dass Nürnberg aus den roten Zahlen herauskommt. Im Jahr 2011 waren es 8 Millionen Verlust.

Ich komme zum Schluss. Wir müssen das Finanzausgleichsgesetz, das Haushaltsgesetz mit Haushaltsplan, leider ablehnen, da unsere Anträge nicht berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich darf nun das Wort an die Kollegin Claudia Stamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterreichen. Bitte sehr.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Der Weihnachtsmann oder das Christkind hat dieses Jahr besonders viele Helfer. Ich habe mir überlegt, welches Bild besser passt. Das Christkind ist heimisch bei uns und kommt auch aus Nürnberg; aber es ist definitiv ein zu großer Sympathieträger, als dass das Bild passen würde. Deswegen habe ich mich für den Weihnachtsmann entschieden. Bekanntlich wurde er aus den USA eingeführt, und bei uns glaubt niemand an den Weihnachtsmann. Auch an die Märchen, die Sie rund um den Haushalt hier in regelmäßigen Abständen, in Autosuggestionsübungen erzählen, glaubt niemand, außer vielleicht Sie selbst. Das war in den letzten drei Tagen wieder zu sehen. Sie stehen hier und verkünden mantraartig: Nur Bayern richtet's und nur in Bayern ist es gut. Details dazu erspare ich mir. Die hat mein geschätzter Kollege Halitzky heute Morgen schon genannt. Aber Ihre Reden rund um den Haushalt erfüllen fast alle Kriterien eines Märchens.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) - Prof.
Dr. Georg Barfuß (FDP): Die Menschen lieben Märchen!)

Charakteristisch für Märchen ist unter anderem das Erscheinen phantastischer Elemente. In Ihrer Mär vom Haushalt gibt es verschiedene phantastische Elemente – "phantastisch" im Sinne von "nicht der Realität entsprechend". Von den angeblich ausgeglichenen Haushalten seit 2006 mussten wir erst heute wieder hören. Nicht ein Haushalt seit 2006 war bei im Aufstellen ausgeglichen. Ein Beispiel dazu: Der Haushalt 2011 war bei seiner Aufstellung beim Finanzierungssaldo mit 1,7 Milliarden im Minus, und am Schluss war dort ein Plus von knapp 950 Millionen Euro. Das zeigt auch, dass all die Ungerechtigkeiten, die Sie bei den Beamten beschlossen hatten, völlig daneben waren, weil schon beim Haushalt 2011 die Steuereinnahmen ohne Ende gesprudelt sind.

Nun zur angeblichen Schuldenfreiheit bis 2030. Kollege Winter, Sie haben das beste Beispiel dafür gegeben, dass Sie selbst nicht daran glauben. In Ihrem Satz gab es

zwei Konjunktive und es war ein Wenn dabei: Wenn das, was der Ministerpräsident ... bis 2030 eintrifft,

(Georg Schmid (CSU): Wir schaffen das, keine Sorge!)

dann könnten wir das Geld abführen usw. Sie glauben selbst nicht daran.

(Georg Schmid (CSU): Ihr glaubt nicht daran!)

Es ist eine Mär, es ist ein Märchen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Ihr seid nicht einmal selbst auf diese Idee gekommen! So ein Blödsinn! Claudia, du enttäuschst mich! Wie kannst du so einen Unsinn reden?)

Bei diesen Märchen von der Schuldenfreiheit vergessen Sie regelmäßig die Landesbank. Die rechnen Sie einfach nicht dazu.

(Georg Schmid (CSU): Doch! Die rechnen wir schon dazu!)

10 Milliarden Euro rechnen Sie nicht mit dazu. Das sind aber Schulden.

(Georg Schmid (CSU): 32!)

- Nein, Sie reden von 22, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender Schmid. Schauen Sie es sich an!

(Georg Schmid (CSU): 22 plus 10 sind 32!)

Die verdeckten Schulden sind bei Ihnen erst recht kein Thema. Es gibt sie in dreistelliger Millionenhöhe, würde man den Pensionsfonds mit einbeziehen, den Sie nicht bedienen. Zu reparierende Straßen werden bei Ihrem angeblichen Schuldenabbau nicht berücksichtigt und es fehlen auch die Mittel für den Gebäudeunterhalt.

Bei den meisten Märchen steht inhaltlich ein Held im Mittelpunkt, der Auseinandersetzungen mit guten und bösen Kräften bestehen muss. Nach dem Schauspiel, das uns

die CSU-Fraktion heute Vormittag lieferte, als der Finanzminister geredet hat, können Sie sich jetzt aussuchen, wer in der CSU-Fraktion gut und wer böse ist. Der Held im Märchen ist vordergründig eine ganz schwache Figur wie zum Beispiel der jüngste Sohn.

Jetzt kommt aber der allergrößte Unterschied zwischen den herkömmlichen Märchen und Ihrem Märchen vom Haushalt: Die herkömmlichen Märchen gehen immer gut aus; Ihr Märchen wird nicht gut ausgehen. Sie haben es, obwohl Sie so viel Geld in diesen Haushalt einstellen, wieder nicht geschafft, auch nur annähernd die Weichen für eine generationengerechte Haushaltspolitik zu stellen. Grüne Haushaltspolitik tut das. Grüne Haushaltspolitik ist ehrlich und nachhaltig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das glaubt ja kein Mensch!)

Wie es aussieht, gibt es im Jahr 2013, also im Wahljahr, noch einen Nachtragshaushalt.

(Georg Schmid (CSU): Schlimm, schlimm!)

Dieser Nachtragshaushalt wurde bereits angekündigt. Es ist unglaublich, dass er, bevor überhaupt dieser Haushalt verabschiedet ist, schon in Gesprächen angekündigt wird. In diesem Nachtragshaushalt werden Sie die Studiengebühren abschaffen und sie eben aus dem Haushalt kompensieren, damit Sie die Wahl gewinnen. Sie werden hoffentlich endlich etwas für die Behindertenhilfe tun und Sie werden natürlich in die Energiewende investieren; denn nur dann kann die Energiewende auch gelingen.

Dieser Nachtragshaushalt wird sicher im Wahljahr kommen. Da werden dann ein paar Osterhasen durch die Gegend hoppeln, so wie jetzt der Weihnachtsmann und seine Helfer, mit Geschenken unterm Arm: der Hauptosterhase aus Nürnberg und ansonsten eben die Osterhasen aus der Gegend, die Geschenke unterm Arm.

Wir liegen nach den Nachschublisten, die wir vorletzte Woche im Ausschuss beraten haben, bei einem Haushaltsvolumen von knapp 47 Milliarden Euro für 2013 und für

2014 bei gut 48 Milliarden Euro, allerdings ohne echte Prioritäten zu setzen oder dem Haushalt etwa eine Struktur zu geben. Was machen Sie? Sie satteln einmal hier und einmal da ein bisschen drauf, kürzen dann aber sogar bei der Behindertenhilfe, und das in Zeiten von Inklusion. Ich finde, Sie sollten sich langsam einmal ein Wörterbuch zu Gemüte führen und schauen, was "Inklusion" heißt. Umsetzen tun Sie's garantiert nicht.

Die Staatsregierung schafft es noch nicht einmal, bei einem Volumen von 47 Milliarden Euro die Kürzung bei der Behindertenhilfe zurückzunehmen. Man brauchte wohl Spielgeld für die Fraktionen. 40 Millionen Euro haben Sie als Spielgeld zur Verfügung. Dieses Betrages bedarf es, um die Kürzung abzumildern. Sie haben die Kürzung nicht zurückgenommen. Das ist wirklich ein Armutszeugnis für Sie und die Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das beste Argument bei den Beratungen über die Behindertenhilfe und deren Kürzung habe ich im Ausschuss von der Sozialministerin gehört. Sie hat gesagt, "das ist ja nicht in ihrem Etat passiert, das ist ja beim Finanzminister passiert. Damit hat sie überhaupt nichts zu tun, weil das war der Finanzminister." Ich rate, ein bisschen weniger PR, ein bisschen weniger Öffentlichkeitsarbeit und dafür echte Sozialpolitik zu machen; das wäre gut.

(Georg Schmid (CSU): Ein bisschen langsamer, Claudia! Ich will das mitschreiben! Ich komme nicht mit!)

- Ich kann Ihnen, Herr Schmid, meine Rede nachher gern geben. Es wäre aber schön, wenn Sie mich jetzt erst einmal reden ließen.

40 Millionen Euro haben also die Regierungsfaktionen an Spielgeld. Das Finanzministerium hat Ihnen wohl nicht aufgeschrieben, dass Sie eigentlich 47 Milliarden Euro zur Verfügung haben, Herr Winter. Sie haben gerade gesagt, Sie brauchten das Geld,

um etwas zu gestalten. Sie haben eigentlich das Recht, über 47 Milliarden Euro zu verfügen. Aber das stand wohl nicht auf Ihrem Sprechzettel.

Auf dem Sprechzettel stand wohl auch, alle Anträge der Opposition einfach abzulehnen, egal, ob sie sinnvoll sind oder Geld umschichten oder sogar Geld streichen.

Ich bedaure sehr, dass der Herr Ministerpräsident nicht da ist. Sonst könnten wir vielleicht noch ein bisschen über Wolken und Sonne in der CSU-Fraktion philosophieren. Sehr geehrter Herr Schmid, das haben Sie ja gerade ausführlich getan.

Ich komme kurz darauf, was Kollege Pointner angesprochen hat. Wir sind mit Tischvorlagen überflutet worden. Über das Prozedere will ich jetzt nicht weiter reden; denn das hat er ausführlich getan.

Ich möchte mich an dieser Stelle aber ganz ausdrücklich bei Frau Fecke und ihren Mitarbeiterinnen im Ausschussbüro – da wurde wirklich eine Wahnsinnsarbeit geleistet – und natürlich auch bei unserem Offizianten bedanken. Ich will mich auch bei unserem Ausschussvorsitzenden bedanken, der während der Haushaltsberatungen meist die Ruhe bewahrt hat – bis auf gestern, als es um seinen Vorgarten in Höchstädt und um die Teilverlagerung des Finanzamts München ging. Aber vielen Dank dafür, dass Sie es meist geschafft haben, während der Haushaltsberatungen die Ruhe zu bewahren.

Ist Ihnen eigentlich aufgefallen, dass die Tischvorlagen für das Jahr 2013 sind? Ich nenne Stichwörter: Blindengeld, Lehrerinnenstellen. Die demografische Rendite ist bei 2014 nicht mehr drin. Rechnen Sie nicht mehr damit, dass Sie dann noch regieren? Es stimmt also nicht, dass Sie über den Wahltermin hinausschauen. Alles zielt auf die Wahl ab. Und das war's.

Mit den Tischvorlagen haben Sie wirklich etwas Gutes gemacht. Darin stehen auch Projekte, die wir wahnsinnig unterstützen. Aber den Menschen, die vor Ort mit ihrer Arbeit in Projekten, von mir aus Jadwiga oder Solwodi genannt, alles geben, nicht ein

bisschen Planungssicherheit für 2014 zu geben, sondern nur das Geld für 2013 einzustellen, ist ein Armutszeugnis, wenn man einen Doppelhaushalt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann komme ich zu Ihrem angeblichen Schwerpunkt: zur Bildung. Wie der Kollege Thomas Gehring schon ausgeführt hat, ist es erstens völlig normal und üblich, dass ein Drittel des Staatshaushalts für die Bildung ausgegeben wird. Das ist in allen anderen Flächenstaaten der Fall.

Zweitens bitte ich Sie, einmal genau hinzusehen. Straßenbau in kommunaler Verantwortung wird von Ihnen teilweise bis zu 100 % finanziert. Aber dies stimmt nicht ganz; es sind ungefähr 96 %. Aber die Sanierung von Schulgebäuden wird höchstens, allerhöchstens mit 50 %, meistens mit 30 % mitfinanziert. Wo ist denn da Ihr angeblicher Schwerpunkt Bildung? Das ist wirklich etwas anderes als dies.

Vor allem ist es Ihre Art, Politik zu machen, Bayern mit immer mehr Straßen zuzubetonieren. Es ist unsäglich, was Sie in große Projekte stecken, z. B. in Asphalt. Sie machen eine Großprojektepolitik.

Zum Stichwort "dritte Startbahn". Die ist zum Glück gekippt. Hoffentlich halten Sie sich an den Entscheid.

Aber schauen wir auch die A 94 an, die Sie, geschätzter Herr Minister Huber, auch auf Landesebene betreiben. Es ist unsäglich: Sie betonieren das schöne Bayern zu. Dafür ist Bayern eigentlich wirklich, wirklich, wirklich zu wertvoll.

(Zurufe von der CSU)

Das Gleiche gilt für die überdimensionierten Projekte im öffentlichen Nahverkehr. Ja, wir brauchen Geld. Ja, wir brauchen eine zweite Stammstrecke in München, um endlich die Pendler und Pendlerinnen zu entlasten. Wir brauchen aber keinen Tunnel, weil dann ein Projekt nicht in irgendeinem anderen bayerischen Landesteil mehr zustande

kommt. Der Tunnel wird sowieso nicht kommen, weil er nicht finanzierbar ist. Es ist immer noch eine Lücke da. Überhaupt an diesen Tunnel so lang hinzuplanen. Sie verbuddeln das Geld und helfen den Pendlern und Pendlerinnen damit kein bisschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So. und jetzt kann ich nur sagen: Ich hoffe, dass die Beamten und Beamtinnen nicht ein so löchriges Gedächtnis haben, wie Sie vielleicht denken oder es erhoffen. Alles, was jetzt im Wahljahr kommt, sind Ungerechtigkeiten, die Sie zu einem Zeitpunkt einführen, wo die Steuereinnahmen nur so gesprudelt haben.

In dem Haushaltsgesetz gibt es immer noch zwei Ungerechtigkeiten und haushalterische Unsinnigkeiten. Einerseits ist die Wiederbesetzungssperre haushaltsmäßig unsinnig. Außerdem ist die Eingangsbesoldung noch niedriger eingestuft. Aber das geschieht in einem Lebensabschnitt, in dem die Menschen eine Familie gründen wollen. Demnach ist das generationenungerecht. Nehmen Sie die Maßnahme sofort zurück. Die Steuereinnahmen sprudeln ja. Es gibt keine Legitimation für die Maßnahme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu diesem Haushalt haben wir natürlich Änderungsanträge gestellt. Ich weiß allerdings nicht, wie Sie, Herr Kollege Schmid, auf die abenteuerliche Summe kommen, die Sie vorgestern genannt haben. Sie haben entweder nicht gerechnet, weil Sie nicht rechnen konnten, oder Sie haben wider besseres Wissen nicht gerechnet und haben nicht unsere Anträge, wo wir gegenfinanzieren oder Geld streichen, mit eingerechnet.

An dieser Stelle danke ich meiner Fraktion noch mal ganz klar, die sich beschränkt und gesagt hat: Wir wollen einen Haushalt mit Prioritäten und wir wollen Anträge mit Augenmaß stellen. Ich sage ein herzliches Dankeschön an meine Fraktion.

Bei uns gibt es den Schwerpunkt Bildung von ganz klein bis zum Studium. Hier zeigt sich, dass wir niemandem das Blaue vom Himmel versprechen. Die frühkindliche Bildung: Wir wollen in die Qualität investieren, nicht in die Beitragsreduzierung. Reduzie-

rung, es ist keine Freiheit, es ist Beitragsreduzierung. Leider haben sich da die Sozialpolitiker und -politikerinnen der CSU von der FDP überrumpeln lassen, oder wie auch immer, weil überzeugend war es bestimmt nicht.

Unser zweiter Schwerpunkt ist Inklusion. Das ist ein Querschnittsbereich. Deshalb haben wir unsere Anträge zu mehreren Ministerien gestellt, damit in Bayern Inklusion endlich wahr werden kann.

Schließlich zur Energie. Eigentlich herrscht da fraktionsübergreifend große Einigkeit, vielleicht mit Ausnahme einer kleinen Fraktion des Hohen Hauses. Aber die Anträge der fraktionsübergreifenden Gruppe, wo man sich schon inhaltlich geeinigt hatte, diese dann mit Geld zu unterfüttern: Hierzu waren Sie wohl nicht in der Lage.

In diesen Tagen der Haushaltsberatung hatten wir ein interessantes Spiel. Hier stand ein SPD-Politiker, nämlich der Fraktionsvorsitzende Rinderspacher, der mit einem Zitat nach dem anderen des Kollegen Bernd Weiß von der CSU um sich gehauen hat. Kurz danach sprach der Fraktionsvorsitzende Schmid und haute mit einem Zitat des Landrats Adam um sich.

Ich werde es Ihnen jetzt ersparen, auch nur ein Zitat zu nennen, was der Ministerpräsident alles über seinen Finanzminister gesagt hat – und das auch noch mitten in der Haushaltsberatung -; denn bei solchen Auslassungen kommt tatsächlich etwas Sympathie für den Weihnachtsmann auf. Ein Weihnachtsmann, der ansonsten mit seinen Märchen landauf, landab zieht, versucht, die Menschen in dieser kalten Jahreszeit mit seinen Märchen etwas zu unterhalten, die aber einen relativ geringen Unterhaltungswert haben. Gleichzeitig verteilt er unstrukturiert, ohne Richtung und ohne echte Perspektive die Geschenke, um auf Stimmenfang zu gehen.

So einfach werden Sie es im Wahljahr 2013 aber nicht mehr haben. Bayern kann nämlich mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, da Sie in Ihrer Rede den Ministerpräsidenten erwähnt haben, möchte ich Ihnen und dem Hohen Hause zur Kenntnis geben, dass er in Berlin weilt und mit den Ministerpräsidenten der anderen Länder und der Bundeskanzlerin Gespräche zur Vorbereitung auf die morgige Bundesratssitzung führt. Ich bitte, ihn deshalb zu entschuldigen.

Nächster Redner in der Debatte ist der Kollege Professor Dr. Georg Barfuß für die FDP-Fraktion.

Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Ich versuche, es wieder ein bisschen ruhiger zu machen, wenn es Ihnen recht ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

- Aber nur, wenn es Ihnen recht ist. Ich kann auch laut.

Ich möchte mich zunächst bei den Kollegen Winter und Halbleib bedanken. Ihr wart beide hervorragende Vorsitzende. Es ist schon richtig, dass das ein bisschen viel war: eine Tagesordnung, eine Nachtragstagesordnung, eine Nachschubliste und noch diverse Tischvorlagen. Aber ich muss sagen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben dafür auch ein bisschen was gekriegt, das hat jetzt sogar die Kollegin Stamm gesagt.

Was ich nicht mehr hören kann, ist die blöde Zehn-Milliarden-Geschichte. Denn dann muss ich Ihnen immer wieder die 18 Milliarden der WestLB vorhalten, die 6 Milliarden in Berlin usw.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wir sind in Bayern! Bayerischer Haushalt!)

- Ja, ist schon klar. Ich will nur sagen, dass das nicht nur uns passiert ist. Wenn Sie woanders regieren würden, dann wäre es Ihnen auch passiert sein. Das will ich dazu nur sagen.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

Ich kann es nicht mehr hören, und ich sage das einfach, weil es mir langt. Schluss.

Wenn Sie eine Umfrage starten würden, wem die Leute wohl mehr zutrauen, dass Schulden abgebaut werden, Ländern mit einer schwarz-gelben Regierungskoalition, einer grün-roten oder rot-roten oder ganz knallroten, dann bin ich sicher, wie das Ergebnis ausfiele.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Von der FDP jedenfalls nicht! - Markus Rinderspacher (SPD): 100 Milliarden Schulden habt ihr in Berlin in vier Jahren aufgehäuft!)

Noch etwas zur Frau Kollegin Stamm: Gott sei Dank ist dieser Haushalt 2013/2014 kein Märchen, sondern in Kürze Wirklichkeit. Das unterscheidet uns von Ihren "Grüns Märchen", die Sie hier vorgetragen haben, falls Ihnen dieses Wortspiel gefällt. Mir jedenfalls gefällt es.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU)

Jetzt komme ich auf etwas anderes zu sprechen. Wir haben gerade gehört, dass unser Herr Landesvater mit den anderen in Berlin ist. "Dies ist ein absolut bescheuertes System", sagte der baden-württembergische Landesvater Kretschmann über den derzeitigen Länderfinanzausgleich. Er fügte hinzu, er habe Verständnis für den Kollegen Seehofer, der seine Kollegen in den anderen Bundesländern wissen ließ, er wolle das Bundesverfassungsgericht anrufen, wenn sich in Sachen Neuordnung nichts bewege. Auch Ministerpräsident Kretschmann schließt diesen juristischen Weg nicht aus, will aber im Gegensatz zu Seehofer die Klage als letztes Mittel sehen, falls sich

die Nehmer "einem Verhandlungskonzept verweigern". Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist jetzt das Hauptthema, denn Zahlen haben wir genug gehört.

Mir geht es darum, dass mir unser Land insgesamt mit dieser exorbitanten Staatsverschuldung im Bund und in den Ländern wichtiger ist als unser parteipolitisches Geplänkel. Wir alle miteinander, alle fünf Fraktionen in allen Landesparlamenten und im Bundesparlament, müssen den Bürgern den Nachweis erbringen, dass wir wirklich regierungsfähig sind und uns nicht in kleinlichem Zahlen-Hickhack hinüber und herüber verschleißen. Der Länderfinanzausgleich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, war zur Zeit seiner Gründung dazu da, im Bund einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, und das war auch gut so. Doch die Realität hat sich weiterentwickelt. Es gab eine Dynamik, es gab unterschiedliche Ereignisse. Ich nenne drei Bezugspunkte: die Wiedervereinigung, die Globalisierung und den EU-Binnenmarkt. Das hat natürlich auch die Struktur in den unterschiedlichen Ländern geprägt. Deswegen muss man neu darüber nachdenken.

Ich habe in Berlin studiert und ich liebe Berlin, das sage ich sehr offen. Nicht weil ich Berlin liebe, sondern weil ich die Situation dort kenne, sage ich: Die Bundeshauptstadt muss eine besondere Bundeshauptstadthilfe erhalten. Das kann man den Berlinern nicht dauernd vorwerfen, wenn sie für uns Repräsentationspflichten haben oder sonstige Dinge erledigen; denken Sie an die Sicherheitsvorkehrungen usw. Aber dann muss dies auch abgegolten sein.

Deswegen gilt aus meiner Sicht insgesamt: Die Schuldnerländer in unserer Republik müssen mit mehr Kontrollen ihrer Haushalte rechnen. Was wir den Beziehern von Sozialhilfe zumuten, das müssen wir nach meiner Meinung auch den Ländern als Regel vorgeben.

Ich als Bürgermeister und mein Kollege Pointner als Landrat waren gewohnt, dass wir unsere Haushalte jeweils der Kommunalaufsicht vorlegen mussten. Das ist heute noch so. Das muss in Deutschland für die Bundesländer und in EU-Europa auch für

die Staaten gelten. Nur so bekommen wir diese exorbitante Verschuldung, die wir alle haben, in den Griff.

Der 2010 gegründete Stabilitätsrat wird nach meiner Auffassung analog zur EZB, die auf europäischer Ebene die Hüterin der Währung ist, "Hüter der innerdeutschen Finanzstabilität werden müssen". Notorischen Schuldnersündern sollten Gelder aus dem Länderfinanzausgleich zuerst einmal auf ein Sperrkonto überwiesen werden, und zwar so lange, bis sie fiskalisch wieder im Einklang mit der Schuldenbremse im Grundgesetz sind. Wir müssen uns irgendwann einmal trauen, nicht nur zu bellen, sondern irgendwann einmal zuzugreifen. Sonst lacht uns jeder nur aus.

(Beifall des Abgeordneten Karsten Klein (FDP) und von Abgeordneten der CSU - Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr richtig!)

Vielleicht, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, könnte man auch einen – ich nenne es einmal so – Finanzkraftindex ähnlich den Steuermesszahlen, die wir aus der Kommunalpolitik kennen, konstruieren, der aus der Summe der Bemessungsgrundlagen Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbsteuer usw. bestünde, sodass wir dann wirklich das Besteuerungspotenzial des jeweiligen Bundeslandes gut abbilden könnten. Hier sind keine großen Sprünge zu erwarten, aber es ist, denke ich, schon ein ausreichendes Potenzial zu erzielen, um die Konsolidierung der jeweiligen Haushalte voranzubringen.

Die christlich-liberale Koalition in Bayern, die grün-rote in Baden-Württemberg, die schwarz-gelbe in Hessen und die rot-grüne Landesregierung in der Hansestadt Hamburg wollen aus diesem Grund Gespräche mit ihren Kollegen. Wir bleiben auch bei der Solidarität. Eine Gesprächsverweigerung wäre ein Akt der Nichtsolidarität. Wir wollen auch, dass die Anstrengungen zur Steigerung der eigenen Wirtschaftskraft stärker honoriert werden. Wenn einer keine Chance hat, nach vorne zu kommen, dann verliert er jede Hoffnung. Das muss man einbauen, und deshalb glaube ich, dass man eine Art Konsolidierungsbonus erfinden sollte. Aber wir müssen auch die Mentalität bre-

chen, die so klingen könnte: Wir können zwar autonom über unsere Ausgaben verfügen, aber für die Einnahmen sorgen nach wie vor Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg. Das ist das Gegenteil von Solidarität.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Herr Finanzminister, in Bayern handeln wir danach. Denn wir stärken die Schwächeren – logisch – auf Kosten der breiteren Schultern, Sie wissen, wen ich meine. Diese breiten Schultern bemühen sonst aber sonst Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, wenn es um das Verteilen der Steuerlasten geht. Jetzt haben Sie eben einmal die breiten Schultern.

Die Botschaft von Schwarz-Gelb lautet: Gutes Regieren soll sich lohnen, zuerst für die Bürgerinnen und Bürger des jeweiligen Landes, deswegen: nachhaltige Finanzpolitik; dann aber auch für die Politiker, die gute Politik machen, durch deren Wiederwahl. Jetzt kommt es: Wer nun die Guten und die weniger Guten sind, darum geht letztlich die Debatte in allen Fraktionen. Wer letztlich gewählt wird, das entscheiden in unserer Demokratie Gott sei Dank die Wählerinnen und die Wähler.

(Beifall bei der FDP)

Darauf wollen wir doch einmal hoffen und vertrauen. Deswegen sage ich Ihnen mit unserer wunderschönen bayerischen Nationalhymne: "Gott mit dir, du Land der Bayern." Ihnen allen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Görlitz das Wort erteilen.

Erika Görlitz (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das wäre jetzt so ein schönes Schlusswort gewesen, aber ich kann jetzt Ihre Erwartungen nicht enttäuschen und werde also auch auf den kommunalen Finanzausgleich eingehen.

Herr Kollege Wengert, wir sind stolz darauf, dass wir mit 7,8 Milliarden den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten vorlegen können. Das ist wirklich einen Applaus wert.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD):
Und aller Länder, nicht zu vergessen!)

Wir sind besonders stolz darauf, dass dieser Finanzausgleich,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Einschließlich Amerika!)

und zwar in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden, ganz starke Akzente zugunsten strukturschwächerer und kleinerer Gemeinden enthält. Genau dieser Bereich wird gestärkt, genauso der investive Bereich.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl!)

Zum allgemeinen Steuerverbund und zu den Schlüsselzuweisungen ist zu sagen: Wir haben auf einen Anteil von 12,75 % angehoben, aber das ist natürlich nicht vergleichbar, Herr Kollege Wengert, mit dem Steuerverbund von Baden-Württemberg.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dort ist er viel höher!)

Man kann das nicht 1 : 1 vergleichen, das haben wir Ihnen schon ein paar Mal nahezubringen versucht. In Bayern ist es halt anders. Wir haben einen Kfz-Steuerersatzverbund, wir haben einen Grunderwerbssteuerverbund, wir haben einen Familienleistungsausgleich. Würden wir diese ganzen Leistungen zusammenzählen, dann wären wir bei 26 % und könnten uns damit gut sehen lassen. Wir werden auch nicht auf Baden-Württemberg schimpfen, auch wenn sie 11.000 Lehrerstellen streichen. Das ist eine Entscheidung, die sie dort vertreten müssen. Wir wollen nur, dass Bayern so dasteht, wie es ist, und dass auch entsprechend dargestellt wird, wie Bayern für seine Kommunen sorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Eines muss man auch wissen. Den bayerischen Kommunen geht es von der Einnahmenseite her um einiges besser als dem Land. Die bayerischen Kommunen verzeichneten in den letzten zehn Jahren eine Steigerung der Einnahmen um 41 %. Wir reden jetzt die ganze Zeit von den guten Steuereinnahmen des Freistaates Bayern. Wenn ich das aber vergleiche, muss ich sagen, im Freistaat Bayern haben die Einnahmen nur um 35,2 % zugenommen.

Deshalb kann man hier feststellen: Obwohl es den Kommunen einnahmenmäßig sehr gut geht, haben wir den Finanzausgleich so ausgestaltet, dass er wirklich rekordverdächtig ist. Dazu stehen wir.

Die Schlüsselzuweisungen betragen knapp 2,9 Milliarden Euro. Dabei war für uns und auch für die kommunalen Spitzenverbände ganz wichtig, dass die kleineren Gemeinden ein stärkeres Gewicht erhalten und der Großstadtzuschlag für Städte ab 500.000 Einwohner entfällt.

Ein großes Anliegen ist es uns auch - da sind wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einig -, den schwachen Kommunen, die in Schwierigkeiten sind, besonders zu helfen. Wir haben die Bedarfszuweisungen vervierfacht. Für die Stabilisierungshilfe haben wir 100 Millionen Euro ausgewiesen. Damit haben wir die Möglichkeit, den Kommunen, die in Schwierigkeiten geraten sind, nachhaltig zu helfen. Es gibt einen Runden Tisch, der vereinbart hat, welche Kriterien zugrunde gelegt werden. Das sind ganz wichtige Voraussetzungen, um den Kommunen helfen zu können.

Ein weiterer Punkt ist die Investitionspauschale. Auch sie ist enorm erhöht worden. Der umlagekraftabhängige Mindestbetrag für kleinere Gemeinden wurde um ein Drittel erhöht.

In diesem Zusammenhang möchte ich gleich Stellung zu dem Antrag beziehen, über den wir heute noch abstimmen werden. Er stammt von der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN und betrifft die energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden. Die Kommunen haben schon jetzt weit mehr Möglichkeiten, solche Projek-

te anzugehen. Deshalb sind wir der Meinung, dass dieser Antrag nicht vertretbar ist. Wir werden ihn ablehnen.

Ein Wort noch zu den Bezirken. Auch die Bezirke haben zusätzliche Zuweisungen erhalten. Das versetzt die meisten Bezirke in die Lage, die Bezirksumlagen zu senken. Damit gibt es wiederum eine Entlastung für die Kommunen. Das ist im Haushaltsentwurf noch nicht einmal berücksichtigt. Die Bezirke haben tatsächlich eine höhere Pauschale erhalten.

Damit möchte ich es bewenden lassen. Aber, Herr Pointner, eines kann ich mir nicht ganz verkneifen. Wenn Sie sagen, wir hätten Ihre Anträge alle abgeschrieben und dann selbst eingebracht, frage ich Sie, warum Sie dem Haushalt dann nicht zustimmen wollen. Vieles müsste dann doch in Ihrem Sinne sein.

(Beifall bei der CSU)

An dieser Stelle möchte auch ich mich bei unserem Finanzminister und seinem Team bedanken, die einen Haushalt vorgelegt haben, dessen Rahmenbedingungen nicht immer einfach waren. Ein herzliches Dankeschön also an die Finanzverwaltung und unseren Finanzminister.

Zugleich möchte ich auch unserem Ausschussvorsitzenden Georg Winter danken. Die Ausschussmitglieder haben es erlebt: Wie ein Uhrwerk hat er uns durch den Dschungel an Berichten, Anträgen und Haushaltspositionen geführt. Ein dickes Kompliment dafür und ein herzliches Dankeschön auch Dir, lieber Georg Winter.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Schlussbemerkung lautet: Wir sind verlässliche Partner der Kommunen. Das haben wir unter Beweis gestellt. Wir werden das auch nicht ändern und werden deshalb auf alle Fälle unsere Zustimmung nicht versagen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Jetzt hat der Kollege Halbleib das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind nach dreitägiger Debatte hier im Plenum und nach wochenlangen Beratungen im Haushaltsausschuss am Ende der Haushaltsberatungen angekommen. Gleichwohl möchte ich noch ein paar Eckpunkte beleuchten, die unserer Fraktion wichtig sind.

Da wäre zum einen das große Wort von der Schuldentilgung zu nennen. Wir sollten auch bei diesem Doppelhaushalt die Haushaltswahrheit und -klarheit ernst nehmen, auch im politischen Sinne. Denn das, was hier stattfindet, ist keine echte, sondern maximal eine politische Schuldentilgung.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Sie sondern Luftblasen ab!)

- Herr Kollege, auch wenn Sie noch so vorlaut dazwischenrufen, sollte Ihnen doch klar sein, dass wir mit dieser Staatsregierung den größten Schuldenmacher in der Geschichte Bayerns haben. Das steht fest. Die Gesamtbilanz dieser Legislaturperiode lautet folgendermaßen: Am Wahltag des Jahres 2013 wird Bayern 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden haben als am Wahltag des Jahres 2008. Das ist die Bilanz! 8,5 Milliarden Euro mehr Schulden in dieser Legislaturperiode unter dieser Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Das können Sie nicht abstreiten. Das ist Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

Ein weiterer wunder Punkt kommt hinzu. Da können Sie so viel argumentieren, wie Sie wollen. Sie tilgen die Schulden auf Kosten der dringend gebotenen Vorsorge. Nicht getätigte Rückstellungen für absehbare Verpflichtungen sind ökonomisch neue Schulden. Sie verstecken die Verschuldung, anstatt sie konsequent anzugehen. Es ist schon ein besonderes Verständnis von finanzpolitischer Nachhaltigkeit, wenn man die Schuldentilgung auf Kosten der finanzpolitischen Nachhaltigkeit praktiziert. Es kann nicht funktionieren, intellektuell nicht, moralisch nicht und ökonomisch schon gar nicht.

Nächster Punkt: Sie beteiligen die Kommunen nicht an der Entschuldung des Staates. Das Wort "Stabilisierungshilfen", das im kommunalen Finanzausgleich jetzt genannt wird, ist bezeichnend. Es stabilisiert die Kommunen tatsächlich, aber genau auf dem schlechten Niveau und dem hohen Verschuldensstand, den sie haben und von dem sie ohne aktive Hilfe des Staates nicht herunterkommen. In dieser Hinsicht tun sie nichts. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen.

Von einem großen Schuldentilgungsplan, von dem lange Zeit die Rede war, ist weit und breit nichts zu sehen. Sie haben kein ökonomisches und auch kein rechtliches Konzept vorgelegt, das das Verhältnis von Schuldentilgung zu Steuereinnahmen einerseits zu den notwendigen Investitionen und Ausgaben andererseits widerspiegelt. Dazu haben wir von Ihnen nichts erfahren.

Wer Schulden abbauen will – auch das ist eine Erkenntnis im Bund wie in den Ländern –, kommt – eine wichtige Voraussetzung! – um Verbesserungen auf der Einnahmenseite nicht umhin. Das ist die einhellige Meinung des Sachverständigenrates, Herr Finanzminister. Sie verweigern sich wider besseres Wissen dieser Erkenntnis.

Wichtig ist auch mir, zum Abschluss dieser Haushaltsberatungen den Blick auf andere zu richten. Das ist hier immer wieder geschehen. Ich sage nur: Schauen Sie sich einmal die Landeshauptstadt München an. Dort wurden unter SPD-Führung seit dem Jahre 2005 die Schulden in Höhe von 3,3 Milliarden auf 1,3 Milliarden Euro gedrückt. Das war ein Schuldenabbau von insgesamt zwei Milliarden innerhalb weniger Jahre. 60 % der Münchner Verschuldung sind damit weg. Nur noch 40 % sind übrig geblieben. Das geschah nicht auf Kosten der Pensionsvorsorge, sondern es war alles ganz real. Der Freistaat unter Führung der CSU weist dagegen im Jahre 2012 immer noch 97 % der Schulden aus und selbst Ende 2014 werden es noch 93,5 % sein. Das, was Sie, meine Damen und Herren von der CSU, hier immer wieder beschwören und wo Sie hinwollen, hat Christian Ude in München schon längst erreicht und unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Zu Baden-Württemberg hat Kollege Wengert das Richtige gesagt. Ich will nur noch den naseweisen Bemerkungen der Kollegen von FDP und CSU ein paar Zahlen entgegenhalten.

(Zurufe von der CSU)

Ich kann begründen, worin die Naseweisheit besteht. Sie haben immer Nordrhein-Westfalen im Blick, wenn es um Fragen der Nettoneuverschuldung geht. Ich frage Sie, was in NRW für das Jahr 2013 pro Kopf an Neuverschuldung geplant ist. Die Haushalte dort sind mittlerweile aufgestellt. Es sind 195 Euro. Aber in Hessen besteht unter Schwarz-Gelb, unter maßgeblicher Regierungsbeteiligung der FDP und der Union seit mittlerweile 13 Jahren, eine deutlich höhere Nettoneuverschuldung als in Nordrhein-Westfalen. Dort liegt die Neuverschuldung 2013 bei 213 Euro pro Kopf. Das sind die Fakten, um die Sie sich einmal kümmern sollten. Als FDP würde ich mich schämen, solche Reden zu halten. Wo Sie Regierungsverantwortung tragen, geht es wesentlich problematischer zu als in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Sie sollten einmal die Nettoneuverschuldung, die in Berlin geplant ist und im Haushaltsentwurf steht, mit einem Bundesland vergleichen, in dem Sie seit über zehn Jahren regieren, nämlich Niedersachsen. Berlin und Niedersachsen haben absolut gleiche Werte und liegen bei 125 Euro Neuverschuldung pro Kopf. Das ist aber wieder typisch: Ihr McAllister und Ihre Regierungskoalition stehen in Niedersachsen vor einer Wahl. Sie blicken jedoch nur nach Nordrhein-Westfalen und Berlin. In Niedersachsen ist es genauso schlimm und problematisch wie in Berlin. Das wollen Sie aber bei Ihrer Ideologie nicht wissen. Sie sollten einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen und sie den Bürgern und dem Plenum des Bayerischen Landtags ehrlich mitteilen.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Im Januar ist Schluss in Niedersachsen!)

Ich halte es für einen großen Fehler, Bayern als Land darzustellen, in dem Milch und Honig fließen, wie das der Ministerpräsident getan hat. Das ist ein strategischer Fehler. Wir sind inzwischen maßlose Aussagen vom Ministerpräsidenten gewohnt. Das gilt auch für seine Rede, die Bayern als moralischen Maßstab bezeichnet. Diese Formulierungen dienen nicht dem Interesse Bayerns. Wenn wir Änderungen, die wir brauchen, beim Länderfinanzausgleich wollen, müssen wir deutlich machen, dass bei uns nicht Milch und Honig fließen und dass wir nicht der moralische Maßstab sind. Wir haben vielmehr landespolitische Aufgaben, für deren Erfüllung wir zusätzliche Mittel brauchen. Deshalb benötigen wir eine Reform des Länderfinanzausgleichs. Wir müssen zum Beispiel die große Schere bei der Wirtschaftskraft innerhalb Bayerns ausgleichen. Hybris ist die völlig falsche Art und Weise, auf die Probleme Bayerns zuzugehen. Diese Hybris wird sich rächen. Ich denke, insbesondere in der Haushaltspolitik dient eine realistische Selbsteinschätzung der Bewältigung der Zukunft. Davon kann bei Ihnen leider keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich zur Bewertung des Haushalts sagen: Wir sind in die Auftaktberatung des Haushalts mit der Einschätzung gestartet, dass dies ein Wahlkampfhaushalt, also ein Haushalt für das Wahljahr 2013 werden wird. An dieser Einschätzung hat sich nach dem Ende der Beratungen nicht allzu viel geändert. Die Steigerungen der Haushaltsraten, die im fortschreitenden Ablauf von Haushaltsberatungen das Normalste der Welt sind, sind diesmal allerdings übertroffen worden. Wir haben höhere Raten. Das spricht dafür, dass Sie im Wahljahr etwas Besonderes bieten wollen. Man darf aber nicht vergessen, dass es beim öffentlichen Dienst Einschnitte gab, die jetzt ausgeglichen worden sind. Dies erklärt zum Teil diese höheren Raten.

Sie sprechen immer von der Bildungsexplosion in Bayern. Hier muss man ehrlich sein. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Wenn wir einmal einen Zehn-Jahres-Vergleich anstellen, sind die Ausgaben für die Versorgung im Schulbereich um etwa 60 % gestiegen. Die Ausgaben für die Lehrer und die Schulen sind ohne Versorgungszahlungen um knapp 32 % gestiegen. Die Steigerung des Gesamthaushalts im Vergleichsrahmen 2005 bis 2014 stieg jedoch um 41 %. Somit besteht eine Schere zwischen der Entwicklung des Gesamthaushalts und der Entwicklung des Bildungshaushalts, die 9,2 Prozentpunkte ausmacht. Es kann keine Rede davon sein, dass die Steigerung des bayerischen Staatshaushalts vor allem der Bildung zugute käme. Die Zahlen beweisen leider das Gegenteil. Auch dies sollten Sie sich noch einmal im Haushaltsvollzug ansehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mehr Lehrer brauchen. Das wissen Sie auch. Dieser Haushalt gibt das aber leider nicht her.

Mit einem Wahlkampfhaushalt werden natürlich viele Fehler, Defizite und Kürzungen der Vergangenheit rückgängig gemacht. Das ist so beim öffentlichen Dienst, bei den Staatsstraßen, beim kommunalen Finanzausgleich und in der Justiz deutlich geworden. Leider besteht an vielen Stellen aber immer noch der Status quo. Die Großbaustelle Steuerverwaltung wurde heute früh schon thematisiert, wie auch die Personalausstattung der Polizei. Bei einem Wahlkampfhaushalt – wie könnte es anders sein – werden auch viele Versprechen in die Zukunft gegeben. Sie haben die digitale Zukunft Bayerns beschworen und das Kulturkonzept. Seit zwei Tagen will sich der Ministerpräsident auch um Franken kümmern. Die Versprechen, die Sie mit diesem Doppelhaushalt machen, offenbaren Ihre Regierungsschwächen in der Vergangenheit. Sie versuchen jetzt, die Defizite noch auf den letzten Metern aufzuarbeiten. Das werden wir deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir freuen uns, dass wir in den Haushaltsberatungen aus der Opposition heraus einiges bewegen konnten. Ihre rituelle Ablehnung unserer Änderungsanträge in allen Ehren; aber wir konnten doch über die politische Bande einiges erreichen. Wir sind

froh über Fortschritte, die wir angestoßen haben, zum Beispiel bei der Städtebauförderung, bei der Wohnungsbauförderung, bei den Lehrern, in der Bildungspolitik, bei den Verwaltungsangestellten, bei der Rehabilitation von Menschen mit Behinderung, bei den Heimatvertriebenen, bei den Bamberger Symphonikern und beim Kulturkonzept. Wir können als Opposition einiges auf unsere Haben-Seite schreiben, auch wenn Sie das in einer solchen Haushaltsberatung niemals zugeben würden.

Ein großes Sorgenthema bleibt jedoch, nämlich die BayernLB. Die CSU und der Finanzminister verstoßen bei diesem Thema leider gegen die Haushaltswahrheit und die Haushaltsklarheit. Herr Finanzminister, Sie sprechen wortwörtlich von einer Rückzahlung der staatlichen Beihilfe. Die Landesbank hat eine Garantiegebühr geleistet, also eine Gebühr für eine Garantie, die die Steuerzahler leider noch 1,6 Milliarden Euro in den nächsten Jahren kosten wird. Wenn Sie darin eine Rückzahlung an den Freistaat Bayern sehen, muss man vor jeder Rückzahlung der Landesbank an den Freistaat Angst haben. Diese Rückzahlung begleicht die Gebühr, die wir dafür erhalten, dass wir noch einmal 1,6 Milliarden Euro Steuergelder in die Landesbank stecken müssen. Um es vorsichtig zu sagen: Ich halte es für einen fragwürdigen Vorgang, wie Sie mit der Haushaltswahrheit und der Haushaltsklarheit umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, im Übrigen zeigt sich der Erfolg Ihrer Reise nach Österreich darin, dass die Österreicher definitiv gegen den Freistaat Bayern bzw. die Landesbank klagen werden. Wir müssen darüber nachdenken, ob wir Ihnen in der Zukunft noch die volle Reisefreiheit aus diesem Freistaat Bayern nach Österreich gewähren können. Wenn das Ergebnis Ihrer Vermittlungsbemühungen so aussieht wie das jetzige Ergebnis, dann kann uns vor einem solchen Finanzminister nur Angst und Bange werden.

(Beifall bei der SPD - Markus Rinderspacher (SPD): Jawohl! Da würde Herr Seehofer jetzt applaudieren! - Isabell Zacharias (SPD): Aber er ist wieder nicht da!)

Abschließend möchte ich kurz die Bewertung der Presse wiedergeben. Unabhängig davon, ob Sie die "Augsburger Allgemeine", den "Münchner Merkur" oder die "Süddeutsche Zeitung" gelesen haben. Die Aussagen lauteten: Bayern geht es gut. Von dieser Koalition kann man dies nicht behaupten. Angesichts der Hybris und der Überheblichkeit, mit der Sie diesen Doppelhaushalt zelebrieren wollen, ist die Bilanz sehr ernüchternd. Deswegen werden wir diesem Haushalt auch nicht zustimmen. Wir lehnen diesen Haushalt wegen offener Widersprüche und Schieflagen ab. Heute stellt sich die Frage: Herr Finanzminister, haben Sie überhaupt noch die Kraft, diesen Haushalt nach dem Beschluss des Bayerischen Landtags umzusetzen? Wenn ich von den Worten des Ministerpräsidenten ausgehe, kann ich nicht feststellen, dass Ihre Kraft dafür nicht ausreichen wird. Der Ministerpräsident hat den Finanzminister schwer beschädigt.

(Alexander König (CSU): Wenn der Herr Staatsminister die Kraft dazu nicht hat, wer soll sie dann haben?)

Die Frage lautet, ob der Finanzminister nicht aus Selbstachtung zurücktreten sollte. Dazu hätte er heute die Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Kolleginnen und Kollegen, bevor ich mit der Aussprache fortfahre, darf ich bekanntgeben, dass wir auf Antrag der CSU-Fraktion über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 in namentlicher Form abstimmen werden.

Frau Kollegin Kamm steht schon bereit.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich bedauern wir es sehr, dass unser Ministerpräsident gerade den Beratungen über diesen Tagesordnungspunkt nicht beiwohnt. Wir bedauern das zum einen wegen der Problematik des Finanzierungsausgleichs hier in Bayern und zum anderen, weil zu befürchten ist, dass sich unser Ministerpräsident im Bundesrat

dagegen ausspricht, dass die Impulse der Europäischen Union auf mehr Gleichstellung von Frauen in den Unternehmen aufgenommen werden. Das bedauern wir außerordentlich.

Jetzt zum Thema "Starke Kommunen in Bayern": Starke Kommunen sind Kommunen, die eine ausreichende Handlungskompetenz haben. An Handlungskompetenzen durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten und in eigener rechtlicher Hinsicht fehlt es bei vielen Gesetzgebungsvorhaben in diesem Hause, es fehlen den Kommunen aber auch Gestaltungsmöglichkeiten in finanzieller Hinsicht. Wir erleben es, dass nur ein Teil der Kommunen in Bayern hier ausreichende Gestaltungsmöglichkeiten hat. Wir haben bei den Kommunen in Bayern eine Spaltung zwischen gut und schlecht ausgestatteten Kommunen.

Eine Abfrage zur Mitte des Jahres 2012 hat ergeben, dass von 2.000 Kommunen 1.750 im Juni ihren Haushalt zur Genehmigung eingereicht haben. Davon haben wiederum nur 880 ihren Haushalt genehmigt bekommen. Alle anderen Kommunen haben Festsetzungen und Begrenzungen, vor allem Begrenzungen bei der zulässigen Kreditaufnahme, auferlegt bekommen. Der kommunale Finanzausgleich in Bayern liegt zwar auf einem für Bayern historisch höchsten Niveau. Die Ursache dafür liegt aber im Wesentlichen in der derzeit guten Situation bei den den Kommunen zustehenden Steuerverbundmitteln, nicht aber in den Leistungen des Freistaates Bayern. Die Leistungen des Freistaates Bayern sind nur um 2 % gestiegen.

Bei einem Fachgespräch zum Finanzausgleich haben wir auch erfahren, dass das Volumen des Finanzausgleichs, das die einzelnen Bundesländer leisten, in vielen anderen Bundesländern Deutschlands höher ist als in Bayern. Bei einer Neuregelung des Finanzausgleichs erwarten wir, dass Sie bei zukünftigen Änderungen des Finanzausgleichs nicht immer nur an einzelnen Stellschrauben drehen und sich hinter verschlossenen Türen nur auf den einen oder den anderen Punkt einigen. Wir möchten, dass diese Änderungen transparent erfolgen. Wir haben beantragt, dass eine Modellrechnung gemacht wird, wie sich das Finanzausgleichsgesetz, über das Sie demnächst in

nammentlicher Abstimmung beschließen, auf die Schlüsselzuweisungen an die einzelnen Kommunen auswirkt. Es wäre nicht zu viel verlangt, wenn man vergleicht, wie es nach der alten Situation gewesen ist und wie es nach dem neuen Finanzausgleichsgesetz in den Jahren 2010, 2011 gewesen wäre, wenn man an den einen oder anderen Stellschrauben drehen würde. Dann wüssten Sie wirklich, welche Kommunen die Gewinner und welche die Verlierer dieses Geldes sind. Dann wüsste man, welche Änderungen richtig und welche Änderungen nicht richtig sind.

Wir beklagen es außerordentlich, dass die Änderungen am Finanzausgleich lediglich mit den Spitzen der kommunalen Spitzenverbände und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses unter Abwesenheit der Vertreter der anderen Landtagsfraktionen im Finanzministerium ausgehandelt werden. Bei diesen Verhandlungen werden nicht die Interessen aller bayerischen Kommunen vertreten. Wir haben bei unserem Fachgespräch gute Beispiele dafür kennengelernt, wie es in anderen Bundesländern abläuft. Die kommunalen Spitzenverbände können immer nur die Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder vertreten. Auf einen speziellen Bedarf und auf spezielle Probleme einzelner Kommunen können sie nicht Rücksicht nehmen. Andere Bundesländer finden dafür einen Ausweg, Bayern bisher leider nicht.

Ein wichtiger Punkt ist, dass viele Kommunen von der Substanz leben. Ich habe eine Anfrage an das Finanzministerium gestellt, auf welche Höhe sich nach Auffassung der Bayerischen Staatsregierung der Sanierungsstau bei Schulen, Kindertagesstätten und bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren beläuft. Die Antwort lautete: Erkenntnisse bzw. statistisches Material über einen aktuell bestehenden Sanierungsbedarf liegen dem Staatsministerium nicht vor. Angesichts eines unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwands sowohl bei den Regierungen als auch bei den Kommunen werde von einer Erhebung abgesehen. Ich finde das unglaublich. Sie sagen, die Kommunen seien gut ausgestattet. Sie interessieren sich aber überhaupt nicht dafür, wie es vor Ort aussieht. Eine Statistik, die Sie selber gefertigt haben, müsste Ihnen schon zu denken geben. Auf der Grafik Nummer sieben Ihrer Schaubilder, die im Übrigen

höchstergänzungsbedürftig sind, haben wir gesehen, dass es in den Jahren 2008 und 2009 bei den Kommunen eine erhebliche Investitionsspitze gegeben hat, die anschließend wieder abbrach. Das war das Konjunkturprogramm. Wir haben einen erheblichen Finanzierungsstau bei den bayerischen Kommunen. Wir hätten die Mittel des Konjunkturprogramms siebenmal ausgeben können. Mir haben die Regierungen versichert, dass bei ihnen ein Vielfaches von Anträgen eingegangen ist. Leider sind jetzt keine Mittel vorhanden. Es wäre daher dringend nötig, dass Sie dem Antrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN zustimmen, wenigstens 40 Millionen für die Förderung der Sanierungsmaßnahmen durch Kommunen mehr einzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Krippenausbau ist auch ein etwas ärgerliches Thema. Sie müssten die Kommunen beim Unterhalt der Krippen besser unterstützen. Kosten- und Leistungsrechnungen zeigen: Drei Viertel der laufenden Kosten tragen derzeit die Kommunen. Interessant sind auch die kommunalen Schulen. Hier sieht man, wie wenig sich der Freistaat Bayern bei dieser Aufgabe engagiert. Lediglich ein Drittel der Personalkosten für kommunale Schulen wird vom Freistaat getragen. Das ist mehr als unzureichend.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich bitte auf die Uhr zu achten.

Christine Kamm (GRÜNE): Beim Sozialhilfeausgleich an die Bezirke besteht erheblicher Handlungsbedarf. Man kann nicht nach Berlin fahren und ein Eingliederungsgesetz versprechen, wenn die Kommunen nicht so weit entlastet werden, dass sie nur ein Drittel dieser Aufgaben zu tragen haben.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, Ihre Zeit ist um. Ich habe Ihnen schon über eine Minute zusätzlich gegeben.

Christine Kamm (GRÜNE): Das ist natürlich sehr nett, Frau Präsidentin. Wir brauchen aber einen Finanzausgleich mit mehr Weitblick und einer Orientierung auf die Aufgaben von morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte am Ende dieser Debatte, aber am Beginn meiner Rede noch einmal für alle Folgendes festhalten, damit es kein Missverständnis gibt: Aus dem Regierungshandeln dieser Koalition aus CSU und FDP ist kein einziger Euro Neuverschuldung entstanden.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Zehn Milliarden Schulden habt ihr gemacht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde zur Landesbank noch kommen. Dieses Handeln ist nicht nur in ganz Deutschland, sondern in ganz Europa beispiellos.

Am Ende dieser Debatte möchte ich auch mit einer Mär aufräumen, die die Sozialdemokraten immer wieder ans Tageslicht rücken. Es ist falsch, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln wollen, dass der Freistaat Bayern und die die Regierung tragenden Fraktionen von CSU und FDP die Kommunen in Bayern schlechterstellen als die Kommunen in anderen Bundesländern.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber selbstverständlich!)

Es ist ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen, wenn Sie die Verbundquote von 12,75 % in Bayern mit der Verbundquote von 23 % in Hessen vergleichen. Richtig ist – darüber haben wir schon ein paarmal diskutiert –, dass wir bei den Ausgaben aus unseren Steuereinnahmen auf dem absolut gleichen Niveau sind wie die anderen Bundesländer. Wir unterstützen unsere Kommunen nicht weniger. Das möchte ich an der Stelle auch noch einmal klarstellen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Lesen Sie einmal die Zahlen von Baden-Württemberg!)

Aktuell für 2013 haben wir 7,8 Milliarden Euro für den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht. Das sind 21,41 % unserer Steuereinnahmen. Das möchte ich für Sie nur noch einmal festhalten, damit Sie nicht wieder eine falsche Pressemitteilung herausgeben. Wenn Sie die Bedarfszuweisungen ansprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir den Betrag von 75 Millionen Euro, der bisher dafür vorgesehen war, auf 100 Millionen Euro erhöht haben, um vor allem Kommunen in Oberfranken zu unterstützen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr entschuldet sie nicht!)

Zu den kommunalen Finanzen gibt es noch viel mehr zu sagen. Aber falsch ist es definitiv auch, wenn Sie behaupten, dass die Finanzsituation der Kommunen in Bayern schlecht sei. Denn die objektiven Zahlen sehen einfach anders aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung der bayerischen Kommunen steht an der Spitze unter den westdeutschen Flächenländern. Wenn Sie alle Schulden zusammenrechnen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Vor allem in Oberfranken!)

beispielsweise auch die in allen möglichen Zweckgesellschaften, liegen wir im Durchschnitt auf Platz zwei hinsichtlich der Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gibt es mehr als genug Statistiken. Herr Kollege Rinderspacher, Sie haben dazu einmal eine Schriftliche Anfrage gestellt. Vielleicht werfen Sie hierzu einmal einen Blick auf Seite zwei. Dann werden Sie erkennen, dass es sich so verhält, wie ich es Ihnen gerade dargestellt habe. Deshalb wäre ich Ihnen sehr verbunden, wenn Sie in Zukunft nicht immer die Arbeit - -

(Zuruf von der SPD)

- Nein, die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen in Bayern ist Klasse und liegt auf Platz zwei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg!)

- Nein, Sie ist nicht doppelt so hoch wie in Baden-Württemberg.

Auf einen Aspekt möchte ich im Übrigen noch hinweisen, weil von dem Schutzschirm in Hessen, auf den wir gleich noch zu sprechen kommen, die Rede war. Die Pro-Kopf-Verschuldung der hessischen Kommunen ist doppelt so hoch wie die der bayerischen. Deshalb macht es Sinn, in Hessen einen Schutzschirm aufzuspannen. Wir aber helfen den Kommunen dort, wo es nötig ist.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Darf ich wieder einmal daran erinnern: Zwischenrufe ja, aber bitte nicht andauernd. So ist es nun einmal. Es gibt nur einen Redner hier am Redepult. – Bitte, Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch ganz kurz zum Thema Landesbank kommen. Denn dabei handelt es sich um ein wichtiges Thema, das uns schon die ganze Legislaturperiode über begleitet. Es ist richtig, wenn Sie darauf hinweisen, dass es eine der ersten Maßnahmen dieser Koalitionsregierung war, einen zweiten Nachtragshaushalt 2008 auf den Weg zu bringen, in dem wir 10 Milliarden Euro an Neuverschuldung aufnehmen mussten, um dieses Geld der Landesbank zukommen zu lassen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war schon Ihr Regierungshandeln!)

- Nein, diese 10 Milliarden Euro resultieren nicht aus unserem Regierungshandeln, sondern aus dem Handeln der Vorgängerregierung. Das muss man zur Klarstellung der Wahrheit dazusagen dürfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Ihr Koalitionspartner war's! Die CSU war's!)

Bevor Sie sich zu sehr freuen, möchte ich festhalten: Ich glaube, wir sind uns in der historischen Bewertung alle darüber einig, dass es damals wirklich alternativlos war,

die Landesbank in dieser Situation zu stützen, und zwar im vollem Umfang, und die Sparkassen sowie die Kommunen davon auszunehmen; denn sonst hätten Sie mit Ihren Oberbürgermeistern vor Ort – außer in München, die Münchner hätten es vielleicht stemmen können – viele andere große Probleme gehabt. Es verwundert nicht, dass die Spitzen der Sparkassen und dieser Kommunen permanent auf uns zugekommen sind und uns erklärt haben, wie dramatisch schlecht ihre Situation aufgrund der Landesbank ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf an dieser Stelle nochmals gesagt werden.

Wir haben damals noch eine zweite Maßnahme auf den Weg gebracht: nämlich einen Rettungsschirm für das ABS-Portfolio, in dem wir für 4,8 Milliarden Euro bürgen. Das sage ich an dieser Stelle deshalb, weil es in der aktuellen Situation wichtig ist. Wir haben erfreulicherweise, Herr Kollege Markus Söder, von der Landesbank 351 Millionen Euro überwiesen bekommen. Das geschah früher, als wir es erwartet haben. Zur Klarheit muss dazu gesagt werden, dass dies keine Rückzahlungen sind, sondern eine Vergütung auf unseren ABS-Schirm. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass wir eine klare Trennung vornehmen müssen. 1,96 Milliarden Euro wird die Bayerische Landesbank aufgrund dieses Schirms an den Freistaat Bayern zahlen, und 3 Milliarden Euro werden aufgrund der stillen Einlagen zurückgezahlt. Das soll an dieser Stelle nochmals erwähnt werden.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich ist es bedauerlich, dass wir in der Zeit bis zum Ende dieses Doppelhaushaltes allein 1,7 Milliarden Euro für Zinszahlungen aufbringen müssen, die die 10 Milliarden Euro, die wir für die Landesbank aufnehmen mussten, verursachen. Dieses Geld fehlt uns für andere Projekte. Aber noch einmal sage ich: Die Aufnahme der 10 Milliarden Euro – ich denke, darüber sind wir uns alle einig – war alternativlos.

Wir haben in der gemeinsamen Regierungszeit von CSU und FDP den Kurs hinsichtlich der Landesbank entschieden vorangebracht. Wir haben die Entpolitisierung voran-

gebracht, die auch im neuen Landesbankgesetz festgeschrieben wird. Das ist auf Ihrer Seite nicht bei allen auf Freude gestoßen. Wir haben das Thema Rechtsaufsicht behandelt, und wir haben vor, das Thema Beteiligungskauf und Beteiligungsverkauf im Landesbankgesetz neu zu regeln.

Ein Thema bleibt noch offen, das Thema Haftungsprivileg. Nach der Vorstellung der FDP-Fraktion ist es nicht mehr zeitgemäß, dass es dort ein Haftungsprivileg gibt. Dieses gehört abgeschafft, und zwar spätestens mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung. Ich hoffe, dass mit den CSU-Kollegen ein Einverständnis zu erzielen ist. Ich glaube, dafür ist die Zeit gekommen. Denn Risikobereitschaft und Haftungsmaßstab stehen in einem engen Zusammenhang. Auch das ist ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses über die Landesbank.

(Markus Rinderspacher (SPD): Was ist mit der HGAA?)

- Wir hatten einen Untersuchungsausschuss zum Fall HGAA. Ich glaube, die Aufklärungsarbeit, die gemeinsam von allen Fraktionen geleistet wurde, ist beispiellos in der Geschichte des Bayerischen Landtags.

(Markus Rinderspacher (SPD): Und die neuen Entwicklungen?)

- Die neuen Entwicklungen bestehen in juristischen Auseinandersetzungen. Ihre Mitglieder in der Landesbankkommission können Ihnen darüber sicher noch berichten. Der Ausgang ist abzuwarten. In Österreich findet auch ein Wahlkampf statt. Man soll nicht kleinreden, aber auch nicht dramatisieren, was dort vonstatten geht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist zitierfähig?)

- Es steht im Protokoll.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ach was?)

- Herr Kollege Rinderspacher, ich habe noch vier Minuten. Wir erwarten, dass die Republik von Österreich eine Klage einreichen wird. Vielleicht werden sogar zwei Klagen

eingereicht, nämlich aufgrund einer juristischen Position der HGAA und einer juristischen Position der Republik von Österreich. Die bayerische Landesbank hat "Gegenutachten" erstellen lassen, die zu einem anderen Ergebnis kommen. Ich bin kein Jurist, aber wenn die Auseinandersetzung ausgetragen werden muss, muss sie ausgetragen werden. Am Ende werden Gerichte zu entscheiden haben. Deshalb warne ich davor, die Situation romantisch zu verklären oder zu dramatisieren. Auf jeden Fall ist das Ergebnis, der Ausgang des Gerichtsverfahrens, nicht der aktuellen Regierung von CSU und FDP vorzuwerfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Am Ende meiner Rede möchte ich die Gelegenheit nutzen, Dank auszusprechen. Zuerst danke ich dem Ausschussvorsitzenden und CSU-Arbeitskreisvorsitzenden Georg Winter. Lieber Georg, vielen Dank für die gute Zusammenarbeit. In den letzten Wochen und Monaten haben wir sehr vieles gemeinsam auf den Weg bringen dürfen und müssen. Wir haben viel diskutieren müssen und durften viel Zeit miteinander verbringen. Für die partnerschaftliche, aber auch kritische Auseinandersetzung bedanke ich mich herzlich.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Dank gilt auch allen CSU-Kollegen im Haushaltsausschuss.

Natürlich möchte ich mich genauso bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition bedanken. Stellvertretend danke ich dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden. Lieber Volkmar Halbleib, wir sind zwar nicht immer einer Meinung, aber trotz allem verbindet uns eine partnerschaftliche, kritische Auseinandersetzung im Ausschuss. Deswegen richte ich an dich stellvertretend für alle anderen meinen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CSU und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Ich möchte mich auch beim Ausschussbüro bedanken, bei Frau Fecke, bei allen, die dort mitwirken und unsere Sitzungen so hervorragend vorbereiten, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Fraktionen, die uns jeweils in den Ausschuss begleiten. Besonders bedanke ich mich auch bei meinem Mithaushälter Georg Barfuß, der gemeinsam mit mir die Politik der FDP-Fraktion im Haushaltsausschuss vertritt.

Aus gegebenem Anlass, aber auch, weil es mir persönlich ein Anliegen ist, möchte ich mich – last but not least –, lieber Markus Söder und lieber Franz Pschierer, auch bei euch bedanken sowie beim ganzen Finanzministerium, bei eurem Haus, für die gute Zusammenarbeit der letzten Jahre, natürlich aber vor allem für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr. Wir haben gemeinsam über sehr viele Projekte diskutieren müssen. Das wird auch nächstes Jahr nochmals so weitergehen. Für diese vertrauensvolle Arbeit möchte ich mich recht herzlich an dieser Stelle bedanken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich auch bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche, wenn alle Reden abgeschlossen sind, eine gute Weihnachtszeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Für die Staatsregierung erteile ich jetzt Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch 45 Minuten.

(Zurufe: Was?)

Jetzt sind es noch 44 Minuten und 50 Sekunden. Ich habe überlegt, aber ich denke, ich schöpfe sie nicht aus.

(Beifall der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben heute Morgen schon Etliches besprochen. Es ist hier Vieles diskutiert worden. Ich möchte aus meiner Sicht einige Punkte beleuchten und ein, zwei Bemerkungen im Gesamtzusammenhang machen.

Ich habe das heute Morgen schon gesagt und bleibe auch jetzt dabei: Es ist wie überall im Leben, dass der Vergleich die entscheidende Grundlage ist und nicht das, was man sich wünscht. Man vergleicht, was in den deutschen Haushalten möglich ist, welche Politik andere angeboten haben. Man vergleicht im europäischen Verbund, und man traut sich sogar, über die Grenzen der Europäischen Union zu schauen und zu fragen: Wer macht vergleichbare Haushaltspolitik? - Es ist nicht vermessen, zu sagen, dass das, was der Bayerische Landtag in wenigen Minuten abschließend entscheiden wird, ein Signal der Stabilität ist, das weit über die Grenzen Europas hinausgeht. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CSU)

Das Besondere daran ist, dass wir nicht gegen, sondern mit Partnern und für Partner im staatlichen Verbund arbeiten. Das gesamte Kompendium der Finanzdaten wie Verschuldungsquote, Zinsquote und Investitionsquote ist absolut stark.

Der kommunale Finanzausgleich 2013 ist sehr stark. Ich sage allen ein Dankeschön, die daran mitgewirkt haben: den kommunalen Spitzenverbänden, ganz besonders Kollegen Winter, der bei den Verhandlungen dabei war, aber auch allen anderen. Dieser Finanzausgleich ist mit 7,8 Milliarden Euro ein Rekord. Wir haben eine Steigerung um 7,8 %. Der Anteil der Kommunen wächst stärker als der Haushalt. Die Erhöhung des allgemeinen Steuerverbundes – Frau Kollegin Görlitz hat zu Recht darauf hingewiesen, eigentlich haben wir mit allen Steuerverbünden 26 % - gibt den Kommunen wesentlich mehr Gestaltungsspielraum. Wir ermöglichen den Kommunen Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist ein ganz klares Signal an die Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben etwas gemacht, was man sich viele Jahre lang, vielleicht ein, zwei Jahrzehnte lang nicht getraut hat: Wir sind einen Schritt weitergegangen. Das ist nicht leicht. Jeder, der einmal ein solches Spitzengespräch führen durfte oder führen möchte, weiß, dass ein Interessenausgleich gefunden werden muss. Am Verhandlungstisch sitzen vier starke Partner: Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag und der Verband der Bezirke. Wir haben es gemeinsam geschafft. Ich sage dafür auch ein Dankeschön an die Spitzenrepräsentanten Uwe Brandl, Jakob Kreidl, Ulrich Maly und Manfred Hölzlein, dem Bezirkstagspräsidenten, für die ausgewogene Konzeption.

Die Bezirke sind seit vielen Jahren in einer schwierigen finanziellen Lage. Sie werden entlastet, wo es um sozialpolitische Fragen geht. Ein gerechter Ausgleich zwischen Städten und Gemeinden wird erreicht. Damit wurde es geschafft, einen für das ganze Land wichtigen Ausgleich zu finden, und zwar in zwei Bereichen: Zum einen ist es uns gelungen, mit den Stabilisierungshilfen, die wir jetzt vervierfachen, schon jetzt ein deutliches Signal zu setzen. Wie oft haben wir hier im Landtag darüber geredet, dass in Bayern die Schere zwischen einzelnen Regionen noch nicht geschlossen ist oder manchmal sogar größer wird. Der Raum München ist dank hoher Gewerbesteuererlösen stark und leistungsfähig, aber auch dank der hohen Leistungen der Staatsregierung von fast 3,5 Milliarden Euro, die pro Jahr in den Großraum München fließen. Andere Regionen haben es mit der demografischen Entwicklung schwerer.

Ein Beispiel: Von den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen, die in diesem Jahr ausgeschüttet werden, gehen insgesamt über 61 % nach Oberfranken und 28,3 % in einen der strukturschwächsten Landkreise, den Landkreis Wunsiedel. Das, meine Damen und Herren, ist ein gerechter Finanzausgleich, der auch den Schwächeren unterstützt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bedanke mich für die Bereitschaft zur Anhebung der Einwohnergewichtung bei den Schlüsselzuweisungen. Es gab viele Vorschläge. Es war nicht leicht, das zusammenzubringen.

Wir geben übrigens nicht nur gute Signale für die Kleinen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

sondern auch für einige Städte, die ebenso vor Herausforderungen stehen. Ein Beispiel ist die Stadt Augsburg. Die Stadt Augsburg hat ebenso Strukturprobleme. Es ist nicht nur eine Frage von groß und klein. Uns geht es auch um die Frage von stark oder schwach. Stärkere sind solidarisch mit den Schwächeren. Das ist im neuen kommunalen Finanzausgleich geregelt. Deswegen war die Resonanz dieses Mal, als wir die Berechnungen herausgeben konnten, nicht Unverständnis, sondern Sympathie, Wohlwollen und Unterstützung. Das ist ein gutes Signal für die Kommunen in Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich nenne eine weitere Herausforderung, über die gesprochen wird. Nicht umsonst entscheidet man in Europa über die Bankenunion. Nicht umsonst wird tagtäglich darum gerungen, welche Struktur der Banken künftig die beste ist. Jeder weiß, dass die Herausforderungen auf den Finanzmärkten liegen. Jeder weiß auch, dass wir in Deutschland insgesamt, nicht nur in Bayern, vor Herausforderungen stehen. Fast jede Landesbank in Deutschland geriet nicht wegen der jeweiligen Politik, sondern wegen der Veränderungen der Finanzmärkte und der Geschehnisse auf den Finanzmärkten in erhebliche finanzielle Schieflagen, angefangen bei der WestLB und der HSH über Baden-Württemberg und Sachsen bis Bayern. Überall zeigt sich ein ähnliches Bild. Die Dimensionen waren unterschiedlich, keine Frage, aber überall waren die Gründe dieselben. Deswegen überlegen wir auf allen politischen Ebenen, welcher der richtige Weg ist, um Banken zu unterstützen.

In dieser Zeit möchte ich noch einmal sagen: Das Parlament, aber auch die Staatsregierung und die Vertreter der Gremien haben sehr stark zusammengearbeitet. Ich möchte hier nicht nur dem Haushaltsausschuss, sondern auch den Mitgliedern der Kommission zur Parlamentarischen Begleitung der Krisenbewältigung bei der Landesbank mit ihrem Vorsitzenden Ernst Weidenbusch für die hoch kompetente Diskussion, die dort geführt wird, ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

All die Beratungen dort, auch der Streit, den es gegeben hat, waren produktiv. Man hat aus Fehlern gelernt und hat Dinge verändert. Damit wurde die Bank letztlich stabilisiert. Deshalb hat man ein Beihilfeverfahren abschließen können. Wir sind jetzt im Vollzug des Beihilfeverfahrens. Wir haben einen sogenannten EU-Trustee dabei, der die Schritte genau überwacht. Nicht nur die EU-Kommission sitzt mit am Tisch, auch die BaFin und die Bundesbank überwachen die Schritte. Deswegen sind übrigens die Möglichkeiten, zum Beispiel bei Corporate Governance etwas anders zu machen als das, was wir vorschlagen, außerordentlich begrenzt. Wir haben das Ziel, die Bank kleiner, regionaler, risikoloser zu machen und den Verbund mit den Sparkassen wieder zu stärken, um dieses Geschäft zu etablieren.

Mir ist völlig klar, dass man keine allzu großen Versprechungen machen darf; das wäre falsch. Das kann die Politik übrigens auch gar nicht, weil es operatives Geschäft ist. Dass sich trotz des schwierigen Umfeldes Gewinne stabilisieren und Rückzahlungen möglich sind, ist ein gutes Signal. Bei dem Ganzen geht es nicht darum, zu sagen: Meine Bank, deine Bank. Die Landesbank ist eine Bank für ganz Bayern, und alle Bayern sollten dafür einstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich will noch etwas zum Thema HGAA sagen. Auch da hat es eine, wie ich finde, bemerkenswerte Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben. Ich glaube, es war richtig, das alles zu tun. Jetzt geht es um die Frage, wie sich die Verantwortlichen in Öster-

reich verhalten. Unsere Rechtsposition – Kollege Klein hat das, wie ich finde, gut dargestellt – ist klar. Die Landesbank hat übrigens in den Gremien, ob im Haushaltsausschuss oder in der Landesbank-Kommission, die Rechtsposition dargestellt. Diese wird durch Rechtsgutachten und durch tatsächliches Verhalten klar bestätigt. Die HGAA hat im Rahmen des Beihilfeverfahrens deutlich gemacht, dass die Bank bereits lange saniert sei. Von einer "gesunden Bank" zu sprechen, ist ein klares Indiz dafür, dass es sich um Darlehen und nicht um Eigenkapital handelt. Bis zur letzten Woche gab es auch eine klare Botschaft zur Zurückzahlung von Darlehen und Zahlung von Zinsen. Auch das ist ein konkludentes Verhalten. Herr Halbleib, wir haben eine eindeutige Position. Sollten sich Österreich oder die Gremien der HGAA anders entscheiden: Wir setzen darauf, dass es keinen Anlass gibt, Vergleiche und Ähnliches zu schließen. Wir wollen unser Geld zurück. Alle Bayern sollen dabei mithelfen, die Rechtsposition zu stützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich könnte noch vieles erwähnen, meine Damen und Herren. Ich will zum Schluss nur noch eines aus meiner Sicht sagen, weil wir dann auch zur Abstimmung kommen wollen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich möchte noch ein Dankeschön sagen. Es waren über 14 Sitzungstermine zum Doppelhaushalt mit über 40 Sitzungsstunden und 586 Anträgen. Die Beratung eines Doppelhaushalts ist eine Mammutaufgabe. Alle Ausschüsse des Landtags leisten großartige Arbeit, aber keiner muss ein solches Durchhaltevermögen haben wie der Haushaltsausschuss. Der Haushaltsplan umfasst rund 15.400 Haushaltstitel und hat rund 5.180 Seiten. Das ist schon eine große Leistung, wenn ich das an dieser Stelle einmal sagen darf. Deswegen möchte ich nicht nur dem Vorsitzenden, sondern allen, die daran mitgearbeitet haben, ein Dankeschön sagen. Dies ist Parlamentsarbeit vom Feinsten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich hoffe und wünsche mir, dass wir diesen Haushalt auf den Weg bringen. Ich glaube wirklich, dass er nicht in erster Linie ein gutes Signal für politische Kräfte ist. Bei allem, was wir tun, dürfen wir eines nicht vergessen: Wir denken an Stellen, Prognosen, Wahlen und Ähnliches mehr. Lassen Sie uns diese Tage an diejenigen denken, für die wir das machen: Für die Bayern.

(Inge Aures (SPD): Und die Franken!)

Die Bayern haben mit ihrer Leistungsfähigkeit die Grundlage dafür gelegt, dass wir im Parlament klug darüber entscheiden können, was wir mit ihrer Leistung machen. Diese Leistung geben wir zurück. Die Steuereinnahmen sind die Leistungsbilanz der Bayern. Mit der Struktur, so wie wir sie heute beschließen, geben wir die Leistung zurück. Dafür ein Dankeschön. Schöne Weihnachten und uns allen ein gutes neues Jahr, damit wir im neuen Jahr genauso kräftig und kraftvoll miteinander umgehen können.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13464, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 16/15097 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14791 mit 14794 abstimmen. Be-

steht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? – Danke schön. Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das übereinstimmend so beschlossen. Der Landtag übernimmt diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe, dass dem § 3 eine neue Nummer 3 angefügt wird. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 16/15097.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Dafür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Sie haben fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.14 bis 18.19 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmkarten auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

(Unterbrechung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich nehme die Sitzung wieder auf und gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über das Finanzausgleichsänderungsgesetz

2013 bekannt. Mit Ja haben 84 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 52, Stimmenthaltungen gab es keine. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013)".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Ich denke, dass meine Stimme laut genug ist. Jetzt findet gerade keine namentliche Abstimmung statt, sondern ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/2014, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14687 mit 16/14696, 16/14798 mit 16/14802, 16/14804 mit 16/14808, 16/14835 mit 16/14842 und 16/15139 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15019 zugrunde.

Vorweg lasse ich in einfacher Form über den Änderungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/14801 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/14801 betreffend "Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen? – CSU, FDP und SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nun lasse ich, wie bereits angekündigt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14807 und 16/15139 in namentlicher Form abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Pensionsfonds" auf Drucksache 16/14807 ab. Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Die Abstimmung ist eröffnet. Die Stimmabgabe kann losgehen. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.25 bis 18.28 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Wir führen in der Zwischenzeit die namentliche Abstimmung über den interfraktionellen Änderungsantrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude" auf Drucksache 16/15139 durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wiederum drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe den Wahlgang und unterbreche die Sitzung, bis ausgezählt ist.

(Unterbrechung von 18.33 bis 18.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungsergebnisse liegen vor. Wir können die Sitzung wieder aufnehmen. Ich darf die Ergebnisse bekannt geben. Zunächst das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag 16/14807, den Pensionsfonds betreffend: Mit Ja haben gestimmt 53, mit Nein haben gestimmt 82, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Nun das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag, die Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude betreffend: Mit Ja haben gestimmt 52, mit Nein haben gestimmt 81, Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15019 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind CSU und FDP. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Abs. 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 16/15019. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen.

Damit, Kolleginnen und Kollegen, ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2013/2014. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 16/13465, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821 mit 16/14824 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15102 zugrunde.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14821, 16/14822 und 16/14824 abstimmen. Besteht Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens beziehungsweise des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten und die Änderungsanträge sind abgelehnt. Zum Gesetzentwurf 16/13465 empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/15102.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU und die FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich zu erheben. – Das sind die Fraktionen der

CSU und der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 (Haushaltsgesetz 2013/2014)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 16/14823 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Damit ist die Haushaltsberatung abgeschlossen.

(Beifall bei der CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Mit einem herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen und einem Dank an die Mitglieder der Staatsregierung sowie einer Gratulation zu dem, was in diesen vielen Stunden der letzten drei Tage beraten und beschlossen worden ist, gehen wir jetzt auf den Weg in das neue Jahr. Ich empfehle Ihnen immer, draußen bekannt zu machen, dass der Haushalt des Freistaates Bayern für 2013/14 vom Parlament beschlossen worden ist. Denn dies ist die wichtigste Aufgabe, die wir als Parlament haben. Vielleicht kann man den Regierungen auch einmal sagen, dass nicht sie die Gelder bewilligen oder zur Verfügung stellen, sondern dass es sich um Mittel handelt, die wir hier beschließen.

(Alexander König (CSU): Das ist ein sehr guter Gedanke!)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 18: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013) (Drucksache 16/13464)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther		X	
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus		X	
Franke Anne			
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten		X	
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold		X	
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine		X	
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter			
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred		X	
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana		X	
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl		X	
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	84	52	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Pensionsfonds; (Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01) (Drucksache 16/14807)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	53	82	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Bernhard Roos SPD, des Abgeordneten Thorsten Glauber FREIE WÄHLER, des Abgeordneten Ludwig Hartmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2013/2014;; hier: Unterstützung der Kommunen bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude; (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drucksache 16/15139)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	52	81	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 18 bis 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

- I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013
(Drs. 16/13434, 16/15097)
- II. zum Einzelplan 13 und
(Drs. 16/15019)
- III. zum Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465, 16/15102)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2013 (Drs. 16/13434)	II. Einzelplan 13
1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464) Drs. 16/14791 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464) Drs. 16/14792 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464) Drs. 16/14793 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 16/13464) Drs. 16/14794	1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Bauunterhalt (Kap. 13 03 neuer Tit.) Drs. 16/14687 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Gesundheitsmanagement (Kap. 13 03 neuer Tit.) Drs. 16/14688 3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude (Kap. 13 03 neue TG) Drs. 16/14689 4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Haushaltsplan 2013/2014; hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH (Kap. 13 05 Tit. 121 33) Drs. 16/14690

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Darlehensrückzahlung Flughafen München GmbH (Kap. 13 06 Tit. 181 03 und 161 05)
Drs. 16/14691
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 16/14692
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 16/14693
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuersatzverbund (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 16/14694
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mittel für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 16/14695
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 16/14696
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD), Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuschüsse zur Sanierung von Synagogen (Kap. 13 03 Tit. 893 08)
Drs. 16/14808
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine weiteren Zuschüsse an die Forschungsförderung (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 16/14798
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen (Kap. 13 03 Tit. 893 05)
Drs. 16/14799
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Klimaschutz: Sparsamere Dienstfahrzeuge (Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 16/14800
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern (Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 16/14801
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV (Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 16/14802

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kommunalen Finanzausgleich: Entnahme kommunaler Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt
(Kap. 13 10 Tit. 883 01 und Tit. 883 03)
Drs. 16/14804
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuweisungen an die Bezirke gemäß Art. 15 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 08)
Drs. 16/14805
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Vorsorge erhalten: Versorgungsfonds weiterführen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61)
Drs. 16/14806
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsfonds
(Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14807
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung führt zu Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt
(Kap. 13 01)
Drs. 16/14835
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Bayerisches Kulturkonzept
(Kap. 13 03 Tit. 686 49)
Drs. 16/14836
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung des Titels
(Kap. 13 03 Tit. 893 05)
Drs. 16/14837
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Gezielte Stärkung der Zukunftsinvestitionen im Freistaat durch den Einsatz von Privatisierungserlösen
(Kap. 13 04 neuer Tit.)
Drs. 16/14838
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Pensionsvorsorge und Kommunen stärken
Tilgung der Staatsschulden reduzieren
(Kap. 13 06 TG 51 - 64)
Drs. 16/14839
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 16/14840
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Thomas Beyer, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 16/14841
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Stefan Schuster u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Zuführungen in den Bayerischen Pensionsfonds nach alter Rechtslage wieder aufnehmen
(Epl. 13 Anlage B Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 16/14842

III.

**Haushaltsgesetz 2013/2014
(Drs. 16/13465)**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465) hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b Drs. 16/14821 2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465) Drs. 16/14822	3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2013/2014 (Drs. 16/13465) Drs. 16/14824

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Susann Biedefeld

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Thomas Gehring

Abg. Julika Sandt

Abg. Oliver Jörg

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf – den Tagesordnungspunkt 16 legen wir noch ein bisschen zurück.

Haushaltsplan 2013/2014;

Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU und der FDP-Fraktion (Drsn. 16/14832, 16/14851 und 16/14852, 16/14870 mit 16/14893 und 16/14901),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 16/14643 mit 16/14658, 16/14833, 16/14834 und 16/14860),

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 16/14539 mit 16/14558)

sowie

Änderungsanträge der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 16/14625 mit 16/14640)

und

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/15138)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit von einer Stunde und 30 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 22 Minuten, auf die SPD-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktionen FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils elf Minuten und auf die FDP-Fraktion zehn Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 22 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeiten der Fraktionen verlängern.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich jetzt bereits darauf hin, dass beantragt wurde, über die Änderungsanträge Drucksache 16/14547, 16/14550, 16/14556,

16/14834 und 16/15138 einzeln, und zwar in namentlicher Form, abstimmen zu lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Jetzt erteile ich Herrn Staatsminister Heubisch das Wort.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, einen schönen Nachmittag! Die Beratungen des Einzelplans 15 des Wissenschafts- und Kunstministers für den Doppelhaushalt 2013/2014 waren auch in diesem Jahr von einem konstruktiven Geist geprägt, ausdrücklich möchte ich sagen: über die Parteigrenzen hinweg, oftmals mehr, als es sonst in diesem Haus möglich und üblich ist. Aber ich war auch in den Diskussionen im Haushaltsausschuss von diesem Zusammenwirken schon angetan. Ich kenne es auch anders. Ich möchte mich deshalb auch bei allen bedanken, die an diesem Werk mitgewirkt haben, allen voran bei dem nicht anwesenden Kollegen Winter und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, bei Ihnen, verehrter Kollege Jörg, und dem gesamten Ausschuss für Hochschule und Kultur, nicht zuletzt natürlich bei meinem Kollegen Georg Barfuß als unserem Berichtstatter.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Auch nicht da!)

In meinen Dank einschließen will ich ausdrücklich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Finanzministeriums, des Landtagsamtes und meines Hauses.

Verehrte Damen und Herren, der Einzelplan 15 ist mit seinen fast 6.000 Titeln auf über 1.700 Seiten der umfangreichste und sicher einer der inhaltsschwersten. Die Ausgaben erreichen im Jahr 2014 6,18 Milliarden Euro und überschreiten damit erstmals die 6-Milliarden-Marke. Das entspricht einer Steigerung von acht Prozent. Das hat auch gute Gründe. In Bildung, Wissenschaft und Forschung liegen die Schlüssel für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Kunst und Kultur sind Ausdruck unserer Identität,

das Fundament einer weltoffenen Bürgergesellschaft und auch von großer ökonomischer Relevanz.

Ich möchte zunächst auf einige wichtige Punkte im Hochschulbereich hinweisen. Unsere Universitäten haben mit ihrem hervorragenden Abschneiden in der Exzellenzinitiative in diesem Jahr erneut unter Beweis gestellt, dass sie zu den Besten in ganz Deutschland gehören. Inzwischen werden acht bayerische Universitäten im Rahmen der Exzellenzinitiative gefördert.

Unsere Hochschulen haben die Drittmittelausgaben von 1996 bis 2011 mehr als verdoppelt und damit ihre Leistungsfähigkeit im Wettbewerb um Projektmittel eindrucksvoll bewiesen, bei der EU, beim Bund und bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften haben ihre Drittmittelausgaben im gleichen Zeitraum auf knapp 50 Millionen Euro verzehnfacht und sich zudem als attraktive Partner der mittelständischen Wirtschaft in den Regionen etabliert. Trotz dieser herausragenden Erfolge werden wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, sondern müssen die Studienbedingungen an den bayerischen Hochschulen weiter verbessern.

Verehrte Damen und Herren, wir brauchen ausreichend viele Studienplätze. Das haben wir in der Koalition vereinbart, und das haben wir beim doppelten Abiturjahrgang dank einer vorausschauenden Planung, der vertrauensvollen Umsetzung gemeinsam mit den Hochschulen und einer Investition von rund 1,6 Milliarden Euro bis 2014 auch geschafft.

(Beifall bei der FDP)

Man kann sagen, das war ein enormer Kraftakt, eigentlich mit historischen Dimensionen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den Hochschulen gebühren unser Dank und unsere Anerkennung für diese großartige Leistung. Das war eben nicht "Dienst nach Vorschrift" an den Hochschulen, sondern auch sehr viele Überstunden bei einem so gewaltigen Pakt.

Jetzt gilt es, den vielen jungen Menschen, die bei uns studieren wollen, auch in Zukunft bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Ausbildung zu bieten. Die 3.000 Stellen, die wir zur Bewältigung des doppelten Abiturjahrgangs geschaffen haben, stehen dauerhaft und in vollem Umfang zur Verfügung. Im Nachtragshaushalt 2012 haben wir 400 weitere Stellen geschaffen. Im Haushaltsgesetz ermöglichen wir jetzt die Aufstockung auf insgesamt 800 Stellen. Zusammen mit den 440 Stellen, die wir geschaffen haben, um auf die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht zu reagieren, werden damit insgesamt 4.240 Stellen zur Verfügung stehen. Seit dem Jahr 2007 wurden damit an den bayerischen Hochschulen rund 50.000 neue Studienplätze geschaffen.

Um auch für die zusätzlichen Studierenden gute Bedingungen zu schaffen, werden die Ausgaben erhöht, und zwar um 57,5 Millionen Euro im Jahre 2013 und um weitere 2,6 Millionen Euro im Jahre 2014. Wissenschaftliche Einrichtungen und insbesondere unsere Hochschulen stärken den Freistaat aus den Regionen heraus. Hochschulen ziehen junge Leute an und steigern damit die Attraktivität, die Vitalität und die Wirtschaftskraft eines Raumes. Rund drei Viertel der Absolventen finden am Ort ihrer Ausbildung auch den Einstieg ins Berufsleben. Ich wiederhole ausdrücklich: Rund drei Viertel der Absolventen finden am Ort ihrer Ausbildung auch den Einstieg ins Berufsleben und decken mit ihrem Wissen und Können dort den großen Bedarf an qualifizierten Fachkräften.

Wissenschaftliche Einrichtungen in den Regionen fördern den Technologietransfer, unterstützen damit heimische Unternehmen in Forschung und Entwicklung und stärken somit deren internationale Wettbewerbsfähigkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Mit dem Aktionsplan demografischer Wandel, den wir heuer gestartet haben, wollen wir diese innovativen Impulse verstärken. Hierfür stellen wir Mittel zur Verfügung: 45,5 Millionen Euro im Jahre 2013 und 70,3 Millionen Euro im Jahre 2014. Hinzu kommen 56 neue Stellen zusätzlich zu den 121 Stellen, die im Nachtragshaushalt 2012

geschaffen wurden. Wir fördern damit eine Fülle von Projekten in allen Regionen Bayerns, beispielsweise in Niederbayern das Wissenschaftszentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing, das Konzept Technik Plus mit dem Department für Informationstechnik an der Universität Passau sowie dem Transferzentrum Technik und Innovation in Kooperation mit der Hochschule Deggendorf; in der Oberpfalz die Immuntherapie am Standort Regensburg sowie das Technologie- und Wissenschaftsnetzwerk Oberpfalz in Kooperation mit den Hochschulen Amberg-Weiden und Regensburg, der Universität Regensburg, dem Applikations- und Technikzentrum Sulzbach-Rosenberg sowie dem Wissenschaftszentrum in Straubing; in Mittelfranken den Nürnberg Campus of Technology als Kooperationsplattform der beiden Nürnberger Hochschulen, das Technologietransferzentrum in Weißenburg mit dem Schwerpunkt Kunststofftechnik in Kooperation mit den Hochschulen Ansbach und Deggendorf; in Oberfranken die Technologieallianz Oberfranken

(Beifall des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

in Zusammenarbeit mit den Universitäten Bamberg und Bayreuth, Herr Fraktionsvorsitzender, sowie den Hochschulen Coburg, Herr Abgeordneter und Herr stellvertretender Fraktionsvorsitzender König, und Hof – das möchte ich ausdrücklich betonen –; in Unterfranken die Max-Planck-Forscherguppe Systemimmunologie in Würzburg; in Schwaben das Technologiennetzwerk Bayerisch-Schwaben mit den Hochschulen Augsburg, Kempten und Neu-Ulm; in Oberbayern den Bavarian International Campus of Aerospace and Security

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

in Ottobrunn in Kooperation mit der TU München, der Universität der Bundeswehr, der Hochschule München, des Bauhauses Luftfahrt und der Unternehmen EADS und IABG.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir stellen uns in Wissenschaft und Forschung einer zweiten großen globalen Herausforderung, der Energiewende. In den nächsten

beiden Jahren investieren wir 62 Millionen Euro in energienahe Forschung in allen Landesteilen. Wir wollen mit den vielversprechenden Forschungsprojekten, die wir unterstützen, einen wichtigen Beitrag nicht nur zur Energiewende leisten, sondern auch dazu, dass die bayerischen Unternehmen ihre technologische Führung bei den erneuerbaren Energien erhalten und ausbauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SPD-Politiker Philip Rosenthal hat ganz richtig gesagt: Wer aufhört, besser zu werden, hat aufgehört, gut zu sein.

(Beifall bei der FDP)

Wir dürfen deshalb in unseren Anstrengungen nicht nachlassen und müssen unseren Hochschulstandort international sichtbar und hoch attraktiv präsentieren; denn, verehrte Damen und Herren, der weltweite Wettbewerb um die Besten ist in vollem Gange. Beste Studienbedingungen sind dafür sicherlich die beste Werbung. Mit zusätzlich zwei Millionen Euro jährlich werden wir deshalb Anstrengungen im Rahmen der Internationalisierung fördern.

Auch das Potenzial junger Frauen müssen wir besser erschließen, gerade in der Wissenschaft. Wir erhöhen deshalb die Mittel um 250.000 Euro und können damit die bewährten Maßnahmen ausweiten, unter anderem zur Nachwuchsförderung von Frauen sowie für Habilitations-, Postdoc- und Promotionsstipendien.

Das Modernisierungsprogramm Hochschulbau mit insgesamt vier Milliarden Euro in zehn Jahren werden wir fortsetzen. In den nächsten beiden Jahren stehen uns für den Hochbau insgesamt rund 811 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere Schritte müssen im nächsten Doppelhaushalt erfolgen. Von diesen Investitionen profitieren im Übrigen nicht nur die Hochschulen – sie sind auch ein Konjunkturprogramm, das Aufträge und Arbeitsplätze in vielen bayerischen Unternehmen sichert.

In der außeruniversitären Forschung investieren wir 414 Millionen Euro im Jahre 2013 und weitere 51 Millionen Euro im Jahre 2014. Wir setzen damit den Pakt für For-

schung und Innovation um. Das bedeutet eine Steigerung von 5 % pro Jahr für Forschungseinrichtungen, die vom Bund und den Ländern gemeinsam finanziert werden.

Verehrte Damen und Herren, wichtige Aufgaben unseres Ministeriums neben Wissenschaft und Forschung sind die Bereiche Kunst und Kultur. Kunst und Kultur sind kein Luxus, den man sich sparen kann, gerade in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Sie lassen sich nicht auf Euro und Cent reduzieren. Sie haben einen Eigenwert und bedeuten mehr. Kunst und Kultur sind auch nicht nur ein Kostenfaktor. Sie haben auch eine ganz handfeste ökonomische Relevanz bei Standortentscheidungen im Tourismus und in der Kultur- und Kreativwirtschaft, die vielen Menschen gerade auch in Bayern attraktive Arbeitsplätze bietet. Erst letzte Woche haben wir anlässlich meiner Regierungserklärung zum Kulturstaat Bayern intensivst darüber diskutiert. Kunst und Kultur haben in diesem Doppelhaushalt einen besonderen Stellenwert. Mit dem bayerischen Kulturkonzept hat die Staatsregierung ein Maßnahmenbündel geschnürt, das seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Allein im Einzelplan 15 steigen die Ausgaben für die Kunst- und Kulturpflege in den nächsten beiden Jahren um insgesamt 62,6 Millionen Euro auf 494,8 Millionen Euro – das heißt 27,5 Millionen Euro mehr für die Theater, 4,4 Millionen Euro mehr für die Musikpflege, 13,5 Millionen Euro mehr für die Museen und Sammlungen, 3 Millionen Euro mehr für die Denkmalpflege und 14,2 Millionen Euro mehr für die Bibliotheken und Archive. Ich denke, das sind überzeugende und sehr gute Ergebnisse.

Verehrte Damen und Herren, der Entwurf des Einzelplanes 15, Wissenschaft, Forschung und Kunst, ist ein sicheres finanzielles Fundament, auf dem wir das Wissenschafts- und Kulturland Bayern verantwortungsvoll weiterentwickeln können. Er eröffnet jungen Menschen an unseren Hochschulen bestmögliche Bildungs- und Zukunftsperspektiven, er leistet einen entscheidenden Beitrag, um unseren Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb nachhaltig zu stärken,

(Beifall bei der FDP und der CSU)

und er ist ein deutliches Bekenntnis unserer Verantwortung für den Kulturstaat Bayern und für die Jugend in diesem Lande. Ich bitte Sie, dem Entwurf des Einzelplanes 15 nach der Diskussion zuzustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Staatsminister. Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Biedefeld. Bitte sehr.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Erlauben Sie mir eingangs ein Dankeschön zu sagen. Bei den Beratungen der Einzelpläne wurde die Führung des Haushaltsausschusses durch Ihren Vorsitzenden, Kollegen Winter, immer wieder gelobt. Das ist zu Recht geschehen. Ich möchte an dieser Stelle aber gleich die Gelegenheit nutzen – so viel Zeit muss sein –, meinen Kolleginnen und Kollegen in der Fraktion zu danken, die in den verschiedenen Arbeitskreisen und Ausschüssen eine wirklich hervorragende, von viel Qualität und Weitsicht gekennzeichnete Arbeit geleistet haben, die die Mitglieder des Haushaltsausschusses aufnehmen und entsprechend umsetzen konnten. Wir bauen auf dieser sehr guten, qualitätsvollen Arbeit auf, und dafür möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der Landtagsfraktion herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Ein Dankeschön gilt auch dem stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Kollegen Volkmar Halbleib, der, wie wir alle im Ausschuss, aber er noch einmal besonders sehr straffe, anstrengende Wochen durch diese Haushaltsberatungen hinter sich hat und dabei auch sehr, sehr gute Arbeit geleistet hat. Auch ihm gilt von unserer Seite ein ganz herzliches Danke für diese Leistung.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister Heubisch, zum Einzelplan 15, Wissenschaft, Forschung und Kunst ist festzustellen – daran ändert auch der Doppelhaushalt 2013/14 nichts –, dass dieser Haushalt den sich seit vielen Jahren abzeichnenden Herausforderungen leider nicht gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist weder im Bereich von Wissenschaft und Forschung noch im Bereich der Kunst der Fall. Sie reden von bestmöglichen Rahmenbedingungen. Die sehen wir leider nicht. Wir würden es begrüßen und Sie hier auch entsprechend hervorheben und loben – damit hätten wir keine Probleme –, wenn dem so wäre, wenn wir wirklich die bestmöglichen Rahmenbedingungen für unsere jungen Menschen in diesem Lande hätten, für unsere Studierenden, und für diejenigen, die an unseren Universitäten und Fachhochschulen tätig sind. Wenn dem so wäre, hätte ich kein Problem damit, Sie zu loben, aber dem ist leider nicht so.

Auch der Doppelhaushalt 2013/2014 wird diesen Anforderungen leider nicht gerecht, obwohl er noch in letzter Minute aufgrund von Steuermehreinnahmen ein Stück weit angereichert wurde. Ich sage ganz bewusst: Wir als SPD freuen uns über jeden Cent, der in diesen Einzelplan 15 fließt, weil das für uns ein absoluter Schwerpunkt unserer Politik ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist ja auch sinnvoll!)

- Ja, es ist sinnvoll, auch wenn wir gerne andere Schwerpunkte gesetzt und mehr Mittel eingesetzt hätten.

Steigen wir nun in die Materie ein. Sagen Sie nicht immer, es sei alles supertoll. Es kommen noch weitere Rednerinnen von FDP und CSU, die sagen werden, es sei alles supertoll. Und es heißt dann, man könnte noch besser sein, aber man trage die Verantwortung für den Gesamthaushalt und nur CSU und FDP hätten die Gesamtübersicht über den Haushalt.

(Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Stimmt doch!)

- Nein, das ist nicht der Fall; denn Sie beschäftigen sich nicht mit unseren Anträgen. Unsere Gesamtübersicht besteht aus allen Einzelanträgen zu allen Einzelplänen. Da haben auch wir als Haushälter mit unseren Fachkolleginnen und Fachkollegen hart gerungen und intensiv argumentiert, weil auch bei uns mehr Wünsche und Anforderungen – auch berechnete Wünsche und Anforderungen – da waren, aber wir haben gesagt, auch wir haben Verantwortung für den Gesamthaushalt. Allerdings sieht unsere Gesamtverantwortung etwas anders aus. Wir setzen andere Prioritäten, und da unterscheiden wir uns. Aber wir haben – wie gesagt - auch diesen Gesamtüberblick über diesen Haushalt. Kommen Sie uns nicht immer mit dem Vorwurf, wir würden Schulden über Schulden machen und die Schuldenmacher dieses Landes sein.

Ich erinnere nur an die Diskussion vorgestern Vormittag über das Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern. Auch die SPD-Fraktion steht hinter diesem Gesetz, in dem auch die Schuldenbremse ganz klar definiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir wären sogar noch einen Schritt weitergegangen, weil wir hier nicht nur die Ausgaben sehen, sondern auch die Einnahmen für diesen Freistaat.

(Beifall bei der SPD)

Also kommen Sie nicht mit dem Argument, wir hätten kein Gesamtkonzept, wir seien diejenigen, die die Schulden machen. Dem ist nicht so.

Ich könnte vieles dazu sagen, beschränke mich aber nur auf das Stichwort Landesbank. Wer hat denn in diesem Zusammenhang den Schuldenberg entsprechend erhöht? Da geht es um zehn Milliarden Euro seit dem Jahr 2008 und ähnliches mehr. Wir brauchen uns diesen Vorwurf nicht zu machen, sondern das war allein die CSU in diesem Hohen Hause.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme nun zu einzelnen Punkten des Einzelplanes. Studierende und Wissenschaftler sind sich einig: Bayerns Hochschulen sind unterfinanziert. Das ändert auch, wie gesagt, dieser Haushalt nicht. Oder er ändert zumindest nicht sehr viel. Den Studierenden wird es weiterhin schlecht gehen, mancherorts ganz extrem, und den jungen Doktoranden wird es noch schlechter gehen. Es fehlt Geld bei den Studentenwerken. Gut, Sie haben im Nachhinein noch etwas aufgestockt: plus 250.000 Euro.

(Zuruf von der SPD: Ein Witz!)

Selbst angesichts des Gesamthaushaltes und auch in Anbetracht eines Einzelplanes sind 250.000 Euro so marginal, dass sie nur eine Alibifunktion erfüllen. Sie wissen doch, wie viele junge Menschen in Unterkünften der Studentenwerke leben, die in katastrophalem Zustand sind, und Sie wissen, dass viele junge Menschen überhaupt keine Chance haben, über das Studentenwerk einen Platz zu finden, weil es dort nicht genügend Plätze gibt. Diese Summe hat also reine Alibifunktion. Es ist Wahljahr. Gut, diese 250.000 Euro sind in Ordnung, aber sie reichen längst nicht aus.

(Julika Sandt (FDP): Aber es ist mehr als in jedem anderen Bundesland!)

Wenn es, wie gesagt nicht ausreicht, hat es Alibifunktion und es reicht hinten und vorn nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Es fehlt auch beim akademischen Mittelbau und vielem anderem mehr. Wo der Freistaat attraktive Lern- und Forschungslandschaften verspricht, wohnen Studierende in teilweise heruntergekommenen Wohnheimen, wenn sie überhaupt einen Platz bekommen. Ich habe das gerade angesprochen. Spitz gesagt: Junge Menschen müssen nicht nur übernachten und wohnen, sie müssen auch essen und trinken. Und wenn ich mir diese Menschen so ansehe, stelle ich fest: In manchen Menschen fehlen sogar ausreichend Besteck und Teller. Die Studierenden sitzen nach wie vor in überfüllten Hörsä-

len, und da sprechen Sie von bestmöglichen Rahmenbedingungen für diese jungen Menschen.

Die Mittel für den akademischen Mittelbau sind viel zu gering. Als akademischer Mittelbau werden umgangssprachlich die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bezeichnet. Wenn man nun überlegt, dass gerade dieser akademische Mittelbau im Bereich Lehre und Forschung 60 % bis 80 % der anfallenden Aufgaben und Leistungen erbringt, dann muss man ihn finanziell ausreichend ausstatten. Auch hier stellen wir eine völlige Unterfinanzierung fest.

Betrachten wir an dieser Stelle auch die Betreuungssituation, also das Verhältnis von Studierenden zum Lehrpersonal. Dieses Betreuungsverhältnis ist immerhin ausschlaggebend für die Studierfähigkeit in unserem Land. Und da liegt Bayern nicht an der Spitze. Bayern ist da nicht in der Champions League. Im Gegenteil: Bayern nimmt einen der letzten Plätze neben dem Saarland und Baden-Württemberg ein. Da ist nichts von Spitze hier im Lande. Ich würde sagen, das Ganze ist eher beschämend.

(Beifall bei der SPD)

Wenn junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für ihren Professor Bücher kopieren und dabei rund fünf Euro in der Stunde verdienen, anstatt an ihrer Doktorarbeit zu sitzen, ist das ein Armutszeugnis für unseren Freistaat Bayern. Die jungen Leute sitzen auf halben Stellen, arbeiten nicht selten mehr als 40 Stunden pro Woche und müssen diese Aufgaben leisten. Sie arbeiten in Bereichen, die mit ihrer wissenschaftlichen Qualifikation oft nichts mehr zu tun haben. An Weiterqualifizierung ist nicht zu denken, schon gar nicht, wenn es darum geht, eine Familiengründung ins Auge zu fassen. Bayern braucht in den nächsten Jahren viel mehr hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, sonst verliert es den akademischen Anschluss. Das muss uns allen bewusst sein. Deshalb fordern wir seit Jahren – so auch wieder in diesem Doppelhaushalt – eine deutliche Aufstockung der Mittel für unsere Hochschulen. Hier werden wir nicht locker lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wie sieht die Situation aus? Ich möchte heute keine Stunde mit Grimms Märchen haben wie im Haushaltsausschuss und im zuständigen Fachausschuss. Sie erzählen uns immer, dass Sie an den Universitäten und Hochschulen unterwegs seien. Das sind wir auch. Sie sagen, dass Sie das Ohr am Bürger hätten, in diesem Fall das Ohr an den Studierenden und an denjenigen, die an den Hochschulen und Universitäten tätig sind. Das haben wir auch.

Irgendwas passt aber nicht zusammen. Wie kommen die völlig unterschiedlichen Aussagen und Forderungen zustande? Wie kann das sein? Die Berichte der Studenten haben nichts mit den Erfolgsmeldungen der Koalition von CSU und FDP oder mit den Erfolgsmeldungen zu tun, die Herr Staatsminister Dr. Heubisch verkündet. Sie stimmen nicht überein. Die Aussagen sind ganz andere. An unseren Hochschulen und Universitäten herrscht ein ganz anderer Alltag. Warum sollten uns die Betroffenen anlügen? Wir sehen und erleben es im Übrigen auch in unserem Familien- und Bekanntenkreis.

Ein Schwerpunkt, den ich ansprechen möchte, sind die Studiengebühren. Die Geschichte, wie sich die Studiengebühren entwickelt haben, ist ganz interessant. Hier wurde hin- und hergewankt, speziell von Ministerpräsident Seehofer. Ich weiß nicht, wer ihn einmal als Herrn Drehhofer angesprochen hat. Diese Quelle kann ich nicht preisgeben. Dieser Name trifft in diesem Fall aber wohl eher zu. Ich sage ganz klar: Schluss mit den Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Sorgen wir gemeinsam mit den vielen Bündnispartnern an unserer Seite mit einem Volksbegehren dafür, dass es zu einer Volksentscheid kommt, damit mit diesen Studiengebühren endlich Schluss ist. Es muss Schluss mit der Abzocke von jungen Menschen, deren Eltern, deren Omas und deren Opas sein, damit sie überhaupt in Bayern

studieren können. Schluss damit. Wir werden kämpfen und kämpfen. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns die Abschaffung Anfang nächsten Jahres gelingen wird.

(Beifall bei der SPD)

Kommen Sie uns hier bitte nicht wieder mit dem Einschnitt oder der Reduzierung der Qualität bei Forschung und Lehre. Sie können doch dafür sorgen, dass diese Mittel kompensiert werden. Unsere Forderung ist ganz klar: Die Mittel, die jetzt durch Studienbeiträge eingebracht werden, müssen vom Staat 1:1 ausgeglichen werden. Wir verunsichern mit dieser Forderung nicht die Studierenden und diejenigen, die an unseren Fachhochschulen und unseren Universitäten arbeiten, sondern Sie; denn Sie haben dieses klare Bekenntnis noch nicht abgegeben. Wir sagen: Die Bildung ist ureigenste Aufgabe des Freistaats, auch an den Hochschulen. Deshalb fordern wir eine 100-prozentige Kompensation der Studienbeiträge in Bayern und zusätzlich noch eine bessere Finanzausstattung. Das ist unser klares Ziel, an dem wir festhalten werden. Wir werden hier nicht lockerlassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch den einen oder anderen Satz zur Kultur sagen: Wir haben ein Kulturkonzept vorgelegt bekommen. Erst wussten wir nicht, wohin das Geld überhaupt fließen soll. Dann haben wir erfahren, dass es in Bayern neue Leuchttürme geben wird. Die SPD will sich um den Erhalt der reichen Kulturlandschaft in ganz Bayern kümmern. Das schließt auch unsere Einrichtungen in der Fläche ein. Wir wollen für die bayerischen Kultureinrichtungen in der Fläche in diesem Doppelhaushalt zusätzliche Mittel. Diese Mittel müssen für mehrere Jahre gesichert sein, über diesen Doppelhaushalt hinaus. Im Gegensatz zu Ihnen haben wir ein klares Konzept, einen Masterplan, den wir von Ihnen immer eingefordert und nie bekommen haben. Wir wollen diese Finanzierung bis zum Jahr 2020 mit den entsprechenden Mitteln übernehmen und endlich dafür sorgen, dass der Stau an Sanierung abgefeiert wird.

Bayerns Kulturlandschaft bröckelt. Sie bröckelt jeden Tag mehr. Sie selbst sprechen von notwendigen Mitteln für diesen Bereich im Umfang von 860 Millionen Euro. Teilweise lag diese Zahl auch schon höher. Es wurden schon bis zu 1,5 Milliarden Euro genannt. Sie stellen jetzt pro Jahr 25 Millionen Euro ein. Diese 25 Millionen Euro sind für die Jahre 2013 und 2014 vorgesehen, bei einem Bedarf – ich nehme die niedrigere Zahl – von 860 Millionen Euro. Rechnen Sie sich einmal aus, wie lange wir brauchen, um diesen Sanierungsstau abzuarbeiten. Jeden Tag bröckelt mehr. Wir sehen uns in der Verantwortung für unseren Kulturstaat Bayern. Wir haben bei diesem Doppelhaushalt angesetzt und werden dieses Problem immer wieder thematisieren. Wir freuen uns mit all denjenigen, die profitieren. Aber das ist wirklich ein Tropfen auf den heißen Stein. Wir stehen in der Verantwortung und werden nicht lockerlassen.

Im Bereich Wissenschaft, Forschung und Kunst ist viel zu tun. Wir haben Konzepte, und wir haben den Gesamtüberblick. Ich denke, dass wir im nächsten Jahr ganz anders arbeiten können. Isabell Zacharias freut sich darüber am meisten mit unseren Kolleginnen und Kollegen. Wir freuen uns darauf. - Ein herzliches Dankeschön fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Biedefeld. Jetzt bitte ich Graf von und zu Lerchenfeld ans Mikrofon.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Ich habe mir die Rede von Frau Kollegin Biedefeld angehört. Liebe Frau Kollegin, ich frage mich, wo Sie eigentlich wohnen. Wir reden hier über den bayerischen Haushalt und über Bayern.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich habe ausdrücklich über Bayern geredet!)

Wir reden nicht über andere Bundesländer. Ich möchte Ihnen jetzt in Ruhe etwas erzählen, wenn Sie mir vielleicht zuhören könnten.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Leben wir hier in Baden-Württemberg?)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Liebe Kollegen, bitte seien Sie so nett.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich habe sehr viel Zeit.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, ich passe schon auf, dass Sie die Zeit bekommen.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich möchte Ihnen kurz ein Beispiel aus der Praxis erzählen. Vor Kurzem hat die Universität Dresden in Regensburg eine große Kampagne gestartet. Sie wollte für Dresden Studierende anwerben. Dort sind die Lebenshaltungskosten niedriger. Dort sind die Mieten niedriger. Dort gibt es keine Studiengebühren. Die Studierenden sind aber in Bayern geblieben, und zwar deswegen, weil wir hier hervorragende Studienbedingungen haben. Wir haben es geschafft, den großen Studentenandrang, den wir durch die Bundeswehrreform und den doppelten Abiturjahrgang erwarten mussten, hervorragend unterzubringen.

Am Beginn jedes Semesters gibt es sicherlich ein paar Probleme mit dem Wohnraum. Sie haben korrekt gesagt, dass es für die Studierenden schwierig ist, entsprechende Wohnungen zu finden. Vielleicht sollten Sie sich aber auch einmal damit beschäftigen, dass 40 % sämtlicher Wohnheimplätze Deutschlands in Bayern renoviert bzw. neu gebaut werden. Das Bayerische Studentenwerk wird vom Deutschen Studentenwerk als vorbildlich bezeichnet. Jährlich fließen 19 Millionen Euro des Studentenwerks in die Renovierung oder den Neubau von Studenten-Wohnheimplätzen. Dieser Wert ist zumindest in Deutschland Spitze.

Meine lieben Freunde, Sie haben gesagt, Sie hätten ein Gesamtkonzept. Sie hätten alles im Blick. Das mag ja so sein. Aber wir haben von der bayerischen Bevölkerung die Verantwortung für ganz Bayern übertragen bekommen.

(Susann Biedefeld (SPD): Noch!)

Dieser Verantwortung stellen wir uns mit einer vernünftigen Finanzpolitik und einer hervorragenden Hochschulpolitik.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Als Regensburger Abgeordneter bin ich natürlich sehr froh, dass das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg gebaut werden wird.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Hört, hört!)

Die Stadt Regensburg beteiligt sich in nicht unerheblicher Höhe an den Baukosten dieses Projekts. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir in dieser traditionsreichen Stadt, der ältesten Hauptstadt Bayerns, dieses Museum bekommen werden.

Es freut mich auch, dass sich die Universität Regensburg für den Forschungscampus beworben hat und auf Platz 18 gekommen ist. Das ist bei 90 deutschen Bewerbern ein erfreuliches Ergebnis. Leider gibt es dafür aber erst ab Platz 10 Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. Das tut mir sehr leid für Regensburg, weil sich die Universität Regensburg sehr darum bemüht hat, ein vernünftiges Ergebnis zu erzielen. Vielleicht müssen wir uns einmal überlegen, wie wir unsere bayerischen Standorte politisch oder auch mit finanziellen Mitteln noch besser unterstützen können, denn kein einziger bayerischer Standort hat beim Forschungscampus Berücksichtigung gefunden.

(Zuruf von der SPD: Wer regiert denn in Berlin?)

Besonders erfreulich ist es, dass es gelungen ist, für die Uniklinik in Würzburg die Stellen zu schaffen und die Mittel bereitzustellen, die notwendig sind, um dem Ziel, dort ein Max-Planck-Institut zu errichten, deutlich näher zu kommen. Leider sind in diesem Zusammenhang Stellen und Mittel für die Uniklinik in Regensburg gestrichen worden. Ich hoffe, wir können diesen Fehler noch korrigieren, Herr Minister. Die Streichung dieser Mittel wäre ein Schlag für die nordbayerische Forschungsallianz auf dem Gebiet der Immunologie. Es müsste klar sein, dass die Universitäten Regensburg, Er-

langen und Würzburg auf diesem Gebiet eine hervorragende Entwicklung nehmen können.

Erfreulich ist es, dass bei uns auch die Geisteswissenschaften nicht ganz vergessen werden. Wir müssen zwar über MINT reden, aber die Geisteswissenschaften sind für mich genauso wichtig wie die Naturwissenschaften. Wir sollten uns ernsthaft darüber Gedanken machen, wie wir uns dafür stärker engagieren können. Die zukünftige außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Regensburg mit dem Ost- und Südosteuropainstitut nimmt eine erfreuliche Entwicklung. Herr Minister, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie sich dafür auch persönlich sehr engagiert haben. Herzlichen Dank dafür.

Wir diskutieren im Moment über die Technische Hochschule. Es ist selbstverständlich von außergewöhnlicher Bedeutung, wenn eine Hochschule als Technische Hochschule bezeichnet werden kann. Es gibt noch vier Standorte, die im Rennen sind. Ende dieser Woche müssten die endgültigen Unterlagen abgegeben werden. Ich kann nur appellieren, dass wir nicht nur eine Technische Hochschule entwickeln, sondern dass wir darüber hinaus auch den anderen Hochschulen, insbesondere den Hochschulverbünden, die sich in der Oberpfalz abzeichnen, eine Chance geben. Herr Minister, bitte beachten Sie das bei allen Beurteilungen.

Mit großer Freude habe ich wahrgenommen, dass es uns gelungen ist, beim Denkmalschutz weitere Mittel für den Entschädigungsfonds zur Verfügung zu stellen. Daran beteiligen sich auch die Kommunen, sodass die Mittel, die wir vom Parlament aus zur Verfügung stellen, durch die Beteiligung der Kommunen verdoppelt werden. Damit ist dem Denkmalschutz ein deutlicher Impetus gegeben worden. Die Mittel für den Bodendenkmalschutz konnten wir ebenfalls erhöhen. Auch das ist von besonderer Bedeutung für das, was wir in unserer wunderbaren Landschaft, in unserer Heimat vor uns finden. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt auch das Museum Mensch und Natur in München zumindest in die Planungsphase bekommen. Das ist von großer Bedeutung, denn das Konzept des Museums für Mensch und Natur in München wird ein ganz neues Museumskonzept sein, in das alle naturwissenschaftlichen Museen, die

wir in Bayern haben, eingebunden werden. Wir müssen uns ganz klar darüber Gedanken machen, wie wir die Naturwissenschaften noch stärker fördern können.

Ich möchte Ihnen allen ganz herzlich danken, den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss, aber auch in den Fachausschüssen. Ganz besonders möchte ich dem Vorsitzenden des Hochschulausschusses, Oliver Jörg, dafür danken, dass er für das Kulturprogramm hervorragende Arbeit geleistet hat. Ich kann dir nur sehr herzlich gratulieren, Oliver. Das hast du hervorragend gemacht. Du hast alle Landesteile gut berücksichtigt.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte auch allen unseren Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss sehr herzlich danken. Ich darf meinen Dank auch dem Minister und seinem Ministerium aussprechen. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit und für das, was Sie als Anregungen von uns aufgenommen haben. Ich hoffe, dass wir in Zukunft so weiterarbeiten können und dass Sie vor allem immer Regensburg berücksichtigen, was ich in diesem Zusammenhang ganz uneigennützig sage, damit ich auch einmal ein Höchstädt habe, wie es vorhin so schön geheißen hat. Herr Minister, Ihnen und allen, die an dem Haushalt mitgewirkt haben, möchte ich danken. Der Haushalt ist hervorragend. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bleiben Sie bitte. Frau Kollegin Biedefeld hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Geschätzter Herr Kollege, erlauben Sie mir nachzufragen. Sie sagten, man müsse sich ernsthaft über den Ausbau von Museumsarbeit und Kulturarbeit im Lande, auch in der Fläche, Gedanken machen. Sie führen Regensburg als Beispiel an. Das ist Lokalpatriotismus. Was sagen Sie zu den Einrichtungen, die wir auch gerne gefördert hätten, zu denen wir Anträge gestellt haben, die Sie alle abgelehnt haben? Ich nenne die Museumsarbeit für das Jüdische Museum in Fürth. Wir haben 100.000 Euro gefordert, damit die Museumsar-

beit dort fortgeführt und sichergestellt werden kann. Wir wollen kein neues Museum, wir wollen nicht den Aufbau neuer Einrichtungen, sondern die Sicherstellung bestehender Einrichtungen.

Was sagen Sie den vielen Kommunalpolitikern, die sich im Netzwerk bayerischer Städte für kommunale Kultur engagieren? Dort wird von vielen Kommunen eine tolle Arbeit geleistet, um in der Vernetzung miteinander ein tolles Programm zu erschließen. Dazu haben wir einen Antrag gestellt. Sie haben ihn abgelehnt. Was sagen Sie dazu? Wir haben einen Antrag auf Förderung der Rock- und Popmusik in Bayern gestellt. Ist das für Sie völlig außen vor? Für das Museum Buchheim haben wir einen Antrag mit einem Volumen von 5.000 Euro im Haushaltsausschuss behandelt. Dafür geben Sie keinen Cent her. Was sagen Sie den Leuten? Was sagen Sie dem Landesausschuss Bayern "Jugend musiziert"? Was sagen Sie der Landesvereinigung Kulturelle Bildung in Bayern? Was sagen Sie diesen Leuten ganz konkret, wenn Sie hier zwar von Sicherung, Neubau und Ausbau sprechen, wenn es aber schwer ist, gute kulturelle Arbeit zu sichern, und wenn dorthin kein Cent hinfließt. Was sagen Sie diesen Menschen?

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Bitte schön, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich kann Ihnen dazu sagen, dass wir viele kleinere, mittlere und größere Projekte gefördert haben. Ich könnte Ihnen eine Liste von vielen Projekten vorstellen. So, wie Sie Ihre Anträge aufgezählt haben, könnte ich Ihnen auch sagen, dass wir mindestens so viele Projekte gehabt haben, die berücksichtigt wurden, soweit wir es finanziell verkraften konnten.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als nächsten Redner bitte ich für die FREIEN WÄHLER Herrn Dr. Piazzolo ans Redepult.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt ist wie in Zahlen gegossene Politik. Man erkennt, was nötig und was gewünscht ist. Man sieht Pläne und Schwerpunkte. Man kann auch erkennen, wo etwas auf Kante genäht ist und wo es Spielräume gibt. Man sieht, wie viel Pflicht und wie viel Kür ist. Das ist die Theorie. "Grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldener Baum." So heißt es im Faust.

Manchmal muss man den Vorhang beiseite schieben, und dann erkennt man die Wahrheit. Man muss zurücktreten, denn mit etwas mehr Abstand gewinnt man einen besseren Blickpunkt. Wir sind jetzt nach drei Tagen bei den Verhandlungen über den letzten Einzelhaushaltsplan. Ich glaube, jetzt kann man einmal etwas zurücktreten und schauen, was die letzten drei Tage geprägt hat. Es waren zwei Ereignisse, die sehr deutlich waren. Das eine war die Aussprache zum Einzelplan 02, bei der alles in Bayern als spitze bezeichnet wurde und bei der der Satz fiel: "Bayern ist auch der moralische Maßstab." Das war der Satz, bei dem ich am meisten aufgehört habe. Bayern ist der moralische Maßstab. Ich kann nur sagen: Welche Hybris und Arroganz!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Satz wurde gesagt, nachdem am Abend vorher ein Irrlicht verbreitender Ministerpräsident durch die Reihen der Journalisten gegangen ist und seine eigenen Leute in den Senkel gestellt hat. Am nächsten Tag aber bezeichnet er Bayern als den moralischen Maßstab.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ein typischer Tiefpunkt!)

Einen Finanzminister vor einer dreitägigen Haushaltsdebatte so niederzumachen, ist meines Erachtens keine moralische Spitze. Das ist nicht einmal Doppelmoral. Doppelmoral bedeutet nicht doppelte Moral, sondern das ist etwas, was diese drei Tage geprägt hat. Am Abend sind es Glühwürmchen, und am morgen danach gibt es einen Dank an alle einzelnen Regierungsmitglieder, die man am Abend zuvor fertiggemacht hat.

(Julika Sandt (FDP): Über welches Thema reden wir?)

- Über den Haushalt; ich werde die Verbindung zum Thema Haushalt gleich herstellen. Die Vorfälle erinnern mich an Dr. Jekyll und Mr. Hyde. Ich gestehe ganz offen, dass ich nachgeschaut habe, wie es um die Mondphasen steht. Ich habe versucht, die Erklärungen des Ministerpräsidenten mit den Mondphasen zu begründen. Die Erklärungen fallen eher in die Neumondphasen; wir befinden uns gerade in einer Neumondphase. Es ist nicht untypisch – nun bin ich beim Thema –, dass die CSU-Fraktion vor zwei Neumondphasen die Studiengebühren aufgegeben hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Insofern erinnern die Vorfälle durchaus an Dr. Jekyll und Mr. Hyde: Man handelt mal so, mal so.

Wenn dem Finanzminister Schmutzeleien vorgeworfen werden, stelle ich mir die Frage: Wo sind die "Schmutzeleien" im Einzelplan 15 versteckt, wo sind sie?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Nicht Sie, ich meine es nicht persönlich, Herr Staatsminister, sondern ich meine "im Haushalt". Ich unterscheide hier sprachlich sehr genau. Im ersten Moment ist die Antwort nicht offensichtlich, im zweiten schon.

Damit bin ich beim Haushalt, und ich bin – das wird nicht verwundern – bei den Studienbeiträgen. Sie werden erkennen, dass es auch dort zu "Schmutzeleien" gekommen ist, und sie sind offengelegt worden durch das eigene Innenministerium und durch den Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Denn das Innenministerium hat plötzlich, um eine Klage zu begründen, vieles ans Licht gebracht, was wir in vier Jahren durch Anträge nicht geschafft haben: dass 1.800 Stellen aus Studienbeiträgen finanziert werden. 1.800 Stellen über eine Passerelle-Klausel im Haushalt! Das heißt, das Versprechen lautete: Studienbeiträge – ein Plus für die Lehre. Die Realität sah so aus:

Studienbeiträge für die Grundlast. Unbefristete Stellen, Herr Minister, es ist egal, ob ein Studierender dazu - -

(Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch: Zur Verbesserung der Lehre!)

Unbefristete Stellen! Sie wissen ganz genau, dass Sie rechtlich gar nicht so verfahren dürfen. Keine kw-Stellen, sondern unbefristete Stellen, die an einigen Hochschulen bis zu 10 % des Haushalts ausmachen, 10 %! Soweit zu dem, was in einem Haushalt versteckt ist.

Sie haben sehr viele Zahlen vorgelesen. Zahlen sind manchmal Blendwerk. Auch hier will ich bei Faust bleiben. Angesichts dieser Zahlen ist mir in den letzten Tagen ein Sprüchlein der Hexe aus Faust I durch den Kopf gegangen:

Aus Eins mach Zehn, und Zwei lass geh'n, und Drei mach gleich, so bist du reich.
Verlier die Vier! Aus Fünf und Sechs, so sagt die Hex', mach Sieben und Acht, so ist's vollbracht: Und Neun ist eins, und Zehn ist keins.

Das ist das Regierungs-Einmaleins! So steht es ungefähr im Faust.

(Beifall und Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe in den letzten Wochen einige Hochschulen besucht, um mir einen Eindruck zu verschaffen zum Thema Studienbeiträge. Aufgrund der Unterfinanzierung sind sie leider im Moment auf die Studienbeiträge angewiesen. Hier erkennt man das Problem des Ministers und das Problem der FDP, von dem sich die CSU schon befreit hat. Sie stecken momentan in einer Studienbeitragsfalle. Dadurch, dass Sie die Grundlast durch Studienbeiträge bewältigt haben, und dadurch, dass Sie 1.800 Stellen aus Studienbeiträgen finanziert haben, können Sie sich nicht so leicht von den Studienbeiträgen verabschieden. Dadurch, dass Sie etwas getan haben, was nach dem Gesetz nicht vorgesehen ist, haben Sie sich selbst in eine Abhängigkeit von Studienbeiträgen gebracht. Das heißt: Sie sind in Ihrer politischen Situation zum Festhalten verdammt.

Deshalb werden wir das Volk befragen. Wir, die FREIEN WÄHLER, haben das Volksbegehren hierzu deshalb gestartet. Ich erkläre es noch einmal ganz deutlich, weil Sie es beim letzten Mal in Ihrer Erklärung verwischt haben: Nicht wir haben geklagt, sondern gegen das Volksbegehren hat das Innenministerium – hat die Regierung! – geklagt; die Regierung wollte verhindern, dass das Volk befragt würde. Sie wollten dies verhindern, Herr Minister.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (FDP))

Sie wollten es verhindern. Sie wollen doch nicht bestreiten – ich kann Ihnen das auch nachweisen –, dass Ihr Ministerium Argumentationshilfen für das Innenministerium geliefert hat. Ich erkenne sogar am Sprachstil und am Argumentationsstil in der 35-seitigen Begründung der Klage, aus welchem Ministerium welcher Teil kommt. Ich kann Ihnen gerne nachweisen, was in der Argumentation aus Ihrem Ministerium kommt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Hellseherische Fähigkeiten!)

Sagen Sie deshalb bitte nicht mehr, dass die Regierung dieses Volksbegehren auf den Weg gebracht hätte. Das waren wir, die FREIEN WÄHLER. Ich freue mich, wenn Sie es unterstützen und wenn Sie die Menschen auf der Straße dazu aufrufen, direkte Demokratie zu praktizieren. Ebenso fordere ich jeden CSU-Abgeordneten auf, unserem Bündnis beizutreten. Das ist der Garant dafür, dass Studienbeiträge abgeschafft werden. Also helfen Sie mit, wenn Sie es nicht hier im Landtag tun, und tragen Sie dazu bei, dass 10 % der Bevölkerung sich beteiligen. Dann wird das, was Sie vielleicht in Ihr Wahlprogramm schreiben wollen, schon zur Wahrheit, ehe es in Ihrem Wahlprogramm steht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Nun zum Allerwichtigsten; es ist schon genannt worden. Den Hochschulen darf es nach der Abschaffung der Studienbeiträge nicht schlechter gehen. Es muss ihnen

sogar besser gehen. Deshalb gibt es den Antrag, den wir bezüglich des Haushalts gestellt haben. Wir haben beantragt, die 180 Millionen Euro an Studienbeiträgen in voller Höhe durch Haushaltsmittel zu ersetzen.

(Zurufe des Abgeordneten Albert Füracker (CSU) und des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Ich persönlich habe immer gesagt, dass man diese braucht; ich sage Ihnen sogar: Man braucht noch mehr, Herr Pschierer, man braucht sogar mehr, denn in den nächsten Jahren wird es mehr Studierende geben. Deshalb brauchen wir auch mehr Geld.

(Zurufe von der CSU)

Ehe Sie zu laut werden, sage ich Ihnen: Wir haben heute einen Antrag auf Abschaffung der Studienbeiträge eingebracht. Darüber können Sie heute abstimmen. Sie haben die Chance, als CSU-Abgeordnete zu sagen. Ja, wir sind für die Abschaffung – dann stimmen Sie zu. Oder Sie können Nein sagen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Sollen jetzt wir oder soll das Volk entscheiden?)

Ich komme zurück auf meine Ausgangsfrage. Hören Sie doch einmal zu. Es hieß: Bayern ist der moralische Maßstab. Also, überlegen Sie einfach: Stimmen wir zu entsprechend unserer Überzeugung? Setzen wir einen moralischen Maßstab? Oder bleiben wir doch nicht unserer eigenen Meinung treu, stimmen dagegen und bleiben eher bei "Schmutzeleien"?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Dr. Piazzolo. Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich Thomas Gehring ans Redepult. Bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem unsere Fraktionsvorsitzende Margarete Bause am Dienstag das Grundsatzprogramm der CSU erwähnt hat, habe ich es zur Hand genommen und darin gelesen. Es

schadet nicht, auch einmal die Unterlagen von anderen zu lesen. Das dient der Horizonterweiterung.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Ich zitiere daraus. Dort steht:

Die Lehre muss noch stärker in den Mittelpunkt des akademischen Lebens rücken. Ein akademisches Studium ermöglicht nach wie vor überdurchschnittliche Berufsaussichten. Unter dieser hochschulpolitischen Zielsetzung ist die Erhebung eines finanziellen Eigenbeitrages der Studierenden zum Gesamtaufwand ihres Studiums wissenschaftspolitisch und sozialpolitisch verantwortbar. Mit den Studienbeiträgen muss sich das Verhältnis der Hochschule zu den Studenten wandeln. Eine sinnvolle Mitbestimmung der Studenten muss garantiert werden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Seite 94!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das sind in sich richtige Sätze. Ihre logische Verknüpfung aber ist fatal. Das offenbart ein höchst problematisches politisches Denken, eine falsche Werteorientierung und ist hochschulpolitisch grottenfalsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn sich die CSU von den Studiengebühren verabschiedet, weil Volksbegehren und Volksentscheid erfolgreich sind, dann wohl noch nicht aus Einsicht.

(Susann Biedefeld (SPD): Aus Angst, nicht aus Einsicht! Aus Angst, eine Schlappe einstecken zu müssen!)

Sie verabschiedet sich nicht von diesem falschen hochschulpolitischen Ansatz, von dieser fatalen Werteorientierung, die in diesem Grundsatzprogramm ausgedrückt ist.

Aber kommen wir zum Positiven. Ja, die Lehre muss aufgewertet werden. Sie ist in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Wir hatten exzellente Initiativen in Bayern.

Wir haben sie auch vom Bund gehabt. Ja, wir brauchen Exzellenz in der Forschung, aber wir brauchen auch Exzellenz in der Lehre.

Das ist schon das erste Missverständnis in dieser Passage. Mit Studiengebühren allein wird eine bessere Lehre nicht finanziert. Wir brauchen eine bessere staatliche Finanzierung der Hochschulen, eine bessere Grundausstattung. Deswegen wollen wir die Mittel für Personal, Sachausgaben und Investitionen um 120 Millionen und 150 Millionen jährlich erhöhen.

Und wir müssen die Mittel des Programms zur Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger erhöhen. Der doppelte Abiturjahrgang, der heute schon angesprochen wurde – es gab natürlich einen Aufwuchs der Studienplätze –, kommt nicht in einem einzigen Jahr, sondern er kommt verteilt auf mehrere Jahre. Wir werden noch über mehrere Jahre hinweg hohe Studienanfängerzahlen haben. Den Fehler, irgendwelche Studentenberge untertunneln zu wollen, hat es in der Bildungspolitik und in der Hochschulpolitik schon öfter gegeben. Wir werden lange hohe Studienanfängerzahlen haben. Ein Beispiel: Wir hatten vor zehn Jahren in Bayern eine Übertrittsquote auf das Gymnasium von 30 %. Darunter fallen die, die heute das Studium beginnen. Wir haben heute eine Übertrittsquote von 40 %. Diejenigen, die darunter fallen, beginnen ihr Studium in acht Jahren. Wir werden diese hohen Studienanfängerzahlen 10, 15 Jahre lang haben. Deswegen brauchen wir jetzt die zusätzlichen Mittel für dieses Programm, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Exzellente Lehre heißt, zur Kenntnis zu nehmen, dass Studieren nicht bedeutet, nur an der Universität zu sein, sondern auch wohnen zu müssen, sich ernähren zu müssen. Beratung und Kinderbetreuungsangebote werden benötigt. Deshalb brauchen wir mehr Mittel für die Studentenwerke.

Exzellente Lehre heißt auch, bessere Lehrbedingungen für Studierende mit Behinderung zu schaffen. Wir müssen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch an den Hochschulen umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Exzellente Lehre heißt auch, dass bei Abschaffung der Studiengebühren diese durch entsprechende Mittel ersetzt werden müssen. Wir haben beantragt, dafür 180 Millionen Euro einzustellen. Jetzt wird gemunkelt, die CSU und die Regierung würden überlegen, dafür Geld auf die Seite zu legen.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Wie finanzieren Sie 180 Millionen, Herr Kollege?)

- Wir finanzieren sie mit unserer Gegenrechnung. Wir haben einen gegenfinanzierten Haushalt, Herr Staatssekretär.

Die Regierung will angeblich Mittel zur Seite legen. Das kann man eigentlich nicht. Stellen Sie sie jetzt in den Haushalt ein, wenn die Studiengebühren abgeschafft werden. Das wären vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber den Hochschulen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die zweite falsche Verknüpfung im CSU-Grundsatzprogramm ist die, dass die Studiengebühren aus sozialpolitischen Gründen vertretbar seien. Sie sind es eben nicht. Sie bilden eine soziale Schwelle, über die viele nicht gehen können. Sie grenzen aus. Studierende ohne eigenes Einkommen hängen weiterhin am Geldbeutel ihrer Eltern. Damit fördern wir eine Bildungskarriere, die für Deutschland ganz symptomatisch ist, bei der Bildung vom Einkommen der Eltern abhängt, die im Kindergarten beginnt, sich durch die Schule zieht und sich bis an die Hochschulen fortsetzt. Der soziale Ausgleich - darüber zu reden, ist richtig - muss über das Steuersystem erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie ernsthaft über nachgelagerte Studiengebühren diskutieren würden, was ich für legitim halte und in meiner Partei schon mit anderen getan habe, dann würden Sie sehr bald feststellen: Sie sind sehr schnell in der Systematik des Steuersystems. Wir sind bei der Steuerpolitik, wenn wir wirklich über dieses Thema reden. Sie diskutieren aber nicht ernsthaft darüber. Die CSU gibt auch keine inhaltliche Begründung für die Abkehr von Studiengebühren. Sie suchen nur einen Rettungsanker dafür, wie Sie Ihre Koalition aus diesem Schlamassel herausbringen, solange Sie noch an der Regierung sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das dritte große Missverständnis: Mit Studiengebühren müsste sich das Verhältnis von Hochschule zu Studierenden verändern. Das ist ein grandioses Missverständnis von Demokratie. Sie setzen hier demokratische Beziehungen mit Kundenbeziehungen gleich. Kein Kunde bestimmt aber mit, was es im Kaufhaus zu kaufen gibt; er kauft etwas oder nicht. Die Mitbürgerinnen und Mitbürger bestimmen in den demokratischen Einrichtungen unseres Gemeinwesens mit, zum Beispiel in der Gemeinde, in einem Verband, in einer Genossenschaft, im Staat. Wenn wir die Hochschule als demokratische Hochschule verstehen, dann bestimmen dort Studierende mit, wenn sie Teilhabe an dieser Hochschule haben, und sie bestimmen über die Mittel für Lehre mit. Wenn es Ihnen wirklich um die Mitbestimmung der Studierenden geht, dann unterstützen Sie uns bitte bei der Einführung der Verfassten Studierendenschaft, wie es sie in allen anderen Bundesländern gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ich will zum Stichwort Teilhabe zur Kulturpolitik kommen. Unser Ministerpräsident will "Leuchttürme" in unserer Kulturlandschaft schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, erstens leben wir in Bayern und nicht an der Küste, und zweitens leben wir auch nicht im kulturellen Dunkel, sondern wir haben eine vielfältige Kulturlandschaft. Ganz Bayern leuchtet.

(Zuruf von der CSU: Lindau hat einen Leuchtturm!)

Diese Kulturprojekte sind Projekte in Städten, kleineren Städten und auf dem Land, in alten und neuen Einrichtungen und soziokulturelle Projekte: Diese Projekte gilt es zu stärken. Viele Kultureinrichtungen im Besitz des Freistaats und der Kommunen sind tatsächlich Schätze. Schätze müssen poliert werden, damit sie strahlen und leuchten können. Das heißt konkret: Wir brauchen keine neuen Museen, sondern wir müssen die bestehenden erhalten, erneuern. Mit geeigneten Konzepten müssen wir dafür sorgen, dass sie von den Menschen besucht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um es mit Zahlen zu sagen: Der Sanierungs- und Investitionsbedarf bei den Kultureinrichtungen - die Kollegin hat es vorhin angesprochen – liegt im Milliardenbereich. Hier 50 Millionen und da noch einmal 25 Millionen Euro reichen bei Weitem nicht aus. Sie reichen nicht einmal aus, um die Kürzung der letzten Jahre auszugleichen und den Inflationsausgleich zu gewährleisten. Das ist Finanzierungssymbolpolitik. Natürlich geht es in der Kultur um Symbole, aber bei der Finanzpolitik sollte es um konkrete Zahlen gehen.

Weil wir glauben, dass man das Geld nicht mit beiden Händen ausgeben kann, auch nicht im Kulturbereich, schlagen wir vor, Mittel zu streichen, um sie in der Breite einzusetzen, also die Streichung der Mittel für den Neubau des Museums für Bayerische Geschichte, die Hochglanzbroschüre "aviso" oder die Machbarkeitsstudie für den neuen Konzertsaal in München.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen exzellente Aufführungsbedingungen für die Münchner Orchester von Welt-rang. Wohl der Stadt, die gleich mehrere Orchester dieser Kategorie hat. Dazu brauchen wir aber eine Auseinandersetzung und Entscheidung hier im Parlament und nicht

ein Gutachten für den Bau im Deutschen Museum, der dort abgelehnt wird und eine Zweckentfremdung von Forschungsmitteln darstellt.

Bayern zeichnet sich durch eine bemerkenswert leistungsfähige Forschungslandschaft aus. Wir haben viele Forschungseinrichtungen, gute Hochschulen und viele forschungsnahe Betriebe. Ich möchte ein Viereck der Forschungspolitik aufmachen: erstens Verantwortung des Staates für Hochschule, Wissenschaft und Forschung, zweitens Freiheit der Wissenschaft, drittens Anforderungen einer wissensbasierten Wirtschaft, viertens gemeinsame Verantwortung für die Zukunft in einer von Forschung und Wissenschaft geprägten Welt. In diesem Viereck muss jeder der Akteure seine Aufgaben erfüllen. Die Distanz zwischen den Akteuren ist notwendig, damit ihre Freiheit beachtet wird.

Aufgabe des Staates ist die Finanzierung der Grundlagenforschung und die ausreichende Grundfinanzierung der Hochschulen. Das gilt auch für die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und für angewandte Forschung, die ehemaligen Fachhochschulen. Sie brauchen eine angemessene Grundausrüstung, auch wenn sie anwendungsorientiert forschen wollen.

Die Zusammenarbeit der Forschung mit der Wirtschaft ist sehr wichtig. Es kann aber nicht sein, dass die Forschungseinrichtungen der Hochschulen ausgelagerte Forschungseinrichtungen der Wirtschaft sind. Hier muss jeder seinen Job leisten.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Deswegen wollen wir Vorhaben streichen, die so wirtschaftsnah sind, dass sie von der Wirtschaft ausgeführt werden müssen.

Der zweite Ansatz ist das Verhältnis zwischen Staat und Forschung. Wir wollen als Staat nicht vorschreiben, was erforscht werden soll. Wir müssen in der Politik die Fragen formulieren, die uns alle berühren, die von der Forschung gelöst werden sollen. Wir glauben, dass zum Beispiel im Klimaschutz interdisziplinäre Ansätze notwendig

sind. Deswegen wollen wir ein entsprechendes Projekt, ein entsprechendes Institut ausschreiben; die Hochschulen sollen Vorschläge machen, auch organisatorisch, wie das geleistet werden kann. So stellen wir uns das Verhältnis zwischen Staat und Forschung vor.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich mich bei unserer haushaltspolitischen Sprecherin, Claudia Stamm, und unseren beiden Vertretern im Hochschulausschuss, Ulrike Gote und Sepp Dürr, die heute leider nicht anwesend sein können,

(Alexander König (CSU): Deshalb ist es heute so ruhig!)

bedanken, die mich in der Vorbereitung dieser Rede sehr unterstützt haben. Ich möchte für die GRÜNEN-Fraktion zum Haushalt für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Kultur abschließend feststellen: Wir setzen auf eine Politik, die Beteiligung ermöglicht, die Hochschule und Lehre verbessert, kulturelle Vielfalt in Bayern erhält und stark macht, nachhaltige Wissenschaft fördert, die Freiheit der Wissenschaft sichert und gesellschaftliche Verantwortung einfordert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FPD hat sich Frau Sandt zu Wort gemeldet.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Als wir vor zwei Jahren im Weihnachtsplenum über den Haushalt 2011/2012 beraten haben, sah die Lage sehr düster aus und die Opposition war ähnlich aufgeweckt und malte den Teufel an die Wand, denn in ganz Europa wüteten Wirtschafts- Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrisen. Zwei Jahre später ist das Feuer an den Finanzmärkten noch nicht erloschen.

Die Frage ist: Wie hat sich Bayern in dieser Zeit entwickelt? Die Arbeitslosigkeit ist von knapp 5 auf 3,4 % gesunken. Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die wenigsten Arbeits-

losengeld-II-Bezieher. Wir bauen Schulden ab und wir sind spitze beim Bruttoinlandsprodukt und bei der Produktivität. Natürlich liegt das in erster Linie an den Menschen. Natürlich liegt das am Bäcker, der eine Stunde früher aufsteht, oder am Elektriker, der nicht Dienst nach Vorschrift macht, sondern länger bleibt. Natürlich liegt das am Arbeitnehmer genauso wie am Unternehmer, der seine Aufgabe verantwortungsvoll wahrnimmt. Vor allem liegt es auch an den Rahmenbedingungen, die wir setzen, an den Investitionen in Infrastruktur und Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Der Haushalt, über den wir jetzt beraten, ist der Haushalt, der für die Zukunft Bayerns maßgeblich ist. Es ist ein Haushalt mit puren Investitionen in die Weiterentwicklung der Technologie, in die Weiterentwicklung der Innovationskraft und in die Weiterentwicklung des Geistes.

(Beifall bei der FDP)

Dass wir die Bedeutung bereits erkannt haben, zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Etats: Während 2010 noch knapp 5 Milliarden Euro in Hochschule, Forschung und Kultur geflossen sind, wird es im Jahr 2014 erstmals so weit sein, dass wir die 6-Milliarden-Euro-Schallmauer durchbrechen. Dieser Haushalt ist nicht nur in absoluten Zahlen rekordverdächtig. Auch der Anteil am Gesamthaushalt ist gestiegen. Damit geben wir ein ganz starkes Signal an zukünftige Generationen.

Es kommt aber nicht nur auf die Quantität an, es kommt vor allen Dingen darauf an, dass wir die richtigen Prioritäten setzen. Das Ressort stand vor extrem hohen Herausforderungen. Ich nenne nur den doppelten Abiturjahrgang und die Aussetzung der Wehrpflicht. Wir haben über 50.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen und 3.800 zusätzliche Hochschulmitarbeiter eingestellt. Wir bauen auch jetzt die Studienkapazitäten bedarfsgerecht und weitsichtig aus. Wir investieren verstärkt in die Internationalisierung unserer Hochschullandschaft, denn Innovationskraft und kluge Köpfe

sind in der ganzen Welt zu finden. Bayern muss weiterhin attraktiv bleiben und weiter investieren.

Auch im sozialen Bereich haben wir die staatlichen Leistungen ausgebaut. Der Anteil am BAföG stieg um circa 5 %, und der Anteil der Studentenwerke, die im Jahr 2011 noch mit 19,5 Millionen Euro auskommen mussten, wird im neuen Haushalt auf 22 Millionen Euro aufgestockt. Der Generalsekretär des Deutschen Studentenwerkes – ich zitiere ihn, Frau Biedefeld – sagt, alle anderen Länder, auch die SPD-regierten Länder, sollten sich den Freistaat Bayern beim Studentenwohnheimbau zum Vorbild nehmen. Bayern fördert jeden Wohnheimplatz eines Studentenwerks mit 26.000 Euro faktischem Zuschuss. Das ist das Ergebnis unserer Politik, Frau Biedefeld.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Sagen Sie das den jungen Menschen, die keinen Platz finden!)

- Sagen Sie das einmal den SPDlern in den anderen Ländern. Natürlich sind auch die Kommunen gefragt, wie zum Beispiel das SPD-regierte München oder das SPD-regierte Nürnberg, die mehr beim Wohnungsbau unternehmen müssten.

(Susann Biedefeld (SPD): Da hat sich der Freistaat Bayern zurückgezogen!)

Es fließen übrigens 2,7 Millionen Euro jährlich als Zuschüsse an die Einrichtungen von Kinderbetreuungsstätten. Damit helfen wir zum Beispiel auch jungen Müttern zu einer akademischen Ausbildung.

Ein weiterer wichtiger Baustein unserer Hochschul- und Forschungsstrategie ist die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft. Ich nenne nur das Technologietransferzentrum Automotive Coburg mit 8,5 Millionen Euro. Wenn man als Gradmesser die Anzahl der Patente nimmt, zeigt sich, dass auch dabei Bayern die Nummer 1 ist. Im Shanghai-Ranking liegen Bayerns Hochschulen auch an der nationalen Spitze. Würde man auch die Leistung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit einbeziehen, könnten wir mit den ganz Großen in der Welt konkurrieren. Wir haben die höch-

sten Promotions- und Habilitationsquoten in Deutschland. Unsere Professorinnen und Professoren generieren sehr viele Drittmittel.

(Beifall bei der FDP - Susann Biedefeld (SPD): Wie ist das mit den Abbrecherquoten?)

Sehen Sie die Realität: Wir haben zwei Elite-Universitäten in München, eine ganze Reihe von Exzellenz-Clustern und ausgezeichnete Graduiertenschulen. Speziell noch einmal für Sie, Frau Biedefeld – fangen Sie nicht gleich wieder an zu schreien –: Wenn die Situation der Hochschulen in Bayern so schlecht ist, wie Sie ausführen, warum stehen wir dann in allen Rankings so gut da? Der richtige Vergleichsmaßstab sind andere Länder, und da nimmt Bayern den ersten Platz ein. Das liegt auch an der Politik von Wolfgang Heubisch.

(Beifall bei der FDP)

Geistige Offenheit, die Kreativität und Innovationskraft – diese Impulse kommen nicht nur aus der Wissenschaft, sondern auch in ganz hohem Maße aus der Kunst und Kultur. Deshalb freue ich mich so sehr über dieses Kulturkonzept, das im Doppelhaushalt 2013/2014 einen Schwerpunkt einnimmt. Bayern wird seinem Kulturauftrag gerecht, und das mit Überzeugung. Wir fördern mit erheblichen Mitteln Kunst und Kultur in ganz Bayern – im ländlichen Raum wie in den Metropolen. Wir fördern gelebte Tradition und künstlerischen Fortschritt, Projekte und Institutionen.

Insgesamt gibt der Freistaat in diesem Doppelhaushalt 1,4 Milliarden Euro für die Kultur aus. 50 Millionen Euro kommen zusätzlich für die erste Säule des Kulturkonzeptes hinzu und nochmals über 26 Millionen Euro für die Maßnahmen der zweiten Säule. Auch das lässt sich sehen. Bayern ist und bleibt mit der CSU/FDP-Regierung ein verlässlicher Partner unserer vielfältigen Einrichtungen. Es ist nun einmal so, auch wenn es Sie ärgert, Herr Piazzolo, dass Bayern spitze ist. Es ist so und das sind Fakten. Unsere Kulturschaffenden prägen den weltweiten Ruf der bayerischen Kunst- und Kulturszene und bauen sie mit ihrem schöpferischen Geist und ihrer Innovation weiter aus.

Ich möchte einige Maßnahmen aus der ersten Säule des Kulturkonzepts betonen, wonach jeder Regierungsbezirk ein Landesmuseum bekommt. Dies gilt auch für Selb mit dem Porzellanikon, Würzburg mit dem Mainfränkischen Museum oder Frauenau mit dem Glasmuseum. Ein Schwerpunkt liegt auch auf der historischen und politischen Bildung. Sie haben auch das Jüdische Museum in Fürth erwähnt. Auch das ist in der ersten Säule des Kulturkonzepts mit berücksichtigt.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Antrag wurde abgelehnt!)

- In der ersten Säule des Kulturkonzepts ist – schauen Sie es sich an – das jüdische Museum Fürth berücksichtigt.

Es werden Baumaßnahmen angepackt, unter anderem am Bayreuther Festspielhaus oder am Staatstheater in Nürnberg. Wir unterstützen mit der zweiten Säule die Kultur in der Fläche. Wir unterstützen nicht nur die staatlichen Theater, die nichtstaatlichen Museen oder die nichtstaatlichen Orchester. Wir unterstützen vor allen Dingen die kulturelle Bildung. Wir setzen mit den Sing- und Musikschulen, und zwar sowohl den städtischen als auch den privaten, Impulse. Wir setzen auf Lese- und Schreibförderung. Der Minister setzt einen besonderen Akzent auf die Literaturförderung. Lesekompetenz ist für junge Menschen wichtig. Es gibt museumspädagogische Konzepte. Die kulturelle Bildung für zukünftige Generationen ist uns ganz besonders wichtig.

Grundsatz einer liberalen Kulturpolitik ist unsere Idee, Kultur dort zu fördern, wo sie entsteht. Nur so ist Kunst frei. Künstler wollen diese Freiheit. Insofern bin ich für diesen Doppelhaushalt und das Kulturkonzept sehr dankbar. Es bringt gelebte kulturelle Werte zur Blüte,

(Markus Rinderspacher (SPD): Ja, ja, blühende Kulturlandschaft dank Wolfgang Heubisch!)

und ich bin mir sicher, dass diese blühende Kulturlandschaft weit über Bayerns Grenzen hinaus sichtbar sein wird. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Einzelplan 15.

Ich habe auch noch die Kosten durchgerechnet, die durch das entstehen würden, was die Opposition sich alles gewünscht hat.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach, Wahnsinn!)

GRÜNE: 500 Millionen Mehrausgaben; SPD: 230 Millionen Mehrausgaben; FREIE WÄHLER: 300 Millionen Mehrausgaben.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie Sie sehen, haben wir alles durchfinanziert!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit!

Julika Sandt (FDP): Noch einen Satz zu Ihrem Vollmond-Hokuspokus-Einmaleins, Herr Piazzolo. Ich habe nach wie vor nicht verstanden,

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: Das wundert uns nicht!)

wie Sie gleichzeitig den Hochschulen mehr Geld geben wollen, die Studienbeiträge abschaffen und die Staatsverschuldung verringern wollen. Das ist ein Hokuspokus-Einmaleins.

(Susann Biedefeld (SPD): Note eins im Schönreden!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Denken Sie bitte an das Ende Ihrer Redezeit!

(Zurufe: Ende!)

Julika Sandt (FDP): Ich danke dem Minister, den Haushältern und den Ausschüssen für diesen zukunftsweisenden Einzelplan für den Bereich Hochschule, Wissenschaft und Kunst.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Sandt.

(Zurufe – Unruhe)

Wir sind jetzt alle ganz gelassen.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das hätte man vorher auch sagen können!)

Ich habe zweimal versucht, hier etwas mehr Ruhe reinzubringen.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Aber ohne Erfolg!)

Dann müssen Sie sich alle an die eigene Nase fassen. Seien Sie froh, wenn ich hier auf einige Zwischenrufe, die von allen Seiten gekommen sind, nicht eingehe.

Herr Jörg, ich bin auch ganz gelassen. Sie haben das Wort.

Oliver Jörg (CSU): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten jetzt alle wieder ein bisschen herunterkommen. Es ist schon interessant, wenn über diese Themenfelder so emotional diskutiert wird. Ich kann keine Garantie dafür geben, dass das jetzt nicht so weitergeht. Lassen Sie uns doch in der Tat von der Aufgeregtheit runterkommen. Sie kennen mich als sachorientierten Hochschul- und Kulturpolitiker. Deswegen werde ich nicht in einen himmelhoch jauchzenden Jubel ausbrechen, sondern mit Ihnen gemeinsam abarbeiten, was uns sehr gut gelungen ist, was uns nur gut gelungen ist und wo Sie tatsächlich da und dort den Finger berechtigt in eine Wunde legen.

Heute ist ein ganz wichtiger Tag für unsere Studierenden in Bayern, für alle Angestellten an unseren Hochschulen, Universitätsklinika, für die Forschenden und Lehrenden, vom Lehrbeauftragten bis zum Professor, und vor allem für die Kulturschaffenden in Bayern und diejenigen, die Kunst und Kultur genießen, weil wir in dem Bereich heute mit einem Gesamtvolumen von jährlich 6 Milliarden Euro in der Tat einen Meilenstein setzen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, lassen Sie die Zahlen doch einmal vor Ihrem geistigen Auge Revue passieren. Noch 2012 umfasste der Etat knapp unter 4 Milliarden Euro. Kollegin Sandt hat es richtig ausgeführt: Das werden 6 Milliarden Euro im übernächsten Jahr sein. Es ist schon nicht schlecht, was da draufgesattelt wurde. Sie müssen sich noch etwas vergegenwärtigen. Das Volumen des Einzelplans 15 ist mittlerweile doppelt so hoch wie noch vor 15 Jahren. Das ist doch wirklich ein Erfolg; das muss man doch nicht alles schlechtreden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich finde es hochinteressant, heute über die große Bandbreite der Themen zu sprechen, die uns im Hochschulausschuss und im Kulturausschuss beschäftigen. Der Kulturbereich ist vor allem für junge Menschen wichtig; denn er ist identitätsstiftend. Junge Menschen, egal, wie lange sie schon in Bayern sind, müssen einerseits wissen, was Ihre Heimat Bayern ausmacht und wie reichhaltig die Geschichte des Landes Bayern ist. Interessant für junge Menschen ist auch, was landauf, landab im Kulturbereich alles läuft. Auf der anderen Seite finden die jungen Menschen Herausforderungen in der Wissenschaft, finden Zukunftschancen durch eine akademische Ausbildung und Möglichkeiten, in Forschung und Lehre einen Weg zu gehen. Forschung und Wissenschaft geben Antworten auf die wirklich wichtigen Fragen in unserer Gesellschaft. Heute ist eine wunderbare Gelegenheit, all das zu bündeln.

Erlauben Sie mir auch, mich bei einigen Kolleginnen und Kollegen von Herzen für die mehr als gute Zusammenarbeit in den letzten arbeitsintensiven Wochen und Monaten

zu bedanken. Vor allem möchte ich mich bei unserer Kollegin Dettenhöfer und den Kollegen Freller, Staatsminister a.D. Dr. Goppel, Kränzle, Nadler, Taubeneder und Dr. Zimmermann bedanken. Ich schließe in diesen Dank auch die Kolleginnen Sandt und Dr. Bulfon ein, weil wir im Arbeitskreis von Anfang an unsere Themenfelder miteinander besprochen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

In den Dank will ich auch den Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, einbinden, weil viele persönliche Gespräche mit ihm stattgefunden haben, um unseren Bereich voranzubringen. Ebenso will ich unserem Ressortminister Dr. Heubisch von Herzen danken, mit dem wir in diesem Bereich eine wunderbare Zusammenarbeit genießen dürfen. Auch wenn es an der einen oder anderen Nahtstelle ein wenig hakt und der eine oder andere Schwerpunkt ein wenig anders gesetzt werden muss, tut das der wunderbaren Zusammenarbeit in diesem Bereich gar keinen Abbruch.

In den Dank will ich auch all diejenigen einbinden, die wir bisher vielleicht noch nicht intensiv genug eingebunden haben, nämlich all diejenigen, die in den Ministerien und bei uns in den Geschäftsstellen arbeiten. Sie waren bei der Arbeitslast, die in den letzten Wochen auf uns allen lag, Meister der Zahlen und des Kampfes im Hintergrund. Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mir ist etwas noch ganz wichtig, und ich hoffe, dass Sie das nicht befremdlich finden. Ich möchte auch den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Opposition im Hochschulausschuss danken, die mit uns gemeinsam die Themenfelder konstruktiv beackern. Wir streiten viel und sind auch konstruktiv gemeinsam unterwegs. Das ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Stellvertretend sage ich unserer stellvertretenden Vorsitzenden Isabell Zacharias Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld ist als Haushälter für die Hochschulpolitiker in unserer Fraktion einer der wichtigsten Ansprechpartner. Herzlichen Dank für deine sehr intensive Begleitung auf dem Feld von Hochschule und Kultur und für die harmonische Zusammenarbeit! Du hast viele Dinge angesprochen. Erlauben Sie mir bitte, im Detail auf einige Gedankengänge einzugehen. Ich lasse nicht zu, dass das Hochschulausbauprogramm schlechtgeredet wird. Das ist in Bayern eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Schon 2006 und 2007 hat die Staatsregierung, allen voran Staatsminister Dr. Thomas Goppel, all das wegweisend festgelegt, von dem unsere Studierenden heute noch profitieren. Das war exakt der richtige Schritt. Trotz all der Kritik, die Sie aus den Reihen der Opposition anbringen, sollten Sie sich einmal die Mühe machen, in die anderen Bundesländer zu schauen. Dann werden Sie feststellen, dass in den meisten Bundesländern für den Hochschulausbau für den doppelten Abiturjahrgang nur die Mittel eingesetzt werden, die sie vom Bund dafür bekommen, und nur das Gleiche noch einmal draufgelegt wird.

Damit Sie ein Gefühl für die Zahlen bekommen: In Nordrhein-Westfalen sind es 56 Millionen, die von Bund kommen, und 56 Millionen, die aus NRW kommen. Und was macht Bayern? Herr Staatsminister a. D. Goppel, wir legen dank deines Einsatzes von Anfang an das Dreifache drauf. Der Bund beteiligt sich mit 38 Millionen und der Freistaat Bayern mit 124 Millionen. Reden Sie das bitte nicht immer klein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dass wir das in Bayern ohne Neuverschuldung schaffen, wurde hier schon mehrfach betont.

Lassen Sie uns auf das Ausbauprogramm eingehen. Das ist nämlich alles andere als eine Selbstverständlichkeit. 3.000 Stellen für 38.000 Studierende. 440 wegen der Aussetzung der Wehrpflicht und noch einmal 1.000 Stellen, die wir uns gemeinsam im Ko-

alitionsvertrag vorgenommen haben, wenn der Bedarf besteht - und selbstverständlich besteht er. Was haben wir für diesen Haushalt geschafft? Sie haben ihn vielleicht genau studiert. Im vorangegangenen Nachtragshaushalt haben wir 400 Stellen gesichert, um dieses Versprechen zu 50 % einzulösen, und im jetzigen Doppelhaushalt – lesen Sie Artikel 6 Absatz 14; mir persönlich war es sehr wichtig, dass es darin steht – sind weitere 400 Stellen gesichert. Das Versprechen wurde somit voll und ganz eingelöst.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Geschätzter Herr Staatsminister, ich bin Ihnen mehr als dankbar, dass, ohne dass es groß bemerkt wurde, für unsere Hochschulen noch etwas Geniales gelungen ist. Sie wissen ganz genau, dass die 3.000 Stellen zu 10 % lediglich Stellen waren, die wegfallen können. Geschätzte Haushälter: kw-Vermerke! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, diese kw-Vermerke sind weg. Weitere 300 Stellen sind gesichert. Herzlichen Dank an alle, die sich hierfür eingesetzt haben.

(Beifall bei der CSU)

Eigentlich bin ich es leid, bei all den Debatten, die wir über Studienbeiträge geführt haben, meine wertvolle Redezeit für die Studienbeiträge zu verwenden. Aber eine Botschaft ist wichtig: Wenn die Studienbeiträge fallen, wird dies kompensiert. In den Rückstellungen sind die Mittel vorhanden, um dies zu tun. Das ist vor allem für die bestehenden Arbeitsverhältnisse von Bedeutung. – Wo ist jetzt Herr Professor Piazzolo?

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da ist er doch!)

Herr Kollege, ich schätze Sie sehr. Das wissen Sie. Aber das, was Sie recherchiert haben, ist einfach nicht korrekt. 1.850 Vollzeitäquivalenz-Beschäftigungsverhältnisse bedeuten nicht, dass 1.850 Beschäftigungsverhältnisse unbefristet sind. 700 sind unbefristet, 1.150 sind befristet. Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Sie waren es doch, die immer dazu ermuntert haben, befristete Arbeitsverträge in dauerhafte zu

wandeln, damit jene, die dort fleißig sind, die Tutorien durchführen und alles Mögliche machen, ein ordentliches, gesichertes Arbeitsverhältnis haben. Jetzt den Spieß umzudrehen und uns das vorzuhalten, ist nicht redlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist sehr verhalten da drüben!)

Lassen Sie mich, weil sie neben dem Personal auch zur Ausstattung unser Hochschulen gehört, auch auf den Aufwuchs bei der Raumkapazität hinweisen. Wir haben im Hochschulausschuss immer gemeinsam die Zahl von 130.000 Quadratmetern im Kopf gehabt. Am Ende der kommenden zwei Jahre werden es aber 176.000 Quadratmeter sein. Das ist ein Wort!

(Beifall bei der CSU - Isabell Zacharias (SPD): Bundesmittel!)

Lassen Sie mich, weil das auch zur Qualität gehört, die wir dem Personal bieten können, das sich an unseren Hochschule auf den Weg macht, von morgens bis abends sein Bestes zu geben, hier noch einmal an Folgendes erinnern: Was die W-Besoldung und die Antwort auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil anbelangt, ist in Bayern wirklich etwas gelungen, mit dem wir uns bundesweit sehen lassen können. 13 Millionen mehr sind es in diesem Bereich, 400 Euro mehr im Grundgehalt. Das ist alles keine Selbstverständlichkeit. Das ist doch etwas, was wir jenen, die Professorin oder Professor werden wollen, mit Stolz sagen können. Mein herzlicher Dank gilt hier nicht nur unserem Finanzminister, sondern auch dir, liebe Ingrid Heckner, und unserem Professor Winfried Bausback, der sich dieses Themenfeldes besonders angenommen hat.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Das war übrigens einstimmig!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ihre Redezeit, Herr Kollege!

Oliver Jörg (CSU): Kolleginnen und Kollegen, das Wichtigste ist, dass unsere Hochschulen die drängenden Fragen unserer Gesellschaft aufgreifen, ganz gleich, ob das

der demografische Wandel, der Migrationsdruck auf Metropolen und das spiegelbildliche Abwandern in unseren Teilregionen oder die Energiewende, die Ressourcenfrage, ist. Insoweit habe ich eine Brücke gebaut und kann sie zu den Vorrednerinnen und Vorrednern auch stehen lassen. Im Hinblick auf diese Fragestellungen wird vor allem viel getan, um in der Forschung Schwerpunkte zu setzen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege!

Oliver Jörg (CSU): Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben es vorgetragen. Das ist wunderbar. Ich meine, dass wir einen guten Haushalt haben.

Lassen Sie mich eines, weil ich weiß ---

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nein! Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

Oliver Jörg (CSU): Ich danke herzlich für den Hinweis

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für den dritten Hinweis!

Oliver Jörg (CSU): Ich darf Sie bitten dem Einzelplan 15 zuzustimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, herzlichen Dank für den Hinweis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich habe es zaghaft probiert; aber bei einer Minute hört die Toleranz auf.

Als nächstem Redner darf ich noch einmal Herrn Staatsminister Wolfgang Heubisch das Wort erteilen. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Weihnachtszeit ist bereits eingeleitet. Deshalb wollen wir jetzt noch einmal in aller Ruhe ein paar Punkte herausgreifen.

Zunächst vielen Dank, Herr Kollege Jörg, für die nochmalige umfassende Darstellung. Das Ganze kann man in einem Satz zusammenfassen, den die "Main-Post" gestern, am 12. Dezember, geschrieben hat. Ich darf zitieren: In der Hochschulpolitik habe sich die Staatsregierung in dieser Legislaturperiode selbst übertroffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Volkmar Halbleib (SPD): Das ist auch nicht so schwierig!)

Dem ist nichts hinzuzufügen. - Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. Sie haben zwar den Artikel von heute gemeint ---

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist subtiler unterfränkischer Humor, Herr Minister!)

- So viel nur dazu. – Nun komme ich zu Ihnen, Herr Kollege von und zu Lerchenfeld. Ich möchte auf Ihre Anmerkungen zu Regensburg eingehen. In der Staatsregierung steht man immer vor der Frage, ob man alles zu 100 % umsetzen kann. Ich bitte um Verständnis, dass in dieser Trias der entstehenden Forschungszentren – Regensburg, Würzburg und Erlangen-Nürnberg – in diesem Falle die Würzburger durch das Rudolf-Virchow-Zentrum weiter waren. Das ist Fakt. Es gehört zu einer Staatsregierung, dass man auch einmal sagt: Es geht halt nicht so schnell. Aber es ist ja beschlossen. Darum werde ich mich selbstverständlich auch weiterhin für das RCI einsetzen, und das kommt auch; nur, die Würzburger sind in diesem Falle durch das Rudolf-Virchow-Zentrum weiter. Hier haben wir in der Tat mit Max Planck einen Coup gelandet. Diese haben zugestimmt. Eine solche Chance muss ein Wissenschaftsminister ergreifen. Deshalb ist dieser Weg so gegangen worden.

Nun zu den Forschungs-Campi. In Berlin wurden über 10 Forschungs-Campi - nicht "Scampi", sondern "Campi" -

(Heiterkeit - Margarete Bause (GRÜNE): Der Plural von Campus ist nicht Scampi! Haben Sie kein Latinum?)

mit einer Summe von jeweils einer Million bis zwei Millionen entschieden. Das ist eine Gesamtsumme von gut zehn Millionen gewesen. Wir in Bayern haben in diesem Bereich alleine Investitionen von 173 Millionen vorgenommen – nur um einmal die Relation herzustellen und als weiteren Beweis dafür anzuführen, dass die Forschungslandschaft in Bayern sehr gut aufgestellt ist. Wir sind bei den ERC-Grants EU-weit absolut an der Spitze. Da sind wir jetzt zum zweiten Mal hintereinander das beste Bundesland. Vor Kurzem sind von elf Leibniz-Preisen – diesen Preis bezeichnet man als deutschen Nobelpreis – drei nach Bayern gegangen, davon zwei an Frauen. Das ist etwas ganz Besonderes. Darunter befindet sich die erste Ingenieurwissenschaftlerin; sie kommt aus Erlangen-Nürnberg. Das zeigt, dass wir auch hier auf einem sehr guten und richtigen Weg sind.

Damit wollte ich Ihnen nur noch einmal zeigen, dass Wissenschaft, Hochschule, Universität und Forschung in Bayern sehr hoch angesiedelt sind. Sie stehen in der Bundesrepublik absolut an der Spitze. Auf diesem Weg werden wir weitergehen.

Zum Abschluss darf ich noch etwas zu Kultur und Kunst sagen. Ich habe hier einen Artikel aus der "Frankfurter Allgemeinen" – interessanterweise von gestern – mit der Überschrift: "Wieder abwärts – NRW kürzt Kulturförderung". Es heißt dann: Der Haushaltsentwurf 2013 sieht starke Kürzungen bei der Kulturförderung vor, die um 16 auf 180 Millionen Euro gesenkt werden soll. Das ist Nordrhein-Westfalen, wie es leibt und lebt! Der Ankaufsetat der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, der in diesem Jahr mit 800.000 Euro angesetzt ist, soll gestrichen, die regionale Kulturpolitik gekappt, die konzeptionelle Förderung weiter eingeschränkt werden. Baumaßnahmen sollen reduziert, Projektmittel vermindert werden. Das ist Nordrhein-Westfalen!

In Bayern umfasst der Ankaufsetat allein bei den Museen 5,6 Millionen Euro. Er wurde nicht gekürzt. Wir haben den Ankaufsetat insgesamt um 3,2 Millionen Euro angehoben. Das ist unsere Antwort bei Kultur und Kunst im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Verehrte Damen und Herren von der Opposition, ich glaube, jetzt habe ich Sie so überzeugt, dass Sie dem Etat meines Hauses jetzt sicher zustimmen werden. - Herzlichen Dank und schöne Weihnachten!

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2013/14, Einzelplan 15, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14539 mit 14558, 14625 mit 14640, 14643 mit 14658, 14832 mit 14834, 14851, 14852, 14860, 14870 mit 14893, 14901 und 15138 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15030 zugrunde.

Vorweg lasse ich in einfacher Form über den zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag auf Drucksache 16/14628 abstimmen. Wer dem Änderungsantrag auf Drucksache 16/14628 betreffend "Abschaffung der Studiengebühren – Ausgleichsmittel" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe Hände der SPD-Fraktion, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ablehnende Stimmen bitte ich anzuzeigen. – Ich sehe die Stimmen der CSU- und der FDP-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14547, 14550, 14556, 14834 und 15138 der Reihe nach in namentlicher Form abstimmen.

Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel" auf Drucksache 16/14547 ab.

Für die Stimmabgabe sind Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals und auf dem Stenografentisch bereitgestellt. Für die Stimmabgabe stehen fünf Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 15.15 bis 15.20 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und Ihnen dann so schnell wie möglich bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir führen nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend Abschaffung der Studienbeiträge, Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Einzelplan 15, Drucksache 16/14550, durch. Die Urnen stehen bereit. Die Stimmabgabe kann beginnen. Hierfür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.20 bis 15.23 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Damit schließe ich die Abstimmung. Die Auszählung erfolgt wieder außerhalb des Plenarsaals. Das Ergebnis wird Ihnen so bald wie möglich bekannt gegeben.

Wir sind wieder bereit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen, meine Damen und Herren: Wir führen nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend Mieten für Technologietransferzentren, Drucksache 16/14556, durch. Die Urnen stehen bereit. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen erneut drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.24 bis 15.27 Uhr)

Wieder sind drei Minuten um. Ich schließe die Abstimmung. Auch jetzt wird das Ergebnis außerhalb des Saals ermittelt und uns dann gleich bekannt gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir führen nun die namentliche Abstimmung zum Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion durch betreffend dauerhafte Sicherstellung der Museumsarbeit für das Jüdische Museum in Fürth, Drucksache 16/14834. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen wieder drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.28 bis 15.31 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird wieder außerhalb ermittelt und uns danach bekannt gegeben.

Wir kommen zur vorläufig letzten namentlichen Abstimmung in dieser Runde. Wir stimmen nun ab über den interfraktionellen Änderungsantrag von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Universitäre Ausbildung und Forschung im Bereich Elektrochemie stärken" auf der Drucksache 16/15138. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Wir haben wieder drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 15.31 bis 15.34 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Damit schließe ich auch diese Abstimmung. Auch hier wird das Ergebnis außerhalb des Saales ermittelt und dann so schnell wie möglich vorgetragen.

Meine Damen und Herren, wir treten noch einmal in die Beratungen zum Einzelplan 08 ein – das ist bekanntlich Tagesordnungspunkt 16. Wir haben ein Abstimmungsergebnis zum Einzelplan 08: Mit Ja haben 89 Abgeordnete gestimmt, es gab 66 Nein-Stimmen. Damit ist der Einzelplan 08 angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 4)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, in der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe einige Hände in einigen Fraktionen. – Jetzt sehe ich ein paar mehr. – Vielen herzlichen Dank. Ich sehe die CSU und die FDP, die FREIEN WÄHLER und die SPD. Danke schön. Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so beschlossen worden.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15018 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14669 mit 16/14671 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 08 abgeschlossen.

Ich komme nun wieder zum Einzelplan 15. Hierzu liegen mir die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen vor.

Änderungsantrag betreffend "Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel", Drucksache 16/14547: 61 Ja-Stimmen; es gab 85 Nein-Stimmen, kein Stimmenthaltung. Dieser Änderungsantrag wurde somit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Änderungsantrag betreffend "Abschaffung der Studienbeiträge – Wegfall der Einnahmetitel in TG 96 im Einzelplan 15", Drucksache 16/14550: Es gab 61 Ja-Stimmen, 83 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Änderungsantrag betreffend "Mieten für Technologietransferzentren", Drucksache 16/14556: Es gab 60 Ja-Stimmen, 81 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Änderungsantrag betreffend "Dauerhafte Sicherstellung der Museumsarbeit für das Jüdische Museum in Fürth", Drucksache 16/14834: Es gab 60 Ja-Stimmen und 83 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Just in time erreicht uns auch das letzte Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag betreffend "Universitäre Ausbildung und Forschung im Bereich Elektrochemie stärken", Drucksache 16/15138: Es gab 61 Ja-Stimmen, 85 Nein-Stimmen und keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 9)

Nun kann ich direkt zur Schlussabstimmung zum Einzelplan 15 übergehen.

Der Einzelplan 15 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/15030 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 15 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Vielen Dank. Ich sehe die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Vielen Dank. Ich sehe die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist der Einzelplan 15 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 10)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Ich sehe die Hände aus den Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Enthaltungen, bitte? – Bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das so angenommen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/15030 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 16/14542, 16/14644, 16/14645, 16/14832, 16/14851, 16/14852, 16/14870 bis 16/14893 und 16/14901 ihre Erledigung gefunden haben.

Damit ist die Beratung des Einzelplans 15 abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014; hier: Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel; (Kap. 15 06 neue TG) (Drucksache 16/14547)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	61	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014; hier: Abschaffung der Studienbeiträge - Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15; (versch. Kap. jeweils TG 96) (Drucksache 16/14550)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas			X
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	61	83	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Haushaltsplan 2013/2014; hier: Mieten für Technologietransferzentren; (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.) (Drucksache 16/14556)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald			
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	60	81	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Isabell Zacharias u. a. SPD; Haushaltsplan 2013/2014; hier: Dauerhafte Sicherstellung der Museumsarbeit für das Jüdische Museum in Fürth; (Kap. 15 74 TG 77) (Drucksache 16/14834)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas			
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra			X
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	60	83	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.12.2012 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Ludwig Wörner, Bernhard Roos SPD, des Abgeordneten Thorsten Glauber FREIE WÄHLER, des Abgeordneten Ludwig Hartmann BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2013/2014; hier: Universitäre Ausbildung und Forschung im Bereich Elektrochemie stärken; (Kap. 15 06 neue TG) (Drucksache 16/15138)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz			
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias			
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	61	85	0

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Binationales Forschungsinstitut im bayerischen Grenzgebiet zu Tschechien
(Kap. 15 03 neue TG)
Drs. 16/14539
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 16/14540
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kinder- und Jugendkunstschulen
(Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 16/14541
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Künstlerische Musikpflege und Musikbildung
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 16/14543
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der bayerischen Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 16/14544
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte
(Kap. 15 05 neue TG 82)
Drs. 16/14545
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aufstockung der Studentenwerkförderung
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 16/14546
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Studienbeiträge abschaffen und Kompensation durch staatliche Mittel
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14547
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule ^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre – Virtuelle Hochschule Bayern
(Kap. 15 06 TG 73)
Drs. 16/14548
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule ^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre – Ausbau der bayerischen Hochschule Aufnahme zusätzlicher Studienanfänger
(Kap. 15 06 TG 86)
Drs. 16/14549

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Abschaffung der Studienbeiträge – Wegfall der Einnahmetitel in den TG 96 im Epl. 15
(versch. Kap. jeweils TG 96)
Drs. 16/14550
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre - angemessene Bezahlung von Lehrbeauftragten an den Hochschulen in Bayern
(Kap. 15 07 Tit. 427 73, Kap. 15 12 Tit. 429 01, Kap. 15 17 Tit. 427 73, Kap. 15 19 Tit. 427 73, Kap. 15 21 Tit. 427 73, Kap. 15 23 Tit. 427 73, Kap. 15 24 Tit. 427 73, Kap. 15 26 Tit. 427 73, Kap. 15 27 Tit. 427 73, Kap. 15 32 bis 15 38 Tit. 427 73, Kap. 15 39 Tit. 429 01, Kap. 15 40 Kap. 15 48 Tit. 427 73, Kap. 15 59 Tit. 427 73, Kap. 15 62 bis 15 64 Tit. 427 73)
Drs. 16/14551
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung Lehrstuhl Allgemeinmedizin in Bayern
(Kap. 15 18 Tit. 682 01)
Drs. 16/14552
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Tanja Schweiger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Lehrstuhl Kinder- und Jugendpsychiatrie
(Kap. 15 22 Tit. 686 01 und 686 02)
Drs. 16/14553
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre – Stärkung des akademischen Mittelbaus an den Universitäten
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 16/14554
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre – Förderung der wissenschaftlichen Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung
(Kap. 15 49 TG 73)
Drs. 16/14555
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Mieten für Technologietransferzentren
(Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 16/14556
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler
(Kap. 15 74 Tit. 893 75)
Drs. 16/14557
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Hochschule^{plus}: Für mehr Qualität in Forschung und Lehre – Bayerische Staatsbibliothek/Staatliche Bibliotheken
(Kap. 15 90 Tit. 523 74)
Drs. 16/14558
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Aviso: Zeitschrift für Wissenschaft & Kunst in Bayern einstellen
(Kap. 15 02 Tit. 531 11)
Drs. 16/14625
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Streichung des Verweises Ausgaben Machbarkeitsstudie neuer Konzertsaal
(Kap. 15 05 Tit. 548 75)
Drs. 16/14626

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Offensive für Studierendenwerke für mehr Wohnraum
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 16/14627
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Abschaffung der Studiengebühren – Ausgleichsmittel
(Kap. 15 06 neuer Tit.)
Drs. 16/14628
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Langfristiges Ausbauprogramm für die bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 TG 86)
Drs. 16/14629
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einführung eines neuen TG „Forschungsförderprogramm: Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zur Vermeidung von Tierversuchen an Bayerischen Hochschulen“
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14630
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Einführung einer neuen TG „Ausgaben für Personal, Sachausgaben und Investitionen“
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14631
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14632
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kein Einkauf von Versuchstieren
(Kap. 15 09 Tit. 532 81)
Drs. 16/14633
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung sowie Förderung des Technologietransfers der Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften
(Kap. 15 49 TG 78)
Drs. 16/14634
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wettbewerb Technische Hochschule abbrechen
(Kap. 15 49 TG 79)
Drs. 16/14635
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Interdisziplinäre Forschung für Klimaverträglichkeit und Nachhaltigkeit – Wettbewerb für ein Interdisziplinäres Transformations- bzw. Nachhaltigkeitsforschungszentrum
(Kap. 15 49 neue TG)
Drs. 16/14636
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Planung zum Neubau eines Wissenschafts- und Werkstattgebäudes am FRM II in Garching
(Epl. 15 Anlage S Tit. 714 24-2)
Drs. 16/14637
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Planung zum Neubau des TUMentrepreneurship-Zentrums in Garching
(Kap. 15 12 Anlage S Tit. 715 42)
Drs. 16/14638

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Keine Planung zur Errichtung eines Forschungsgebäudes für ein Interdisziplinäres Zentrum für nanostrukturierte Filme
(Kap. 15 19 Anlage S Tit. 732 51)
Drs. 16/14639
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Kein Neubau für das Museum der Bayerischen Geschichte
(Kap. 15 55 Tit. 710 00 und Anlage S Tit. 745 01)
Drs. 16/14640
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern – Zuschuss an die Frauenakademie München e.V. (FAM)
(Kap. 15 03 Tit. 686 20)
Drs. 16/14643
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Pop- und Rockmusik in Bayern
(Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 16/14646
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung des öffentlichen Bibliothekswesens
(Kap. 15 05 TG 91)
Drs. 16/14647
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 16/14648
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: STADTKULTUR Netzwerk Bayerischer Städte e.V.
(Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 16/14649
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern
Wissenschaftliche Bibliotheken
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14650
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung der Ingenieursausbildung im Bereich Elektromobilität
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14651
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Förderung des Studiengangs Pflege dual an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München
(Kap. 15 06 neue TG)
Drs. 16/14652
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayr, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern: Koordinierungsstelle Genderforschung in Bayern
(Kap. 15 07 neue TG)
Drs. 16/14653
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern – Verstärkungsmittel zur Förderung der wissenschaftlichen Lehre und Forschung an Universitäten
(Kap. 15 28 TG 73)
Drs. 16/14654
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Isabell Zacharias u.a. SPD
Haushaltsplan 2013/2014;
hier: Anschubfinanzierung für einen Lehrstuhl Allgemeinmedizin
(Kap. 15 28 neue TG)
Drs. 16/14655

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern – Verstärkungsmittel zur Förderung der Lehre und der anwendungsbezogenen Forschung an Fachhochschulen (Kap. 15 49 TG 73) Drs. 16/14656 48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Kunst- und Geschichtsdenkmäler (Kap. 15 74 TG 75) Drs. 16/14657 49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Susann Biedefeld u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Wissenschaftsoffensive für Bayern – Bayerische Staatsbibliothek (Kap. 15 90 Tit. 523 74) Drs. 16/14658	50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Landesausschuss Bayern „Jugend musiziert“ e.V. (Kap. 15 05 TG 75) Drs. 16/14833 51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Susann Biedefeld, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Dauerhafte Sicherstellung der Museumsarbeit für das Jüdische Museum in Fürth (Kap. 15 74 TG 77) Drs. 16/14834 52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Reinhold Strobl, Isabell Zacharias u.a. SPD Haushaltsplan 2013/2014; hier: Erhaltung und Sicherung von Bodendenkmälern (Kap. 15 74 TG 74) Drs. 16/14860

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2012

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)